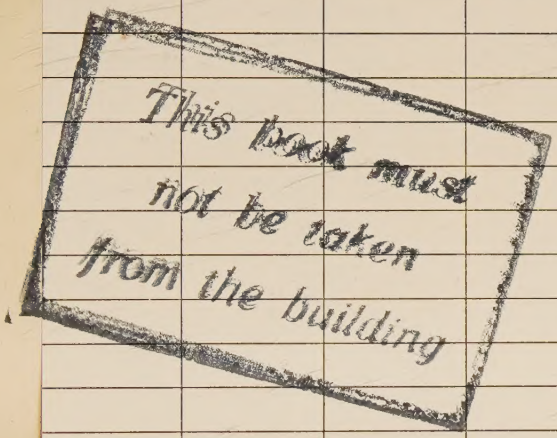
Ger 2330.5
V.29
JACKSON LIBRARY-UNCG
3 0510 0278463$

The Woman's College of
University of North Carolina

The LIBRARY

G940.28
G376
v.29 5

Date Due



PRINTED IN U. S. A.

Die

Diplomatischen Akten des Auswärtigen Amtes 1871—1914

Herausgegeben
im Auftrage des Auswärtigen Amtes

Digitized by the Internet Archive
in 2025

https://archive.org/details/greatpoliticsofe0029joha

D
394
G4
v.29

Die Große Politik der Europäischen Kabinette 1871–1914

Sammlung der Diplomatischen Akten des Auswärtigen Amtes

Im Auftrage des Auswärtigen Amtes

herausgegeben von

Johannes Lepsius
Albrecht Mendelssohn Bartholdy
Friedrich Thimme

Germany. Auswärtiges amt.

1 9 2 5

DEUTSCHE VERLAGSGESELLSCHAFT FÜR POLITIK
UND GESCHICHTE M. B. H. IN BERLIN W 8

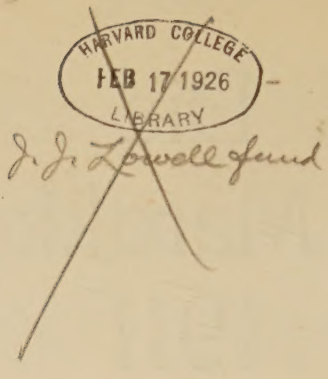
29. Band:

Die Zweite Marokkokrise 1911

1 9 2 5

DEUTSCHE VERLAGSGESELLSCHAFT FÜR POLITIK UND GESCHICHTE M. B. H. IN BERLIN W 8

Gr. 1330.5



1. Auflage

Alle Rechte, besonders das der Übersetzung, vorbehalten / Für Rußland auf Grund der deutsch-russischen Übereinkunft / Amerikanisches Copyright 1925 by Deutsche Verlagsgesellschaft für Politik und Geschichte m. b. H. in Berlin W 8, Unter den Linden 17/18 / Amerikanische Schutzzollformel: Made in Germany / Gesetzt und gedruckt in der Roßberg'schen Buchdruckerei in Leipzig

G940.28
G37g
v.29

Inhaltsübersicht des neunundzwanzigsten Bandes

KAPITEL CCXXVI

Die Deutsch-Französische Detente nach dem Abkommen vom 9. Februar 1909. 1909—1911 1

KAPITEL CCXXVII

Der Französische Zug nach Fes. März bis Juni 1911 71

Anhang: Französisch-Marokkanische geheime Abmachungen aus dem Frühjahr 1911 129

KAPITEL CCXXVIII

Die Agadir-Aktion und ihre Aufnahme. Der Beginn Deutsch-Französischer Kompensationsverhandlungen 137

KAPITEL CCXXIX

Lloyd Georges Marokkorede und ihre Folgen. Englische Vorbereitungen auf einen Krieg? 195

KAPITEL CCXXX

Deutsch-Französische Verhandlungen über den Kongo. Erste Phase: Juli bis August 1911 293

KAPITEL CCXXXI

Die Deutsch-Französischen Abkommen vom 4. November 1911 . . . 359

Ein Namenverzeichnis für die Bände XXVI—XXXVII erscheint am Schlusse des XXXVII. Bandes; ein ausführliches Namen- und Sachverzeichnis zum Schlusse des gesamten Werkes

192555

Kapitel CCXXVI

Die Deutsch-Französische Detente nach dem Abkommen vom 9. Februar 1909 1909–1911

Nr. 10455

Der Staatssekretär des Auswärtigen Amtes Freiherr von Schoen an den Gesandten in Tanger Rosen

Konzept

Nr. A 317 Berlin, den 20. März 1909

Auf den Bericht A 68 vom 3. d. Mts.*

Für uns bestehen bezüglich Eurer Hochwohlgeboren eventuellen Reise an den Sultanshof folgende Erwägungen:

Es wäre unerwünscht, wenn eine solche Reise im Ausland, insbesondere Frankreich, Anlaß zu Mißdeutungen geben sollte. Ebenso müßte tunlichst vermieden werden, daß aus derselben bei uns und bei den Marokkanern irrige Schlüsse gezogen werden. Namentlich dürften die letzteren nur zu leicht geneigt sein, einer solchen Reise besondere Zwecke unterzuschieben. Andererseits ist aber freilich auch durchaus dem Rechnung zu tragen, daß nicht der Anschein erweckt wird, als wollten wir in Marokko etwa weiter zurücktreten, als sich dies aus unserem Abkommen mit Frankreich ergibt.

Unter Berücksichtigung dieser Gesichtspunkte dürfte es sich empfehlen, Ihre Reise so lange hinauszuschieben, bis außer den beiden gegenwärtig in Fes weilenden Gesandten** noch einer oder der andere Ihrer Kollegen die Reise an den Sultanshof angetreten hat. Namentlich würde die Reise des englischen Gesandten*** für uns erheblich sein, während für diejenige des Holländers† immerhin besondere Gründe

* Siehe Bd. XXIV, Kap. CLXXXII, Nr. 8500. In diesem Berichte hatte der Gesandte Rosen nach eingehender Darlegung, wie er die ihm bezüglich der loyalen Durchführung des Marokkoabkommens vom 9. Februar erteilten Instruktionen durchzuführen beabsichtige, um Weisung wegen einer etwaigen deutschen Sondermission an den Hof des Sultans, wo bereits eine französische und eine spanische Mission eingetroffen waren, angefragt. Die Antwort läßt erkennen, in welchem Geiste die Berliner Zentrale das Marokkoabkommen auffaßte.

** Gemeint sind der französische Gesandte E. Regnault und der spanische Merry del Val.

*** R. Lister.

† van Rappard.

angeführt werden können, da seit Errichtung der holländischen Mission in Tanger noch kein Titular derselben seine Aufwartung am Sultanshof gemacht hat.

Neben dieser zeitlichen Hinausschiebung Ihrer Reise wäre vielleicht zu erwägen, ob nicht, wenn tunlich, ein Besuch des Sultans in Rabat einer Expedition nach Fes vorzuziehen ist. Abgesehen davon, daß bei den gegenwärtigen Verhältnissen die hohen Kosten einer Fesreise sowohl für uns wie für die Marokkaner wenig erwünscht wären und in keinem Verhältnis zu dem formalen Zweck der Reise stehen würden, dürfte auch der Besuch in Rabat deshalb vorzuziehen sein, weil sich dort Eurer Hochwohlgeboren Aufenthalt auf wenige Tage beschränken ließe und weniger zu Vergleichen mit früheren Reisen Anlaß böte als eine Expedition nach Fes.

Euer Hochwohlgeboren bitte ich daher, die Angelegenheit weiter im Auge zu behalten und mir sofort zu berichten, sowie Ihnen über weitere Gesandtschaftsreisen an den Sultanshof Näheres bekannt wird. Auch wird es sich vielleicht empfehlen, durch Vassel* in Fes vorsichtig sondieren zu lassen, wie etwa Ihr eventueller Besuch am Hofe aufgenommen werden dürfte.

Für die Reise nach Rabat wird hier eintretenden Falles mit der Zurverfügungstellung eines Schulschiffes gerechnet.

v. Schoen

Nr. 10456

Der Staatssekretär des Auswärtigen Amtes Freiherr von Schoen an den Gesandten in Tanger Rosen

Konzept von der Hand des Vortragenden Rats von Erckert

Nr. A 323 Berlin, den 22. März 1909

Geheim

Auf Bericht A 62 vom 24. v. Mts.**

Der Kaiserliche Konsulatsverweser in Fes hat die Befürchtung ausgesprochen, Mulay Hafid werde den dauernden Wunsch hegen, „uns bei jeder Gelegenheit zu zeigen, wie er unseren wirtschaftlichen Interessen schaden könne". Ich bin geneigt, diese Befürchtung für etwas übertrieben zu halten. Wenn der Sultan wirklich der kluge Mann ist, für den Dr. Vassel und andre ihn halten, so wird er sich selbst klar-

* Konsulatsverweser in Fes.

** In seinem Berichte A 62 vom 24. Februar hatte der Gesandte Rosen ausgeführt, daß offenbar das deutsch-französische Marokkoabkommen vom 9. Februar in dem Herzen des Sultans Mulay Hafid einen Stachel gegen Deutschland zurückgelassen habe.

machen, daß, je mehr er auch fremde, nichtfranzösische oder nicht rein französische wirtschaftliche Unternehmungen fördert und auch den nichtfranzösischen Handel schützt, also fremde Interessen schaffen hilft, um so mehr Aussichten bestehen, die Algecirasmächte an den Grundsätzen der Akte festhalten zu sehen. Gerät das Land dagegen wirtschaftlich ganz in französische Hände, so wird naturgemäß das Interesse der übrigen Nationen an Marokko einschlafen.

Ich überlasse es Ew. pp. und Dr. Vassels Beurteilung der Stimmung und des Charakters des Sultans zu entscheiden, ob es etwa angezeigt wäre, ihm gegenüber den vorstehenden Gedankengang zu verwerten, falls sich Dr. Vassels Befürchtungen bewahrheiten sollten. Jedenfalls wird dabei sehr vorsichtig verfahren werden müssen und die eventuelle Andeutung als persönlicher Gedanke des Übermittlers vorgebracht werden müssen.

Im übrigen müssen wir uns zur Förderung der Interessen unseres Handels darauf verlassen, daß der Sultan allein keineswegs ausschlaggebend ist. Wir müssen uns die durch die Algecirasakte im Interesse der Handelsgleichheit geschaffenen Kautelen und die loyale Haltung, zu der Frankreich durch das Abkommen vom 9. Februar d. Js. verpflichtet ist, zunutze machen.

v. Schoen

Nr. 10457

Der Botschafter in Paris Fürst von Radolin an das Auswärtige Amt

Telegramm. Entzifferung

Nr. 94 Paris, den 30. März 1909

Gestrige Rede Euerer Durchlaucht* hat in hiesiger Presse lebhaftes Interesse wachgerufen, und namentlich die deutsch-französischem Marokkoabkommen gewidmeten Erklärungen werden mit unverhohlener Genugtuung aufgenommen.

---

* In seiner Reichstagsrede vom 29. März 1909, die vor allem der in der Hauptsache glücklich beigelegten bosnischen Krise galt, hatte Fürst Bülow auch dem deutsch-französischen Marokkoabkommen sympathische Worte gewidmet: „Diese Vereinbarung sichert Frankreich, als dem höher zivilisierten Nachbarlande Marokkos, das an der Erhaltung von Ruhe und Ordnung besonders interessiert ist, einen nicht unberechtigten politischen Einfluß. Deutschland aber sichert das Abkommen eine Beteiligung von Handel und Gewerbe sowie die Möglichkeit, sich an der gleichen Betätigung französischer Kreise zu beteiligen und aus deren Errungenschaften Nutzen zu ziehen. Das Abkommen will eine gemeinsame Arbeit zur Erschließung des Landes erreichen. Diese Bestrebungen haben bereits in der letzten Zeit hier und dort praktische Formen angenommen. Eine streng loyale Durchführung des Abkommens ist gesichert worden. Es freut mich, daß der Widerspruch gegen dieses Abkommen in beiden Ländern gering war und gegen die fast allgemeine Zustimmung nicht aufkommen

Im „Figaro“ schreibt Recouly: „Fürst Bülow hat goldene Worte gesprochen, und jeder nur ein bißchen vernünftige Mensch in Frankreich wie in Deutschland muß dieselben vollauf gutheißen“. „Gaulois“ stellt fest, daß Euere Durchlaucht der loyalen und korrekten Marokkopolitik Frankreichs Gerechtigkeit widerfahren ließen und sich über die französisch-deutschen Beziehungen sowie das Marokkoabkommen in so befriedigender Weise äußerten.

„Petite République“, „Nouvelles“ und andere Blätter verschiedener Parteirichtung heben hervor, daß Euere Durchlaucht die auswärtige Politik Deutschlands sehr geschickt gegen alle selbst von deutscher Seite erhobenen Angriffe verteidigt haben, was insbesondere auf die Haltung in der Orientkrise zutreffe. Allgemein wird betont, daß Euere Durchlaucht in wirksamster Weise die Bündnistreue gegenüber Österreich ins rechte Licht gestellt und damit, wie „Nouvelles“ sich ausdrücken, dem österreichischen Erfolge seine wirkliche Bedeutung verliehen haben. Der schon zitierte „Gaulois“ meint: Die dem Bundesverhältnis gewidmeten Worte Euerer Durchlaucht sollten allen Regierungen zum Beispiel dienen. Natürlich lassen sich auch aggressive Stimmen vernehmen. So André Mévil im „Echo de Paris“, der in Rede Euerer Durchlaucht eine arrogante Bekräftigung der deutschen Macht erblickt. Mehrere

konnte. Bei uns hat man von einer Inkonsequenz unserer Marokkopolitik gesprochen. Ich könnte Ihnen in einer historischen Betrachtung nachweisen, daß, wenn unsere Methode nicht immer die gleiche war, doch unser sachlicher Standpunkt immer derselbe geblieben ist. Zeit und Umstände sind eben immer im Fluß und Wechsel. Es scheint mir in der Politik überhaupt weniger anzukommen auf die starre Konsequenz als auf das praktisch Nützliche. In dem bisherigen Falle liegt dem Vorwurf der Inkonsequenz im übrigen, wie ich glaube, eine irrige Auffassung über unsere Aufgaben in Marokko zugrunde. Sollten wir wirklich darauf ausgehen, in einem Lande, wo wir keine politischen Interessen haben und solche Interessen niemals verfolgt haben, Frankreich, das dort natürliche und sehr beträchtliche Interessen hat, Schwierigkeiten zu bereiten? Es gibt ja eine Meinung, wonach es gut sein soll, einem Lande, das einmal unser scharfer Gegner war, überall, und namentlich in einem der Punkte, wie Marokko einer für Frankreich ist, offen oder versteckt entgegenzuarbeiten, bloß weil der Zeitpunkt kommen könne, wo wir gezwungen sein möchten, mit diesem Lande die Klingen zu kreuzen. Ich möchte diese Theorie die Theorie der krummen Politik nennen. Ich habe hier schon einmal davon gesprochen, daß wir nicht vom Schaden anderer leben können. Das Bewußtsein der Kulturgemeinschaft unter den großen zivilisierten Völkern hat sich im Laufe der vergangenen Jahrhunderte zu sehr gestärkt, als daß eine Politik der Schadenfreude nicht überall Schaden anrichten sollte, ohne dem eigenen Lande zu dienen. Für ganz verfehlt halte ich die Berufung auf den Fürsten Bismarck. Wir wissen alle, daß Fürst Bismarck es als nützlich betrachtete, wenn Frankreich seine Kraft in kolonialen Unternehmungen betätigte. Nun, seinerzeit gab es für Frankreich eine offene, eine schmerzhafte Wunde, das war Tongking. Wenn sich die Archive einmal öffnen werden, dann wird sich erst zeigen, wie der große Staatsmann alles tat, was in seinen Kräften stand, um die chinesische Regierung von Feindseligkeiten gegen Frankreich anläßlich von Tongking abzuhalten. Das war das Gegenteil einer Politik der Schadenfreude. Das deutsche Volk ist stark und groß genug, um eine offene, eine klare, eine gerade Politik zu treiben, und der Ausdruck einer solchen Politik ist auch das Abkommen, das ich mit der französischen Regierung über Marokko getroffen habe.“ Schultheß' Europäischer Geschichtskalender, Jg. 1909, S. 114f.

Blätter sehen sich veranlaßt, auf den großen diplomatischen Erfolg hinzuweisen, den Deutschland und Österreich gegenüber der Tripelentente errungen haben, und meinen, entsprechend gestern abend vom „Temps“ angeschlagener Note, daß Rußland, Frankreich und England ihr ganzes Streben dahin richten müßten, das so schwer gestörte Gleichgewicht wiederherzustellen.

Radolin

Nr. 10458

Der Stellvertretende Staatssekretär des Auswärtigen Amtes Stemrich an den Gesandten in Tanger Rosen

Konzept

Nr. A 554 Berlin, den 17. Mai 1909
[abgegangen am 22. Mai]

Gewisse Nuancen in der Berichterstattung des Konsuls Vassel geben mir gelegentlich zu Zweifeln darüber Anlaß, ob sich dieser Beamte klar darüber ist, daß, wenn es auch nicht unsere Aufgabe ist, für die von uns anerkannten französischen Sonderinteressen Fürsprecher beim Sultan zu sein, doch ein gutes Verhältnis zwischen ihm und Frankreich auch uns nur erwünscht sein kann. Ein solches Verhältnis ist eine der wesentlichen Vorbedingungen für eine friedliche und gedeihliche Entwickelung Marokkos, die wir zur Förderung unserer wirtschaftlichen Interessen brauchen.

Ew. pp. bitte ich, den Konsul Vassel in diesem Sinne zur Regelung seiner Haltung und Sprache mit Weisung zu versehen. Ich stelle anheim, wie weit Sie es dabei für angezeigt halten, ihn von der hier mit Herrn Guiot erzielten Verständigung* in Kenntnis zu setzen, aus der

* Vom 24. bis 27. März 1909 hatten in Berlin zwischen dem französischen Vertreter im Verwaltungsrat der Staatsbank von Marokko Guiot und den beiden Legationsräten von Erckert und Freiherrn Langwerth von Simmern Besprechungen über „wirtschaftliche Fragen Marokkos“ stattgefunden, die zu einer weitgehenden, allerdings nicht in einem formalen Abkommen festgelegten Verständigung führten. Aus einer Aufzeichnung Freiherrn Langwerths von Simmern vom 28. März über diese Besprechungen, die am 29. Mai dann auch dem Gesandten Rosen als Richtlinie mitgeteilt wurde, geht hervor, daß unter anderm hinsichtlich der wirtschaftlichen Unternehmungen in Marokko deutscherseits auf eine Beteiligung an den französischen Hafenbauten in Casablanca und Saffi verzichtet, dagegen eine französische Beteiligung in Larasch und Tanger willkommen geheißen wurde. Besonders eingehend erörtert wurde zwischen Guiot und den Vertretern des Auswärtigen Amts die Frage der Minenkonzessionen in Marokko, die durch die sich kreuzenden Ansprüche der im Herbst 1907 unter deutscher Beteiligung gegründeten Union des Mines Marocaines und der der Gebrüder Mannesmann sehr kompliziert waren. In der Aufzeichnung Freiherrn Langwerths von Simmern heißt es darüber: „Unsere Stellung gegenüber dem internationalen marokkanischen Minensyndikat sowie insbesondere gegenüber der Firma Mannesmann und ihren marokkanischen Minenansprüchen wurde Herrn Guiot dargelegt und derselbe gebeten, hiervon bei sich bietender Gelegenheit in Paris Gebrauch zu machen, damit unter

hervorgeht, daß die deutschen und französischen Interessen in Marokko in einer Reihe wichtiger Fragen solidarisch sind. Insbesondere bitte ich, Konsul Vassel erneut darauf hinzuweisen, daß das baldige Zustandekommen einer ausgiebigen Anleihe und daher die Erteilung entsprechender Vollmachten an die nach Paris gehenden Abgesandten Mulay Hafids* auch in unserem Interesse dringend erwünscht ist.

Stemrich

Nr. 10459

Aufzeichnung des Staatssekretärs des Auswärtigen Amtes Freiherrn von Schoen

Eigenhändig

Berlin, den 8. Juli 1909

Der französische Botschafter** eröffnete mir am 4. d. Mts., daß, falls die Lage in Marokko*** sich verschlimmern sollte, Frankreich im Verein mit Spanien die zum Schutze der Fremden erforderlichen Maßregeln treffen würde, wie dies unter gleichen Verhältnissen mit einhelliger Zustimmung der Mächte bereits geschehen sei.

Ich habe dem Botschafter gesagt, wir würden eine dem Geiste unseres Abkommens vom 9. Februar entsprechende Haltung einnehmen. Im Notfall, wenn Deutsche in einem Hafenplatz Marokkos ernstlich gefährdet werden sollten, könnten wir vielleicht zur Entsendung eines Kriegsschiffes uns veranlaßt sehen. Wir würden uns dann aber mit Frankreich freundschaftlich verständigen.

v. Schoen

---

allen Umständen es vermieden werde, daß der Verdacht aufkomme, als trieben wir in dieser Angelegenheit etwa ein Doppelspiel, indem wir offiziell das Syndikat und unter der Hand die Firma Mannesmann unterstützten. Nach Lage der Sache seien wir genötigt, der letzteren bis zu einem gewissen Grade unsere Beihülfe nicht zu versagen. Wir würden es aber als die weitaus beste Lösung der bestehenden diesbezüglichen Schwierigkeiten begrüßen, wenn es gelingen sollte, in irgendeiner Weise, vielleicht auch durch eine geographische Abgrenzung der Interessensphären eine Einigung zwischen den verschiedenen Interessenten herbeizuführen. Eine entsprechende Weisung sei bereits an unsere beteiligten Missionen ergangen."

Näheres über die Stellung der deutschen Regierung zu den Ansprüchen der Gebrüder Mannesmann erhellt aus dem deutschen Weißbuch „Denkschrift und Aktenstücke über deutsche Bergwerksinteressen in Marokko". In diesem Anfang 1910 ausgegebenen Weißbuch werden aus der Zeit vom 25. Juli 1906 bis 16. November 1909 73 Schriftstücke veröffentlicht, die durchweg die Mannesmann-Ansprüche betreffen.

* Mitte Mai entsandte Sultan Mulay Hafid seinen Finanzminister El-Mokri nach Paris zu Verhandlungen, namentlich über eine größere Marokko zu bewilligende Anleihe, die sich indessen lange hinzogen.

** Jules M. Cambon.

*** In der Gegend von Melilla war es seit der zweiten Hälfte Juni zu Streitigkeiten zwischen den Rifkabylen und den Spaniern gekommen, die immer größeren Umfang annahmen. Ende Juli erlitten die Spanier in den Kämpfen mit den Kabylen schwere Verluste, so daß immer größere Truppensendungen aus Spanien nötig wurden. Vgl. Nr. 10464.

Nr. 10460

Der Geschäftsträger in Paris Freiherr von der Lancken an den Vortragenden Rat im Auswärtigen Amt von Erckert

Privatbrief. Ausfertigung

Vertraulich Paris, den 12. Juli 1909

Der von Krupp in Angelegenheiten der Minenunion* nach Tanger und Fes entsandt gewesene Dr. Muehlon ist nach mehrmonatigem Aufenthalt in Marokko soeben von dort hierher zurückgekehrt. Ich habe wiederholt eingehende Unterredungen mit ihm gehabt und festgestellt, daß er über die Aussichten, die heute noch in Marokko für das deutsche Geschäft bestehen, sehr pessimistisch urteilt.

Muehlon behauptete, die Franzosen würden immer dreister in ihren Übergriffen (in Adjudikationssachen, Zollangelegenheiten pp.; Tatsachen wußte er nicht anzugeben, wollte mir aber solche verschaffen). Rosen lasse resigniert alles geschehen, stehe auf dem Standpunkt, wir hätten uns in Marokko gänzlich ausgeschaltet, es sei zwecklos, deutsche Unternehmungen noch zu fördern, die Franzosen ließen uns doch nicht aufkommen, Berlin aber wolle irgendwelche Klagen über das französische Benehmen nicht mehr hören. Er verschweige dem Amt also vieles. Infolgedessen, so meinte Muehlon, habe sich der Deutschen eine weitgehende Niedergeschlagenheit bemächtigt, und da auch die Marokkaner gemerkt hätten, daß deutsche Unternehmungen bei der Gesandtschaft keinen Rückhalt mehr fänden, so beginne unser Prestige ganz zu schwinden.

Ich finde diesen Rosenschen Standpunkt, wenn er mir richtig geschildert wurde, natürlich grundfalsch. Gefährlich ist geradezu die Auffassung, daß man französische Übergriffe ruhig hinnimmt, anstatt über sie zu berichten, damit sie hier sehr bestimmt zur Sprache gebracht werden können. Natürlich werden die Franzosen an Ort und Stelle dazu neigen, sich als Herren des Landes aufzuspielen, besonders gegenüber den in langem Kampf mit ihnen gewesenen Deutschen. Ich bin aber fest überzeugt, daß der hiesigen Regierung und ganz besonders Pichon nichts unangenehmer ist, als berechtigte Zweifel an ihrer Absicht aufkommen zu lassen, den Februarvertrag loyal innezuhalten.

Hierzu sei folgendes erwähnt. Muehlon erzählte mir, Mulay Hafid habe kürzlich an Vassel gesagt, daß Mokri seine Absicht, von hier aus nach Essen wegen der Geschützbestellung zu gehen, nicht habe ausführen können, weil die französische Regierung ihm zu verstehen gegeben habe, sie wünsche diese Reise nicht. Muehlon teilte mir auf meine weitere Frage mit, daß Rosen seiner obigen Denkungsart gemäß über Vassels Meldung nichts nach Berlin berichtet habe. Ich erwiderte Muehlon sogleich, daß wohl entweder Mulay Hafid oder Mokri gelogen hätten. Ich glaubte die Sache nicht.

---

* Vgl. Nr. 10458, S. 7, Fußnote.

Tags darauf machte ich mit Pichon eine Automobilfahrt zu Zweien, zu der er mich aufgefordert hatte. Ich benutzte die Gelegenheit, um ihm von der Mokrischen Mitteilung an Mulay Hafid zu sprechen. Er sagte mir sofort, er könne mir sein Wort geben, daß ihm nichts ferner gelegen haben würde, als Mokri, wenn er dies beabsichtigt hätte, von einer Reise nach Essen abzuhalten. Er wolle jedoch der Sache auf den Grund gehen, um nach Möglichkeit festzustellen, ob irgend ein Faktum vorliege, das bei Mokri diese Idee habe entstehen lassen können, oder ob es sich lediglich um Lügen handle. Jedenfalls, so sagte Pichon bei dieser Gelegenheit, sei er mir sehr dankbar für meine offene Mitteilung. Ich erwiese ihm einen Dienst, wenn ich immer, sobald ich glaubte, irgend einen Beschwerdepunkt über französiches Verhalten in Marokko zu haben, ihm rückhaltslos davon Mitteilung machte. Natürlich würde er bitten, sich dabei nicht auf allgemeine Angaben zu beschränken, sondern ihm zur Anstellung von Nachforschungen geeignete Fakta an die Hand zu geben. Der Minister stellt nicht ganz in Abrede, daß einzelne Franzosen in Marokko hier und da trop de zèle machen und den Intentionen der Regierung entgegenhandeln könnten. Unser weiteres Gespräch führte dann zu der beiderseitigen Konstatierung, daß es nach Abschluß des Abkommens wohl richtiger gewesen wäre, nach dem Grundsatze zu verfahren, daß neue Situationen auch neue Leute verlangen.

Sollte es sich nicht empfehlen, diesen Grundsatz endlich doch noch zu befolgen? Allerdings wäre es im Februar wesentlich leichter gewesen, die Fortnahme Regnaults und auch Saint Aulaires* — die sicherlich wünschenswert wäre — durchzusetzen. Immerhin käme es auch jetzt noch auf einen Versuch an, wenngleich gegenwärtig die Franzosen denken werden, sie machten uns eine Konzession mit Versetzung ihrer Leute. Aber wenn auf unserer Gesandtschaft die jetzigen Auffassungen fortbestehen — vorausgesetzt, daß sie mir richtig geschildert wurden —, so können wir wohl sicher sein, der besten Früchte unseres Abkommens verlustig zu gehen. Auch werden die Franzosen schließlich Übergriffe begehen, die es uns unmöglich machen, unangenehme Auseinandersetzungen zu vermeiden. —

Über die Absichten der Union des Mines erfahre ich von französischer Seite noch folgendes. Im Gegensatz zu ihren bisherigen Bestrebungen habe die Union beschlossen, sich vorerst um vom Sultan zu verleihende Rechte nicht mehr zu bemühen, statt dessen aber praktisch mit Prospektierungsarbeiten vorzugehen. Diese sollen in drei verschiedenen Gebieten erfolgen: 1) in der Gegend um Tanger und im Rif, 2) von Mogador aus im Sus, 3) im Hohen Atlas. In Tanger und Mogador sollen ständige Bureaus eingerichtet werden. Dasjenige in Tanger wird Langenheim unterstellt; dasjenige in Mogador einem von der Mokta-el-Hadid-Gesellschaft namhaft zu machenden französischen

* Erster Sekretär bei der französischen Gesandtschaft in Tanger.

Ingenieur. (Die geplante Errichtung des Bureaus in Tanger unter Langenheim hatte mir schon Muehlon mitgeteilt.) Im Hohen Atlas soll der bekannte Reisende Gentil für die Union prospektieren.

Daß die französischen Unionleute sich mit der deutschen Leitung gerade der Tangerer Stelle einverstanden erklärten, ist immerhin recht erfreulich. Überhaupt geht das Zusammenarbeiten zwischen den Deutschen und Franzosen in der Union dauernd recht gut. Wenn doch diese Verständigung auch andere Leute zur Überlegung kommen lassen wollte, ob es nicht doch möglich ist, aus einem Zusammengehen mit den Franzosen Nutzen zu ziehen, anstatt ewig auf dem Kampfstandpunkt zu verbleiben!

O. Lancken

Nr. 10461

Der Staatssekretär des Auswärtigen Amtes Freiherr von Schoen an den Gesandten in Tanger Rosen

Konzept

Nr. A 799 Berlin, den 18. Juli 1909

Die „Deutsche Marokkozeitung" vom 7. d. Mts. hat aus der „Weserzeitung" den hier im Ausschnitt beigefügten*, ihr aus Marokko zugegangenen Brief übernommen, in dem über angebliche gegen unsere Handelsinteressen gerichtete französische Machenschaften Klage geführt wird.

Euer Hochwohlgeboren bitte ich, diesen Klagen so weit als möglich auf den Grund zu gehen und gegebenenfalls mit Hilfe der Kaiserlichen Konsularstellen festzustellen, welche konkreten Vorfälle den Äußerungen des Briefschreibers zugrunde liegen.

Daß nach Jahren des Kampfes die in Marokko lebenden Franzosen einschließlich mancher amtlicher Organe immer wieder versucht sein werden, die aus der verflossenen Periode stammenden Methoden auch heute gegen uns anzuwenden, liegt auf der Hand. Alle derartigen Vorkommnisse haben zunächst auch nur lokale Bedeutung, und es empfiehlt sich, dies bei Gelegenheit den interessierten Personen gegenüber zum Ausdruck zu bringen. Andererseits ist es aber wünschenswert, in jedem solchen Falle die Einzelheiten des Vorgangs tunlichst genau festzustellen und mir darüber zu berichten, damit ich in der Lage bin, sie zur Kenntnis der französischen Regierung zu bringen.

Nur durch ein konstantes Einwirken von den Zentralstellen aus wird es möglich sein, die beteiligten Kreise allmählich an neue Methoden zu gewöhnen, wie sie sich aus der auch in Paris loyal ge-

* Hier nicht abgedruckt.

wünschten Ausführung des Februarabkommens ergeben. Zu Euer Hochwohlgeboren persönlicher Orientierung bemerke ich streng vertraulich, daß der französische Minister der Auswärtigen Angelegenheiten dem Kaiserlichen Geschäftsträger gelegentlich einer privaten Unterredung geradezu den Wunsch ausgesprochen hat, von allen auf tatsächliche Vorkommnisse gegründeten Beschwerden über französisches Vorgehen in Marokko Kenntnis zu erhalten*. Natürlich sei es für ihn wichtig, die einzelnen Fakten genau zu erfahren, um ihm die Anstellung von Nachforschungen zu ermöglichen. pp.**

v. Schoen

Nr. 10462

Der Vortragende Rat im Auswärtigen Amt Freiherr Langwerth von Simmern an den Geschäftsträger in Paris Freiherrn von der Lancken

Privatbrief. Eigenhändiges Konzept

Vertraulich

Berlin, den 21. Juli 1909

In Abwesenheit Erckerts, der auf Urlaub ist und in Marokkanicis von mir vertreten wird, sage ich Ihnen besten Dank für Ihren interessanten Brief vom 12. d. Mts.* Es bedarf wohl keiner Worte, daß ich ganz die von Ihnen dargelegte Auffassung teile, daß es dringend wünschenswert ist, daß von unserer Gesandtschaft in Tanger jeder französische Übergriff unter genauer Anführung der konkreten Tatsachen hierher berichtet wird, damit wir in der Lage sind, die Sache jedesmal in Paris zur Sprache zu bringen.

Es liegt in der Natur der Dinge, daß die Franzosen an Ort und Stelle nach den Jahren des Kampfes leicht zu Übergriffen geneigt sein werden. Hierfür gibt es nur das eine Heilmittel, ihnen immer wieder auf die Finger zu sehen und jedesmal eine Rektifikation von der Zentrale aus herbeizuführen. Auf diese Weise kann es vielleicht allmählich doch gelingen, auch die Franzosen in Marokko an neue Methoden zu gewöhnen im Sinne unseres Februarabkommens.

An Rosen ist in geeigneter Weise ein Erlaß*** ergangen, nachdem er wegen etwaiger Zollbeschwerden bereits am 7. April d. Js. im gleichen Sinne Weisung erhalten hatte.

Was Mokris eventuelle Reise nach Essen angeht, so bin ich recht gespannt, was Sie weiter hören werden. Wäre es nicht vielleicht doch noch möglich, diese Reise zustande zu bringen?

Bezüglich eines etwaigen Personalwechsels auf der französischen Gesandtschaft in Tanger sagte mir Erckert neulich, daß er aus einer

* Vgl. Nr. 10460.
** Der Schluß des Erlasses betrifft Zollbeschwerden.
*** Siehe Nr. 10461.

streng vertraulichen gelegentlichen Äußerung Berckheims* entnehmen zu können glaube, daß die hiesige französische Botschaft es gern sehen würde, wenn Guiot in absehbarer Zeit an Regnaults Stelle treten sollte. Nun, manches wird in dieser Beziehung ja vielleicht auch von dem Ausgang der gegenwärtigen Ministerkrisis** abhängen.

Langwerth

Nr. 10463

Der Geschäftsträger in Paris Freiherr von der Lancken an den Reichskanzler von Bethmann Hollweg

Ausfertigung

Nr. 293 Paris, den 28. Juli 1909

Gelegentlich des heutigen Diplomatenempfangs habe ich auftragsgemäß Herrn Pichon gesagt, wie sehr Euere Exzellenz und der Herr Staatssekretär darüber erfreut seien, daß die Leitung der Auswärtigen Angelegenheiten Frankreichs in dem neuen Ministerium seinen bewährten Händen weiter anvertraut bliebe. Euere Exzellenz und der Herr Staatssekretär hofften, daß sich die deutsch-französischen Beziehungen zum beiderseitigen Vorteile unserer Länder weiterhin gedeihlich entwickeln würden.

Der Minister sprach mir für diese Kundgebung in überaus herzlichen Worten seinen wärmsten Dank aus, den er sich vorbehielt, auch in formeller Weise durch den französischen Geschäftsträger in Berlin übermitteln zu lassen. Dabei wiederholte er die Versicherung, wie er mit Überzeugung und gern an der Fortentwickelung unserer so erfreulich gebesserten Beziehungen arbeiten werde. Solchen Gefühlen entsprechend sei er neuerdings bestrebt gewesen, die Bildung des Kabinetts in möglichst deutschfreundlichem Sinne zu beeinflussen. Auf seine Anregung habe man auch den bekanntermaßen aufrichtige Freundschaft für Deutschland und den Fürsten Radolin hegenden neuen Handelsminister, Herrn Jean Dupuy, ins Ministerium berufen. In Paranthese erwähnte Herr Pichon hierbei, daß man Herrn Dupuy sehr zu Unrecht im Verdacht habe, er hege Sympathien für die Hochschutzzöllner und könne diese bei der bevorstehenden Zolltarifreform betätigen wollen. Der Handelsminister werde sich vielmehr, wie dies auch in der ministeriellen Erklärung hervorgehoben worden sei, bei dem geplanten Werke ganz von den gleichen versöhnlichen Tendenzen leiten lassen, nach denen sein Vorgänger Cruppi sich gerichtet habe.

---

* Baron de Berckheim, französischer Botschaftsrat in Berlin.

** Am 20. Juli war der Sturz des Ministeriums Clemenceau erfolgt. In dem neuen Ministerium Briand behielt der bisherige Außenminister Pichon seinen Posten. Vgl. das folgende Schriftstück.

Wenn nun auch die Herrn Pichon durch meine Demarche bereitete Genugtuung unverkennbar war, so glaube ich doch annehmen zu können, daß er von der freundschaftlichen Kundgebung kaum etwas in die Öffentlichkeit gelangen lassen wird. Denn er dürfte der durchaus berechtigten Ansicht sein, daß die Besserung des deutsch-französischen Verhältnisses nur Fortschritte machen kann, wenn dies unbemerkt von der großen Öffentlichkeit und ohne überflüssige Polemiken geschieht. Auch unsererseits wäre meines gehorsamen Erachtens eine ähnliche vorsichtige Haltung zu empfehlen. Die mit dem Marokkoabkommen begründete deutsch-französische Annäherung — wenn man überhaupt schon dieses Wort gebrauchen darf — ist noch eine viel zu zarte Pflanze, als daß es nicht geboten erscheinen muß, sie vor jeder rauheren Berührung, sei es von französischen Nationalisten, sei es von unseren ausländischen Nebenbuhlern, sorgsamst zu hüten. Wurzeln und Stamm müssen erst mit der Zeit an Festigkeit und Widerstandskraft gewinnen*. Am besten wird das Wachstum dadurch zu fördern sein, daß man die sich ergebenden Anlässe benutzt, um auf praktischen Gebieten Hand in Hand zu gehen, und hier den beiderseitig vorhandenen guten Willen sich nutzbringend betätigen läßt.

Eine bemerkenswerte Gelegenheit dieser Art ist meines Erachtens die gegenwärtig schwebende Verhandlung, die die Schaffung der Grundlage für ein umfassendes Zusammengehen in Fragen der Kabelpolitik bezweckt**. Die dabei zutage getretene Bereitwilligkeit Frankreichs,

* Diese Auffassung wurde in Berlin durchaus geteilt. Als daher im Dezember 1909 der Fürst von Monaco bei Kaiser Wilhelm II. abermals einen Besuch des Kaisers in Monaco und ein eventuelles Zusammentreffen mit dem Präsidenten Fallières in Anregung brachte, empfahlen der Reichskanzler und der Staatssekretär des Auswärtigen vorsichtige Zurückhaltung. Auch Fürst Radolin, bei dem Freiherr von Schoen am 29. Dezember 1909 anfragte, ob etwa ein Besuch des Kaisers in Monaco ohne Zusammentreffen mit Fallières als opportun erachtet werden könne, riet am 31. Dezember (Nr. 325) ab: „Bin mit Euerer Exzellenz durchaus der Ansicht, daß, da eine Begegnung Seiner Majestät des Kaisers mit dem Präsidenten der Republik zurzeit in Monaco untunlich erscheint, ein einseitiger Besuch unseres allergnädigsten Herrn in Monaco zu Mißdeutungen führen könnte und daher besser zurzeit unterbliebe. Vor kurzem tauchte bekanntlich von neuem Gerücht auf, Seine Majestät und Präsident Fallières würden im Frühjahr in Monaco zusammentreffen. Gerücht wurde durch Havas dementiert und von einem Teil der Presse in zurückweisender Art kommentiert. Würde hiernach allerhöchster Besuch ohne Zusammentreffen mit Präsidenten zur Tatsache, so wäre es unausbleiblich, daß in französischer Öffentlichkeit Auffassung Platz griffe. Seine Majestät habe Begegnung gewünscht, Fallières aber sei derselben ausgewichen. — Ebenso wie Euere Exzellenz würde auch wohl ein Teil der hiesigen Regierungskreise Entrevue zwischen Seiner Majestät und Präsidenten nach meinem Gefühl gegenwärtig nicht für opportun halten, gerade um nicht stille Fortentwickelung gebesserten deutsch-französischen Verhältnisses zu stören."

** Es schwebten eben damals in Paris Verhandlungen über ein Zusammenwirken Deutschlands und Frankreichs bei Kabellegung und Kabeldienst nach Südamerika und Westafrika; die Erörterungen, die von der deutschen Botschaft in Paris auch aus allgemein politischen Gründen lebhaft betrieben wurden, führten Ende März 1910 zu einem umfangreichen Abkommen der beiderseitigen Postverwaltungen.

sich mit uns zu verständigen, obgleich dies den englischen Interessen widersprechend sein muß, ist meiner Ansicht nach hoch anzuschlagen und läßt erfreuliche Ausblicke in die Zukunft gerechtfertigt erscheinen. Darum sollten wir auch, um das ins Auge gefaßte Abkommen perfekt werden zu lassen, pekuniäre Opfer nicht scheuen und schlimmstenfalls, wenn es sich etwa als unmöglich herausstellt, die französischen Forderungen herabzudrücken, diese ohne schwere Bedenken bewilligen. Das benötigte Kapital würde eine vortreffliche Anlage bilden.

Ist erst durch ein häufiges Hand in Hand Gehen bei ähnlichen Gelegenheiten — ich hoffe in nicht ferner Zeit Euerer Exzellenz Aufmerksamkeit auf neue Möglichkeiten richten zu können — und durch die hieraus auch für Frankreich entstandenen greifbaren Vorteile immer weiteren Kreisen des Landes der Nutzen solcher Politik in klarer Weise vor Augen geführt, so darf wohl darauf gerechnet werden, daß mit der Zeit auch eine öffentliche nachdrückliche Betonung der guten deutsch-französischen Beziehungen ungefährlich erfolgen kann. Damit wäre dann eine Kräftigung des Verhältnisses erzielt, die es manchen größeren Belastungsproben durch uns ungelegen kommende Ereignisse der Weltpolitik gewachsen erscheinen lassen kann.

Lancken

Nr. 10464

Der Botschafter in Madrid Graf von Tattenbach an den Reichskanzler von Bethmann Hollweg

Ausfertigung

Nr. 125 Madrid, den 16. August 1909

Ich habe meinen englischen Kollegen*, der La Granja als Sommerwohnung gewählt hat, gestern besucht und den Tag mit ihm zugebracht.

Sir Maurice de Bunsen, der in der ersten Zeit nach dem Abschluß des deutsch-französischen Marokkoabkommens und wohl wegen des Abschlusses dieses Abkommens einer spanischen Aktion in Marokko** das Wort geredet hat, gab jetzt[1] mir gegenüber seinem lebhaften Erstaunen Ausdruck, wie sich Spanien auf dieses Abenteuer habe einlassen können. Kopfschütteln bereitet ihm insbesondere Herr Maura***. Dieser habe ihm gegenüber das Vorgehen der Franzosen in Casablanca auf das schärfste verurteilt und hierbei auf das nachdrücklichste betont, daß Spanien niemals solche Wege wandeln werde. Er könne sich den Umschwung in den Anschauungen des Ministerpräsidenten schwer erklären.

Die jetzige Lage beurteilt Sir Maurice als eine sehr ernste — worin ich ihm durchaus beipflichte. Man könne sich nicht verhehlen, daß die

* Sir M. de Bunsen.

** Vgl. dazu Nr. 10459, Fußnote ***.

*** Präsident des spanischen Ministerrats.

Vorgänge in Barcelona* implicite als ein Niederbruch der inneren Politik des Herrn Maura angesehen werden müßten. Er habe den Katalanen Vertrauen beweisen, Selbstverwaltung geben, sie versöhnen und auf diese Weise ihre Separationsbestrebungen ausschalten wollen. Das Gegenteil sei eingetreten. In höchst unpatriotischer Weise hätten sie die im Land gärende Mißstimmung wegen des kriegerischen Vorgehens im Rif benutzt, um das Feuer der Revolution anzustecken. Dies sei um so mehr zu bedauern, als — bei der hoffnungslosen Zersplitterung der Liberalen — Maura zurzeit der einzige mögliche Staatsmann ist.

Aus den Äußerungen des Botschafters klang durch, daß er die großen Vorteile nicht verkennt, die Frankreich durch das mögliche Mißlingen des spanischen Feldzuges im Rif oder durch Erschöpfung Spaniens in diesem Unternehmen in bequemster Weise erwachsen, und daß er ihm diese Vorteile nur ungern gönnt. Er tröstete sich aber mit den Worten darüber hinweg: „Enfin c'est toujours un guêpier!"

Man darf indessen aus diesen Worten nicht den Schluß ziehen, daß Sir Maurice de Bunsen etwa ein Gegner der englisch-französischen Entente wäre.

Tattenbach

Randbemerkung Kaiser Wilhelms II.:
[1] Echt englisch!

Nr. 10465

Der Botschafter in Madrid Graf von Tattenbach an den Reichskanzler von Bethmann Hollweg

Ausfertigung

Nr. 128 Madrid, den 20. August 1909

Hiesige Blätter hatten die Nachricht gebracht, Deutschland habe wegen des kriegerischen Vorgehens Spaniens im Rif an die spanische Regierung eine Note gerichtet**. Die offiziöse „Epoca" hat diese Nach-

---

* Im Zusammenhang mit den schweren Verlusten der Spanier in den Kämpfen mit den Rifkabylen und den dadurch notwendig werdenden Truppennachschüben war es in Barcelona in der zweiten Hälfte Juli zu schweren Unruhen gekommen, die infolge der drakonischen Maßregeln der spanischen Regierung — Verhängung des Belagerungszustandes, Suspendierung aller verfassungsmäßigen Garantien — sich auf ganz Katalonien ausdehnten und einen gefährlichen revolutionären Charakter annahmen. Vom 26.—31. Juli herrschte in Barcelona eine förmliche Schreckenswoche. Auch nach der zu Anfang August gewaltsam wiederhergestellten Ruhe dauerte die Gärung im Lande fort; sie steigerte sich, als das in Barcelona eingesetzte Kriegsgericht zahlreiche Prozesse wegen des Juliaufstandes anstrengte und unter anderm über den Direktor der „Modernen Schule" Ferrer ein am 13. Oktober vollstrecktes Todesurteil verhängte. Am 21. Oktober sah sich das Kabinett Maura infolge der allgemein zunehmenden Unzufriedenheit zur Demission genötigt; es folgte ihm das liberale Kabinett Moret.
** Das Gerücht war völlig unbegründet.

richt mit dem Bemerken in Abrede gestellt, daß nach den an kompetenter Stelle eingezogenen Erkundigungen Deutschland nicht die Absicht habe, in dieser Angelegenheit irgendwie zu intervenieren, denn Deutschland habe die Gewißheit (sabe á ciencia cierta), daß Spanien das halten wird, wozu es sich in der Konferenz von Algeciras verpflichtet hat, das heißt daß es freien Handel und volle Gleichberechtigung für alle zugestehen wird (concediendo el comercio libre y la igualdad de derechos para todos).

Von der Souveränität des Sultans und der Integrität des Gebiets wird nicht gesprochen.

Tattenbach

Nr. 10466

Der Botschafter in Madrid Graf von Tattenbach an den Reichskanzler von Bethmann Hollweg

Ausfertigung

Nr. 132 Madrid, den 27. August 1909

Das Übereinkommen, das Spanien und Frankreich am 6. Oktober 1904 über Marokko gezeichnet haben*, ist nur in seinen allgemeinsten Grundlinien bekannt gegeben worden. Seine Bestimmungen sind nach einer vertraulichen Mitteilung eines deutschfreundlichen spanischen Diplomaten nur wenigen Personen durch Vorlesen bekannt gegeben worden, und diese haben in feierlicher Weise Stillschweigen versprechen müssen. Ihre Zahl wird sich auf die leitenden Persönlichkeiten in Paris, London und Madrid beschränken.

Immerhin konnten und wollten die vertragschließenden Parteien nicht verhindern, daß der grundlegende Gedanke des Vertrags bekannt würde. Er hat die Aufteilung Marokkos zwischen Frankreich und Spanien zum Gegenstand für den Fall, daß der Fortbestand dieses eigentümlichen Staatsgebildes nach Auffassung der vertragschließenden Teile nicht mehr aufrecht zu erhalten sein würde.

Bekannt ist geworden, daß für beide Teile Interessensphären ab-

* Am 30. Juli hatte die „Wiener Allgemeine Zeitung" Enthüllungen über das französisch-spanische Übereinkommen vom 6. Oktober 1904 (Näheres darüber in Bd. XX, Kap. CXLIV, Nr. 6508) gebracht, die nach einem Bericht Freiherrn v. d. Lanckens (Nr. 317) vom 16. August auf Information Clemenceaus zurückgeführt wurden. Nach den Mitteilungen des Wiener Blattes hätte sich Frankreich in dem Abkommen verpflichtet, Spanien militärisch beizustehen, falls dieses nicht imstande sein sollte, innerhalb seiner marokkanischen Interessensphäre fertig zu werden. Von der Verabredung eines solchen französischen Beistandes, wie er anscheinend durch die Enthüllungen des Wiener Blattes in die Wege geleitet werden sollte, wollte allerdings Vallin, der Chef des Politischen Kabinetts des spanischen Staatsministers, wie er sich am 11. August zu Graf Tattenbach ausließ, schlechterdings nichts wissen.

gezeichnet worden sind, die zunächst als Feld friedlicher Durchdringung angesehen, später aber militärisch besetzt werden sollten.

Bekannt ist geworden, daß Spanien mit Rücksicht auf England die Nordküste erhalten sollte. Hierbei sind aber über Umfang des Gebiets Zweifel und Unsicherheit geblieben. Es wurde gesagt, es handle sich um einen 60 km breiten Streifen von der Mündung des Muluïa bis zur Mündung des Sebus, andere geben die Breite des Streifens auf nur 30 km an, wieder andere verkürzen seine Länge und bezeichnen Larasch als westlichen Endpunkt. Es wird auch gesagt, der spanische Anteil bildet ein Dreieck von der Mündung des Muluïa nach Fes und von da nach der Mündung des Sebu. Wiederum andere sagen, Spanien habe auch die Zusicherung erlangt, daß ihm das gegenüber den Kanarischen Inseln liegende Gebiet zufallen solle.

Persönlich neige ich der Ansicht zu, daß es sich um den Streifen von Muluïa nach Larasch in der Breite von etwa 30 km handelt unter Ausschluß jeden andern Gebiets.

Bekannt ist ferner geworden, daß sich Frankreich bei der praktischen Durchführung des Paktes die Rolle des führenden Teils vorbehalten hat. Sehr bezeichnend hat Herr Vallin seine diesbezügliche Mitteilung mit einer Handbewegung begleitet, die nachahmen sollte, wie das Hündchen hinter dem Herrn herläuft.

In Algeciras habe ich vom ersten Tag ab das Nichtkennen der spanisch-französischen Abmachungen über Marokko schwer empfunden und wiederholt — ohne Erfolg — meiner Meinung Ausdruck gegeben, wir sollten die Fortsetzung der Verhandlungen von der Bekanntgabe dieser Abmachungen vom 6. Oktober 1904 abhängig machen, um nicht dauernd und zu unserm Nachteil im Dunkeln zu tappen. Auch bei Gelegenheit der diesjährigen Verhandlungen über die von Spanien gewünschte Erklärung, durch die wir „die besonderen Rechte Spaniens, wie ihm solche nach den bestehenden Verträgen zustehen", ausdrücklich anerkennen sollten, habe ich mich der Hoffnung hingegeben, daß es möglich sein werde, die Abgabe dieser Erklärung von der Mitteilung dieses Vertrages abhängig zu machen.

Was nun die sensationellen Enthüllungen der „Wiener Allgemeinen Zeitung" im besonderen angeht, so sind sie ein Gemisch aus den im vorstehenden aufgeführten teils bekannt gewordenen, teils vermuteten Bestimmungen des Geheimvertrages vom Jahre 1904 und der Pariser Deklaration vom 16. Mai 1907*, dem sogenannten Mittelmeerabkommen. Sie sind insofern interessant und bemerkenswert, als sie gerade beim Beginn der militärischen Aktion Spaniens im Rif erschienen und ohne weiteren Kommentar im Pariser „Temps" wörtlich abgedruckt worden sind. Es sollte offenbar den Spaniern zu Gehör geredet werden, daß, wenn ihre militärische Aktion ungenügend ausfallen und in ihren Folgen

* Vgl. dazu Bd. XXI, Kap. CLVI, Nr. 7256, Fußnote **.

das europäische Prestige, das heißt die Interessen Frankreichs in Marokko und Algier beeinträchtigen sollte, der Moment gekommen sein würde, das französische Prestige durch die Unterstützung der spanischen Waffen wiederherzustellen.

Auf Authenzität dürften die Enthüllungen keinen Anspruch machen können.

Tattenbach

Nr. 10467

Der Botschafter in Madrid Graf von Tattenbach an den Reichskanzler von Bethmann Hollweg

Ausfertigung

Nr. 139 Madrid, den 6. September 1909

Mein englischer Kollege ist von La Granja hierher zurückgekehrt, um sich von Seiner Majestät dem König vor Antritt seines Urlaubs zu verabschieden. Bevor er sich in Vigo einschiffen wird, hat er die Absicht, noch 10—14 Tage in der Provinz Galicien zu reisen, der die Engländer in neuerer Zeit eine besondere Aufmerksamkeit schenken. Dort werden in den Arsenalen von Ferrol von der englischen Firma Vickers die Schiffe der spanischen Flotte gebaut, und dieser Hafen soll mit den anderen in Galicien liegenden Häfen Vigo, Villagarcia, La Coruña Stützpunkte für die englische Marine im Fall eines Krieges bilden. Außerdem ist die englische Schiffahrt bemüht, diese Gegend durch Anlaufen von Vergnügungsdampfern, Gründung von Hotels pp. in den Kreis ihrer Operationen zu ziehen.

Gelegentlich eines Besuchs, den ich gestern Sir Maurice Bunsen abstattete, kam natürlich das Gespräch auf Marokko, wobei er neuerdings seinen Besorgnissen Ausdruck gab sowohl über die innere Lage als über die schwierige militärische Lage Spaniens im Rif. Er gab zu, daß Spanien durch den spanisch-französischen Vertrag vom Jahr 1904 eine äußerst schwierige Lage geschaffen sei. Die militärische Besetzung und Verteidigung eines 600 Kilometer langen Landstreifens gegen feindliche, kriegslustige Kabylen sei eine Aufgabe, die über die Kräfte Spaniens hinausgehe. Als ich einwarf, daß für den Fall der Erschöpfung Spaniens Frankreich helfend eingreifen werde, sagte Sir Maurice, davon könne keine Rede sein, dies würde gegen Englands Interessen sein[1], und fügte lebhaft hinzu: „Ich würde dies Herrn Révoil* selbst ebenso sagen, wie ich es Ihnen sage".

Ich setzte die Konversation fort, indem ich bemerkte, ich kennte den Inhalt des Vertrags vom Jahre 1904 nicht, indessen nähme ich an, daß der den Spaniern zugewiesene Streifen doch „lebensfähig" sein müsse, das heißt er müsse doch die wenn auch ferne Aussicht bieten, sich

* Französischer Botschafter in Madrid.

in volkswirtschaftlicher Hinsicht zu rentieren; ich nähme also an, daß den Spaniern wenigstens die Möglichkeit offen gelassen sei, eines Tags eine Eisenbahn von Melilla oder Alhucemas nach Tasa zu bauen und so wenigstens einen Teil des Handels von Nordmarokko nach spanischen Häfen zu ziehen. Sir Maurice Bunsen antwortete, daß Tasa bei weitem nicht mehr in die den Spaniern zugestandene Einflußsphäre falle; auf den Weg von Fes nach Tasa und weiter nach Algier legten die Franzosen den allergrößten Wert und würden niemals zugeben, daß dorthin eine spanische Eisenbahn gelegt würde.

Gestern ist Befehl gegeben, die zwölfte Division, die in den letzten Wochen auf Kriegsfuß gebracht worden ist, auf den Kriegsschauplatz überzuführen. Es gibt viele Leute, die der Ansicht sind, sie werde nicht in Melilla, sondern in Ceuta ausgeschifft werden und die Bestimmung erhalten, Tetuan zu nehmen. Ich erwähne hierbei, daß englischerseits n der letzten Zeit häufig der Rat erteilt wird, Spanien solle sich, statt sich im Rif zu verbeißen, dieses militärisch bequemeren und politisch wichtigeren Punktes[2] bemächtigen. Diesen Rat erteilt zum Beispiel der heute hier eingetroffene „Standard" in dem hier beigefügten Artikel vom 3. d. Mts.* mit dem Hinzufügen, daß die Spanier nach der Besitzergreifung Tetuans dem Sultan Mulay Hafid den Frieden diktieren könnten[3].

Mir scheint nur wenig wahrscheinlich, daß die Spanier daran denken sollten, den Kriegsschauplatz, der sich bereits vom Peñon über Alhucemas, Melilla, Cabo de Agua und bis zum Soco el Arba erstreckt, noch weiter bis Ceuta und Tetuan auszudehnen und ihre Streitkräfte noch mehr zu zersplittern. Ich glaube vielmehr, daß es ihnen darauf ankommt, Mar Chica in ihre Hände zu bekommen und durch eine Umgehung die Rifleute zur Aufgabe der festen Stellung von Nador und eventuell des Gurugu zu veranlassen. In den letzten Tagen sind größere Geldsendungen an das Hauptquartier nach Melilla abgegangen — vielleicht soll der Duro leisten, was die spanischen Waffen bisher nicht haben leisten können.

Die hiesigen Morgenblätter haben gestern mit großer Bestimmtheit die Nachricht von einer unmittelbar bevorstehenden Zusammenkunft des Königs Alfons XIII. mit König Eduard VII. gebracht. Mein englischer Kollege sagt mir, daß davon nicht entfernt die Rede sein könnte. Seine Majestät der König, der im Frühjahr einen Aufenthalt in Biarritz gemacht und eben von Marienbad zurückgekehrt sei, denke nicht daran, in der nächsten Zeit England zu verlassen.

Tattenbach

Randbemerkungen Kaiser Wilhelms II.:
[1] Aha! Da steckt der Teufel die Klauen heraus!
[2] für England!
[3] zur Freude der Gallier?

* Hier nicht abgedruckt.

Nr. 10468

Der Botschafter in Madrid Graf von Tattenbach an den Reichskanzler von Bethmann Hollweg

Ausfertigung

Nr. 144 Madrid, den 11. September 1909

Die Anlage urschriftlich gehorsamst zurückgereicht*.

Es ist selbstverständlich, daß das Vorgehen der Spanier im Rif seitens der Engländer mit größter Aufmerksamkeit und wachsender Besorgnis verfolgt wird, denn es handelt sich dabei um die Straße von Gibraltar, um Gibraltar selbst, den Seeweg nach Indien, die Stellung Englands im Mittelmeer.

Es gibt Leute, die sagen, die Engländer seien durch das Anwachsen der deutschen Flotte und die Aussicht auf die demnächstige Fertigstellung des Panamakanals so nervös geworden, daß sie es sich nicht genügen lassen, die Straße von Gibraltar bloß taktisch zu beherrschen, sondern darauf ausgingen, sie zu einem Kanal auszugestalten, für dessen Benutzung seitens der andern Nationen Gebühren zu zahlen wären wie im Suezkanal. Dies solle der Aufbesserung der englischen Finanzen dienen und Geld für neue Dreadnoughts liefern. Das sind Phantasiegebilde. Was England zurzeit Sorge bereitet, und was es vermeiden will, ist, daß Spanien sich nicht in Marokko erschöpfe und damit unfähig werde, die ihm von England selbst übertragene Aufgabe eines Wächters der marokkanischen Nordküste auszuführen. England hat das Interesse, Spanien zu stärken und ihm auf eine Weise zu helfen, daß die von Spanien perhorreszierte und England unerwünschte französische Hilfe ausgeschaltet würde. Den Spaniern bewaffnete Hilfe anzubieten, daran kann England nicht denken, denn dies würde der Entente mit Frankreich den Todesstoß geben. Finanzieller Hilfe hingegen steht nichts im Wege. Das „Entgegenkommen", das England den Spaniern kürzlich aus Anlaß des Geschwaderbaus in Ferrol bewiesen hat, und über das ich berichtet habe**, ließe sich nach dieser Richtung erklären. Vielleicht hat sich England bereit erklärt, die in Ferrol zu bauenden Schiffe für eigene Rechnung zu übernehmen, sodaß der 200 Millionen-Kredit zur Bestreitung der Kriegskosten verwendet werden kann?

Einen Trumpf hat England auch noch in der Person des Raisuli in der Hand. Er ist — auch nach der Beseitigung des Roghi*** —

---

* Es handelt sich um einen Artikel des „Berliner Tageblatts" vom 1. September 1909 über „die spanische Eroberungspolitik in Marokko", in dem mit Rücksicht auf die Vorgänge in Melilla und die zunehmenden militärischen Rüstungen Spaniens eine Verstärkung der englischen Garnison von Gibraltar vorausgesagt wurde.

** Siehe Nr. 10467.

*** In der ersten Augusthälfte war der Prätendent „Roghi" Bu Hamara von den Truppen des Sultans völlig geschlagen und bald darauf gefangen genommen worden. Die grau-

immer noch ein starker Faktor in der innern Politik Marokkos, und wenn auch Mr. Lister gesprächsweise äußert, England interessiere sich nicht mehr für ihn, so ist darauf nicht viel zu geben. Als Gouverneur des Gherb und von Anghera und nächster Nachbar von Gibraltar ist und bleibt er für England eine interessante Persönlichkeit.

Was die in dem Artikel erwähnte Behauptung anbelangt, Spanien beabsichtige die 16000 Mann in Ceuta auszuschiffen, um Tetuan zu besetzen, so ist sie inzwischen durch die Tatsachen widerlegt. Es kann sich nur um die Division Sotomayor handeln, die in diesen Tagen nach Melilla in See geht. Sollte übrigens spanischerseits die Besetzung Tetuans wirklich geplant sein, so würde die eventuelle Verstärkung der Garnison von Gibraltar nicht als ein Mißtrauen gegen Spanien zu deuten sein.

Tattenbach

Nr. 10469

Der Geschäftsträger in Tanger Freiherr von Rotenhan an das Auswärtige Amt

Telegramm. Entzifferung

Nr. 195 Tanger, den 21. September 1909

Aufzeichnung, welche Gabbas* dem Doyen** des diplomatischen Korps überreicht hat, behandelt bisherigen Verlauf spanisch-marokkanischer Verhandlungen über Rif und bezeichnet Verhalten spanischer Regierung und militärische Machtentfaltung Spaniens als vertrags- und rechtswidrig. Sultan bitte Signatarmächte, spanische Regierung in geeigneter freundlicher Weise auf große Gefahren ihrer Aktion aufmerksam zu machen.

Spanischer Gesandter versucht, Stimmung zu machen, daß diplomatisches Korps marokkanischen Antrag mit Hinweis auf schwebende Verhandlungen marokkanischer Spezialgesandtschaft in Madrid abweise.

In Privatgespräch mit mir betonte er, daß nicht mehr als 42000 Mann im Rif, und daß militärische Aktion lediglich Repressalien bezweckte, da marokkanische Regierung dort machtlos. Er ließ aber durchblicken, daß eventuell Gebietserweiterungen geplant seien.

Rotenhan

---

same Behandlung, die Mulay Hafid ihm und seinen Anhängern zuteil werden ließ, führte Anfang September zu einer Kollektivnote der Mächte, die jedoch nur Scheinerfolg hatte; vielmehr starb der „Roghi" im weiteren Verlauf seiner Gefangenschaft.

* Vertreter des Sultans Mulay Hafid für Auswärtige Angelegenheiten in Tanger.

** Regnault.

Nr. 10470

Aufzeichnung des Unterstaatssekretärs im Auswärtigen Amt Stemrich

Eigenhändig

Berlin, den 22. September 1909

Der spanische Geschäftsträger* kam heute und teilte mir bezüglich des von dem Gabbas in Tanger dem diplomatischen Korps überreichten Protestes folgendes mit:

Mulay Hafid treibe ein doppeltes Spiel. Er habe eine Gesandtschaft nach Madrid gesandt und angeboten, die Kabylen im Rif zum Nachgeben und zum Frieden zu bewegen. In Madrid habe man natürlich dem Verlangen des Sultans, die spanischen Truppen zurückzuziehen, nicht ohne weiteres entsprechen können, sondern zunächst den Erfolg der von Mulay Hafid versprochenen Pazifizierungsmaßnahmen abwarten müssen.

Jetzt, während die Verhandlungen noch schwebten, erhebe der Sultan den in Rede stehenden Protest.

Seine Regierung bitte den Protest, ohne auf die Sache selbst einzugehen, zurückzuweisen mit der Motivierung, daß es sich von vornherein in der Sache um eine ausschließlich spanisch-marokkanische Frage gehandelt habe und noch handele.

Ich habe Herrn Ferraz gesagt, wir würden den Wunsch der spanischen Regierung in wohlwollende Erwägung ziehen, da wir über die Sache aber nähere Nachrichten noch nicht erhalten hätten, müßten wir zunächst uns selbst über die Sachlage unterrichten.

Stemrich

Nr. 10471

Der Staatssekretär des Auswärtigen Amtes Freiherr von Schoen an den Botschafter in Paris Fürsten von Radolin

Telegramm. Konzept

Nr. 172 Berlin, den 24. September 1909

Es wäre mir von Interesse zu wissen, wie sich französische Regierung zu marokkanischem Protest gegen Spanien stellt**. Bitte jedoch direkte Anfrage vermeiden und keinen Auftrag erkennen lassen.

Nur zu Ew. pp. Orientierung: Protest, dessen Text hier erst in einigen Tagen zu erwarten, soll angeblich auch finanzielle Verantwort-

---

* E. Ferraz

** Vgl. das folgende Schriftstück, das die weitere Entwickelung der Angelegenheit zusammenfaßt.

lichkeit Sultans gegenüber Spanien ablehnen. Diese Frage ist für uns wichtig, da sie mit Zustandekommen der Anleihe und Erhaltung wirtschaftlicher Leistungsfähigkeit Marokkos zusammenhängt.

v. Schoen

Nr. 10472

*Der Staatssekretär des Auswärtigen Amtes Freiherr von Schoen an Kaiser Wilhelm II., z. Z. in Rominten**

Telegramm. Entzifferung

Nr. 110 Berlin, den 25. September 1909

Euerer Majestät Geschäftsträger Tanger meldet**:

„Regnault schreibt als Doyen in Zirkular, mit dem Sultannote fremden Vertretern mitgeteilt:

‚J'estime que la question soulevée n'est pas de la compétence du corps diplomatique; elle doit être réglée exclusivement entre le Gouvernement Espagnol et le Gouvernement Marocain.'

Bemerkung Merry del Vals:

‚Je suis d'accord avec notre honorable doyen pour entendre que le point soulevé par le maghzen dépasse la compétence du corps diplomatique du moment qu'il se rattache à la question d'ordre et de la sécurité dans la région frontière reconnue par les puissances comme intéressant exclusivement l'Espagne et le Maroc.'

Mehrzahl fremder Vertreter will Instruktionen ihrer Regierungen abwarten."

„Merry del Val erbittet meine Zustimmung zu spanisch-französischer Bemerkung auf Zirkular, da angeregte Frage lediglich spanische und marokkanische Regierung interessiere."

Bestätigende Nachricht von Euerer Majestät Botschafter Paris, welcher drahtet***:

„‚Temps' meldet, Instruktionen französischer Regierung an Regnault gingen dahin, im diplomatischen Korps Auffassung zu vertreten, daß vom Machsen angeschnittene Frage Kompetenz der Algecirassignatarmächte überschritte und nur Spanien und Marokko anginge.

England, Portugal, Amerika, Rußland hätten Geneigtheit gezeigt, sich diesem Standpunkt anzuschließen. ‚Temps' folgert daraus, daß Spanien allein mit Sultan Entschädigungsfrage regeln werde gemäß Vorgang von 1893†."

* Ein in der Hauptsache gleichlautendes Telegramm (Nr. 9) erging unter dem gleichen Datum an den in Linderhof weilenden Reichskanzler von Bethmann Hollweg.

** Telegramme Freiherrn von Rotenhans Nr. 199 und Nr. 201 vom 24. September 1909.

*** Telegramm Fürst Radolins Nr. 236 vom 24. September.

† Die einem Einfall der Rifkabylen in das spanische Gebiet von Melilla im Herbst 1893 folgenden Entschädigungsverhandlungen waren direkt zwischen der spanischen Regierung und dem Sultan von Marokko geführt worden.

Außerdem hat Graf Aehrenthal in Wien gegenüber Reichskanzler* unverbindlich geäußert, daß man spanischen Wunsch wohl werde erfüllen müssen, dagegen gegenüber spanischem Botschafter** Entschließung vorbehalten bis Empfang Wortlauts marokkanischer Note.

Reichskanzler stimmte unverbindlich Graf Aehrenthals Äußerung über Erfüllung spanischen Wunsches zu.

Text marokkanischer Note hierher unterwegs. Habe vorläufig Euerer Majestät Botschafter Paris mit folgender vertraulicher Mitteilung an französische Regierung beauftragt***:

„Angesichts der Tatsache, daß spanisches Vorgehen im Rif Polizeiaktion in Grenzgebiet, und daß spanische Regierung wiederholt erklärt hat, Algecirasakte und die durch diese gewährleistete Integrität Marokkos zu respektieren, sind wir bereit, in bezug auf Tangerer Demarche Mulay Hafids spanischem Wunsche zu entsprechen. Lediglich Bedenken wegen der in Mulay Hafids Schreiben angeblich angeschnittenen Frage der Kriegsentschädigung. Bei der französischer Regierung bekannten Lage marokkanischer Finanzen zu befürchten, daß durch hohe spanische Kriegskosten wirtschaftliche Entwickelung Marokkos und damit internationaler Handel schwere Einbuße erleidet.

Außerdem Gefährdung der Liquidationsanleihe nicht ausgeschlossen.

Wären dankbar für Äußerung, wie französische Regierung Beseitigung der Gefährdung wirtschaftlicher Prosperität in Aussicht genommen hat."

Alleruntertänigst

Schoen

Bemerkung Kaiser Wilhelms II. am Kopf des Schriftstücks:
Einverstanden 26/IX 09 W.

Nr. 10473

Der Reichskanzler von Bethmann Hollweg, z. Z. in Linderhof in Oberbayern, an das Auswärtige Amt

Telegramm. Entzifferung

Linderhof, den 26. September 1909

Antwort auf Telegramm Nr. 9†.

Bin mit Euerer Exzellenz Instruktion nach Paris einverstanden, da es mir erwünscht sein würde, in dieser Frage mit der französischen Regierung in den Bahnen freundschaftlicher Aussprache zu bleiben.

---

* Vom 19.—21. September hatte Reichskanzler von Bethmann Hollweg seinen Antrittsbesuch in Wien gemacht.
** Bustamante Marquis de Herrera.
*** Telegramm Nr. 175 vom 25. September.
† Vgl. Nr. 10472 Fußnote *.

Soweit ich von hier übersehen kann, sollten wir uns jeder Einmischung enthalten, solange nicht direkt die Algecirasakte verletzt oder deutsche Handelsinteressen unmittelbar geschädigt werden[1].

Bethmann Hollweg

Randbemerkung Freiherrn von Schoens:
[1] Keins von beiden der Fall.

Nr. 10474

Der Staatssekretär des Auswärtigen Amtes Freiherr von Schoen an den Geschäftsträger in Tanger Freiherrn von Rotenhan

Telegramm. Konzept von der Hand des Kommissarischen Hilfsarbeiters Freiherrn Langwerth von Simmern

Nr. 173 Berlin, den 27. September 1909

Auf Telegramm Nr. 201*

Zu Euer pp. streng vertraulicher Information:

Voraussichtlich erhalten Sie Mittwoch Ermächtigung, „de se ranger à l'avis de l'honorable doyen“**.

Anfragen gegenüber können Sie schon jetzt durchblicken lassen, daß wir uns französisch-spanischer Äußerung in Zirkularschreiben voraussichtlich anschließen werden, aber Text marokkanischer Note abwarten und wegen etwaiger wirtschaftlicher Konsequenzen der Angelegenheit uns noch mit französischer Regierung unterhalten.

v. Schoen

Nr. 10475

Der Staatssekretär des Auswärtigen Amtes Freiherr von Schoen an den Geschäftsträger in Tanger Freiherrn von Rotenhan

Konzept von der Hand des Vortragenden Rats von Erckert

Nr. 906 Berlin, den 7. Oktober 1909

Angesichts des Umstandes, daß die Protestnote Mulay Hafids gegen das spanische Vorgehen im Rifgebiet sich eingehend mit der Minenfrage*** beschäftigt und darin denselben Standpunkt vertritt, den wir in dem Konflikt zwischen den verschiedenen Mineninteressenten eingenommen haben, und nachdem wir, um Spanien entgegenzukommen, schon vor Eingang des vollen Textes der Note uns mit deren ableh-

* Vgl. Nr. 10472 nebst Fußnote**.

** Tatsächlich erhielt Freiherr von Rotenhan diese Ermächtigung durch Telegramm Nr. 174 vom 28. September. Im gleichen Sinne antworteten die übrigen Vertragsmächte auf die Protestnote. Im Oktober erschien dann eine Gesandtschaft Mulay Hafids bei dem kommandierenden spanischen General in Melilla Marina, um den Frieden mit den Rifkabylen zu vermitteln. Ende November konnte der spanische Feldzug gegen die Rifkabylen als erfolgreich beendet gelten.

*** Vgl. dazu Nr. 10458, S. 7, Fußnote.

nender Beantwortung einverstanden erklärt hatten, habe ich es für nötig gehalten, dem spanischen Geschäftsträger zu sagen, unsere kürzlich erfolgte Erklärung über unsere Nichteinmischung in die jetzige spanische Aktion in Marokko sei nicht so zu verstehen, daß wir uns des Interesses an den Minenangelegenheiten begeben, für deren Besprechung nächstens eine Konferenz in Paris stattfinden soll. Der Geschäftsträger bestätigte mir die Richtigkeit dieser Auffassung.

v. Schoen

Nr. 10476

*Aufzeichnung**

Unsignierte und undatierte Reinschrift

[pr. 12. Oktober 1909]

pp. In der marokkanischen Sache haben Seiner Majestät in den letzten Tagen alle wichtigeren Nachrichten vorgelegen**. Spanien scheint auf weitergehende Pläne, die vielleicht erwogen worden waren, zu verzichten, wohl unter dem Druck der in der englischen und französischen Presse zum Ausdruck gekommenen Stimmung und wahrscheinlich auch infolge von Andeutungen der französischen Regierung, mit der die englische einverstanden zu sein scheint. Die schnelle Desavouierung der zu französischem Vorgehen drängenden Worte des Generals d'Amade*** zeigt, daß die französische Regierung eine Aufrollung der Marokkofrage, die durch unser Februarabkommen in ruhigeres Fahrwasser geraten war, nicht wünscht; deshalb sind ihr offenbar auch die spanischen Pläne unbequem. In den größeren wirtschaftlichen Fragen betreffend Marokko, namentlich bezüglich des Zustandekommens der für uns sehr wichtigen Anleihe, arbeitet Frankreich loyal mit uns zusammen, wenn auch gelegentlich noch Übergriffe untergeordneter Organe vorkommen, die aber meist bald beigelegt werden[1].

Randvermerk von Bethmann Hollwegs:

Über Marokko haben Seine Majestät mir ganz allgemein gesprochen, aber gebilligt, daß wir uns auch bei der weiteren Entwickelung reserviert halten und suchen, stets in freundschaftlicher Fühlung mit Frankreich zu bleiben. v. B. H. 11./X. 09.

---

* Aus den dem Reichskanzler zum Zweck eines Immediatvortrages vorgelegten „Notizen", die eine Reihe von Materien umfassen, gelangt hier nur derjenige Abschnitt zum Abdruck, der sich auf Marokko bezieht.

** Vgl. Nr. 10472.

*** Am 6. Oktober hatte der auf Urlaub zurückgekehrte frühere Befehlshaber der französischen Okkupationsarmee von Casablanca General d'Amade sich einem Berichterstatter des „Matin" gegenüber mit großer Schärfe über das militärische Vorgehen gegen Tasa ausgesprochen, das die französischen Interessen bedrohe. Tasa in den Händen der Spanier bedeute ein marokkanisches Faschoda. Frankreich müsse in kürzester Frist einschreiten. General d'Amade wurde wegen dieser Äußerungen zur Rechenschaft gezogen und zur Disposition gestellt, im Jahre 1910 aber zum Kommandierenden General befördert. Vgl. Nr. 10511.

Nr. 10477

Aufzeichnung des Botschafters in Tokio Freiherrn Mumm von Schwarzenstein, z. Z. in Paris

Eigenhändig

Paris, den 12. Oktober 1909

Zu gestern hatte mich der mir aus Peking gut befreundete Minister des Äußern Pichon zum Lunch eingeladen. Außer Herrn und Frau Pichon und mir selbst waren nur der französische Botschafter in Washington Jusserand nebst Gemahlin anwesend. Bald nach Tische zogen sich Herr und Frau Jusserand sowie Frau Pichon selbst zurück, während der Minister mich bat, noch etwas zu bleiben. Herr Pichon begann dann eine politische Unterhaltung, die etwa eine halbe Stunde währte.

Zunächst gab der Minister in sehr warmen Worten seiner Freude darüber Ausdruck, daß die deutsch-französischen Beziehungen nach mancherlei Schwankungen wieder durchaus normale und selbst vertrauensvolle geworden seien. Er wisse den großen Anteil vollauf zu würdigen, den Seine Majestät der Kaiser und König allerhöchstpersönlich an diesem Ergebnisse gehabt hätten. Daß Geheimrat von Holstein von der politischen Schaubühne abgetreten sei, müsse dagegen mit Genugtuung begrüßt werden, denn sein krankhaftes Mißtrauen habe großenteils die Schuld daran getragen, daß Mißverständnisse aufgetaucht seien und Bedeutung gewonnen hätten. Ihm, dem Minister, gereiche es zu besonderer Befriedigung, daß grade unter seiner Leitung der auswärtigen Angelegenheiten Frankreichs eine markante Besserung in den Beziehungen zu uns eingetreten sei. Er werde auch fernerhin in dieser Richtung weiter tätig sein. Von einem Zusammenwirken Deutschlands und Frankreichs verspreche er sich den größten Nutzen, wie ja auch bereits in der Balkankrisis des vergangenen Jahres* das Einvernehmen beider Länder gute Früchte gezeitigt und zur Aufrechthaltung des Weltfriedens wesentlich beigetragen habe. Der Minister deutete hierbei an, daß die Haltung Rußlands damals mit dadurch beeinflußt worden sei, daß es für ein schärferes Vorgehen keinerlei Ermunterung gefunden habe bei seinen französischen Bundesgenossen.

Auch bei unseren Beziehungen zu England, meinte dann der Minister, könne der französische Einfluß von Nutzen sein, denn die französische Regierung, die den größten Wert auf die Aufrechterhaltung des Friedens lege, werde andauernd bestrebt sein, einen Zusammenstoß zwischen uns und England zu verhüten. Dieser Andeutung des Ministers gegenüber glaubte ich mich ablehnend verhalten zu sollen, da ich nicht der Meinung bin, daß wir uns in unserem Verhältnis zu England Frankreich als Vermittler aufdrängen lassen sollen.

* Vgl. Bd. XXVI.

Auf die marokkanische Frage im einzelnen eingehend, gab Herr Pichon dann seiner Mißstimmung über das Vorgehen Spaniens unverhohlen Ausdruck, das geeignet sei, Frankreich und Deutschland um einen Teil der kommerziellen Früchte der erfolgten Verständigung zu bringen. Jedoch glaubte der Minister, nicht in der Lage zu sein, der spanischen Regierung, nachdem diese sich einmal so weit engagiert habe, Zügel anlegen zu können. Vorerst müsse man den Dingen ihren Lauf lassen. Spanien sei da ganz unüberlegt in ein Abenteuer hineingetappt, über dessen Umfang und Folgen man sich in Madrid nicht rechtzeitig klar geworden sei.

Ein anerkennendes Wort von mir über das energische Vorgehen der französischen Regierung gegen die Einmischung General d'Amades in die äußere Politik* quittierte der Minister dankend. Aus seinen Äußerungen gewann ich den Eindruck, daß die Reaktivierung des Generals die Frage einer ziemlich nahen Zukunft ist und es der Regierung bei ihrem energischen Eingreifen in der Hauptsache um die rasche Beseitigung jeder spanischen Empfindlichkeit zu tun war. pp.**

A. v. Mumm

Nr. 10478

Der Botschafter in Wien von Tschirschky an den Reichskanzler von Bethmann Hollweg

Ausfertigung

Nr. 326 Wien, den 13. Oktober 1909

Vertraulich

Graf Aehrenthal brachte heute von sich aus das Gespräch auf das Vorgehen der Spanier in Marokko. Er meinte, die Sache gefiele ihm nicht. Er könne sich des Eindrucks nicht erwehren, daß dahinter irgendeine geheime Triebfeder stecke, die wohl in Frankreich zu suchen sei — mit englischer Patronanz. Es sei unerfindlich, wie Spanien, das nach Verlust seines Kolonialreichs alle seine Kräfte und Hilfsmittel zur Reorganisation der inneren Verwaltung und Ordnung der Finanzen nötig habe und dies auch oftmals ausdrücklich erklärt habe, plötzlich sich wieder in kostspielige koloniale Abenteuer stürzen könne, ohne irgendwie oder irgendwo Deckung sich gesichert zu haben. Frankreich habe an der Grenze von Oran ein Stück marokkanischen Gebiets und ebenso Casablanca und das Schauïagebiet noch — wenn auch angeblich provisorisch — in Händen. Der Verdacht liege sehr nahe, daß da irgendwelche gemeinsame Geschäfte gemacht werden sollen — trotz allen Erklärungen von seiten der französischen Regierung, die Algecirasakte einhalten zu wollen.

* Vgl. Nr. 10476 nebst Fußnote ***.

** Die weiteren, hier nicht wiedergegebenen Auslassungen streifen kurz die innerpolitischen Verhältnisse der Westmächte, den Fernen Osten und den deutschen Kanzlerwechsel.

Er habe neulich dem neuernannten spanischen Botschafter Marquis Herrera Andeutungen gemacht, daß er sich das kostspielige und gewagte Vorgehen der Spanier bei Melilla nicht recht erklären könne. Der Botschafter, den er allerdings als Kapazität sehr wenig hochstelle, sei aber mit einigen allgemeinen beschwichtigenden Redensarten über die Sache hinweggeglitten.

von Tschirschky

Nr. 10479

Der Staatssekretär des Auswärtigen Amtes Freiherr von Schoen an den Botschafter in Wien von Tschirschky

Konzept

Nr. 1610 Berlin, den 3. November 1909

Auf Bericht Nr. 326 vom 13. v. Mts.*

Ew. pp. beehre ich mich beifolgend zu Ihrer Orientierung Abschrift eines älteren Berichts des Kaiserlichen Botschafters in Paris vom 4. v. Mts.** zu übersenden. Auch sonst besitzen wir zahlreiche Anhaltspunkte dafür, daß das Vorgehen Spaniens im Rif nicht den Wünschen der französischen Regierung entsprach, dieser vielmehr recht ungelegen kam***. Die französische Regierung wünscht, wie wir bestimmt zu wissen glauben, für die nächste Zeit eine möglichst ruhige Entwickelung der marokkanischen Frage. Sie möchte eine Reihe wirtschaftlicher Fragen, wie gewisse öffentliche Arbeiten, die Anleihe, das Bergwerksgesetz, zum Ziele führen, schon um ihre eigenen Geschäftskreise zu beruhigen, die bisher in Marokko recht wenig erreicht haben. Die französische Regierung möchte aber auch uns in diesen Fragen befriedigen; wir können bis jetzt mit der loyalen Weise, wie sie das Abkommen vom 9. Februar beobachtet hat, zufrieden sein, wenn auch manche Organe in Marokko selbst noch gelegentlich gegen den Geist des Abkommens verstoßen mögen.

Als Erklärung für das Vorgehen Spaniens im Rif bleibt nur der Wunsch, der Welt zu zeigen, daß Spanien sich nicht ausschalten lassen

---

* Siehe Nr. 10478.

** Es hieß in dem Berichte Fürst Radolins vom 4. Oktober (Nr. 360) u. a.: „Bei meiner neulichen Besprechung mit Minister Pichon fiel es mir auf, mit welchem Eifer er den Gedanken zurückwies, Spanien könne sich durch etwaige Territorialerwerbungen in Marokko für seine Kriegsaufwendungen schadlos halten. Diese Äußerung erschien mir um so bemerkenswerter, als die Annahme eigentlich naheliegt, daß Frankreich eine Verletzung des Integritätsprinzips durch Spanien begünstigen müsse, um später für sich analoge Rechte zu reklamieren. Statt dessen wies Minister Pichon darauf hin, Spanien könne sich vielleicht durch Ausbeutung der im Hinterland von Melilla gelegenen Minen entschädigen."

*** Vgl. die Aufzeichnung Botschafter Freiherrn Mumm von Schwarzensteins vom 12. Oktober in Nr. 10477.

wollte, also die Absicht einer Befriedigung der nationalen Eitelkeit, ferner vielleicht das Bestreben gewisser Geschäftskreise, sich in den faktischen Besitz der Minen von Beni Buifrur zu setzen. Man hat geglaubt, mit wenig Geld und Soldaten etwas dort erreichen zu können. Die Niederlage am Gurugu, die viel schlimmer gewesen sein dürfte, als zugegeben wird, hat dann zu einer nicht beabsichtigt gewesenen Ausdehnung der Operationen geführt. Darauf dürfte in gewissen spanischen Köpfen der Wunsch aufgetaucht sein, das Vorhandensein einer größeren Truppenmacht zu einer weiteren Betätigung auszunutzen. Die Stellungnahme der französischen und der englischen Presse, vielleicht auch ein gelegentlicher Wink aus Paris oder London, endlich die zweite Niederlage bei Zeluan, der Ferrer-Prozeß und der Kabinettwechsel* haben jedoch diese Wünsche bald wieder gedämpft, und Spanien dürfte jetzt nur noch darauf bedacht sein, sich mit möglichstem Anstand aus dem Abenteuer herauszuziehen.

Ew. pp. sind ermächtigt, sich gelegentlich im vorstehenden Sinne vertraulich zu Graf Aehrenthal zu äußern.

v. Schoen

Nr. 10480

Aufzeichnung des Staatssekretärs des Auswärtigen Amtes Freiherrn von Schoen

Eigenhändig

Berlin, den 9. November 1909

Der französische Botschafter teilte mir vertraulich mit, Herr Pichon habe in seiner vor einigen Tagen stattgehabten Unterredung mit den Gesandten Mulay Hafids** nachdrücklich auf baldige Erledigung der Anleihenfrage hingewirkt und den Gesandten vorgeschlagen, behufs Erleichterung der Sache eine Trennung zwischen der Kriegskostenentschädigung und der Befriedigung der Privatgläubiger unter Voranstellung der letzteren eintreten zu lassen.

Ich habe Herrn Cambon gesagt, wir erkennten es an, wie loyal die französische Regierung sich in dieser Frage der allgemeinen Interessen annehme.

v. Schoen

Nr. 10481

Der Gesandte in Tanger Rosen an den Reichskanzler von Bethmann Hollweg

Ausfertigung

Nr. A 2054 Tanger, den 6. November 1909
[pr. 15. November]

Der Kaiserliche Konsulatsverweser in Casablanca*** war über die hier

* Vgl. Nr. 10464, S. 16, Fußnote *.
** Vgl. Nr. 10458, S. 8, Fußnote *.
*** Schabinger.

umlaufenden Gerüchte über die angebliche Ausdehnung der französischen Okkupation im Schauïagebiet zum Bericht aufgefordert worden.

Herr Schabinger meldet nunmehr, er glaube zu dem Schlusse berechtigt zu sein, daß eine Ausdehnung der derzeitigen französischen Operationsbasis vor nächstem Frühjahr nicht zu erwarten sei.

Die bevorstehende Vermehrung der Okkupationstruppen, so fährt der Bericht fort, kann mit einer beabsichtigten militärischen Operation im Frühjahr zusammenhängen. Der Adjutant des Generals Moinier Hauptmann Ollier, den ich nach dem Grunde der angekündigten Truppenvermehrung gefragt habe, hat mir diese mit der ungewöhnlich starken Verminderung der marschfähigen Mannschaft durch Erkrankung und Ableistung der Militärpflicht plausibel zu machen versucht. Es ist mir allerdings bekannt, daß der Gesundheitszustand der französischen Soldaten hier ein wenig glänzender ist, namentlich scheint die sogenannte Pest hier mehr Erkrankungen hervorgerufen zu haben, als bekannt geworden ist. Indessen haben mich die Ausführungen des französischen Generalkonsuls* bei Gelegenheit meiner häufigen Zusammenkünfte mit ihm in meinem oben ausgesprochenen Verdacht bestärkt. Er wies wiederholt darauf hin, daß „Europa" unmöglich einen „Alkoholiker" auf dem scherifischen Thron belassen könne; die Enthüllungen über den Tod des Roghi** müßten unbedingt den europäischen Großmächten klar machen, daß mit einem solchen Monarchen die gewünschte Entwicklung des Landes, zu der alles dränge, nicht möglich sei. Am letzten Empfangstag beim General hat mir Malpertuy dann noch auseinandergesetzt, daß man binnen Jahresfrist die Eisenbahn von Tanger nach Fes und von Rabat nach Casablanca in Angriff nehme. Auf meine Einwendung, daß es sich wohl um Wege handle, erwiderte er: „Nein Eisenbahnen; was ich noch in Marokko tun will, das ist den Eisenbahnbau poussieren". Solche bestimmte Unternehmungen können von den Franzosen ohne militärische Vorkehrungen in größerem Umfange unmöglich ins Auge gefaßt werden.

Rosen

Nr. 10482

Der Botschafter in Paris Fürst von Radolin an das Auswärtige Amt

Telegramm. Entzifferung

Nr. 284 Paris, den 23. November 1909

Die Interpellationsdebatte über die Marokkofrage fand heute Abschluß mit Vertrauensvotum für Regierung (433 gegen 67 Stimmen). Aus Rede Pichon, der sich sehr scharf über Mulay Hafid aussprach,

* Malpertuy.
** Vgl. Nr. 10468, Fußnote ***.

wäre Stelle hervorzuheben, in welcher die Loyalität Deutschlands in der Durchführung Marokkoabkommens warm anerkannt und erfreuliche Wirkung für deutsch-französische Beziehungen und europäischen Frieden hervorgehoben wird.* Diese Erklärung wurde mit lebhaftem, allgemeinem Beifall aufgenommen.

Radolin

Randvermerk Freiherrn von Schoens:
Es dürfte sich wohl empfehlen, an Pichon durch Radolin ein Wort des Dankes für seine Erklärung über unsere Loyalität zukommen zu lassen. v. Sch.
Bemerkung von Bethmann Hollwegs dazu:
Ja v. B. H.

Nr. 10483

Der Botschafter in Paris Fürst von Radolin an den Reichskanzler von Bethmann Hollweg

Ausfertigung

Nr. 483 Paris, den 24. November 1909

Minister Pichon, dem ich in der befohlenen vertraulichen Form den Ausdruck dankbarer Genugtuung über seine gestrige Äußerung in der Kammer über Deutschlands Marokkopolitik übermittelte**, nahm diese Mitteilung sichtlich befriedigt und mit herzlichem Dank entgegen. Er bemerkte, daß es ihn besonders gefreut habe wahrzunehmen, daß auf allen Bänken der Kammer der auf Deutschland bezügliche Passus seiner Rede mit lebhaftem Beifall aufgenommen worden sei.

Radolin

Nr. 10484

Kaiser Wilhelm II., z. Z. in Neudeck, an den Reichskanzler von Bethmann Hollweg

Telegramm. Entzifferung

Nr. 6 Neudeck, den 25. November 1909

Ich stelle Euerer Exzellenz Erwägung anheim, in die Thronrede einen Passus über Marokko aufzunehmen, in welchem meiner Befriedigung über den Abschluß des Marokkoabkommens Ausdruck verliehen und die entgegenkommende Haltung der französischen Regierung erwähnt wird. Nach der letzten Rede Pichons über die loyale Haltung der deutschen Regierung halte ich dies für wünschenswert.

Wilhelm I. R.

---

* Pichon sagte unter anderm: „Ich zolle der Redlichkeit Anerkennung, womit man in Berlin unser Abkommen ausgeführt hat. Es hat sich daraus auch für die europäische Lage eine Entspannung ergeben, wozu sich jeder beglückwünschen müßte."
** Vgl. Nr. 10482.

Nr. 10485

Der Reichskanzler von Bethmann Hollweg an Kaiser Wilhelm II., z. Z. in Pless

Telegramm. Entzifferung

Nr. 124 Berlin, den 25. November 1909

Euerer Majestät Gedanken, daß die freundlichen Äußerungen Pichons bei uns ein Echo finden müssen, schließe ich mich vollständig an. Ich habe Pichon bereits durch den Fürsten Radolin die dankbare Genugtuung Euerer Majestät Regierung aussprechen lassen*. Außerdem habe ich in Aussicht genommen, im Reichstage bei erster Gelegenheit auf die Erklärung Pichons in dem von Euerer Majestät gewünschten Sinne zu erwidern. Damit wäre die Gegenseitigkeit voll gewahrt. Eine Anerkennung aus allerhöchstem Munde in feierlicher Form der Thronrede wäre an sich ungewöhnlich und scheint mir auch durch Rücksichten auf andere Länder[1] erschwert. Eine ausdrückliche Bezugnahme auf Frankreich in freundlichem Sinne würde die Nichterwähnung namentlich Englands, vielleicht auch Rußlands um so schärfer hervortreten lassen und zu unliebsamen Kommentaren[2] Anlaß geben.

Euere Majestät bitte ich unter diesen Umständen ehrfurchtsvollst, mich zu beauftragen, die Freundlichkeit Pichons im Reichstage zu erwidern.

Bethmann Hollweg

Randbemerkungen Kaiser Wilhelms II.:

[1] Sind hierbei (Marokko) nicht maßgebend! Die sind mir seit 20 Jahren vom Ausw[ärtigen] Amt und Kanzlern immer gepredigt worden, und haben uns schließlich in der Welt total isolirt! Nur Oesterreich will noch was von uns wissen! Wir müßen unsere Intressen unbekümmert um anderer Launen vertreten!

[2] Gleichgültig. Die hat es ja schon das ganze Jahr herum gegeben! Daran müßte Meine Regirung eigentlich nachgerade gewöhnt sein.

Schlußbemerkung des Kaisers:

Wenn wir überhaupt die Absicht haben mit den Franzosen auf eine gemeinsame Basis zu kommen, dann müßen wir ihrer Eitelkeit Rechnung tragen! Rücksichten auf andre Länder giebt es dabei überhaupt nicht. Die haben niemals in ihren gegenseitigen Beziehungen Rücksichten auf uns genommen. Außerdem liegt die Marokkofrage lediglich zwischen uns und den Franzosen! Wie wir mit den Franzosen stehen, und sie behandeln, ist lediglich unsere Sache und geht Niemand was an! Wenn wir so fortfahren, auf Jedermann mit unsrem ewigen Rücksicht nehmen und Abwägen und Anfragen, zu achten, dann vergeben wir uns unsre Stellung, die wir uns gemacht haben. Frankreich hat eine Höflichkeit für uns gehabt, wir haben sie erwidert, wie sich es unter höflichen Leuten schickt. Was andre darüber denken oder nicht denken ist absolut egal! So verfährt England, Russland etc. bei jeder Gelegenheit. Thun wir es auch, es wird gut wirken! Und der Zweck, den Gallieren zu schmeicheln und eine Freude zu machen ist gut! Das Marokkoabkommen ist Mein eigenstes persönliches Werk, von Mir trotz der Verschleppung und des Kleinmuths meiner Beamten durchgebracht, und hat zum Wohl beider Länder sich bewährt! Cambon erhielt das Großkreuz dafür! Ich habe nach keinem Staat gefragt noch mich darum bekümmert! Die Intressen Meines Landes waren auf dem Spiel und da mußte es eben gemacht werden! England hat keine Rücksicht auf uns genommen im Vertrag von 1904

* Vgl. 10483.

mit Frankreich über Marokko! Russland hat keine Rücksicht auf uns genommen als es mit unsrem Alliirten noch dazu hinter unsrem Rücken Racconigi machte! Also wenn ich den Gallier grüßen will, brauche ich Niemand darum zu fragen! Gewiß wird eine Erwähnung durch E[ure] Exz[ellenz] im Reichstage dankbar angenommen werden, aber eine Erwähnung durch mich zieht ganz anders; und ich habe das Abkommen gemacht ehe Sie Kanzler wurden. Daher wünsche ich eine kurze Erwähnung in der Thronrede. W.

Nr. 10486

Der Reichskanzler von Bethmann Hollweg an Kaiser Wilhelm II., z. Z. in Pless

Telegramm. Entzifferung

Nr. 126 Berlin, den 26. November 1909

Für die von Euerer Majestät befohlene Erwähnung des Marokkoabkommens in der Thronrede* erlaube ich mir folgende Einfügung in den Entwurf hinter den ersten Satz über auswärtige Politik vorzuschlagen:

„Mit Befriedigung sehe ich, daß das mit der französischen Regierung getroffene Abkommen über Marokko in einem Geiste ausgeführt wird, der dem Zweck, die beiderseitigen Interessen auszugleichen, durchaus entspricht[1].“

Die Gründe, weshalb ich Euerer Majestät nicht raten könnte, eine weitgehende Fassung zu wählen, darf ich Euerer Majestät in einem heute abgehenden Schreiben ehrfurchtsvoll darlegen**.

Alleruntertänigst

Bethmann Hollweg

Randbemerkung Kaiser Wilhelms II.:

[1] Einverstanden!

Genügt vollkommen! mehr wollte ich nicht, und ist auch nicht nöthig***.

W.

Nr. 10487

Der Reichskanzler von Bethmann Hollweg an Kaiser Wilhelm II., z. Z. in Pless

Konzept

Berlin, den 26. November 1909

Euerer Kaiserlichen und Königlichen Majestät habe ich mir erlaubt in dem heute abend abgesandten Telegramm eine Formel für einen Passus in

---

* Die kaiserlichen Marginalien zu Telegramm Nr. 124 aus Berlin (Siehe Nr. 10485) waren dem Reichskanzler durch Telegramm Nr. 33 des Rats im kaiserlichen Gefolge Gesandten Freiherrn von Jenisch vom 26. November übermittelt worden.

** Siehe das folgende Schriftstück.

*** Tatsächlich wurde dann in die Thronrede, mit der der Kaiser am 30. November den Reichstag eröffnete, der von ihm genehmigte Passus eingeflochten. Die französische Regierung ließ am 1. Dezember in Berlin amtlich ihren Dank für die sympathische Erwähnung des Abkommens aussprechen.

der Thronrede über Marokko ehrfurchtsvoll vorzuschlagen. Wenn ich davon abraten zu müssen glaube, eine weitergehende Fassung zu wählen, so bewegen mich dabei folgende Gründe: Auch ich bin mir vollkommen bewußt und habe es Ew. Majestät bereits mehrfach mündlich aussprechen dürfen, ein wie verdienstliches Werk Ew. Majestät dadurch vollbracht haben, daß Allerhöchstsie persönlich unserer früheren Marokkopolitik mit dem Februarabkommen eine Wendung gegeben haben, die geeignet ist, die scharfen Gegensätze auszugleichen, die sich auf diesem Gebiete zwischen Frankreich und Deutschland herausgebildet hatten. Immerhin stehen wir bei den Anfängen der Ausführung dieses Abkommens, und es ist nach der Ansicht beteiligter Großindustrieller und Handeltreibender nicht ausgeschlossen, daß noch Gegensätze entstehen, die zu schwierigen Auseinandersetzungen führen können. Heute schon von so erhabener Stelle zu verkünden, daß die französische Regierung sich tadellos verhalte, würde die Gefahr in sich schließen, später desavouiert und damit herber Kritik preisgegeben zu werden.

Dazu kommt das weitere Moment, daß die Vorgänge in Elsaß-Lothringen* uns nötigen, dort eine schärfere Haltung einzunehmen, die wieder in Frankreich an dem empfindlichsten Punkte berühren wird. Das wird voraussichtlich auch im Reichstage bei der Besprechung der Weißenburger und Mühlhauser Affäre öffentlich zum Ausdruck kommen. Die Gegensätze, die so für Marokko und Elsaß-Lothringen entstehen, lassen sich ertragen, wenn sie nur aus dem Munde eines Mitgliedes der Regierung laut werden. Ew. Majestät Allerhöchste Person aber dabei beteiligt zu wissen, würde ich nicht wünschen.

Bei meinem gestrigen Telegramm** bitte ich Ew. Majestät in Gnaden zu erwägen, daß sich meine Bedenken nicht gegen die Manifestierung einer Freundlichkeit gegen Frankreich überhaupt richten, auch nicht der Besorgnis entspringen, irgendwo anzustoßen. Ich habe im Gegenteil Ew. Majestät untertänigst gebeten, mich mit einer entsprechenden Erklärung im Reichstage zu beauftragen. Dabei bin ich mir voll bewußt gewesen, daß ein Wort aus meinem Munde nichts wiegt im Vergleich zu einer Enunziation Ew. Majestät. Aber gerade weil ein Wort Ew. Majestät eine so hohe Bedeutung in der Welt hat, habe ich geglaubt, daß die im Grunde selbstverständliche loyale Ausführung des Abkommens durch Frankreich und die gelegentlichen Worte eines Ministers des Äußeren in der französischen Kammer nicht bedeutungsvoll genug sind, auch noch nicht einen so abschließenden Zustand herbeigeführt haben, um es zu rechtfertigen, daß Ew. Majestät in Aller-

---

* Gemeint sind wohl vor allem die chauvinistischen Reden und Presseartikel, die sich an die Einweihung französischer Kriegerdenkmäler in Weißenburg und Mars la Tour (16.—18. Oktober 1909) geknüpft hatten. Vgl. dazu die Ausführungen Reichskanzler von Bethmann Hollwegs in der Reichstagssitzung vom 13. Dezember 1909. Schultheß' Europäischer Geschichtskalender, Jg. 1909, S. 388f.

** Vgl. Nr. 10485.

höchsteigener Person von so hervorragender Stelle Frankreich öffentlichen Dank abstatten.

Dieselben Gründe bestimmen mich auch heute, von einer weitergehenden Fassung ehrerbietigst abzuraten.

v. Bethmann Hollweg

Nr. 10488

Der Gesandte in Tanger Rosen an das Auswärtige Amt

Telegramm. Entzifferung

Nr. 244
Ganz geheim

Tanger, den 12. Dezember 1909

Sultan hat durch einen Vertrauensmann dem Kaiserlichen Konsulatsverweser* sagen lassen, „er sei sich darüber nicht im unklaren, daß Marokko, nur auf sich selbst . . . .**, dem immer ungestümer werdenden Drängen der Westmächte nicht werde widerstehen können. Der Sultan sehe auch ein, daß eine fremde Macht nur dann für Marokko mehr als Worte haben könne, wenn ihr Interesse an Marokko in einem Mehr als bloßen Handelsbeziehungen bestehen würde. Sultan sei daher nicht abgeneigt, Deutschland eventuell die Errichtung einer Kohlenstation an der atlantischen Küste zu gestatten.“ [1]

Vertrauensmann bat Dr. Proebster, mir dies zu berichten, Angelegenheit aber streng vertraulich zu behandeln. Proebster bittet mich um Verhaltungsmaßregeln für den Fall, daß Sultan auf Frage zurückkommen sollte.

Erbitte Drahtweisung.

Rosen

Randbemerkung Freiherrn von Schoens:
[1] Ein plumper Versuch des Sultans, uns wieder politisch zu interessieren und gegen Frankreich auszuspielen.

Nr. 10489

Aufzeichnung des Staatssekretärs des Auswärtigen Amtes Freiherrn von Schoen für den Reichskanzler von Bethmann Hollweg

Reinschrift

Berlin, den 14. Dezember 1909

Das durch Vermittelung des Kaiserlichen Konsulatsverwesers in Fes uns vom Sultan in betreff einer Kohlenstation an der atlantischen Küste Marokkos gemachte Anerbieten*** verstößt

---

* Proebster.
** Zifferngruppe fehlt.
*** Siehe Nr. 10488.

1) gegen die durch die Algecirasakte gewährleistete Integrität Marokkos.

Wenn sich auch eine Form finden lassen sollte (Pachtvertrag oder Ähnliches), durch die sich der Erwerb einer Kohlenstation formell mit dem Wortlaut der Algecirasakte in Einklang bringen ließe, so würde derselbe doch bei der gegenwärtigen Weltlage von der Mehrzahl der interessierten Mächte als eine Verletzung der Akte angesehen werden;

2) gegen das von England, Frankreich und Spanien am 16. Mai 1907 abgeschlossene Abkommen über die Aufrechterhaltung des Status quo im Mittelmeer und in dem Teil des Atlantischen Ozeans, der die Küsten Europas und Afrikas bespült*;

3) gegen unser Marokkoabkommen mit Frankreich, in dem wir ausdrücklich unser politisches Desinteressement ausgesprochen und erklärt haben, uns auf die Wahrnehmung unserer wirtschaftlichen Interessen zu beschränken**.

Der Erwerb einer Kohlenstation würde in Frankreich als illoyale Handlung und als Bruch unseres Abkommens aufgefaßt werden, und man würde daraus in der ganzen Welt gegen uns um so mehr Kapital schlagen können, als der mögliche Erwerb einer Kohlenstation unsererseits in früheren Stadien der Marokkoangelegenheit von der öffentlichen Meinung der Westmächte stets heftig zurückgewiesen worden ist.

Das ganze Werk des 9. Februars 1909 würde durch ein Eingehen auf das Anerbieten des Sultans über den Haufen geworfen und unser Verhältnis zu Frankreich aller Voraussicht nach schlechter werden, als es jemals während der Marokkokrisis war.

Daß der Sultan mit seinem Anerbieten nichts weiter bezweckt, als uns mit Frankreich zu verfeinden, um uns dann gegen dasselbe ausspielen zu können, geht mit voller Deutlichkeit aus dem Wortlaut des Anerbietens hervor, sodaß bei der dem Kaiserlichen Gesandten bekannten Weltlage schwer verständlich ist, daß er das Anerbieten überhaupt weitergegeben hat.

Bei diesem Stande der Dinge dürfte sich eine klare Ablehnung des Anerbietens empfehlen. Da aber die Erfahrung gezeigt hat, daß die Marokkaner skrupellos und verlogen jedes Mittel anwenden dürften, um uns mit den Franzosen zu verhetzen, so ist zu erwarten, daß sie diesen erzählen werden, wir hätten den Erwerb der Kohlenstation unsererseits angeregt.

Um solche Eventualitäten von vornherein abzuschneiden, dürfte es angezeigt sein, der französischen Regierung in geeigneter Weise Kenntnis von dem Anerbieten und unserer Antwort zu geben. Nur dann sind wir sicher, daß Verstimmungen vermieden und die wirtschaftlichen Errungenschaften unseres Marokkoabkommens, insbesondere die Anleihe, nicht gefährdet werden.

---

* Vgl. dazu Bd. XXI, Kap. CLVI, Nr. 7256, Fußnote **.

** Vgl. Bd. XXIV, Kap. CLXXXII, Nr. 8490.

Ein Entwurf für die Telegramme nach Tanger und Paris* ist gehorsamst beigefügt.

v. Schoen

Randvermerk von Bethmann Hollwegs:
Einverstanden. v. B. H.

Nr. 10490

Der Staatssekretär des Auswärtigen Amtes Freiherr von Schoen an den Botschafter in Paris Fürsten von Radolin

Telegramm. Konzept

Nr. 247 Berlin, den 14. Dezember 1909

Gesandter Tanger telegraphiert: „Sultan hat durch Vertrauensmann Kaiserlichem Konsulatsverweser sagen lassen, er sehe ein, daß eine fremde Macht nur dann für Marokko mehr als Worte haben könne, wenn ihr Interesse an Marokko in einem Mehr als bloßen Handelsbeziehungen bestehen würde. Sultan sei daher nicht abgeneigt, Deutschland eventuell die Errichtung einer Kohlenstation an der atlantischen Küste zu gestatten."

Ich habe geantwortet: „Proebster soll Vertrauensmann Sultans und, falls letzterer auf Vorschlag zurückkommt, ihm selbst sagen, daß wir nicht in Lage, Vorschlag wegen Kohlenstation näherzutreten. Unsere Politik gegenüber Marokko sei durch Algecirasakte und unser Abkommen mit Frankreich vom 9. Februar d. Js. festgelegt."

Anheimstelle, vorstehendes bei sich bietender Gelegenheit Pichon streng vertraulich und nur zu seiner persönlichen Information in geeignet erscheinender Weise mitzuteilen.

v. Schoen

Nr. 10491

Der Botschafter in Paris Fürst von Radolin an das Auswärtige Amt

Telegramm. Entzifferung

Nr. 302 Paris, den 15. Dezember 1909

Antwort auf Telegramm Nr. 247**.

Habe Pichon streng vertraulich Mitteilung gemacht. Minister dankte in warmer Weise für Beweis unserer Loyalität.

Radolin

Nr. 10492

Der Botschafter in Paris Fürst von Radolin an das Auswärtige Amt

Telegramm. Entzifferung

Nr. 318 Paris, den 27. Dezember 1909

In heutiger Antwortrede auf verschiedene Interpellationen wieder-

* Vgl. das folgende Schriftstück.
** Siehe Nr. 10490.

holte Pichon in Kammer Erklärung, daß leitende Idee äußerer Politik Frankreichs Friedenserhaltung und Milderung aller Zwistigkeiten sei. Verwies sodann auf deutsch-französische Marokkoverständigung, welche, wie im Reichstag feierlich verkündigt wurde*, von beiden Seiten loyale Betätigung finde und erfreuliche Besserung Beziehungen zwischen beiden Ländern sowie der gesamten Situationen Europas herbeigeführt habe. Minister hob sodann gegenüber irrigen Gerüchten mit gewissem Nachdruck hervor, daß es sich bei der Verständigung ausschließlich um Marokko gehandelt. Gesamte Generaldebatte über äußere Politik verlief überaus ruhig unter auffallender Interessenlosigkeit seitens Hauses.

Radolin

Nr. 10493

Der Staatssekretär des Auswärtigen Amtes Freiherr von Schoen an den Botschafter in Paris Fürsten von Radolin

Konzept von der Hand des Kommissarischen Hilfsarbeiters Freiherrn Langwerth von Simmern

Nr. 120 Berlin, den 25. Januar 1910

Euerer Durchlaucht beehre ich mich hier angeschlossen die am 2. d. Mts. erschienene Nummer der Tangerer „Dépêche Marocaine" zu übersenden, in der die bei dem Neujahrsempfange auf der französischen Gesandtschaft gewechselten Reden abgedruckt sind.

Die hierbei von dem französischen Geschäftsträger gehaltene Ansprache** hat auch in der deutschen Presse Beachtung gefunden und wird unter anderen von der „Nationalzeitung" als Beweis dafür verwertet, daß Frankreich trotz Algecirasakte und Marokkoabkommen „auf dem Wege zur vollen Souveränität in Marokko sei".

Es wird sich in der Tat nicht verkennen lassen, daß einige der von Graf Saint Aulaire in seiner Rede gebrauchten Wendungen kaum noch zu vereinigen sind mit der in der Algecirasakte und dem Marokkoabkommen vom 9. Februar zum Ausdruck gebrachten amtlichen Marokkopolitik Frankreichs. Wenn nun auch der bei festlichem Anlaß und aus besonderer Stimmung heraus gehaltenen Ansprache keine allzu große Bedeutung beizumessen ist, so wäre es gleichwohl unerwünscht, falls sich solche rednerischen Entgleisungen amtlicher Vertreter der französischen Regierung wiederholen und unserer Presse erneut Anlaß geben sollten, unsere jetzige Marokkopolitik anzugreifen.

---

* In der Reichstagssitzung vom 10. Dezember 1909 hatten sich Reichskanzler von Bethmann Hollweg und Staatssekretär Freiherr von Schoen, wie beabsichtigt (vgl. Nr. 10484ff.) über die günstige Wirkung des Marokkoabkommens ausgesprochen; vgl. Schultheß' Europäischer Geschichtskalender Jg. 1909, S. 367, 368f.

** Der französische Geschäftsträger Graf Saint Aulaire hatte nach der „Dépêche Marocaine" gesagt: „Continuez mes chers compatriotes; le plus difficile est fait, car la France est désormais en marche au Maroc. J'ajoute — et c'est l'avis qui justifie le conseil — qu'elle ne peut plus s'arrêter."

Euere Durchlaucht bitte ich daher, bei sich bietender Gelegenheit und in geeignet erscheinender Weise die Aufmerksamkeit des Ministers auf den Vorgang zu lenken und ihm andeuten zu wollen, daß derartige Reden geeignet sind, unsere öffentliche Meinung gegen das mit Frankreich geschlossene Marokkoabkommen einzunehmen.

Einem gefälligen Bericht über das Veranlaßte werde ich seinerzeit mit Interesse entgegensehen.

v. Schoen

Nr. 10494

Der Botschafter in Paris Fürst von Radolin an das Auswärtige Amt

Telegramm. Entzifferung

Nr. 49 Paris, den 28. Januar 1910

Nach Andeutungen, die mir Tardieu spontan machte, konstatiert französische Regierung mit Bedauern tatsächlich neue Verschleppungsversuche Mulay Hafids in Angelegenheit marokkanischer Anleihe, sodaß Tardieu Notwendigkeit energischen Vorgehens behufs Sicherung der Bürgschaften voraussieht.

Um Repressalien gegen Mulay Hafid vor öffentlicher Meinung Europas plausibel erscheinen zu lassen, behält Tardieu sich vor, in geeignetem Augenblick angeblich auf Grund unwiderleglicher Beweise darzutun, daß Mulay Hafid sowohl an Ermordung Mauchamps* wie an Casablancamassaker** Hauptschuld trage[1].

Radolin

Randbemerkung Freiherrn Langwerth von Simmerns:
[1] Das sieht nach Regnault aus.

Nr. 10495

Der Staatssekretär des Auswärtigen Amtes Freiherr von Schoen an den Botschafter in Paris Fürsten von Radolin

Telegramm. Konzept

Nr. 43 Berlin, den 29. Januar 1910

Auf Telegramm Nr. 49***.

Es ist zu befürchten, daß etwaige Maßnahmen französischer Regierung gegen Mulay Hafid in Marokko neue Wirren hervorrufen oder doch Beunruhigung Handels bewirken könnten. Mit Rücksicht hierauf würden wir es wünschenwert halten, wenn französische Regierung vor Ergreifung von Zwangsmaßnahmen an Signatarmächte, die, soviel hier bekannt, sämtlich an raschem Zustandekommen der Anleihe interessiert,

* Vgl. Bd. XXI, Kap. CLVII, Nr. 7320ff.
** Vgl. Bd. XXIV, Kap. CLXXIX.
*** Siehe Nr. 10494.

mit dem Vorschlage herantreten würde, durch ihre Gesandten in Tanger nachdrücklich auf Sultan im Interesse der Anleihe einzuwirken. Konsuln in Fes müßten Demarche unterstützen.

Sollte Sultan diesem Druck wider Erwarten nicht nachgeben, so würden dann Zwangmaßregeln vor öffentlicher Meinung Europas weit eher plausibel erscheinen, worauf ja auch Tardieu Wert legen will, während von ihm geplante Veröffentlichung bei gegenwärtiger Stimmung unserer öffentlichen Meinung von dieser voraussichtlich lediglich als Vorspiel aggressiver Wendung französischer Marokkopolitik aufgefaßt werden würde.

Bitte Euer Durchlaucht von sich aus bei sich bietender Gelegenheit, ohne amtlichen Auftrag erkennen zu lassen, unter Anknüpfung an Tardieus Äußerungen Sachlage mit Pichon in oben dargelegtem Sinne besprechen.

Bericht.

v. Schoen

Nr. 10496

Der Botschafter in Paris Fürst von Radolin an das Auswärtige Amt

Telegramm. Entzifferung

Nr. 59 Paris, den 31. Januar 1910

Antwort auf Telegramm Nr. 43*.

Sah heute Pichon und fand Gelegenheit, mit ihm auftragsgemäß zu zu sprechen. Minister sagte, Tardieu hätte sich wieder einmal als Draufgänger und Verfechter von allerdings bei Militär vorwaltenden Tendenzen gezeigt. Er, Pichon, sei mit derartigen Bestrebungen durchaus nicht einverstanden, zudem denke er gegenwärtig um so weniger an Ergreifung von Zwangsmaßregeln gegen Mulay Hafid, als er immer noch hoffe, Sultan werde Anleihe ohne viel Sträuben akzeptieren.

Jedenfalls aber, so setzte Pichon hinzu, sei er mir dankbar, daß ich ihn von den ihm gewiß nicht genehmen Absichten Tardieus in Kenntnis gesetzt habe.

Radolin

Nr. 10497

Der Botschafter in Paris Fürst von Radolin an den Reichskanzler von Bethmann Hollweg

Ausfertigung

Nr. 54 Paris, den 10. Februar 1910

Bei einer gestrigen längeren Unterhaltung mit Herrn Pichon hatte ich Gelegenheit, die rednerischen Entgleisungen des französischen Geschäfts-

* Siehe Nr. 10495.

trägers in Tanger anlässlich des Neujahrsempfangs auf der französischen Gesandtschaft* zur Sprache zu bringen. Ich erwähnte, daß manche von dem Vertreter Frankreichs getane Äußerungen, wie beispielsweise das Wort: Frankreich befinde sich trotz Algecirasakte und Marokkoabkommen „auf dem Wege zur vollen Souveränität in Marokko", geeignet seien, unsere öffentliche Meinung gegen das mit Frankreich geschlossene Marokkoabkommen einzunehmen.

Der Minister ging sogleich mit Lebhaftigkeit auf das Thema ein, indem er mir sagte, Herr de St. Aulaire habe einen tüchtigen Verweis erhalten. Er sei ein fleißiger und brauchbarer Beamter, nur gelegentlich etwas „ardent". Mit der Rede habe er eine große Dummheit begangen.

Radolin

Nr. 10498

Der Gesandte in Tanger Rosen an das Auswärtige Amt

Telegramm. Entzifferung

Nr. 39 Tanger, den 14. Februar 1910

Der Kaiserliche Konsul in Fes berichtet vom 8.:

„Wie mir der Sultan persönlich erklärte, beabsichtigt er die von Mokri abgeschlossene Pariser Anleihe ohne weiteres zu ratifizieren**. Allerdings traf unmittelbar danach die den Sultan tief verstimmende Nachricht ein, daß die Franzosen in Verletzung der Algecirasakte hoher Hand über den Um-er-Rebia (bei Asemmur) eine Brücke nach Dukkala zu bauen begonnen haben, wovon der Sultan eine neuerliche Verhetzung der dortigen Bevölkerung befürchtet. Es ist noch nicht abzusehen, ob eine ungeschickte Maßregel auf den politischen Entschluß des Sultans in Sachen der Anleihe eine ungünstige Wirkung haben wird."

Gleichzeitig meldet Kaiserlicher Vizekonsul*** in Masagan erneuten Gewaltstreich gegen Asemmur, wo französische Abteilung nach Überschreitung des Um-er-Rebia das Haus des Kaids und das Gefängnis besetzte und mehrere Gefangene mitnahm. Tatbestand wird durch „Dépêche Marocaine" bestätigt.

Rosen

---

* Vgl. Nr. 10493.

** Ende Dezember 1909 war es in Paris zu einem Einvernehmen über eine Marokko zu gewährende Anleihe von 80 Millionen Franken gekommen, die zur Begleichung der marokkanischen Verpflichtungen dienen sollte; die Ratifikation dieses Abkommens konnte aber erst nach wiederholtem starken Druck auf den Sultan erreicht werden, so daß es erst im Frühjahr 1910 perfekt wurde.

*** Dannenberg.

Nr. 10499

Der Geschäftsträger in Paris Freiherr von der Lancken an das Auswärtige Amt

Telegramm. Entzifferung

Nr. 80 Paris, den 17. Februar 1910

Hatte längere Unterhaltung mit Herrn Pichon über französische Marokkopolitik, wobei ich ausging von neuestem französischen Vorstoß bei Asemmur*.

Der Minister zeigte sich überraschenderweise als Vertreter einer Politik ganz energischen Vorgehens gegen Mulay Hafid für den Fall, daß dieser fortfahren werde, „de se moquer de la France". Französisches Vorgehen bei Asemmur verdiene vollste Billigung. Der Kaid sei vorher in Schauïa eingebrochen, habe französische Schutzgenossen vergewaltigt und gefangen fortgeführt. Die Würde Frankreichs verlange, daß solche Handlungen exemplarische Sühne fänden.

Als ich vorsichtig andeutete, derartige Truppenvorstöße könnten leicht zu Verletzung der Algecirasakte führen, und als ich hinzufügte, die energischen Erklärungen des Ministers setzten mich einigermaßen in Erstaunen, nachdem . . . .** erst vor kurzem (vgl. diesseitiges Telegramm Nr. 59 vom 31. Januar***) sich unzweideutig gegen das Draufgängertum in Marokko ausgesprochen, wurde der Minister ziemlich erregt und führte folgendes aus: Frankreichs Geduld sei erschöpft durch die Widerspenstigkeit, die ihm der Sultan überall zeige. Zwar nehme er, Herr Pichon, mit ziemlicher Bestimmtheit an, daß der Sultan Anleihe bald ratifizieren werde. In den anderen speziell mit Frankreich schwebenden Streitfragen aber (der Minister erwähnte kurz: Schauïa, Udjda-Polizei) beweise der Sultan unerhörte Halsstarrigkeit. Es würde einer Abdankung Frankreichs als Großmacht gleichkommen, wolle es sich noch länger an der Nase herumführen lassen und nicht vielmehr — und zwar allein ohne Hilfe anderer Mächte — den Sultan zur Räson bringen. Der im „Temps" vom 12. Februar in Verbindung mit Anleihefrage ventilierte Gedanke, auf den Sultan durch Kollektivdemarche der Konsuln in Fes zu wirken, sei durchaus unakzeptabel. Wolle Deutschland durch seinen Konsul dem Sultan sein Interesse an baldiger Erledigung der Anleihe erneut zu erkennen geben, so werde Frankreich dies mit Dank erkennen, und zwar umsomehr, als Politik des Sultans neuerdings wieder darauf hinauslaufe, Mißtrauen gegen Frankreich bei uns zu säen. Mannesmanns hätten dabei auch Hand im Spiel. Im übrigen aber müsse und werde Frankreich aus eigener Kraft den Sultan klein kriegen. Lange dürfe es nicht mehr warten,

* Vgl. das voraufgehende Schriftstück.
** Zifferngruppe fehlt.
*** Siehe Nr. 10496.

denn Mulay Hafid mache durch gesteigerte Waffeneinfuhr und Anwerbung türkischer Offiziere geradezu gegen Frankreich mobil. Im gegebenen Moment werde Frankreich seine Militärmission abberufen.

Europäische Kolonien würden avertiert werden „et puis nous agirons avec énergie". Ich möchte meinerseits nochmals betonen, wie überrascht ich über Sprache und ganze Haltung Ministers war. Nie hat er in den zahlreichen Unterredungen letzten Jahres über Marokko gegenüber Kaiserlichem Botschafter oder mir sich von dieser Seite gezeigt. Möchte Erklärung hierfür darin suchen, daß Tendenzen der Kolonialchauvinisten und Militärs sich durchzusetzen gewußt haben und Herr Pichon von Furcht befallen ist vor Verantwortung angesichts vielleicht wirklich statthabender kriegerischer Vorbereitungsmaßnahmen Sultans. Möglicherweise hat man ihm auch gedroht, ihm in Kammer vorzuwerfen, er bringe kleinlichen Wahlrücksichten die auswärtige Politik und Goßmachtstellung Frankreichs zum Opfer.

Übrigens scheint Minister für Gedanken, daß energische französische Marokkopolitik bei deutscher Regierung und öffentlicher Meinung unangenehm berühren könnte, immerhin einiges Verständnis zu haben. Er beteuerte wiederholt und lebhaft, wie konstant er bestrebt gewesen sei, überall, wo es mit Würde Frankreichs irgend vereinbar gewesen, sich uns gegenüber entgegenkommend zu zeigen, noch neuerdings in Marokkosyndikatsache, worüber gesondert berichte.

Lancken

Schlußbemerkung Freiherrn von Schoens:
Auch ich habe Cambon gesagt, erneute Zwischenfälle in Marokko und Verletzungen der Algecirasakte seien geeignet, unsere öffentliche Meinung, die die Augen aus Anlaß der Mannesmannsache wieder aufmerksam auf Marokko richte, ungünstig zu beeinflussen und die Stellung der Regierung zu erschweren.

v. Sch. 18./2.

Nr. 10500

Der Staatssekretär des Auswärtigen Amtes Freiherr von Schoen an den Gesandten in Tanger Rosen

Konzept von der Hand des Vortragenden Rats Freiherrn Langwerth von Simmern

Nr. A 97 Berlin, den 18. Februar 1910

Auf Telegramm Nr. 39*.

Zu Euerer Hochwohlgeboren vertraulichen Orientierung.

Beim letzten Diplomatenempfange habe ich dem französischen Botschafter die in Euerer Hochwohlgeboren Telegramm Nr. 39 berich-

---

* Siehe Nr. 10498.

teten Vorgänge vertraulich mitgeteilt. Ich habe Herrn Cambon dabei nachdrücklich darauf hingewiesen, welch schwerwiegende Einwirkung derartige Ereignisse im gegenwärtigen Augenblick auf unsere öffentliche Meinung auszuüben vermöchten. Es würde nicht an Stimmen fehlen, welche in den gemeldeten Aktionen einen Plan der französischen Kolonialpartei vermuteten, den Anleiheverhandlungen Schwierigkeiten zu schaffen, um auf diese Weise dann womöglich Frankreich zu neuem aggressiven Vorgehen in Marokko zu bestimmen.

Ich fügte schließlich hinzu, wir müßten den größten Wert darauf legen, daß nicht durch neue Vorgänge in Marokko weitere Beunruhigung in unsere öffentliche Meinung hineingetragen und diese schließlich im immer steigenden Maße gegen die in dem Februarabkommen zum Ausdruck gebrachte Politik eingenommen werde.

v. Schoen

Nr. 10501

Der Staatssekretär des Auswärtigen Amtes Freiherr von Schoen an den Gesandten in Tanger Rosen

Telegramm. Konzept von der Hand des Vortragenden Rats Freiherrn Langwerth von Simmern

Nr. 47 Berlin, den 19. Februar 1910

Bitte Konsul Vassel veranlassen, bei sich bietender Gelegenheit Sultan gegenüber unser Interesse an raschem Zustandekommen der Anleihe erneut nachdrücklich zu betonen. Drahtbericht.

v. Schoen

Nr. 10502

Der Reichskanzler von Bethmann Hollweg an Kaiser Wilhelm II.

Ausfertigung

Berlin, den 19. Februar 1910

Euerer Kaiserlichen und Königlichen Majestät melde ich alleruntertänigst, daß der französische Geschäftsträger dem Staatssekretär des Auswärtigen Amts heute folgendes mitgeteilt hat:

„Die französische Regierung lasse dem Sultan Mulay Hafid durch den französischen Gesandten ein Ultimatum mit 48stündiger Frist zur Annahme der Anleihebedingungen stellen. Diese Frist beginne von dem

Augenblick der Zustellung des betreffenden Schreibens in Fes an zu laufen.

Der französische Konsul in Fes* erhält Weisung, in dem Falle, daß der Sultan die Frist verstreichen läßt, mit der französischen Kolonie Fes zu verlassen.

Die französische Regierung stelle unserer ebenso wie anderer Mächte Erwägung anheim, ob wir nicht auch unsere Angehörigen aus Fes zurückziehen wollen, da von der Gereiztheit des Sultans das Schlimmste zu befürchten sein dürfte.

Die französische Regierung werde keine Ablehnung oder Ausflüchte des Sultans zulassen und vor keiner Zwangsmaßregel zurückschrecken."

Freiherr von Schoen hat sich der Mitteilung gegenüber zuhörend verhalten und Euerer Majestät Gesandten in Tanger beauftragt, Konsul Vassel anzuweisen, mit der deutschen Kolonie Fes in zwei Fällen zu verlassen: Nämlich erstens, wenn nach seiner Überzeugung mit längerem Verbleiben Gefahr verbunden sei, und zweitens, falls alle anderen europäischen Kolonien Fes verlassen sollten.

Nach der von Euerer Majestät befohlenen und in unserem Marokkoabkommen vom 9. Februar v. Js. zum Ausdruck gelangten Politik liegt es nicht in unserem Interesse, Frankreich bei seinem beabsichtigten Vorgehen in Marokko Schwierigkeiten zu machen[1], um so weniger, als der baldige Abschluß der Anleihe auch von uns dringend gewünscht werden muß. Hinzu kommt, daß sich aus der Algecirasakte kein Grund herleiten lassen dürfte, Frankreich das Recht streitig zu machen, gegen einen Sultan energische Maßnahmen zu ergreifen, der schikanös seit Monaten den Abschluß einer Anleihe hinzuziehen sucht, die der Bezahlung anerkannter Schulden dienen soll, an denen deutsche Gläubiger in namhafter Zahl partizipieren.

Bei diesem Stand der Dinge wage ich Euerer Majestät gnädige Zustimmung alleruntertänigst dafür zu erbitten, die geplante französische Aktion zunächst stillschweigend ihren Gang gehen zu lassen[2].

Sollten aus derselben Unruhen in den Hafenstädten entstehen, so darf ich mir vorbehalten, Euerer Majestät alleruntertänigste Vorschläge wegen des Schutzes der dort lebenden Deutschen durch Entsendung eines Euerer Majestät Schiffe zu unterbreiten.

v. Bethmann Hollweg

Bemerkung Kaiser Wilhelms II. am Kopf des Schriftstücks:
Ja, si omnes 21/II 10 W.
Randbemerkungen des Kaisers:
[1] Nein
[2] ja

---

* Gaillard.

Nr. 10503

Der Gesandte in Tanger Rosen an das Auswärtige Amt

Telegramm. Entzifferung

Nr. 45 Tanger, den 20. Februar 1910

Antwort auf Telegramm Nr. 48*.

Entsprechende Instruktion an Vassel abgeht heute mit Extraboten, den ich auch englischer und spanischer Gesandtschaft zur Verfügung stelle.

Soeben war Regnault bei mir, der bereits gestern Ultimatum abgeschickt und Zeit gefunden hat, sich mit anderen Kollegen zu besprechen. Nach ihm seien Engländer und Spanier bereit, eventuellen Abzug ihrer Kolonie aus Fes mitzumachen; dies wird mir seitens englischem und spanischem Gesandten bestätigt. Angehörige anderer Staaten kommen zurzeit nicht in Frage.

Ich bedauere die Plötzlichkeit des französischen Verfahrens, welches uns vor ein fait accompli stellt für den Fall, daß Mulay Hafid nicht rechtzeitig nachgibt. Ein allgemeiner Exodus der Europäer aus Fes schädigt nur die Deutschen, da diese allein im dortigen Handel ernstlich vertreten sind. Andererseits hätte Demarche des französischen Konsuls, wenn sie von Anfang an durch die anderen drei Konsuln hätte unterstützt werden können, die größte Wahrscheinlichkeit des Erfolges gehabt.

Rosen

Nr. 10504

Aufzeichnung des Vortragenden Rats im Auswärtigen Amt von Erckert

Reinschrift

Berlin, den 23. Februar 1910

Baron Berckheim hat heute folgende amtliche Mitteilung im Auftrage seiner Regierung an mich gemacht, da der Herr Staatssekretär und Unterstaatssekretär nicht im Amte zugegen waren:

Die französische Regierung danke für die günstige Aufnahme, die ihre Notifikation wegen des Ultimatums bei uns gefunden habe.

Die marokkanischen Gesandten in Paris hätten einen Brief Mulay

* Durch Telegramm Nr. 48 vom 19. Februar war Rosen im Sinne des vom Kaiser genehmigten Immediatberichts vom 19. Februar (siehe Nr. 10502) instruiert worden. Der Schluß des Telegramms lautete: „An Vassel wollen Ew. pp. Weisung erteilen, Fes mit Kolonie zu verlassen, wenn Bleiben nach seiner Überzeugung Gefahr bringend, oder aber falls alle europäischen Kolonien Fes verlassen.
Alleiniges Bleiben der Deutschen nicht zulässig, andererseits aber auch nicht erwünscht, daß Deutsche fortgehen, wenn zwar Franzosen abreisen, aber andere Europäer bleiben."

Hafids erhalten, worin er erklärt, daß er die von Mokri getroffenen Abmachungen ratifiziere. Die französische Regierung sei hierüber erfreut.

Es sei jedoch nicht mehr möglich gewesen, die Boten, die das Ultimatum überbringen, anzuhalten.

Selbst wenn dies möglich gewesen wäre, würde die französische Regierung aber die Instruktionen an ihren Konsul in Fes nicht geändert haben. Es sei nötig, daß Mulay Hafid einmal sehe, daß Frankreich keine Ausflüchte mehr dulden wolle. Er müsse auch die Ausführungsmaßregeln für die Anleihe genehmigen, und er müsse der französischen Militärmission Satisfaktion geben, auch die türkischen Offiziere in seinem Dienste zurückschicken.

Ich habe Baron Berckheim geantwortet, daß ich Seiner Exzellenz Kenntnis von seiner Mitteilung geben würde. Die Nachricht wegen Annahme der Anleihe sei, da sie deutsche Interessen berühre, auch für uns sehr erfreulich. Die Frage der Militärmission gehe nur Frankreich und Marokko an.

Als persönliche Ansicht bemerkte ich dazu, daß ich allerdings für den Fall ernste Mißstimmung in einem Teil der öffentlichen Meinung bei uns voraussehe, daß Mulay Hafid infolge des Ultimatums etwa wieder Schwierigkeiten macht und die schon erteilte Zustimmung dadurch in Frage gestellt wird. Das würde hier von vielen Seiten so ausgelegt werden, als wolle Frankreich Schwierigkeiten provozieren.

Erckert

Nr. 10505

Der Geschäftsträger in Paris Freiherr von der Lancken an das Auswärtige Amt

Telegramm. Entzifferung

Nr. 88 Paris, den 23. Februar 1910

Als ich Pichon gelegentlich heutigen Empfangstages vertraulich mitteilte, daß Konsul Dr. Vassel veranlaßt wurde, Sultan gegenüber unser Interesse an Zustandekommen Anleihe erneut zu betonen[1], dankte Minister unter Hinzufügung, daß ihm bereits durch französischen Geschäftsträger in Berlin hiervon Mitteilung gemacht sei. Zugleich sagte er, er konstatiere von neuem mit Freuden die Loyalität, die Deutschland in Betätigung des Abkommens zeige; einen überaus wertvollen Beweis hiervon habe ja Frankreich schon erhalten bei Ablehnung Anerbietens Mulay Hafids, betreffend atlantischen Hafen*.

Pichon zeigte heute wieder ganz die von mir bei vorwöchentlicher Unterredung** vermißte maßvolle Haltung. Spontan erläuterte er mir gegenwärtige Marokkosituation. Nachdem er in voriger Woche sehr

* Vgl. Nr. 10488.
** Vgl. Nr. 10499.

ernst Mokri darauf hingewiesen, daß Frankreichs Geduld zu Ende sei, habe Sultans Gesandter ihm gestern von Zustimmungsbrief Mulay Hafids zu Pariser Dezemberabmachungen* Kenntnis gegeben. Brief enthalte tatsächlich den in heutigem „Matin"-Interview mit Mokri erwähnten Satz, Sultan wolle nicht, daß Dezembervereinbarungen wertloses Stück Papier blieben; Sultan beabsichtige vielmehr, dieselben aufrichtig zu erfüllen. Daß Ultimatum, so setzte Minister hinzu, ungeachtet dessen in Fes gestellt werden würde, habe sein Gutes insofern, als in demselben dem Sultan klar gemacht werde, französische Militärkommission . . .** ihre Tätigkeit nur wiederaufnehmen, wenn türkische Offiziere ausschieden. An Mokri habe er gesagt, französische Regierung verlange, daß er — da er mit Vollmacht hierzu ausgestattet sei — nunmehr gesamte französisch-marokkanischen Vereinbarungen namens Sultans zeichne und somit endgültig vollziehe. Mokri habe keine Einwendungen hiergegen mehr erhoben. Augenblicklich setze er mit Guiot Wortlaut auf, was voraussichtlich bereits am nächten Sonnabend beendet sein werde.

Minister kam sodann von selbst auf Vorgehen der Franzosen bei Asemmur zurück, heute sichtlich bemüht, dasselbe als bedeutungslos hinzustellen. Einesteils habe es sich um aus Dukkala stammenden Kaid gehandelt, der in Schauïa wegen Vergewaltigung französischer Schutzgenossen festgenommen worden sei. Anderenteils habe eine französische Patrouille bei der Verfolgung von Dukkalaleuten, die in Schauïa gebrandschatzt hätten, den Um-er-Rebia allerdings überschritten, jedoch schon an jenseitigem Ufer Missetäter gefaßt und damit ihren Vorstoß beendet. Minister betonte hierbei, wie er schon wiederholt erklärt, trete er persönlich durchaus dafür ein, daß französische Aktion zur Aufrechterhaltung von Ruhe und Ordnung sich auf Schauïa beschränke. Er fügte hinzu, wie mir bekannt, suche er ja überhaupt militärische Heißsporne zu bremsen. So habe er auch für Fall von Zwangsmaßnahmen keineswegs neue Militärexpedition ins Auge gefaßt gehabt.

Heutige maßvolle Haltung Ministers mag zwar teilweise durch Nachgeben Sultans zu erklären sein. Es hat sich jedoch bei mir Eindruck verstärkt, daß Energie, welche Pichon neuerdings zur Schau trug, und die sich auch in französischer Presse widerspiegelte, hauptsächlich auf innerpolitische Gründe zurückzuführen ist. Wahrscheinlich hat Briand — nach wohlbewährtem Rezept, von dem einst Clemenceau bei Casablancaaffäre Gebrauch machte — aus Rücksicht auf Wahlen und etwaige Komplottgelüste portefeuillesüchtiger Radikaler[2] das Kabinett mit Nimbus eines unerschrockenen Verteidigers der Würde Frankreichs umgeben wollen.

Abgesehen hiervon kann ich mich von Empfindung nicht ganz freimachen, daß Pichon mir neulich zu verstehen geben wollte, Frank-

* Vgl. Nr. 10498, Fußnote **.
** Zifferngruppe fehlt.

reich könne bei seiner Marokkopolitik nicht dauernd eine weitgehende Rücksicht auf die Lärmmacher in Deutschland nehmen.

Lancken

Randbemerkungen Freiherrn von Schoens:
[1] Ist vertraulich geschehen, bevor von Ultimatum die Rede gewesen
[2] und Vorbeugung bedenklicher Rückwirkung der Niederlage in Wadai*

Nr. 10506

Der Gesandte in Tanger Rosen an das Auswärtige Amt

Telegramm. Entzifferung

Nr. 47 Tanger, den 28. Februar 1910

Vom Kaiserlichen Konsul in Fes gehen soeben folgende beide Meldungen ein:

1) vom 23./2.

„Nach einer vertraulichen Mitteilung des Herrn Gaillard ist der Sultan bereit, alles zu unterschreiben, was man von ihm verlangt.

Ich habe Anlaß zu vermuten, daß die Anleihe längst von ihm gebilligt ist und Mokri mit den in seinen Händen befindlichen Vollmachten den Kontrakt mit den Banken jetzt schon abschließen könnte. Aber der Akkord, den Mulay Hafid jetzt annehmen soll, enthält nicht nur die Anleihe, sondern Abmachungen über Udjda und Schauïa, die der Sultan en bloc mit annehmen soll. Die Anleihefrage wird nur vorgeschoben, um die öffentliche Meinung dumm zu machen."

2) vom 25./2.

„Wie mich der französische Konsul soeben vertraulich unter der Hand wissen ließ, ist der Sultan den französischen . . .** völlig entgegengekommen; ich selbst habe keine Demarche zu unternehmen nötig gehabt." ***

Rosen

---

* Mitte Februar war in Paris die Nachricht von der Niedermetzelung einer französischen Kolonne in Wadai (französisch Kongo) bekannt geworden und hatte zu parlamentarischen Erörterungen geführt.

** Zifferngruppe fehlt.

*** Tatsächlich dauerte es noch bis zum 21. März, daß das Abkommen über die marokkanische Anleihe von Pichon und El Mokri unterzeichnet wurde. Im Herbst 1910 kam nach langen Verhandlungen auch ein Abkommen zwischen Spanien und Marokko zustande, das unter anderm die Frage der Kriegskosten regelte, die Spanien wegen des Feldzuges gegen die Kabylen 1909 reklamiert hatte. Deutscherseits hat man gegenüber den spanisch-marokkanischen Verhandlungen volle Zurückhaltung bewahrt. Man konnte das um so mehr, als die spanische Regierung am 25. Oktober in Berlin erklären ließ, daß sie bei den Verhandlungen mit El Mokri auf das peinlichste alles zu vermeiden wünsche, was im geringsten als Eingriff in die Rechte anderer Mächte erscheinen könnte. Aufzeichnung Freiherrn Langwerth von Simmerns vom 25. Oktober 1910.

Nr. 10507

Der Gesandte in Tanger Rosen an den Reichskanzler von Bethmann Hollweg

Ausfertigung

Nr. A 51 Tanger, den 1. März 1910

Die Aufzeichnung des Großen Generalstabs über „Marokkanische Truppen als Verstärkung der französischen Wehrmacht“* geht von der Voraussetzung aus, daß Frankreich, bevor es daran denken könnte, Marokkaner in Massen als Soldaten einzustellen, erst von Marokko Besitz ergreifen müßte. Dieser Satz, welcher mit Bezug auf jedes andere Land unanfechtbar sein dürfte, scheint mir für Marokko nicht ganz zuzutreffen. Marokko ist ein so eigenartig loses Staatsgebilde, daß diejenige Macht, die es unternimmt, sich einzelne Teile des Landes anzueignen, selbst dann, wenn dies durch offene kriegerische Maßnahmen geschieht, nicht genötigt ist, zur Eroberung des ganzen Landes oder größerer Teile desselben zu schreiten. Ja, nicht einmal ein Kampf mit der Zentralregierung oder mit größeren Verbänden von nicht unmittelbar bedrohten Eingeborenen braucht aus der Eroberung einzelner Gebietsteile zu entstehen. Die Geschichte der letzten Jahre gibt hierfür schlagende Beispiele:

Als im Frühjahr 1907 Frankreich als Strafe für die Ermordung eines französischen Arztes in Südmarokko das an der Nordwestgrenze gelegene Udjda besetzte**, regte sich im ganzen Lande keine Hand. Und als französische Truppen kurz darauf das Hochland der Beni-Snassen durchzogen und dauernd okkupierten, kamen den Berberstämmen des für uneinnehmbar geltenden Bergmassivs keine ihrer Nachbarn, vor allem nicht die nahe verwandten Rifberber mit irgendwie namhaften Streitkräften zu Hilfe. Seitdem herrscht dort vollkommene Ruhe. Die Besetzung des Gebiets ist seitens der Beni-Snassen selbst sowohl wie seitens des übrigen Marokko als vollendete Tatsache hingenommen worden.

Ähnlich verhielt es sich bei dem Feldzug der Franzosen gegen die Umgebung von Casablanca im Herbst 1907. Hier leisteten allerdings eine Anzahl Stämme der Schauïaebene eine Zeitlang gemeinsamen Widerstand, doch zeigte sich schon sehr bald ein Mangel an Kooperation sowie das völlige Versagen der scherifischen Regierung.

* Am 25. Januar 1910 hatte der Chef des Generalstabes von Moltke dem Staatssekretär des Auswärtigen Amts eine Ausarbeitung „Afrikanische Truppen als Verstärkung der französischen Wehrmacht“ übersandt. Das Exposé schloß mit den Worten: „In einem deutsch-französischen Kriege könnte Frankreich marokkanische Truppen auf europäischem Boden sicher verwenden. Dabei kann aber nur ein Einsatz von Massen ins Gewicht fallen. — Die ganze Frage ist aber noch in weite Ferne gerückt, da, wie erwähnt, die Vorbedingung für eine derartige Aufstellung marokkanischer Truppenteile die Besitzergreifung Marokkos durch Frankreich wäre.“ Das Exposé wurde am 10. Februar dem Gesandten in Tanger mit der Bitte um Äußerung zugefertigt.

** Vgl. Bd. XXI, Kap. CLVII, Nr. 7320ff.

Sehr bald gelang es auch den Franzosen, einzelne Stämme auf ihre Seite zu bringen und im Kampfe gegen ihre Stammes- und Glaubensgenossen ebenso wie die algerischen Truppen zu verwenden. Obwohl die Wogen der franzosenfeindlichen Stimmung im ganzen Lande damals ziemlich hoch gingen, wurde jedoch auch damals nichts Ernstliches unternommen, um die bedrohten Gebiete zu retten. Was an nationaler Gesinnung — von Patriotismus kann man in Marokko nicht reden — zu jener Zeit in die Erscheinung trat, war zum Teil künstlich durch Mulay Hafid, den damaligen Statthalter von Marrakesch, hervorgerufen, der nicht mit Unrecht hoffte, von einer Welle dieser Bewegung auf den Thron gehoben zu werden. Nachdem durch ein reichliches Blutvergießen der in dem ebenen Gelände wehrlosen marokkanischen Reiterhorden bei diesen die Stimmung Platz gegriffen hatte, welche die Franzosen mit den Worten charakterisieren: „Ils ont reconnu la supériorité de nos armes", ist die Einrichtung einer französischen Verwaltung in dem besetzten Gebiete ohne jede Schwierigkeit vor sich gegangen und funktioniert bereits jetzt, als ob sie schon viele Jahrzehnte lang bestanden hätte.

Ganz die gleichen Erscheinungen haben sich in dem spanischen Riffeldzuge des vorigen Jahres wiederholt. Auch hier anfänglich gemeinsamer tapferer Widerstand eines Bundes von Rifstämmen, der aber noch vor dem entscheidenden Augenblicke auseinanderfiel und es so den Spaniern ermöglichte, ohne Schwertstreich den Schlüssel der ganzen Gegend, den Guruguberg, zu besetzen. Auch hier hat die Zentralregierung den bedrohten Provinzen keine Hilfe gesandt, und in den meisten Teilen des Landes hat man von dem ganzen spanischen Feldzuge so gut wie gar keine Notiz genommen. Und aus den Rifkabylen, die noch vor wenigen Monaten als Bergvölker von unbezwingbarer Widerstandskraft — etwa nach Art der Helden der schweizer und tiroler Geschichte — galten, bilden die Spanier jetzt nach französischem Muster ebenfalls „goums", das heißt Hilfstruppen unter spanischem Kommando.

Um diesen für uns schwerverständlichen losen Zusammenhang der Marokkaner zu erklären, habe ich mich in einem früheren Berichte eines Bildes bedient, auf das ich auch jetzt wieder hinzuweisen die Ehre habe. Wer es unternimmt, aus einem Bienenstocke einzelne Bienen herauszunehmen, setzt sich dem sofortigen Angriffe des ganzen Bienenvolkes aus, welches mit Todesverachtung den Eindringling abwehrt. Dagegen kann man von einer Herde von einigen tausend Stieren ungestraft einzelne Tiere wegtreiben oder vor den Augen der übrigen abschlachten. Die soziale Organisation der Bewohner Marokkos gleicht mehr der Rinderherde als dem Bienenschwarm. Es ergibt sich hieraus, daß Frankreich einen Eroberungskrieg oder überhaupt größere militärische Maßnahmen nicht zu riskieren braucht, wenn es vorsichtig einen Teil nach dem andern des Landes besetzt. Hierbei wird es den Hohen Atlas und das ihm vorgelagerte, von den Zentralberbern bewohnte Gebirgsmassiv vorläufig ganz unberührt lassen können. Der

nächste Vorstoß wird voraussichtlich gegen das Hauz, das heißt die Landschaft zwischen der Schauïa und Marrakesch, geführt werden, wie sich dies aus der bereits seit längerer Zeit zugunsten einer solchen Maßnahme geführten Preßkampagne schließen läßt. Ebenso wird es das Okkupationsgebiet im Norden der Schauïa bis über Rabat ausdehnen und sich somit in Besitz der ganzen atlantischen Küstenebene setzen. Ein Vorstoß der Franzosen gegen Tasa und von da gegen Fes ist ebenfalls nur eine Frage der Zeit. Mit den politischen und militärischen Vorbereitungen dazu ist man hier und in Algerien eifrig beschäftigt. Bei der Bezitzergreifung der Küstenebene werden die französisch-marokkanischen Polizeitruppen, bei dem Marsch gegen Tasa und Fes die von Mulay Hafid gleichzeitig mit der Anleihe angenommene Grenzorganisation wertvolle Dienste leisten.

Aus allen besetzten Gebieten nun lassen sich unschwer Truppen gewinnen, sei es, daß dies auf dem Wege der Werbung geschieht, sei es auf dem der Aushebung im Namen des mit der Zeit nur noch nominellen oder ganz von Frankreichs Willen abhängigen Sultans. Um solche Truppen in einem Kriege außer Landes zu verwerten, bedarf es nur noch der Fiktion eines Bündnisses zwischen Frankreich und Marokko.

Um der Gefahr größerer Militärrevolten — welche hier aber nicht allzu groß ist — vorzubeugen, würden die Franzosen klug daran tun, möglichst algerische Truppen in Marokko und marokkanische in Algerien zu verwenden. Auch hierfür würde, auch ohne eigentliche Besitzergreifung Marokkos, zweifellos eine politisch annehmbare Formel gefunden werden.

Wir müssen also mit der Möglichkeit, ja mit der Wahrscheinlichkeit rechnen, daß Frankreichs nie rastende Tätigkeit zu einer raschen Ausdehnung der beiden Okkupationsgebiete im Nordosten und im Westen Marokkos führen wird, und daß gleichzeitig die Heranbildung und Neuschaffung marokkanischer Kontingente unter französischem Kommando qualitativ und quantitativ so rasch fortschreiten wird, daß sich die Folgen auch für einen europäischen Krieg in absehbarer Zeit fühlbar machen werden.

Rosen

Nr. 10508

Aufzeichnung des Staatssekretärs des Auswärtigen Amtes Freiherrn von Schoen

Reinschrift

Berlin, den 18. Mai 1910

Ich habe dem französischen Botschafter gesagt, die Verhandlungen in Paris über das marokkanische Berggesetz* stießen auf Schwierigkeiten,

* Über ein marokkanisches Berggesetz, das durch Artikel 112 der Algecirasakte vorgesehen war, wurde, nachdem eine Ausarbeitung von Entwürfen von deutscher bzw. von französischer Seite nicht zum Ziele geführt hatte, seit Anfang November 1909 in Paris zwischen den hauptbeteiligten Vertragsmächten verhandelt. Als deutscher Unterhändler

die wir nicht erwartet hätten. Der französische Vertreter zeige sich in einigen für uns wichtigen Punkten, so bezüglich der Organisation der marokkanischen Bergbehörde, der Frage der Flächensteuer und auch der vollkommenen Unabhängigkeit des Schiedsgerichts, recht intransigent. Nach der überaus loyalen Haltung, die wir in der ganzen Bergwerksfrage Frankreich gegenüber trotz heftiger Angriffe in Presse und Parlament beobachtet, glaubten wir bei der Wiederaufnahme der Verhandlungen über das Berggesetz eine unseren Wünschen und Bedürfnissen mehr Rechnung tragende Haltung Frankreichs erwarten zu dürfen.

Wir hätten unsere ziemlich erregte öffentliche Meinung nur durch die bestimmte Zusage beschwichtigt, daß wir bei den weiteren Verhandlungen möglichst viel für die deutschen Interessen zu erreichen bemüht sein würden. Diese Zusage müßten wir um so mehr einlösen, als diese Interessen, wie die Rechtslage nun auch sein möge, in der Tat recht bedeutende seien. Wir hofften zuversichtlich, daß wir nicht in die Lage versetzt würden, die Verhandlungen in Paris als gescheitert zu betrachten.

v. Schoen

Schlußbemerkung Freiherrn von Schoens:
Inzwischen ist Telegramm 205 aus Paris eingegangen, das einiges Entgegenkommen erkennen läßt, aber noch nicht voll befriedigt.*

---

fungierte der Vortragende Rat im Reichskolonialamt Haber, als französischer der inspecteur général des mines Aguillon. Die Verhandlungen, die durch die Berufung der Gebrüder Mannesmann auf ein von Sultan Mulay Hafid mit ihnen vereinbartes, jedoch nicht offiziell bekannt gegebenes Berggesetz vom 7. Oktober 1908 kompliziert wurden, gingen nur langsam von statten und schienen im Mai 1910 von neuem ins Stocken zu geraten. Inzwischen wurde die deutsche Öffentlichkeit in steigendem Maße von der Mannesmannsache in Anspruch genommen. Am 9. März gelangte die Angelegenheit in der Budgetkommission des Reichstages, am 15. und 16. März im Plenum zur Sprache. Vgl. Schultheß' Europäischer Geschichtskalender, Jg. 1910, S. 169ff., 197ff. Auch Reichskanzler von Bethmann Hollweg ergriff am 16. März das Wort zu der Angelegenheit.
* Am Schlusse von Telegramm Nr. 205 vom 18. Mai warnte Fürst Radolin dringend vor einem Scheiternlassen der Verhandlungen über das Berggesetz: „Angesichts vorstehend geschilderten offenbaren Bemühens, unseren Wünschen entgegenzukommen, möchte ich noch einmal dringend warnen, die Verhandlungen unsererseits zum Scheitern zu bringen. Die Konsequenz eines solchen Scheiterns würde meines Erachtens nach unserer Stellungnahme im Weißbuch sein, daß die deutschen Interessen bei der bergbaulichen Ausnutzung Marokkos so gut wie ausscheiden und die wirtschaftliche Gleichberechtigung, welche der Akkord von 1909 uns sichern sollte, auf einem wesentlichen Gebiete verloren ginge. Mannesmann wünschen vermutlich Scheitern der Verhandlungen, weil sie hoffen, aus anarchischen Verhältnissen mehr Vorteile zu ziehen. Ihre Unternehmungslust würde bei dem Widerstand der anderen Mächte zu Konflikten führen müssen, die für uns gefährliche politische Situationen heraufbeschwören könnten, zumal unsere öffentliche Meinung gegebenenfalls wohl entschieden Schutz Mannesmannscher Interessen verlangen würde, der aber auf rein diplomatischem Wege kaum mehr zu leisten wäre. Lassen wir die durch unsere bisherige Loyalität in Mannesmannsache hervorgerufene entgegenkommende Stimmung ungenützt vorübergehen, so werden wir bei doch schließlich unvermeidlichen späteren Verhandlungen günstigere Resultate nicht erzielen können. Ich fühle mich verpflichtet, meine Ansicht dahin

Nr. 10509

*Der Reichskanzler von Bethmann Hollweg an Kaiser Wilhelm II., z. Z. in London**

Telegramm. Reinkonzept

Nr. 15 Berlin, den 18. Mai 1910

Neuere, nach meinem gestrigen Vortrag bei Euerer Majestät eingegangene Berichte über Fortgang der Pariser Beratungen marokkanischen Berggesetzes lassen leider erkennen, daß wir in mehreren für uns besonders wichtigen Punkten nicht dasjenige Entgegenkommen seitens Frankreichs finden, auf das wir nach unserer überaus loyalen Haltung berechtigten Anspruch zu haben glauben.

Unser Vertreter ist angewiesen, mit allem Nachdruck für unsere reiflich erwogenen Vorschläge einzutreten und durchblicken zu lassen, daß wir es im Falle deren Nichtannahme auf ein Scheitern der Pariser Verhandlungen ankommen lassen werden.

Es scheint mir empfehlenswert, daß Euere Majestät bei Begegnung mit Pichon diesen auf das bedauernswerte Stocken der Verhandlungen aufmerksam machen, das mit seiner etwa eine Woche währenden Abwesenheit von Paris zusammenzuhängen scheint.

v. Bethmann Hollweg

Nr. 10510

Der Geschäftsträger in Paris Freiherr von der Lancken an das Auswärtige Amt

Telegramm. Entzifferung

Nr. 294 Paris, den 29. Juni 1910

Brachte bei Pichon an heutigem Empfangstage Gespräch auf Vor-

auszusprechen, daß ein durch uns hervorgerufener Abbruch der Berggesetzverhandlungen unser durch den Akkord von 1909 angebahntes besseres Verhältnis zu Frankreich wieder in Frage stellen würde."

* KaiserWilhelm war am 17. Mai zu den Beisetzungsfeierlichkeiten für König EduardVII. (vgl. dazu Bd. XXVIII, Kap. CCXXIV, Nr. 10388 ff.) nach London gereist. Auch der französische Außenminister Pichon nahm an den Beisetzungsfeierlichkeiten teil, so daß die Möglichkeit einer Begegnung des deutschen Kaisers mit ihm gegeben war. Tatsächlich nahm Kaiser Wilhelm II. Veranlassung, in London mit Pichon die Mannemannsache im Sinne der Bethmann Hollwegschen Anregung zu besprechen. In einem Telegramm Graf Metternichs an den Reichskanzler vom 21. Mai heißt es darüber: „Seine Majestät der Kaiser hat gestern Herrn Pichon in dem von Euerer Exzellenz gewünschten Sinne wegen marokkanischer Minenverhandlungen gesprochen. Herr Pichon scheint zuvorkommend, aber unverbindlich geantwortet zu haben." Pichon sagte auch, nach Paris zurückgekehrt, ein vermittelndes Eingreifen in die Verhandlungen zu, die sich namentlich um die von deutscher Seite verlangte möglichste Selbständigkeit des bezüglich der früheren Ansprüche der Interessenten zu berufenden Schiedsgerichts drehten. Es dauerte indessen noch mehrere Monate, ehe unter den Delegierten der Hauptmächte in Paris ein Einverständnis über den Entwurf eines Berggesetzes, der nun den in Tanger akkreditierten Diplomaten zur Beratung unterbreitet wurde, erzielt wurde.

stoß General Moiniers ins Innere Marokkos auf Tadla*. Minister aussprach sofort seine sehr ernste Mißbilligung eigenmächtigen Vorgehens Generals, dem er nach Eintreffen erster Meldungen über abenteuerlichen Zug umgehend Befehl zu schleunigem Rückzug habe übermitteln lassen.

Der schneidige Vorstoß sei absurd gewesen, und die Opfer, welche er gekostet, völlig nutzlos. Moinier habe berichtet gehabt, er müsse Grenzgebiete der Schauïa vor Ma el Ainin schützen, und nur dazu sei er ermächtigt gewesen. Wegen seines unerhörten Handelns werde der General ernsthaft zur Verantwortung gezogen werden. Auch Kriegsminister** verurteile Moinier durchaus.

Herr Pichon setzte hinzu: „Je ne me laisserai pas entraîner par les militaires à une politique qui n'est pas et ne sera jamais la mienne." Er werde im nächsten Ministerrat sehr energisch gegen ähnliche Übergriffe von militärischen Heißspornen Verwahrung einlegen.

Lancken

Nr. 10511

Der Gesandte in Tanger Rosen an den Reichskanzler von Bethmann Hollweg

Ausfertigung

Nr. A 171 Tanger, den 20. Juli 1910

Nachdem ein Teil der Pariser Presse, namentlich das „Journal des Débats", die Rückberufung des Generals Moinier als eine vollendete Tatsache dargestellt und daraus für die künftige Haltung der französischen Regierung Schlüsse gezogen hat, ist jetzt hier und in Casablanca von einer Abreise des Generals nach Paris — und sei es auch nur ad audiendum verbum — keine Rede mehr. Man hatte wohl anfangs erwartet, daß dem Einfall der französischen Okkupationsarmee mitten im tiefsten Frieden in völlig ruhige Nachbargebiete ein stärkerer Sturm des Unwillens gefolgt wäre, als dies tatsächlich der Fall gewesen ist. Die englische Presse hat sich eher zustimmend verhalten, die schwächlichen und durch keine genauere Sachkenntnis gestützten Proteststimmen deutscher Blätter finden in Paris kaum Beachtung, und an französischen bekannteren Politikern hat in der Hauptsache nur Herr Jaurès sich gegen das eigenmächtige Vorgehen der Schauïatruppen erhoben. Aber Herr Jaurès ist nach einem in Frankreich viel zitierten Wort des Fürsten Bülow die Schwalbe, die noch keinen Sommer macht.

So hat man sich denn anscheinend entschlossen, von weiteren Schritten gegen General Moinier abzusehen, die doch wohl nur der Presse Stoff zu weiteren Kritiken gegeben haben würden. Würde man aber selbst den General maßregeln, so würde ihm dies an seiner Kar-

* Ende Juni 1910 hatte der französische Kommandeur in der Schauïa General Moinier einen Vorstoß in der Gegend von Tadla unternommen, der die beabsichtigte Festnahme des fremdenfeindlichen marokkanischen Sektierers Ma el Ainin zum Vorwand nahm.
** General Brun.

riere ebenso wenig schaden wie dem General d'Amade*, der zum Kommandierenden General aufgerückt und soeben noch die Marokkoverdienstmedaille erhalten hat. Das einzig wirklich Interessante an der Angelegenheit ist die Frage, ob die französischen Truppen einen Teil des von ihnen überfallenen Gebietes besetzt behalten werden. Der Kaiserliche Konsulatsverweser meldet hierüber, daß etwa 800 Mann französische Truppen im Gebiet der Beni-Meskin außerhalb des Schauïagebietes zurückgeblieben seien.

Rosen

Nr. 10512

Der Geschäftsträger in Tanger Freiherr von Rotenhan an den Reichskanzler von Bethmann Hollweg

Ausfertigung

Nr. A 184 Tanger, den 29. Juli 1910

Der Kaiserliche Konsulatsverweser in Mogador berichtet unter dem 20. dieses Monats:

„Die französischen Truppen haben nach ihrem Rückzug aus Tadla das Gebiet der Beni-Meskin besetzt und in dem Hause des Si Schafaï-Meskini einen befestigten Posten eingerichtet.

Diese Nachricht wird von den Kaids der angrenzenden Kabylen bestätigt, ebenso, daß der Teil von Srarna, welcher dem Kaid Subi untersteht, als Hilfstruppen der Franzosen bei den Gefechten in Tadla mitgewirkt haben.

Mit der Besetzung der Beni-Meskin ist den Tadlaleuten der Weg nach Casablanca verlegt, und man ist auch allgemein der Ansicht, daß die Besetzung des Gebietes der Beni-Meskin nur als Operationsbasis für ein neues Vorgehen in Tadla dienen soll.

Man erwartet deshalb auch allgemein ein neues Vorgehen, sobald die Jahreszeit etwas kühler geworden sein wird; neue Unruhen und eine ernste Schädigung des Handels sind damit zu erwarten, wie denn die gegenwärtig unsichere Lage in dem Hinterland von Marrakesch den Handel ungefähr lahmgelegt hat und die großen Vorschüsse der Kaufleute ernstlich in Frage gestellt sind."

v. Rotenhan

Nr. 10513

Der Staatssekretär des Auswärtigen Amtes von Kiderlen an den Geschäftsträger in Paris Freiherrn von der Lancken

Konzept von der Hand des Vortragenden Rats Freiherrn Langwerth von Simmern

Nr. 1104 Berlin, den 5. August 1910

Eurer Hochwohlgeboren lasse ich hier angeschlossen Abschrift eines Berichts des Kaiserlichen Geschäftsträgers in Tanger** ergebenst zugehen.

* Vgl. Nr. 10476, Fußnote ***.

** Siehe Nr. 10512.

Ich bitte dessen Inhalt, ohne allzusehr auf die Einzelheiten einzugehen, mit der dortigen Regierung in geeignet erscheinender Weise zu besprechen und dabei zu betonen, daß wir glaubten annehmen zu dürfen, die französische Regierung werde unsere Auffassung teilen, daß im Interesse des Handels und des wirtschaftlichen Aufblühens Marokkos tunlichst alles vermieden werden müsse, was Anlaß bieten könne, in die marokkanischen Verhältnisse neue Beunruhigung hineinzutragen.

Einem gefälligen Bericht über das Veranlaßte werde ich mit Interesse entgegensehen.

Kiderlen

Nr. 10514

Der Geschäftsträger in Paris Freiherr von der Lancken an den Reichskanzler von Bethmann Hollweg

Ausfertigung

Nr. 355 Paris, den 16. August 1910

Auf Erlaß Nr. 1104 vom 5. d. Mts.*

Es bot sich mir heute Gelegenheit, den Inhalt des Berichtes des Kaiserlichen Geschäftsträgers in Tanger vom 29. v. Mts.**, betreffend die Besetzung des Beni-Meskin-Gebietes durch französische Truppen, bei Herrn Louis*** auftragsgemäß zur Sprache zu bringen.

Der Vertreter des Auswärtigen Ministers erwiderte mir, es sei allerdings richtig, daß sich noch französisches Militär von dem Vorstoß nach Tadla her außerhalb des Schauïagebietes befinde. Der Name der betreffenden Gegend sei ihm im Augenblick nicht gegenwärtig. Es sei wohl möglich, daß es sich um die Beni-Meskin handle. Unter den Stämmen auf Tadla zu scheine eine gewisse Erregung zu herrschen. Er könne mir aber erklären, daß die französische Regierung diese Erregung durchaus nicht dazu benutzen wolle, um etwa weitere Vorstöße oder dauernde Besetzungen außerhalb der Schauïa vorzunehmen. Mit uns sei die französische Regierung völlig der Meinung, daß im Interesse der wirtschaftlichen Entwickelung Marokkos jede unnötige Beunruhigung tunlichst vermieden werden müsse. Darum würden auch die erwähnten, auf der Rückzugslinie von Tadla verbliebenen Truppenteile — wenn nicht ganz unerwartete Ereignisse einträten, etwa ein ernsterer Angriff auf sie erfolgte — sehr bald ganz zurückgezogen und militärisch wieder völlig der Zustand hergestellt werden, der vor der Tadlaexpedition bestand. Herr Louis resümierte sich, indem er sagte,

* Siehe Nr. 10513.
** Siehe Nr. 10512.
*** Der französische Botschafter in Petersburg Louis vertrat den Minister Pichon während dessen Sommerurlaubs.

er könne mich versichern, daß es nicht in der Absicht der französischen Regierung liege, neue militärische Aktionen in Marokko vorzunehmen, schon deshalb nicht, weil dies eine Entblößung der Schauïa zur Folge haben und möglicherweise Truppennachschübe nach dort erforderlich machen würde. Dies aber sei durchaus zu vermeiden.

Lancken

Nr. 10515

Der Botschafter in Paris Fürst von Radolin an den Reichskanzler von Bethmann Hollweg

Ausfertigung

Paris, den 21. September 1910

Der Präsident der Republik hatte mich zur Entgegennahme meines Abberufungsschreibens* für heute mit meiner Frau nach Rambouillet geladen. Dort fand zunächst uns zu Ehren im kleinen Kreise ein Abschiedsfrühstück statt, an dem auch der Ministerpräsident Briand teilnahm. Nach Aufhebung der Tafel zog sich Herr Fallières mit mir in sein Arbeitskabinett zurück, wo ich ihm das allerhöchste Schreiben überreichte.

Bei dieser Gelegenheit sprach mir der Präsident in allerwärmsten Worten seinen und der französischen Regierung Dank aus für meine Wirksamkeit im Interesse des Ausgleichs zwischen unseren beiden Ländern. Die französische Regierung habe mit der Zeit ein immer größeres Vertrauen zu mir gewonnen, was den Beziehungen ganz besonders zustatten gekommen sei. Der Präsident kam dabei auf die glücklicherweise jetzt beseitigten marokkanischen Schwierigkeiten zu sprechen und sagte mir ganz spontan, der Gegenstand sei es nicht wert gewesen, daß seinetwegen solche Verstimmungen zwischen beiden Ländern entstanden. Selbstverständlich müsse Frankreich wegen seiner nordafrikanischen Besitzungen sein Prestige wahren. Er könne mir aber die feste Versicherung geben, daß, wenn etwa heute wir in der Lage wären, ihm ganz Marokko anzubieten, er das Geschenk entschieden ablehnen würde, weil er nicht in dies Wespennest stechen wolle. Deutschland würde seinerzeit die Franzosen in die größten Schwierigkeiten gebracht haben, wenn es sie, Bismarckschen Ideen folgend, ermutigt hätte, in Marokko einzudringen. Hunderttausend Mann und viele Millionen würden die Unterwerfung nicht zustande gebracht haben. Frankreich könne vielmehr heute uns aufrichtig dankbar dafür sein, daß wir es von diesem folgenschweren Schritte zurückgehalten hätten.

Radolin

* Am 28. Juni war der bisherige Staatssekretär Freiherr von Schoen an Stelle Fürst Radolins zum Botschafter in Paris ernannt worden, trat aber diesen Posten erst nach einem längeren Urlaub Anfang Oktober an.

Nr. 10516

Der Botschafter in Paris Freiherr von Schoen an den Reichskanzler von Bethmann Hollweg

Ausfertigung

Nr. 533 Paris, den 15. Dezember 1910

Euerer Exzellenz Rede im Reichstag* über die äußere Politik, insbesondere die Stellen über die Ergebnisse der Potsdamer Entrevue und die Aussichten einer Verständigung mit England haben hier nicht geringen Eindruck gemacht.

In noch höherem Maße, als dies in der Presse zum Ausdruck gekommen, hat sich hier das beängstigende Gefühl verbreitet, daß durch die Bekräftigung der deutsch-russischen Freundschaft und die Besserung der deutsch-englischen Beziehungen die Grundsäulen der französischen Politik, das Bündnis mit Rußland und die entente cordiale mit England, ins Schwanken geraten seien.

Wie ich höre, ist der Quai d'Orsay von Journalisten mit Fragen über die Bedeutung der von Euerer Exzellenz dargelegten Wendung der Dinge bestürmt worden. Die beruhigende Antwort, daß man von diesen Darlegungen keineswegs überrascht worden sei, und daß keinerlei Grund zu der Annahme vorliege, daß die bestehende Mächtegruppierung eine Änderung erfahren habe oder einer solchen entgegengehe, hat nicht genügt, die Erregung zu beschwichtigen, und Herr Pichon hat sich veranlaßt gesehen, noch besonders auf die unerschütterliche Festigkeit der russischen Allianz und der englischen Freundschaft hinweisen zu lassen und außerdem eine eingehende Darlegung in der Kammer über die auswärtige Lage in nahe Aussicht zu stellen.

Mir gegenüber hat Herr Pichon sich im einzelnen über Euerer Exzellenz Äußerungen nicht ausgesprochen, auch habe ich ihn nicht darauf angeredet. Er hat mir aber gelegentlich zu verstehen gegeben, daß neuerdings in parlamentarischen Kreisen unter dem Einfluß gewissermaßen berufsmäßiger Ministerstürzer sich einige Unzufriedenheit mit der Leitung der französischen auswärtigen Politik bemerkbar mache, und daß er anläßlich der bevorstehenden Erörterung seines Budgets mit Angriffen zu rechnen habe, bei denen er und seine Mitarbeiter im Ausland der Unachtsamkeit und Untätigkeit, er persönlich noch einer zu laxen Politik gegenüber Deutschland und Österreich-Ungarn geziehen werden würde. Das werde ihn, versicherte er, in seiner Überzeugung nicht irre machen, daß er die richtigen Wege eingeschlagen habe, und er werde, es sei denn, was sehr unwahrscheinlich, daß er eine parlamentarische Niederlage erleide, auf diesen Wegen beharren.

* Am 10. Dezember 1910 hatte sich Reichskanzler von Bethmann Hollweg im Reichstage eingehend über die auswärtige Lage, insbesondere über das Resultat der Potsdamer Entrevue vom 4./5. November ausgelassen. Vgl. dazu Bd. XXVII, Kap. CCXVIII.

Für ihn, seine Ministerkollegen und glücklicherweise die Mehrheit der ernsten Politiker in- und außerhalb des Parlaments sei die Richtungslinie durch die Logik vorgezeichnet: Entweder Ausfechtung nationaler Gegensätze mit den Waffen oder friedliches Nebeneinanderleben. Krieg wolle in Frankreich niemand — bleibe also nur der Frieden. Wolle man aber einen ehrlichen und sicheren Frieden, so müsse man nicht nur freundschaftlich neben dem friedlichen Nachbar leben, sondern auch Berührungpunkte suchen und gemeinsam mit ihm fruchtbringende Friedenswerke verrichten. Das gelte für ihn insbesondere in bezug auf Marokko, den Punkt, der für manche Kreise in Deutschland und in Frankreich trotz des Abkommens vom 9. Februar v. Js. noch immer ein empfindlicher zu sein scheine. Er werde der Politik, zu der er sich moralisch verpflichtet, unter allen Umständen treu bleiben und das Wort, das er im Namen Frankreichs gegeben, loyal halten.

Ich habe den Minister versichert, daß er bei Befolgung dieser Politik meiner und der Kaiserlichen Regierung loyalen Mitwirkung gewiß sein könne.

Den Vorfall von Agadir* hält Herr Pichon, wie ich bereits zu berichten die Ehre gehabt, durch die Erklärungen des Herrn Staatssekretärs im Reichstag für glücklich erledigt. Seine Befriedigung hierüber schien um so aufrichtiger, als die vorhergehende Äußerung Euerer Exzellenz, daß die amtliche Aufklärung noch ausstehe, hier den Gedanken ausgelöst hatte, die gegebenen Versicherungen, von denen man annahm, daß sie in Berlin bereits vorlagen, seien vielleicht als nicht ausreichend erachtet worden.

v. Schoen

Nr. 10517

Der Stellvertretende Staatssekretär des Auswärtigen Amtes Zimmermann an den Botschafter in Paris Freiherrn von Schoen

Konzept von der Hand des Vortragenden Rats Freiherrn Langwerth von Simmern

Nr. 1476 Berlin, den 26. Dezember 1910

Eurer Exzellenz beehre ich mich hier angeschlossen einen Ausschnitt aus der „Vossischen Zeitung“ vom gestrigen Tage** zu übersenden, der

* Am 4. Dezember hatte die „Kölnische Zeitung“ die Nachricht gebracht, daß Frankreich auf eigene Hand den Hafen Agadir in Südmarokko besetzt habe. Tatsächlich handelte es sich nur um ein Anlaufen des Hafens durch den französischen Kreuzer „Du Chayla“, wie Freiherrn von Schoen auf seine Anfrage am 6. Dezember vom Direktor der Politischen Abteilung Bapst und am 7. von Minister Pichon bestätigt wurde. Am 12. Dezember stellte Staatssekretär von Kiderlen im Reichstage die Bedeutung des Vorfalls, der in Deutschland starkes Aufsehen erregt hatte, richtig. Vgl. auch die Berichte des französischen Botschafters Cambon vom 10. und 17. Dezember 1910. Französisches Gelbbuch: Affaires du Maroc VI, p. 31, 33 s.

** Es handelt sich um einen Artikel „Französische Besitzergreifung Ostmarokkos“ in

sich mit einer Tangerer Nachricht über angebliche französische Maßnahmen im algerisch-marokkanischen Grenzgebiet befaßt.

Da die Nachricht den Anschein erwecken kann, als beabsichtige Frankreich marokkanisches Gebiet seiner Verwaltung zu unterstellen, so bitte ich Eure Exzellenz den Sachverhalt in geeignet erscheinender, freundlicher Weise aufklären und das Ergebnis mitteilen zu wollen. Es kommt darauf an zu verhindern, daß in unserer öffentlichen Meinung eine neue Beunruhigung Platz greift über angebliche französische Pläne, die mit der Algecirasakte und unserm Abkommen vom 9. Februar 1909 nicht in Einklang stehen würden.

Zimmermann

Nr. 10518

Der Gesandte in Tanger Freiherr von Seckendorff an den Reichskanzler von Bethmann Hollweg

Ausfertigung

Nr. A 3 Tanger, den 5. Januar 1911

Die vom Wolffschen Telegraphenbureau unter dem 24. v. Mts. aufgenommene Meldung aus Tanger*, wonach das Grenzgebiet zwischen Algerien und Marokko insofern einer Neueinteilung unterworfen worden sei, als das nördliche zwischen dem Meere und Taurirt belegene Gebiet der französischen Zivilverwaltung unterstellt werden solle, während die Landstriche südlich von Taurirt bis zur Sahara ein aus Kolonialtruppen gebildetes Besatzungskorps unter rein militärischer Verwaltung erhalten würden, ist für die Beurteilung des weiteren systematischen Vordringens der Franzosen in Marokko von nicht zu unterschätzender Bedeutung. Und zwar weniger deshalb, weil die schon seit langem tatsächlich bestehende und besprochene Okkupation jener Gegenden auch nach außen hin zur Tatsache geworden zu sein scheint, als vielmehr darum, weil mit einem Aufhören der Besetzung der betreffenden Gebietsteile seitens der Franzosen ebenso wenig zu rechnen sein wird wie mit einer früher wiederholt angekündigten allmählichen Zurückziehung französischer Truppen aus der Schauïa.

Die hiesige „Dépêche Marocaine“ hat sich in ihrer Nummer vom 30. v. Mts. nun zwar dafür eingesetzt, daß die zuerst vom „Matin“ gebrachte Nachricht in dieser Form unzutreffend sei, und daß dieselbe

---

der „Vossischen Zeitung“ vom 24. Dezember, der auf einem Wolff-Telegramm vom gleichen Tage fußte. Dieses lautete: „Paris, 24. Dezember. Aus Tanger wird gemeldet, daß das Grenzgebiet zwischen Algier und Marokko in zwei Zonen eingeteilt worden ist, von denen die nördliche das Gebiet vom Meer bis Taurirt, die südliche das Gebiet von Taurirt bis zur Sahara umfaßt. Die nördliche Zone wird der Zivilverwaltung unterstellt und erhält ein aus Kolonialtruppen gebildetes Besatzungskorps, die südliche Zone soll der Militärbehörde unterstehen.“

* Vgl. Nr. 10517, Fußnote **.

den alldeutschen Blättern mit ihren übertriebenen Betrachtungen zur Sache einen willkommenen Anlaß geboten habe, von neuem die öffentliche Meinung zu erregen und weitere Angriffe gegen Frankreich zu suchen. Denn wenn auch nach dem Pariser „Journal" von einer den französischen Kolonialkreisen sehr nahestehenden kompetenten Persönlichkeit die Zweckmäßigkeit der in Frage stehenden Einteilung ausdrücklich anerkannt worden sei, so sei man sich in maßgebenden französischen Kreisen auf der anderen Seite doch vollkommen klar darüber, daß an den bestehenden Verträgen, insbesondere an dem Februarabkommen vom Jahre 1909 nicht gerüttelt werden dürfe. Zur Bekräftigung dessen bringt die „Dépêche Marocaine" ein Interview mit Herrn Regnault, nach welchem dieser entschieden in Abrede gestellt haben soll, daß man daran denke, eine Zivilkontrolle oder ein militärisches Territorium in den den Bestimmungen der bestehenden Verträge unterworfenen Gebieten bilden zu wollen. Man sei lediglich im Begriffe, zwei Polizeikompagnien zu organisieren, welche voraussichtlich in Taurirt stationiert werden würden, und von denen man die besten Resultate im Interesse der Aufrechterhaltung des Friedens und der öffentlichen Ordnung in jenen Gegenden erhoffe.

Wie ich unter der Hand höre, hat der französische Oberinstrukteur der hiesigen Polizeitruppe Kommandant Toulat sich meinem österreichischen Kollegen* gegenüber dahin geäußert, daß die von Herrn Regnault erwähnten Polizeikompagnien tatsächlich aus regulären Truppen bestehen sollen, die, aus den algerischen Kaders losgelöst, direkt dem Ministerium des Äußern in Paris unterstellt werden würden. Inwieweit die Verwendung regulärer französischer Truppen in der algerisch-marokkanischen Grenzzone mit den bestehenden Verträgen in Einklang zu bringen wäre, muß dahingestellt bleiben. Immerhin wird meines Erachtens nach für die nächste Zeit damit zu rechnen sein, daß die französische Regierung ihre momentan recht günstige Stellung in Marokko dazu benutzen wird, um die in Frage stehenden Grenzgebiete allmählich unter ihre Herrschaft zu bringen.

v. Seckendorff

Nr. 10519

Der Botschafter in Paris Freiherr von Schoen an den Reichskanzler von Bethmann Hollweg

Ausfertigung

Nr. 89 Paris, den 3. Februar 1911

Die in der jüngsten Zeit sich mehrenden pessimistischen Betrachtungen in der Presse über Frankreichs auswärtige Lage und die aus diesem Anlaß neuerdings selbst im „Temps" gegen Herrn Pichon ge-

* von Callenberg.

richteten Angriffe haben den Minister anscheinend an die Grenze der Geduld gebracht. Die gestrigen Verhandlungen im Senat über die militärischen Nachtragskredite für Marokko haben ihm Gelegenheit zur Abwehr gegeben, die ungewöhnlich scharf ausgefallen ist.

Dem Konservativen de Lamarzelle, der nicht allein die Marokkopolitik als kleinmütig tadelte, sondern auch, und zwar unter Berufung auf einen „Temps"-Artikel, die Sterilität der Tripelentente beklagte, entgegnete Herr Pichon zunächst mit einem geschickten Seitenhieb auf Tardieu, dessen „plötzliche Schwenkung vom Optimismus zum Pessimismus sehr auffällig" sei. (Sie hängt bekanntlich mit der Ngoko-Sangha-Sache* zusammen.) „Wie kann man sagen, daß die entente cordiale keine Ergebnisse gehabt, daß seit zwei oder drei Jahren keine militärischen Besprechungen stattgefunden hätten? Was wissen Sie, was weiß der Artikelschreiber hiervon? Glauben Sie etwa, daß ich den Zeitungen Mitteilungen über diplomatische oder militärische Besprechungen zu machen pflege? Ich erkläre namens der Regierung und auf Grund der Zustimmung, die ich von der britischen Regierung nach meinem Auftreten in der Kammer erhalten habe, daß unsere Entente nie vollständiger und fruchtbarer gewesen ist."

Auch die Zweifel an dem festen Bestand des Bündnisses mit Rußland seien gegenstandslos. „Nous ne cessons d'être en relation avec notre alliée, comme nous le sommes avec nos amis: Nous ne cessons d'unir nos efforts aux siens pour le maintien de la paix générale et de notre dignité commune.

Notre but, je l'ai dit à la Chambre, est de garantir la paix, mais aussi d'assurer la force de la France, la force du Gouvernement de la République.

Au nom du Gouvernement, je vous affirme que jamais la situation extérieure de la France n'a été meilleure qu'aujourd'hui."

Über die besondere Frage, ob Rußland seinen Verbündeten vor und nach der Potsdamer Entrevue gebührend ins Vertrauen gezogen habe**, äußerte sich Herr Pichon im weiteren Verlauf der Diskussion:

„Nous sommes trop les alliés de la Russie, et la Russie est trop l'alliée de la France pour que l'entrevue de Potsdam ait pu avoir lieu sans que le ministre des affaires étrangères de Russie en ait donné avis au Gouvernement Français en lui faisant connaître quels sujets devaient y être traités, en l'espèce la question persane et celle des chemins de fer turco-persans.

---

* Zwischen der französischen Ngoko-Sangha-Gesellschaft, die im französischen Kongogebiet Kautschuk ausbeutete, und einem deutschen Konsortium, dem unter anderen der Reichstagsabgeordnete Semler angehörte, waren Fusionsbestrebungen im Gange gewesen, die aber daran scheiterten, daß eine der Gesellschaft zugebilligte staatliche Entschädigung von 2,4 Millionen francs auf Schwierigkeiten stieß; offenbar war Tardieu an den Verhandlungen, bei denen auch der Berliner „Temps"-Vertreter Roëls eine größere Rolle spielte, stark interessiert. Vgl. Caillaux, Agadir, Ma Politique extérieure, p. 55ss.

** Vgl. dazu Bd. XXVII, Kap. CCXVIII.

Il est possible que certaines questions émanant de l'initiative de son interlocuteur n'aient pu être portées à notre connaissance avant l'entrevue. Mais aussitôt après, nous avons été informés et tenus au courant d'une manière très précise de tout ce qui s'est passé à Potsdam.

Je suis convaincu que l'événement démontrera que les partisans de la paix et de l'alliance franco-russe n'auront rien à regretter."

Das feste Auftreten Herrn Pichons im Senat hatte ersichtlich bedeutenden Erfolg. Er erntete allseitigen lebhaften Beifall und die Glückwünsche seiner Kollegen. Ob er das verlorene Terrain wieder ganz zurückgewonnen hat, muß die Zukunft zeigen.

v. Schoen

Nr. 10520

*Der Botschafter in Paris Freiherr von Schoen an den Reichskanzler von Bethmann Hollweg**

Ausfertigung

Nr. 97 Paris, den 8. Februar 1911

In dem hier folgenden Bericht** behandelt der Militärattaché Major von Winterfeldt die neuerdings durch die Erörterungen der Presse und durch die bekannten Äußerungen Herrn Pichons im Senat wieder in

---

* Die folgenden Schriftstücke führen die bei der Erörterung der Marokkokredite im französischen Senat angeschnittene Debatte über das Bestehen englisch-französischer militärischer Abmachungen für den Kriegsfall weiter. Sie gehören um so mehr in diesen Zusammenhang, als bei dem französischen Zug nach Fes (vgl. das folgende Kapitel) das Vertrauen der französischen Regierung auf die diplomatische und nötigenfalls die militärische Hilfe des Ententegenossen stark in die Wagschale fiel. Näheres über die französisch-englischen militärischen Abmachungen siehe bei A. Bach, Die Entstehung der englisch-französischen Militärkonvention, Die Kriegsschuldfrage, April 1925.

** Der vom 7. Februar datierte Bericht des Militärattachés von Winterfeldt gibt die Äußerungen eines Kollegen wieder, der auch mit den englischen Verhältnissen vertraut war. Dieser Militärattaché hielt ebenso wie Winterfeldt selbst, wie es in dem Bericht heißt, „einen französisch-englischen Meinungsaustausch über ein militärisches Zusammenwirken nicht nur für möglich, sondern für durchaus wahrscheinlich, glaubt aber nicht, daß die Engländer geneigt wären, sich durch genaue Abkommen zu sehr binden zu lassen, so erwünscht dies auch den Franzosen erscheinen möchte. Die Engländer würden sich damit begnügen, ihre Feldarmee in bezug auf Stärke und Kriegstüchtigkeit so zu vervollkommnen, daß ihr Auftreten auf dem Kontinent den Franzosen als nützlich, den Deutschen aber als bedrohlich erscheinen müsse. Ob und wann sie aber tatsächlich die Reise über den Kanal antreten würden, dürften sie sich voraussichtlich vorbehalten. Zurzeit sprächen zwei gewichtige Gründe gegen einen zu großen Wagemut der englischen Streitkräfte: Zunächst sei die Feldarmee in ihrer kriegsmäßigen Ausbildung gegenüber anderen Armeen noch weit zurück. Die englischen Manöver haben gerade in diesem Jahre auf meinen Kollegen einen äußerst ungünstigen Eindruck gemacht. Leitung, Führung, Generalstabstechnik hätten von erstaunlicher Hilflosigkeit gezeugt, und die Auffassung und Durchführung der Übungen hätten in keiner Weise modernen Anforderungen entsprochen. Solange in dieser Beziehung nicht er-

den Vordergrund getretene Frage militärischer Abmachungen zwischen Frankreich und England. Major von Winterfeldt kommt zu dem Schluß, daß wohl gelegentlich zwischen den militärischen leitenden Stellen beider Länder ein Gedankenaustausch über das stattgefunden haben mag, was im Falle kriegerischer Ereignisse zu gegenseitigem Nutzen geschehen könnte, daß aber keine Anzeichen für das Bestehen eines förmlichen Militärabkommens vorliegen.

---

hebliche Fortschritte gemacht würden, dürften die Franzosen von einem englischen Expeditionskorps nicht viel erwarten. Zweitens erscheine es sehr fraglich, ob die Engländer sich dazu entschließen würden, im Falle eines Krieges ihre besten Truppen auf den Kontinent zu schicken und die Bewachung, nötigenfalls die Verteidigung der Heimat Territorialtruppen zu überlassen, deren militärische Leistungsfähigkeit zum mindesten zweifelhaft wäre." Hielt somit der Kollege des deutschen Militärattachés das Bestehen eines präzisen Militärabkommens für keineswegs sicher, so betonte er andererseits, daß in englischen Armeekreisen das englisch-französische Zusammenwirken im Falle eines Krieges gegen Deutschland als sicher angenommen werde. In seinen Unterhaltungen mit zahlreichen englischen Offizieren hatte er das Bestehen derartiger Auffassungen oft feststellen können. Auch die größeren Kavallerieübungen, die neuerdings in England vorgenommen wurden, galten nach ihm bei den englischen Offizieren lediglich als eine Vorbereitung für die Operationen auf dem Kontinent. Winterfeldt selbst erklärte in seinem Bericht, daß er die Darstellung seines Kollegen auf ihre Stichhaltigkeit nicht nachprüfen könne. „Ebenso bin ich nicht in der Lage, mit unwiderlegbarer Sicherheit zu erklären, ob und in welcher Form ein französisch-englisches Militärabkommen besteht. Daß die Franzosen großes Interesse daran haben, den Glauben an das Vorhandensein eines solchen Abkommens aufrecht zu erhalten, ist klar, und so wird auch hier bei jeder Gelegenheit der Gedanke der englisch-französischen Waffenbrüderschaft geflissentlich betont. Beispielsweise hat sich im Sommer 1909 eine ganze Anzahl französischer Journalisten und Militärschriftsteller, unter denen sich Herr Judet, die Generale Langlois und Bonnal sowie der Oberst Bousset befanden, nach England begeben, um sich von den Leistungen der englischen Territorialen zu überzeugen. Das Urteil der Besucher ist allerdings, wie ich seinerzeit berichtet habe, wenig enthusiastisch ausgefallen und ließ sich dahin zusammenfassen, daß die Engländer sehr viel leisten müßten, wenn sie als militärische Bundesgenossen ernst genommen werden sollten. Ebenfalls im Sommer 1909 wohnte eine größere Anzahl englischer Offiziere unter der Führung des Generals French in Uniform allerlei Übungen französischer Truppen bei, wobei von französischer Seite alles aufgeboten wurde, um die englischen ‚Waffenbrüder' auszuzeichnen. Zu den französischen Manövern erscheinen regelmäßig zahlreiche englische Offiziere, die zwar inkognito auftreten, aber vom hiesigen Kriegsministerium bereitwilligst mit cartes de circulation versehen und in der Truppe sehr kameradschaftlich aufgenommen werden. Zu erwähnen wäre schließlich noch, daß mein englischer Kollege [Oberst Fairholme] hier auffallend häufig im Kriegsministerium verkehrt, wobei allerdings eine Nuance bemerkbar ist, die vielleicht den Unterschied zwischen Alliance und entente cordiale charakterisiert, soweit militärische Dinge in Betracht kommen. Während nämlich der russische Militärattaché [Graf Nostiz] seine besonderen ‚Entrées' im Kriegsministerium hat und an den für die Militärattachés reservierten Besuchstagen niemals dort zu sehen ist, muß der Oberst Fairholme vorläufig noch ebenso wie wir gewöhnlichen Sterblichen im zweiten Bureau unserer amtlichen Auskunftsstelle antichambrieren."

Der vorliegende Bericht des Pariser Militärattachés Major von Winterfeldt wurde seinem Kollegen in London Major Ostertag zugefertigt. Dieser erstattete seinerseits am 25. Februar einen Bericht über das gleiche Thema, in dem es unter anderem hieß: „In dem erwähnten Berichte wird zunächst die Frage erörtert, ob zwischen den beiden Ländern ein bindendes Abkommen besteht oder nicht. Darauf ließe sich nach

Auch vom politischen Standpunkt aus möchte ich diese Auffassung für zutreffend halten. Es widerspricht den englischen politischen Gepflogenheiten, sich durch Abmachungen die Hände zu binden, die einem Bündnis ziemlich gleichkommen. Daß jedoch hohe militärische Autoritäten von beiden Seiten die Möglichkeit eines Zusammenwirkens

---

Ausspruch des Kriegsministers, Herrn Haldane, mit nein antworten. Denn er hat mir vor kurzem in einem Privatgespräch über die militärische Lage zu beiden Seiten des Kanals aus eigenem Antriebe wörtlich gesagt: ‚We have no alliance with France, there is nothing else than what everybody knows.' Der Kriegsminister wollte damit sagen, daß zwischen den beiden Ländern kein bindendes militärisches Abkommen besteht; dagegen setzte er als allgemein bekannt voraus, daß England ‚zur Erhaltung des europäischen Gleichgewichts' im Falle eines deutsch-französischen Konflikts eo ipso auf französischer Seite zu finden sein werde. Ähnlich hat sich Herr Haldane mir gegenüber bereits vor zwei Jahren ausgedrückt. Es sagte damals in annäherndem Wortlaut: ‚Ich glaube, daß Bereitschaft zum Kriege, das heißt für Sie Deutsche eine starke Armee und für uns eine ebensolche Flotte, die beste Friedensgarantie bietet. Aufrichtig glaube ich, daß augenblicklich (August 1909) die Verhältnisse recht gute sind, soweit die Erhaltung des Friedens in Frage kommt. Wir werden uns wohl nie schlagen, wenn Deutschland nicht etwa mit dem Säbel rasselt, gegen Frankreich vorgeht und so versucht, das europäische Gleichgewicht zu stören. In diesem Falle freilich befürchte ich, daß Sie uns Seite an Seite mit Frankreich finden würden.'"

Den Ansichten des in dem Winterfeldtschen Berichte genannten Militärattachés über ein eventuelles englisch-französisches Zusammenwirken pflichtete Major Ostertag durchaus bei. Dagegen widersprach er der Auffassung, daß die englische Feldarmee in ihrer kriegsmäßigen Ausbildung gegenüber anderen Armeen noch so weit zurück sei, daß die Franzosen von einem englischen Expeditionskorps nicht viel zu erwarten hätten. Entgegen dieser Auffassung bekannte er sich zu der Ansicht:

„1. daß die Engländer im Falle eines deutsch-französischen Krieges sich sehr leicht zum Mitgehen auf französischer Seite entschließen werden. Allein können sie schwerlich etwas gegen Deutschland unternehmen, mit Frankreich vereint bieten sich ihnen aber Chancen, den größten Rivalen auf allen Gebieten aktiv und vielleicht sogar erfolgreich zu bekämpfen;

2. daß mindestens vier englische Infanteriedivisionen und eine Kavalleriedivision überraschend schnell auf dem Kontinent auftreten würden. Große Feldherrntalente werden dabei wohl kaum entwickelt werden, aber die Truppen würden sich hervorragend schlagen und sich im taktischen Kampfe jedem gleichstarken Gegner gegenüber völlig ebenbürtig erweisen.

Sollte aber gleich am Anfang eines Krieges die englische Flotte die deutsche im Schach halten oder ganz beseitigen können und so die Invasionsgefahr herabmindern, dann würden wahrscheinlich fünf oder sogar sechs Infanteriedivisionen auf dem Kontinent gelandet werden. Dies auszuführen sind die Engländer heute schon in der Lage."

Am Schlusse seines Berichtes sprach Major Ostertag seine Überzeugung dahin aus, daß die ganze Ausbildung der englischen regulären Armee als eine Vorbereitung für die Operationen auf dem Kontinent gelten könne. In der Militärliteratur werde wohl geradezu offen ausgesprochen, man müsse die Gefechtsweise der einzelnen Waffen derart gestalten, daß sie sich mehr der französischen anpasse, und daß sie sich besser eigne, den Deutschen entgegenzutreten. „Kurz, Deutschland wird nicht nur in der englischen Armee, sondern auch im ganzen britischen Volke als der zurzeit gefährlichste mögliche Gegner angesehen. Wenn sich daraus auch noch nicht die Entwicklung oder das Bestehen von englischer Kriegslust folgern läßt, so ist doch festzustellen, daß die Engländer bemüht sind, sich für den Fall eines deutsch-französischen Krieges vorzubereiten, und daß sie auf die Möglichkeit eines Zusammengehens mit den Franzosen gefaßt sind."

der Streitkräfte unter bestimmten Voraussetzungen besprochen, ja vielleicht ihre Ansichten und Pläne schriftlich niedergelegt haben, liegt durchaus im Bereich der Wahrscheinlichkeit.

Die Äußerungen Herrn Pichons waren in sehr unbestimmte Form gekleidet. Der ganze Zusammenhang aber läßt keine andere Deutung zu, als daß der Minister das Bestehen militärischer Abmachungen mit England als einen Beweis für die Innigkeit der entente cordiale angesehen haben wollte. Er ist somit erheblich weiter gegangen als seinerzeit Herr Clemenceau, der auf eine Anfrage im Senat über eine Militärkonvention mit England antwortete, er wisse persönlich nichts davon.

Man kann nicht ohne weiteres sagen, daß es Herrn Pichon gelungen ist, mit seiner Andeutung militärischer Verabredungen die in letzter Zeit so vielfach hervorgetretenen Zweifel an dem Werte der entente cordiale völlig zu beschwichtigen. Er hatte zwar im Senat einen starken persönlichen Erfolg, doch ist dieser wohl weniger auf das Konto jener Andeutungen zu setzen wie als Anerkennung seines gegen früher weit tatkräftigeren Auftretens und namentlich seines Abschüttelns von Tardieu aufzufassen. Letzterer fühlt sich indessen nicht widerlegt und setzt, wenn er auch die heikle Frage militärischer Abmachungen mit England nicht weiter verfolgt, seine skeptischen Erörterungen über die praktische Wirksamkeit der Tripelentente fort. Die übrige Presse geht dem Thema aus dem Weg und beschränkt sich auf den Hinweis, daß Herr Asquith die Erklärungen Herrn Pichons vollinhaltlich bestätigt habe.

In den Kreisen, die Herrn Pichon nicht wohlgesinnt sind, werden seine Äußerungen im Senat vielfach als gewagter „Bluff" bezeichnet. Auch bei den Diplomaten, soweit sie nicht der Tripelentente zugehören, herrscht diese Auffassung vor.

v. Schoen

Nr. 10521

Der Botschafter in London Graf von Metternich an den Reichskanzler von Bethmann Hollweg

Ausfertigung

Nr. 129 London, den 7. Februar 1911

Wenn französische Minister sich in ihrer Stellung bedroht fühlen, werden sie mitunter indiskret und daher interessant. So zum Beispiel Herr Pichon in seiner letzten Rede und in seinem Kampf gegen den Tardieuschen Einfluß. Die Beteuerungen, daß der treue Verbündete ihn von allem, was in der letzten Zeit vorgegangen sei, im voraus und im einzelnen genau unterrichtet habe, ist cum grano salis zu nehmen. Zu dem Ausdruck des Bedauerns, daß die französisch-englischen Be-

sprechungen über militärische Fragen aufgehört hätten, rief er: „Was wissen Sie davon? Die Politik wird nicht auf dem Marktplatz verhandelt."

Es ist mir hier seinerzeit von dem Kriegsminister und von dem Minister des Äußern auf das entschiedenste verneint worden, daß amtliche Besprechungen zwischen der französischen und englischen Regierung über militärische Fragen, wie das Zusammenwirken beider Armeen in bestimmten Fällen, stattgefunden haben*. Wenn auch diesen Versicherungen dem Buchstaben nach Glauben geschenkt werden mag, so bleibt doch nicht unwiderlegt, daß unverbindliche, aber die Franzosen erfreuende Besprechungen über die Aufgaben der englischen Armee in einem kontinentalen Kriege zwischen General French anläßlich seiner gefeierten Anwesenheit bei den französischen Manövern und dem französischen Generalstabschef** seinerzeit vielleicht stattgefunden haben. Feste Vereinbarungen bestehen meiner Ansicht nach nicht, wohl aber ein unverbindlicher Gedankenaustausch zwischen General French und den französischen Befehlshabern. Ich möchte aber trotz des Zurufs des französischen Ministers, der sich seiner Haut wehrt, stark bezweifeln, daß in der letzten Zeit derartige Besprechungen fortgesetzt worden sind. Infolge der Erregung und der Unsicherheit, die die französischen Politiker infolge der deutsch-russischen Verhandlungen ergriffen hat, wird, besonders in Frankreich, umso lauter betont, daß die Entente inniger als je sei. Dieser französischen Stimmung trug auch der englische Premierminister in der gestrigen Debatte über die Thronrede, als er kurz die auswärtige Politik berührte, einigermaßen Rechnung. Er schickte aber zugleich vorauf, daß die internationalen Freundschaften, welche England geschlossen habe, nicht exklusiver Natur seien und keine feindlichen Tendenzen verfolgten.

Die englische Politik steht jetzt vor der schwierigen Probe, die Franzosen warm zu halten und sich doch zugleich uns zu nähern[1]. Irgend ein sichtbares Zeichen, daß die Entente noch lebendig sei, werden die Franzosen von ihren englischen Freunden — vielleicht in der Türkei — wohl fordern.

P. Metternich

Randbemerkung Kaiser Wilhelms II.:
[1] Quadratur des Circels geht eben nicht!

* Vgl. Bd. XXI, Kap. CLV, Nr. 7205.
** General Laffon de Ladébat.

Kapitel CCXXVII

Der Französische Zug nach Fes
März bis Juni 1911

Nr. 10522

Der Gesandte in Tanger Freiherr von Seckendorff an den Reichskanzler von Bethmann Hollweg

Ausfertigung

Nr. A 49 Tanger, den 17. Februar 1911

Wie in der Schauïa, wo die französischen Militärbehörden nach den Meldungen des Kaiserlichen Konsuls Maenß in der rigorosesten Weise und mit Umgehung aller bestehenden Bestimmungen in ihren Französierungsbestrebungen vorgehen, sodaß man sich schon heute in Casablanca des Gefühles nicht mehr erwehren kann, in einer rein französischen Kolonie zu leben, so werden jetzt auch die übrigen an der atlantischen Küste gelegenen Häfen zum Zielpunkte der Begehrlichkeit unserer westlichen Nachbarn. So meldet der Kaiserliche Vizekonsul in Masagan* in einem Berichte vom Anfange dieses Monats, daß neuerdings wieder eine größere Anzahl französischer Staatsangehöriger in öffentlichen Ämtern dort eingetroffen seien, um bei einem französischerseits bereits beschlossenen (sic!) Hafenbau, bei der Contrôle de la Dette, dem Telegraphen, im Schulfache und in anderen öffentlichen Branchen Verwendung zu finden. Niemals seien derartige öffentliche Stellen von Angehörigen irgend einer anderen Nationalität zu erlangen, so daß Masagan schon jetzt als Posten internationalen Wettbewerbs nicht mehr in Betracht käme.

Ähnlich lauten die Nachrichten aus allen Teilen des Landes; übereinstimmend in diesem Sinne schreiben Beamte, Kaufleute und Industrielle, und selbst Leute von dem intellektuellen Verständnisse undWeitblicke eines Dr. Lauter** müssen heute nolens volens zugeben, daß der Begriff der wirtschaftlichen Interessen, der für unsere Gegensätzlichkeit zu den Franzosen die Demarkationslinie bilden sollte, von Tag zu Tag schwankender wird, weil ja auch die unzweifelhaftesten politischen Gebiete, wie Polizei, Gerichtsbarkeit und Steuern, tief in das Wirtschaftliche eingreifen. Unter diesen Verhältnissen muß es natürlich schwer sein, sich gegenseitig nicht ins Gehege zu kommen; doch werden in der Praxis etwa auftauchende Schwierigkeiten bei etwas gutem Willen auch ohne Aufgeben erworbener Rechte am richtigsten hier in Tanger ihre Erledigung finden können.

* Dannenberg.

** Direktor der Hafenbaufirma Renschhausen.

Meinerseits soll auf jeden Fall nichts unversucht bleiben, um die bisherigen freundschaftlichen Beziehungen zu meinem hiesigen französischen Kollegen und den sonstigen in Betracht kommenden maßgebenden Persönlichkeiten der pénétration pacifique entsprechend weiterzupflegen und mir dadurch diejenigen grundlegenden Bedingungen zu schaffen, die ich für die Pflege des Restes von Interessen, die mir verbleiben, benötige.

v. Seckendorff

Nr. 10523

Der Botschafter in Paris Freiherr von Schoen an den Reichskanzler von Bethmann Hollweg

Ausfertigung

Nr. 130 Paris, den 23. Februar 1911

Ich habe Herrn Pichon gesprächsweise gefragt, was an den Zeitungsnachrichten über Entsendung von Verstärkungen für die Besatzungstruppen in der Schauïa und eine Strafexpedition in die Gegend, wo kürzlich ein Überfall auf eine französische Kolonne vorgekommen, richtig sei.

Der Minister erwiderte, an eine größere Expedition werde nicht gedacht. Der Befehlshaber der Besatzungstruppen General Moinier habe aber erklärt, mit den ihm jetzt zur Verfügung stehenden Kräften eine Sicherung gegen den Stamm, dem jener Überfall zur Last falle, nicht durchführen zu können. Gewisse Strafmaßregeln gegen diese Räuber, denen zwei französische Offiziere zum Opfer gefallen, seien unerläßlich. Er, Herr Pichon, persönlich sei allerdings, wie er nicht verhehle, nach wie vor ein Gegner schroffer Maßregeln und würde am liebsten sehen, wenn von der Entsendung von Verstärkungen Abstand genommen werden könnte[1].*

v. Schoen

Randbemerkung von Kiderlens:
[1] Wind!

* Schon tags darauf demissionierte das Kabinett Briand. In dem am 1. März gebildeten Kabinett Monis übernahm der frühere Handelsminister im Kabinett Clemenceau Cruppi das Äußere. Seine eigentliche Signatur erhielt das neue Kabinett durch den Wiedereintritt Delcassés, wenn auch nur als Marineminister. Zwar beeilte sich der Konseilpräsident Monis, dem deutschen Botschafter Freiherrn von Schoen gegenüber sich für die Friedfertigkeit Delcassés zu verbürgen: „Er habe Delcassé in sein Kabinett aufgenommen, weil dieser durch seine namhaften Verdienste um Marine und große Sachkenntnis nicht zu umgehen war. Delcassé habe fest versprochen, sich nicht in äußere Politik einzumischen, denke übrigens über die Lage heute auch anders wie vor Jahren. Er und Cruppi verbürgten sich dafür, daß Delcassé keinen unheilvollen Einfluß ausübe." Telegramm Freiherrn von Schoens Nr. 59 vom 4. März 1911. In Berlin brachte man solchen Versicherungen, wie der dortige belgische Gesandte Baron Greindl in seinem Bericht vom 3. März 1911 (Belgische Aktenstücke 1895—1914, S. 74f.) meldet, starke Skepsis entgegen. Baron Greindl selbst zeigt sich überzeugt,

Nr. 10524

Der Gesandte in Tanger Freiherr von Seckendorff an den Reichskanzler von Bethmann Hollweg

Ausfertigung

Nr. A 62 Tanger, den 6. März 1911

Aus Fes sind in den letzten Tagen alarmierende Nachrichten über den plötzlichen Ausbruch von Unruhen in den die marokkanische Hauptstadt umgebenden weiteren Bezirken hier eingelaufen. Diesen Unruhen scheinen verschiedene Vorfälle zugrunde zu liegen. Nach eigenem Zugeständnisse der heute erschienenen „Dépêche Marocaine" spielen zwei Umstände eine Hauptrolle in der plötzlichen Empörung der in Frage kommenden Stämme:

1) die fiskalischen Forderungen des Großwesirs Sid Madani Glaui und
2) der Versuch des Machsen, durch Organisierung einer kleinen regulären Truppe seine Autorität fühlbar zu machen.

Nichtsdestoweniger kann man in der Annahme nicht fehlgehen, daß die Hauptursache der Unruhen in dem vor einiger Zeit vom Kommandanten Mangin, dem Leiter der französischen Militärmission in Fes, dem Sultan zudiktierten neuen Militärreglement zu sehen ist, demzufolge vor einiger Zeit zwei marokkanische Soldaten wegen Desertion mit der

---

daß der Eintritt Delcassés in das Ministerium die Leitung der auswärtigen Politik durch ihn bedeute: „M. Delcassé n'a pas à s'en occuper officiellement d'une manière directe, mais il est trop ambitieux et trop remuant pour ne pas s'efforcer d'inculquer ses idées à ses collègues." Ganz ähnlich urteilt der russische Botschafter in Paris Iswolsky am 14. März 1911: Der diplomatische Schriftwechsel Iswolskis 1911—1914, ed. Fr. Stieve I, 41. Delcassés eigene Äußerungen zu dem russischen Botschafter Iswolsky vom 3. März atmen auch keineswegs den Geist der Zurückhaltung: „Außerdem hat Delcassé mir erklärt, daß sein Eintritt in das Ministerium eine Garantie für die besondere Sorgfalt bedeutet, die man auf die militärische Kraft Frankreichs verwenden werde. Seine nächste Aufgabe sei die Schaffung einer starken Flotte, und er hofft, nicht später als im August oder September über sechs neue Panzerschiffe verfügen zu können. Er bürgt auch dafür, daß das neue Kabinett hinsichtlich der Landarmee seine Anstrengungen verdoppeln wird. Obwohl er durchaus nicht die Absicht hat, die Kompetenz seines Ressorts zu überschreiten und Mißtrauen bei Deutschland zu erwecken, versicherte er mich seiner Bereitschaft, mit allen Mitteln die Beziehungen zwischen Frankreich und Rußland möglichst eng zu gestalten, und bat mich, seine Gefühle aufrichtiger Ergebenheit für Rußland Seiner Majestät dem Kaiser zu Füßen zu legen. Delcassé verließ mich, um dem deutschen Botschafter einen Besuch abzustatten." Iswolsky an Sasonow, 3. März 1911, Der diplomatische Schriftwechsel Iswolskis 1911—1914, ed. Fr. Stieve I, 39.
Ein eigenes Zusammentreffen hat es gewollt, daß der Wiedereintritt Delcassés in das französische Ministerium zeitlich zusammenfällt mit der neuen Aktion Frankreichs in Marokko, aus der sich die zweite deutsch-französische Marokkokrise ergab.

Waffe öffentlich in Fes hingerichtet worden sind*. Der Unwille der gesamten marokkanischen Bevölkerung über die Verhängung der Todesstrafe gegen Gläubige auf Grund eines von einem französischen Offizier erlassenen Reglements war sofort überall zu merken, und jedem Kenner der marokkanischen Verhältnisse mußten die jetzt ausgebrochenen Unruhen nicht unerwartet kommen.

Die regierungsfeindliche Bewegung hat zunächst in der Gegend von Meknes begonnen. Die Berberstämme der Beni Mtir, Beni Mgild, Semmur und Geruan haben in einer von ihnen abgehaltenen Versammlung ihrem Ärger über die „Verchristlichung" der Armee Luft gemacht und beschlossen, ihre lokalen Streitigkeiten ruhen zu lassen, um mit vereinten Kräften dem Machsen Widerstand zu leisten. Es folgten sodann ähnliche Gruppierungen zwischen dem Haiainastamme und den bei Tasa befindlichen Stämmen einerseits und den westlich von Fes hausenden Stämmen der Scherarda und Beni Ahssen andererseits. Im Süden jenseits Sefru haben ein paar Dörfer der Aït Jussi einen Kaid erschossen.

Während der Sultan die Erregung unter den anderen Stämmen gleichmütig hingenommen hatte und sich nur sorgfältig über ihr Treiben auf dem laufenden hielt, nahm er die Vorgänge in Scherarda ernster, weil der Stamm auf dem Hauptwege nach Tanger liegt, der nicht mehr für sicher galt. Auf Befehl des Sultans brach am 28. Februar von Fes eine aus etwa 2500 Mann bestehende Kolonne unter Führung des Kriegsministers und des Kommandanten Mangin mit 53 Maschinengewehren und Geschützen auf dem nördlichen Weg von Fes nach Scherarda auf. Gegen die Entsendung dieser militärischen Expedition hatte sich Kommandant Mangin zuerst widersetzt und sich hinter seinen Instruktionen verschanzt. Durch Vermittelung des französischen Konsuls in Fes** gelang es jedoch dem Sultan, ihn umzustimmen. Der größere Teil der französischen Instrukteure ist mit ins Feld gezogen. Bei den französischen Offizieren besteht die Absicht, der Expedition einen möglichst zivilisierten Anstrich zu geben und unnötiges Blutvergießen und Bombardieren zu vermeiden und zu verhüten. Sie würden eine sich etwa bietende Gelegenheit ergreifen, zwischen Regierung und Stamm zu vermitteln.

In Fes sind nach Abzug der erwähnten Mahalla nur ein paar hundert Mann geblieben. In einem Berichte vom 27. vorigen Monats glaubte Dr. Vassel, daß sie zur Aufrechterhaltung der Ordnung genügen würden. In einem zweiten Berichte vom 1. dieses Monats teilte mir Dr. Vassel nachstehendes mit:

„Die Expeditionskolonne hat gestern zwei Stunden von Fes am Wad El-Araïsch (Apbat-l-Msajin) Lager bezogen. Nach den letzten Nach-

---

* Vgl. auch Nr. 10549.

** Gaillard.

richten war sie bis heute mittag von dort noch nicht aufgebrochen. Gestern abend und heute früh laufen von vielen Seiten zugleich Nachrichten ein über Störung der öffentlichen Ordnung, Überfälle auf Karawanen, Plünderung von Farmen, Fehden zwischen Dörfern. Man kann daraus entnehmen, daß der Weg nach Meknes und die gewöhnliche Karawanenstraße von hier nach Rabat und von hier über Mikkes, Beni Ammar bis an den Sebu unsicher ist. Der Weg von Fes über Hajra Scherifa und Ulad Aïssa nach Alkassar ist offen.

Die Bewegung richtet sich, wie ich von verschiedenen Seiten höre, gegen Sultan und Glaui, nicht gegen die christlichen und maurischen Kaufleute. Der einzige Christ, gegen den sich der Unwille der Bevölkerung richtet, ist der Major Mangin. Man trägt ihm persönlich die Hinrichtung der beiden Askar nach, von der ich seinerzeit berichtete. Ich erlebe hier in Fes nun schon zum fünften Male diese Anarchie und glaube daher nicht, daß viel Gefahr dahinter steckt. Allerdings ist diesmal größere Vorsicht geboten, weil der Machsen heute nicht mehr Herr im eigenen Hause ist und bei Anwendung der landesüblichen Beruhigungsmittel daher vielfach behindert ist."

In einem weiteren Berichte vom 2. dieses Monats meldet Dr. Vassel folgendes:

„Der deutsche Postbote, der Fes am 1. früh mit der am 28. Februar abgeschlossenen Post verlassen hat, ist am 1. um 2 Uhr nachmittags am Sebu (Sonnabendmarkt der Udaya) von aufständigen Scherarda und Udaya angehalten und seines Postsackes beraubt worden. Zugleich wurde der englische Postbote dort ausgeraubt. Wenig später wurde an der gleichen Stelle der deutsche und der englische Postbote ausgeraubt, die Alkassar am 27. Februar früh verlassen hatten. Ein großer Teil ihrer Briefschaften ist verloren. An amtlichen Schriftstücken erhielt ich mit dieser Post den Erlaß Euer Hochwohlgeboren Nr. 19 A. 172 vom 23. vorigen Monats. Die entsprechenden französischen Posten scheinen durchgekommen zu sein, weil sie beschleunigt gingen und daher die gefährliche Stelle zur Nacht passierten.

Dort am Sebu hat sich auf die Nachricht, daß der Sultan eine Askararmee aussenden werde, um die Scherarda zu züchtigen, ein großes Aufständigenlager gebildet, das von Sidi Malek bis zum Sibt Ludaya reichen soll. Die Hauptmasse bilden Scherarda und Udaya, aber auch die Hejaua haben ein starkes Kontingent gestellt, nachdem sie auf ihrem Territorium, das vom Großwesir Glaui verwaltet wurde, alles geplündert haben, was zum Großwesir gehörte. Wie die Kuriere, die soeben hereingekommen sind, erzählen, erwarten die Aufständigen Zuzug von Beni Mtir, Geruan und anderen Stämmen. Sie hatten die feste Absicht, die Askararmee anzugreifen. Vermutlich ist es heut schon zu Zusammenstößen gekommen. Fes ist ruhig, aber die Bevölkerung steht mit dem Herzen auf Seiten der Aufrührer. Nach Äußerungen, die zu den Kurieren gemacht wurden, nimmt die Bewegung einen christenfeind-

lichen Charakter an. Dem einen Boten wollte man sogar ans Leben, weil er ein Bote für die Christen sei.

Wahrscheinlich ist jetzt der Weg und Botenverkehr nach Tanger gänzlich abgeschnitten. Ich überreiche Ew. Hochwohlgeboren anbei Abschriften meiner Berichte, die wahrscheinlich verloren sind. Dieser Bericht geht mit einem Eilboten, dem von der Post eine Prämie versprochen wird, wenn er ihn richtig abliefert. Er hat Order, über Hajra Scherifa am Sebu und Ulad Aïssa zu gehen, wo er an unsere Schutzfreunde Hmed-Ben-Scherqi, seinen Sohn Mohammed und seinen Bruder Ali empfohlen wird, die ihm weiter helfen sollen. Auf gleichem Wege bitte ich mir Erlasse zukommen zu lassen, doch ist unbedingt erforderlich, daß die Kuriere keinen Postmantel, keine Postschekara und keine umfangreichen Briefbeutel tragen."

Der Kaiserliche Konsul fügt hinzu, daß es vorläufig nicht abzusehen ist, ob für die Deutschen in Fes Gefahr erwachsen wird. Zurzeit sei es nicht schlimmer, als in Bu-Hamaras Zeiten, aber eine Niederlage der Armee des Major Mangin, dessen Titel „Kumandar" zu einer aufreizenden Vokabel von unglaublicher agitatorischer Gewalt geworden sei, seit er die beiden Askar hat hinrichten lassen, würde eine schlimme Lage heraufführen.

v. Seckendorff

Nr. 10525

Der Gesandte in Tanger Freiherr von Seckendorff an das Auswärtige Amt

Telegramm. Entzifferung

Nr. 31 Tanger, den 30. März 1911

Von hiesigen Journalisten verbreitete Alarmnachrichten über Verschlimmerung der Lage in Fes erscheinen unbegründet. Berichterstattung des Dr. Vassel bis 24. März betont, daß vorläufig keinerlei Grund zu Befürchtungen vorliege.

Seckendorff

Nr. 10526

*Der französische Botschafter in Berlin Jules Cambon an den Staatssekretär des Auswärtigen Amtes von Kiderlen**

Eigenhändig

Berlin, le 5 avril 1911

Pour bien préciser la conversation que j'ai eu l'honneur d'avoir hier avec vous**, je crois à propos de vous en confirmer les termes.

Ainsi que je vous en ai informé, les renseignements parvenus à

* Bereits veröffentlicht im französischen Gelbbuch: Affaires du Maroc VI, p. 19 075.
** Vgl. dazu auch den Bericht vom 5. April 1911, den Cambon über seine Unterredung mit Kiderlen vom Tage zuvor erstattete. Französisches Gelbbuch: Affaires du Maroc VI, p. 179 s.

mon Gouvernement avant mon départ de Paris, étaient extrêmement menaçants pour la sûreté des Européens résidant à Fez. Le Corps consulaire pensait cependant qu'il n'y avait pas lieu pour ses ressortissants de quitter cette ville, d'autant plus que l'état d'effervescence régnant parmi les populations qui l'entourent, ne permettait pas de voir sans appréhension le départ des Européens et leur voyage au travers du pays insurgé. — Il n'en est pas moins vrai que Fez semble pouvoir être investi d'un moment à l'autre, et les ressources qui s'y trouvent n'autorisent pas à compter sur une résistance indéfinie.

D'autre part, le Maghzen est devenu manifestement impuissant à punir, comme il l'avait promis, la tribu des Zaers qui a assassiné, il y a quelque temps, le capitaine Marchand*.

Dans ces conditions, il y aura lieu pour nous de punir cette tribu par nos propres moyens. Pour le faire, il sera probablement nécessaire d'occuper Rabat où les Zaers s'approvisionnent et qui est situé à quelques kilomètres de notre dernier poste dans la Chaouïa. — Il serait donc possible que nous fussions amenés à occuper ce point et à y attendre la suite des événements afin d'être en mesure de faciliter, au besoin par l'envoi d'une colonne, le départ des Européens de Fez.

Je n'ai pas besoin d'ajouter que le Gouvernement de la République n'a pas d'autre souci que d'assurer la sécurité de ces Européens et d'éviter des catastrophes qui pourraient avoir des conséquences plus graves. — Il n'agira donc, s'il agit, que sous la pression de la plus extrême nécessité, et son action, conservatrice de la souveraineté du Sultan, s'exercera dans l'esprit de l'acte d'Algésiras.

J'ai été chargé par M. Cruppi de vous prévenir de ses préoccupations et de ses intentions, qui dépendent absolument des circonstances, — et de vous adresser en même temps ses meilleurs compliments.

Jules Cambon

Nr. 10527

*Der Staatssekretär des Auswärtigen Amtes von Kiderlen an den französischen Botschafter in Berlin Jules Cambon***

Unsigniertes Konzept

Berlin, le 7 avril 1911

Je m'empresse de vous accuser réception de votre lettre du

---

* Mitte Januar war eine französische Abteilung unter Leutnant Marchand von marokkanischen Stämmen der Ostschauia in einen Hinterhalt gelockt und zum größten Teil ermordet worden.

** Nach eigenhändiger Notiz Kiderlens „Herrn Cambon am 8. April behändigt". Bereits veröffentlicht im französischen Gelbbuch Affaires du Maroc VI, p. 195. Vgl. auch Cambons Aufzeichnungen vom 6. und 8. April sowie seine Berichte vom 8. und 9. April. Französisches Gelbbuch: Affaires du Maroc VI, p. 185, 189 s., 191 ss. und Cambons Brief an Außenminister Cruppi vom 9. April, J. Caillaux, Agadir, Ma po-

5 ct.*, par laquelle vous avez bien voulu me confirmer notre conversation relative aux affaires du Maroc.

Le Gouvernement Impérial comprend parfaitement bien les inquiétudes du Gouvernement de la République à l'égard du sort des Européens à Fez. Heureusement les dernières nouvelles sur la situation à l'intérieur du Maroc sont meilleures et il n'y a, paraît-il, pas de danger imminent.

Vous avez bien voulu me parler, dans votre lettre, de l'idée d'une occupation temporaire de Rabat par des troupes françaises, une pareille occupation devant faciliter une expédition pour venir au secours des colonies à Fez. Je ne saurais cependant vous cacher qu'il est à craindre que cette mesure ne soit mal vue par l'opinion publique en Allemagne. L'occupation par la France d'un deuxième port important, à côté de celui de Casablanca, serait considérée comme une étape vers l'élimination de la convention d'Algésiras, puisque tout est calme, en ce moment, à Rabat et que l'occupation de cette ville n'aurait qu'un but indirect.

Je crains que cette occupation au lieu d'apaiser les esprits, n'excite les passions de part et d'autre, et ne soit au Maroc même une cause d'excitation et de troubles. Il n'est pas besoin de rappeler ce qui s'est passé après l'occupation de Casablanca.

Votre Excellence connaît assez bien la situation en Allemagne pour savoir et comprendre mon désir d'éviter toute excitation de l'opinion publique dans les affaires du Maroc. Elles pourront, selon moi, toujours être arrangées d'une manière satisfaisante pour les intérêts de nos deux pays en tant qu'elles seront traitées entre les deux Gouvernements, et qu'elles ne font pas l'objet de disputes dans la presse.

J'espère que le Gouvernement de la République prendra cet état de choses en considération, et ne procédera à un acte d'occupation militaire au Maroc qu'au dernier moment de nécessité.

---

litique extérieure, (10 mille), p. 257ss. Aus diesem Briefe Cambons ergibt sich, daß der Botschafter die Bedeutung der Kiderlenschen Eröffnungen voll erfaßt hatte. Er schreibt wörtlich: „Je serais assez satisfait de la conclusion de cette négociation si elle n'apparaissait pas manifestement aux yeux du Secrétaire d'Etat comme l'occasion de rouvrir la question du Maroc, en mettant en doute la valeur de l'acte d'Algésiras. — Sur ce point, il est assuré de trouver dans les mauvaises humeurs de l'Espagne une complicité dangereuse et il voudrait en finir avec l'indépendance du Maroc si nous abandonnons à l'Allemagne un port sur l'Atlantique. Il nous donnera à cette condition tout ce que nous voudrons, mais c'est justementt cette condition si dangereuse pour nous dont l'Angleterre ne veut à aucun prix . . . Il est bien clair que le Gouvernement allemand n'a encore rien demandé: officiellement il se pose toujours en défenseur de l'acte d'Algésiras, mais les propos que m'a tenus M. de Kiderlen, les conversations qu'il a avec l'ambassadeur d'Espagne et la campagne qui commence dans la presse allemande sont des indices suffisants de la direction de sa pensée." Diese Auslassungen Cambons, in denen zum erstenmal der Gedanke auftaucht, ganz Marokko auf dem Wege einer Deutschland anzubietenden Entschädigung unter die französische Herrschaft zu bringen, sind von besonderer Wichtigkeit, weil sie zeigen, welches Vorstadium der Kompensationsgedanke durchlaufen hat.

* Siehe Nr. 10526.

Si à la suite d'une aggravation, pas à prévoir pour le moment, le Gouvernement Français croyait indispensable une action en faveur des colonies Européennes à Fez le Gouvernement Impérial serait tout disposé à entrer avec le Gouvernement Français dans un échange de vue sur les mesures que celui-ci jugerait alors devoir prendre.

Nr. 10528

Der Geschäftsträger in London von Kühlmann an den Reichskanzler von Bethmann Hollweg

Ausfertigung

Nr. 328 London, den 11. April 1911

Der „Daily Graphic" weist heute an leitender Stelle darauf hin, daß die politische Lage in Marokko in ein kritisches Stadium eingetreten sei. Frankreichs militärische Intervention in Fes stehe unmittelbar bevor. Es sei jedoch zweifelhaft, ob die Lage in Europa einen so großen Aufwand von Kräften und Geldmitteln seitens Frankreichs rechtfertige. Erst vor kurzem noch hätten die leitenden Organe der französischen Presse Rußland beschworen, sich nicht in ein Abenteuer mit China einzulassen, da durch ein solches Vorgehen die Aufrechterhaltung des politischen Gleichgewichts unter den europäischen Mächten gefährdet würde.

Dies würde jedoch ebenso der Fall sein, wenn Frankreich sich jetzt dazu entschlösse, in Marokko militärisch vorzugehen.

R. v. Kühlmann

Nr. 10529

Der Botschafter in Paris Freiherr von Schoen an das Auswärtige Amt

Telegramm. Entzifferung

Nr. 97 Paris, den 15. April 1911

Nach neuesten amtlichen Nachrichten Lage Fes besser. Herr Cruppi sagt mir, er hoffe zuversichtlich, daß Frankreich keine Veranlassung haben werde, weitere Maßnahmen zu ergreifen als bisher, das heißt Unterstützung des Sultans zur Unterhaltung der Mahalla. Aber auch dann, wenn etwa weiteres Eingreifen nötig werden sollte, werde Frankreich Algecirasakte durchaus treu bleiben.

Schoen

Nr. 10530

Der Gesandte in Tanger Freiherr von Seckendorff an den Reichskanzler von Bethmann Hollweg

Ausfertigung

Nr. A 98 Tanger, den 10. April 1911

Die zur Lage in Fes hier vorliegenden europäischen Preßstimmen, insbesondere die aus der Luft gegriffenen Schilderungen aus französischen und spanischen Zeitungen, lassen keinen Zweifel darüber, daß es sich bei denselben größtenteils um Tendenzmanöver handelt, die bezwecken, die öffentliche Meinung irrezuführen, respektive unnötig zu erregen. Noch in keinem Stadium der seit Wochen über das Land hereingebrochenen Unruhen war die Lage eine derartige, die auf eine Gefährdung der Europäer in Fes hätte schließen lassen. Wenn derartige Befürchtungen in der französischen und spanischen Presse dennoch wiederholt Ausdruck gefunden haben, so geschah dies, wie gesagt, mit der unzweideutigen Absicht, um eventuellen Interventionsgelüsten der genannten beiden Staaten[1] freie Bahn zu schaffen.* In keinem der hier eingegangenen Berichte des Kaiserlichen Konsuls in Fes ist von irgend welcher Gefahr für die dort ansässigen Fremden die Rede, und auch die hier lebenden Kenner marokkanischer Verhältnisse sind im großen und ganzen der Meinung, daß die in die Erscheinung getretenen Unruhen aus örtlichen Stimmungen und Meinungsverschiedenheiten zwischen den einheimischen Stämmen hervorgegangen sind, jedoch absolut keinen christenfeindlichen Charakter tragen. Daß die fortgesetzten Scharmützel zwischen den Aufständischen und den Sultanstruppen schließlich aber doch zu Reibereien und Unzuträglichkeiten in der Hauptstadt führen können, und daß die dort lebenden Europäer in gewisser Beziehung darunter zu leiden haben werden, liegt auf der Hand, und deshalb muß es mit Freude begrüßt werden, daß sich nach den neusten vorliegenden Nachrichten die allgemeine Lage eher gebessert, nicht aber verschlechtert hat. Dabei muß bemerkt werden, daß sich der Endausgang des Kampfes um die Vorherrschaft in der Regierungsgewalt schwer voraussagen läßt. Während ich im Laufe des gestrigen Tages melden konnte, daß die Lage in Fes eine durchaus ruhige war,

* Die gleiche Auffassung tritt in den Berichten des belgischen Gesandten in Tanger Garnier-Heldewier zutage. Nach einem Bericht vom 15. April (Zur Europäischen Politik 1897—1914, ed. B. Schwertfeger III, 231 ff.) wäre die Situation in Fes keineswegs als ernst zu betrachten; die Unruhen, die namentlich von der französischen Presse über Gebühr aufgebauscht würden, „cesseront d'eux-mêmes et auront servi à la France à étendre un peu plus loin son influence". Derselbe Bericht schildert die französische „pénétration pacifique" in Marokko in lebhaften Farben: nicht bloß das Militär und die auswärtige Politik des Scherifenreichs sei französiert, sondern auch das Zollwesen, die öffentlichen Arbeiten, der Anleihedienst, das Telegraphenwesen und ein großer Teil der Bergwerke. „Lentement, mais sûrement, la France poursuit son travail d'absorption, à peu de frais, et sans devoir verser le sang de ses soldats."

und daß eine gewisse Neigung vorhanden zu sein schien, sich zu einigen, berichtet Dr. Vassel unter dem 3. dieses Monats von einem am 2. dieses Monats stattgefundenen Angriffe der Beni Mtir auf Fes, der von den Sultanstruppen erfolgreich zurückgeschlagen worden ist. Von französischer Seite wurden die hierbei in Aktion getretenen Aufständischen auf 3500 geschätzt. Dieselben gerieten bei Verfolgung eines fingierten Rückzuges der Sultanstruppen in einen Hinterhalt und mußten mit beträchtlichen Verlusten das Feld räumen. In der Hauptstadt war es infolge dieses Kampfes wieder zu einer kleinen Panik gekommen, die jedoch von keiner Seite zu Putschen irgend welcher Art ausgebeutet wurde.

v. Seckendorff

Randbemerkung Kaiser Wilhelms II.:
[1] Ausserhalb des Rahmens der Algeciras Acte

Nr. 10531

Der Gesandte in Tanger Freiherr von Seckendorff an das Auswärtige Amt

Telegramm. Entzifferung

Nr. 45 Tanger, den 16. April 1911

Lage in Fes am 9. beruhigend. Ein Angriff von Süden zurückgeschlagen; Haiaina, Semmur und Beni Mgild vorläufig neutral, die Verhandlungen mit Beni Mtir dauerten fort. In Meknes herrschte Ordnung.

„Dépêche Marocaine" meldet heute beabsichtigtes offensives Vorgehen der Sultanstruppen.

Seckendorff

Nr. 10532

Aufzeichnung des Stellvertretenden Staatssekretärs des Auswärtigen Amtes Zimmermann

Eigenhändig

Berlin, den 17. April 1911

Der französische Botschafter teilt mir soeben im Auftrage seiner Regierung mit*, daß in Paris sehr beunruhigende Nachrichten aus Fes vorliegen. Die Sultansmahalla habe sich auf Fes zurückziehen müssen und leide unter Munitionsmangel, Raisuli, der bisher zum Sultan gehalten habe, sei unzuverlässig geworden. Die französische Regierung habe sich daher dazu entschlossen, drei weitere Bataillone nach Casablanca zu entsenden**, um für alle Fälle die nötigen Truppen zum

---

* Vgl. dazu auch die Meldung Cambons vom 17. April im französischen Gelbbuch: Affaires du Maroc VI, p. 207.
** Schon am 14. März hatte Botschafter Cambon in einer Note der deutschen Regierung

Schutze von Leben und Eigentum der Fremdenbevölkerung in Marokko bei der Hand zu haben.

Ich erwiderte Herrn Cambon unter Verwertung von A 6248*, daß nach einer heute eingegangenen telegraphischen Meldung des Kaiserlichen Gesandten in Tanger die Lage in Fes zu Sorgen keinerlei Anlaß gäbe. Es sei daher ernstlich zu hoffen, daß militärische Maßnahmen Frankreichs im Innern Marokkos, die unsere öffentliche Meinung sehr erregen würden, nicht in Betracht kommen würden.

Herr Cambon versicherte darauf ausdrücklich, daß derartige Operationen vorläufig nicht in Frage ständen, daß die französischen Truppen vielmehr ruhig in Casablanca verbleiben würden.

Zimmermann

Nr. 10533

Der Gesandte in Tanger Freiherr von Seckendorff an das Auswärtige Amt

Telegramm. Entzifferung

Nr. 47 Tanger, den 18. April 1911

Französische Gesandtschaft hat Nachrichten aus Fes vom 13. erhalten, wonach Fes vollkommen umzingelt sei. Am 12. erfolgter Angriff auf Fes zurückgeschlagen. Die Scherarda-Mahalla unter Kapitän Brémond sucht Fes zu entsetzen, ist jedoch durch Regen und schlechte Wege behindert. Im Falle Eindringens der Stämme in die Stadt wäre nach Ansicht französischen Konsuls Feindseligkeit gegen Europäer nicht ausgeschlossen.

Laut Mitteilung Postdirektors Mosemann sind deutsche Postkuriere seit dem 9. ausgeblieben, die später abgegangenen ausgeraubt. Europäer sollen sich in Konsulate geflüchtet haben.

Seckendorff

Nr. 10534

Der Botschafter in Paris Freiherr von Schoen an das Auswärtige Amt

Telegramm. Entzifferung

Nr. 100 Paris, den 19. April 1911

Minister Cruppi ließ mich zu sich bitten, um, wie er mir sagte, sich offen und loyal über marokkanische Frage auszusprechen. Nach-

---

die Entsendung von zwei Bataillonen Infanterie und von zwei Gebirgsartilleriezügen nach Casablanca angezeigt. Ausdrücklich hieß es in der Note: „Il n'est pas question d'une extention de la zone d'occupation des troupes françaises." Vgl. französisches Gelbbuch: Affaires du Maroc VI, 143.

* Identisch mit Nr. 10531.

richten aus Fes seien ungünstig, Fes isoliert, Verbindungen unterbrochen. Aufständische Bewegung im Wachsen. Französische Regierung habe vier Bataillone nach der Schauïa geschickt, um Übergreifen der Bewegung dorthin zu verhindern. Der Sultan habe jetzt das dringende Ersuchen an Frankreich gerichtet, ihm zur Beschaffung scherifischer Truppen behilflich zu sein. Frankreich müsse diesem Wunsch Rechnung tragen. Außerdem müsse französische Regierung eine Demonstration gegen Rebellen ins Auge fassen und sich vorbereiten, im Notfall gefährdete Europäer in Fes zu retten. Alle diese Maßnahmen . . .* von der Schauïa aus.

Minister ließ Erwartung auf Grund des deutsch-französischen Februarabkommens durchblicken, daß wir keine Schwierigkeiten machen. Ich bin Diskussion der Rechtsfrage ausgewichen und habe betont, was Nützlichkeit der geplanten Maßregeln betreffe, müsse Frankreich allein Verantwortung tragen.

Schoen

Nr. 10535

Der Reichskanzler von Bethmann Hollweg an den Botschafter in Paris Freiherrn von Schoen

Telegramm. Konzept von der Hand des Dirigenten der Politischen Abteilung Zimmermann

Nr. 60 Berlin, den 19. April 1911

Auf Telegramm Nr. 100** zu Euer Exzellenz Orientierung und Regelung Ihrer Sprache.

Cambon hat mir ebenfalls mitgeteilt***, daß Frankreich dem Sultan auf ausdrücklichen Wunsch zur Beschaffung scherifischer Truppen behilflich sein werde. Auch rechne es mit der hoffentlich nicht eintretenden Möglichkeit, eine kleine französische Truppe zusammenzuziehen. Diese würde im Falle absoluter Notwendigkeit den Europäern in Fes Hilfe leisten. Zurzeit handle es sich indes lediglich um Bitte des Sultans, marokkanische Hilfskräfte zu erhalten.

Ich habe Cambon erwidert, daß durch Entsendung einer französischen Truppe nach Fes unsere öffentliche Meinung zweifellos aufs neue erregt werden würde. Auch dürfte, wenn die Truppe in Fes einmarschiert wäre, die Frage ihrer Zurückziehung Schwierigkeiten verursachen. — Hier schaltete Cambon ein, daß seine Regierung sich durch derartige Maßnahmen allerdings Verdacht aussetzen könnte, unter deutschem Druck zu handeln. — Nach unseren Nachrichten bestehe übrigens

---

* Zifferngruppe fehlt.
** Siehe Nr. 10534.
*** Vgl. dazu Cambons Bericht vom 19. April. Französisches Gelbbuch: Affaires du Maroc VI, 221 s.

vorläufig keine Gefahr für Europäer in Fes. Eine solche würde jedoch nach der Baron Seckendorff marokkanischerseits entwickelten Auffassung durch fremde militärische Operationen heraufbeschworen werden. In solchem Fall drohe der „heilige Krieg". Ich könne daher zur Entsendung französischer Truppen nicht ermuntern. Der Bemerkung Cambons, daß ich im Falle „absoluter Notwendigkeit" doch wohl nicht „nein" sagen würde, habe ich zwar zugestimmt, indes nochmals betont, wie sehr ich hoffe, daß diese Notwendigkeit nicht eintreten werde. Im Auswärtigen Amt ist Cambon die gleiche Antwort erteilt und hinzugefügt worden, daß infolge der Nervosität der öffentlichen Meinung in Deutschland und Frankreich durch französischen Einmarsch in Fes die gegenwärtigen erfreulichen Beziehungen zwischen Deutschland und Frankreich beeinträchtigt und in bedauerlichster Weise einer neuen Ära gegenseitigen Mißtrauens Vorschub geleistet werden könnte.

v. Bethmann Hollweg

Nr. 10536

Der Gesandte in Tanger Freiherr von Seckendorff an das Auswärtige Amt

Telegramm. Entzifferung

Nr. 49 Tanger, den 21. April 1911

Berichte des Kaiserlichen Konsuls in Fes bis zum 13. sind heute eingegangen. Dr. Vassel hat für Sicherheit dortiger Deutscher Vorkehrungen getroffen. Die Lage scheint sich durch wiederholte erfolgreiche Ausfälle der Sultanstruppen gebessert zu haben. Auf jeden Fall herrsche in Fes Ruhe und größere Zuversicht. Von der Sultansmahalla in Scherarda liegen günstige Nachrichten bis 16. vor. Französische Gesandtschaft versucht, derselben neue Munition zuzuführen. Dem italienischen Gesandten* aus Rom zugegangene telegraphische Benachrichtung, wonach Fes von den Aufständischen eingenommen und geplündert worden sei, muß vorläufig bezweifelt werden.

Der Sultan hat letztes in Paris mit Mokri abgeschlossenes Finanzabkommen ratifiziert.

Seckendorff

Nr. 10537

Der Botschafter in Paris Freiherr von Schoen an den Reichskanzler von Bethmann Hollweg

Ausfertigung

Nr. 229 Paris, den 20. April 1911

Minister Cruppi ließ mir heute sagen, er habe ungünstigere Nachrichten über die Lage in Marokko und wollte mich gern sprechen. Er

* J. Carignani.

führte dann in der Unterhaltung aus, die Gespräche, die Herr Jules Cambon kürzlich mit dem Herrn Staatssekretär über ein etwa notwendig werdendes Eingreifen Frankreichs in Marokko gehabt*, hätten keine Gegensätze ergeben, aber den Wunsch nach einer erneuten freundschaftlichen Aussprache für den Fall gezeitigt, daß die Dinge in Marokko, nachdem eine gewisse Beruhigung eingetreten, doch wieder eine so ungünstige Wendung nehmen sollten, daß ein Eingreifen unvermeidlich erscheine. Diese Wendung zum Schlimmeren sei nun tatsächlich eingetreten. Der Aufstand der Stämme habe an Umfang und Intensität so zugenommen, daß die Lage des Sultans und der Europäer in Fes eine sehr ernste geworden sei. Fes sei isoliert, die Verbindungen seien nach allen Seiten unterbrochen. Die im Norden der Hauptstadt stehende Mahalla sei dahin berufen, scheine aber nicht durchkommen zu können. Wie ernst der Sultan selbst die Lage auffasse, gehe daraus hervor, daß er die dringende Bitte an die französische Regierung habe gelangen lassen, ihm zur Bildung einer Truppenmacht in der Schauïa behilflich zu sein, die auf Umwegen, über Rabat, den Entsatz von Fes vornehmen solle. Frankreich, dessen Politik auf Erhaltung der Sultansmacht gerichtet sei, könne sich diesem dringenden Ansuchen nicht entziehen, und die erforderlichen Befehle seien bereits ergangen. Abgesehen hiervon werde aber Frankreich, um ein Übergreifen der aufständigen Bewegung auf die Schauïa zu verhindern, an deren Grenzen sich schon einige Bewegung bemerkbar mache, an eine Demonstration gegen die Rebellen mit eigenen Truppen zu denken haben, die zu diesen Zwecken verstärkt werden. Endlich müßten auch Vorbereitungen getroffen werden, um im äußersten Notfalle den gefährdeten Europäern in Fes rasch zu Hülfe zu kommen.

Auf meine Frage, ob diese beiden letzteren Operationen von der Schauïa oder von Udjda aus zur Ausführung kommen sollten, antwortete der Minister zu meiner Überraschung: von der Schauïa aus; dies sei leichter und die Entfernung kürzer. Er wiederhole aber, daß es sich zurzeit lediglich um Vorbereitungen für eine Möglichkeit handele, von der er immer noch hoffe, daß sie nicht eintreten werde. Er wünsche aufrichtig, daß es mit Hülfe der zu errichtenden scherifischen Truppe aus der Schauïa gelingen werde, eine Wendung zugunsten der Sultansmacht herbeizuführen, die Frankreich weiteren Eingreifens überhöbe.

An diese tatsächlichen Darlegungen knüpfte der Minister die Bemerkung, er hoffe zuversichtlich, daß man in Berlin, wo er die gleichen Eröffnungen durch Herrn Cambon machen lasse, eingedenk der im Abkommen vom 9. Februar 1909 enthaltenen Anerkennung von Frankreichs besonderem Interesse an der Aufrechterhaltung von Ordnung und Frieden im scherifischen Reich, keine Bedenken gegen die Ausführung

---

* Vgl. Nr. 10526 und 10527.

der französischen Pläne haben werde, die sich streng und loyal im Rahmen der Algecirasakte halten würden.

Ich habe dem Minister, dem es darauf anzukommen schien, von mir eine ermunternde Zusage zu erlangen, gesagt, ich wollte mich auf Untersuchung der Frage, wieweit unsere Anerkennung von Frankreichs besonderen Interessen zu interpretieren sei, nicht einlassen. Ich könnte ferner nicht beurteilen, ob die Lage in Fes wirklich eine so ernste sei, daß sie die geplanten Maßregeln erheische. Unsere bisherigen Nachrichten lauteten nicht so düster wie die französischen. Mir rein persönlich wolle scheinen, daß die geplante Aktion, auch die Beschaffung einer Harka mit französischer Hülfe, also wohl auch mit französischem Material und unter französischer Führung, eher geeignet sei, die bestehende Erregung zu steigern wie zu beschwichtigen. Denn es lasse sich nicht verkennen, daß der Aufstand sich im letzten Grunde gegen die politische und militärische Bevormundung des Sultans durch Frankreich richte. Eine Besetzung von Fes durch französische Truppen komme doch schließlich auf eine Eroberung hinaus und könne unabsehbare Folgen haben, vor allem die einer allgemeinen Erhebung Marokkos gegen die Fremden. Auch sei daran zu denken, daß die Kosten einer Expedition Marokko von neuem schwer belasten würden, so schwer, daß es finanziell zusammenbrechen müßte. Kurz, die Bedenken seien doch so mannigfach und so gewichtig, daß ich nicht glaube, Euere Exzellenz würden mit Rücksicht auf unsere öffentliche Meinung geneigt sein, durch Zustimmung zu den französischen Plänen die Verantwortung für das Weitere mit zu übernehmen.

Meine Ausführungen blieben nicht ohne Eindruck auf den Minister. Er beeilte sich zu versichern, Frankreich werde es an der gebotenen prudence nicht fehlen lassen, und er halte an der Hoffnung fest, daß sich die Notwendigkeit eines Vormarsches auf Fes durch französische Truppen vermeiden lasse.

Ich möchte noch bemerken, daß es mir auffallend erscheint, daß der Entsatz des in Fes eingeschlossenen Sultans nicht von dem näheren Udjda, sondern von der Schauïa aus ins Auge gefaßt ist. Vermutlich ist da die Erwägung maßgebend, daß die Aktion nur von der Schauïa aus in die trügerische Form scherifischer Streitkräfte zu kleiden ist. Es dürften aber auch Rücksichten auf Spanien mitsprechen, das vermutlich den Weg nach Fes über Tasa für sich in Anspruch nimmt. In Ostmarokko scheint Frankreich über eine Verstärkung seiner militärischen Posten im Grenzgebiet nicht hinausgehen zu wollen.

Zu denken gibt ferner der Umstand, daß die französischen Pläne plötzlich greifbare Gestalt gewinnen, nachdem die Kammern in die Ferien gegangen sind und der Regierung somit freie Hand gegeben ist. Es ist möglich, daß es sich um ein zufälliges Zusammentreffen, wahrscheinlicher aber, daß es sich um einen wohlangelegten Plan handelt. Es scheint mir nicht ausgeschlossen, daß die jetzige Regierung,

die sich der weitgehenden Mißstimmung über die Mißwirtschaft und namentlich den Mangel an auswärtigen Erfolgen des herrschenden Regimes bewußt sein dürfte, sich durch eine Prestigepolitik zu befestigen sucht. Ist diese Vermutung zutreffend, so gewinnt auch die Reise des Präsidenten Fallières nach Tunis eine besondere politische Bedeutung*.

v. Schoen

Nr. 10538

Kaiser Wilhelm II., z. Z. in Korfu, an den Reichskanzler von Bethmann Hollweg

Telegramm. Entzifferung

Nr. 18 Achilleion, den 22. April 1911

Erhalte soeben das wohl auch Ihnen bekannte Wolff-Telegramm über Niedermetzelung der marokkanischen Garnison in Fes und Flucht des Sultans in französisches Konsulat**. Falls sich Nachricht bewahrheitet, werden Franzosen wohl, wie Cambon Ihnen schon andeutete, größere militärische Expedition nach Fes unternehmen müssen. Uns kann es nur recht sein, wenn Franzosen sich mit Truppen und Geld tüchtig in Marokko engagieren, und ich bin der Ansicht, daß es nicht in unserem Interesse liegt, dies zu verhindern. Verstoßen die Franzosen dabei gegen die Bestimmungen der Algecirasakte, so können wir es zunächst den anderen Mächten, vor allem Spanien, überlassen, dagegen zu protestieren.

Vermutlich wird bei uns wieder der Wunsch nach Entsendung von Kriegsschiffen laut werden. Mit Kriegsschiffen können wir aber, da Tanger nicht bedroht ist, sondern das Aktionsfeld im Innern liegt, nichts ausrichten. Ich bitte Sie daher einem etwaigen Geschrei nach Kriegsschiffen von vornherein entgegenzutreten.

Wilhelm I. R.

Nr. 10539

Der Reichskanzler von Bethmann Hollweg an Kaiser Wilhelm II., z. Z. in Korfu

Telegramm. Konzept von der Hand des Dirigenten der Politischen Abteilung Zimmermann

Nr. 18 Berlin, den 22. April 1911

Alleruntertänigsten Dank für Euerer Majestät huldreiches Telegramm von heute***. Eine direkte Bestätigung der Wolff-Meldung über Niedermetzelung der marokkanischen Garnison und Flucht des Sultans

---

* Präsident Fallières war in Begleitung des Marineministers Delcassé und des Landwirtschaftsministers Pams am 18. April in Tunis eingetroffen und kehrte am 30. April nach Paris zurück; er wurde auf seiner Reise von einem englischen, italienischen und spanischen Geschwader begrüßt.

** Die Nachricht bestätigte sich nicht. Vgl. das folgende Schriftstück.

*** Siehe Nr. 10538.

in französisches Konsulat liegt nicht vor. Euerer Majestät Gesandter in Tanger drahtet vielmehr soeben*, daß die Richtigkeit jener Meldung mit Rücksicht auf anderweitige günstige Nachrichten aus Fes stark bezweifelt werden muß.

Der Wunsch nach Entsendung von Kriegsschiffen ist bisher bei uns nicht laut geworden. Euerer Majestät Allergnädigster Weisung entsprechend werde ich etwaigen diesbezüglichen Wünschen von vornherein entgegentreten.

Alleruntertänigst
v. Bethmann Hollweg

Nr. 10540

Der Gesandte in Tanger Freiherr von Seckendorff an das Auswärtige Amt

Telegramm. Entzifferung

Nr. 51 Tanger, den 23. April 1911

Dr. Vassel meldet unterm 15.:

„Lage unverändert, für den Sultan ernst, für die Europäer in Fes nicht gefährlich, aber für den Handel schlimm. Verschiedene Versuche, neutrale Stämme an die Lage des Machsen zu ketten, dauern mit wechselndem Erfolge an."

Von der Sultansmahalla liegen befriedigende Nachrichten bis 18. d. Mts. hier vor.

Seckendorff

Nr. 10541

Der Botschafter in Paris Freiherr von Schoen an den Reichskanzler von Bethmann Hollweg

Ausfertigung

Nr. 233 Paris, den 23. April 1911

Einige der zurzeit hier anwesenden Minister haben gestern bei mir gespeist. Sie hatten gerade vorher Ministerrat gehabt und standen ersichtlich unter dem Eindruck der Darlegungen, die hierbei Herr Cruppi über die Aufnahme der neuen Marokkoaktion bei den Mächten, insbesondere bei uns, gegeben hatte.

Der Ministerpräsident Monis schien recht besorgt, klagte beweglich über die schwierige Erbschaft, die er übernommen hatte, konnte mir nicht warm und eindringlich genug versichern, daß Frankreichs Absichten durchaus loyal und ohne Hintergedanken seien, und ließ schließlich das naive Ansinnen seinen Lippen entgleiten, ich möchte doch nach Kräften dazu beitragen, das in Deutschland allem Anschein nach noch bestehende Mißtrauen zu beseitigen. Ich sagte ihm, in dieser Beziehung würden Taten überzeugender sein wie Worte.

* Vgl. Nr. 10536.

Etwas weniger beunruhigt war Herr Cruppi. Er habe zwar seit dem 13. April keine amtlichen Nachrichten aus Fes. Am Tage zuvor hätte die nördlich von Fes stehende Mahalla einen nicht gering zu schätzenden Erfolg gehabt. Es fehle ihr aber an Geld, Nahrungsmitteln und vor allem Munition. Zu düsterem Pessimismus scheine ihm gleichwohl noch kein Anlaß. Die Ereignisse in Marokko seien unberechenbar. Es würde ihn ebensowenig überraschen, heute nacht die Meldung von der Einnahme von Fes durch die Aufständischen und die Ermordung der Europäer zu erhalten, wie die Nachricht, daß eine Wendung zum Besseren eingetreten sei. Auch er sprach immer wieder von Loyalität und vorsichtigem Handeln und versicherte, es würde kein weiterer bedeutungsvoller Schritt ohne vorherigen Gedankenaustausch mit uns unternommen werden. Das sei das beste Mittel, um Mißverständnisse und Mißtrauen nicht aufkommen zu lassen.

Recht offenherzig war der Finanzminister Caillaux. Es sei ihm schwer verständlich, warum die deutsche öffentliche Meinung noch immer die Augen so scharf und mißgünstig auf Marokko gerichtet halte. Es liege doch auf der Hand, daß die andauernde Anarchie im Scherifenreiche für Frankreich, das mit einer ausgedehnten Grenze sein Nachbar sei und eine zahlreiche leicht erregbare muselmännische Bevölkerung habe, gezwungen sei*, auf Ordnung und Frieden im Nachbarlande bedacht zu sein. Damit leiste es doch der Erschließung dieses Landes und der allgemeinen wirtschaftlichen Betätigung einen unschätzbaren Dienst. Ich erwiderte, unsere öffentliche Meinung verkenne diese Interessen nicht, befürchte aber nach mancherlei Erfahrungen, daß Frankreich die Hand auf Marokko in solcher Weise legen könnte, daß für die wirtschaftliche Tätigkeit anderer Nationen nicht viel übrig bleibe. Habe Frankreich einmal überzeugend bewiesen, daß es ihm mit der Offenen Tür durchaus Ernst sei, so werde sich unsere öffentliche Meinung beruhigen. Herr Cruppi warf hier ein, daß die im Gange befindlichen Verhandlungen über die Eisenbahnfragen, insbesondere das Zugeständnis, daß zu den französischen Bahnbauten in den Besetzungsgebieten auch deutsche Unternehmer zugezogen werden sollen**, doch den Beweis des ernsten Willens der französischen Regierung zu loyaler Verständigung enthielten. Leider sei man noch nicht so weit, dies öffentlich sagen zu können. — Ein Grund mehr, sagte ich, auf baldigen befriedigenden Abschluß der Verhandlungen bedacht zu sein.

Die bisher für Marokko getroffenen militärischen Maßnahmen sind offiziösen Verlautbarungen nach folgende:

1) Verstärkung der Besatzungstruppen in der Schauïa um vier Bataillone, die schon unterwegs sind.

---

* sic!

** Näheres über die deutsch-französischen Eisenbahnprojekte in Marokko siehe im französischen Gelbbuch: Affaires du Maroc VI, 86s, und a. a. O., sowie bei Caillaux, Agadir, Ma politique extérieure p. 51ss.

2) Bildung einer zum Entsatz von Fes bestimmten eingeborenen Truppenmacht aus der Schauïa, die von einer fliegenden französischen Kolonne „unterstützt“ werden soll.
3) Erhebliche Verstärkung der von Truppen der Division von Oran besetzten Posten auf dem rechten Muluïaufer in der Gegend von Taurirt.

In Aussicht genommen ist ferner die weitere Entsendung von Truppen nach Casablanca, welche im Notfall den gefährdeten Europäern zu Hilfe kommen sollen.

v. Schoen

Nr. 10542

Der Reichskanzler von Bethmann Hollweg an Kaiser Wilhelm II., z. Z. in Korfu

Telegramm. Eigenhändiges Konzept

Nr. 20 Berlin, den 25. April 1911

Nachrichten über Zustände in Fes andauernd widerspruchsvoll. Franzosen schildern Lage schwarz in schwarz, behaupten namentlich ernste Gefährdung der europäischen Kolonie, während nach unsern Nachrichten, die mit österreichischen übereinstimmen, zwar Situation des Sultans ernst, europäische Kolonie aber nicht bedroht und Gefahr erst eintreten würde, wenn durch militärische Operationen Frankreichs Berberstämme zur Erklärung heiligen Krieges gereizt würden. Französische Presse, durch Winzerunruhen*, Vertrauensbrüche und Unterschleife im Auswärtigen Ministerium** nervös gemacht, sucht Regierung zum Marsch auf Fes mit größeren Truppenmassen zu bestimmen. Französische Regierung ist sich bewußt, daß Einmarsch in Fes internationale Verwickelungen heraufbeschwören könnte, weil es ihr schwer fallen würde, die einmal einmarschierten Truppen wieder zurückzuziehen, ohne sich dem Vorwurfe auszusetzen, fremdem Drucke nachgegeben zu haben. Vermehrt wird ihre Unschlüssigkeit durch Spaniens Haltung, das lebhaftes Mißtrauen gegen Frankreich zeigt. Die englische Presse hatte bisher Frankreich eher encouragiert. Im Gegensatz hierzu erläßt heute die „Westminster Gazette“ eine deutliche Warnung an französische Adresse. Unsere Presse verhält sich bis auf die alldeutschen Blätter verständig, wozu die auf Ew. Majestät Befehl ausgeübten Einwirkungen beitragen.

* In mehreren Städten des Marne-Departements war es aus wirtschaftlichen Gründen zu Unruhen gekommen, so daß zahlreiche Verhaftungen vorgenommen werden mußten. Näheres s. bei Schultheß' Europäischer Geschichtskalender, Jg. 1911, S. 414.

** Am 6. April war die Überlassung geheimer Schriftstücke des französischen Außenministeriums durch einen Konsulatsanwärter an den internationalen Agenten Maimon aufgedeckt (vgl. Bd. XXVII, Kap. CCXIX, Nr. 10199, Fußnote *), am 11. April waren im Außenministerium Unterschleife in Höhe von 400000 Francs nachgewiesen worden.

Cambon, der mich wiederholt aufsucht*, ist sich persönlich völlig darüber klar, daß Einmarsch in Fes Frankreich in Situation bringen würde, deren Konsequenzen nicht übersehen werden können. Er ist sichtlich bestrebt, kalmierend auf seine Regierung zu wirken**, und will zu diesem Zweck in den nächsten Tagen nach Paris fahren pp.***

Alleruntertänigst

v. Bethmann Hollweg

Nr. 10543

Der Rat im Kaiserlichen Gefolge Gesandter Freiherr von Jenisch, z. Z. in Korfu, an das Auswärtige Amt

Telegramm. Entzifferung

Nr. 19 Achilleion, den 26. April 1911

Randbemerkungen Seiner Majestät zu Telegramm Nr. 20† und zwar zu Anfang:

„Es ist mir ganz einerlei, welcher Sultan in Marokko regiert, solange er Ruhe und Ordnung aufrechterhält und die Mauren ihm parieren. Der Zustand von Anarchie und Kampf dauert jetzt sechs Jahre an und ist lediglich dem Eingreifen der Franzosen zu verdanken. Es ist ein schwerer Fehler der Algecirasmächte gewesen — ich habe nutzlos damals darauf aufmerksam gemacht —, die Mission Mangin nach Fes zu lassen. Jetzt ist sie in Gefahr und muß eventuell befreit oder gerächt werden! Hätte man Marokko sich selbst überlassen, so wäre jetzt Ruhe im Lande; da Frankreich es aber haben will, so wird diese heillose Wirtschaft weiter andauern, bis Frankreich durch Einrücken endlich Ruhe gestiftet hat. Das kostet Frankreich unter Umständen sehr viel Geld und Leute, was beides nicht schadet, ganz besonders, falls der heilige Krieg proklamiert würde. Dann hätte Frankreich eine Auf-

* Vgl. Cambons Bericht vom 25. April über eine Unterredung mit dem Reichskanzler vom 24. Französisches Gelbbuch: Affaires du Maroc VI, 236. Nach Cambon hätte der deutsche Kanzler eine recht ernste Sprache geführt: „Lorsque vous serez à Fez, a-t-il ajouté, pourrez-vous abandonner Moulay Hafid? Pourrez-vous quitter Fez? Et si vous ne le quittez pas, estimez-vous que l'indépendance du Maroc sera entière? C'est alors que commenceront des difficultés dont je ne peux pas à l'heure actuelle mesurer l'étendue, mais qui iront loin et qui pourront détruire toute l'œuvre à laquelle les deux Gouvernements ont travaillé depuis trois ans."

** Davon ist in den im französischen Gelbbuch abgedruckten Berichten und Telegrammen Cambons nicht viel zu spüren. Er mahnte weniger zur Mäßigung als zur Vorsicht. So am 21. April: „Nous devons donc tenter de résoudre les événements sans trop nous montrer, et c'est pour cela que je déplore les articles de nos journaux, qui rappellent cette malheureuse expression de la tunisification du Maroc que l'on a si souvent opposée au dehors à nos déclarations répétées." Affaires du Maroc VI, 228.

*** Der Schlußabsatz betrifft Vorgänge in Mexiko.

† Siehe Nr. 10542.

gabe vor sich, die ihm schwere Opfer an Geld und Blut auferlegen und gründlich schwächen würde! Internationale Komplikationen fürchte ich nicht. Wegen Fes wird niemand etwas unternehmen, am wenigsten England."

II. Bei „Westminster Gazette":

„Wegen der Angst, sie könnten sich uns gegenüber schwächen, und England ständen dann ihre Soldaten gegen uns nicht mehr voll zur Verfügung."

III. Bei „Frankreich in Situation bringen würde":

„Wäre gar kein Unglück!"

IV. Bei „nach Paris fahren":

„Das soll er doch lassen! Dann heißt es nachher, wir hätten Frankreich daran gehindert! Ist ganz egal, ob sie einmarschieren, damit sind wir sie an unserer Westgrenze etwas los."

Jenisch

Nr. 10544

Der Botschafter in Paris Freiherr von Schoen an den Reichskanzler von Bethmann Hollweg

Ausfertigung

Nr. 237 Paris, den 26. April 1911

Beim heutigen Diplomatenempfang habe ich bei Herrn Cruppi die selbst von einem Teil der französischen Presse mit Befriedigung wiedergegebenen beruhigenderen Nachrichten über die Lage in Fes und Umgebung erwähnt und die Frage daran geknüpft, ob diese offenbare Wendung zum Besseren nicht ohne Einfluß auf die eingeleiteten militärischen Maßnahmen sein werde.

Der Minister erwiderte, die Lage in Fes habe sich in der Tat erfreulicherweise nicht verschlimmert. Sie sei aber nach wie vor ernst. Sowohl der sehr ruhig urteilende französische Konsul wie der Oberstleutnant Mangin faßten sie so auf, und diese Auffassung werde durch Nachrichten aus englischer Quelle bestätigt. Fes sei, wenn vor seinen Mauern auch in den letzten Tagen keine Kämpfe stattgefunden hätten und sogar ein Proviantzug durchgekommen sei, doch noch immer von den aufständischen Stämmen eingeschlossen. Schlimmer jedoch ständen die Dinge bei der unter dem Major Brémond stehenden Mahalla im Scherardagebiet. Sie sei bei einem Versuche, einer von Alkassar kommenden Proviantkolonne entgegenzurücken, auf heftigen Widerstand gestoßen und allem Anschein nach bewegungsunfähig geworden. Die aufständische Bewegung nehme ersichtlich an Umfang zu. Unter diesen Umständen sei an ein Aufhalten oder gar an eine Widerrufung der im Gange befindlichen militärischen Maßnahmen nicht zu denken. Angesichts der steten Gefahr, in der die Europäer, insbesondere die französischen Offiziere, schwebten, würde die Regierung es nicht verantworten können, nicht alle geeigneten Vorbereitungen getroffen zu haben, um ihnen zu Hülfe zu kommen. „Nous ne pouvons pas laisser massacrer

nos nationaux.“ Ob es zu einem Vorstoß französischer Truppen bis Fes und Einmarsch derselben in die Hauptstadt kommen werde, lasse sich heute noch nicht sagen. Das hänge eben davon ab, ob der Vormarsch der scherifischen Truppen mit französischer Unterstützung genügen werde, um die aufrührerischen Stämme zur Besinnung und Ruhe zu bringen. Er und seine Ministerkollegen wünschten dringend, daß ein Einmarsch in Fes vermieden werden könne, und sie wollten in dieser Beziehung auch noch nicht alle Hoffnung aufgeben. Das aber wolle er jetzt auf das bestimmteste erklären, daß Frankreich keinerlei Absichten der Eroberung oder dauernden Besetzung habe und unter allen Umständen sich an den Wortlaut und den Geist der internationalen Verträge halten werde.

Auf meinen Einwurf, ich zweifelte nicht an der Loyalität dieser Erklärung, aber die Ereignisse und militärischen Bedürfnisse könnten in concreto weiter führen, wie ursprünglich beabsichtigt, entgegnete der Minister, man könne freilich nicht alle Ereignisse voraussehen, aber man könne und müsse sich von vornherein eine Grundlinie und eine Grenze ziehen mit dem festen Willen, nicht von ihr abzuweichen. Diesen festen Willen habe die Regierung. Sie werde nur das tun, was sie als ihre unabweisbare Pflicht und ihr unbestreitbares Recht betrachte. Dazu rechne sie sowohl die Ehrenpflicht, die französischen Offiziere und andere Europäer aus ernster Gefahr zu befreien, wie die Pflicht, dem Sultan Beistand zu leisten. Die Algecirasakte stelle den Grundsatz der Erhaltung der Sultanshoheit und der Integrität seines Reiches auf. Bei Abschluß des Vertrages seien sich die Teilnehmer wohl alle klar gewesen, daß es sich dabei um eine Souveränität sui generis, um eine solche handle, welche nicht ohne fremde Hülfe bestehen könne. Und diese Hülfe sei in verschiedenen Vertragsbestimmungen geregelt. Frankreichs besonderes Interesse an Erhaltung von Ordnung und Frieden im scherifischen Reich sei allgemein anerkannt, sein Recht auf Intervention in denjenigen vorsichtigen Formen, in denen sie jetzt geplant, sei also wohl unbestreitbar.

Ich sagte dem Minister, ich könne ihm in diesen juristischen Deduktionen nicht folgen. Nach meiner Meinung seien die Grundsätze der unangetasteten Souveränität und Integrität im Algecirasvertrag und anderen Vereinbarungen deshalb stets an die Spitze gestellt, um den Willen der Vertragschließenden zu betonen, daß der Sultan und sein Reich nicht in die Bevormundung und Beschlagnahme einer einzelnen Macht, sei es auch einer politisch bevorzugten, gelange. Gewiß seien im Algecirasvertrag gewisse europäische Unterstützungen der scherifischen Souveränität vorgesehen, aber auf bestimmten Gebieten und in bestimmten Grenzen. Gewiß seien auch die besonderen politischen Interessen und Rechte Frankreichs anerkannt, aber unter dem Vorbehalt der Einhaltung der großen Linien des Algecirasvertrages. Aber, ganz abgesehen von diesen theoretischen Erwägungen, könne es dem auf das Praktische gerichteten Blick nicht entgehen, daß die jetzt von Frank-

reich geplanten Maßnahmen viel eher geeignet seien, die Sultanshoheit zu schwächen, wie sie zu stärken. Ein Sultan, der sich nur mit Hülfe französischer Bajonette behaupten könne, werde nicht nur in den Augen der maurischen Muselmanen jegliches Ansehen verlieren, sondern auch ein Objekt glühenden Hasses werden. Das militärische Eingreifen Frankreichs zugunsten des Sultans werde ihm und den europäischen Interessen zum Schaden gereichen und statt der Ruhe nur eine Verschärfung und Ausdehnung des Aufstandes bringen. Eine französische Besetzung von Fes könne den heiligen Krieg mit all seinen Greueln und weittragenden Folgen entfesseln. Selbst im günstigsten Fall werde die Besetzung der Hauptstadt, wenn sie auch nur eine vorübergehende, einen Zustand herbeiführen, der im Gegensatz zu den Verträgen einem Protektorat gleichkommen würde. Im ungünstigeren Fall aber, bei andauernder Besetzung, fortgesetzten Kämpfen und erneuten Truppensendungen, ergebe sich ein Zustand gewaltsamer Beschlagnahme.

Herr Cruppi wollte das nicht zugeben. Frankreich werde seine Aktion in den Grenzen der Notwendigkeiten und im Geiste der Verträge zu halten wissen. Für jetzt laute die Parole: Rettung der Europäer aus ihrer gefährdeten Lage. Die Furcht vor Schwierigkeiten würde die schlechteste Ratgeberin sein. Nicht durch zaghaftes Vorgehen, sondern nur durch scharfes Zugreifen seien die Aufrührer zur Ruhe zu bringen und die Situation zu retten. Alle genauen Kenner Marokkos — und Frankreich besitze deren nicht wenige — stimmten darin überein.

Ich könnte mich auch, sagte ich, auf sachkundige Urteile stützen, wenn ich mich von den schweren Bedenken gegen eine Besetzung von Fes durch französische Truppen nicht freimachen könnte. Auf diesem Standpunkte ständen auch Euere Exzellenz und unsere öffentliche Meinung. Wir wollten gegen das geplante französische Vorgehen nicht protestieren, könnten aber nur immer wieder der Hoffnung Ausdruck geben, daß sich so weittragende Ereignisse, wie es eine Besetzung von Fes sein würde, vermeiden ließen; nicht nur wegen ihrer Wirkung in Marokko, sondern auch wegen ihrer Rückwirkung auf unsere seit dem Marokkoabkommen so erfreulich gestalteten Beziehungen, die dann wieder der beklagenswerten Atmosphäre gegenseitigen Mißtrauens Platz machen würden. Ich befände mich in Übereinstimmung mit Euerer Exzellenz, wenn ich dem aufrichtigen Wunsche Ausdruck gäbe, daß alles geschehen möge, um den Eintritt einer so bedauerlichen Wendung zu verhindern.

Das sei auch durchaus sein Wunsch, erwiderte Herr Cruppi, ebenso wie der seiner Kollegen. Er gebe aber zu bedenken, daß die Regierung sich in einer Lage befinde, in der sie angesichts der schlimmen Nachrichten aus Marokko nicht anders handeln könnte, wie geschehen, ohne sich dem berechtigten Vorwurf der gröbsten Pflichtvergessenheit auszusetzen. Er wiederhole aber, daß kein unbedachter Schritt vorgenommen werde, und daß er besonderen Wert darauf lege, in jeder Phase der weiteren Entwickelung mit uns in Verbindung zu bleiben,

um jedem Anlaß zu Mißtrauen zuvorzukommen. Er werde auch unausgesetzt darauf bedacht bleiben, den Grundsatz der wirtschaftlichen Gleichberechtigung, der für uns besonderes Interesse habe, zur Tat werden zu lassen.

Nach mir hat Herr Cruppi den Vertreter des erkrankten spanischen Botschafters* empfangen, der, wie er mir anvertraute, den Auftrag hatte, zwar nicht gegen die geplante Expedition nach Fes zu protestieren, aber doch die gleichen Bedenken, wie ich sie geäußert, vorzubringen. In Spanien sei man allgemein der Ansicht, daß der Vorstoß gegen Fes eine Provokation von schweren Folgen sein würde.

v. Schoen

Nr. 10545

*Aufzeichnung des Staatssekretärs des Auswärtigen Amtes von Kiderlen***

Konzept von der Hand des Vortragenden Rats Freiherrn Langwerth von Simmern

Berlin, den 28. April 1911

Der französische Botschafter suchte mich heute hier im Amte auf und las mir ein Telegramm seiner Regierung*** vor, nach dem in Paris schlechte Nachrichten aus Fes eingetroffen sind. Ein militärisches Vorgehen Frankreichs sei natürlich notwendig geworden, um die in Fes befindlichen Franzosen und übrigen Europäer zu retten. Dies verstoße nicht gegen die Algecirasakte, auch erkläre die französische Regierung ausdrücklich, daß sie nicht daran denke, Fes zu besetzen, noch etwa beabsichtige, die Souveränität des Sultans oder die Unabhängigkeit seines Reiches anzutasten. Frankreich verfolge keine egoistischen Interessen und werde auch nicht gegen die wirtschaftliche Gleichheit und das Prinzip der Offenen Tür verstoßen, aber die unzulänglichen Hilfs-

---

* de Ferraz.

** Die Aufzeichnung wurde am 29. April telegraphisch den Botschaften in Paris, London, Rom, Madrid, Wien, Petersburg und der Gesandtschaft in Tanger mitgeteilt. Zum Vergleich ist heranzuziehen der Bericht Cambons vom 28. April über seine Unterredung mit Kiderlen. Französisches Gelbbuch: Affaires du Maroc VI, p. 247s. Danach hätte Kiderlen gesagt: „Si, une fois que vous serez entrés dans Fez, vous ne pouvez en sortir; si, pour être maintenu, le pouvoir du Sultan a besoin des baïonnettes des soldats français, nous ne considérons pas que les conditions de l'Acte d'Algésiras seront respectées et nous reprendons notre liberté." Die Äußerungen Kiderlens beunruhigten Cambon stark; vgl. den Bericht des russischen Geschäftsträgers in Berlin von Schebeko vom 28. April über eine Unterredung mit Cambon (v. Siebert, Diplomatische Aktenstücke zur Geschichte der Ententepolitik der Vorkriegsjahre, S. 413f.). Dort heißt es: „Wie mir Cambon sagte, sind seine Erklärungen sehr kalt aufgenommen worden, und man hat ihm zu verstehen gegeben, daß eine Okkupation Fes' durch die Franzosen von Deutschland als eine Verletzung der Algecirasakte und des Abkommens vom Jahre 1909 aufgefaßt werden müßte, wodurch das Berliner Kabinett seinerseits freie Hand bekommen würde. Cambon ist über die hiesige Stimmung beunruhigt und beabsichtigt morgen nach Paris zu fahren, um sich mit Cruppi persönlich auszusprechen."

*** Vgl. dazu französisches Gelbbuch: Affaires du Maroc VI, p. 235.

mittel der marokkanischen Regierung zwängen die französische Regierung, zum Schutz ihrer Staatsangehörigen Maßnahmen zu treffen.

Ich habe die Mitteilung dankend entgegengenommen und bemerkt, ich hätte vollstes Vertrauen in die loyalen Absichten der französischen Regierung, bisweilen aber seien die Ereignisse stärker, als man geglaubt, und führten schließlich zu Dingen, die man nicht beabsichtigt habe. Ich müßte daher schon jetzt erklären, daß, falls französische Truppen in Fes bleiben sollten, sodaß der Sultan nur noch mit Hülfe französischer Bajonette regiere, wir denselben nicht mehr als den durch die Algecirasakte bestätigten Sultan anzusehen vermöchten. Wir würden in diesem Falle die Akte als erledigt betrachten „et reprendre entièrement notre liberté d'action."

Ich habe noch hinzugefügt, daß wir die Verantwortung für die etwaigen Folgen des militärischen Vorgehens Frankreichs selbstverständlich der französischen Regierung überlassen müßten.

Kiderlen

Nr. 10546

Der Botschafter in Paris Freiherr von Schoen an den Reichskanzler von Bethmann Hollweg

Ausfertigung

Nr. 244 Paris, den 28. April 1911

Der mir befreundete russische Gesandte in Tanger, Herr Botkin, der von dort auf der Reise zu der Fischereikonferenz in Washington soeben hier eingetroffen ist, erzählt mir, in Tanger würden die französischen Besorgnisse um das Schicksal der Europäer in Fes von niemand außer der französischen Gesandtschaft und den ihr nahestehenden Journalisten, zu denen auch der „Times"-Korrespondent Harris gehöre, geteilt*. Die aufständische Bewegung in Marokko richte sich

* Nach einem Bericht des belgischen Gesandten in Tanger vom 2. Mai (Zur Europäischen Politik 1897—1914, ed. B. Schwertfeger, III, 235f.) hätte sogar der dortige französische Geschäftsträger de Billy scharfe Kritik an dem französischen Vorgehen gegen Fes geübt: „Le Chargé d'Affaires de France lui-même qui devrait être le plus au courant affirme que Paris ne correspond guère avec lui, et assure que la brusque décision du Gouvernement de la République de marcher sur Fez l'a d'autant plus surpris qu'il n'avait jamais cessé de conseiller de se borner à l'emploi de troupes locales suffisantes pour devenir maître d'une situation que les journaux de Paris semblent noircir à l'envi. Il en est de même du ‚Times' dont le correspondant à Tanger, M. Harris, est depuis l'entente cordiale entièrement à la dévotion de la France." In einem weiteren Bericht des belgischen Gesandten in Tanger vom 5. Mai heißt es in genauem Einklang mit dem Schoenschen Bericht: „En dehors des cercles français qui dépeignent la situation comme désespérée, personne ici n'a eu d'inquiétudes sur le sort des Européens à Fez. Le Colonel Muller, inspecteur de la police chérifienne vient de rentrer d'une tournée de service dans l'intérieur de l'Empire qui a duré près de trois mois. Nulle part il

keineswegs gegen die Fremden im allgemeinen, sondern ausschließlich gegen die französischen Offiziere und den Sultan, der sie gewähren lasse und sie an die Spitze der Mahallas gestellt habe. Der Ursprung der Bewegung sei darin zu suchen, daß Oberstleutnant Mangin den schweren Mißgriff begangen, französische Strafvorschriften einzuführen und sie in einigen Fällen von Diebstahl und Desertion gegen Angehörige des Scherardastammes mit aller Strenge anzuwenden. Daher zunächst der Aufstand der Scherarda, der dann denjenigen anderer Stämme nach sich gezogen habe. Der weitere Fehler sei der, daß man den Instrukteuren die Führung muselmännischer Truppen im Kampf gegen Muselmanen anvertraut habe. Das räche sich nun bitter. Es seien also nur die eigenen Fehler der Franzosen, welche die jetzige Situation geschaffen, wenn er auch nicht so weit gehen wollte zu sagen, daß sie in dieser Absicht begangen worden. Aber gefährdet seien ausschließlich die französischen Offiziere, nicht die übrigen Europäer, und es sei eine pia fraus, wenn die Franzosen nun ihre Aktion mit der Rettung der Europäer in Fes begründeten. Er wolle dies übrigens hier ganz ruhig und offen aussprechen.

Herr Botkin glaubt übrigens nicht, daß die Franzosen bei einem Vormarsch auf Fes erheblichem Widerstand begegnen werden. Die Marokkaner seien dazu nicht imstande. Dagegen sei zu bedenken, daß, wenn die Franzosen Fes besetzen sollten, die aufständische Bewegung keineswegs zur Ruhe kommen, sondern sich eher verbreiten werde. Das ergebe dann ganz natürlich die Notwendigkeit einer langandauernden Besetzung. Er nehme daher an, daß die Franzosen es sich doch sehr überlegen würden, ob sie es bis zu einem solchen Ereignis, das wegen seines Widerspruchs mit dem Algecirasvertrage europäische Verwickelungen zur Folge haben würde, kommen lassen werden. Er glaube auch, daß die Franzosen sich deshalb großer Vorsicht befleißigen würden, weil die Besetzung von Fes die Spanier veranlassen würde, von der ganzen Einflußsphäre Besitz zu ergreifen, die ihnen Frankreich im Jahre 1904 offenbar in der irrtümlichen Berechnung eingeräumt habe, daß es Frankreich mit Englands Hilfe gelingen werde, die marokkanischen Dinge so zu meistern, daß jene Einräumung nie praktische Bedeutung erlangen würde. England sehe jetzt dem, was Frankreich und Spanien in Marokko treiben, ziemlich gleichgültig zu, aber es sei von der Besorgnis erfüllt, daß die Verwirrung zu einem Erwerb einer Kohlenstation seitens Deutschlands an der atlantischen Marokkoküste führen könnte.

v. Schoen

---

n'a été inquiété, bien au contraire, plus il allait vers le sud qu'à Paris l'on prétend menacé d'un mouvement xénophobe, mieux il était accueilli. On peut en conclure que si les Européens se trouvent prochainement en péril, c'est à la marche en avant des colonnes de secours qu'il faudra l'attribuer." Das., S. 238.

Nr. 10547

Der Geschäftsträger in Petersburg Graf von Mirbach-Harff an den Reichskanzler von Bethmann Hollweg

Ausfertigung

Nr. 131 St. Petersburg, den 29. April 1911

Die große Mehrheit der russischen Presse läßt kaum einen Tag vorübergehen, ohne die marokkanischen Wirren zu tendenziösen Ausfällen gegen Deutschland zu verwerten.

Die Führung hat selbstverständlich die „Nowoje Wremja", die sich von „Argus"* aus London mit entsprechend gefärbten Nachrichten versorgen läßt. Auch in der Form von Berliner Telegrammen bringt das Blatt Sensationsmeldungen, wie zum Beispiel, daß Deutschland eine Revision der Algecirasakte erstrebe in der Absicht, ausschließliche Rechte auf die atlantische Küste Marokkos zu erlangen. Gleiche Ziele verfolgen auch die Leitartikel des Blattes, die immer wieder auf den „bedrohlichen Charakter" hinweisen, welchen die marokkanischen Wirren in internationaler Beziehung annähmen, und stets aufs neue wiederholen, daß sich in Berlin, „wo man sich als Schutzherr der Mohammedaner fühle, ‚la manière forte' geltend mache". Sehr bezeichnend ist auch die anzügliche Wendung im vorgestrigen Artikel: „Sollte sich eine Macht finden, die den Wunsch hätte, die schwierige Lage Frankreichs zu benutzen, um die Revision der Algecirasakte zu fordern, so könnten die Ereignisse eine andere (i. e. weniger friedliche) Wendung nehmen. Wir wollen hoffen, daß es eine solche Macht nicht gibt."

Auch die heutige „Retsch" spricht von der Revanche für Algeciras, die Deutschland zu nehmen gedenke, um günstigere Resultate als vor fünf Jahren zu erlangen.

Der „Swjet" versteigt sich zu der Behauptung, „daß Deutschland mit Krieg drohe, falls Frankreich nicht Marokko mit ihm teile und ihm dabei den Löwenanteil überlasse".

Den „Birshewyja Wjedomosti" muß das Zeugnis ausgestellt werden daß sie deutsche Preßstimmen mit dem nötigen Unterscheidungsvermögen zu lesen verstehen und ihre Leser daran erinnern, sich unverantwortlichen Preßäußerungen gegenüber die Stimmung der maßgebenden deutschen Kreise zu vergegenwärtigen.

Gf. v. Mirbach

---

* Wesselitzky.

Nr. 10548

*Der Rat im Kaiserlichen Gefolge Gesandter Freiherr von Jenisch, z. Z. in Korfu, an den Staatssekretär des Auswärtigen Amtes von Kiderlen**

Privatbrief. Ausfertigung

Vertraulich Achilleion, den 30. April 1911

pp. Über die Auffassung Seiner Majestät in der Marokkofrage sind Euere Exzellenz hinreichend unterrichtet. Der Kaiser will durchaus nicht, daß wir die Franzosen verhindern, sich dort ernstlich zu engagieren. Als ich ihn darauf aufmerksam machte, daß wir doch die Algecirasakte unterschrieben und auch sonstige Abmachungen hätten, die doch nicht ganz außer Betracht gelassen werden könnten, meinte Seine Majestät: wenn es ihnen in ihre Politik passe, würden die Franzosen sich über derartige Abmachungen, auch wenn andere protestierten, ruhig hinwegsetzen, und dann hätten wir das Nachsehen, da wir doch wegen Marokko keinen Krieg wollten. Die Offene Tür für unsern Handel müßten die Franzosen uns natürlich garantieren. pp.

Jenisch

Nr. 10549

*Aufzeichnung des Staatssekretärs des Auswärtigen Amtes von Kiderlen***

Reinschrift

Berlin, den 3. Mai 1911

Vor nunmehr drei Jahren ist Mulay Hafid mit Hilfe der mächtigen Kaids des marokkanischen Südens auf den Thron gekommen, nachdem sein Bruder Mulay Abdul Asis, der ein schwacher Charakter war, durch

* Aus dem Privatbriefe Freiherrn von Jenischs, der alles politisch Bemerkenswerte über den fünfwöchigen Aufenthalt des Kaisers in Korfu zusammenfaßt, wird hier nur wiedergegeben, was sich auf Marokko bezieht.

** Die Aufzeichnung ist eine gemeinsame Arbeit des Dirigenten der Politischen Abteilung Zimmermann und des Marokkoreferenten Freiherrn Langwerth von Simmern. Aus der sorgfältigen Behandlung, die Kiderlen gerade der Motivierung der schon im Zimmermann-Langwerthschen Entwurf vorgesehenen eventuellen Aktion angedeihen ließ (er hat hier Einschaltungen vorgenommen, die im Druck durch Sperrung kenntlich gemacht sind), geht hervor, daß er der eigentliche Träger des Agadirgedankens war. Der eigentliche Zweck der Denkschrift vom 3. Mai war, wie aus einem Schreiben Kiderlens an Reichskanzler von Bethmann Hollweg vom 19. Juli (E. Jäckh, Kiderlen-Wächter, der Staatsmann und Mensch, II, 133) hervorgeht, die Zustimmung des Kaisers, der Anfang Mai auf der Rückreise von Korfu in Karlsruhe Station machte und hier am 5. Mai den Immediatvortrag des Reichskanzlers, kurz darauf auch den des nachträglich zitierten Staatssekretärs entgegennahm, zu dem Marokkoprogramm des Auswärtigen Amtes herbeizuführen. Die Denkschrift ist dem Kaiser am 5. vom Reichskanzler vorgelesen worden und fand die Zustimmung des Monarchen, der auch

seine Anlehnung an Frankreich im Lande fast jeden Anhang verloren hatte und schließlich mit seinen Söldnertruppen eine entscheidende Niederlage erlitt.

Die Bewegung, die Mulay Hafid auf den Thron brachte, beruhte in erster Linie darauf, daß das Selbstbewußtsein der großen Kaids des Südens erwacht war. Sie glaubten die Unabhängigkeit Marokkos sicherstellen zu können, wenn sie mit Mulay Hafid, der während langer Jahre als Stellvertreter seines Bruders in Marrakesch residiert hatte und als eine kraftvolle Persönlichkeit galt, nach Fes zogen und ihn an Stelle des schwachen Abdul Asis auf den Thron des scherifischen Reiches setzten.

Es entstand damals der Glaube, die in der Algecirasakte formell gewährleistete Selbständigkeit Marokkos könne durch Mulay Hafid zu neuer Realität erweckt werden. Man sah in der Bewegung, die zu seiner Thronbesteigung geführt, eine nationale Erhebung, und weite Kreise redeten sich ein, daß in Marokko noch Kräfte vorhanden seien, die eine Reorganisation des Landes ermöglichen würden. Diese Hoffnungen haben sich nicht erfüllt.

Die völlige Unfähigkeit der Marokkaner zu planvollem Handeln, der Mangel an jedem Organisationstalent und an jeder Ausdauer ließen schon bald erkennen, daß Mulay Hafid trotz seiner zweifellos bedeutenden Eigenschaften nicht die Möglichkeit habe, von innen heraus sein Land zu reorganisieren und damit die für seine Selbständigkeit unerläßlichen Garantien zu schaffen. Läge Marokko auf dem asiatischen Hochplateau wie zum Beispiel Tibet, so wäre es denkbar, daß ein Staat, in dem Zustände herrschen, die man in vieler Beziehung etwa mit den späteren Merowingerzeiten vergleichen kann, auch weiterhin sein Dasein fristen möchte. Ein Land aber, das wie das Scherifenreich in nächster Nähe Europas gelegen, auf seiner Ostgrenze Frankreich zum Nachbarn hat und im Norden mit Spanien im ständigen Kontakt steht, kann sich der Einwirkung europäischer Kultur nicht entziehen. Sobald die Machtentwicklung seiner Nachbarn und das Erscheinen von Dampf und Elektrizität ein weiteres Fortvegetieren in unbedingter Isoliertheit unmöglich gemacht hatten, geriet Marokko in Berührung mit der übermächtigen westlichen Welt. Es gab seitdem auf die Dauer nur zwei Möglichkeiten: entweder das Land erwies sich fähig, aus sich heraus den bisherigen Zuständen ein Ende zu machen und eine fortschritt-

---

damit sich einverstanden erklärte, daß man zunächst die Franzosen mit dem Kompensationsgedanken herauskommen lasse. Noch am 5. telegraphierte Reichskanzler von Bethmann Hollweg an das Auswärtige Amt aus Karlsruhe: „Personalveränderungen, Marokko, England, Urlaub unverändert genehmigt." Am 11. Mai schrieb auch Kiderlen aus Karlsruhe: „Der Kaiser hat mein Marokkoprogramm (auch mit Schiffen für Agadir) gebilligt" (E. Jäckh, a. a. O., II, 122). Vgl. noch die späteren Randbemerkungen des Kaisers zu dem Telegramm Bethmann Hollwegs vom 10. Juli 1911 (Kap. CCXXVIII, Nr. 10 600).

liche Entwicklung anzubahnen, oder es mußte früher oder später der Aufsaugung durch seine Nachbarn in der einen oder anderen Form verfallen.

Marokko besteht bekanntlich aus einer Anzahl einzelner Stämme. Sie besitzen eine große Selbständigkeit und sind auch in früheren Jahrhunderten nur von wenigen wirklich machtvollen Sultanen in Wahrheit beherrscht worden. Das Interesse dieser Stämme, deren Abstammung eine sehr verschiedene ist, endet im wesentlichen an der Grenze des Stammes; von einem marokkanischen Nationalgefühl kann keine Rede sein. Allerdings werden die Stämme durch den Islam zusammengehalten. Aber soviel auch bei allen möglichen Gelegenheiten vom heiligen Krieg geredet worden ist, auch dieser würde, wenn er je von einem Sultan des Scherifenreichs ausgerufen werden sollte, schwerlich eine andere Folge haben, als den momentanen Ausbruch der Volksleidenschaft zu erzeugen. Die innere Struktur des Landes würde nicht verändert werden, noch aus dem Konglomerat der sich befehdenden Stämme ein Staatengebilde entstehen.

Bei dieser Lage der Dinge blieb Mulay Hafid nichts anderes übrig, als mit den mächtigen Nachbarn zu paktieren. Hinzu kam für ihn die ungünstige Finanzlage des Landes, da der von seinem Vater hinterlassene Staatsschatz aufgezehrt und im Laufe der Jahre erhebliche Schulden entstanden waren. Ihre Bezahlung vermochte aber das Land aus eigenen Mitteln um so weniger zu leisten, als die Stämme keineswegs geneigt waren, hierfür besondere Opfer zu bringen.

Die einzigen Einnahmen des Landes, auf die der Sultan zurzeit mit Sicherheit rechnen kann, sind die Zölle in den Hafenstädten. Diese waren schon im Jahre 1904 einem französischen Konsortium bis zu 60% verpfändet, während der Rest von Mulay Hafid im Jahre 1909 zur Sicherstellung der sogenannten Liquidationsanleihe hingegeben werden mußte, die unvermeidlich geworden war, um die aufgelaufenen dringendsten Forderungen zu begleichen. Weiter verschlimmert wurde die Lage, als die Rifkampagne der Spanier dem Lande neue Lasten aufbürdete. Der Sultan sah sich auf diese Weise zur Begleichung seiner Regierungsausgaben darauf angewiesen, bei der Einziehung von Steuern im Innern rigoroser vorzugehen. Um dies aber zu können, bedurfte er zuverlässiger Soldaten, die wiederum nicht ohne Bezahlung zu haben waren. Es war ein circulus vitiosus, in den er sich verstrickt sah, und der notgedrungen dazu führte, daß auch Mulay Hafid wie früher sein Bruder sich enger und enger an Frankreich anzulehnen suchte.

Schon seit den siebziger Jahren bestanden auf Grund von Verträgen in Fes Militärmissionen der Franzosen, Spanier, Engländer und Italiener. Die Verträge, auf denen diese beruhten, gehören zu denen, die durch die Algecirasakte bestätigt worden sind. War aber bislang diesen Missionen keine allzu einschneidende Aufgabe zugefallen, so änderte das sich jetzt mehr und mehr in betreff der französischen Mission.

An ihrer Spitze steht seit 1908 der tüchtige Oberstleutnant Mangin. Es gelang ihm, dem Sultan die Überzeugung beizubringen, daß eine wirkliche Sicherstellung seiner Regierung nur gelingen könne und insbesondere ein geordnetes Eingehen der inneren Steuern sich nur erreichen lassen werde, wenn Mulay Hafid über eine zuverlässige Truppe verfüge. Bei dieser komme es zunächst weniger auf die große Zahl an als darauf, daß sie regelmäßig bezahlt, gut ausgerüstet und vor allem — soweit das mit Marokkanern möglich ist — gut durchgebildet sei. Mit dem alten System, die Sultanstruppen dadurch zu erhalten, daß man sie sich auf Kosten unbotmäßiger Stämme durch Plünderung und Brandschatzung ernähren ließ, sollte gebrochen und eine Söldnertruppe auf geordneter Basis organisiert werden.

Es liegt auf der Hand, daß die um ihre Selbständigkeit besorgten und zum Steuerzahlen wenig geneigten Stämme diese Vorgänge mit dem größten Mißtrauen verfolgten. Daß sie sich unter der Leitung der allgemein im Lande verhaßten Franzosen abspielten, verstärkte den Gegensatz, der durch die Einführung eines neuen Strafkodex und die Hinrichtung zweier in flagranti ertappter Marodeure weiter verschärft wurde. Andererseits kamen zufällige Umstände wie zum Beispiel die Gegnerschaft verschiedener mächtiger Stämme gegen den Großwesir hinzu. Aus all diesen Gründen entstand jene Bewegung der um Fes wohnenden Stämme, die zu den bekannten Kämpfen geführt und den Sultan in die schwierige Lage, in der er sich zurzeit befindet, gebracht hat.

Es ist wenig wahrscheinlich, daß es den aufständischen Stämmen gelingen sollte, das von einer starken Mauer umgebene Fes zu erobern, um so weniger, als die oben erwähnten marokkanischen Eigenschaften es als ausgeschlossen erscheinen lassen, daß die einzelnen Kabylen ihre Stammesgegensätze beiseite lassen und sich zu einem planvollen Vorgehen entschließen sollten. Außerdem dürfte die bevorstehende Ernte nicht unerheblich dazu beitragen, die Kriegslust der Rebellen zu dämpfen. Mehren sich doch schon jetzt die Nachrichten, die von einem Abflauen der Bewegung zu melden wissen. Dessenungeachtet nimmt die französische Regierung unter Berufung auf ihre amtlichen Berichte eine ernste Gefährdung ihrer in Fes weilenden Militärmission an und bereitet eine Expedition zu ihrer Rettung vor.

Vom Standpunkte der Algecirasakte werden sich hiergegen Einwendungen an sich nicht erheben lassen, da man einer Großmacht nicht wohl das Recht streitig machen kann, ihre Staatsangehörigen mit den Mitteln zu schützen, die sie zu diesem Zweck für geeignet hält. Auch hat die französische Regierung die bündigsten Erklärungen abgegeben, daß sie mit der geplanten Expedition keine anderen Zwecke verfolge, als ihre Staatsangehörigen und die übrigen in Fes eingeschlossenen Europäer zu retten.

Die weitere Entwicklung der Ereignisse bleibt abzuwarten. Kommt es wirklich zu einem Vorstoß der französischen Truppen nach Fes, so

ist es wenig wahrscheinlich, daß der Gang der Dinge es den Franzosen möglich machen wird, mit den Europäern an die Küste zurückzukehren und das Innere Marokkos wieder sich selbst zu überlassen.*

Selbst wenn man den kaum denkbaren Fall annehmen wollte, daß die öffentliche Meinung Frankreichs der Regierung ein solches Vorgehen gestatten sollte, darf man sich nicht darüber täuschen, daß ein solcher Rückmarsch von den Stämmen als ein Akt der Schwäche gedeutet werden würde. Darin läge aber der Keim zu neuen Unruhen, die abermaliges französisches Vorrücken veranlassen müßten.

Es ergibt sich hieraus folgendes:

Die Macht der Tatsachen wird aller Voraussicht nach über kurz oder lang dahin führen, daß das Bestehen der Voraussetzungen der Algecirasakte sich auch bei gewaltsamster Fiktion nicht mehr behaupten lassen wird.** Ein Sultan, der nur, gestützt auf französische Bajonette, seine Regierung im Lande aufrechtzuerhalten vermag, bietet nicht mehr die Garantien für die Selbständigkeit seines Landes, deren Erhaltung der ganze Zweck der Algecirasakte war. Es wird demnach nichts anderes übrig bleiben, als dieser durch die Macht der Tatsachen vollzogenen Wandlung Rechnung zu tragen und eine neue Einstellung unserer Politik in bezug auf Marokko vorzunehmen.

Hierbei würde sich folgende Möglichkeit darbieten: Sobald die Franzosen in Fes eingetroffen sind und angefangen haben, sich dort einzurichten, würden wir nach einer Weile unter Hinweis auf die Erklärung der französischen Regierung, daß man nicht daran denke, in Fes zu bleiben, in freundlicher Form in Paris anfragen, wie lange die

---

* Die gleiche Auffassung herrschte auch im Foreign Office vor. Die Erfahrung aller europäischen Staaten beweise, so sagte um jene Zeit der Unterstaatssekretär Sir A. Nicolson zu dem russischen Botschafter Graf Benckendorff, daß es leichter sei, eine Stadt zu besetzen, als sich wieder zurückzuziehen; er glaube, daß im Falle einer längeren Dauer der Besetzung von Fes politische Komplikationen entstehen könnten. v. Siebert, Diplomatische Aktenstücke, a. a. O., S. 414.

** Eine völlig gleiche Auffassung kommt auch in den Berichten des belgischen Gesandten in Berlin Baron Greindl zum Ausdruck. So heißt es in dem Bericht vom 21. April: „Je ne crois pas qu'il y ait ici le moindre désir de jouer un rôle actif dans l'affaire marocaine. On doit avoir perdu depuis longtemps, si l'on en a jamais entretenu, toute illusion sur la valeur de l'acte d'Algésiras que la France a signé avec la ferme intention de ne l'observer jamais. Elle n'a pas cessé un instant de poursuivre ses plans d'annexion soit en saisissant des prétextes pour des occupations provisoires destinées à durer pendant l'éternité soit en extorquant des concessions plaçant le sultan sous la dépendance de la France en l'abaissant progressivement au niveau du Bey de Tunis." Belgische Aktenstücke 1905—1914, S. 79. Ähnliche Äußerungen enthält der Greindlsche Bericht vom 1. Mai: „Néanmoins le Gouvernement Impérial Allemand n'a nul désir de se créer des embarras extérieurs en entravant l'action militaire de la France au Maroc et pour se dispenser d'intervenir il feint d'ajouter foi aux assurances données par le Gouvernement Français relativement au caractère transitoire de l'occupation de territoires marocains. Il n'a pourtant aucune raison de croire que M. Cruppi soit plus sincère que ne l'était M. Pichon et sa confiance doit être d'autant moindre que M. Delcassé fait partie du ministère français". Das. S. 81.

französische Regierung ein Bleiben ihrer Truppen in Fes noch für erforderlich halte. Frankreich würde kaum anders können, als uns eine Frist zu nennen. Natürlich würde nach ihrem Ablauf unter irgendwelchen Vorwänden der Rückmarsch weiter hinausgezögert werden. Dann wäre für uns der Moment gekommen, den Signatarmächten zu erklären, daß wir vollstes Verständis dafür hätten, daß die Ereignisse Frankreich zwängen, in Fes zu bleiben, wir könnten indessen einen Sultan, der nur noch mit Hilfe französischer Truppen regiere, nicht mehr als den von der Algecirasakte vorgesehenen selbständigen, souveränen Herrscher anerkennen. Die Akte sei damit durch die Macht der Tatsachen zerrissen und sämtlichen Signatarmächten die volle Freiheit des Handelns zurückgegeben. Es würde dann für uns in Frage kommen, welchen Gebrauch wir von dieser Freiheit machen. Die Besetzung von Fes würde die Aufsaugung Marokkos durch Frankreich anbahnen. Wir würden durch Proteste nichts erreichen und würden damit eine schwer erträgliche moralische Niederlage erleiden. Wir müssen uns daher für die dann folgenden Verhandlungen ein Objekt sichern, das die Franzosen zu Kompensationen geneigt macht. Wenn sich die Franzosen aus „Besorgnis" für ihre Landsleute in Fes etablieren, haben auch wir das Recht, bedrohte Landsleute zu schützen. Wir haben große deutsche Firmen in Mogador und Agadir. Deutsche Schiffe könnten sich zum Schutz dieser Firmen in jene Häfen begeben. Sie könnten dort ganz friedlich stationiert werden — nur um das Zuvorkommen anderer Mächte in diesen wichtigsten Häfen Südmarokkos zu hindern.*

---

* Statt des im Druck gesperrten Passus, der eine Einschaltung des Staatssekretärs von Kiderlen war, sah der ursprüngliche Entwurf folgende Fassung vor: „Gleichzeitig mit dieser Erklärung würden wir einige Schiffe nach Mogador und Agadir senden, um diese wichtigsten Häfen Südmarokkos uns als Faustpfand zu sichern."
Auffälligerweise konnte eine Berliner Nachrichtenagentur schon am 8. Mai eine Mitteilung in die Presse bringen, daß die deutsche Regierung drei Kreuzer an die westmarokkanische Küste senden wolle. Diese Nachricht wurde allerdings von der „Norddeutschen Allgemeinen Zeitung" sofort als „gefährlicher Unfug" und „frei erfundene Sensationsnachricht" bezeichnet, scheint aber doch nicht ganz ohne Eindruck geblieben zu sein. Jedenfalls wußte Iswolsky am 11. Mai Sasonow zu berichten: „Es ist interessant, daß Sir Francis Bertie persönlich davon überzeugt ist, Deutschland warte nur den geeigneten Augenblick ab, um zu verkünden, daß die Algecirasakte aufgehört habe zu bestehen, und dann einen der zwei Häfen (darunter Mogador) an der atlantischen Küste Marokkos zu besetzen." Der diplomatische Schriftwechsel Iswolskis 1911—1914, ed. Fr. Stieve, I, 99. Ähnlich beurteilte auch Iswolsky selbst die Situation: „Nach allem zu urteilen, was mir bekannt ist, hat das Berliner Kabinett eine sehr vorteilhafte und geschickte Stellung gewählt: Ohne bis jetzt irgend etwas gegen die Handlungsweise Frankreichs einzuwenden, behält es sich die Möglichkeit vor, jederzeit zu verkünden, daß die Algecirasakte verletzt worden sei . . . So beherrscht die deutsche Diplomatie die Lage und kann nicht nur je nach der Entwicklung der Dinge an Ort und Stelle, sondern auch nach dem allgemeinen Verlauf seiner inneren oder äußeren Politik plötzlich die marokkanische Frage zuspitzen." Das. S. 98. Es ist bemerkens-

Für die Wahl gerade dieser Häfen, deren große Entfernung vom Mittelmeer Schwierigkeiten seitens Englands wenig wahrscheinlich macht, würde ins Gewicht fallen, daß sie ein äußerst fruchtbares Hinterland besitzen, in dem auch nennenswerte Minenschätze vorhanden sein sollen. So hat zum Beispiel die Hamburger Firma Warburg & Co. dort in der letzten Zeit Kupferlagerungen von angeblicher Bedeutung feststellen können. Hinzu kommt, daß die mächtigen Kaids der Gegend seit langen Jahren mit der deutschen Firma Weiß & Mauer in Mogador in freundschaftlichsten Beziehungen stehen, sodaß es möglich sein dürfte, bei geschickter Behandlung der Angelegenheit jede Aufregung im Hinterlande der beiden Häfen hintanzuhalten. Bezüglich Agadirs darf noch bemerkt werden, daß dieser Ort bislang nicht zu den „offenen" Häfen Marokkos gehört hat, daß er aber der beste Hafen des Landes an seiner atlantischen Küste sein soll.

Im Besitz eines solchen Faustpfandes würden wir die weitere Entwickelung der Dinge in Marokko in Ruhe mitansehen und abwarten können, ob etwa Frankreich uns in seinem Kolonialbesitz geeignete Kompensationen anbieten wird, für die wir dann die beiden Häfen verlassen könnten.

Seine Majestät haben wiederholt allergnädigst darauf hinzuweisen geruht, welchen Wert es für uns haben würde, wenn die Franzosen tiefer und tiefer in das marokkanische Abenteuer verstrickt und dadurch bis zu einem nicht unerheblichen Maße festgelegt würden. Der gegenwärtige Gang der Dinge bei Fes scheint in der Tat es zu einer solchen Festlegung kommen zu lassen. Andererseits aber eröffnet sich der Kaiserlichen Regierung die Möglichkeit, durch das Nehmen eines Faustpfandes der Marokkoangelegenheit eine Wendung zu geben, die die früheren Mißerfolge vergessen machen könnte*.

---

wert, daß gerade Iswolsky die in Deutschland scharf getadelte Agadiraktion hier im voraus als geschicktes Vorgehen der deutschen Regierung bezeichnet.

* Merkwürdig ist, daß in der Kiderlenschen Denkschrift gar nicht die Frage aufgeworfen wird, ob das Nehmen eines Faustpfandes in Marokko nicht Schwierigkeiten mit England als der Macht, die a priori zu einer diplomatischen Unterstützung Frankreichs in der Marokkofrage verpflichtet war, und die außerdem einer Festsetzung Deutschlands an der atlantischen Küste kaum gleichgültig gegenüberstehen konnte, heraufführen müsse. Dabei war sich Kiderlen durchaus klar darüber, daß „wir, solange die Marokkofrage in der Luft schwebt, überall auf der ganzen Welt in allen Fragen England auf Frankreichs Seite finden werden". Schon im Juni 1910 hatte er zu dem rumänischen Staatsmann Take Jonescu gesagt: „England kann Frankreich in der Marokkofrage nicht allein lassen und weiß ganz genau, daß Frankreich ihm einen Teil seiner positiven Rechte in Ägypten abgetreten hat als Austauschobjekt für etwas, was England in Marokko nicht besaß. So hat also England Frankreich gegenüber eine Ehrenschuld. Wenn wir nun der Unannehmlichkeit der diplomatischen englisch-französischen Kooperation aus dem Wege gehen wollen, so müssen wir die Franzosen in Marokko nach ihrem Belieben schalten lassen und damit England behilflich sein, seine Schuld gegen Frankreich abzutragen. Übrigens bringen wir damit gar kein Opfer. Wir können uns in Marokko doch nicht niederlassen, wenn die Engländer dagegen sind.

Auch für die weitere Entwicklung der innerpolitischen Verhältnisse bei uns würde es von Bedeutung sein, wenn es gelingen sollte, bei der schwerlich noch aufzuhaltenden Liquidation der marokkanischen Frage für Deutschland greifbare Vorteile herauszuschlagen.

Unsere öffentliche Meinung würde mit alleiniger Ausnahme der Sozialdemokratischen Partei das einfache Geschehenlassen der Dinge im Scherifenreiche der Kaiserlichen Regierung zu schwerem Vorwurfe machen, während andererseits mit Sicherheit angenommen werden darf, daß praktische Ergebnisse manchen unzufriedenen Wähler umstimmen und den Ausfall der bevorstehenden Reichstagswahlen vielleicht nicht unwesentlich beeinflussen würden.

Kiderlen

Nr. 10550

Der Botschafter in Paris Freiherr von Schoen an das Auswärtige Amt

Telegramm. Entzifferung

Nr. 113 Paris, den 3. Mai 1911

Herr Cruppi sagte mir bei Diplomatenempfang, er sei dankbar für klare Aussprache Euerer Exzellenz sowie Staatssekretärs gegenüber Cambon*, mit dem er eingehend gesprochen habe. Die Lage in Marokko sei noch immer unklar.[1] Er habe seit 23. April keine amtliche Nachricht aus Fes, wisse auch nicht, ob Kolonne Brémond dahin durchgedrungen. Gleichwohl lägen Anzeichen vor, daß aufständische Bewegung unter Eindruck französischer Machtentfaltung abzuflauen beginne. Wäre diese

---

Wozu sollen wir also eine unnötige Spannung aufrecht erhalten. Wenn wir bei dieser Gelegenheit auch für uns etwas erreichen können, um so besser: nur dürfen wir daraus keine conditio sine qua non machen." Take Jonesco, Souvenirs, p. 54s; daraus übernommen von E. Jäckh, Kiderlen-Wächter, der Staatsmann und Mensch, II, 233f. Daß Kiderlen im Frühjahr 1911 eine andere Auffassung gewonnen haben sollte, ist in sich unwahrscheinlich. Es ist außerdem bezeugt (Graf E. zu Reventlow, Deutschlands auswärtige Politik 1888 bis 1914, 4. Aufl., S. 400), daß Kiderlen vor der Entsendung des „Panther" sich zu der Ansicht bekannt hat: er glaube, „daß Großbritannien genau ebenso zu Frankreich halten werde wie 1905, schon um den Franzosen nicht als unzuverlässig zu erscheinen, also die entente cordiale zu gefährden". Kiderlen selbst hat am 12. August 1911 die Worte niedergeschrieben: „Man glaubt immer, daß ich mich über die Stimmung in England getäuscht habe. Aber nein!" (E. Jäckh, a. a. O., II, 138; vgl. Kap. CCXXX, Nr. 10708, Fußnote **). Danach ist keinenfalls richtig, was Tirpitz in seinem Buche „Der Aufbau der Deutschen Weltmacht" (S. 204) schreibt: „Man nahm — im Auswärtigen Amt — eine wohlwollende Haltung Englands von vornherein an, weil man einige Freundlichkeiten ausgetauscht hatte." Im Gegenteil, man unternahm die Agadiraktion, obwohl man voraussah, daß England sich auf Frankreichs Seite stellen werde. Man unternahm sie, gerade weil man durch Liquidierung der Marokkoaffäre das eine Haupthindernis einer Verständigung mit England hinwegräumen zu können hoffte. Die oben angeführten Worte Kiderlens zu Take Jonescu dürften den eigentlichen Schlüssel für Kiderlens Marokkopolitik geben.

* Siehe Nr. 10545.

nicht von vornherein imposant gewesen, so wäre, wie er zugebe, Gefahr entstanden, daß aufständische Bewegung sich verbreitete und vertiefte. Mit Existenz des Sultans würde es in diesem Falle schon jetzt vorbei gewesen sein. Er hege Zuversicht, daß alles gut endigen würde. Es bestehe nicht die Absicht, nach Fes zu gehen. Ohne sich auf militärische Einzelheiten einzulassen, versicherte er, man werde es an der gebotenen Vorsicht und Rücksicht auf internationale Verträge nicht fehlen lassen.

Unsere Haltung scheint als eine Mahnung zur Vorsicht gewirkt zu haben, und Minister hatte offenbar Absicht, mich zu beruhigen. Mir scheint fraglich, ob bei Druck Kolonialchauvinisten und Militärs Regierung, auch besten Willen vorausgesetzt, noch in der Lage ist, begonnene Aktion zu begrenzen.[2]

Schoen

Randbemerkungen Kaiser Wilhelms II. auf einer Übermittlung des Telegramms:
[1] Anscheinend hat sie sich geklärt!?
[2] man lasse gewähren

Nr. 10551

Der Botschafter in Paris Freiherr von Schoen an den Reichskanzler von Bethmann Hollweg

Ausfertigung

Nr. 250 Paris, 4. Mai 1911

Gestern abend endlich ist die amtliche Bestätigung der längst bekannten Nachricht hier eingetroffen, daß die Mahalla des Majors Brémond am 26. v. Mts. glücklich in Fes angelangt sei. Allerdings, so wird hinzugefügt, sei dies unter heftigen Kämpfen geschehen, und die aufständischen Stämme schlössen sich hinter der Mahalla wieder zusammen.

Zur Zeit des gestrigen Diplomatenempfanges hatte Herr Cruppi diese Meldung noch nicht in Händen. Seine letzten Nachrichten aus Fes waren vom 23. Wiewohl er an der von anderer Seite bestimmt gemeldeten Ankunft Brémonds kaum zweifelte, schloß er doch aus dem Fehlen amtlicher französischer Nachrichten, daß die Rekkas, die Boten, nicht durchzukommen vermochten, daß also Fes nach wie vor von der Außenwelt abgeschnitten sei. Die Lage, sagte er, sei also noch immer, wenn auch nicht unmittelbar gefahrdrohend für die Europäer, so doch verworren und ernst. Und wenn es sich selbst nicht mehr darum handeln sollte, die Europäer zu retten, so komme es doch darauf an, die Verbindungen mit Fes zu sichern, die Verpflegung der Stadt zu ermöglichen, vor allem aber die Sultansgewalt zu stärken, und zwar so nachhaltig, daß der Wiederkehr ähnlicher Ereignisse wie der jetzigen vorgebeugt werde.

Diese Auffassung des Ministers dürfte durch die Nachricht von der Rückkehr Brémonds nach Fes, da sie nur unter fortdauernden Kämpfen stattgefunden haben soll, kaum eine wesentliche Änderung erfahren haben.

Es ist aber bezeichnend, daß Herr Cruppi schon vor Eintreffen dieser Nachricht die bisher so hartnäckig festgehaltene Begründung des französischen Eingreifens mit der Gefährdung der Europäer in Fes so gut wie fallen ließ und das Hauptgewicht auf Erhaltung und Stärkung der Sultansgewalt legt.

Auf meine Bemerkung, ob nicht, wie ich schon früher ausgeführt, das französische Eingreifen geeignet sei, statt einer Stärkung eine tatsächliche Schwächung der Sultanshoheit und statt der Dämpfung eine Vermehrung der Wirren zu bringen, antwortete Herr Cruppi, er gebe zu, daß diese Gefahr entstanden wäre, wenn Frankreich nicht rasch und mit Aufbietung starker Machtmittel gehandelt hätte. Die imposante französische Machtentfaltung, deren Kenntnis sich jetzt unter den Stämmen verbreite, sei ersichtlich nicht ohne heilsame Wirkung geblieben. Der Aufstand scheine an manchen Stellen entschieden abzuflauen. Hätte Frankreich nicht mit starker Hand und allen Augen erkennbar zugunsten des Sultans und im Einvernehmen mit diesem eingegriffen, so würde der Sultan schon heute nicht mehr existieren, sagte der Minister, mit dieser Äußerung zugebend, daß die Herrschaft des Sultans schon jetzt sich lediglich auf die französischen Gewehre stützt.

Einer bestimmten Angabe dessen, was nun weiter geschehen solle, namentlich einer Berührung der in der Presse vielfach erörterten Frage, bis zu welchem strategischen Punkt die Entsatztruppen vorgehen, ob etwa nur die scherifischen Streitkräfte bis nach Fes, die rein französischen aber nur bis in eine die Verbindungen beherrschende Position rücken sollen, wich der Minister aus. Er versicherte nur immer wieder, die Regierung habe sich eine bestimmte Grenze gezogen, deren Einhaltung sie zu sichern wissen werde. „Nous n'avons pas l'intention d'aller à Fez", sagte er mit Nachdruck, eine Wendung, die immerhin die Möglichkeit noch offen läßt, daß Frankreich durch den Gang der Ereignisse schließlich doch zur Besetzung von Fes veranlaßt werden könnte. Wenn Herr Cruppi seiner Äußerung auch von neuem die weitere Versicherung hinzufügte, Frankreich werde mit aller gebotenen Vorsicht handeln und den internationalen Abmachungen treu bleiben, so darf nicht vergessen werden, daß er, wie ich in meiner Berichterstattung erwähnt, die Sultanshoheit als eine Souveränität sui generis, als eine in Algeciras als unterstützungsbedürftige erkannte auffaßt und das Recht Frankreichs, sie mit allen Mitteln, nötigenfalls auch mit Waffengewalt zu erhalten, aus den bestehenden Verträgen herleiten will. Von einem europäischen Mandat zur Herstellung von Ordnung und Frieden im scherifischen Reich, ein Argument, das in der Presse häufig wiederkehrt und gelegentlich auch von einzelnen Ministern in

Volksversammlungen gebraucht wurde, hat Herr Cruppi allerdings zu sprechen vermieden.

Mein Eindruck von der gestrigen Unterredung mit Herrn Cruppi ist der, daß die Erklärungen, die Euere Exzellenz und der Herr Staatssekretär dem Botschafter Cambon gegeben haben, und über die letzterer hier auch mündlich eingehend berichtet hat, nicht ohne starke Wirkung geblieben sind. Dem Minister kam es ersichtlich darauf an, die beruhigende Überzeugung zu erwecken, daß die Regierung die weitere Entwickelung der Dinge in Marokko in solchen Schranken zu halten wissen werde, daß eine Wendung, welche uns berechtigten Anlaß geben würde, die Grundsätze der Algecirasakte als durchbrochen zu erklären und volle Aktionsfreiheit zu beanspruchen, nicht eintreten wird. Daher die immer erneute Versicherung von Vorsicht und Loyalität sowie das Zurschautragen ruhigen Ausblickes in die Zukunft. „Je suis certain," sagte der Minister, „que tout finira très bien."

Ich zweifle nicht, daß es Herrn Cruppi, der eine gerade, offene Natur ist, mit seinen Versicherungen und seinem Optimismus völlig Ernst ist. Die Frage ist nur die, ob er und seine Ministerkollegen, einschließlich des Konseilpräsidenten, die bisher sich weniger als Männer von starker Selbständigkeit wie als schwankende Rohre gezeigt haben, die vom Winde der öffentlichen Meinung und den Einflüssen von Kulissenpolitikern bewegt werden, die Kraft haben werden, das bedachtsame Programm des Vorgehens in Marokko auch tatsächlich einzuhalten. Der Einfluß interessierter Vertreter kolonialer Expansion, denen es nur erwünscht ist, die Dinge in Marokko einer neuen Wendung im Sinne einer französischen Beschlagnahme zuzutreiben, ist nach wie vor nicht zu unterschätzen. Dazu kommen die tatendurstigen Militärs, die, wie die Erfahrung lehrt, es meisterhaft verstehen, die Entschlüsse der Regierung zu beeinflussen, Lagen zu schaffen, die ein Hinausgehen über enggezogene Grenzen erheischen, und auch vor eigenmächtigem Vorgehen nicht zurückschrecken. Rechnet man dazu noch mit der Schwierigkeit, der öffentlichen Meinung überzeugende und nicht dem Gedanken eines Druckes des Auslandes, namentlich Deutschlands, Raum gebende Gründe für einen Stillstand und eine Rückgängigmachung der mit großem Aufwand eingeleiteten militärischen Aktion zu bieten, so ergibt sich trotz aller beruhigenden Versicherungen der Regierung die Wahrscheinlichkeit, daß es zu einer Besetzung von Fes oder doch zu einer Maßregel kommt, die dem gleich zu achten.

v. Schoen

Randvermerk von Kiderlens:

Der Botschafter soll nicht zu viel Intresse für die französischen Nachrichten über die angeblichen Zustände in Fes und überhaupt Marokko noch für die französischen Pläne zeigen. K. 6./5.

Nr. 10552

Der Staatssekretär des Auswärtigen Amtes von Kiderlen an den Botschafter in Petersburg Grafen von Pourtalès

Konzept von der Hand des Dirigenten der Politischen Abteilung Wilhelm von Stumm

Nr. 353

Berlin, den 6. Mai 1911
[abgegangen am 7. Mai]

Zu Ew. pp. gefälliger Information:

Herr Schebeko* hat hier mitgeteilt, die russische Regierung habe von der französischen Regierung analoge Erklärungen über die beabsichtigte Aktion in Marokko erhalten wie wir. Die russische Regierung habe von diesen Erklärungen mit Befriedigung Kenntnis genommen. Herr Schebeko bat mich, ihm nochmals den deutschen Standpunkt zu präzisieren.

Ich habe dem Geschäftsträger gesagt, daß wir gegen das französische Vorgehen Einwendungen nicht zu erheben hätten, solange eine Besetzung von Fes nicht erfolge, die Integrität Marokkos sowie die Souveränität des Sultans gewahrt bleibe. Ich hätte persönlich, wie ich ihm vertraulich sagen wolle, zwar das Gefühl, daß es der französischen Regierung mit den Versicherungen ernst gemeint sei, die sie in dieser Hinsicht abgegeben habe. Mitunter aber könne ich mich doch der Besorgnis nicht erwehren, daß dieselbe unter dem Druck äußerer Einflüsse sich hinreißen lassen werde, von ihrem gegenwärtigen Programm abzuweichen. In diesem Falle würde natürlich die Algecirasakte zerrissen sein und würden wir unsere volle Bewegungsfreiheit wiedererlangen.

Kiderlen

---

* Vgl. das Telegramm des Stellvertretenden russischen Außenministers Neratow an den russischen Geschäftsträger in Berlin vom 1. Mai 1911, abgedruckt in Der diplomatische Schriftwechsel Iswolskis 1911—1914, ed. Fr. Stieve, I, 87. Danach sollte Schebeko Kiderlen erklären, daß die russische Regierung die Handlungen Frankreichs bezüglich Marokkos für durchaus einwandfrei halte, und der Zuversicht Ausdruck geben, daß Deutschland diese Frage ebenso ansehe. Schebeko scheint sich des Auftrags erst am 4. Mai entledigt zu haben und, nach dem obigen Erlaß zu schließen, in einer sehr vorsichtigen Form, die hinter dem erteilten Auftrage wohl etwas zurückblieb. Trotzdem erhielt Botschafter Iswolsky am 5. Mai von Neratow die Weisung: „Wollen Sie, bitte das günstige Resultat unserer freundschaftlichen Intervention in Berlin betonen, die eine völlig befriedigende Antwort von seiten Deutschlands herbeigeführt hat, und gleichzeitig die Zuversicht ausdrücken, daß wir gegebenenfalls die gleiche Unterstützung von Frankreich erhalten." Das. S. 89.

Nr. 10553

Der Botschafter in Paris Freiherr von Schoen an das Auswärtige Amt

Telegramm. Entzifferung

Nr. 114 Paris, den 6. Mai 1911

Cambon* sagt mir, im Auswärtigen Ministerium seien heute ungünstige Nachrichten eingetroffen. Es fehle dort namentlich an Geld und Munition. Allem Anschein nach werde energische Durchführung der Hilfsaktion unvermeidlich werden.

Schoen

Nr. 10554

Der Botschafter in Paris Freiherr von Schoen an das Auswärtige Amt

Telegramm. Entzifferung

Nr. 117 Paris, den 7. Mai 1911
[aufgegeben am 8. Mai]

Caillaux sagte an Botschaftsrat** unter wiederholter Betonung vertraulichen und persönlichen Charakters Gesprächs folgendes: Situation Fes erscheine heute derart, daß Einmarsch französischer Truppen nicht zu umgehen sein werde. Besetzung Hauptstadt werde jedoch nur ganz kurz dauern, denn man sei sich klar darüber, daß Wiederabzug europäischer Truppen nur dann ohne schädliche Folgen bleiben könne, wenn bald erfolge. Caillaux beklagte lebhaft Mißstimmung Deutschlands über französisches Vorgehen. Frankreich sei gern bereit, wenn wir sein Lebensinteresse an Marokko rückhaltlos anerkennten, uns anderweitig Zugeständnisse zu machen. Leider nur gebe es wenig Gebiete, auf denen Frankreichs Entgegenkommen für uns von Wert sein dürfte. Ernsthaft käme wohl nur das koloniale in Frage. Als schwerwiegendsten Grund für französische Aktion angab Caillaux Befürchtung vor Ermordung Deutscher in Fes, wobei er andeutete, daß man hier für solchen Fall deutsches Eingreifen in Marokko für möglich hielte, was zweifellos bedenkliche Situation hervorgerufen hätte.

Schoen

Nr. 10555

Der Botschafter in Paris Freiherr von Schoen an den Reichskanzler von Bethmann Hollweg

Ausfertigung

Nr. 257 Paris, den 7. Mai 1911

Es kann mit einiger Sicherheit angenommen werden, daß die jetzige Regierung zu ihrem größeren Teil — vielleicht mit Ausnahme der

* Botschafter Jules Cambon war Ende April zu mehrtägigem Aufenthalt in Paris eingetroffen.

** Freiherr von der Lancken.

Herren Berteaux* und Delcassé — nur mit einiger Zaghaftigkeit und unter dem Druck der Chauvinisten und Geschäftspolitiker an die marokkanische Aktion herangegangen ist. Dabei war die Regierung offenbar noch von der Hoffnung geleitet, daß sie von seiten Deutschlands infolge des Abkommens von 1909 nicht viel Schwierigkeiten zu gewärtigen haben werde. Dieser Illusion ist durch die von Euerer Exzellenz Herrn Cambon gemachten Eröffnungen und, weiteren Kreisen erkennbar, durch die Note der „Norddeutschen Allgemeinen Zeitung“** bald ein Ende bereitet worden. Die dadurch hervorgerufene etwas gedrückte Stimmung ist nun noch dadurch verschärft worden, daß rascher, als erwartet werden konnte, der ganze marokkanische Lärm sich als ein ziemlich dreistes Manöver erwies, welchem die Regierung selbst insofern zum Opfer gefallen ist, als sie nunmehr für die umfassenden und kostspieligen militärischen Maßnahmen kaum noch eine Rechtfertigung finden kann.

Aus dieser für das ohnehin schwache Ministerium Monis recht unerfreulichen Situation heraus ist es zu erklären, wenn die von der Regierung neuerdings gefaßten Entschlüsse das Gepräge der Unentschlossenheit, ja sogar der Zerfahrenheit tragen. Man scheint schon zu der Überzeugung gelangt zu sein, daß man in eine Sackgasse geraten ist, aus welcher sich ein Ausweg nicht leicht finden lassen wird. Ein einfacher Rückzug nach all dem Lärm und den großen Vorbereitungen würde die Regierung nicht nur vor dem Auslande, sondern auch im Innern und namentlich vor dem Parlament in eine etwas lächerliche

---

* Kriegsminister.

** Am 30. April hatte die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung“ folgenden Artikel über Frankreichs Vorgehen in Marokko gebracht: „In der vergangenen Woche hat sich mehr und mehr herausgestellt, wie sehr sich die französische Regierung besorgt zeigt, für die als Instrukteure in und bei Fes weilenden französischen Offiziere Schutzmaßnahmen zu ergreifen. Eine Gefährdung der europäischen Kolonien ist nach den in Berlin eingelaufenen Nachrichten glücklicherweise vorläufig nicht zu befürchten. Frankreich ist es nicht zu verdenken, daß es auf alle Mittel sinnt, die geeignet erscheinen, das Leben seiner Offiziere zu sichern. Es bleibt natürlich dem Ermessen Frankreichs überlassen, welche Mittel ihm geeignet erscheinen, da es auch die Verantwortung für die Folgen der angewandten Mittel trägt. Nach bündigen Versicherungen der französischen Regierung hat sie lediglich die Absicht, die zur Sicherung ihrer Staatsangehörigen nötigen Maßregeln zu ergreifen, insbesondere beabsichtigt sie nicht, die Integrität Marokkos und die Souveränität des Sultans anzutasten. Auch liegt eine Besetzung von Fes nicht in ihren Absichten. Es ist zu hoffen, daß die Ereignisse der französischen Regierung die Innehaltung ihres Programms gestatten werden. Ein Hinausgehen über dasselbe würde deshalb mit der Algecirasakte nicht in Einklang stehen, weil ein wesentlicher Bestandteil der Akte ein unabhängiger marokkanischer Herrscher ist. Ein Durchbrechen wesentlicher Bestimmungen der Algecirasakte, selbst wenn es durch zwingende äußere Umstände und gegen den Willen der handelnden Macht herbeigeführt würde, würde sämtlichen Mächten ihre volle Aktionsfreiheit wiedergeben und könnte damit zu Konsequenzen führen, die sich zurzeit nicht übersehen lassen. Wir können aber nur wiederholen, daß vorläufig kein Anlaß vorliegt, bei der bisherigen vorsichtigen Haltung der französischen Regierung eine so weitgehende Entwicklung der derzetiigen Verhältnisse vorauszusehen.“

Position bringen. Andererseits würde ein weiteres Vordringen ins Innere Marokkos — dieser Erkenntnis glauben die Franzosen sich nicht verschließen zu können — von Deutschland nicht ruhig mitangesehen werden.

Angesichts dieser Lage ist es nicht zu verwundern, wenn in hiesigen ernst zu nehmenden Kreisen bereits der Gedanke erwogen wird, wie man mit uns zu einer endgültigen Verständigung über Marokko gelangen könnte. Verschiedentlich tauchten in der Presse in den letzten Tagen Vorschläge auf, die darauf hinausliefen, Deutschland für ein Gewährenlassen Frankreichs in Marokko Entschädigungen auf kolonialem oder wirtschaftlichem Gebiet zu gewähren. So wurde unter anderem von der Möglichkeit gesprochen, uns durch die Abtretung des französischen Kongo zu befriedigen, wofür wir allerdings auf Togo verzichten sollten*. Diese Tauschidee tritt vorläufig zwar erst in recht vager Form auf; sie scheint jedoch nicht nur eine müßige journalistische Kombination zu sein. Denn wie ich aus einem Gespräch mit einem zu Herrn Caillaux in nahen Beziehungen stehenden hiesigen Finanzmann entnahm, scheint der Finanzminister, der im Kabinett eine führende Rolle spielen und zweifellos gern der Urheber eines endgültigen Ausgleichs mit uns werden möchte, in der Tat im französischen Kolonialbesitz, namentlich im Kongo, für uns wertvolle Tauschobjekte zu erblicken.

Welchen Wert Herr Caillaux auf ein Verschwinden des Zankapfels Marokko aus den deutsch-französischen Beziehungen legt, dafür war mir noch folgende interessante Äußerung meines Gewährsmannes ein Beweis. Man neige hier in maßgebenden Kreisen, so sagte er, — und damit meint er ohne Zweifel Herrn Caillaux — der Annahme zu, der Widerstand Deutschlands gegen eine aktive französische Marokkopolitik würde

* Es verdient festgehalten zu werden, daß die erste aktenkundige Anregung eines Austausches des ganzen französischen Kongos gegen Togo als Entgelt für das Gewährenlassen Frankreichs in Marokko von französischer Seite, nicht von deutscher, ausgegangen ist. Wenn in diesem Zusammenhange von Freiherrn von Schoen der Name des Finanzministers Caillaux in erster Linie genannt wird, so hat die Folge gezeigt, daß auch die Außenminister Cruppi und de Selves und nicht minder der Botschafter Cambon der deutschen Regierung in gleicher Richtung Avancen gemacht haben; vgl. bezüglich Cruppis, der später seine Beteiligung bei solchen Avancen ganz in Abrede stellen wollte, u. a. Kap. CCXXVIII, Nr. 10573. In seinem Erinnerungsbuche „Erlebtes“ (S. 134) hat Freiherr von Schoen die Situation, aus der heraus solche mehr oder minder verschleierte französische Anerbietungen entstanden, dahin zusammengefaßt: „Man war sich in Paris nicht im unklaren darüber, daß das Vorgehen aus dem Rahmen eines zulässigen Polizeiunternehmens weit hinausging, somit mit Verträgen und Abkommen nicht im Einklang stand, man konnte auch nicht im Zweifel darüber sein, daß unser Wunsch nach Vermeidung von Reibungen nicht so weit gehen konnte, Handlungen, die eine wesentliche Beeinträchtigung unserer vertraglichen Rechte und Interessen mit sich bringen mußten, ruhig zuzuschauen, man war nicht frei von Schuldbewußtsein und gab dem Gedanken Raum, daß unsere Zustimmung zu der Verschiebung der Lage in Marokko nur durch eine unsere Einbuße ausgleichende Befriedigung zu erreichen sei.“

sofort aufgegeben werden, wenn man ihm einen für seine maritime Stellung gegenüber England hochwichtigen Flottenstützpunkt in einem marokkanischen Hafen des Atlantischen Ozeans überließe. Als solchen bezeichnete er sogar rund heraus Casablanca. Frankreich, so setzte er hinzu, würde sich mit der Festsetzung Deutschlands an der atlantischen Küste Marokkos schließlich abzufinden wissen. England allerdings würde zunächst gewiß großen Lärm schlagen, aber da es ihm gegenwärtig an jeder aktiven auswärtigen Politik mangele, so sei auch von dieser Seite ein ernsthafter und nachhaltiger Widerstand gegen ein etwaiges Fußfassen Deutschlands in Nordwestafrika kaum zu gewärtigen.

Herr Cruppi hat mir gegenüber bis jetzt noch kein Wort fallen lassen, welches darauf schließen ließe, daß er den konkreten Gedanken eines territorialen Ausgleichsgeschäfts mit uns erwägt. Er konnte dies auch logischerweise nicht tun, da er die Gewißheit zur Schau trägt, daß die Dinge in Marokko nicht bis zu dem Punkte kommen werden, der uns Anlaß zum Einspruch und zur Erklärung der Aktionsfreiheit bieten würde.

Anders Herr Cambon. Als ich ihm vor einigen Wochen, zur Zeit als die ersten Anzeichen der jetzigen Marokkoaktion hervortraten, hier begegnete, sagte er mir: „Wir werden wohl nächstens mit Deutschland ein neues Marokkoabkommen zu schließen haben." Eine Fortsetzung des Gespräches war damals aus äußeren Gründen nicht möglich. Als ich ihn bei seinem jetzigen Hiersein mit aller gebotenen Vorsicht wieder auf dieses Thema zu bringen suchte, wich er einem näheren Eingehen aus, meinte aber mit Bezug auf die Möglichkeit, daß die Ereignisse schließlich doch mit elementarer Gewalt zu einer französischen Besetzung von Fes führen, es wäre gut, sich mit Deutschland zu verständigen, ehe es zu spät sei.

v. Schoen

Nr. 10556

Der Stellvertretende Staatssekretär des Auswärtigen Amtes Zimmermann an den Botschafter in Paris Freiherrn von Schoen

Konzept von der Hand des Vortragenden Rats Freiherrn Langwerth von Simmern

Nr. 411

Berlin, den 9. Mai 1911
[abgegangen am 10. Mai]

Auf Bericht Nr. 250 vom 4. d. Mts.*

In dem gegenwärtigen Entwickelungsstadium der marokkanischen Frage dürfte eine möglichst große Zurückhaltung unsere Interessen am besten fördern. Insbesondere empfiehlt es sich nicht, zu viel Interesse

* Siehe Nr. 10551.

zu zeigen für die französischen Nachrichten über die angeblichen Zustände in Fes und überhaupt in Marokko noch für die französischen Pläne.

Eure Exzellenz beehre ich mich demgemäß zu bitten, nach den vorstehenden Gesichtspunkten Ihre Sprache bis auf weiteres regeln zu wollen.

Zimmermann

Nr. 10557

Der Botschafter in Petersburg Graf von Pourtalès an den Reichskanzler von Bethmann Hollweg

Ausfertigung

Nr. 138 St. Petersburg, den 9. Mai 1911

Bei dem ersten Besuch, den ich Herrn Neratow machte, wurde auch die marokkanische Frage berührt, und ich nahm Gelegenheit mich im Sinne Euerer Exzellenz hoher Weisungen zu äußern*.

Herr Neratow erklärte, daß er unseren Standpunkt als berechtigt anerkennen müsse, und bemerkte, die französische Regierung habe hier ausdrücklich versichert, daß sie sich bei ihrer gegenwärtigen Aktion in Marokko streng im Rahmen der Algecirasakte zu halten beabsichtige.

F. Pourtalès

Nr. 10558

Der Stellvertretende Staatssekretär des Auswärtigen Amtes Zimmermann an den Botschafter in London Grafen von Metternich

Konzept von der Hand des Vortragenden Rats Freiherrn Langwerth von Simmern

Nr. 411 Berlin, den 10. Mai 1911

Zu Ew. pp. Orientierung.

Wie Ew. pp. bereits anderweitig mitgeteilt worden ist**, hat der französische Botschafter die Kaiserliche Regierung am 28. v. Mts. davon unterrichtet, daß die ungünstigen Nachrichten aus Fes ein militärisches Vorgehen Frankreichs in Marokko notwendig gemacht hätten, um die in Fes befindlichen Franzosen und übrigen Europäer zu retten. Man werde indessen weder Fes besetzen noch die Souveränität des Sultans oder die Unabhängigkeit seines Reiches antasten. Auch die wirtschaftliche Gleichberechtigung aller Nationen im Scherifenreich und das Prinzip der Offenen Tür würden im vollen Umfange respektiert werden.

* Vgl. Nr. 10552.
** Vgl. Nr. 10545, Fußnote **.

Herrn Cambon wurde diesseits das vollste Vertrauen in die Absichten der französischen Regierung ausgesprochen und dabei bemerkt, die Verantwortung für die etwaigen Folgen der militärischen Maßnahmen müßten wir natürlich der französischen Regierung überlassen. Sodann wurde hinzugefügt, daß es zweckmäßig erscheine, schon jetzt von dem doch immerhin möglichen Falle zu sprechen, daß die französische Regierung schließlich durch die Macht der Ereignisse zu Dingen gedrängt werden könne, die sie nicht beabsichtigt habe. Sollten infolge solcher Ereignisse die französischen Truppen in Fes bleiben und der Sultan nur noch mit ihrer Hülfe regieren, so würden wir in diesem nicht mehr den selbständigen Herrscher der Algecirasakte zu erblicken vermögen. Die Akte würde damit als erledigt anzusehen und den Signatarmächten ihre Aktionsfreiheit zurückgegeben sein.

Der gleiche Gedankengang wurde in der Eurer Exzellenz bekannten Wochenrundschau der „Norddeutschen Allgemeinen" vom 30. v. Mts.* in etwas anderen Redewendungen ausgeführt.

Auch später noch hat die französische Regierung uns wiederholt die Loyalität ihrer Absichten versichert, andererseits aber die Notwendigkeit betont, die militärischen Maßnahmen fortzusetzen. Als Grund wurde angeführt, daß auch nach der Rückkehr der Brémondschen Mahalla nach Fes die dortige Lage äußerst bedenklich bliebe. Die Munition drohe auszugehen, und die Gefahr einer Hungersnot mit der Möglichkeit von Revolten der städtischen Bevölkerung trete immer mehr in den Vordergrund.

Es wird demnach zunächst die weitere Entwickelung der Dinge abzuwarten sein.

Zimmermann

Nr. 10559

Aufzeichnung des Stellvertretenden Staatssekretärs des Auswärtigen Amtes Zimmermann

Eigenhändig

Berlin, den 15. Mai 1911

Der französische Botschafter teilte mir heute auf Grund einer telegraphischen Instruktion aus Paris** mit, daß seine Regierung infolge ungünstiger Nachrichten über die Lage in Fes sich zu dem Befehl an General Moinier habe entschließen müssen, unverzüglich den Marsch nach Fes fortzusetzen und die Stadt zu entsetzen. Die Instruktion lautete des weiteren wörtlich dahin: „L'occupation ne sera effectuée que pour le temps strictement nécessaire. Le seul but de l'action

* Vgl. Nr. 10555, S. 114, Fußnote.

** Siehe dieselbe im französischen Gelbbuch: Affaires du Maroc VI, p. 288. Vgl. das Telegramm Cambons vom 15. Mai, daselbst p. 289.

reste toujours d'assurer la souveraineté du Sultan, l'intégrité du territoire et la liberté du commerce."

Ich habe dem Botschafter für die Mitteilung mit dem Bemerken gedankt, daß ich insbesondere von den im französischen Text wiedergegebenen Zusicherungen Akt nehme und mir dieselben zu diesem Zweck notiere.

Zimmermann

Nr. 10560

Der Botschafter in Paris Freiherr von Schoen an das Auswärtige Amt

Telegramm. Entzifferung

Nr. 127 Paris, den 20. Mai 1911

Angesichts der Schwierigkeiten, denen der Vormarsch des Hilfskorps nach Fes begegnet, sowie der Feindseligkeiten der Stämme am Muluïa wird die Entsendung weiterer erheblicher Verstärkungen nach Marokko ernstlich erwogen.

Schoen

Nr. 10561

Der Botschafter in London Graf von Metternich an den Reichskanzler von Bethmann Hollweg

Ausfertigung

Nr. 430 London, den 22. Mai 1911

Bei einer Besprechung, die ich kürzlich mit Sir E. Grey hatte, wurden auch die Vorgänge in Marokko berührt, wobei ich mich im Sinne des Artikels der „Norddeutschen Allgemeinen Zeitung" vom 30. v. Mts.* und des hohen Erlasses Nr. 411 vom 10. d. Mts.** aussprach.

Der Minister bemerkte unter anderm, daß, während die englische Regierung in anderen Fragen volle Handlungsfreiheit habe und sie nach Gutdünken verfahren und verhandeln könne, sie in der marokkanischen Frage durch das Abkommen mit Frankreich gebunden und zur Unterstützung Frankreichs verpflichtet sei.

P. Metternich

---

* Siehe Nr. 10555, S. 114, Fußnote.
** Siehe Nr. 10558.

Nr. 10562

Aufzeichnung des Reichskanzlers von Bethmann Hollweg

Eigenhändig

Berlin, den 23. Mai 1911

Seine Majestät hat, wie er mir heute mitteilte, in London* mit keinem englischen Staatsmann politische Gespräche geführt. Der König hat mit Seiner Majestät zwar ausführlich über die innere englische Politik gesprochen, Fragen der auswärtigen Politik aber seinerseits nicht berührt.

Durch einen mir nicht genannten Vertrauensmann hat Seine Majestät erfahren, daß Paris nach London habe sagen lassen, wir würden wegen Marokko in Frankreich einmarschieren. Darauf hat sich Seine Majestät für verpflichtet gehalten, dem König am letzten Tage seines Aufenthalts unsern Standpunkt in der Marokkofrage so auseinanderzusetzen, wie er in dem Communiqué der „Norddeutschen Allgemeinen" zusammengefaßt ist. Der König hat diesen Standpunkt als zutreffend und berechtigt anerkannt, dann aber Seine Majestät gefragt, was wir uns unter der Freiheit des Handelns für den Fall vorstellten, daß durch Frankreichs Aktionen die Algecirasakte aufgehoben würde. Seine Majestät hat erwidert, Krieg wegen Marokko würden wir niemals führen, aber uns die open door sichern. Gleichzeitig hat er auf Kompensationen hingewiesen, die für uns vielleicht an den Grenzen unsers afrikanischen Kolonialbesitzes in Frage kommen könnten. Der König hat hierauf nichts bemerkt.

Nach den Eindrücken Seiner Majestät ist England die französische Marokkoaktion höchst unerwünscht.

Über unser gegenseitiges Verhältnis haben die Herrscher nicht gesprochen.

Seine Majestät hat dem König gesagt, er würde wieder gern zu den Segelregatten nach Cowes kommen, worauf ihm der König gesagt hat, er sei jederzeit willkommen.

Mit Sir Ernest Cassel und dem Prinzen Ludwig von Battenberg hat Seine Majestät ausführlich über unser Verhältnis zu England gesprochen**. Der Diskretion beider könne er sicher sein. Sir Ernest hat Seine Majestät insonderheit gesagt: Wir könnten uns von England politisch nicht „differenzieren" lassen. (Das Wort im Anschluß an die

* Am 14. Mai war Kaiser Wilhelm II. mit der Kaiserin und der Prinzessin Viktoria Luise nach England gereist, um der Enthüllung des Denkmals der Königin Viktoria (16. Mai) beizuwohnen; die Rückreise erfolgte am 20. Mai. Vgl. dazu Bd. XXVIII, Kap. CCXXV, Nr. 10444 nebst Fußnote und weiter den Brief des russischen Botschafters in London Graf Benckendorff an den stellvertretenden russischen Außenminister Neratow vom 23. Mai (v. Siebert, Diplomatische Aktenstücke, a. a. O., S. 416 ff.).

** Vgl. dazu Bd. XXVIII, Kap. CCXXV.

Instruktion an Metternich*, die ich Seiner Majestät in Karlsruhe vorgelesen hatte.) England habe sich 1904 mit Frankreich über Marokko, dann in Reval mit Rußland verständigt, ohne uns zu fragen. Jetzt mache es zur Bedingung einer politischen Verständigung mit uns die Zustimmung Rußlands und Frankreichs. Das sei eine disparitätische Behandlung, die wir uns nicht gefallen lassen könnten, und mit der wir nicht weiter kämen.

Seine Majestät erwähnte nicht, ob er mit diesen beiden Herren über das naval agreement gesprochen habe.

Seine Auffassung über die allgemeine Stimmung in England faßte Seine Majestät in folgendes zusammen: Das „Volk" habe durch seine Haltung und die spontane Wärme seiner Kundgebungen gezeigt, daß es nicht nur ihn, den Kaiser, verehre, sondern auch eine Verständigung mit uns wünsche. Inwieweit diese Stimmung bereits in die Kreise der upper ten thousands, die von King Edward mit Erfolg im gegenteiligen Sinne bearbeitet worden seien, eingedrungen sei, bleibe zweifelhaft. In der königlichen Familie sei der Ton niemals so frei, offen und herzlich gewesen wie dieses Mal.

v. Bethmann Hollweg

Nr. 10563

Der Botschafter in Paris Freiherr von Schoen an den Reichskanzler von Bethmann Hollweg

Ausfertigung

Nr. 280 Paris, den 30. Mai 1911

Gelegentlich einer durch laufende geschäftliche Angelegenheiten veranlaßten Unterredung mit mir kam Minister Cruppi gestern ohne Anregung meinerseits wieder auf die Lage in Marokko zu sprechen. Der Zug nach Fes habe sich nun, wenn auch mit Verzögerungen und gelegentlichen Störungen, so doch im ganzen mit weniger Schwierigkeiten vollzogen, als erwartet wurde**. Vielleicht sei etwas Glück mit im Spiele, aber in der Hauptsache könne doch die französische Regierung das Verdienst für sich in Anspruch nehmen, die Dinge richtig beurteilt zu haben, als sie für den Entsatzzug den Weg von Westen her wählte und dem Drängen derjenigen widerstand, die einen Vorstoß von Osten her über Tasa befürworteten. Ein Vormarsch in letzterer Richtung würde, wie die Kämpfe am Muluïa zeigten, nicht ohne starken militärischen Aufwand und ohne erhebliche Opfer möglich gewesen sein, denn die Stämme in jener Gegend seien noch wenig zivilisiert und sehr kriegerisch. Sie seien aber auch — und das sei besonders beachtens-

* Siehe Bd. XXVIII, Kap. CCXXV, Nr. 10443.

** Am 21. Mai war General Moinier in Fes eingetroffen und vom Sultan empfangen worden.

wert — nahezu unabhängig und erkennten die Sultanshoheit höchstens in religiöser Beziehung an. Ein Vormarsch durch ihre Gebiete würde sich daher auch nicht in jenen korrekten Formen haben durchführen lassen wie ein solcher von Westen her, wo die Stämme im wesentlichen machsenisch gesinnt seien, und wo die Sultanshoheit tatsächlich bestehe, wie die Aufstellung verschiedener Mahallas auf Geheiß des Sultans hinlänglich beweise.

Die Lage in Fes sei, wie sich nun herausstelle, keine verzweifelte, aber sie sei doch sicher eine ernste gewesen. Die Gefahr für die eingeschlossenen Europäer habe wesentlich in der vollständigen Anarchie gelegen, die täglich hereinbrechen konnte. Er halte nach wie vor an der Überzeugung fest, daß diese Anarchie eingetreten, daß die Sultanshoheit vollständig zusammengebrochen wäre, wenn Frankreich nicht die rettende Aktion unternommen hätte.

Über das, was nun weiter geschehen sollte, sprach sich der Minister nicht näher aus, und ich vermied es meinerseits, danach zu fragen. Er sagte nur allgemein, Frankreich werde, wie bisher, so auch fernerhin sich streng im Rahmen seines Programms halten und seinen Versicherungen des Einhaltens der Grundsätze der Algecirasakte und anderer Verträge treu bleiben. Die Zeitungsnachrichten, die von einem Wunsche des Sultans nach französischem Protektorate zu melden wissen, bezeichnete er als tendenziöse Phantasien. In dem beruhigenden Bewußtsein durchaus loyalen Handelns, das keine Hintergedanken und keine Heimlichkeiten kennt, blicke er vertrauensvoll in die Zukunft. Die Loyalität der französischen Regierung sei erfreulicherweise von allen Mächten anerkannt, das französische Vorgehen in Marokko sei unter der Zustimmung (l'assentiment) der Mächte erfolgt, und er hege die feste Zuversicht, daß er auch ferner auf dieses Vertrauen rechnen dürfe. Sollte es, was er vorläufig nicht annehme, die Lage angezeigt erscheinen lassen, so werde er mit der bisherigen Offenheit und Klarheit in erneuten Gedankenaustausch mit den Mächten treten. Man scheine ja auch in Berlin nicht abgeneigt „de causer".

Ich bin auf die letztere Äußerung des Ministers, die er übrigens nicht weiter ausführte, nicht eingegangen, wie ich mich überhaupt im ganzen zuhörend verhielt. Nur einmal, als er von der Loyalität der französischen Absichten sprach, habe ich eingeworfen, an dieser zweifelte niemand, aber der Gang der Ereignisse erweise sich doch zuweilen als stärker wie alle schönen Programme. Vor nicht langer Zeit habe er versichert: „Nous n'avons pas l'intention d'aller à Fez", jetzt seien die französischen Truppen dort. So könne es auch ferner gehen. Der Minister wies die Möglichkeit, durch die Gewalt der Ereignisse über das ursprüngliche Ziel hinausgedrängt zu werden, nicht ab, vertröstete sich aber immer wieder mit der Zuversicht, daß sich alles glatt vollziehen werde. Im Notfall werde man Verständigungen suchen und finden. Er wolle die Hoffnung nicht aufgeben, daß die Mächte, ins-

besondere auch Deutschland, Frankreich die Anerkennung nicht versagen werden, daß es in Marokko eine zivilisatorische Aufgabe erfülle, die schließlich allen Interessenten zugute kommen werde. Er erkenne an, daß die in der französischen Presse bisweilen auftretende Theorie von einem europäischen Mandate, das Frankreich zur Herstellung geordneter Zustände in Marokko habe, nicht haltbar sei. Aber er fasse doch den Geist des Algecirasvertrages und namentlich denjenigen der Verhandlungen in Algeciras, mit denen er sich vertraut gemacht habe, so auf, daß die allgemeine Meinung die war, daß es in erster Linie Frankreichs Sache sei, dafür Sorge zu tragen, daß das Scherifenreich in einen Zustand gelange, der die Durchführung der Reformen und die wirtschaftliche Betätigung auf breiter Grundlage ermögliche.

v. Schoen

Nr. 10564

Der Botschafter in Paris Freiherr von Schoen an das Auswärtige Amt

Telegramm. Entzifferung

Nr. 153 Paris, den 10. Juni 1911

Herr Cruppi sagt mir, Herr Jules Cambon erhalte Auftrag, Euere Exzellenz über die nächsten Absichten der französischen Aktion in Marokko aufzuklären. General Moinier habe Weisung, baldmöglichst mit französischen Truppen Rückmarsch nach der Schauïa anzutreten, nachdem er in Fes eine scherifische Mahalla unter französischen Instrukteuren zurückgelassen und die Umgebung von Aufständischen gesäubert haben werde. Für den Rückmarsch werde der Weg südlich des Mamorawaldes, also durch Semmur- und Saïrgebiete gewählt und mit starken Etappenposten gesichert, die zu diesem Zweck von dem nördlichen Hinmarschwege herangezogen werden.

Nebenbei erwähnte der Minister, nach eingegangenen Berichten seien französische Instrukteure an Ausschreitungen der scherifischen Truppen in Lemta unbeteiligt gewesen.

Schoen

Randvermerk von Bethmann Hollwegs:

Der Botschafter Cambon hat mir heute im Auftrage seiner Regierung die nebenstehenden Mitteilungen gemacht. Frankreich halte an seiner wiederholt gegebenen Versicherung fest, die Algecirasakte unverletzt zu erhalten und seine Truppen so bald als möglich zurückzuziehen. Die von Osten gegen den Muluïa eingeleitete Aktion sei bereits sistiert, die vorgeschickten Truppen zurückbeordert.

v. B. H. 11./6. 11

Nr. 10565

Der Reichskanzler von Bethmann Hollweg an Kaiser Wilhelm II.

Ausfertigung

Berlin, den 11. Juni 1911

Euerer Kaiserlichen und Königlichen Majestät überreiche ich untertänigst das anliegende Telegramm Euerer Majestät Botschafters in Paris.*

Die von dem französischen Minister der Auswärtigen Angelegenheiten Freiherrn von Schoen angekündigte Demarche des französischen Botschafters ist inzwischen erfolgt**. Herr Cambon, der heute früh bei mir vorsprach, wiederholte die von Herrn Cruppi Euerer Majestät Botschafter gemachte Mitteilung und hob hervor, Frankreich halte an seiner Erklärung fest, die Algecirasakte nicht verletzen[1] und seine Truppen so bald als möglich von Fes zurückziehen zu wollen. Die von Osten gegen den Muluïafluß hin eingeleitete Aktion sei bereits sistiert und die dorthin vorgeschickten Truppen zurückbeordert[2].

Ich habe mich darauf beschränkt, die Mitteilung des französischen Botschafters entgegenzunehmen[3].

v. Bethmann Hollweg

Randbemerkungen Kaiser Wilhelms II.:
[1] Welch ein Hohn!
[2] bis auf wann?
[3] und dabei herzlich zu lachen?!

Nr. 10566

Der Botschafter in Paris Freiherr von Schoen an den Reichskanzler von Bethmann Hollweg

Ausfertigung

Nr. 295 Paris, den 9. Juni 1911

Die Regierung hat, wie eine halbamtliche Bekanntmachung besagte, am 3. d. Mts. dem General Moinier „weitere Instruktionen für die Reorganisation der scherifischen Truppen sowie für die militärische Operation zur Züchtigung der Saïrs“ erteilt. Über den näheren Inhalt dieser Instruktionen ist nichts bekannt geworden. Es läßt sich nur annehmen, daß mit der „Reorganisation der scherifischen Truppen“ die Bildung

---

* Siehe Nr. 10564.
** Vgl. dazu den Bericht Cambons über die Unterredung mit dem Reichskanzler vom 11. Juni, französisches Gelbbuch: Affaires du Maroc VI, p. 349 s., ferner seinen Privatbrief an Cruppi vom 12. Juni, Caillaux, Agadir, Ma politique extèrieure, (10e mille), p. 259 ss.

jener stehenden Sultansarmee von etwa 5000 Mann mit französischen Kaders gemeint ist, die in dem Anleiheabkommen vom 28. Februar d. Js., das der Sultan inzwischen gutgeheißen haben soll, vorgesehen ist. Die Züchtigung der Saïrs gehörte schon seit jener Zeit zu dem Programm der französischen Unternehmungen, wo der Vormarsch auf Fes endgültig beschlossen wurde. Sie soll gelegentlich des Rückmarsches der französischen Truppen nach der Küste vorgenommen werden.

Dieser Rückmarsch ist heute allem Anscheine nach noch nicht angetreten. General Moinier ist am 21. v. Mts. mit dem Entsatzkorps bis Fes gelangt, hat die Hauptstadt oder, genauer gesagt, die Gärtenvorstadt, wo die französischen Truppen lagern, unter Zurücklassung einer starken Abteilung am 28. wieder verlassen, um die rückwärtige Verbindung zu sichern und den noch immer andauernden Widerstand einzelner Stämme zu brechen, und ist, ohne in letzterer Beziehung einen starken Erfolg erzielt zu haben, am 3. d. Mts. wieder nach Fes zurückgekehrt, um, wie die Preßmeldungen sagen, sich mit dem Sultan zu beraten. Den gleichen Nachrichten zufolge soll der General nun beabsichtigen, einen entscheidenden Schlag gegen die Beni-Mtir zu führen, ein Unternehmen, mit dem wohl ein Vorstoß gegen Meknes, den Sitz des Gegensultans Mulay Sen, verbunden werden dürfte.

An General Toutée ist am gleichen 3. Juni die Weisung ergangen, die „Operationen am Muluïa einzustellen“ und seine Truppen nach Hinterlassung starker Posten nach ihren algerischen Garnisonen zurückkehren zu lassen, und zwar soll dieser Rückmarsch durch das Gebiet der Beni-Snassen erfolgen. Der Ausdruck „die Operationen einstellen“ ist geeignet, die Vermutung aufkommen zu lassen, daß General Toutée mehr Unruhe wie Ruhe gestiftet hat. In der Tat tritt bereits in der Presse das Gerücht auf, daß er wegen zu scharfen Vorgehens abberufen sei. Was daran Wahres ist, ist vorerst nicht zu ermitteln. Jedenfalls erklärt sich die Zurückziehung der Truppen auch zwanglos daraus, daß der Zweck ihres Aufmarsches, die Stämme am Muluïa in Schach zu halten und am Anschluß an die Fes einschließenden Berber zu hindern, erreicht ist und ein französischer Vorstoß gegen Fes von Osten her nach dem von Westen her geglückten Entsatz nicht mehr in Frage kommt. Immerhin wird die Zurückziehung der Truppen nicht als ein Aufgeben, sondern lediglich als eine Stärkeverminderung der französischen Stellungen im Muluïagebiet zu deuten sein. Nicht ausgeschlossen scheint mir, daß der Rückmarsch der entbehrlichen Truppen durch die Beni-Snassen zu Kämpfen Anlaß geben wird, die dann eine Unterbrechung des Rückmarsches, wenn nicht erneutes Vorgehen motivieren könnten.

Wenn die rein militärischen Maßnahmen und Absichten der Franzosen in Marokko einen Zustand teils bereits geschaffen haben, teils herbeiführen müssen, der eine vollkommene Abhängigkeit des Sultans vom französischen Willen darstellt, so ist dies auch in politischer Be-

ziehung der Fall. Das charakteristischste Ereignis in diesem Sinne ist die zweifellos auf französisches Betreiben erfolgte Absetzung des Großwesirs El Glaui, der in französischen Schilderungen stets als die Verkörperung der alten Mißwirtschaft erscheint, während er von unbefangenen Urteilern als die einzige Persönlichkeit bezeichnet wird, die die Macht und den Willen habe, im Scherifenreich oder wenigstens im Süden einige Ordnung aufrecht zu halten. Wie dem auch sei, jedenfalls ist seine Beseitigung nicht der Ausfluß einer freien Willensäußerung des Sultans.

Rechnet man hierzu noch die Tatsache, daß die Franzosen dem Sultan nicht bloß mit ihren Offizieren und Soldaten und ihrem Kriegsmaterial, sondern auch mit barem Gelde zu Hilfe gekommen sind und weiter behilflich sind, erwägt man, daß die französischen Truppen, wenn sie auch nicht in die eigentliche Stadt Fes eingerückt sind, so doch militärisch Herr in derselben sind, einen erheblichen Teil Marokkos besetzt haben und zur Niederhaltung von Aufstandsgelüsten besetzt halten werden, daß sie als Nachschubbasis den nicht geöffneten Hafen Mehedia benützen, bedenkt man ferner, daß die Franzosen unter dem Vorwand der Abstellung von Mißständen und der Einführung notwendiger Reformen in die Verwaltung eingegriffen haben und zweifellos noch weiter eingreifen werden, so ergibt sich schon jetzt ein Zustand, der schlechterdings mit den Grundsätzen der Algecirasakte von der Unabhängigkeit des Sultans und der Integrität seines Reiches nicht vereinbar ist.

Es drängt sich unter diesen Umständen die Frage auf, ob die französische Regierung guten Glaubens ist, wenn sie immer wieder versichert, daß das jetzige Marokkounternehmen sich streng im Rahmen der internationalen Verträge halte. Von einzelnen Ministern und namentlich Herrn Cruppi persönlich glaube ich, daß sie von der Loyalität der Sache fest überzeugt sind. Herr Cruppi hat sich eine Theorie von einer Souveränität des Sultans sui generis, die europäischer Unterstützung bedürfe, und einer zivilisatorischen Mission Frankreichs zurechtgemacht, mit der er über die Bedenken hinwegkommt. Dabei ist ihm ein weitgehender Optimismus behilflich, den er aus dem Bewußtsein schöpft, vor jedem entscheidenden Schritte die Mächte unterrichtet und sie der loyalsten Absichten versichert zu haben. Die freundliche Form, in welcher diese Versicherungen überall aufgenommen wurden, scheint ihn in Verbindung mit seinem reinen Gewissen und seinem blinden Glauben an strikte Ausführung der den Generälen erteilten Weisungen über den Ernst der Warnungen hinweggetäuscht zu haben, die ihm namentlich von uns deutlich kundgegeben worden sind. Ich bin in meinen Unterhaltungen mit ihm wiederholt der vertrauensseligen Auffassung begegnet, keine der Mächte hätte gegen das französische Marokkounternehmen etwas einzuwenden gehabt, auch das letzte Anleiheabkommen sei nicht auf Widerspruch gestoßen. Selbst über die heute

kaum mehr zweifelhafte Tatsache, daß die Lage in Fes sich nicht als so ernst erwiesen hat, daß ein Hilfszug zur Rettung der Europäer unabweisbar gewesen wäre, hilft der Minister sich mit dem Hinweise darauf hinweg, daß der Aufstand täglich seine Rückwirkung in der eingeschlossenen Hauptstadt durch eine Revolte ausüben konnte, bei der die Europäer in dringende Lebensgefahr gekommen wären. Im übrigen hat er gesprächsweise wiederholt zugegeben, daß das Ziel des französischen Vormarsches nach Fes nicht allein die Rettung der Europäer, sondern die Stärkung der Macht des Sultans sei, der ohne diese Hülfe wohl schon zu existieren aufgehört hätte.

Daß diese Auffassungen nicht von allen Ministern, namentlich nicht von dem erfahrenen und klarer und weiter wie seine Kollegen blickenden Herrn Delcassé geteilt werden, ist kürzlich durch die sensationellen Enthüllungen des „Figaro" über Vorgänge im Ministerrat bekannt geworden*. Die Darstellungen des „Figaro" sind zwar dementiert worden, und sie sind zweifellos in der Form, in der sie die Dinge schilderten, nicht richtig. Tatsache ist aber jedenfalls, daß zwischen Herrn Delcassé und Herrn Cruppi eine gewisse Spannung herrscht, offenbar hervorgerufen durch den allzu geflissentlichen Eifer, mit dem Herr Cruppi mehr oder weniger offen zu erkennen gegeben hat, daß er die auswärtige Politik selbständig und ganz besonders von etwaiger Einwirkung seines bei uns so übel angeschriebenen Kollegen unabhängig zu leiten gewillt sei. Es wird mir ferner von gut unterrichteter unbefangener Seite versichert, daß Herr Delcassé mit dem jetzigen Marokkounternehmen, weit entfernt die treibende Kraft gewesen zu sein, wie unsere Presse es gern darstellt, insofern nicht einverstanden ist, als er den Zug nach Fes für einen Fehler hält, der in seinen weiteren Folgen zu begründeten Protesten, zu einem Eingreifen anderer Mächte und schließlich zu einer Neuordnung der Dinge führen müsse, die den Interessen und dem Ansehen Frankreichs weniger förderlich sein wird wie eine ruhige Durchführung der pénétration pacifique. An dem Ministerrat vom 23. April, wo der Zug nach Fes endgültig beschlossen wurde, hat Herr Delcassé infolge seiner Reise mit dem Präsidenten nach Tunis** nicht teilgenommen. Es ist also nicht ausgeschlossen, daß er seine Bedenken bei späterer Gelegenheit tatsächlich geltend gemacht hat, wenn auch in anderer Form, mit anderer Begründung und in anderer Absicht, als der dem jetzigen Marineminister sehr feindlich gesinnte „Figaro" es dargestellt hat.

v. Schoen

---

* Am 31. Mai hatte der „Figaro" einen Artikel „Un incident de conseil. Delcassé contre Cruppi" gebracht, nach dem sich Delcassé kurz zuvor in einem Ministerkonseil scharf gegen die Cruppische Marokkopolitik gewandt haben sollte.

** Vgl. Nr. 10537, S. 89, Fußnote *.

Anhang

Französisch-Marokkanische geheime Abmachungen aus dem Frühjahr 1911

Nr. 10567

Der Gesandte in Tanger Freiherr von Seckendorff an das Auswärtige Amt

Telegramm. Entzifferung

Nr. 128 Tanger, den 29. Juli 1911

Erhalte soeben streng vertraulich Kenntnis von verschiedenen französisch-marokkanischen Abmachungen aus den Monaten April und Mai d. Js. betreffend

1. Entsendung französischer Entsatztruppen nach Fes,
2. Einräumung von Privilegien an Frankreich betreffend Bau von Eisenbahnen und Telegraphen,
3. Übertragung der französischen Polizeigewalt bis Tasa,
4. Aufrechterhaltung der Ordnung im Gharbi und eventuelle Kriegskomplikationen daselbst mit dritter Macht,
5. Ausübung der Polizeigewalt in den Grenzgebieten von Mauretanien und Eröffnung von Märkten daselbst,
6. Einmischung französischer Militärmission in innere Verwaltung,
7. Geldvorschüsse an Machsen seitens Frankreichs,
8. Konzessionen städtischer Arbeiten in Fes an Frankreich.

Einsendung der Übersetzung der betreffenden Dokumente erfolgt mittels nächsten Depeschenkastens.

Seckendorff

Nr. 10568

Der Gesandte in Tanger Freiherr von Seckendorff an den Reichskanzler von Bethmann Hollweg

Ausfertigung

Nr. A 272 Tanger, den 30. Juli 1911

Euerer Exzellenz beehre ich mich in der Anlage die Abschriften der Übersetzungen von sieben Dokumenten zu überreichen, die sich als geheime politische Abmachungen zwischen Frankreich und Marokko kennzeichnen und geeignet sind, auf das französische Vorgehen in diesem Lande das denkbar grellste Licht zu werfen. Ebenso wie der seiner-

zeit in Vorlage gebrachte Geheimvertrag*, so gehören auch diese Vereinbarungen zu einer Serie französischer politischer Erfolge aus den Monaten April und Mai d. Js. — Die Originale dieser Abmachungen sollen sämtlich mit der Unterschrift und dem Siegel des Sultans Mulay Hafid versehen sein und nur in einfacher Ausfertigung existieren. Diese gestempelten und unterschriebenen Dokumente befinden sich sämtlich in den Händen der französischen Regierung und sind seinerzeit von dem als Dolmetscher in französischen Diensten stehenden Algerier ben Ghabrit der Regierung in Paris überbracht worden. Wie ich höre, waren es im ganzen vierzehn Vereinbarungen, die, durch die Geldnot des Sultans veranlaßt, von dem letzteren erpreßt worden sind. Die beiden ersten Dokumente bildeten den Geheimvertrag, Nr. 3 und 4 sollen sich auf die Verhältnisse in der Schauia und im Rif beziehen, Nr. 5—12 liegen hier vor** und Nr. 13 und 14 sind Abmachungen unbekannten Inhalts ebenfalls aus dem Monate Mai d. Js. — Abschriften dieser Dokumente befinden sich in den Händen des Machsen. Mein italienischer Kollege*** wollte nach Veröffentlichung des Geheimvertrags wissen, daß sich der Sultan Mulay Hafid nach Unterzeichnung desselben in den Tagen des Mai einem vertrauten Kaid gegenüber dahin geäußert habe, daß er nunmehr auf dem Niveau eines Bey von Tunis angelangt sei, vor diesem jedoch den Vorteil größerer pekuniärer Unabhängigkeit genieße.

Die vorliegenden Vereinbarungen machen sowohl mit Bezug auf Form als auch auf Inhalt durchaus den Eindruck des Authentischen. Leider sind die arabischen Texte meinem Gewährsmanne — dem türkischen Untertan Mehemed Emin Bey, der seit einigen Jahren als Secrétaire Interprète in Diensten Mulay Hafids gestanden hat — verloren

---

* Bereits am 29. Mai 1911 hatte Freiherr von Seckendorff einen Bericht Konsul Vassels vom 24. Mai übersandt, der als Anlage einen arabischen Auszug eines zwischen Cruppi und El Mokri vereinbarten und am 10. April ratifizierten Geheimvertrags enthielt. Die grundlegende Bestimmung dieses Vertrags lautete danach: „Die französische Regierung wird die Unabhängigkeit des Sultans in Marokko sicherstellen durch eine Macht, welche hinreicht, die marokkanischen Kabylen zur Loyalität zurückzuführen." Der Vertrag sah weiter die Anstellung französischer Militärinstrukteure und eines Beraters für die Verwaltung, die Bewilligung von Darlehen an den Machsen und die Ausdehnung der Finanzkontrolle auf das Innere des Landes vor. Es fehlte nicht an einer Klausel, die alle marokkanischen Abmachungen mit anderen Mächten an die vorherige Benachrichtigung Frankreichs band. Das Gesamturteil Vassels über den Vertrag lautete: „Er paßt mehr zu dem tunesischen Vertrage von Lamarsa als zur Algesirasakte." Vassel wollte auch einen Zusammenhang zwischen dem Abschluß des Geheimvertrags und dem Vorgehen der Franzosen auf Fes konstruieren: „Diese hier am 10. April abgegebene Ratifikation der Pariser Abmachungen muß Cruppi ungefähr am 21. April erhalten haben. Ungefähr am 23. wurde im Ministerrat in Paris beschlossen, daß die Europäer in Fes in Gefahr waren. Man braucht kein ganz besonders schlechter Mensch zu sein, um zu vermuten, daß zwischen diesen beiden Dingen ein Zusammenhang besteht, und daß dieser Zusammenhang die Gefährdung Mulay Hafids auf seinem Thron ist."

** Siehe Anlage.

*** F. Carignani.

gegangen. Während eines nächtlichen Überfalls an der Grenze von Ouazan wurde Mehemed Emin Bey auf der Reise von Fes hierher vollständig ausgeraubt und sah sich genötigt, eine Anzahl wichtiger Dokumente, die er mit sich führte, seiner Sicherheit halber zu vernichten. Bereits in Fes soll Mehemed Emin Bey an den Kaiserlichen Konsul Dr. Vassel herangetreten und bei demselben vorstellig geworden sein, ihm deutschen Schutz zuteil werden zu lassen. Dieses Ersuchen hat derselbe hier erneuert, nachdem er diesbezüglich persönlich bei seiner Gesandtschaft in Madrid vorstellig geworden und mir durch einige Privatzeilen des Kaiserlichen Herrn Botschafters in Madrid* empfohlen worden war. Vor einigen Tagen will sich Mehemed Emin mit einem ähnlichen Antrage an die ottomanische Botschaft in Berlin gewandt und gebeten haben, daß ihm die Vergünstigung des deutschen Schutzes zuteil werden möchte. — Inwieweit dem Ersuchen des Mannes stattgegeben werden könnte, entzieht sich meiner Beurteilung. Sicher ist, daß derselbe trotz einer gewissen Abenteurernatur sehr brauchbar ist und eventuell nutzen — und zweckentsprechend im Süden verwendet werden könnte.

Euerer Exzellenz hohem Ermessen stelle ich anheim, mich — falls tunlich — diesbezüglich hochgeneigtest bescheiden zu wollen.

v. Seckendorff

Anlage

Document No. 5

Verbal translation of an agreement made between the French Government and the Maghzen dated the 12th Rabi-el-Sani (12th April 1911). —

The Maghzen desires the military intervention and friendly penetration of the French troops from the Shauia to Fez for the sake of the establishment of order, security and permanent peace and the strengthening of the power of the Maghzen in the northern region.

For this purpose the Maghzen agrees to accept and respect all the advices given by the French Government. The Maghzen will in no way interfere in the military operations and necessary punishments which the French might inflict upon the revolutionary tribes. The Maghzen guarantees to the French Government the entire freedom to act in the interest of the pacification of the disturbed regions.

All conditions of peace arranged between the French officers and the different revolutionary tribes will be respected by the Maghzen and carried out to the point. Although the French Government will do their best to inspire and establish the full and unique authority of the Maghzen amongst the tribes, of course the Maghzen is aware of the

* Prinz Max von Ratibor.

great responsibility of the French Government that any promises given to the tribes will eventually be carried out. The Maghzen therefore undertakes to fulfill all the conditions entered upon as soon as they will be advised by the French officials. The Maghzen furthermore undertakes to introduce necessary urgent reforms for the benefit of the country under French guidance and assistance as soon as the order and tranquility of the country will be restored.

Document No. 6

Verbal translation of an agreement between the French Government and the Maghzen under date of 23rd Rabi-el-Sani (23rd April 1911).

The Maghzen, highly valuing the good will and intentions shown by the French Government, intends to make reforms and do their utmost for the serious development of the country. The Maghzen therefore consents to give full privilege to the French Government to build roads and bridges, establish wireless and ordinary telegraphs, and even build railroads, if the French Government think fit to do so, between the ports of Mehedia, Rabat and Casablanca and up to Fez as a prolongation of the projected railway from Tanger to El Ksar.

In case of political necessity the Maghzen, on the recommendation of the French Government, will undertake for their own account to build railways with the money especially loaned for this purpose from the French Government. —

In order to make a start at once with the above mentioned improvements of the country the Maghzen consents to the establishment of a wireless station at Fez on the very first opportunity.

Document No. 7

Verbal translation of an agreement made between the French Government and the Maghzen on the 27th Rabi-el-Sani (27th April 1911).

As the Maghzen are aware of and have frequently pointed out the continual unsettled state of affairs and the lasting disobedience of the Kabyls to the North and North East of Fez, further around Taza and Meknassa and the surrounding regions, they desire that these Kabyls should be particularly chastised in order to bring them to order and to establish peace and prosperity in that part of the country.

In order to achieve this purpose it is stipulated that the Oudjda police force, which hitherto has been operating around Vadza River, will enlarge their sphere and field of operation to Taza and to Jeb Branes in the direction of Meknassa, whilst the region between Taza and Fez will be under the survey of the Maghzen Mahalla officered by members of the French Military Mission.

By the co-operation of the Oudjda police force with the Fez military forces everlasting authority of the Maghzen will be established in the districts around the Vadza River, at Eolad bou Aima, Meknassa, Taza, Jebel Branes and amongst the Gaïta and the Hiaina with the help of God!

Document No. 8

Verbal translation of an agreement made between the French Government and the Maghzen dated 12th day of Djemad-el-nla (11th May 1911).

The Maghzen thinks it advisable to prepare a military force sufficiently strong enough under French officers to operate in the Gharb in a peaceful manner amongst the Beni Mistara, Gazava, Massmoda, and others. — All these Kabyls will in every possible way be kept in order with the careful and wise Government of the Sherif of Ouazan and through the fidelity of the Sherif Achmed Raissouli. The Maghzen is aware that even the smallest disturbance in these regions may lead to some complication with a third power. The Maghzen will therefore use all means in their power and influence to keep the order in these regions and in case complications should arise with a third power the Maghzen will act only under the instructions given them by the French Government.

Document No. 9

Verbal translation of an agreement made between the French Government and the Maghzen under date of 20th Djemad-el-nla (19th May 1911).

In order to stop the continual robbing and pillaging practised by a number of Kabyls on the borders of the French colonies in Mauretania, the Maghzen agrees that the French Government shall have the right of policing the regions of Vad Noun up to Tiznit, of Vad Draa up to Tintazar in Tatta and the Vad Zgid up to Tiznit and Agadir-Tulba. In all these places the French Government shall have the right to establish markets and bazaars.

Document No. 10

Verbal translation of an agreement made between the French Government and the Maghzen under date of the 26th day of Djemad-el-nla (25th May 1911).

Until the arrival of the advisers very kindly promised by the French Government to the Maghzen for the organisation of the future administration, Colonel Mangin or one of his deputies shall act as adviser to the Maghzen, especially with regard to the distribution of

taxes amongst the different tribes and the levying of these taxes. Furthermore the French Government will lend their good offices to the Maghzen with regard to the necessary appointments of new Kaids and Amils amongst the tribes who are willing to submit to the authority of the Maghzen.

Document No. 11

Verbal translation of an agreement made between the French Government and the Maghzen under date of 26 th Djemad-el-nla (25 th May 1911).

It is stipulated that, in order to meet the needful occurrences of the extraordinary and indispensable expenses of the Maghzen, the French Government will furnish all the necessary funds in the form of advances. But it is agreed that the expenses will have to be endorsed by certain French Government officials in a similar way as it is done through the good offices of the contrôle de la Dette already existing at the open ports.

With regard to this new loan, it is given to understand that the same shall be raised in France and shall be used to cover the extraordinary expenses etc. For this purpose Sid-el-Hadj-Mohammed-el-Mokri has been instructed with full powers to act according to his discretion in the best interest of the Maghzen. It is left to him to arrange all the particulars and stipulate the necessary guarantees and securities for the said new loan.

Document No. 12

Verbal translation of an agreement made between the French Government and the Maghzen under date of the 28 th day of Djemad-el-nla (27 th May 1911).

It is stipulated that as soon as the pacification of these regions is completed and order established, municipal and public works such as lighting of squares and streets in Fez and other towns in this part of the country shall immediately be commenced.

The French Government will furnish the necessary engineers as advisers and organizers of public works to carry out the necessary modern development of the places.

Kapitel CCXXVIII

Die Agadir-Aktion und ihre Aufnahme
Der Beginn
Deutsch-Französischer Kompensationsverhandlungen

Nr. 10569

Der Stellvertretende Staatssekretär des Auswärtigen Amtes Zimmermann an den Botschafter in Paris Freiherrn von Schoen

Konzept

Nr. 547 Berlin, den 10. Juni 1911

Euer pp. beehre ich mich zur gefälligen Information mitzuteilen, daß der spanische Botschafter* mir im Auftrage seiner Regierung mündlich mitgeteilt hat, nach amtlichen Nachrichten stünden aufständische Kabylen vier Stunden entfernt von Alkassar. Sie steckten die Duars in Brand und verwüsteten alles auf ihrem Wege, so daß eine wahre Panik herrsche. Angesichts der Möglichkeit, daß sich diese Unruhen auf das Hinterland von Larasch ausdehnen könnten, habe die spanische Regierung, wie dies schon in anderen analogen Fällen geschehen sei, die Kreuzer „Amiral Lobo" und „Cataluña" dorthin entsandt. Sie hoffe, daß die Anwesenheit der beiden Kriegsschiffe auf die Bevölkerung der Larascher Gegend beruhigend wirken werde.

Ich habe mich auf die Entgegennahme der Erklärung des spanischen Botschafters beschränkt.

Zimmermann

Nr. 10570

Der Botschafter in Paris Freiherr von Schoen an das Auswärtige Amt

Telegramm. Entzifferung

Nr. 156 Paris, den 11. Juni 1911

Der spanische Botschafter** hatte, wie er mir anvertraute, gestern ziemlich gereizte Auseinandersetzung mit Cruppi, wobei letzterer spanisches Vorgehen in Larasch und Alkassar als internationalen Verträgen widersprechend und durch tatsächliche Lage nicht gerechtfertigt bezeichnete[1]. Cruppi bediente sich dabei der gleichen Argumente wie heutiger „Temps"-Artikel. Perez Caballero erwiderte, französisch-spanische Ver-

* Polo de Bernabe.
** J. Perez Caballero.

träge seien durch späteren Algecirasvertrag modifiziert, der für besonders zu behandelnde Grenzgebiete lediglich Abmachungen der beiden interessierten Mächte, nicht unter sich, sondern mit Marokko anerkenne. Spaniens jetziges Vorgehen sei lediglich eine polizeiliche Aktion, erforderlich geworden durch Erschütterung der Sultanssouveränität[2] und lokale Unruhen. Spanien tue jetzt nur im kleinen, was Frankreich trotz wiederholter freundschaftlicher spanischer Warnungen im großen getan[3], nur mit dem Unterschiede, daß es nicht seine Aktion mit einem so wenig stichhaltigen Vorwande beschönige[4] wie angebliche Notlage der Europäer in Fes[5].

Perez Caballero sagt mir, daß er hier schon vor Wochen amtlich gewarnt habe, daß Spanien französische Besetzung von Fes und Tasa nicht ruhig hinnehmen könne. Er glaubt, daß Frankreich nunmehr den Machsen veranlassen werde, bei den Mächten gegen spanisches Vorgehen zu protestieren. Wiewohl Frankreich Spanien namentlich finanziell viel Schaden zufügen könnte, werde Spanien sich nicht einschüchtern lassen, denn es stände für Spanien nicht wie für Frankreich ein rein koloniales, sondern historisch und politisch begründetes vitales Interesse in Frage. Bei etwaiger Konferenz oder Meinungsaustausch unter den Mächten werde Spanien sicher nicht wieder auf Seite Frankreichs stehen[6]. Perez Caballero glaubt auch, daß England nicht unbedingt Partei für Frankreich nehmen und einer vermittelnden Rolle zugunsten spanischer Interessen zuneigen werde[7].

Schoen

Randbemerkungen Kaiser Wilhelms II.:

[1] Unverschämtheit!
[2] durch Frankreich
[3] absolut richtig
[4] au!
[5] sehr gut
[6] aha!
[7] möchte nicht ganz unmöglich sein

Nr. 10571

Der Botschafter in Paris Freiherr von Schoen an den Reichskanzler von Bethmann Hollweg

Ausfertigung

Nr. 300 Paris, den 10. Juni 1911

Die Meldung von der Landung der spanischen Truppen in Larasch hat in der hiesigen Presse einen stürmischen Zornesausbruch hervorgerufen. Einmütig wird das Vorgehen Spaniens als eine krasse Verletzung der Algecirasakte und als höchst gefährlich für Marokko sowie für die internationale Lage überhaupt bezeichnet.

In einem zweifellos vom Quai d'Orsay angeregten Artikel erklärt der „Petit Parisien": „Dans les milieux officiels français la nouvelle a suscité une réelle émotion. On fait remarquer que l'action espagnole autour de Tétuan, de Larache et d'El-Ksar ne saurait être assimilée à celle que la France a été forcée d'entreprendre à Fez pour sauver les colonies européennes et la mission française."

Mehrfach wird die Befürchtung ausgesprochen, daß das spanische Unternehmen nunmehr Deutschland einen willkommenen Anlaß zum Eingreifen bieten würde*. So schreibt der „Gaulois": „En violant délibérément l'acte d'Algésiras les Espagnols risquent de s'attirer non seulement une rigoureuse protestation du Maghzen, mais de fournir à l'Allemagne l'occasion qu'elle guette depuis si longtemps de dénoncer le traité et de proposer un nouveau règlement de la question Marocaine dans lequel, bien entendu, elle ne manquerait pas de réclamer des avantages au détriment des intérêts de la France et de l'Espagne."

Der „Eclair" schreibt: Die Intervention Spaniens in Larasch sei ein doppelt unfreundlicher Akt. Spanien leite damit eine Teilungspolitik ein, welche Europa nicht annehmen könne, und versuche zugleich, Frankreich die Verantwortung dafür aufzuhalsen.

„Lanterne" sagt: „L'attitude de l'Espagne prête le flanc à tous les prétextes éventuels d'intervention des autres puissances."

In mehreren sichtlich offiziösen Ausführungen wird betont, daß der Vorwand, welchen Spanien für seine Handlungsweise geltend mache, durchaus unhaltbar sei, denn in Marokko dürfe man „protégés" und „associés" nicht miteinander verwechseln. Die ersteren genössen auf Grund der Madrider Konvention eine besondere Stellung und unterlägen der ausländischen Gerichtsbarkeit, während die „associés" lediglich als Eingeborene angesehen werden könnten, denen die Verträge nur den Schutz ihres Vermögens zusichern. Die von den Spaniern zur Rechtfertigung ihrer Maßnahmen angegebenen Gründe dürften wohl einer genauen Prüfung seitens der Mächte unterzogen werden, welche die Anwendung aller Verträge eifrig überwachen und insbesondere die der Madrider Konvention, welche Deutschland die Handhabe zur Einberufung der Algeciraskonferenz geboten habe.

v. Schoen

---

* Tatsächlich hat das spanische Vorgehen, das die Hinfälligkeit der Algecirasakte an einem neuen Beispiel drastisch illustrierte, den seit längerer Zeit erwogenen Entschluß der deutschen Regierung zur Reife gebracht, ein fait accompli zu schaffen, um die Marokkofrage zur abschließenden Regelung zu bringen. Vgl. das folgende Schriftstück, das den Einfluß des spanischen Vorgehens auf die deutschen Entschließungen klarstellt. Völlig falsch aber ist die namentlich in den Berichten Iswolskys mehrfach auftauchende Behauptung, Deutschland habe Spanien von Anfang an zu seinem Vorgehen aufgehetzt. Vgl. Der diplomatische Schriftwechsel Iswolskis, ed. Fr. Stieve I, S. 98, 100. Die deutschen Akten geben keinerlei Anhaltspunkte für solche Insinuationen.

Nr. 10572

*Aufzeichnung des Stellvertretenden Staatssekretärs des Auswärtigen Amtes Zimmermann**

Reinschrift

Berlin, den 12. Juni 1911

Seitdem die französischen Truppen, ohne größere Schwierigkeiten zu finden, vor Fes angelangt sind, scheint nach allen vorliegenden Nachrichten Frankreichs Taktik die geworden zu sein, dem Schein nach innerhalb der von der Algecirasakte gezogenen Grenzen zu bleiben und so irgendwelche Maßnahmen seitens einer oder der anderen Signatarmacht zu vermeiden, dabei sich aber doch einen unbedingt maßgebenden Einfluß im Scherifenreich zu sichern. Ganz besonders charakteristisch ist in dieser Beziehung der Leitartikel des „Temps" vom 27. v. Mts., der am Schlusse so weit geht, geradezu zu behaupten, die in Algeciras proklamierte Souveränität des Sultans habe bislang niemals in Wirklichkeit existiert, werde aber jetzt durch den Zug der franzö-

* Der erste Entwurf der Denkschrift ist schon am 30. Mai aufgesetzt worden; er trägt die Paraphen Zimmermanns und Freiherrn Langwerth von Simmerns. Die spanischen Vorgänge gaben Anlaß, die Denkschrift, die die Basis für das deutsche Vorgehen bildete, ungesäumt zum Abschluß zu bringen. Die Denkschrift wurde dem seit dem 10. Mai in Kissingen zur Kur weilenden Staatssekretär von Kiderlen zur Kenntnisnahme übersandt, der sie nach einigen Tagen zurücksandte. In einem Briefe an seinen Stellvertreter Zimmermann vom 16. Juni bemerkte Kiderlen dazu: „Mit dem Promemoria bin ich völlig einverstanden; ich glaube nicht, daß wir ohne ein selbständiges Eingreifen in Marokko von den Franzosen eine wirkliche — annehmbare Konzession erhalten ... Ich werde ja vielleicht von Cambon etwas hören [dieser beabsichtigte, Kiderlen am 20. in Kissingen aufzusuchen], wenn ich mich natürlich auch ganz rezeptiv verhalten muß und ihm höchstens andeuten kann, daß Marokko ein so großer Bissen ist, daß ein ‚Kompensations'-bissen den Franzosen ein höllisches Stück Fleisch aus ihrem Leibe kosten würde. Wir müssen aber unter allen Umständen uns unsere Stellung für Verhandlungen durch selbständiges Handeln sichern, und diese Frage muß entschieden sein, ehe Seine Majestät zur Nordlandreise abfährt. Wenn wir nichts tun, werden wir bei den nachherigen Verhandlungen viel eher zu Spannungen kommen — vorausgesetzt natürlich, daß wir überhaupt zu ernsthaften Verhandlungen entschlossen sind und uns nicht einfach Marokko ohne Entschädigung vertragswidrig wegschnappen lassen wollen." Kiderlen war sogar entschlossen, sein Verbleiben im Amt von einem Vorgehen in seinem Sinne abhängig zu machen: „Ich will jedenfalls unter gar keinen Umständen mittun, wenn wir uns jetzt unserer guten Trümpfe nicht bedienen und das marokkanische Problem sich endgültig zu unsern Ungunsten entscheiden lassen. Wir sind dann für lange aus der Welt politisch ausgeschaltet." Über die Unterredungen, die Kiderlen am 20. und 21. Juni mit Cambon in Kissingen hatte, liegt weder eine Aufzeichnung des Staatssekretärs noch sonst ein orientierendes Schriftstück bei den Akten. Nach einer späteren Aufzeichnung Kiderlens vom 9. Juli (siehe Nr. 10598) hätte der Staatssekretär dem Botschafter in Kissingen eingehend auseinandergesetzt: Wir seien bereit, uns in entgegenkommender Weise mit Frankreich über Marokko zu verständigen, wenn wir Kompensationen auf kolonialem Gebiete erhielten; wir müßten dann aber erhebliche Ansprüche machen. Ähnlich heißt es in einem Schreiben Kiderlens an Bethmann Hollweg vom 19. Juli: „Erst in Kissingen habe ich Cambon

sischen Truppen und durch die nunmehr zu treffenden Einrichtungen zu einem realen Faktor erhoben werden.

Nach den französischen Erklärungen wird eine Züchtigung der aufständischen Stämme geplant, falls diese sich nicht unterwerfen. Dann sollen die Sultanstruppen um jedenfalls die Hälfte vermehrt werden; um sie zuverlässig zu machen, will man angeblich eine größere Anzahl französischer Offiziere und Unteroffiziere dem Sultan als Instrukteure zur Verfügung stellen. Endlich sollen Etappenstraßen mit Blockhäusern geschaffen und so die Ruhe und Sicherheit im Lande für die Zukunft gewährleistet werden. Ob es bei der Ausführung dieses Programms, in das auch ein Marsch nach Meknes einbegriffen ist, ohne Zwischenfälle abgehen und ob nicht durch solche Zwischenfälle Frankreich doch noch zu Maßnahmen gedrängt werden wird, die es ihm nicht mehr ermöglichen, den Schein der Algecirasakte zu wahren, läßt sich heute nicht übersehen.

Haben die Franzosen das mit dem Vorstoß auf Fes zusammenhängende Unternehmen auf die eine oder andere Weise erfolgreich zu Ende geführt, so kann es keinem Zweifel unterliegen, daß, ausgenommen das von Spanien besetzte Gebiet, Nordmarokko bis zur Linie Rabat—

---

langsam den Gedanken an territoriale, und zwar erhebliche Kompensationen beigebracht." E. Jäckh, Kiderlen-Wächter, der Staatsmann und Mensch II, S. 133. Nach dem Bericht, den Cambon seiner Regierung am 22. Juni über seine Kissinger Gespräche mit Kiderlen erstattet hat (französisches Gelbbuch: Affaires du Maroc VI, p. 372ss.), will er seinen Partner darauf hingewiesen haben, daß bei Verhandlungen über Marokko die Einräumung eines Teils dieses Landes an Deutschland nicht in Frage kommen könne; man könne ja etwas anderes suchen. In diesen Worten liegt doch wohl das Angebot einer territorialen Kompensation für den Fall eines über den Akkord von 1909 hinausgehenden deutschen Entgegenkommens in Marokko. Die betreffenden Worte in Cambons Bericht lauten: „‚Si vous souhaitez, lui répondis-je, d'avoir quelque part du Maroc, il vaut mieux ne pas commencer la conversation: l'opinion en France ne l'accepterait pas sur ce terrain et, d'ailleurs, dans l'intérêt de nos bons rapports, il vaut mieux que nous ne multiplions pas les voisinages; il n'y a pas de pires querelles que les querelles de murs mitoyens: on peut chercher ailleurs.' — ‚Oui, on le peut, reprit M. de Kiderlen, mais il faut nous dire ce que vous voulez.' — ‚Je ne saurais le faire, car ces idées sont nouvelles, lui dis-je alors; mais je les soumettrai à mon Gouvernement puisque je vais à Paris, et vous, de votre côté, réfléchissez à ce que vous voulez.' "

Über den Inhalt der Kissinger Gespräche ist es Ende Dezember 1911 im französischen Senat zu lebhaften Auseinandersetzungen gekommen. Vgl. Kap. CCXXXI, Nr. 10792 ff. und Schultheß' Europäischer Geschichtskalender Jg. 1911, S. 452 ff. Wenn der im Juni 1911 am Ruder befindliche Minister des Äußern Cruppi gelegentlich dieser Erörterungen an Caillaux ein Schreiben des Inhalts richtete: „In meinen mit unserem Botschafter in Berlin im Juni gepflogenen Unterhaltungen habe ich nie eine Frage berührt, die nicht im Ministerrat geprüft worden wäre, und keine meiner Unterhaltungen mit Jules Cambon hat sich in irgend einem Augenblick auch nur andeutungsweise auf die Möglichkeit von territorialen Kompensationen oder eines Austausches am Kongo oder anderswo bezogen, in der Art wie die Kompensation, für die wir seither die Verantwortung auf uns genommen haben" (Schultheß a. a. O., S. 454f.), so beweisen doch die folgenden Schriftstücke, daß gerade Cruppi Mitte Juni einen „freundschaftlichen Ausgleich über ganz Nordafrika" mit Deutschland anstrebte.

Fes — Debdu unter dem beherrschenden Einfluß Frankreichs stehen wird.

Mögen die Truppen aus marokkanischen Mannschaften bestehen, mag Frankreich dem Sultan gegenüber noch so energisch jede angeblich von diesem geäußerte Bitte um Übernahme eines Protektorats ablehnen, darüber kann nicht wohl ein Zweifel obwalten, daß in einem Lande wie Marokko die bloße Tatsache, daß an der Spitze der marokkanischen Truppen französische Offiziere und Unteroffiziere stehen, genügt, um die marokkanische Regierung willenlos nach dem Wunsche der Pariser Machthaber marschieren zu lassen. Damit wird aber auch in wirtschaftlicher Beziehung die Gleichheit der konkurrierenden Nationen beseitigt sein.

Natürlich wird Frankreich die Offene Tür aufs neue mit den feierlichsten Worten proklamieren und auf Wunsch in dieser Beziehung die bündigsten Versprechungen abgeben; das wird aber nichts daran ändern daß in jenem ganzen Gebiet, das französisierte Truppen beherrschen, die französischen Interessenten weitgehendste Bevorzugung erfahren werden. Es ist für jeden Marokkaner zu selbstverständlich, daß, wer die politische Macht in Händen hat, hieraus auch wirtschaftliche Vorteile ziehen muß als daß es denkbar wäre, daß eine gleichmäßige Behandlung der Kaufleute stattfinden könnte, sobald Truppen und Blockhäuser es der Bevölkerung ad oculos demonstrieren, wer im Lande den entscheidenden Einfluß besitzt. Hinzu kommt, daß das Prinzip der Offenen Tür den Franzosen so innerlich fremd und unsympathisch ist, daß die diesbezüglichen Versprechungen wohl stets mit einer gewissen reservatio mentalis gegeben werden dürften. Man weiß zu gut, daß bei Gewährung wirklicher Gleichberechtigung für die handeltreibenden Nationen es den französischen Kaufleuten und Industriellen schwerlich gelingen könnte, ihre Konkurrenzfähigkeit zu behaupten.

Neben jenen Zeitungsstimmen, die darauf hindeuten, daß man in Paris durch ein geschicktes Vorgehen sich im Schutze der Algecirasakte an der Notwendigkeit neuer Vereinbarungen vorbeidrücken möchte gibt es einige andere Anzeichen, nach denen es scheint, daß gewisse französische Politiker, zu denen vielleicht auch Cambon gehört, mit uns neue Verhandlungen über Marokko in die Wege leiten möchten. Schon vor Wochen hatte der französische Finanzminister Caillaux in einem Privatgespräch mit Baron Lancken ein Wort fallen lassen von einer unerläßlich gewordenen Regelung der marokkanischen Verhältnisse und von der Möglichkeit von Kompensationen für uns auf kolonialem Gebiet*. Auch hat der hiesige französische Botschaftsrat Baron Berckheim vor wenigen Tagen dem damals hier weilenden Herrn von Mutius** gegenüber gelegentlich einer Unterhaltung über die Togo—Dahome-Grenze geäußert, man werde ja doch wohl über kurz oder lang zu Abmachungen auf breiterer Grundlage kommen müssen.

* Vgl. Kap. CCXXVII, Nr. 10554.

** Zweiter Sekretär bei der Botschaft in Paris.

Gelänge es den Franzosen, den erstgenannten Plan durchzuführen, so würden wir, wie schon ausgeführt, gar bald trotz aller schönen Versicherungen vor der Tatsache stehen, daß Frankreich den Norden Marokkos tatsächlich beherrscht, und daß trotz aller Zusagen unser Handel und unsere Industrie gegen die von den marokkanischen Truppen unter französischer Leitung unterstützten französischen Konkurrenten nicht mehr würde aufkommen können. Dabei würde in den meisten Fällen eine formelle Verletzung der Algecirasakte nicht nachweisbar sein. Fortgesetzte Reibereien zwischen uns und Frankreich würden folgen, und es ist nicht vorauszusehen, zu welchen Zusammenstößen ein solcher Zustand auf die Dauer führen könnte. Sobald es der Welt klar werden würde, daß es Frankreich geglückt, geradezu im Schutz der Algecirasakte seine alten Pläne zu verwirklichen, würde es offenkundig werden, daß wir eine diplomatische Niederlage erlitten haben, deren moralische Wirkung nicht gering anzuschlagen sein dürfte, ganz abgesehen von dem Entrüstungssturm, der Deutschland durchbrausen würde. Aber auch wenn jene zweite Möglichkeit einer französischen Anregung zu neuen Verhandlungen über das Marokkoproblem eintreten sollte, liegt die Situation keineswegs günstig. Man spielt wohl mit dem Gedanken, als könnten sich Kompensationen auf kolonialem Gebiet finden lassen, aber es darf als ausgeschlossen gelten, daß französischerseits spontan in dieser Richtung Anerbietungen gemacht werden sollten, die wirklich ernsthaft für uns in Betracht gezogen werden könnten. Man wird irgendwelche Grenzberichtigungen vorschlagen, verbunden mit kleineren Abtretungen, vielleicht auch finanzielle Opfer in Erwägung ziehen, wird aber die ganze chauvinistische Preßmeute auf uns loslassen, sobald wir eine ernstlichere Forderung stellen würden. Überdies aber muß bei der Marokkofrage immer wieder daran erinnert werden, daß England Frankreich im Vertrage vom Jahre 1904 betreffs Marokkos seine diplomatische Unterstützung zugesichert hat*. Wird daher in Frankreich gegen uns in der Presse die Lärmtrommel gerührt, werden die Leidenschaften gegen uns mobilgemacht, so ist Frankreich sicher, die englische Presse zum überwiegenden Teile hinter sich zu haben; wir werden, mögen unsere Forderungen noch so gerecht sein, als die Friedensstörer verschrieen werden und haben, da niemand einen europäischen Krieg wegen Marokkos wünscht, sehr bald

* Mit der Auffassung Tirpitz' (Der Aufbau der deutschen Weltmacht, S. 204), daß das Auswärtige Amt in völliger Verkennung Englands und der englischen Politik von vornherein eine wohlwollende Haltung Englands in der Marokkofrage angenommen habe, ist diese Stelle nicht vereinbar. Eine wohlwollende Haltung Englands hat das Auswärtige Amt keineswegs vorausgesetzt. Eben deshalb ist auch von vornherein von einer wirklichen Besetzung Agadirs Abstand genommen worden, die die englischen Interessen weit stärker berührt haben würde als die bloße Entsendung eines Schiffes. Tirpitz' Auffassung, daß man ebensogut Agadir hätte besetzen können, wird durch die Haltung Sir E. Greys nach dem Eintreten des „Coups von Agadir" widerlegt. Vgl. Nr. 10588ff.

die öffentliche Meinung der ganzen Welt jedenfalls nicht für uns. Das Ende vom Liede würde sein, daß die so gestörten Verhandlungen resultatlos verliefen und Frankreich ohne Kompensationen das in Marokko Erreichte behielte. Demgegenüber dürfte sich für uns nur ein Weg bieten, der ohne ernstere Verwickelungen uns entweder eine Basis schafft, die Frankreich veranlaßt, uns akzeptable Kompensationen zu bieten, oder aber durch den wir uns wenigstens vorerst in Südmarokko einen Gebietsstrich sichern, dessen natürlicher Reichtum und anscheinende Mineralschätze uns für die französische Herrschaft im übrigen Marokko in annehmbarer Weise entschädigen.

Nach den streng vertraulichen Mitteilungen der Firma M. M. Warburg in Hamburg hat ein von ihr hinausgesandter Sachverständiger in dem südlich von Mogador gelegenen Landstrich, insbesondere dem Sus eine Reihe von Kupferlagerungen entdeckt, deren Kupfergehalt nach den in Deutschland vorgenommenen chemischen Untersuchungen ein ungewöhnlich hoher ist. Auch scheinen die Lagerungen wenigstens teilweise quantitativ recht nennenswerte zu sein. Daß die Firma Mannesmann in diesem Gebiete ebenfalls Erzvorkommen festgestellt haben will, ist aus der Presse bekannt. Hinzu kommt, daß die Stammeskaids dieser auch landwirtschaftlich besonders reichen Gegend sich sowohl durch Warburgs als durch Mannesmanns seit längerer Zeit um deutschen Schutz bemühen, der ihnen freilich im Rahmen der Madrider Konvention und der Algecirasakte nicht gewährt werden kann. Diese Kaids sind zum Teil außerordentlich mächtige Stammesoberhäupter, die vom Sultan de facto ganz unabhängig sind. Einige von ihnen sollen bereits offen ausgesprochen haben, daß sie, wenn Frankreich das übrige Marokko endgültig unter seinen Einfluß bringen sollte, eine Teilung des Scherifenreiches anstreben würden. Die von Warburgs angegebene Zahl dieser Stammesoberhäupter beträgt 14 oder 15. Ergänzt werden diese Mitteilungen durch die von Herrn Dr. Wirth dem Herrn Staatssekretär nach Kissingen eingereichten Nachrichten.

Inzwischen hat laut einem Tangerer Telegramm vom heutigen Tage der dortige Sultansvertreter Gabbas gestern abend an den Doyen des diplomatischen Korps eine Protestnote wegen der Landung der spanischen Truppen in Larasch und Entsendung eines Teils derselben nach Alkassar gerichtet mit der Bitte, diese Protestnote den Signatarmächten zu übermitteln. Diese werden ersucht, Spanien auf sein die Integrität Marokkos und damit die Algecirasakte verletzendes Vorgehen aufmerksam zu machen. Sodann heißt es, der Machsen fordere durch die Signatarmächte Spanien auf, seine Truppen sofort zurückzuziehen.

Es liegt auf der Hand, daß diese marokkanische Demarche von Paris aus diktiert worden ist. Schon die zwischen dem spanischen Vorgehen und der Note liegende Zeit, die keineswegs ausreicht für die Einholung von Befehlen von Fes, dürfte hierfür einen hinreichenden Beweis erbringen. Man scheint nach verschiedenen Zeitungsmeldungen

aus Paris, insbesondere einem „Temps"-Artikel vom gestrigen Tage am Quai d'Orsay zuerst geneigt gewesen zu sein, selbst wegen des spanischen Vorgehens an die Signatarmächte heranzutreten. Heute früh brachte dann der „Petit Parisien" eine Erklärung, die erkennen ließ, daß man in Paris von dem Plane direkter Stellungnahme gegen Spanien zurückgekommen war. Ziemlich gleichzeitig ist dann die vorerwähnte Protestnote des Tangerer Sultansvertreters übergeben worden. Um aber seine Mitwirkung an diesem Schritt zu verschleiern, hat Frankreich ohne besonderen äußeren Anlaß gestern dem Herrn Reichskanzler und heute im Auswärtigen Amt erneut erklären lassen, daß es die Algecirasakte nicht verletzen und seine Truppen tunlichst bald von Fes zurückziehen werde*.

Inzwischen ist durch die Presse bekannt geworden, daß Gabbas auf Weisung des in Paris weilenden Mokri gehandelt hat.

Der französische Plan ist offenbar der, die Signatarmächte auf dem Umwege über den Machsen zu einer Stellungnahme gegen das spanische Vorgehen zu veranlassen und auf diese Weise sich indirekt eine Sanktionierung der eigenen Maßnahmen zu verschaffen. Würde dieser Plan dem Pariser Kabinett gelingen, so würde dadurch die Marokkofrage derartig verwirrt und der wahre Sachverhalt so verdunkelt werden, daß mit Rücksicht auf die öffentliche Meinung Europas ein Eingreifen von uns in einem späteren Augenblick nur mehr mit äußerst ungünstigen Chancen möglich sein dürfte.

Es fragt sich demnach, ob unter diesen Umständen nunmehr nicht in Paris und Madrid zu erklären sein möchte, wie auch dort bekannt habe die marokkanische Regierung an uns wie an die übrigen Signatarmächte wegen des spanischen Vorgehens eine Note gerichtet. Dieser Umstand zwinge uns, aus unserer bislang beobachteten Reserve hervorzutreten. Wir hätten sowohl die von der französischen wie von der spanischen Regierung im Scherifenreich unternommenen militärischen Operationen mit Aufmerksamkeit verfolgt und seien dabei auch notgedrungen zu einer erneuten Prüfung der tatsächlichen Verhältnisse des Landes gelangt. Diese Prüfung habe für uns den unabweisbaren Schluß ergeben, daß man sich in Algeciras in bezug auf wesentliche Voraussetzungen, auf denen die Generalakte aufgebaut, in einem grundlegenden Irrtum befunden habe, indem man die Souveränität des Sultans und die Einheitlichkeit des marokkanischen Staates für reale Faktoren hielt. Heute vermöge sich niemand mehr darüber zu täuschen, daß zur Zeit der Konferenz die Souveränität des Sultans lediglich eine Fiktion gewesen sei, wie dies auch heute noch der Fall. Ja es habe sich gezeigt, daß selbst der marokkanische Staat ein fiktiver Begriff sei. Ein Sultan, der nur mit fremder Hilfe zu regieren vermöge, sei nicht der souveräne Herrscher der Algecirasakte, und ein Reich,

* Vgl. dazu Kap. CCXXVII, Nr. 10565.

dessen innerer Zusammenhang nur noch dem Namen nach existiere, nicht mehr jener einheitliche Staat, dessen Integrität in der Algecirasakte stipuliert wurde. Wir verständen vollkommen, daß der Gang der marokkanischen Ereignisse sowohl Frankreich wie Spanien zur Ergreifung militärischer Maßnahmen in Marokko veranlaßt hätte, aber durch dieselben Ereignisse seien auch jene der Konferenz zugrunde gelegten Fiktionen endgültig zerstört und damit die Generalakte hinfällig geworden. Unter diesen Umständen stände nach unserer Auffassung sämtlichen Signatarmächten wiederum die volle Aktionsfreiheit zu, die wir für uns hiermit zurücknähmen. Über die von uns nunmehr zum Schutze unserer Interessen in Marokko zu treffenden Maßnahmen behielten wir uns vor, schon in nächster Zeit weitere Mitteilungen zu machen.

Sobald diese Erklärung dem Pariser Kabinett und den übrigen Signatarmächten mitgeteilt, wären mit tunlichster Beschleunigung vier Kreuzer nach Mogador und Agadir zu dirigieren (je zwei in jeden Hafen), hiervon aber dem Quai d'Orsay und in Madrid sowie den übrigen Kabinetten erst dann Mitteilung zu machen, wenn wir annehmen dürfen, daß die Kreuzer etwa 24 Stunden später an ihrem Bestimmungsorte eintreffen werden. Auf diesem Wege dürfte sich am zweckmäßigsten dem vorbeugen lassen, daß nicht etwa Frankreich dank der geringeren Entfernung seiner Häfen von Marokko uns bei der Entsendung von Schiffen zuvorkommt.

Ist dies geschehen, dann müßte in unserer Presse mit Nachdruck dafür eingetreten werden, daß wir durchaus nicht die Absicht haben, Frankreich und Spanien in Marokko Schwierigkeiten zu machen, daß wir vielmehr durchaus begreifen, daß beide Staaten von ihrem Standpunkt militärische Maßnahmen für nötig gehalten haben. Man habe sich über Marokko lange Jahre einer Täuschung hingegeben, indem man glaubte, daß das Land durch eigene Kraft einer Reform und eines Aufschwungs fähig sein würde. Von solchen Ideen hätten wir uns leiten lassen, als wir im Jahre 1905 mit Nachdruck für die Einberufung der Algeciraskonferenz eingetreten seien. Die Tatsachen hätten indessen gezeigt, daß wir uns in unserer Auffassung geirrt hätten. Heute sei durch den Lauf der Ereignisse unwiderleglich dargetan, daß ein selbständiges Marokko und ein im wahren Sinne des Wortes souveräner Sultan eine Unmöglichkeit sei und bereits nicht mehr existiere. Wir könnten nichts anderes tun, als diesen Tatsachen Rechnung tragen und unsere Interessen im Lande da, wo sie besonders markant seien, durch zweckentsprechende Maßnahmen zu schützen. Dies sei mit Rücksicht auf von Deutschen entdeckte reichhaltige Erzvorkommen im Hinterlande von Mogador und Agadir der Fall, wo zudem deutschfreundliche Kaids die Situation für uns günstig beeinflußten. Wir würden in aller Ruhe den weiteren Gang der Dinge abwarten und seien auf Wunsch zu jeder Verhandlung und jeder Aussprache mit anderen Mächten bereit, um das

Marokkoproblem einer endgültigen Lösung zuzuführen und als Reibungsfaktor definitiv aus der internationalen Politik auszuschalten.

Ist diese Sachlage geschaffen, so wird es Frankreichs Sache sein, mit etwaigen Kompensationsvorschlägen an uns heranzutreten, die in Anbetracht des von uns erlangten Faustpfandes naturgemäß von vornherein nur einen ernsthaften Charakter annehmen können. Daß Frankreich dem von uns geschaffenen fait accompli gegenüber die chauvinistischen Leidenschaften aufzurufen versuchen wird, ist wenig wahrscheinlich, namentlich wenn wir dafür sorgen, daß in unserer eigenen Presse die Angelegenheit mit größter Ruhe und unter Betonung unseres vollen Verständnisses für die französischen Maßnahmen behandelt wird. Außerdem würde die in unserem Handeln liegende Entschlossenheit beruhigend wirken. Nötigenfalls könnte man in Paris auch andeuten lassen, daß wir zuverlässige Nachricht erhalten haben von einem französisch-marokkanischen Geheimvertrag, der zwischen der französischen Regierung und Mokri abgeschlossen und am 10. April d. Js. vom Sultan ratifiziert worden ist*, und in dem es neben anderen Bestimmungen heißt, daß Marokko sich verpflichtet, künftighin vorher Frankreich von allen Verträgen Kenntnis zu geben, die es mit anderen Staaten abzuschließen beabsichtigt. Nimmt aber Frankreich die geschaffene Tatsache ruhig hin, oder sucht es sich mit uns durch zweckmäßige Verhandlungen zu verständigen, so dürfte auch England keinerlei Einwendungen erheben, zumal wenn wir in London durchblicken lassen, daß wir mit uns reden lassen würden, wenn Frankreich uns geeignete Kompensationsobjekte im französischen Kongo anbieten sollte.

Zimmermann

Nr. 10573

Der Botschafter in Paris Freiherr von Schoen an das Auswärtige Amt

Telegramm. Entzifferung

Nr. 163 Paris, den 15. Juni 1911

Bei heutiger Besprechung Kamerun-Kongo—Bahnprojekt** ließ Herr Cruppi deutlich durchblicken, daß französische Regierung dieses weit-

* Vgl. Kap. CCXXVII, Anhang, Nr. 10568 Fußnote.

** Das Projekt einer Kamerun-Kongo—Bahn, an dem auf deutscher Seite ein Konsortium Hamburger Kaufleute unter Führung des Reichstagsabgeordneten Dr. Semler beteiligt war, sollte einen Ersatz bilden für das vorher betriebene Projekt einer Verschmelzung der französischen Ngoko-Sangha-Gesellschaft mit jenem deutschen Konsortium zu einer Société du Gabon (Compagnie Franco-Allemande), das infolge parlamentarischer Angriffe auf die Ngoko-Sangha-Gesellschaft scheiterte (vgl. Kap. CCXXVI, Nr. 10519, S. 65, Fußnote *). Über das neue Bahnprojekt Kamerun-Kongo kam es im Laufe des Mai zwischen Dr. Semler und dem französischen Kolonialunternehmer Fondère, einem Vertrauten der Minister Cruppi und Caillaux, zu einer Verständigung,

reichende Unternehmen gern zum Anlaß Gedankenaustausches über ganz Nordafrika machen möchte. Zuvor hatte Minister, offenbar um sich weniger offiziell zu engagieren, Botschaftsrat zu sich kommen lassen und diesem mit aller Deutlichkeit gesagt, Frankreich könne sich zu einem so folgenreichen, gemeinschaftlichen Unternehmen nicht binden, ohne sicher zu sein, daß Deutschland zu freundschaftlichem Ausgleich auch in anderen nordafrikanischen Fragen bereit sei. Es wäre doch Zeit, nicht mehr weiter Versteck zu spielen. Freiherr von der Lancken hat Verständnislosigkeit geheuchelt. — Ich habe meinerseits Herrn Cruppi geantwortet, daß Semler-Projekt lediglich Privatinitiative entspringe und nicht mit marokkanischer Frage verbunden werden wolle,* zu deren Erörterung in allgemeinem Sinne ich mich nicht für ermächtigt hielte.**

Schoen

Nr. 10574

Der Stellvertretende Staatssekretär des Auswärtigen Amtes Zimmermann an den Staatssekretär von Kiderlen, z. Z. in Kissingen

Ausfertigung

Nr. 1

Berlin, den 15. Juni 1911

Euerer Exzellenz beehre ich mich hier angeschlossen Abschrift eines hier soeben eingegangenen Telegramms des Kaiserlichen Botschafters in Paris*** zu übersenden.

Bezüglich des Kamerun-Kongo—Bahnprojekts des Herrn Semler darf ich bemerken, daß es von diesem im Anschluß an die Ngoko-

---

so daß nur noch die Konzession der französischen Regierung ausstand. Vgl. dazu auch J. Caillaux, Agadir, Ma politique extérieure, p. 74ss.

* Vermutlich falsche Zifferngruppe für „dürfe".

** Die schon in dem Verhalten Freiherrn von der Lanckens zum Ausdruck gelangende, nachher von Berlin aus noch (vgl. Nr. 10575) unterstrichene deutsche Zurückhaltung gegenüber der französischen Anregung, das Kamerun-Kongo—Bahnprojekt zum Ausgangspunkt eines Gedankenaustausches über ganz Nordafrika zu nehmen, erklärt sich aus dem bei den deutschen Staatsmännern vorwaltenden Eindruck, daß die Absicht französischerseits dahin gehe, Deutschland durch solche Pourparlers, die man nach den Erfahrungen bei der Ngoko-Sangha-Gesellschaft nicht als ernstlich gemeint ansah, hinzuziehen und schließlich mit einer Bagatelle abzufinden. Vgl. dazu neben der voraufgehenden Aufzeichnung Zimmermanns vom 12. Juni (Nr. 10572) die drastische Äußerung des Staatssekretärs von Kiderlen bei dem Empfang des Schoenschen Telegramms, wiedergegeben im folgenden Schriftstück. Bei Kiderlen überwog offenbar der Gedanke, daß Verhandlungen auf einer ausreichenden Basis erst begonnen werden könnten, wenn die französische Regierung durch ein nachdrückliches Vorgehen, wie es nachher durch die Entsendung des „Panther" nach Agadir inszeniert wurde, mürbe gemacht sei.

*** Siehe Nr. 10573.

Sangha-Affäre mit einem Franzosen Fondère entworfen worden ist, der von dem französischen Ministerium hierher nach Berlin geschickt wurde, um mit Herrn Semler Fühlung zu nehmen, nachdem man in Paris selbst zu der Einsicht gekommen war, daß man uns für das eigenartige Verhalten in der Ngoko-Sangha-Affäre eine Satisfaktion schulde.

Der geplante Bahnbau sollte unter der Zinsgarantie beider Regierungen von einer zu bildenden deutsch-französischen Gesellschaft ausgeführt werden.

Zimmermann

Schlußbemerkung von Kiderlens:
Solche Lappalien können doch bei der großen Abrechnung nicht mitsprechen.
K.

Nr. 10575

Der Reichskanzler von Bethmann Hollweg an den Botschafter in Paris Freiherrn von Schoen

Telegramm

Konzept von der Hand des Vortragenden Rats Freiherrn Langwerth von Simmern

Nr. 102 Berlin, den 16. Juni 1911

Auf Telegramm Nr. 163*.

Mit Euerer Exzellenz Sprache einverstanden. Bitte auch fernerhin Gespräche über Kompensationsfrage vermeiden und sich eventuell zuhörend verhalten.

Zu Euerer Exzellenz vertraulicher Information. Cambon hat gelegentlich in Telegramm Nr. 153** annoncierter Unterredung*** einfließen lassen, Marokko würde schließlich wohl als reife Frucht Frankreich zufallen, man begriffe aber, daß Deutschland angesichts öffentlicher Meinung dies nicht ohne Kompensationen hinnehmen könne. Diese voraussichtlich auf kolonialem Gebiet zu suchen. Bäte mich, darüber nachzudenken†.

Habe mich auf Zuhören beschränkt.

v. Bethmann Hollweg

---

* Siehe Nr. 10573.
** Siehe Kap. CCXXVII, Nr. 10564.
*** Vgl. Kap. CCXXVII, Nr. 10565.
† Vgl. dazu den Bericht Cambons über seine Unterredung mit dem Reichskanzler vom 11. Juni. Danach hätte Cambon zu Bethmann Hollweg gesagt: „Il me semble que nous pourrions examiner les questions qui nous intéressent les uns et les autres et chercher à donner à l'opinion allemande les satisfactions qui lui permettraient de voir sans inquiétude le développement de l'influence politique française au Maroc." Französisches Gelbbuch: Affaires du Maroc VI, p. 350.

Nr. 10576

Der Staatssekretär des Auswärtigen Amtes von Kiderlen, z. Z. in Kiel, an das Auswärtige Amt

Telegramm. Entzifferung

Nr. 45

An Bord der „Hohenzollern", den 26. Juni 1911

Für Unterstaatssekretär.
Schiffe bewilligt*.

Kiderlen

---

* Über den Immediatvortrag, den Reichskanzler von Bethmann Hollweg und Staatssekretär von Kiderlen (der am 20. und 21. Juni mit dem französischen Botschafter Cambon in Kissingen konferiert hatte und am 22. nach Berlin zurückgekehrt war) am 26. Juni in Kiel dem sich zu seiner gewohnten Nordlandfahrt anschickenden Kaiser hielten, bieten die Akten nichts Näheres. Das lakonische Telegramm Kiderlens (s. oben) ist alles, was darüber vorliegt. Aus dem Wortlaut ist nicht ohne weiteres ersichtlich, ob Reichskanzler und Staatssekretär in ihrem gemeinschaftlichen Vortrag von einer größeren Aktion, wie sie in der Denkschrift vom 12. Juni vorgesehen war — je zwei Kreuzer nach Agadir und Mogador —, schon Abstand genommen hatten. Schließen läßt darauf eine kurze Aufzeichnung des Marokkoreferenten Freiherrn Langwerth von Simmern vom 21. Juni, aus der hervorgeht, daß für eine rasche Aktion, wie sie durch das spanische Vorgehen nahe gelegt wurde, nur die beiden in Reichweite befindlichen Kanonenboote S. M. S. „Panther" und S. M. S. „Eber" zur Verfügung standen. Die Aufzeichnung lautet: „Der bisherige Stationär auf der südwestafrikanischen Station S. M. S. ‚Panther' befindet sich auf der Heimreise. Derselbe weilt vom 21. bis 23. d. Mts. in Dakar (Senegal), vom 27. Juni bis 2. Juli in Santa Cruz auf Teneriffa und vom 5.—12. Juli in Cadiz. — Als derzeitiger Stationär fungiert auf unserer südwestafrikanischen Station S. M. S. ‚Eber'. Derselbe ankert am 27. Juni in Fernando Póo, am 2. Juli bei den Eloby Inseln, am 8. in Banana und am 17. Juli in Swakopmund. Sowohl ‚Panther' wie ‚Eber' sind Kanonenboote." Man wird annehmen dürfen, daß die Kaiserliche Entscheidung am 26. bereits dahin ergangen ist, die Aktion auf S. M. S. „Panther" zu beschränken. Wenn in dem Telegramm Kiderlens von bewilligten Schiffen die Rede ist, so ist das wohl so zu verstehen, daß das nicht eben ansehnliche Kanonenboot „Panther" so rasch wie möglich durch den zu diesem Zwecke auszusendenden kleinen Kreuzer „Berlin" ersetzt werden sollte (vgl. das folgende Schriftstück). — Daß der Kaiser, der sich im April noch ganz spontan gegen die Entsendung von Kriegsschiffen nach Marokko ausgesprochen hatte (vgl. Kap. CCXXVII, Nr. 10538), mit der Entsendung des „Panther" nicht etwa eine drohende Geste, sondern eine Einleitung freundschaftlicher Verhandlungen bezweckte, geht aus verschiedenen gleichzeitigen Randbemerkungen zu Zeitungsartikeln hervor. So heißt es zu einem Artikel des „Temps" vom 25. Mai: „Dr. Leo Delbrück", — gemeint ist der Bankier Ludwig Delbrück — „der eben aus Paris zurück ist, sagte mir, es sei ihm von verschiedenen maßgebenden Personen erklärt worden, wir könnten von ihnen verlangen an Kolonialabtretungen, was wir wollten, wir würden es sofort erhalten. Ja, sogar eine Milliarde würde man uns gern blechen, wenn wir sie nur in Marokko nicht stören wollten. Machen wir also ein ordentliches Angebot."
Nach A. v. Tirpitz, Der Aufbau der deutschen Weltmacht, S. 203 hätte der Kaiser gelegentlich der Anwesenheit des Reichskanzlers in Kiel zu dem Admiral gesagt, er wolle wegen Marokko keinen Krieg führen, wir würden jetzt aber als Entschädigung den ganzen französischen Kongo fordern.

Nr. 10577

Der Staatssekretär des Auswärtigen Amtes von Kiderlen an den Rat im Kaiserlichen Gefolge Gesandten von Treutler, z. Z. in Kiel

Telegramm. Entzifferung

Nr. 26 Berlin, den 27. Juni 1911

Bitte sich sofort mit Chef des Admiralstabs* in Verbindung setzen und Schritte vereinbaren zwecks rascher Erlangung Kreuzers an Stelle zu langsamen „Ebers“**.

Drahtbericht.

Kiderlen

Nr. 10578

Der Staatssekretär des Auswärtigen Amtes von Kiderlen an den Botschafter in Paris Freiherrn von Schoen

Telegramm. Reinkonzept

Nr. 110 Berlin, den 30. Juni 1911

Euer pp. bitte ich dortiger Regierung mit Rücksicht auf hiesige Sonnabend*** vier Uhr erfolgende Preßpublikation tunlichst Sonnabend mittag nachfolgendes mitzuteilen und Wortlaut als Aide-mémoire hinterlassen:

Aide-mémoire

„Des maisons allemandes, établies au Sud du Maroc et notamment à Agadir et dans ses environs, se sont alarmées d'une certaine fermentation parmi les tribus de ces contrées que semblent avoir produite les derniers événements dans d'autres parties du pays. Ces maisons se sont adressées au Gouvernement Impérial pour lui demander protection pour leur vie et leurs biens†. Sur leur demande le Gouverne-

---

* Vizeadmiral von Heeringen.

** Es dürfte eine Verwechselung mit S. M. S. „Panther“ vorliegen. Für die Ersetzung des letzteren wurde der kleine Kreuzer „Berlin“ bestimmt, der am 4. Juli in Agadir anlangte.

*** 1. Juli.

† In der Tat liegt eine gemeinsame Eingabe einer Reihe im südlichen Marokko interessierter Firmen vom 21. Juni vor, in der das Auswärtige Amt unter Hinweis auf ihre durch die unruhigen Verhältnisse im südlichen Marokko bedrohten wirtschaftlichen Interessen um ein Einschreiten ersucht wird. Es heißt in der Eingabe u. a.: „Bei dem für äußere Eindrücke sehr empfänglichen Sinn der Orientalen ist eine Sicherung der deutschen wirtschaftlichen Interessen in diesem Gebiet nur zu erwarten, falls in der Gegend des Südens den Stämmen in konkreter Form dargetan wird, daß die Kaiserliche Regierung gewillt und in der Lage ist, sofort und ohne jeden Verzug im Falle der Gefahr die deutschen Interessen zu schützen. Die Unterzeichneten sind der Ansicht, daß nur hierdurch die Entstehung schwereingreifender Unruhen vermieden werden kann, und daß bei der Eigenart des deutschen Handels in Marokko und der sonstigen deutschen wirtschaftlichen Interessen ein erst nach dem Eintritt ernster Ereignisse einsetzender Schutz kaum einen geringen Teil des Verlustes, den die deutschen Interes

ment a décidé d'envoyer au port d'Agadir un bâtiment de guerre, pour prêter, en cas de besoin, aide et secours à ses sujets et protégés ainsi qu'aux considérables intérêts allemands engagés dans lesdites contrées. Dès que l'état de choses au Maroc sera rentré dans son calme antérieur, le bâteau, chargé de cette mission protectrice, aura à quitter le port d'Agadir."*

Euer pp. wollen bei Übergabe des Aide-mémoire hervorheben, daß Sie keinerlei weitere amtliche Mitteilungen zu machen hätten. Im Anschluß hieran wollen Sie jedoch Gespräch mit Minister über Marokko herbeiführen und hierbei bemerken:

Wir hätten uns gegenüber den militärischen Maßnahmen der Pariser Regierung bislang in Würdigung der tatsächlichen Verhältnisse in Marokko durchaus abwartend verhalten. Es sei auch jetzt nicht unsere Absicht, der französischen Regierung irgendwelche Schwierigkeiten zu machen. Aber allmählich hätten die Ereignisse im Scherifenreich doch eine Wendung genommen, die den durch die Algecirasakte vorgesehenen Schutz der internationalen Interessen durch die Macht der Tatsachen in Frage gestellt erscheinen lasse. Wir hätten uns daher der von namhaften deutschen Häusern an uns gerichteten Bitte um Schutz ihrer im Süden Marokkos gelegenen Interessen nicht versagen können und uns entschlossen, ein Kriegsschiff nach Agadir zu entsenden, um

---

senten erleiden würden, wieder gutmachen würde." Natürlich bot die Eingabe der Firmen vom 21. Juni nur den äußeren Anlaß für das deutsche Vorgehen in Agadir; der eigentliche und tiefere Grund Kompensationsverhandlungen mit Frankreich einzuleiten, ergiebt sich aus Kiderlens Brief an Zimmermann vom 16. Juni (vgl. Nr. 105712, Fußnote). Am 25. August hat sich Zimmermann darüber mit vieler Offenheit gegen den englischen Botschafter Sir E. Goschen ausgesprochen; vgl. dessen Bericht von diesem Tage in Lord Greys Memoiren (Twenty-Five Years 1892—1916, By Viscount Grey of Fallodon, I, 236 f.). Die tiefsinnigen Erörterungen Lord Greys über die wirklichen Motive des deutschen Vorgehens in Marokko (p. 239 ff.) gehen in die Irre: das Leitmotiv, dessen Zweck freilich verfehlt wurde, war, durch einen starken Anstoß in ein besseres Verhältnis zu Frankreich und dadurch wieder zu England zu kommen.

* Gleichzeitig mit der Übergabe des Aide-mémoires wurde in der „Norddeutschen Allgemeinen Zeitung" offiziös erklärt: „Die im Süden Marokkos interessierten deutschen Firmen haben die Kaiserliche Regierung unter Hinweis auf die Gefahren, die angesichts der Möglichkeit des Übergreifens der in anderen Teilen Marokkos herrschenden Unruhen den dortigen gewichtigen deutschen Interessen drohen, um Maßregeln zur Sicherung von Leben und Eigentum der Deutschen und deutschen Schutzgenossen in jenen Gegenden gebeten. Die Kaiserliche Regierung hat zu diesem Zwecke zunächst die Entsendung von S. M. Kanonenboot „Panther", das sich in der Nähe befand, nach dem Hafen von Agadir beschlossen und dies den Mächten angezeigt. Den in jener Gegend maßgebenden Marokkanern ist gleichzeitig mitgeteilt worden, daß mit dem Erscheinen des deutschen Kriegsschiffs im Hafen keinerlei unfreundliche Absicht gegen Marokko oder seine Bewohner verbunden sei." Aus der Fassung dieser Meldung, insbesondere aus den Worten, „die Kaiserliche Regierung hat zunächst die Entsendung von S. M. Kanonenboot ‚Panther' beschlossen", wurden in der französischen und der englischen Presse Besorgnisse abgeleitet, daß es auf eine Ausdehnung der Aktion abgesehen sei.

Leben und Eigentum der in der dortigen Gegend sich aufhaltenden deutschen Reichsangehörigen und Schutzgenossen einstweilen sicherzustellen, solange bis geordnete Zustände im Scherifenreich wiedergekehrt seien. Nach dem Gang, den die Ereignisse genommen, könnten wir uns indessen kaum mehr einem Zweifel darüber hingeben, daß es den interessierten Mächten nicht möglich sein dürfte, zu dem früheren Stande der Dinge zurückzukehren. Die Ereignisse hätten gezeigt, daß die Auffassung der Algecirasakte über Souveränität des Sultans und Integrität Marokkos mit den tatsächlichen Verhältnissen unvereinbar sei. In voller Würdigung dieses Sachverhaltes seien wir bereit, uns mit der französischen Regierung freundschaftlich darüber zu unterhalten, in welcher Weise eine Lösung der Marokkofrage herbeigeführt werden könne, die sämtliche Signatarmächte befriedige und das Marokkoproblem endgültig als Reibungsfläche aus der internationalen Politik ausschalte. Von diesen Gedankengängen ausgehend, würden wir jeden geeigneten Vorschlag der französischen Regierung in wohlwollendste Erwägung ziehen.

Gleiche Mitteilung ergeht nach Madrid.

Kiderlen

Nr. 10579

*Der Staatssekretär des Auswärtigen Amtes von Kiderlen an den Botschafter in London Grafen von Metternich**

Telegramm. Konzept

Nr. 81 Berlin, den 30. Juni 1911

Kaiserliche Botschafter Paris und Madrid angewiesen, betreffenden Regierungen nachstehende mündliche Erklärung abzugeben unter Hinterlassung Wortlauts als Aide-mémoire. pp.**

Bitte dies dortiger Regierung tunlichst Sonnabend mittag unter Hinterlassung Wortlauts als Aide-mémoire mündlich mitteilen.

Euer pp. wollen bei Übergabe des Aide-mémoire hervorheben, daß Sie keinerlei weitere amtliche Mitteilungen zu machen hätten. Im Anschluß hieran wollen Sie jedoch Gespräch mit Minister über Marokko herbeiführen und hierbei bemerken:

Die Ereignisse seien bekannt, die die französische Regierung zum Marsch nach Fes veranlaßt hätten. Von uns sei hiergegen keinerlei Einspruch erhoben worden, obwohl unsere Nachrichten über die Lage der Europäer in Fes nicht mit den französischen übereingestimmt hätten. Durch den französischen Marsch nach Fes hätte sich indessen allmählich eine Situation herausgebildet, die die Bestimmungen der Algecirasakte illusorisch mache. Während zum Beispiel auf der Konferenz Frank-

* Entsprechende Telegramme ergingen nach Petersburg, Wien, Rom, Washington, Brüssel, Haag, Stockholm, Lissabon.

** Das an dieser Stelle inserierte Aide-mémoire ist nicht erneut abgedruckt; siehe den Wortlaut in der voraufgehenden Nr. 10578.

reich und Spanien nur in den geöffneten Hafenorten eine ganz bestimmt umgrenzte Mitwirkung bei der Einrichtung der sogenannten Polizei unter internationaler Kontrolle zugestanden worden sei, entwickelten sich jetzt mehr und mehr an den wichtigsten Stellen des inneren Marokkos ähnliche Einrichtungen unter Leitung französischer Offiziere. Andererseits sei durch den Gang der Ereignisse in dem ganzen Lande eine innere Unruhe und Gärung hervorgerufen, die in den Gegenden, wo weder französische noch spanische Truppen ständen, jeden Tag zu einer Gefährdung der europäischen Interessen führen könne. Wir hätten durchaus nicht die Absicht, Frankreich und Spanien wegen ihres Vorgehens irgendwelche Vorhalte zu machen, aber wir sähen uns bei der durch die Macht der Tatsachen geschaffenen Lage gezwungen, der Bitte einer Reihe namhafter Kaufhäuser stattzugeben und die Sicherung von Leben und Eigentum der deutschen Reichsangehörigen und deutschen Schutzgenossen im Süden Marokkos solange selbst in die Hand zu nehmen, bis geordnete Zustände im Lande wiedergekehrt.

Ob es den interessierten Mächten möglich sein würde, zum status quo ante zurückzukehren, könne nach Lage der Dinge fraglich erscheinen. Eventuell seien wir daher bereit, mit Frankreich gemeinsam einen Weg zu einer endgültigen Verständigung über die Marokkofrage zu suchen, der auch den Interessen der übrigen Signatarmächte entspräche. Bei den zwischen uns und Frankreich bestehenden guten Beziehungen dürften sich auf dem Wege direkter Verhandlungen kaum unüberwindliche Hindernisse in den Weg stellen. Wir würden es deshalb mit Dank erkennen, wenn die großbritannische Regierung eventuell bereit wäre, unseren auf das Suchen nach einer befriedigenden Lösung gerichteten Schritten eine wohlwollende Förderung zuteil werden zu lassen.

Kiderlen

Nr. 10580

Der Botschafter in Paris Freiherr von Schoen an das Auswärtige Amt

Telegramm. Entzifferung

Nr. 176 Paris, den 1. Juli 1911

Herr de Selves*, von meinen Eröffnungen zwar überrascht, aber nicht bestürzt, nahm dankend Akt von Bereitwilligkeit der Kaiserlichen Regierung zu freundschaftlichem Meinungsaustausch zwecks endgültiger Erledigung Marokkoproblems. Er habe mit ähnlichen Absichten sein Amt angetreten und müsse nun bedauern, daß die durch Entsendung deutschen Kriegsschiffs geschaffene neue Lage der Unbefangenheit der Aussprache Eintrag tue. Er fürchtet auch erhebliche Erregung der öffentlichen Meinung.

* Minister des Äußern in dem nach dem Sturz des Kabinetts Monis (23. Juni) gebildeten Kabinett Caillaux. Über seine Unterredung mit Schoen am 1. Juli vgl. auch französisches Gelbbuch: Affaires du Maroc VI, p. 386 s.

Endgültige Stellungnahme behielt sich Minister bis nach Rücksprache mit Ministerkollegen vor.

Persönlich bemerkte er noch, daß Eintritt dieser Meldung gerade jetzt besonders unbequem, wo Präsident Montag Reise nach Holland antritt, wobei er ihn zu begleiten habe.

Schoen

Nr. 10581

Der Botschafter in London Graf von Metternich an das Auswärtige Amt

Telegramm. Entzifferung

Nr. 64 London, den 1. Juli 1911

In Abwesenheit Sir E. Greys Auftrag bei Sir A. Nicolson* heute mittag ausgeführt.

Er wird dem Minister, der übermorgen zurückkehrt, Aide-mémoire zusenden und zugleich genaue Mitteilung über meine nichtamtlichen Ausführungen machen.

Persönlich bemerkte der Unterstaatssekretär, Agadir sei kein offener Hafen, auch habe er nicht gewußt, daß deutsche Firmen in Agadir und Umgegend vorhanden seien. Ob wir auch Truppen landen würden? Darauf antwortete ich, der mündlichen Erklärung könnte ich keinerlei weitere amtliche Mitteilung für den Augenblick hinzufügen.

Metternich

Nr. 10582

Der Botschafter in Rom von Jagow an das Auswärtige Amt

Telegramm. Entzifferung

Nr. 76 Rom, den 1. Juli 1911

Habe amtliche Mitteilung heute mittag gemacht. Bei anschließendem Gespräch sagte Minister**, Italien wäre bekanntlich durch Abkommen betreffend Tripolis und Marokko gebunden, sich keiner Aktion Frankreichs in Marokko zu widersetzen. Dieses Abkommen bestände neben Algecirasakte weiter, da auch Frankreich gleiche Verpflichtung betreffend Tripolis innehalte. Soweit Italiens Verpflichtungen aus genanntem Abkommen unserer eventuellen Verständigung mit Frankreich und Spanien nicht im Wege ständen, wäre er zu unserer Unterstützung gern bereit, könnte aber nach Lage der Sache nur von Fall zu Fall urteilen.

Bericht folgt.

Jagow

---

* Permanenter Unterstaatssekretär im Foreign Office seit November 1910. Vgl. Sir A. Nicolsons „Minute" über Graf Metternichs Demarche. Twenty-Five Years 1892—1916, By Viscount Grey of Fallodon I, 221f.

** Marchese di San Giuliano.

Nr. 10583

Der Botschafter in Wien von Tschirschky an das Auswärtige Amt

Telegramm. Entzifferung

Nr. 49 Wien, den 1. Juli 1911

Auftrag ausgeführt. Graf von Aehrenthal dankt für amtliche Mitteilung und weitere vertrauliche Eröffnungen.

Österreich-Ungarn habe bekanntlich nur minimale Interessen in Marokko, und diese wiesen es als Signatarmacht des Algecirasvertrages selbstverständlich auf möglichste Aufrechterhaltung dieses Vertrages, insbesondere was die Offene Tür anlange.

Wenn es sich herausstelle, wie dies durch unsere heutigen Eröffnungen zum ersten Male zu seiner Kenntnis gelange, daß die Algecirasakte verletzt und daß eine Rückkehr zum status quo ante vorauszusehen nicht möglich sei, werde er konkrete Vorschläge, die wir auf Grund einer eventuellen Verständigung mit Frankreich und Spanien hier mitteilen würden, selbstverständlich im Geist der zwischen uns bestehenden engen Beziehungen prüfen.

Im Laufe unseres weiteren Gesprächs bemerkte der Minister noch, er habe bei Beobachtung der französischen Politik in Marokko schon seit längerer Zeit den Eindruck, daß man in Paris bestrebt sei, bei Ausführung der marokkanischen Pläne keine Zeit zu verlieren, um die Tripelentente noch dafür voll ausnutzen zu können, solange diese nicht noch weiter sich lockert. Unser jetziges Vorgehen sei ein Avis an die Adresse Frankreichs, der wohl dazu führen könne, daß letzteres von sich aus mit Vorschlägen an uns herantreten würde, was ja sicherlich für Deutschland das günstigste wäre. Er finde, die Sache sei unsererseits geschickt entamiert worden, und er halte unsere Position für sehr gut.

Tschirschky

Nr. 10584

Der Botschafter in Petersburg Graf von Pourtalès an das Auswärtige Amt

Telegramm. Entzifferung

Nr. 125 St. Petersburg, den 1. Juli 1911

Habe Herrn Neratow heute befohlene Mitteilung gemacht und mich im Anschluß daran im vorgeschriebenen Sinne geäußert. Indem Ministergehilfe Mitteilung zur Kenntnis nahm, beschränkte er sich auf Bemerkung, Rußland habe von Frankreich die bündigsten Versicherungen, daß es nach Beruhigung des Landes die besetzten Gebiete Marokkos wieder räumen werde. Als ich bemerkte, wir nähmen an, daß Rußland

alles unterstützen werde, was geeignet sei, Marokkofrage als Reibungsfläche aus internationaler Politik auszuschalten, bestätigte Herr Neratow in lebhafter Weise Richtigkeit dieser Annahme.

Pourtalès

Nr. 10585

Der Botschafter in Paris Freiherr von Schoen an das Auswärtige Amt

Telegramm. Entzifferung

Nr. 180 Paris, den 2. Juli 1911

Konseilpräsident, Minister des Äußern und Kabinettschef Herbette behaupteten mir gegenüber heute gelegentlich eines Festes im Elysée, es sei ihnen nur mit größter Anstrengung geglückt, die Presse zu ruhigem Ton zu bestimmen. Es sei aber schwer zu meisternde Erregung zu befürchten, wenn etwa deutsche Truppen landen oder weitere Schiffe entsandt werden würden. Die neue Regierung sei eben im Begriff gewesen, freundschaftliche Aussprache über Marokko einzuleiten und weitgehendes Entgegenkommen auf wirtschaftlichem Gebiet zu zeigen. Leider sei Aussprache dadurch wesentlich erschwert, daß wir überraschendes fait accompli geschaffen, ohne vorher freundschaftliche Verständigung mit französischer Regierung zu suchen. Immerhin sei Regierung besonders in Würdigung deutschen Wunsches nach endgültiger Regelung ganzer Marokkofrage nach wie vor zu Verhandlungen geneigt, vorausgesetzt, daß nicht durch weiteres deutsches Eingreifen in Agadir die Lage verschärft und die Erregung der öffentlichen Meinung hier sehr vertieft würde

Ich habe demgegenüber unseren Standpunkt nachdrücklich geltend gemacht und namentlich nahegelegt, mit Eröffnungen an uns heranzutreten. Selves war etwas zögernd, während Konseilpräsident nicht abgeneigt schien. Letzterer gestand mir übrigens unter vier Augen zu, daß Souveränität und Integrität im Sinne Algecirasakte erschüttert erscheinen müßten.

Schoen

Nr. 10586

*Der Botschafter in Paris Freiherr von Schoen an den Reichskanzler von Bethmann Hollweg**

Ausfertigung

Nr. 331 Paris, den 3. Juli 1911

Der neue Minister des Äußern, Herr de Selves, hat meine Eröffnungen über die Entsendung von S. M. S. „Panther“ nach Agadir, obgleich er sichtlich peinlich überrascht war, mit würdevoller Ruhe ent-

* Nach seinen beiden Telegrammen Nr. 176 und Nr. 180 vom 1. und 2. Juli (siehe

gegengenommen. Meinen an die amtliche Mitteilung anknüpfenden Darlegungen hörte er aufmerksam, ohne Widerspruch, vielmehr hier und da zustimmend nickend zu. Schließlich äußerte er, nachdem ich seine Frage, ob es sich um einen bevorstehenden Schritt oder ein fait accompli handle, in letzterem Sinne beantwortet hatte, er nehme von der amtlichen Mitteilung Akt, könne aber vor eingehender Erwägung im Kreise des Kabinetts eine bestimmte Antwort nicht geben. Dankbar erkenne er die in meinen Darlegungen ausgesprochene Bereitwilligkeit der Kaiserlichen Regierung an, mit Frankreich in einen freundschaftlichen Gedankenaustausch über eine befriedigende und endgültige Lösung des irritierenden Marokkoproblems zu treten. Er selbst sei bei Übernahme seines Amtes in Übereinstimmung mit dem Ministerpräsidenten entschlossen gewesen, die Initiative zu einer freundschaftlichen Aussprache mit uns, ebenfalls mit dem Ziel einer vollständigen Erledigung der Marokkofrage, zu ergreifen. Er könne sein Bedauern nicht verhehlen, daß die Einleitung dieser Aussprache nun durch unseren Schritt sehr erschwert werde. Die öffentliche Meinung Frankreichs werde, wie er fürchte, sich lebhaft erregen und eine Stimmung schaffen, in welcher man nicht mit der gleichen Unbefangenheit in einen Gedankenaustausch eintreten könne, wie es vor Schaffung dieser neuen Lage der Fall gewesen wäre. Ferner bemerkte der Minister noch in dem gleichen freundschaftlichen Tone, in dem die Unterredung bis dahin verlaufen, erschwerend komme auch der Umstand in Betracht, daß unser Schritt gerade zu einem Zeitpunkt erfolgte, wo hier eben ein neuer, in den Gang der Dinge wenig eingeweihter Minister sein Amt angetreten habe, der überdies noch sogleich eine sechstägige Reise mit dem Präsidenten der Republik nach Holland anzutreten habe. Er persönlich sehe darin selbstverständlich nur einen bedauerlichen Zufall, aber es sei nicht leicht zu verhindern, daß in der Presse Stimmen laut würden, die eine Absicht vermuteten.

Noch am Abend des gleichen Tages ist die Nachricht von meiner Demarche hier allgemein bekannt geworden und hat lebhafte Erregung wachgerufen. Ein Abendblatt berichtete tendenziös, Herr de Selves habe mir sein „Befremden“ ausgesprochen, und ich hätte zugegeben, daß unser Vorgehen gegen die Algecirasakte verstoße. Das Blatt blieb jedoch vereinzelt. Die übrige Presse, namentlich die am nächsten Morgen erscheinende sagte im Gegenteil ziemlich übereinstimmend, ich hätte unser Festhalten an den Verträgen betont und der Zuversicht Ausdruck gegeben, daß die guten Beziehungen zwischen Deutschland und Frankreich keinen Eintrag erleiden würden. Diese Version entsprach nicht ganz den tatsächlichen Vorgängen, aber sie tat der Wahr-

Nr. 10580 und 10585) sandte Freiherr von Schoen am 3. Juli noch einen eingehenden Bericht über seine ersten Unterredungen mit den französischen Ministern über die Agadiraktion. Der erst am 6. Juli in Berlin eingetroffene Bericht mag des Zusammenhangs halber gleich im Anschluß an das Telegramm vom 2. wiedergegeben werden.

heit keinen Zwang an und war ersichtlich von der Regierung zu dem Zwecke ausgegeben, die Erregung zu dämpfen.

Dies ist auch einigermaßen gelungen. Bei einem Zusammentreffen gelegentlich eines Gartenfestes im Elysée wiesen mich der Ministerpräsident Caillaux, der Minister des Äußern de Selves und der Kabinettschef des letzteren, Herr Maurice Herbette, mit Genugtuung auf die ruhige Haltung der Presse hin, die zu erzielen sie sich sehr nachdrücklich bemüht hätten.

Bei diesem mehr zwanglosen Zusammentreffen konnte ich mich auch dem Ministerpräsidenten, bei dem ich verständnisvoller Aufnahme sicher war, eingehend und erläuternd über unser Vorgehen äußern. Als ich darlegte, daß in Marokko nachgerade ein Zustand geschaffen sei, bei dem von einem Bestehen der Sultanssouveränität und der Integrität des scherifischen Reiches in dem Sinne, wie diese Begriffe in Algeciras gedacht waren, füglich nicht mehr die Rede sein könne, konnte Herr Caillaux nicht umhin, diese Auffassung als einigermaßen berechtigt zuzugestehen. Im übrigen bestätigte er, daß er und der neue Minister des Äußern sich mit Gedanken einer freundschaftlichen Aussprache mit uns trugen und im Begriffe standen, sie zu verwirklichen, als unsere Aktion in Agadir, wenn auch nicht hindernd, so doch erschwerend dazwischen kam. Er gebe den Gedanken selbstverständlich nicht auf, sei vielmehr geneigt, möglichst bald in Verhandlungen einzutreten, die ja erfreulicherweise auch die Kaiserliche Regierung wünsche, aber es sei mit Rücksicht auf die äußerst empfindliche öffentliche Meinung Frankreichs sehr bedachtsames Handeln angezeigt. Werde der Erregung weitere Nahrung gegeben, etwa durch die Nachricht von Landung deutscher Truppen in Agadir oder der Entsendung weiterer und größerer Schiffe, so würde eine Atmosphäre erzeugt werden, in welcher es der französischen Regierung überaus schwer gemacht wäre, in freundschaftliche Verhandlungen einzutreten. Auf seine besorgte Frage, ob ich von Landung und von Entsendung weiterer Schiffe etwas wüßte antwortete ich, ich hätte hier die Entsendung eines Kriegsschiffes nach dem Hafen von Agadir anzuzeigen gehabt. Über weiteres sei ich nicht unterrichtet, nähme aber an, daß eine Landung nur in Frage kommen würde, wenn die Lage der Verhältnisse an Ort und Stelle es erheischen sollte. Wie meine Mitteilung besage, sei S. M. S. „Panther“ nach Agadir geschickt, um bedrohte deutsche Interessen und Personen in einer Gegend zu schützen, wo die Landesbehörden offenbar zur Aufrechterhaltung der Ordnung und Sicherheit nicht in der Lage seien. Wir übten damit nur ein mit keiner vertraglichen Abmachung im Widerspruch stehendes Recht und eine nationale Pflicht aus. Wenn man sich hier über unser durchaus begründetes und berechtigtes Vorgehen errege, so scheine mir das nur ein Grund mehr, ohne Zögern in neuen freundschaftlichen Gedankenaustausch, zu dem wir gern bereit seien, einzutreten und Vorschläge über eine den tatsächlichen Verhältnissen angepaßte Regelung der Marokkofrage zu formulieren. Herr Caillaux

erklärte wiederholt, daß ihm eine baldige Aufnahme freundschaftlicher Unterhaltung angezeigt erscheine, daß es andererseits aber auch noch eingehender Erwägung bedürfe. Er dürfte dabei weniger an die eigenen Meinungen wie an die einzuholenden Ratschläge des alliierten Rußlands und des befreundeten und interessierten Englands gedacht haben.*

Herr de Selves war in seinen Äußerungen über die Eröffnung von Besprechungen mit uns, wenn auch durchaus nicht abweisend, so doch weniger positiv wie Herr Caillaux, eine Reserve, die sich wohl aus seinem Mangel an Vertrautheit mit den zu behandelnden Fragen und seinem ängstlichen Bestreben, sich nicht zu weit zu engagieren, erklären mag. Er hat bei dieser mehr zwanglosen Unterredung etwas deutlicher wie bei der ersten, wenn auch stets in freundlichem Ton bleibend, erkennen lassen, daß unsere überraschende Schaffung eines fait accompli hier nicht angenehm berührt hat. „Je suis de la vieille école", sagte er mir halb im Scherz, halb im Ernst, „qui tient à ce qu'on se salue de l'épée avant de se battre." Ich habe ihm erwidert, es liege gar nicht in unserer Absicht, einen Streit herbeizuführen. Wie ich schon in der ersten Unterredung hervorgehoben, wolle die Kaiserliche Regierung der französischen keine Schwierigkeiten bereiten, sondern sich freundschaftlich mit ihr über die weitere Gestaltung der Dinge verständigen, die so, wie sie jetzt liegen, nicht fortgehen können, ohne Schwierigkeiten und Reibungen Raum zu geben.

Erwähnen möchte ich noch, daß Herr Maurice Herbette, der Sohn

---

* Vgl. das Telegramm de Selves' an den Londoner Botschafter Paul Cambon vom 1. Juli 1911, das nach Mitteilung des deutschen Memorandums mit den Worten schloß: „Je vous prie de communiquer d'urgence ces renseignements au Gouvernement britannique et de lui demander son sentiment sur la situation. Il serait possible que nous fussions amenés à envoyer un navire de guerre à Mogador. Le Gouvernement anglais serait-il disposé à prendre, le cas échéant, une mesure analogue"? Französisches Gelbbuch: Affaires du Maroc VI, p. 387. Nach J. Caillaux, Agadir, Ma politique extérieure, p. 108, wäre die Anregung, daß England ein Kriegsschiff nach Mogador schicken möge, von de Selves im strikten Gegensatz zu seiner, Caillaux', und Delcassés Auffassung nach London gegeben worden. Sicher ist, daß Caillaux, der in den ersten Julitagen den Außenminister de Selves für einige Tage vertrat, am 4. Juli P. Cambon die Weisung zukommen ließ: „Je vous prie d'éviter de préjuger, vis-à-vis du Gouvernement anglais, tout envoi de notre part, pour le moment, de bâtiments de guerre soit à Agadir, soit même à Mogador." Französisches Gelbbuch: Affaires du Maroc VI, p. 392. Vgl. J. Caillaux, Agadir, p. 110. Nach einem Telegramm des russischen Geschäftsträgers in Paris Demidow vom 5. Juli (Der diplomatische Schriftwechsel Iswolskis 1911—1914, ed. Fr. Stieve I, 122) hätte auch die englische Regierung die Entsendung eines Schiffes in die südmarokkanischen Gewässer überflüssig gefunden. Umgekehrt hätte nach einem Berichte des belgischen Gesandten in Paris Baron Guillaume vom 10. August England zunächst Frankreich vorgeschlagen, die beiden Regierungen sollten sofort je zwei Kriegsschiffe nach Agadir senden. Deutsches Weißbuch: Belgische Aktenstücke 1905—1914, S. 94. Das wird nun zwar in Lord Greys Memoiren (Twenty-Five Years 1892—1916, I, 220) entschieden bestritten. Es muß aber doch etwas daran gewesen sein; wenigstens hat später König Georg V. für sich in Anspruch genommen (vgl. Kap. CCXXIX, Nr. 10650), die Entsendung eines englischen Kriegsschiffes nach Agadir verhindert zu haben. Vgl. auch Freiherr von Schoen, Erlebtes, S. 136.

des Botschafters, unter Herrn Cruppi Kabinettschef und als solcher von Herrn de Selves übernommen, ein Mann, der sich selbst große Bedeutung zuschreibt, mir sehr beweglich darzulegen suchte, wie bedauerlich es sei, daß unser Vorgehen erschwerend in die hier bestehenden guten Absichten eingegriffen habe. Man sei im Begriffe gewesen, Deutschland sehr großes Entgegenkommen auf wirtschaftlichem Gebiet zu zeigen. Frankreich habe, nachdem es eine zivilisatorische Mission durchgeführt, die Europäer in Fes gerettet und zu allgemeinem Nutzen Ruhe und Ordnung im Lande geschaffen, eine für große Wirtschaftspläne günstige Basis geschaffen und hätte beispielsweise Deutschland eine namhafte Beteiligung an einer Bahn von Udjda über Fes nach Casablanca anbieten können. Das alles sei nun in Frage gestellt, aber die Möglichkeit bestehe ja noch, daß alles wieder in erfreuliche Gleise komme, wenn das Erscheinen des „Panther" vor Agadir sich auf „une courte visite" beschränke. Ich bin auf Herrn Herbettes Ausführungen nur mit der trockenen Bemerkung eingegangen, die Entsendung des „Panther" sei unabweisbar geworden, das Schiff würde den Schutz der deutschen Interessen in und bei Agadir solange wahrnehmen, bis geordnete Zustände im scherifischen Reiche nicht lediglich nach französischer Auffassung wiederhergestellt sein würden.

Herr de Selves hat inzwischen die Reise mit dem Präsidenten nach Holland angetreten, und Herr Caillaux hat die Verwaltung des Äußern übernommen. Eine heute ausgegebene offiziöse Preßnotiz besagt, daß morgen, nachdem die aus London zu erwartenden Nachrichten eingegangen sein werden, ein Kabinettsrat stattfinden soll, daß aber endgültige Beschlüsse über die in Berlin zu erteilende Antwort schwerlich vor Rückkehr des Präsidenten gefaßt werden würden. Als Basis etwaiger Verhandlungen mit Berlin würde nicht die Algecirasakte, sondern das Abkommen vom Februar 1909 in Frage kommen.

Damit ist also eine grundsätzliche Bereitwilligkeit zu Verhandlungen ausgesprochen, die ja selbstverständlich an das deutsch-französische Marokkoabkommen anknüpfen müssen. Ich halte es nicht für ausgeschlossen, daß Herr Caillaux, es sei denn, was unwahrscheinlich, daß England abrät, mit Aufnahme der Unterhandlung mit uns nicht so lange wartet, als es die offiziöse Note besagt, die wohl hauptsächlich zur Beruhigung des Publikums bestimmt ist.

v. Schoen

Nr. 10587

Der Reichskanzler von Bethmann Hollweg an Kaiser Wilhelm II., z. Z. in Kiel

Telegramm. Entzifferung

Nr. 45 Berlin, den 3. Juli 1911

Die bisherigen Antworten der Mächte auf unsere Marokkodemarche lauten befriedigend. In Petersburg bemerkte der Vertreter des Ministers,

er teile durchaus unsere Auffassung, daß es erwünscht sei, die Marokkofrage als Reibungsfläche endgültig aus der internationalen Politik auszuschalten. Graf von Aehrenthal nannte unsere Position eine „sehr gute". Auch die Preßstimmen sind im allgemeinen zufriedenstellend. Dies gilt selbst von der englischen Presse mit Ausnahme einiger konservativer Organe.

Über die Haltung der Pariser Zeitungen meldet Euerer Majestät Botschafter:

„Auch heutige Presse maßvoll. Stimmung sicherlich beherrscht von Ungewißheit, ob Deutschlands Aktion als erster Schritt zu territorialer Festsetzung oder als Einladung zu Verhandlungen durch Ergreifen Faustpfandes zu deuten. Letztere Ansicht überwiegend."

Alleruntertänigst

Bethmann Hollweg

Nr. 10588

Der Botschafter in London Graf von Metternich an das Auswärtige Amt

Telegramm. Entzifferung

Nr. 65 London, den 3. Juli 1911

Im Anschluß an Telegramm Nr. 64*.

Sir E. Grey begann eine Besprechung mit mir, die er heute nachgesucht hatte, mit der Bemerkung, es sei äußerst wünschenswert, daß die öffentliche Meinung nicht in einen Zustand der Erregung gerate. Ich antwortete, bei uns sei dies nicht der Fall, und hier verhielten sich selbst Blätter wie „Times" und „Daily Mail" relativ ruhig. Die „Westminster Gazette" verteidigte sogar den deutschen Standpunkt. Der Minister fuhr fort, durch die Entsendung eines deutschen Kriegsschiffs nach Agadir sei eine neue, höchst wichtige und heikele (delicate) Lage geschaffen. Dies sei auch die Auffassung des Premierministers. Morgen früh werde in einem Ministerrat über die von England zu befolgende Haltung beschlossen werden. Bis dahin könne er, der Minister, uns seine persönliche Meinung abgeben. Da wir zum Schutz unserer Interessen selbständig vorgingen, so frage es sich, welche Maßregeln England zum Schutz seines weit größeren kommerziellen Interesses in Marokko zu ergreifen habe. Aus meinem Gespräche mit Sir A. Nicolson** scheine hervorzugehen, daß wir von England nur die Rolle eines wohlwollenden Zuschauers erwarteten, bestrebt, die Schwierigkeiten zu beseitigen, welche einer deutsch-französisch-spanischen Einigung über Marokko etwa entgegenständen. Dies sei nicht der Fall. England werde die Wahrung seiner eigenen Handelsinteressen in Marokko zu verfolgen haben.

* Siehe Nr. 10581.

** Vgl. Nr. 10581.

Ich erwiderte, England habe bei der militärischen Besetzung eines bedeutenden Teils von Marokko durch Frankreich und Spanien den wohlwollenden Zuschauer abgegeben. Wenn es glaube, infolge der Entsendung eines deutschen Kriegsschiffs nach Agadir aktiv auftreten zu müssen, so sei das seine Sache. Sir E. Grey erwiderte, wir hätten bis vor 48 Stunden auch den Zuschauer abgegeben. Nachdem wir aber jetzt aktiv vorgehen, würde England sich auch nicht mehr auf das Zuschauen beschränken können. Ebenso wie wir infolge des Wunsches unserer Interessenten möglichen Gefahren vorzubeugen suchten, würden auch die englischen Interessenten dasselbe von der englischen Regierung fordern.

Der Minister sprach ohne Schärfe, aber mit Ernst. Ich habe den Eindruck, daß er eine französisch-spanisch-deutsche Teilung Marokkos fürchtet, bei der England leer ausgehen soll. Er deutete nirgends an, an welchem Punkte der englische Schutz eintreten soll. Als er darauf zurückkam, welch heikele internationale Lage durch unser Vorgehen entstehen könne, erwiderte ich, ich hielte eine Lösung durchaus nicht für so schwierig, vorausgesetzt, daß England nicht den Widerstand der Franzosen schüre. Hierauf erwiderte der Minister, es handele sich für ihn für den Augenblick hauptsächlich darum, auf welche Weise die englischen Interessen zu wahren seien.

Morgen nachmittag oder übermorgen wird er mich wieder sprechen.

In gesellschaftlichen politischen Kreisen ist hier von einer besonderen Aufregung über unser Vorgehen in Marokko nichts zu bemerken. Vor zwei Jahren noch wäre dies anders gewesen.

Metternich

Nr. 10589

Der Botschafter in London Graf von Metternich an das Auswärtige Amt

Telegramm. Entzifferung

Nr. 66 London, den 3. Juli 1911

Unter Bezugnahme auf Telegramm Nr. 65 vom 3. Juli*.

Die Ansicht, als ob es unsererseits auf eine Teilung Marokkos abgesehen sei, tritt auch in verschiedenen Organen der hiesigen Presse hervor. Diese Ansicht mag maßgebend auf den morgigen Ministerrat wirken.

Metternich

* Siehe Nr. 10588.

Nr. 10590

Der Reichskanzler von Bethmann Hollweg an den Botschafter in London Grafen von Metternich

Telegramm. Konzept

Nr. 85 Berlin, den 4. Juli 1911

Auf Telegramme Nr. 65 und 66*.

Falls England sich zu aktivem Eingreifen entschließen sollte, sind Euere Exzellenz ermächtigt, sich Sir E. Grey gegenüber in folgendem Sinne zu äußern:

Wir entnehmen aus der englischen Entschließung zu unserer Genugtuung, daß die dortige Regierung die Gründe unseres Vorgehens würdigt. Auch wir verstehen es völlig, wenn England zur Wahrung seiner eigenen Interessen in Marokko geeignete Maßnahmen ergreift. Wir betonen ausdrücklich, daß es sich bei der Entsendung eines Schiffes nach Agadir für uns vorläufig um eine Präventivmaßregel handelt. Wir können uns aber des Eindrucks nicht erwehren, daß der Gang der Ereignisse unaufhaltsam über die Algecirasakte hinausdrängt und somit eine Neuregelung der Marokkofrage unabweisbar macht. Die englische Regierung wird es begreiflich finden, daß wir im Hinblick auf diese Neuregelung schon aus Rücksicht auf unsere öffentliche Meinung Maßnahmen zur Sicherung unserer Interessen treffen müssen, ebenso wie wir es verstehen, wenn England das gleiche tut.

Euere Exzellenz wollen bei Ihren Ausführungen sorgfältig vermeiden, den Eindruck hervorzurufen, als ob wir England zu einem aktiven Eingreifen ermuntern wollten.

v. Bethmann Hollweg

Nr. 10591

Der Botschafter in London Graf von Metternich an das Auswärtige Amt

Telegramm. Entzifferung

Nr. 68 London, den 4. Juli 1911

Der russische Botschafter Graf Benckendorff äußerte heute dem Botschaftsrat von Kühlmann gegenüber bei zufälliger Begegnung im Foreign Office, seiner Ansicht nach bestehe kein Grund für eine aufgeregte Auffassung der marokkanischen Angelegenheit. Seien die Absichten Deutschlands auf Teilung und auf die Anlage einer Flottenstation in Agadir gerichtet, so seien bei dem heftigen Widerstand, dem besonders der letztere Punkt bei mehreren Mächten begegnen würde, ernste Schwierigkeiten möglich, sei es aber auf Kompensation abgesehen, so seien ernste Schwierigkeiten kaum zu befürchten.

Metternich

* Siehe Nr. 10588 und 10589.

Nr. 10592

Der Botschafter in London Graf von Metternich an das Auswärtige Amt

Telegramm. Entzifferung

Nr. 69 London, den 4. Juli 1911

Sir E. Grey machte mir heute die folgende Mitteilung, die ich in seiner Gegenwart mir notiert habe:

„British attitude cannot be a disinterested one with regard to Morocco; we must have regard to treaty obligations with France and to british interests. We consider a new situation has been created by the dispatch of a German ship to Agadir, that future developments may effect british interests more directly than has hitherto been the case, that we cannot therefore recognise any new arrangement which is come off without us."*

Da die britische Regierung sich noch nicht zu aktivem Eingreifen entschlossen hat, so habe ich die in Telegramm Nr. 85** enthaltene Eventualweisung nicht ausgeführt, dem Minister aber erwidert, eine neue Situation sei weit mehr durch das militärische Vorgehen der Franzosen und Spanier entstanden als durch die Entsendung eines deutschen Kriegsschiffs, und daß nach meiner Auffassung die Kaiserliche Regierung keineswegs den Wunsch habe, England von einer etwaigen Neugestaltung der Dinge oder von einer etwaigen ....*** der englischen Interessen in Marokko auszuschließen.

Metternich

---

* Vgl. nun auch Viscount Grey of Fallodon, Twenty-Five Years 1892—1916, I, 222f. — Deutlicher noch erklärte Sir E. Grey am gleichen 4. Juli dem französischen Botschafter Paul Cambon: „Le Gouvernement britannique considère comme nécessaire une discussion diplomatique au sujet du Maroc entre la France, l'Allemagne, l'Espagne et l'Angleterre, et non pas seulement entre les trois premières Puissances." Nach Paul Cambon lief der englische Wunsch darauf hinaus „à participer à une conversation à quatre pour un règlement au Maroc de nos situations respectives". Französisches Gelbbuch: Affaires du Maroc VI, p. 392s. Diese englische Haltung scheint bei dem französischen Ministerpräsidenten eher Unbehagen als Erleichterung hervorgerufen zu haben; jedenfalls telegraphierte er am 5. an Paul Cambon: „Notre ligne de conduite vis-à-vis de l'Allemagne reste la même; puisque c'est l'Allemagne qui nous invite à causer du Maroc, elle doit nous exposer ses désirs." Das., p. 394. Wie das zu verstehen ist, zeigt der Bericht des belgischen Gesandten in Paris Baron Guillaume vom 8. Juli: „J'ai des raisons de croire que M. Caillaux en serait peut-être déjà arrivé à regretter l'insistance que l'on a mise dans ce geste et l'attitude prise par le Cabinet de St. James. On aura beaucoup moins de chances de s'entendre avec l'Allemagne, si l'Angleterre fait partie de la conversation, et je reste convaincu que M. M. Caillaux et de Selves regrettent la tournure donnée par leurs prédécesseurs à l'affaire marocaine." Deutsches Weißbuch: Belgische Aktenstücke 1905—1914, S. 90. Das wird im wesentlichen bestätigt durch Caillaux' eigene Auslassungen, vgl. Agadir, Ma politique extérieure, p. 136s. Daß man deutscherseits durchaus bereit gewesen wäre, auch wenn man zunächst eine Verhandlung mit Frankreich allein vorzog, England in das Vertrauen zu ziehen und dessen besonderen Interessen sorgsam zu berücksichtigen, lehrt das folgende Schriftstück.

** Siehe Nr. 10590.

*** Zifferngruppe fehlt.

Nr. 10593

Aufzeichnung des Staatssekretärs des Auswärtigen Amtes von Kiderlen

Reinschrift

Berlin, den 5. Juli 1911

Der russische Botschafter* hat mich heute aufgesucht und hat mir mitgeteilt, er habe von seiner Regierung den Auftrag, mich „in ganz freundschaftlicher und vertraulicher Weise" über Bedeutung und Zweck unseres Vorgehens in Agadir zu befragen**. Im Laufe der Unterhaltung wollte der Botschafter dann noch besonders wissen, ob wir die Maßregel schon länger vorbereitet hätten, ob wir die Algecirasakte als durch Frankreich tatsächlich verletzt oder gar beseitigt ansehen, und wie wir uns etwa die weitere Entwickelung dächten.

Der Botschafter gestand mir auch in einem gegebenen Moment, daß sich Rußland für Marokko als solches in keiner Weise interessiere. Für Rußland komme Marokko nur insoweit in Betracht, als es zu einem Streitobjekt werden könnte, durch das Rußland vermöge seines Bündnisvertrages in Mitleidenschaft gezogen werden könnte. Rußland könne jede Verständigung über Marokko zwischen uns und Frankreich gutheißen. Dabei wollte der Botschafter aber gern wissen, ob England sich schon geäußert habe; die Engländer würden bei einer marokkanischen Aufteilung zwischen Deutschland, Frankreich und Spanien auch mitsprechen wollen. Eigentlich seien sie ja schon in Ägypten abgefunden; das würden sie aber wohl nicht mehr Wort haben wollen.

---

* Graf von der Osten Sacken.

** Nach dem Telegramm des russischen Geschäftsträgers in Paris Demidow vom 2. Juli 1911 (Der diplomatische Schriftwechsel Iswolskis, ed. Fr. Stieve I, S. 121) hätte de Selves die russische Regierung dringend bitten lassen, „daß unserem Botschafter in Berlin vorgeschrieben werde, Kiderlen-Wächter das gleiche Erstaunen über das durch nichts gerechtfertigte Vorgehen Deutschlands auszudrücken". Am 6. Juli wiederholte de Selves seine Bitte. Die obige Aufzeichnung Kiderlens zeigt, daß die russische Regierung, die am 2. Juli in London den Wunsch hatte ausdrücken lassen, ihre Haltung in der Marokkofrage genau der englischen anzupassen (vgl. v. Siebert, Diplomatische Aktenstücke, S. 424), zunächst möglichste Zurückhaltung wahrte. Auch im weiteren Verlauf des Juli, als die deutsche Forderung des ganzen französischen Kongo eine Verhandlungskrise heraufführte, scheint Rußland im Gegensatz zu England, das durch Lloyd Georges Rede vom 21. Juli deutlich sein Eintreten zugunsten Frankreichs an den Tag legte, sich kühl reserviert verhalten zu haben. Wenigstens berichtet Caillaux in seinem Erinnerungsbuche „Agadir" (p. 142s.), daß Iswolsky ihm gegen den 25. Juli mit dürren Worten herausgesagt habe: „La Russie ne pourrait s'engager dans une guerre pour le Congo. Nous vous soutiendrions peut-être — ce serait déjà difficile — s'il s'agissait du Maroc. Pour une question de pourboire plus ou moins important nous ne pouvons être à vos côtés." In dem „diplomatischen Schriftwechsel Iswolskis" findet sich über diese Besprechung Caillaux' mit Iswolsky nichts. Andererseits freilich soll Iswolsky unablässig bemüht gewesen sein, die französische Empfindlichkeit in der Marokkofrage aufzustacheln. Freiherr von Schoen, Erlebtes, S. 137.

Ich habe dem Botschafter gegenüber zunächst die tatsächlichen Vorgänge richtiggestellt. Ich habe ihm gesagt, daß durch das französische Vorgehen in Marokko tatsächlich eine Gefahr für unsere nicht unbedeutenden Interessen im Süden entstanden sei. Irgend ein Schutz dieser Interessen sei nirgend vorhanden gewesen; wir hätten daher nicht umhin gekonnt, auf eine uns kürzlich zugegangene Bitte hin, die von vielen angesehenen deutschen Firmen ausgegangen sei, zum Schutz unserer Angehörigen und ihrer Interessen das ohnedies auf dem Rückweg befindliche Kanonenboot „Panther" nach Agadir zu entsenden; da dieses reparaturbedürftig sei, werde es durch die „Berlin" abgelöst. Wenn in einem Teil der fremden Presse Zweifel an der Bedeutung und Schutzbedürftigkeit unserer Interessen geäußert würden, so wundere mich das; wir hätten gar keine Zweifel geäußert, als uns die Franzosen versicherten, ihre Kolonie in Fes sei in Gefahr, und sie müßten zu ihrer Rettung eine Expedition unternehmen. Und dabei habe unser Konsul in Fes konstant gemeldet, es sei keine Gefahr vorhanden, und die Ereignisse hätten ihm nachher recht gegeben.

Daß das französische Vorgehen über den Rahmen der Algecirasakte hinausgehe, bedürfe wohl keines Beweises. Ich führte dem Botschafter dafür eine Reihe von Fällen an und wies ihn besonders darauf hin, daß bei der Algecirasakte nach langen Verhandlungen Frankreich und Spanien die Errichtung einer einheimischen Polizei mit fremden Instruktoren unter ganz genau begrenzten Bedingungen, in ganz bestimmten Hafenplätzen, unter internationaler Kontrolle zugestanden worden sei. Jetzt beginne Frankreich ungeniert einen Teil des Innern mit derartigen Einrichtungen zu überziehen. Ich betrachtete aber die Frage, ob und in welchen Punkten die Franzosen das internationale Abkommen verletzt haben, als eine nebensächliche; wir hätten absichtlich vermieden, den Franzosen Vorwürfe zu machen und sie auf die einzelnen Fälle festzunageln. Das würde nur zu unnützen gegenseitigen Rekriminationen führen und zu einer Verschlechterung unserer Beziehungen zu Frankreich. Ganz abgesehen von der Frage, ob und wie die Algecirasakte verletzt sei, sei Frankreich, wie ich zugeben wolle, durch die Ereignisse gezwungen, zu einer Reihe von Handlungen geführt worden, die sich zum mindesten nur künstlich in den Rahmen der Algecirasakte hineininterpretieren ließen. Das müßte notwendig zu Reibungen führen, die nur durch eine offene uud freundschaftliche Aussprache beseitigt werden könnten. Zu einer solchen seien wir bereit, und das wisse man in Paris. Voraussetzung einer Verständigung sei es aber natürlich, daß Frankreich nicht den marokkanischen Bissen allein verschlucke und uns stillschweigend vor die Türe setze. Dazu habe Frankreich schon nicht übel und ziemlich konsequent Miene gemacht. Erst habe es sich in Casablanca festgesetzt, weil dort französische Unternehmungen bedroht waren, und statt Casablanca nach Herstellung der Ordnung zu verlassen, habe es sich wie ein Ölfleck dort ausgedehnt

und, um das ihm nicht gehörige Casablanca halten zu können, allmählich die ganze Schauïa besetzt. Dann ging es nach Fes, dann nach Marrakesch, und das müßte doch endlich einmal ein Ende haben. Es würde uns niemand das Zeugnis verweigern können, daß wir der Entwickelung der Dinge mit großer Ruhe und in weitgehendem Entgegenkommen gegen Frankreich zugesehen hätten. Wir hätten jedenfalls keinen Zweifel, daß eine Rückkehr zum status quo ante nicht mehr möglich sei und auch von den Franzosen, denen die Algecirasjacke zu eng geworden, gar nicht mehr ernsthaft angestrebt werden könne. Ich hätte aber schon Herrn Cambon gesagt,* daß wir gern bereit seien, uns mit den Franzosen ohne Rekriminationen über das Geschehene auch auf anderer Grundlage auseinanderzusetzen. Herr Cambon habe das günstig aufgenommen, dabei aber angedeutet, daß die französische öffentliche Meinung eher jede andere Entschädigung Deutschlands als eine solche im Süden Marokkos ertragen würde. Ich hätte Herrn Cambon darauf erwidert, auch dazu seien wir bereit; Herr Cambon habe sich bereit erklärt, den Gedanken in Paris zu befürworten; nur darüber, wer den ersten Vorschlag machen solle, hätten wir uns vorläufig nicht verständigen können.

Ich hielte es für selbstverständlich, daß bei einem etwaigen deutsch-französischen Arrangement neben Spanien, dem Frankreich Zusicherungen gemacht zu haben scheine, vor allen auch die nicht unbedeutenden englischen Interessen in Betracht gezogen werden müßten. Ich hielte aber trotzdem für das beste, wenn zunächst Deutschland und Frankreich, deren Beziehungen gerade in den letzten Zeiten durchaus freundliche gewesen seien, mit einander sprächen. Sie könnten dann zunächst England und Spanien ins Vertrauen ziehen und dann erst an die weniger interessierten Mächte herantreten. Ein Mißtrauen Englands sei bei seinen nahen Beziehungen zu Frankreich wohl kaum zu befürchten; auch könne es ja über die Verhandlungen auf dem laufenden gehalten werden.

Der Botschafter war sichtlich befriedigt über meine Ausführungen und fragte mich, ob es unsern Intentionen entspräche, wenn Rußland sich in Paris im Sinne einer direkten Verständigung mit uns ausspräche. Als ich dies bejahte, versprach Graf Osten, in diesem Sinne nach Petersburg zu berichten. Er bat mich dann noch, ihn über die Entwickelung der Angelegenheit auf dem laufenden zu halten. Das habe ich ihm zugesagt.

Kiderlen

* Das dürfte gelegentlich der Besprechungen geschehen sein, die Staatssekretär von Kiderlen am 20. und 21. Juni in Kissingen mit Cambon hatte. Vgl. Nr. 10572, Fußnote.

Nr. 10594

Der Botschafter in Madrid Prinz von Ratibor an das Auswärtige Amt

Telegramm. Entzifferung

Nr. 48 Madrid, den 6. Juli 1911

Im Anschluß an Telegramm Nr. 41*.

Staatsminister sagt mir, er hoffe, daß alle interessierten Mächte sich bald dazu entschließen würden, sich über eine definitive Lösung der Marokkofrage zu unterhalten, und daß eine alle befriedigende Lösung erreicht werde. Spanien sei dem englisch-französischen Marokkoabkommen beigetreten und könne diese Stellung nicht verändern. Es werde aber versuchen, beiden Mächten die Aufnahme von Besprechungen unter den Mächten zum Zwecke Beseitigung des Marokkoproblems dringend zu empfehlen. England und Frankreich hätten sich bisher nicht geäußert. Er könne daher nichts weiter sagen.

Staatsminister fügte hinzu, daß spanische Regierung von der Notwendigkeit der Neuregelung der Frage überzeugt sei. Nach dem letzten Vorgehen Frankreichs existiere nicht mehr ein unabhängiger Sultan in Fes. Daran werde auch der Rückzug der französischen Truppen aus Fes nichts ändern.

Ratibor

Nr. 10595

Der Botschafter in Paris Freiherr von Schoen an das Auswärtige Amt

Telegramm. Entzifferung

Nr. 186 Paris, den 6. Juli 1911

Herr Cambon, der mich heute besuchte, verhehlte nicht, daß unser überraschendes Vorgehen Agadir, nachdem er kurz vorher in Kissingen Unterhaltung begonnen und ermuntert war, Vorschläge von hier mitzubringen**, hier peinlich berührt sowie sein persönliches Ansehen und seinen guten Willen beeinträchtigt habe. Wiederanknüpfung der Aussprache sei sehr erschwert, gleichwohl beabsichtigt.

Es ist mir gelungen, ihn einigermaßen zu beruhigen mit Argument, daß Frage zu wichtig und Lage zu ernst, um Empfindlichkeiten, zu denen auch wir reichlich Anlaß hätten, Raum zu geben.

---

* In Telegramm Nr. 41 vom 1. Juli hatte Prinz Ratibor die Ausführung des ihm am 30. Juni erteilten Auftrages (vgl. Nr. 10578) bei dem Staatsminister Garcia Prieto gemeldet, der, ohne Stellung zu nehmen, die Mitteilungen freundlich entgegennahm.
** Vgl. Nr. 10593, S. 170, Fußnote.

Wir müßten uns auf beiden Seiten Rechenschaft geben, daß Stunde zu einer Aussprache gekommen sei, bei der es sich nicht allein um endgültig befriedigende Erledigung des Marokkoproblems, sondern auch um fernere Gestaltung der Beziehungen zwischen Deutschland und Frankreich und damit der kontinentalen Lage handele. Kaiserliche Regierung sei aufrichtig von besten Absichten beseelt. Ich empfahl aber dringendst, nach Berlin nicht etwa bloß mit Frage nach unserem Begehren, sondern mit positiven Vorschlägen und Ermächtigung, in medias res zu gehen, zurückzukehren.

Herr Cambon zeigte Besorgnis, daß wir territorial festen Fuß in Marokko fassen. Habe erwidert, unsere Entschlüsse würden davon abhängen, welche Garantien für wirtschaftliche Betätigung sowie welche Kompensationen geboten würden.

Herr Cambon will Freitag abend nach Rückkehr Selves' zurückreisen.

Schoen

Nr. 10596

Der Botschafter in Paris Freiherr von Schoen an das Auswärtige Amt

Telegramm. Entzifferung

Nr. 189 Paris, den 7. Juli 1911

Minister der Auswärtigen Angelegenheiten ließ mich heute nach seiner Rückkehr gleich zu sich bitten und sagte, daß es sein dringender Wunsch sei, in Aussprache über Marokkofrage mit uns einzutreten, und zwar, damit gegenwärtige Lage nicht in Spannung ausartet, möglichst rasch.

Er werde Herrn Cambon beauftragen, unter Beiseitelassung jeglicher Empfindlichkeit Gespräch aufzunehmen, im Verlauf dessen es sich leicht ergeben würde, welche Wünsche und Möglichkeiten auf beiden Seiten vorlägen.

Er legt großen Wert darauf, daß gleichzeitig mit Verhandlungen in Berlin Möglichkeit gegeben wird, einzeln auftauchende Fragen auch mit mir zu besprechen.

Schoen

Nr. 10597

Der Botschafter in Paris Freiherr von Schoen an das Auswärtige Amt

Telegramm. Entzifferung

Nr. 193 Paris, den 8. Juli 1911

Ich hatte Gelegenheit, Minister des Äußern nochmals dringend ans Herz zu legen, daß Herr Cambon nicht mit leeren Händen nach Berlin zurückkehren möge.

Minister äußerte, daß er Herrn Cambon große Bewegungsfreiheit gegeben habe. Er werde ihn noch besonders anweisen, unter anderem von Kompensationsmöglichkeit am Kongo zu sprechen. Er sei aber bereit, auch jeden anderen während der Unterredung auftauchenden Gedanken in sehr wohlwollende Erwägung zu ziehen.

Minister liegt rascher und erfolgreicher Abschluß der Verhandlungen sehr am Herzen im Interesse der Klarheit und Aufrichtigkeit der deutsch-französischen Beziehungen.

Schoen

Nr. 10598

*Aufzeichnung des Staatssekretärs des Auswärtigen Amtes von Kiderlen**

Abschrift

Berlin, den 9. Juli 1911

Herr Cambon hat mich heute nachmittag um 6 Uhr aufgesucht, nachdem er gestern abend direkt von Paris hierher zurückgekehrt war. Er kam mit einer wahren Leichenbittermiene an und erwiderte meine Frage nach seinem Befinden nur mit einem leichten Grunzen. Nachdem er sich gesetzt und auch eine Zigarette abgelehnt hatte, begann ein längeres Schweigen. Herr Cambon unterbrach es mit den Worten: „Eh bien?" Ich: „Vous avez du neuf?" Er: „Vous avez à me dire quelque chose?" Ich: „Non, mon cher Ambassadeur." Er: „Moi non plus."

Diese Konversation wurde wieder durch ein längeres Schweigen unterbrochen. Schließlich entschloß sich Herr Cambon damit zu beginnen, daß er sagte, wie sehr ihn nach unserer Kissinger Konversation der Fall Agadir überrascht habe. Er wolle mir nicht sagen, wie unangenehm ihm persönlich dieser Zwischenfall gewesen sei. Er sei hier nicht Herr Cambon, sondern l'Ambassadeur de France. Ich sagte Herrn

---

* Bereits veröffentlicht bei E. Jäckh, Kiderlen-Wächter, der Staatsmann und Mensch, II, 123ff.; in französischer Übersetzung bei Caillaux, Agadir (10e mille), p. 278ss. Daß die Aufzeichnung zur Kenntnis Caillaux' gekommen ist, erklärt sich aus dem Briefwechsel Kiderlens mit der in der Schweiz lebenden russischen Diplomatenfrau Marina de Jonina, der ohne Frage dazu bestimmt gewesen ist, nicht bloß, wie Caillaux (a. a. O., p. 248) meint, der russischen, sondern vor allem der französischen Regierung, vielleicht beiden in die Hände gespielt zu werden und sie im Sinne des Briefschreibers zu beeinflussen. Die zynische Art, mit der sich Kiderlen gegenüber Frau von Jonina unter der Maske des vertrauten Freundes über Kaiser Wilhelm II., Reichskanzler von Bethmann Hollweg usw. äußert, war doch wohl darauf berechnet, bei denen, für die der Briefwechsel letzten Endes bestimmt war, den Eindruck zu erwecken, daß der Briefschreiber sich ohne jeden Rückhalt äußere, und daß die Briefe folglich die letzten Absichten der leitenden deutschen Staatsmänner enthüllten. Daß Kiderlen dem Briefwechsel hin und wieder ein amtliches Schriftstück, so seine eigens im Hinblick auf Frau von Jonina stilisierte Aufzeichnung vom 9. Juli über die Unterredung mit Cambon beifügte, sollte den Wert des Briefwechsels für die französische Regierung noch erhöhen. Die schweren

Cambon, daß ich nicht begriffe, wie man sich darüber wundern könne, daß wir den Schutz unserer gefährdeten Interessen selbst in die Hand genommen hätten. Herr Cambon drückte durch sein Mienenspiel und Gesten unverkennbare Zweifel an unseren Interessen wie an deren Gefährdung aus. Ich sagte Herrn Cambon, ich stünde ihm zur Diskussion zur Verfügung, hielte es aber für nützlicher, an Stelle von „récriminations sur le passé" „des pourparlers sur l'avenir" treten zu lassen.

Dies griff Herr Cambon sofort auf und fragte mich, ob ich bereit sei, den Faden unserer Kissinger Unterredung wieder aufzunehmen. Herr Cambon resümierte diese Unterredung dahin, daß ich ihm gesagt hätte, wir seien bereit, uns in entgegenkommender Weise mit Frankreich über Marokko zu verständigen, wenn wir Kompensationen auf anderm Gebiete erhielten. Er führte dann aus, wie er das schon öfters getan, welche enormen Vorteile deutsche Industrie und deutscher Handel von französischem Wohlwollen insbesondere auch im Orient haben könnten. Er sprach mir von der Verständigung, die zwischen England und Frankreich vor zehn Jahren stattgefunden habe, und die zu der „détente" geführt habe, wie er in diesem Moment die vielgerühmte „entente cordiale" zu nennen beliebte. Ich habe nur trocken erwidert, im Orient hätten wir, was wir wünschten. Herr Cambon sprach mir dann von gemeinsamen Eisenbahnunternehmungen in der Türkei, und als ich bemerkte, daß dies keine Konzession, sondern gemeinschaftliche Geschäfte seien, ging er sogar so weit, uns eine stärkere Beteiligung an der Dette publique zu proponieren.* Er schilderte mir dann in lebhaften Farben, welche enormen Vorteile Frankreichs Unterstützung überall der deutschen Industrie und dem deutschen Handel bringen würde. Nur eins müsse er mir sagen, irgend eine deutsche Besitzergreifung in

Vorwürfe, die A. v. Tirpitz, Der Aufbau der deutschen Weltmacht, S. 372, Fußnote, gegen Kiderlen wegen seines bei Caillaux teilweise abgedruckten Briefwechsels mit Frau von Jonina erhebt, verkennen völlig den Zweck, dem der Briefwechsel dienen sollte. Der historische Wert der Briefe Kiderlens an Frau von Jonina ist freilich, eben im Hinblick auf diesen Zweck, nur ein sehr bedingter. Vgl. auch Otto Hammann im Archiv für Politik und Geschichte, Jg. 1925, S. 550f., der das „verfängliche Spiel", das Kiderlen mit den Briefen trieb, richtig dahin deutet: „Höchstwahrscheinlich hat er sich in der Rolle eines Liebhabers der Dame bedient, um Caillaux zur Nachgiebigkeit in der Agadirfrage zu bewegen und ihn zu überzeugen, daß Deutschland ehrlich bereit war, sich gegen Kompensationen anderswo ganz aus Marokko zurückzuziehen", und neuestens W. Andreas, Kiderlen-Wächter, Randglossen zu seinem Nachlaß, Historische Zeitschrift, Bd. 132, S. 272ff., der nicht glauben will, daß die Gesamtheit der bei Caillaux veröffentlichten Briefe Kiderlens an Frau von Jonina außenpolitischen Zwecken dienen sollte.

Zu der Aufzeichnung Kiderlens über seine Unterredung mit Cambon vom 9. Juli vgl. noch des letzteren Berichte vom 9. und 10. Juli. Französisches Gelbbuch: Affaires du Maroc VI, 402ss. Die Angaben Cambons und Kiderlens stimmen insofern nicht überein, als der erstere behauptet, daß Kiderlen von der Kongokompensation begonnen habe, während dieser die Initiative dem französischen Botschafter zuschiebt.

* Vgl. dazu Caillaux, Agadir, Ma politique extérieure, p. 280, n. 2.

Marokko würde die französische öffentliche Meinung nicht ertragen. Ich erwiderte Herrn Cambon, daß bisher nichts auf eine Besitzergreifung unsererseits in Marokko hindeute, daß aber Frankreich langsam, aber konsequent sich dort festsetze. Ich wollte darüber nicht mit ihm rechten. Ich ging dann auf unsere früheren Verhandlungen über Eisenbahnbauten etc. ein, welche die französische Regierung aber unter den Tisch habe fallen lassen. Herr Cambon führte des längeren die inneren Gründe aus, die zu diesem, auch von ihm bedauerten Resultat geführt hätten, gab mir aber zu, daß für uns nicht die Gründe sondern lediglich das Resultat in Rechnung zu stellen sei. Nach einigem Hin- und Herreden sagte ich Herrn Cambon, ich wollte ihm meine private Ansicht ganz offen dahin aussprechen, daß Verständigungen über Marokko, die eine Anknüpfung an die Abmachungen von 1909 bedeuten würden, meines Erachtens die Reibungen zwischen uns auf diesem Gebiet niemals beseitigen würden. Ich wollte einmal den Fall stellen — rein hypothetisch, da ich dazu nicht ermächtigt sei —, wir geben Frankreich in Marokko carte blanche, würden dafür aber von Frankreich nicht moralische, sondern reale Kompensationen auf kolonialem Gebiete verlangen. Herr Cambon unterbrach mich sehr lebhaft mit den Worten: „On a parlé du côté du Congo." Ich sagte ihm, daß ich das nicht für ausgeschlossen hielte, wir müßten aber dann erhebliche Ansprüche machen; vielleicht könnten wir den Franzosen die Sache dadurch erleichtern, daß man einen „échange de territoire" vornähme, bei dem wir aber „la part du lion" haben müßten. Herr Cambon interessierte sich lebhaft für den Gedanken und wollte Näheres wissen. Ich sagte ihm, daß ich über koloniale Verhältnisse wenig orientiert sei, daß aber, wenn ich recht orientiert sei, vielleicht eine Grenzregulierung am Togo möglich sei; jedenfalls könnte ich nichts präzisieren, ehe der auf Urlaub befindliche Staatssekretär des Kolonialamts* zurückgekehrt sei. Dies war Herrn Cambon sichtlich unangenehm. Er fragte mich, ob ich denn nicht vorher Gelegenheit gehabt hätte, mit Herrn von Lindequist zu reden; ich sagte, ich hätte so viel anderes im Kopf gehabt, auch hätte ich nicht wissen können, daß die Sache durch den französischen Zug nach Fes so rasch ins Rollen kommen würde. Herr Cambon war sichtlich erleichtert durch den Gedanken, daß wir auf territoriale Forderungen in Marokko verzichten könnten. Ich habe Herrn Cambon gesagt, daß wir einen schweren Stand vor unserer öffentlichen Meinung haben würden, einen solchen Verzicht zu vertreten. Dazu würde die Möglichkeit nur durch erhebliche anderweitige Konzessionen seitens Frankreichs geboten sein. Zur Vertretung solcher Konzession würde es Frankreichs öffentlicher Meinung gegenüber ebenfalls einer recht starken Regierung bedürfen. Durch längere Ausführungen suchte mir Herr Cambon nachzuweisen, daß Herr Caillaux der Mann dazu sei. Ich habe dann Herrn Cambon angedeutet, daß wir den Franzosen natürlich überlassen müs-

* von Lindequist.

sen, wenn wir uns unter gehörigen Garantien für unseren Handel aus Marokko zurückzögen, sich mit den anderen Mächten auseinanderzusetzen. So schiene England neuerdings eigene Ansprüche zu erheben. Herr Cambon erwiderte mir sehr siegesgewiß: „L'Angleterre ne nous fera aucune difficulté; quant à l'Espagne nous respecterons nos engagements envers elle; si nous avions quelques différends avec elle c'est que nous voulions la surveiller pour qu'elle ne dépasse pas les limites de nos engagements réciproques."

Herr Cambon, der sichtlich besserer Laune geworden war, fragte schließlich, was nun eigentlich werden solle. Ich sagte ihm, er solle sich die formelle Ermächtigung verschaffen, auf der angegebenen Basis zu verhandeln und dann wieder bei mir vorsprechen.

Herr Cambon, der allmählich sehr aufgeknöpft geworden war, sagte mir, auch Herr de Selves wünsche, daß die Verhandlungen gleichzeitig hier und in Paris geführt würden. Er gab mir zu, daß Herr de Selves eine solche Forderung kaum stellen würde, wenn er aus der diplomatischen Laufbahn hervorgegangen wäre. Er bat mich aber tunlichst den Schein zu wahren, als ob wir auch gleichzeitig in Paris verhandelten: „Vous comprenez qu'un Ministre ne veut pas avoir l'air d'être le subordonné de son Ambassadeur."

Wir trennten uns sehr freundschaftlich, nachdem ich Herrn Cambon noch gebeten hatte, auch auf seine Presse einzuwirken, daß sie vermeidet, uns fortwährend mit den beiden Freunden England und Rußland zu drohen. Das könnte eine Großmacht wie Deutschland nicht ertragen und sei allein geeignet, zu einer unangenehmen Lösung zu führen.

(gez.) Kiderlen

Nr. 10599

Der Staatssekretär des Auswärtigen Amtes von Kiderlen an den Botschafter in Paris Freiherrn von Schoen

Konzept

Nr. 667 Berlin, den 10. Juli 1911

Euerer Exzellenz beehre ich mich hier angeschlossen eine Aufzeichnung zu übersenden, betreffend eine Unterredung, die gestern zwischen Herrn Cambon und mir über die Marokkofrage stattgefunden hat*.

Sollten Euere Exzellenz von französischer Seite auf Marokko angeredet werden, so bitte ich Ihre Sprache nach Maßgabe der vorstehenden Ausführungen zu regeln. Dagegen wollen Sie es Ihrerseits vermeiden, ein Gespräch über die Angelegenheit herbeizuführen. Gegebenenfalls werde ich einem Bericht mit Interesse entgegensehen.

Kiderlen

* Vgl. Nr. 10 598. Die nach Paris gegebene Aufzeichnung erhielt eine etwas vorsichtigere Fassung, bei der namentlich die ironischen Worte über Cambon fortfielen.

Nr. 10600

Der Reichskanzler von Bethmann Hollweg, z. Z. in Hohenfinow, an Kaiser Wilhelm II., z. Z. in Balholmen

Telegramm. Entzifferung

Nr. 1 Hohenfinow, den 10. Juli 1911

Gestern hat der französische Botschafter bei dem Staatssekretär in der Villa vorgesprochen. Nach anfänglicher Pikiertheit gab Herr Cambon zu, daß durch die französische Expedition nach Fes die Situation in Marokko eine Änderung erfahren habe, die eine neue Aussprache zwischen uns und Frankreich erforderlich mache[1], da eine Rückkehr zu dem status quo ante nach Maßgabe der tatsächlichen Verhältnisse unmöglich sein dürfte. Beide Herren stimmten darin überein[2], daß ein Angebot ernster Kompensationen auf kolonialem Gebiet für Frankreich allein in Betracht kommen könnte[3], um sich gegen sie von uns sein Vorgehen in Marokko und die sich daraus ergebende Weiterentwicklung der marokkanischen Dinge legalisieren zu lassen. Es fielen hierbei die Worte „Kongo“[4] und „Togo“, ohne daß indessen näher auf diese Möglichkeiten eingegangen wäre, da es hierzu beiderseits an der erforderlichen Ermächtigung fehlte[5]. Herr Cambon wird nach Einholung weiterer Instruktionen[6] erneut bei Herrn von Kiderlen vorsprechen[7].

Sobald die französischen Dispositionen etwas durchsichtiger[8] sein werden, unterbreite ich Euerer Majestät bestimmte Vorschläge[9].

Alleruntertänigst

Bethmann Hollweg

Randbemerkungen Kaiser Wilhelms II.:

[1] Damit sind wir schon seit Wochen beschäftigt!

[2] dasselbe war schon vor 4 Wochen!

[3] nichts neues!

[4] ja!

[5] nach 4 Wochen!! warum?

[6] der Mann kommt ja geraden Weges aus Paris!

[7] Das ist ja eine ganz verfluchte Comödie!

[8] Wenn sie den Congo geben wollen, was soll da noch durchsichtiger werden!

[9] hat er ja schon vor 4 Wochen!

Schlußbemerkungen des Kaisers:

Also gar nichts effecktuirt!

Ich kann über die Meldung mein Erstaunen nicht verbergen. Anfang Juni während der Cavall[erie]-Besichtigungen in Döberitz kam ich zum Kanzler nach Berlin herein. Er theilte mir die Conversation Cambons mit ihm und Kiderlen mit, wo Cambon zum ersten Male das Wort Compensationen auf Col[onialem] Gebiet gebraucht habe*. Der Kanzler erbat damals meine Ermächtigung etwa den Kongo zu

---

* Der Kaiser irrt hier. Die Besprechungen Kiderlens mit Cambon in Kissingen, wo dieser zum ersten Mal die Geneigtheit zu Kompensationen wegen Marokkos in deut-

bezeichnen, da Mohammed[anisches] Gebiet nicht von uns genommen werden könnte. Es wurde von mir genehmigt und Ausw[ärtiges] Amt davon verständigt. Der Kanzler erwähnte noch, daß Kiderlen bei dem Gespräch mit Cambon, auf dessen Angebot hin gesagt habe „Es werde aber ein großer Happen sein müssen"; was letzterer mit verständnißvollem Nicken hingenommen habe. Nun möchte ich wissen was da noch für Ermächtigungen nöthig sind? Meine ist schon vor 4 Wochen eingeholt und ertheilt. Zum Zweiten Male ist mir in Kiel, zum Ueberfluß, von Kiderlen vor S[einer] E[xzellenz] die ganze Materie nochmals vorgetragen*, und wiederum meine Genehmigung eingeholt worden, die ich sofort ertheilte. Was zum Teufel soll denn nun noch gemacht werden? Das ist ja die reine farce! Man verhandelt und verhandelt und keiner kommt heraus! Wenn wir so unsere kostbare Zeit verlieren, dann stärken die Briten und Russen den erschreckten Galliern den Rücken, und diktiren ihnen was sie uns nur höchstens gnädigst gewähren sollen!! — Anfang Mai in Carlsruhe hat mir der Canzler das ganze Programm für unsere Verhandlungen wegen Marokko entwickelt, ich habe mich einverstanden erklärt, und nun Anfang Juli sind wir genau auf derselben Stelle! Diese Art von Diplomatie ist für mein Hirn zu fein und zu hoch! W.

Nr. 10601

*Der Rat im Kaiserlichen Gefolge Gesandter von Treutler, z. Z. in Balholmen, an das Auswärtige Amt***

Telegramm. Entzifferung

Nr. 1 An Bord der „Hohenzollern", den 11. Juli 1911

Für Staatssekretär.

Seine Majestät hatten zu Telegramm Nr. 1 Hohenfinow*** sehr dringende Randbemerkungen gemacht, aber nach Gespräch über dieselben folgende abgeschwächte Fassung der Antwort genehmigt:

„Seine Majestät sind der Meinung, daß im gegenwärtigen Augenblick das Tempo der Verhandlungen nicht allzu langsam sein dürfe, weil allerhöchstderselbe sonst eine unerwünschte Einmischung anderer Mächte befürchtet. Die Basis für unser Geschäft mit Frankreich müsse das Abkommen von 1909 bilden und wie dieses nur bilateral sein. Nachdem nunmehr zwischen dem Herrn Staatssekretär und Herrn Cambon die Worte ‚Kompensation' . . .† ‚Kongo, Togo' gefallen seien, müßten die Franzosen mit sanftem Druck gezwungen werden, mit ihrem Angebot herauszukommen. Prinzipiell hätten Seine Majestät ja die Genehmigung

licher Form aussprach, hatte nicht Anfang Juni, sondern erst am 20. und 21. Juni stattgefunden. Bei der Unterredung, die Reichskanzler von Bethmann Hollweg am 11. Juni mit Cambon gehabt hatte (vgl. Nr. 10575 und Kap. CCXXVII, Nr. 10565), war die Kompensationsfrage nur gestreift worden. Der Kaiser wirft anscheinend die Mitteilungen, die ihm Bethmann Hollweg und Kiderlen am 26. Juni in Kiel machten, mit denen zusammen, die der erstere bei seinem Karlsruher Immediatvortrage vom 5. Mai (vgl. dazu Kap. CCXXVII, Nr. 10549, Fußnote) gemacht hatte.

* Am 26. Juni; vgl. Nr. 10576 nebst Fußnote.

** Hier angeschlossen des Zusammenhangs halber.

*** Siehe Nr. 10600.

† Zifferngruppe fehlt; nach Konzept zu ergänzen „und".

für die fraglichen Kompensationsobjekte bereits erklärt, Herr Staatssekretär dürfen sich daher durchaus als ermächtigt ansehen, auf diesem Boden zu verhandeln. Seine Majestät hoffen, daß ‚bestimmte Vorschläge' mit einem offiziellen französischen Angebot bald vorgelegt werden können. In jedem Falle würde Seine Majestät den etwaigen Versuch der Franzosen oder Dritter, die Frage auf einer allgemeinen Konferenz zu erledigen, als nicht annehmbar bezeichnen.

Ich soll noch hinzufügen, daß Seine Majestät besonderen Wert auf den Kongo legt."*

Treutler

Nr. 10602

Der Botschafter in Paris Freiherr von Schoen an den Reichskanzler von Bethmann Hollweg

Ausfertigung

Nr. 336

Paris, den 8. Juli 1911
[pr. 10 Juli]

In den Unterredungen, die ich über die neue Wendung der Marokkofrage hier mit den verantwortlichen Staatsmännern gehabt, habe ich mich bisher streng in dem Rahmen derjenigen Erläuterungen bewegt, welche ich gelegentlich der Notifikation der Entsendung eines Schiffes nach Agadir zu geben beauftragt war.

Etwas freier und weiter konnte ich mich in Unterhaltungen mit Kollegen, die mich über die Bedeutung unseres Eingreifens befragten, sowie mit einigen ausgewählten Privatpersonen aussprechen, von denen ich sicher war, daß sie das Gehörte richtig verstehen und verwerten würden.

Ich habe ausgeführt, daß wir zur Entsendung eines Schiffes zum Schutze unserer bedrohten Interessen im Süden Marokkos nicht nur ein natürliches Recht hatten, sondern auch die nationale Pflicht. Diese Interessen seien entgegen den Darstellungen, die man von französischer Seite zu geben liebe, nicht etwa fiktive, sondern tatsächlich wohlbegründete und recht bedeutende. Die Kaiserliche Regierung sei von

* Am 12. Juli übersandte dann von Treutler dem Staatssekretär von Kiderlen die Randbemerkungen des Kaisers zu dem Bethmann Hollwegschen Telegramm Nr. 1 (siehe Nr. 10600) mit einem Briefe, in dem es noch hieß: „Es war eine Überraschung, daß Seine Majestät augenscheinlich mit einer so viel schnelleren Lösung der wichtigen Frage gerechnet hat, als zu erreichen möglich sein dürfte. Allerhöchstderselbe befürchtete, daß eine längere Dauer der Verhandlungen die Gefahr der Einmischung Dritter steigert. Aus diesem Gefühl waren in der Nacht die Randbemerkungen entstanden, die ich weitergeben sollte. Seine Majestät haben aber die Gnade gehabt, die Angelegenheit nach einer längeren Unterhaltung ruhiger zu betrachten, und schließlich genehmigt, daß die allerhöchste Willensmeinung in der Euerer Exzellenz zugegangenen telegraphischen Fassung niedergelegt wurde."

namhaften deutschen Häusern, die in jenen Gegenden engagiert sind, auf die Gefahren, die sich aus der Rückwirkung des französischen Vorgehens in Nordmarokko im Süden ergeben, aufmerksam gemacht und dringend gebeten worden, Maßregeln zum Schutze der deutschen Interessen zu ergreifen. Die Kaiserliche Regierung habe darauf zunächst ein gerade in der Nähe befindliches Schiff nach Agadir entsandt und dasselbe dann, weil es aus technischen Gründen nicht bleiben konnte, durch ein anderes ersetzt. Die Berechtigung zur Ergreifung dieser Maßregel stehe außer Frage, denn jeder Großmacht stehe es frei, den Schutz ihrer bedrohten Angehörigen im Ausland mit geeigneten Mitteln selbst in die Hand zu nehmen, wenn die Staatsgewalt des betreffenden Landes offenbar außerstande sei, diesen Schutz zu gewähren. Das sei im Süden Marokkos heute zweifellos der Fall. Weder die Algecirasakte noch unsere Abmachung mit Frankreich vom Jahre 1909 lege uns die Verpflichtung auf, auf derartige Selbsthülfe zu verzichten.

Dazu komme, daß wir die Grundsätze der Algecirasakte sowohl wie einzelne Bestimmungen derselben als durch das Vorgehen der Franzosen und Spanier erschüttert betrachten müßten. Die Akte habe Frankreich und Spanien das Mandat erteilt, in gewissen Küstenplätzen, in genau vorbezeichneter Form und unter europäischer Kontrolle die Polizei einzurichten. Frankreich und Spanien seien nun aber dazu geschritten, die Polizei auch im Innern des Landes eigenmächtig in die Hand zu nehmen. Darin liege ein Verstoß gegen klare Bestimmungen der Algecirasakte. Es fehle aber nicht an vielfachen anderen Vorkommnissen, beispielsweise bei der Vergebung öffentlicher Arbeiten in Casablanca, wo die Franzosen sich leichtfertig über die vereinbarten Bestimmungen hinwegsetzten. Endlich sei nicht zu verkennen, daß die ganze französische Marokkopolitik eine Richtung genommen habe, die mit dem Geiste des Algecirasvertrages nicht vereinbar sei. Wie von französischer Seite selbst zugestanden sei, bestehe die Sultansgewalt schon heute nur noch dank französischer Hilfe, französischer Waffen und französischen Geldes. Der Sultan sei damit in einen Grad der Abhängigkeit von Frankreich geraten, die mit dem Grundsatz der vollen Souveränität und Unabhängigkeit, wie er in Algeciras aufgestellt, schlechterdings nicht vereinbar sei. Ebenso stehe es mit dem Grundsatz der Integrität des scherifischen Reiches. Frankreich halte die ganze Schauïa, den ganzen Osten Marokkos militärisch besetzt und schicke sich nun offenbar auch an, im Herzen des Scherifenreiches festen Fuß zu fassen. Daß die militärische Festsetzung im Innern unter „scherifischer" Maske vorgenommen werde, ändere nichts an der Tatsache, daß die Besetzung eine französische sei, denn Offiziere, Unteroffiziere und sogar ein großer Teil der Mannschaften und namentlich auch das artilleristische und technische Material seien französisch.

Jedenfalls habe sich nachgerade ein Zustand ausgebildet, der nicht nur mit Wortlaut und Geist der Verträge nicht mehr vereinbar er-

scheine, sondern bei dem auch Deutschland Gefahr laufe, mit seinen Interessen und seiner Bedeutung vollständig ausgeschaltet zu werden.

Zu alledem komme, daß wir nicht nur mit wirtschaftlichen Projekten in Marokko, sondern auch anderwärts, die im Geiste des Abkommens vom Jahre 1909 geplant und teilweise eingeleitet gewesen, unliebsame Erfahrungen gemacht hätten. Sie seien nicht durch unsere Schuld teils gescheitert, teils versandet, so daß unser Vertrauen in den Willen oder die Fähigkeiten der Franzosen, wirtschaftlich mit uns zusammen zu arbeiten, eine Einbuße erlitten hätte.

So, wie die Dinge jetzt liegen, könne es unmöglich weiter gehen, ohne daß die Gefahr von Reibungen eine akute würde. Die Franzosen hätten bis jetzt nicht nur unseren Bedenken und deutlichen Warnungen wenig Gehör geliehen, sondern auch keinen Anlaß genommen, in eine offene und ehrliche Aussprache mit uns darüber einzutreten, wie die vorgekommenen Rücksichtslosigkeiten und Verstöße wieder gutgemacht oder ein Ausgleich geschaffen werden könnte, in dem wir eine Entschädigung dessen finden könnten, was uns durch das französische Vorgehen verloren gehen müsse. Wenn von französischer Seite gesagt werde, daß die militärischen Unternehmungen in kürzester Frist ihr Ende erreichen werden und damit wieder der frühere Zustand, nur mit dem namhaften Unterschiede hergestellt werde, daß Ruhe und Ordnung, die unerläßlichen Vorbedingungen für allgemeine wirtschaftliche Betätigung, geschaffen sei, so müsse dem entgegengehalten werden, daß Frankreich sicher nicht in der Lage sein werde, das Feld in Marokko so weit zu räumen, wie es den internationalen Verpflichtungen entsprechen würde. Bei uns habe man für diese tatsächlichen Verhältnisse volles Verständnis, sehe darin aber einen Grund mehr zu einer Aussprache und biete nun den Franzosen, nachdem sie die Notwendigkeit einer solchen, sei es in irrtümlicher Auslegung der bestehenden Verträge, sei es aus anderen Gründen, nicht rechtzeitig erkannt, die Gelegenheit zu derselben. Die Absicht der Kaiserlichen Regierung sei dabei, die Besprechungen in aller Freundschaft und mit dem Ziel im Auge zu führen, eine Lösung zu finden, welche nicht nur alle Algecirasmächte zu befriedigen geeignet sei, sondern auch das irritierende Marokkoproblem ein für allemal aus der Welt schaffe. Wie die Dinge nun einmal lägen, sei es aber natürlich, daß wir, nachdem wir Frankreich unseren aufrichtigen Wunsch nach einer Verständigung zu erkennen gegeben und dabei zugleich Winke über die Richtung erteilt hätten, in welcher eine Befriedigung unserer Erwartungen zu suchen sei, nicht nur ein ehrliches Einschlagen Frankreichs in die dargebotene Hand, sondern auch positive Vorschläge erwarteten.

v. Schoen

Nr. 10603

Aufzeichnung des Staatssekretärs des Auswärtigen Amtes von Kiderlen

Reinschrift

Berlin, den 12. Juli 1911

Gestern sprach der englische Botschafter bei mir vor. Nachdem derselbe über den Verlauf der Krönung* und andere Dinge geredet, brachte er auch die Marokkoangelegenheit zur Sprache. Sir Edward Goschen betonte hierbei, daß die Möglichkeit, es könnte über Marokko zu Verhandlungen zu Dreien (Deutschland, Frankreich, Spanien) kommen, in England ganz besonders peinlich empfunden worden sei, und war sichtlich erfreut, als ich ihm versicherte, daß eine solche Absicht wenigstens auf unserer Seite niemals bestanden habe. Er ließ sich von mir die ausdrückliche Ermächtigung geben, dies seiner Regierung zu berichten.

Kiderlen

Nr. 10604

Der Reichskanzler von Bethmann Hollweg, z. Z. in Hohenfinow, an Kaiser Wilhelm II., z. Z. in Balholmen

Telegramm. Entzifferung

Nr. 2 Hohenfinow, den 12. Juli 1911

Der spanische Botschafter wird, wie wir unter der Hand erfahren haben, morgen die Zuziehung seiner Regierung zu den zwischen uns und Frankreich eingeleiteten Besprechungen über Marokko beantragen[1]. Der gleiche Antrag wird in Paris gestellt werden. Herr von Kiderlen hat mit Cambon folgende Antwort vereinbart:

„Es handle sich bei den zwischen uns und Frankreich eingeleiteten Besprechungen lediglich darum, einen geeigneten Weg zu finden, auf dem es gelinge, die zwischen unseren beiderseitigen Interessen in Marokko bestehenden Reibungsflächen zu beseitigen[2]. Es sei selbstverständlich, daß hierbei den Rechten Dritter nicht präjudiziert werden würde, andererseits könnten wir aber zu diesen Besprechungen keine andere Regierung zuziehen[3], weil sonst auf ihren Wunsch auch anderen Mächten, schließlich sämtlichen Signatarmächten die Teilnahme an denselben zugestanden werden müßte. Das würde die Verhandlungen schleppend machen und ihnen den Charakter einer freundschaftlichen Aussprache zwischen uns und Frankreich nehmen[4].“

* Die Krönung des englischen Königspaars hatte am 22. Juni in der Westminsterabtei stattgefunden. Von deutscher Seite nahmen an ihr u. a. das Kronprinzenpaar und Prinz Heinrich von Preußen teil.

Da nach einer Äußerung des englischen Botschafters gegenüber dem Staatssekretär man in London anscheinend deshalb besonders nervös[5] geworden war, weil eine Unterhaltung zu Dreien (Deutschland, Frankreich, Spanien) über Marokko befürchtet[6] wurde, so darf angenommen werden, daß nach Ablehnung des spanischen Wunsches weitere Einmischungen dritter Mächte in unsere Besprechungen mit Frankreich nicht mehr zu erwarten sind[7]. Sir Edward Goschen wurde von Herrn von Kiderlen sofort geantwortet, daß Verhandlungen zu ....* jedenfalls niemals beabsichtigt gewesen seien, was den Botschafter sichtlich beruhigte, der sich ausdrücklich ermächtigen ließ[8], dies seiner Regierung mitzuteilen.

Alleruntertänigst

Bethmann Hollweg

Randbemerkungen Kaiser Wilhelms II.:

[1] Aha! Das ist schon der erste, der dazwischen will! Wir sollen ihn in Elksar einschleppen, fällt uns nicht ein!

[2] gut

[3] Hauptsache

[4] richtig

[5] !

[6] !!

[7] hoffentlich

[8] Kleinigkeitskrämer diese Briten!

Nr. 10605

Der Botschafter in Paris Freiherr von Schoen an das Auswärtige Amt

Telegramm. Entzifferung

Nr. 199 Paris, den 12. Juli 1911

Herr de Selves sagt mir, daß er von erster Unterredung zwischen Cambon und Staatssekretär**, die Aussicht auf volle Verständigung eröffne, durchaus befriedigt sei. Besonders günstig sei, daß deutscherseits auf territorialer Kompensation in Marokko selbst nicht bestanden werde und Blick auf Kongo gerichtet sei. Auf ersteres würde Frankreich im eigenen Interesse und mit Rücksicht auf England*** nicht haben eingehen können. Er habe hier Prüfung der Frage angeordnet, wie

---

* Zifferngruppe fehlt; nach Konzept zu ergänzen: „Dreien".

** Vgl. Nr. 10598.

*** Das steht nicht ganz in Einklang mit den Angaben Lord Greys (Twenty-Five Years 1892—1916, I, 220), wonach England damals Frankreich erklärt hätte, gegen Kompensationen auch in Marokko keinen Widerspruch erheben zu wollen „short of anything that might be a naval base on the flank of our trade route".

weit man uns mit kolonialer Kompensation entgegenkommen könne, und werde Cambon bald mit Weisung versehen. Er wünsche nach wie vor dringend, möglichst rasch durch offene, rückhaltlose Mitteilung der beiderseitigen Wünsche und Möglichkeiten zu voller Verständigung mit uns zu gelangen.

Schoen

Nr. 10606

Der Botschafter in Paris Freiherr von Schoen an das Auswärtige Amt

Telegramm. Entzifferung

Nr. 203 Paris, den 15. Juli 1911

Minister des Äußern ganz einverstanden, unsere Besprechungen ohne Teilnahme Spaniens oder anderer Mächte weiterzuführen.

Der vom Staatssekretär in Unterredung mit Herrn Cambon berührte Gedanke einer Formel, welche Frankreich ohne Fristbestimmung Aufgabe zuerkennen würde, der Anarchie in Marokko zu steuern, erscheint ihm sehr sympathisch.

Schoen

Nr. 10607

*Der Reichskanzler von Bethmann Hollweg, z. Z. in Hohenfinow, an Kaiser Wilhelm II., z. Z. in Balholmen**

Telegramm. Entzifferung

Nr. 3 Hohenfinow, den 15. Juli 1911

Herr von Kiderlen meldet mir, daß ihn heute französischer Botschafter erneut aufgesucht habe. Der Botschafter erklärte, daß, falls wir bereit seien, Frankreich in Marokko keine Schwierigkeiten zu bereiten, die französische Regierung uns alle Garantien, die wir wünschen könnten, in bezug auf Offene Tür[1], Rechte unserer Untertanen und besondere Berücksichtigung unserer Interessen im Sus gewähren wolle. Außerdem könnte . . . ** dazu verstehen[2], uns ein Stück a limine liegendes Gebiet abzutreten[3]. Wir möchten

* Verkürzt abgedruckt bei E. Jäckh, Kiderlen-Wächter, der Staatsmann und Mensch, II, S. 126. Zu der Darstellung Bethmann Hollwegs ist zu vergleichen der Bericht Jules Cambons über die Unterredung mit Kiderlen vom 15. Juli, französisches Gelbbuch: Affaires du Maroc VI, p. 413s.

** Zifferngruppe unverständlich; nach Konzept zu ergänzen „sie sich".

in dieser Beziehung unsere Wünsche sagen[4]. Herr von Kiderlen hat gesagt, daß er zunächst Rückkehr des Herrn von Lindequist abwarten müsse, die aber in den nächsten Tagen erfolge. Dann müßte noch durch meine Vermittelung Euerer Kaiserlichen und Königlichen Majestät Zustimmung zu den Vorschlägen eingeholt werden. Ohne in Details einzugehen, könne er dem Botschafter schon jetzt sagen, daß wir den französischen Kongo, und zwar ganz, beanspruchen. Der Botschafter wollte auf den Rücken fallen[5] und erklärte, „daß schon eine teilweise Abtretung vom Kongogebiet von der französischen Regierung vor ihrem Parlament sehr schwer zu verteidigen sein würde[6]". Unter allen Umständen müßte Frankreich einen Ausgang zum Meere behalten*. Im Laufe der Debatte machte der Botschafter, wie nicht anders zu erwarten war, vor allem geltend, daß die Franzosen uns tatsächlich französisches Eigentum, für das Geld und Arbeit aufgewendet, abtreten sollten[7], während wir nur auf Ansprüche verzichteten, die wir mit anderen Mächten, die die Algecirasakte mit unterschrieben, teilten[8]. Seinen Eindruck von der Besprechung schildert mir Herr von Kiderlen dahin, daß wir, um zu einem günstigen Resultat zu kommen, jedenfalls noch sehr kräftig auftreten müßten[9]. Den ganzen französischen Kongo bis heran an den belgischen Kongo zu erhalten, würde wohl kaum anders möglich sein als durch territoriale Konzessionen auch unsererseits, die aber natürlich weit geringer sein könnten als die französischen[10]. Wo solche etwa zu finden sein würden, eventuell in Togo, darüber werde ich mir noch von den Staatssekretären des Kolonialamts und des Auswärtigen Amts Vortrag halten lassen, um Euerer Majestät dann detaillierte Vorschläge unterbreiten zu können.

Wie mir Herr von Kiderlen weiter meldet, hat er dem französischen Botschafter zu verstehen gegeben, daß der von verschiedenen Preßorganen gemeldete Zug nach Marrakesch wohl besser bis nach Abschluß der Verhandlungen unterbliebe. Herr Cambon hat die Absicht eines solchen Vorgehens bestritten[11]. Der Staatssekretär hat ihm ferner zu verstehen gegeben, daß allerhand größere und kleinere Übergriffe gegenüber deutschen Schutzgenossen, wie sie in jüngster Zeit seitens französischen Militärs vorgekommen, grade jetzt besonders sorgfältig vermieden wer-

---

* Nach Cambons Bericht vom 16. Juli 1911 (französisches Gelbbuch: Affaires du Maroc VI, p. 413s.) hätte Kiderlen auf die Frage des Botschafters nach den deutschen Ansprüchen geantwortet, daß er nur sehr allgemeine Angaben machen könne. Es heißt dann in dem Berichte: „Ayant fait venir une carte, il m'a montré le Congo français entre l'Océan et la Sangha. Je lui ai immédiatement répondu que cette demande aurait sans doute pour conséquence de faire échouer la négociation, car l'opinion française peut consentir de larges compensations, mais non la perte de toute une colonie. ‚Vous ne nous donnez rien en échange d'une si vaste possession, ai-je dit, et votre langage ne répond pas à celui que vous avez tenu lors de notre dernier entretien, où vous parliez d'échanges.' — Il reprit alors qu'il serait disposé à nous offrir le nord du Cameroun et même le Togo suivant ce que nous donnerions. Je répliquai qu'il ne nous était pas possible d'accepter de laisser couper de tout accès à la mer la partie de notre colonie qui nous resterait."

den müßten. Herr Cambon hat versprochen, in diesem Sinne nach Hause zu schreiben. pp.*

Alleruntertänigst

Bethmann Hollweg

Randbemerkungen Kaiser Wilhelms II.:

[1] Ist selbstverständlich, schon durch Algesirasacte bestimmt

[2] bitte sehr!

[3] das hat Russland und England ihnen gesteckt!

[4] ich dächte dazu wäre schon lange Zeit genug gewesen

[5] spielt gut Comödie

[6] konnten sich ja vorher darüber klar werden

[7] wir wissen unter der Hand, daß sie schon im Mai dazu bereit waren.

[8] Englands Phrase!

[9] da wird London eine böse Miene zu machen!
Dann muß ich sofort nach Hause. Denn ich kann meine Regierung nicht so auftreten lassen, ohne an Ort und Stelle zu sein um die Consequenzen genau zu übersehen und in der Hand zu haben! Das wäre sonst unverzeihlich, und zu parlamentarisch! Le Roi s'amuse! Und derweilen steuern wir auf die Mobilmachung los! **ohne mich** darf das nicht geschehen!
Da müßen unsere Alliirten aber erst informirt werden! Denn das kann sie in Mitleidenschaft ziehen!

[10] ja

[11] na na?!

Schlußbemerkung des Kaisers:

Die Gallier haben sich von ihrem ersten Schreck erholt; Zeit gefunden sich bei Petersburg u[nd] London Raths zu holen — was ich bei dem unglaublich schleppenden Gang immer befürchtet habe — und auf Londons Rath treten sie kurz. Während bis her unser Grundsatz war sie mit Vorschlägen herauskommen zu lassen, werden solche jetzt von uns verlangt. Das Angebot ist lächerlich und minimal, im Verhältniß zu dem, was vor 2 Monaten, — wo sie noch isolirt und daher in Angst vor uns waren, — uns angedeutet wurde. Ich erinnere an die Mitheilungen Ludw[ig] Delbrücks, der Ende Mai aus Paris kam**. Man hat Monate verstreichen lassen, ohne den Faden aufzugreifen und à deux die Sache zu machen, unter der Firma „erst muß Cambon in Galliens Namen mit dem Wort „Compensationen" herauskommen". Endlich that er es, und da ging man nach Agadir. Das versetzte London sofort in Erregung und Mißtrauen, es sprang dem Alliirten bei um ihm den Rücken zu stärken, und nun verhandeln wir thatsächlich indirekt mit London über Paris. Dazu mischt sich auch Petersburg hinein, sodaß wir schon wieder eine halbe Conferenz haben, die gegen uns arbeitet. Wien wird im Balkan gegen die Türkei ausgespielt, um uns auseinanderzubringen, damit es uns bei ernsterer Verwickelung mit Frankreich nicht beistehn kann, weil es mit Russland gehen soll!

---

* Der Schluß des Telegramms betrifft die Spannung, die zwischen der Türkei und Montenegro infolge montenegrinischer Unterstützung der albanischen Aufständischen eingetreten war, und eine eventuelle Intervention Österreichs, Rußlands und Italiens.
** Vgl. Nr. 10576, Fußnote.

Nr. 10608

*Der Rat im Kaiserlichen Gefolge Gesandter von Treutler, z. Z. in Balholmen, an den Reichskanzler von Bethmann Hollweg, z. Z. in Hohenfinow**

Telegramm. Entzifferung

Nr. 3 Balestrand, den 17. Juli 1911

Antwort auf Telegramm Nr. 3**.

Seine Majestät sind durch das gestern abend eingetroffene Telegramm Nr. 3 in der Überzeugung bestärkt, daß kostbare Zeit verloren wurde. Seine Majestät meinen, wir hätten, anstatt Herrn Cambons Offerte abzuwarten, doch lieber selbst schon im Mai mit unserer Forderung herauskommen sollen, als England infolge des Marsches auf Fes gegen Frankreich kühler und gleichzeitig durch den allerhöchsten Besuch in London für uns freundlicher gestimmt war und außerdem den Kopf voll Krönungsgedanken hatte. Jetzt würde England den Franzosen beistehen, so billig als möglich aus dem Handel zu kommen.

Daß wir unser Ziel, eine anständige Kompensation zu erreichen, nur durch unbeirrt ruhiges, festes Auftreten erreichen können, sei so selbstverständlich, daß es ja keiner Erwähnung bedürfe; deshalb müsse Seine Majestät der Äußerung „es wird sehr kräftig aufgetreten werden müssen" vorläufig die Deutung geben, daß Exzellenz von Kiderlen glaube, den bisher verabredeten Rahmen überschreiten zu müssen.

Wenn Euere Exzellenz mit dem Herrn Staatssekretär ein einer Drohung gleichkommendes, kräftiges Auftreten für geboten halten sollten, so müsse Seine Majestät sofort zurückkehren. In seiner Abwesenheit dürfe das keinesfalls geschehen. Seine Majestät lassen nach dieser Richtung eine sofortige Aufklärung erbitten***.

---

* Bereits abgedruckt bei E. Jäckh, Kiderlen-Wächter, der Staatsmann und Mensch, II, S. 127.

** Siehe Nr. 10607.

*** Die kaiserlichen Telegramme Nr. 1 (siehe Nr. 10601) und 3, sowie die kaiserlichen Randbemerkungen zu dem Bethmann Hollwegschen Telegramm Nr. 1 (siehe Nr. 10600) veranlaßten Staatssekretär von Kiderlen, die Einreichung seines Abschiedsgesuches ins Auge zu fassen. Vgl. Kiderlens Schreiben an Bethmann Hollweg vom 17. und 19. Juli 1911 (E. Jäckh, Kiderlen-Wächter, der Staatsmann und Mensch II, S. 128ff., S. 132ff.). In dem ersteren führt Kiderlen aus, daß die Worte „es wird sehr kräftig aufgetreten werden müssen" lediglich auf die Zähigkeit der Franzosen bei ihren Konzessionen hinweisen sollten, denen gegebenenfalls mit energischer Sprache zu begegnen sein würde. „Einen befriedigenden Abschluß erreichen wir nur, wenn wir bereit sind, die letzten Konsequenzen zu ziehen, d. h. wenn die anderen fühlen und wissen, daß wir es sind. Wer im voraus erklärt, daß er nicht fechten will, kann in der Politik nichts erreichen." Der Reichskanzler, der sich mit der Haltung Kiderlens durchaus solidarisch erklärte, hat das Abschiedsgesuch des Staatssekretärs gar nicht erst dem Monarchen vorgelegt. Es wurde schon dadurch hinfällig, daß Wilhelm II. auf die eingehende „Sachdar-

Im übrigen sind Seine Majestät prinzipiell durchaus damit einverstanden, wenn das Geschäft mit Frankreich auf der Basis eines Eintauschens geringeren deutschen Gebiets erfolgt, da Seine Majestät nur darin die Möglichkeit für die französische Regierung sehen, das Geschäft im eigenen Lande annehmbar zu machen.

Auf allerhöchsten Befehl
Treutler

Nr. 10609

Der Rat im Kaiserlichen Gefolge Gesandter von Treutler, z. Z. in Balholmen, an das Auswärtige Amt

Telegramm. Entzifferung

Nr. 12 An Bord der „Hohenzollern", den 17. Juli 1911

Für den Herrn Staatssekretär.

Seine Majestät hatten das Telegramm Nr. 3* des Herrn Reichskanzlers von gestern anfänglich, wie aus den ausführlichen Randbemerkungen hervorgeht, ganz ruhig beurteilt bis zu der Stelle, wo die Äußerung von der Notwendigkeit „sehr kräftigen Auftretens" offenbar stark irritierend gewirkt hat.

Ich wurde noch nachts ans Bett befohlen, versuchte Seine Majestät davon zu überzeugen, daß eigentlich nichts Unerwartetes in der Meldung enthalten sei, und bat, keinerlei Entschluß zu fassen, ehe nicht weitere Nachrichten vorlägen. Seine Majestät hatte sich auf Grund der unverantwortlichen privaten Meldungen, besonders Delbrücks**, die Aktion leichter vorgestellt, als sie ist, aber meine diesbezügliche Bemerkung fand keinen Beifall. Zum Schluß aber und namentlich heute vormittag nach Feststellung der eben an den Herrn Reichskanzler abgehenden Antwort, deren sofortige Weitergabe an Euere Exzellenz ich voraussetzen darf, schien Seine Majestät die Lage ruhiger aufzufassen.

Jedenfalls wird damit gerechnet werden müssen,

1. daß Seine Majestät für den Fall, daß die Angelegenheit ein ernsteres Gesicht bekommt, die Reise abbricht,
2. daß Seine Majestät in diesem Falle wünschen wird, sofort die Alliierten zu informieren,
3. daß es, wie ja Euere Exzellenz wissen, sehr schwer sein wird, Seine Majestät für Schritte zu gewinnen, von denen allerhöchstderselbe annimmt, daß sie den Krieg herbeiführen würden.

---

stellung" des Kanzlers vom 20. Juli (siehe Nr. 10613) sich am 21. mit der Fortführung der Verhandlungen auf dem einmal eingeschlagenen Wege einverstanden erklärte. Vgl. Nr. 10614.

* Siehe Nr. 10607.

** Vgl. Nr. 10576, Fußnote.

Mit der am Schluß des Telegramms Nr. 3 erwähnten Behandlung der türkisch-montenegrinischen Angelegenheit sind Seine Majestät sehr einverstanden.

Treutler

Nr. 10610

*Der Staatssekretär des Auswärtigen Amtes von Kiderlen an den Reichskanzler von Bethmann Hollweg, z. Z. in Hohenfinow**

Privatbrief. Auszug in Abschrift

Berlin, den 17. Juli 1911

Anbei beehre ich mich Ihnen eine heute von Treutler eingegangene Sendung** vorzulegen. Nach den späteren Äußerungen Seiner Majestät dürfte die Sache eine Antwort nicht erheischen.

Die Verhandlungen werden sich wohl noch länger hinziehen: die Franzosen haben einerseits große Angst vor ihrer öffentlichen Meinung, und andererseits sind sie in der günstigen Lage, daß wir, wenn das Kompensationsprojekt scheitert, schwer Forderungen aufstellen können, die uns nicht auch Konflikte mit andern Mächten brächten.

Fordern wir status quo ante, so müssen wir auch Räumung von Casablanca verlangen; dabei werden wir nirgends Unterstützung finden.

Eine Besetzung Südmarokkos würde uns aber außer mit Frankreich in einen direkten Konflikt mit England bringen; auch weiß ich nicht, wo wir die Mittel zu einem solchen Vorgehen nehmen sollten.

Wir können also nur durch zähes Verhandeln über die Kompensationsfrage etwas erreichen; denn das ist die einzige Lösung, bei der wir keine fremde Einmischung zu gewärtigen haben.

(gez.) Kiderlen

Nr. 10611

Der Reichskanzler von Bethmann Hollweg an Kaiser Wilhelm II., z. Z. in Balholmen

Telegramm. Entzifferung

Berlin, den 18. Juli 1911

Auf das durch den Gesandten von Treutler mir gestern übermittelte Telegramm*** melde ich alleruntertänigst, daß kein Grund für eine beschleunigte Rückkehr Euerer Majestät vorliegt. Eine Drohung an Frankreich ist bisher in keiner Weise erfolgt, und bei dem gegenwärtigen

---

* Im wesentlichen bereits veröffentlicht bei E. Jäckl, Kiderlen-Wächter, der Staatsmann und Mensch, II, S. 128.

** Gemeint ist das Treutlersche Schreiben vom 12. Juli. Vgl. Nr. 10601, S. 179, Fußnote.

*** Siehe Nr. 10608.

Verlauf der Verhandlungen kann ich auch bis jetzt keinen Anlaß zu einer solchen erkennen. Immerhin werden die Verhandlungen ziemlich schwierig sein und sich schon mit Rücksicht auf die Formulierung der einzelnen Abmachungen noch geraume Zeit hinziehen. Weiteren Bericht, der zusammenhängende Sachdarstellung erfordert, werde ich vorlegen*.

Bethmann Hollweg

Nr. 10612

Der Botschafter in Paris Freiherr von Schoen an das Auswärtige Amt

Telegramm. Entzifferung

Nr. 207 Paris, den 19. Juli 1911

Minister de Selves sagte mir, er sei geradezu erschrocken von Meldung Cambons, nach welcher Staatssekretär als Kompensationsobjekt den ganzen französischen Kongo bezeichnet habe, nachdem früher nur von Grenzberichtigung die Rede gewesen sei**, und er habe sich gefragt, ob unsererseits ernstliche Absicht einer Verständigung vorliege. So umfangreiche Gebietsabtretung werde weder er noch irgend ein Minister dem Lande gegenüber vertreten können.

Ich erwiderte, unsere ernste Absicht zur Verständigung und erschöpfenden Regelung Marokkofrage sei von vornherein mit Nachdruck kundgegeben. Das hohe Ziel sei eines Opfers wert. Ich könne nur dringend anheimstellen, die Besprechungen durch Eingehen auf Kompensationsfrage fortzusetzen.

Minister sagte zu, Cambon zur Fortsetzung Verhandlungen anzuweisen***. Er betonte aber Hoffnung, daß Verhandlungen in dem hohen Geiste, von dem er vor der Kammer gesprochen habe, geführt werden könnten und nicht zu einem die Nerven der öffentlichen Meinungen angreifenden langwierigen Handelsgeschäft werden würden.

Schoen

---

* Siehe Nr. 10613.

** In seinen Unterredungen mit Cambon in Kissingen (20. und 21. Juni) hatte Kiderlen schon andeuten wollen, daß ein so großer Bissen wie Marokko den Franzosen einen entsprechend großen Kompensationsbissen kosten müsse. Vgl. Nr. 10572, Fußnote. Es ist danach wenig wahrscheinlich, daß in Kissingen nur von einer Grenzberichtigung gesprochen sein sollte. Auch in der neuen Unterredung mit Cambon vom 9. Juli (vgl. Nr. 10598) hat Kiderlen zu erkennen gegeben, daß Deutschland für ein volles Gewährenlassen Frankreichs in Marokko erhebliche Ansprüche im Kongo stellen müsse. Von einer Grenzregulierung war nur insoweit die Rede gewesen, als Deutschand bei einer entsprechend großen Abtretung im Kongo eine Grenzregulierung in Togo zugestehen werde.

*** Vgl. das Telegramm de Selves' vom 20. Juli 1911 an Cambon, französisches Gelbbuch: Affaires du Maroc VI, p. 419s.

Nr. 10613

Der Reichskanzler von Bethmann Hollweg an Kaiser Wilhelm II., z. Z. in Balholmen

Telegramm. Eigenhändiges Konzept

Nr. 48 Berlin, den 20. Juli 1911

Euerer Majestät melde ich auf die gestern durch den Gesandten von Treutler übermittelten Befehle alleruntertänigst, was folgt.

Als die Franzosen nach Fes marschierten, hatten Euere Majestät die Gnade, von Korfu aus zu befehlen, daß wir keinen Widerspruch gegen diese Aktion erheben, wohl aber Frankreich darauf hinweisen sollten, daß es durch die Macht der Tatsachen gezwungen werden könne, aus seiner als provisorisch hingestellten Aktion einen dauernden Zustand zu machen, der mit der Algecirasakte nicht mehr vereinbar sei*. Wir würden die Entwickelung der Sache abwarten, einem solchen Endergebnis aber, falls es eintreten sollte, nicht zustimmen können, sondern unsere volle Aktionsfreiheit wiedererwerben. Das ist in der „Norddeutschen" öffentlich bekannt gegeben worden**. In Karlsruhe befahlen Euere Majestät Anfang Mai auf meinen Vortrag, daß wir eintretendenfalls, abgesehen von der Wahrung der open door, keine politischen Aspirationen in Marokko geltend zu machen, sondern auf die Abtretung afrikanischen Kolonialbesitzes auszugehen hätten***.

Auf dieser Grundlage konnten wir meines untertänigsten Dafürhaltens die Verhandlungen mit Frankreich erst einleiten, wenn sich der entschuldbare Zug nach Fes zu einem wirklichen Eroberungszug ausgebildet hatte.

Hätten wir es früher getan, so hätten wir uns mit unserm Verhalten beim Antritt des Zuges nach Fes in Widerspruch gesetzt und keine Verhandlungsbasis gehabt. Dieser Zeitpunkt ist erst Mitte Juni eingetreten, als die Franzosen, veranlaßt auch durch das spanische Vorgehen, anfingen, Marokko mit militärischen Posten zu durchsetzen und namentlich auch von Osten her ihre Streitmacht auf Fes vorzuschieben, worüber Euere Majestät mir damals Allerhöchstselbst nähere Mitteilungen zu machen geruhten. Zu der gleichen Zeit und in der Erkenntnis dessen, daß Frankreich nicht mehr zurück könne, ließ Herr Cambon zum ersten Male mir gegenüber das Wort von kolonialen Konzessionen fallen und sprach zwei Tage darauf, am 14. Juni†, in demselben Sinne in Kissingen mit Herrn von Kiderlen, wobei aber letzterer Herrn Cambon sagte, daß es sich um erhebliche Konzessionen handeln müsse. Erst hiermit waren, wie ich glaube, die Voraussetzungen für aussichts-

* Vgl. Kap. CCXXVII, Nr. 10538 ff.

** Vgl. Kap. CCXXVII, Nr. 10555, S. 114, Fußnote.

*** Vgl. Kap. CCXXVII, Nr. 10549, Fußnote **.

† Hier liegt ein Gedächtnisfehler des Reichskanzlers vor; die Kissinger Unterredungen zwischen Kiderlen und Cambon hatten erst am 20. bzw. 22. Juni stattgefunden.

reiche Verhandlungen gegeben. Nur wenn Frankreich selbst von seiner Kompensationspflicht überzeugt war, konnten wir erwarten, daß es im Verhandlungswege auf unsere Forderungen eingehen werde. Herr Cambon reiste von Kissingen nach Paris, wobei er erklärte, keine Ermächtigung zu Verhandlungen auf dieser Basis zu haben. Einen Tag, nachdem Herr Cambon aus Paris zurückgekehrt war, begannen dann die Verhandlungen. Wenn nunmehr die bisherigen Besprechungen zwischen Herrn von Kiderlen und Herrn Cambon noch zu keinem Abschluß geführt haben, so hat das darin seinen Grund, daß die französische Regierung in ihrer Angst vor der von der Kolonialpartei erzeugten öffentlichen Meinung und vor dem Parlament sich noch scheut, uns annehmbare Konzessionen zu machen. Auf diese Zähigkeit der Franzosen sollte die in meinem alleruntertänigsten Telegramm vom 10. d. Mts.* wiedergegebene Ansicht des Staatssekretärs hinweisen, „daß von uns sehr kräftig aufgetreten werden müsse".

Ohne ergiebige Konzessionen können wir Marokko den Franzosen nicht überlassen. Frankreich, England und Rußland sind, als die Franzosen mit ihrem Zuge nach Fes die Akte zu untergraben begannen, ganz einstimmig darauf gefaßt gewesen, daß sich Deutschland das nicht gefallen lassen könne. Man erwartete unseren Einspruch und Eingriff. Täuschen wir diese Erwartung, und sehen wir es ruhig mit an, wie sich Frankreich unter Bruch eines feierlichen Vertrages ein neues, großes und wertvolles Kolonialgebiet schafft, so erleidet unser Kredit in der Welt, nicht nur für den Augenblick, sondern auch für alle zukünftigen internationalen Aktionen einen unerträglichen Abbruch. Das ist bestimmend für das Maß dessen, was wir von den Franzosen fordern müssen, und für den Nachdruck, mit dem wir diese Forderungen zu vertreten entschlossen sein müssen. Nur koloniale Grenzregulierungen würden unsere Gegner so übermütig machen, daß wir sie doch über kurz oder lang koramieren müßten.

Herr von Kiderlen hat deshalb Herrn Cambon zunächst einmal den ganzen französischen Kongo als unsere Forderung genannt. Er hat dabei absichtlich und trotz der von Euerer Majestät generell erteilten Verhandlungsermächtigung sich so gestellt, als fehle ihm die definitive Ermächtigung, einmal weil Herr Cambon das gleiche für sich behauptete, sodann aber und vor allem, um uns je nach dem Fortgange der Verhandlungen völlig freie Hand zu lassen. Verhalten sich die Franzosen gegen unsere Ansprüche dauernd ablehnend, so bleibt uns nichts übrig, als uns auf den ganz formellen Standpunkt der Algecirasakte zu stellen. Wir müssen dann die Franzosen auffordern, uns den ganz genauen Termin anzugeben, bis zu dem sie Marokko einschließlich Casablanca geräumt haben werden, widrigenfalls wir mit allen Mitteln auf Einhaltung der Algecirasakte bestehen müßten. Wir müssen indes diese Alternative mit allen Mitteln zu verhüten suchen. Nur durch

* Es muß heißen: 15. d. Mts. Siehe Nr. 10607.

zähes Verhandeln über die Kompensationsfrage aber werden wir diese Eventualität vermeiden können, durch eine Zähigkeit, die den Franzosen zeigt, daß wir unseren Willen durchsetzen wollen. Ich bin überzeugt, daß wir nur so zum Ziele kommen können, es aber dann auch erreichen werden. Frankreich legt auf die Erwerbung Marokkos mit Recht einen ungeheuren materiellen und moralischen Wert. Mit England und Spanien kann es sich leicht einigen. Lassen auch wir ihm freie Hand, verzichten wir auf territoriale Festsetzung in Südmarokko und verhelfen wir ihm damit zum Abschluß seines großen nordafrikanischen Kolonialreichs, so ist das ein so großer Dienst, daß es sich von der Notwendigkeit eines großen Gegendienstes überzeugen wird. Drängen wir aber bei diesen Verhandlungen auf sofortigen Abschluß, so bewilligen uns die Franzosen nur eine Konzession, die für uns nicht akzeptabel ist, und nötigen uns damit zum Rückzug auf den Standpunkt der Algecirasakte, den wir mit Anstand nur unter der Gefahr ernsteren Konfliktes wahren können.

Euere Majestät bitte ich aus dem Vorstehenden Allergnädigst entnehmen zu wollen, daß die bisherigen Verhandlungen dem von Euerer Majestät genehmigten Programm entsprechend geführt worden sind, und mich zu ermächtigen, sie in der bisherigen Weise fortzuführen. Es bedarf keiner ausdrücklichen Versicherung, daß ich es nie wagen würde, über den von Euerer Majestät befohlenen Verhandlungsrahmen auch nur einen Schritt ohne erneute ausdrückliche Befehle Euerer Majestät hinauszugehen. Eine solche Erweiterung steht jetzt nicht in Frage und wird, wie ich hoffe, auch später nicht in Frage kommen.

Alleruntertänigst

v. Bethmann Hollweg

Nr. 10614

Der Reichskanzler von Bethmann Hollweg z. Z. in Hohenfinow, an das Auswärtige Amt

Telegramm. Entzifferung

Hohenfinow den 21. Juli 1911

Nachstehendes Telegramm ist soeben hier eingetroffen:
„Balestrand, 21. Juli, 4 Uhr 10 nachmittags.
Reichskanzler von Bethmann Hollweg.
Antwort auf Telegramm Nr. 48.*
Euere Exzellenz sind ermächtigt, Verhandlungen in bisher befohlener Weise fortzuführen. Wilhelm I. R."

Bethmann Hollweg

* Siehe Nr. 10613.

Kapitel CCXXIX

Lloyd Georges Marokkorede und ihre Folgen
Englische Vorbereitungen auf einen Krieg?

Nr. 10615

Der Botschafter in London Graf von Metternich an das Auswärtige Amt

Telegramm. Entzifferung

Nr. 79 London, den 19. Juli 1911

Von vertrauenswerter Geschäftsseite in der City erfahre ich, daß ein französischer Minister geäußert hat, die deutschen Forderungen in der Marokkofrage hätten sich als so maßlos herausgestellt, daß die Verhandlungen bald auf einen toten Punkt anlangen müßten*.

Aus einem Privatgespräch mit einem Mitglied des Foreign Office schien mir hervorzugehen, daß die hiesige Regierung von Paris aus genau über unsere Verhandlungen orientiert ist, und daß man auch hier anzunehmen scheint, die Franzosen könnten unsere Kompensationsforderungen nicht erfüllen**.

Es wird übrigens in hiesigen maßgebenden Kreisen sehr gut verstanden, daß infolge von Agadir ein Zurückweichen unsererseits ohne befriedigende Kompensation nicht mehr möglich ist. Diesen Eindruck hier wachzuhalten, ist nützlich. Auch ist man hier nicht im unklaren über die öffentliche Meinung in Deutschland.

Metternich

---

* Wären wirklich Äußerungen eines französischen Ministers in diesem Sinne erfolgt, so hätte das nicht im Einklang mit den getroffenen Abreden gestanden, da beim Beginn der Verhandlungen zwischen Kiderlen und Cambon absolute Geheimhaltung vereinbart war. In einer Aufzeichnung Freiherrn Langwerth von Simmerns vom 21. Juli heißt es darüber:

„Man hat in Paris Verständnis gezeigt und hat den hiesigen französischen Botschafter beauftragt, Verhandlungen einzuleiten. Hierbei wurde gleich bei der ersten Unterredung zwischen dem Staatssekretär und Herrn Cambon eine absolute Geheimhaltung der Besprechungen vereinbart. Wir haben diese strikt eingehalten und haben auch unseren Verbündeten über den bisherigen Gang der Verhandlungen nichts mitgeteilt. Anders die französische Regierung, die, wie wir aus zuverlässiger Quelle wissen, nicht nur das verbündete Rußland, sondern auch die befreundete englische Regierung über die kleinsten Details der geführten Besprechungen auf dem laufenden hält, und die neuerdings so weit gegangen ist, über wesentliche Punkte der Berliner Unterredungen die Presse in Kenntnis zu setzen. Hierbei wurden obendrein Äußerungen, die bei einer der Besprechungen zwischen Herrn von Kiderlen und dem französischen Botschafter nur in ganz vager Form gefallen waren, als bestimmt präzisierte Forderungen wiedergegeben."

** Vgl. dazu das Telegramm, das Sir E. Grey am 19. Juli an den englischen Botschafter in Paris Sir F. Bertie richtete (Twenty-Five Years 1892—1916, I, 232). Danach war der englische Standpunkt: „Any concession in the French Congo considered reasonable by France could not be objected to by us."

Nr. 10616

Der Botschafter in London Graf von Metternich an den Reichskanzler von Bethmann Hollweg

Ausfertigung

Nr. 519 London, den 20. Juli 1911

Die heutige „Times" bringt an auffallender Stelle eine mit „We understand" eingeleitete redaktionelle Notiz über den Umfang der deutschen Kompensationsforderungen im Kongo und fügt eine Karte bei, worin das angeblich von Deutschland beanspruchte Gebiet in auffallender Weise kenntlich gemacht ist. Außerdem, behauptet das Blatt, verlange Deutschland die Übertragung der französischen Rechte am Kongo-Freistaat.

Diese Kompensationen, so führt das Blatt aus, berührten englische Interessen in Afrika in mehreren wichtigen Punkten und stünden so außer Verhältnis zu den Interessen, welche Deutschland in Marokko zedieren könnte, daß man am Ernste der Forderung zweifeln müsse.

Die Auslassung der „Times" hat, wie ich höre, insbesondere in Finanzkreisen eine gewisse Nervosität hervorgerufen.

Der in journalistischen Fragen gewöhnlich gut unterrichtete „Reuter"-Vertreter äußerte, man halte in Preßkreisen den Pariser „Matin" für die Quelle der „Times"-Meldung, und die Form sei von der Redaktion der „Times" nur gewählt worden, um den Anschein offiziöser Inspiration und dadurch größeres Aufsehen zu erregen.

Der Pariser Korrespondent des Blattes bespricht gleichfalls die Meldung über angebliche Ansprüche Deutschlands und stellt die Theorie auf, die Kompensationsansprüche seien nur deshalb so hoch gespannt worden, um nach Ablehnung derselben im Susgebiet festen Fuß fassen zu können. Als zweite Theorie gräbt derselbe Korrespondent die alten Fabeln aus dem Jahre 1905 aus, wonach Deutschland Frankreich durch politischen Druck von England trennen und auf Deutschlands Seite ziehen wolle. Ein Artikel der „Frankfurter Zeitung" muß als Unterlage für diese Behauptung dienen.

Endlich veröffentlicht das Blatt noch eine vergleichende Studie, in welcher der Wert des französischen Kongo ins Licht gestellt wird, die deutschen Interessen in Marokko als verhältnismäßig unbedeutend geschildert werden.

P. Metternich

Nr. 10617

Der Botschafter in London Graf von Metternich an den Reichskanzler von Bethmann Hollweg

Ausfertigung

Nr. 528 London, den 21. Juli 1911
Geheim

Sir Edward Grey ersuchte mich heute um eine Zusammenkunft. Er drückte den Wunsch aus, die Marokkofrage in nichtamtlicher Form — „informal" lautet hier der Ausdruck — mit mir zu besprechen, da er seit meiner ersten Demarche vor mehr als vierzehn Tagen* nichts mehr von mir gehört habe. Es dränge ihn, die Marokkofrage jetzt wieder zu berühren, da er fürchte, es könne ein Zustand entstehen, wo eine Stellungnahme seinerseits in der Marokkofrage von ernsterer Bedeutung sein werde als eine vorbeugende Aussprache im jetzigen Stadium. Er habe von vornherein keinen Zweifel darüber gelassen, daß bei einer Regelung der Marokkofrage auch England in Anbetracht der großen ökonomischen Interessen, die es dort vertrete, mitbeteiligt sein müsse. Er habe gewartet, in der Hoffnung auf eine Verständigung zwischen uns und Frankreich. Nachdem aber, wie er jetzt höre, unsere Forderungen derartig weitgehend seien, daß es augenscheinlich (obvious) sei, daß die französische Regierung sie nicht annehmen könne, so liege die Gefahr nahe, daß die Verhandlungen ohne Ergebnis beendigt würden, und damit trete dann wieder die Frage in den Vordergrund: Was tut Deutschland in dem geschlossenen Hafen von Agadir und in seinem Hinterland? Er habe keinerlei Nachricht, was dort vorgehe, ob deutsche Truppen dort ausgeschifft seien, oder ob Verträge dort abgeschlossen würden, die die ökonomische Beteiligung anderer beeinträchtigten. Agadir eigne sich zur Anlage von einem Kriegshafen. Niemand wisse, was Deutschland dort vorhabe. Er müsse Anfragen dieser Art im Parlament gewärtigen und sei nicht in der Lage, eine aufklärende Antwort zu geben. Wenn die deutsch-französischen Verhandlungen zusammenbrächen, was in Anbetracht unserer Forderungen sich leicht ereignen könne, so träte damit sofort die Agadirfrage, bei der auch englische Interessen involviert seien, in den Vordergrund. Daher glaube er, daß der Zeitpunkt gekommen sei, wo auch England in die deutsch-französischen Verhandlungen mit hineingezogen werden solle. Solange begründete Hoffnung auf eine deutsch-französische Verständigung außerhalb Marokkos gewesen sei, habe er sich ferngehalten, da es nicht die englische Politik berühre, wenn Deutschland und Frankreich sich kolonial zu verständigen suchten, etwa durch eine Regelung der Kamerungrenze, wie es zuerst geheißen habe. Da aber Frankreich der

* Vgl. dazu Kap. CCXXVIII, Nr. 10588.

Zession des ganzen französischen Kongo bis zum Sanga einschließlich des Vorkaufsrechts auf den belgischen Kongo selbstverständlich (obviously) nicht zustimmen könne, so läge die Wahrscheinlichkeit nahe, daß die Politik sich wieder der eigentlichen Marokkofrage, an der das englische Interesse in hohem Grade beteiligt sei, zuwende und damit auch wieder die Frage akut werde, welches unsere Absichten in bezug auf den geschlossenen Hafen von Agadir und das Hinterland seien. Er wünsche nochmals zu betonen, daß er dies Gespräch nur in dem Wunsche herbeigeführt habe, um nicht schließlich vor Tatsachen gestellt zu werden, die auch seinerseits eine Stellungnahme erheischten, und wodurch die schon genügend verwickelte politische Lage noch bedeutend schwieriger und ernster gestaltet werden könne.

Ich erwiderte, über den Gang unserer Verhandlungen mit Frankreich sei ich nicht unterrichtet. Ich könne aber trotzdem nicht zugeben, daß unsere Forderungen selbstverständlich, wie er sage, nicht annehmbar seien, da wir sie sonst nicht gestellt haben würden. Dies vorausgeschickt, könne ich ihm selbstverständlich im folgenden nur meine persönliche Antwort entwickeln. Er stelle den wenn auch nicht offiziellen Satz auf, daß nun der Zeitpunkt gekommen sei, à trois zu verhandeln, da englische Interessen in Betracht kämen, und er begründe dieses Ansinnen damit, daß wir eventuell einen Kriegshafen in Agadir bauen und das Hinterland abschließen könnten. Dies seien Vermutungen, von denen mir nichts bekannt sei. Auf reine Vermutungen hin begründe sich kein Anspruch. Falls englische Interessen durch unser Vorgehen verletzt worden seien, möge er sie mir nennen. Da er hierzu nicht in der Lage sei, so wäre es wohl richtiger für ihn abzuwarten, bis er nachweisen könne, daß ein englisches Interesse oder Recht in Mitleidenschaft gezogen sei. Meines Wissens bestehe bei uns nicht die geringste Absicht, englische Rechte oder Interessen zu verletzen. Ich könne nicht zugeben, daß dies durch Entsendung eines deutschen Kriegsschiffes nach Agadir geschehen sei. Zweck und Absicht hätte ich ihm gleich bei meiner ersten Erklärung mitgeteilt: Schutz der Interessen deutscher Reichsangehöriger durch ein Kriegsschiff bis zur Wiederherstellung von Ruhe und Ordnung. Es sei bisher allgemein anerkannter Grundsatz, daß eine europäische Nation den Schutz ihrer Interessen in einem halbbarbarischen Lande, das keinem Dritten gehöre, selbst auszuüben berechtigt sei. Durch das englisch-französische Abkommen von 1904 sei keine dritte Macht gebunden. Deutschland sei seit diesem Abkommen nur durch die Algecirasakte und durch unser Abkommen mit Frankreich vom Jahre 1909 gebunden. Die Akte sowohl wie unser Abkommen setzten als Bedingung für alles übrige die Unabhängigkeit des Sultans und die Integrität Marokkos voraus. Durch die dauernde Besetzung der Schauïa, durch den kürzlich erfolgten französischen Eroberungszug in einem großen Teile Marokkos könne niemand mehr im Ernste behaupten, daß das marok-

kanische Gebiet nicht verletzt noch sein Sultan unabhängig sei. Hierüber führten wir, wie ich ihm ebenfalls bei unserer ersten Unterredung schon mitgeteilt habe, keine Klage. Es sei aber durch den Gang der Ereignisse der Zeitpunkt eingetreten, wo wir vor die Alternative gestellt worden seien, entweder unsere Stellung in Marokko aufzugeben oder uns über das Marokkogeschäft mit den Franzosen zu verständigen. Diesen letzteren Schritt hätten wir gewählt, da zu dem ersteren für uns nicht die geringste Veranlassung vorliege. Wenn, wie er annehme, unsere Vorschläge auf anderem Gebiete für unannehmbar gehalten würden, so zeigte dies nur, daß Frankreich auf freie Betätigung seiner international nicht anerkannten Ansprüche in Marokko nicht so viel Wert zu legen scheine, als man hätte erwarten können. Es müsse dann auch ein fremdes Kriegsschiff in einem marokkanischen Hafen mit in den Kauf nehmen. Ein Blick auf die Karte zeige aber, daß ein nordafrikanisches Kolonialreich von der tripolitanischen Grenze bis Senegambien mit Vormachtstellung in Marokko keine geringe Sache sei. England sei von Frankreich in Ägypten abgefunden worden, was auch keine geringe Sache sei, wir aber mit nichts. Wünsche Frankreich, daß wir gleich England, aber immer unter Wahrung der Handelsinteressen in Marokko in den Hintergrund träten, so müsse es hierfür ein Äquivalent bieten, welches dem großen Ziele, das es anstrebe, annähernd gleichwertig sei. Wenn nicht, würden wir unsere unabhängige Stellung in Marokko zu wahren wissen. Er scheine großen Wert darauf zu legen, daß wir ein Kriegsschiff nach einem geschlossenen Hafen Marokkos entsandt hätten, und zwar gerade nach Agadir, wo noch im vorigen Herbst das Erscheinen eines französischen Kriegsschiffes zu Anfragen unsererseits bei der französischen Regierung Veranlassung gegeben habe*. Hierauf hätte ich zu bemerken, daß der französische Eroberungszug nach Marokko im vorigen Herbst noch nicht eingeleitet gewesen sei. Ich könne ihm nicht verhehlen, daß er mir mit zwei Maßen zu messen scheine. Ein Maß für Frankreich, ein anderes für Deutschland. Durch die Entsendung eines deutschen Kriegsschiffes nach Agadir sei nach seiner Auffassung ein Zustand eingetreten, der vom Standpunkte der englischen Interessen Aufklärung erheische. Wenn ihm an der Unverletzlichkeit des marokkanischen Gebietes so viel liege, so müsse er sich vor allem und zunächst an Frankreich um Aufklärung wenden. Die Besetzung des Schauïagebietes, die Verbreitung eines französischen Heeres über das Innere Marokkos bedeute doch unzweifelhaft ein stärkeres Einschneiden in die marokkanischen Verhältnisse als die deutsche Aktion, soweit sie vorliege. Man spreche hier viel von der balance of power, es gebe auch eine colonial balance. Wir verständen dieselbe aber nicht so, daß Frankreich alles und wir nichts erhalten sollten. Ich könne nicht zugeben, daß unsere Ansprüche maßlos seien. Ein Blick auf die Karte beweise wieder das Gegenteil.

* Vgl. dazu Kap. CCXXVI, Nr. 10516, S. 62, Fußnote *.

Der Minister erwiderte, er würde keineswegs einer Vergrößerung unseres Kolonialbesitzes im Herzen Afrikas im Wege stehen, nur könne er sich nicht verhehlen, daß durch die eigentliche Marokkofrage die englischen Interessen auf das ernsteste in Mitleidenschaft gezogen werden könnten. Er habe daher aufrichtig eine Verständigung zwischen Frankreich und uns erhofft. Nur für den unerwünschten Fall, daß diese fehlschlüge, habe er schon jetzt klar aussprechen müssen, daß unsere Demarche in Agadir zu einer Aussprache zwischen uns und England führen würde. Er glaube, daß die Situation an Schärfe verliere, wenn eine Aussprache zwischen uns stattfinde, ehe vor Agadir neue Tatsachen einträten, die eine Stellungnahme Englands zu denselben erheischten. Er habe eine Verständigung Frankreichs mit uns über marokkanische Fragen stets gewünscht und deshalb auch unser Abkommen von 1909 freudig begrüßt. Als Beispiel führe er an, daß, um gewisse Transaktionen ökonomischer Natur zwischen uns und Frankreich zu erleichtern, er sogar auf einer Beteiligung Englands an denselben nicht bestanden habe.

Wir seien spät auf dem kolonialen Schauplatz erschienen. Hätte Fürst Bismarck besonderen Wert auf das Kongobecken gelegt, so hätten wir es damals, als die belgische Gesellschaft dort zuerst vorging, leicht erhalten können. Auch würde er, falls jemals die Gelegenheit zu einem Besitzwechsel im Kongobecken einträte, nichts dagegen einzuwenden haben, wenn wir es erwürben. England würde höchstens kleine Abrundungen südlich des Tanganjikasees beanspruchen und ferner den freien Weg vom Kap nach Kairo.

Er habe noch kürzlich unser geheimes Abkommen betreffend den portugiesischen Kolonialbesitz in Ost- und Westafrika* durchgelesen. Auch diesem Abkommen stimme er bei. Er wünsche mich bei dieser Gelegenheit vertraulich davon in Kenntnis zu setzen, daß er kürzlich den General Botha** unser geheimes Abkommen habe lesen lassen, ohne ihm Abschrift zu geben. Er habe dies in der Absicht getan, um dem General Botha das Mißtrauen zu benehmen, welches in südafrikanischen Kreisen gegen unsere etwaigen Absichten bestehe. Der Anlaß, der ihn, den Minister, dazu geführt habe, dem General Botha von unserm geheimen Abkommen Kenntnis zu geben, sei folgender: Die Kolonie Mosambique habe sich an die Regierung der Union und hauptsächlich an den Transvaal gewandt, um eine Anleihe zu erhalten, wofür gewisse Küstenpunkte der portugiesischen Kolonie verpfändet werden sollten. Er habe dem General Botha gesagt, daß, wenn ein derartiges Anleiheabkommen geschlossen werden sollte, Deutschland zur Hälfte an demselben beteiligt werden müsse, und zur Erklärung ihm dann unser geheimes Abkommen mitgeteilt. Es bestehe übrigens, fügte der Minister hinzu, bei der Unionsregferung nicht die Absicht, eine Anleihe auf dieser Grundlage vorzunehmen.

* Vgl. dazu Bd. XIV, Kap. XCII.

** Premierminister der Union of South Africa.

Ich frug den Minister, welche Nachrichten er über die Lage der portugiesischen Regierung habe, und ob er glaube, daß die Zustände sich dort halten könnten, auch, ob er annehme, daß die portugiesische Regierung imstande bleiben werde, ihren Kolonialbesitz zu verwalten und zu entwickeln. Er erwiderte, er habe keine Anzeichen dafür, daß die Portugiesen ihren Besitz zu verkaufen wünschten, und fügte dann mit einer hülflosen Miene hinzu: „Wir haben ein Bündnis mit Portugal, das über hundert Jahre alt ist, worin wir ihm den Schutz der portugiesischen Kolonien versprechen." Ich bemerkte, es sei mir dies bekannt. Das Bündnis sei aber erst seit den letzten 10 Jahren wieder ausgegraben worden. Ich erinnerte mich der Zeit, wo Lord Salisbury den portugiesischen Kolonialanspruch am Sambesi stark beschnitten und wo er, wie ich ihm ganz vertraulich mitteilen könne, in einer Unterredung mit dem Grafen Hatzfeldt uns die Teilung des portugiesischen Kolonialbesitzes angeboten habe. Dies sei damals an unseren Bedenken gescheitert, daß dadurch der Bestand der portugiesischen Monarchie in Frage gestellt werden würde. Dem Minister war dies neu, und er bemerkte, daß in späteren Jahren unser geheimes Abkommen gegen den Wunsch Lord Salisburys und nur auf Drängen Herrn Balfours zustande gekommen sei*.

Aus meiner Unterredung mit Sir E. Grey geht hervor, daß er das Scheitern unserer Verhandlungen mit Frankreich fürchtet, daß er an den Verhandlungen teilzunehmen sucht, vermutlich auf Drängen Frankreichs, das eine Stärkung von England erhofft, daß er fürchtet, die Verhandlungen möchten sich wieder auf das eigentliche marokkanische Gebiet zurückziehen, daß wir dann Ansprüche in Marokko geltend machen, daß er die Lage sehr ernst und sorgenvoll ansieht, daß er die Franzosen unterstützen wird und uns keinen Stützpunkt in Agadir gönnt, daß er aber außerhalb Marokkos alle möglichen guten Zukunftswünsche für uns an den Tag legt.

Ich bitte um Information und Instruktion. P. Metternich

Nr. 10618

*Der Staatssekretär des Auswärtigen Amtes von Kiderlen an den Botschafter in London Grafen von Metternich***

Telegramm. Unsigniertes Konzept***

Nr. 98 Berlin, den 23. Juli 1911

Zu Bericht Nr. 528 vom 21. d. Mts.†

Bitte, so bald als möglich Grey aufzusuchen und ihm folgendes zu

* Vgl. Bd. XIV, Kap. XCII.

** Hier eingereiht des Zusammenhangs halber. Das Telegramm wurde abgeschickt, ehe man in Berlin nähere Kenntnis von der Rede des Schatzkanzlers Lloyd George im Mansion House vom 21. Juli hatte. Zu letzterer vgl. Nr. 10620, 10621.

*** Das Konzept beruht auf einem Diktat des Staatssekretärs.

† Siehe Nr. 10617.

sagen: Wir hätten von Anfang an erklärt, unser Schiff in Agadir sollte lediglich dortige deutsche Interessen schützen. Besonderen Anlaß dazu gab unter anderem Angriff Eingeborener auf eine deutsche Farm. Bisher ist nichts vorgefallen, was auf Änderung unserer Absichten schließen ließe. Es ist noch kein Mann an Land gesetzt worden, und wie Sie vertraulich hinzufügen können, hat der Kommandant der „Berlin" den strikten Befehl, nur im äußersten Notfall, wenn das Leben Deutscher direkt bedroht ist, Mannschaften an Land zu senden.

Wir bedauern, daß man in England Insinuationen über unsere Absichten, die offenbar von uns feindlicher Seite ausgehen, Glauben zu schenken scheint. An Schaffung eines Kriegshafens an marokkanischer Küste haben wir niemals gedacht und werden wir niemals denken. Das sind Halluzinationen. Wir haben auch keine Absicht auf marokkanisches Gebiet, wohl aber müssen wir verlangen, daß Frankreich entweder die Algecirasakte strikte einhält oder aber, wenn es dies nicht tun zu können glaubt, sich mit uns auseinandersetzt. Wir haben geglaubt, daß letzteres den französischen Interessen mehr entsprechen würde, und den Franzosen — bis jetzt nur ganz allgemein — vorgeschlagen, für Aufgeben unseres Einspruchsrechts gegen das französische Vorgehen in Marokko uns auf kolonialem Gebiete abzufinden. Die Verhandlungen haben begonnen, und beide Teile haben sich gegenseitig strengste Wahrung des Geheimnisses zugesagt. Wir haben diese Verpflichtung ernst genommen und nicht einmal unsere Bundesgenossen informiert. Frankreich hat ein anderes Verfahren eingeschlagen und zu unserem Bedauern die Presse und, wie es scheint, auch seine Freunde mit teilweisen Nachrichten versehen, die, ungenau und unvollständig, geeignet waren, unsere Absichten zu verdächtigen. Ich habe deshalb Herrn Cambon zunächst erklärt, wir könnten nicht weiter verhandeln und speziell, was bisher noch nicht geschehen ist, positive detaillierte Vorschläge machen, solange uns nicht das Geheimnis der Verhandlungen garantiert würde. Ich habe dabei vorgeschlagen, daß wir unseren beiderseitigen Freunden und eventuell auch der Presse gemeinsam vereinbarte Informationen zugehen lassen, um Mißverständnisse zu vermeiden. Ich erwarte heute die Antwort des Herrn Cambon. Wenn wir anscheinend hohe Forderungen stellten, so seien wir auch zu erheblichen Konzessionen sowohl in Marokko wie auf kolonialem Gebiet bereit. Der chauvinistische Ton der französischen Presse, den sich neuerdings auch einige englische Blätter angeeignet zu haben schienen, und der namentlich darauf ausgehe, uns mit dem Eingreifen von Frankreichs Freunden und Verbündeten zu bedrohen, könnte die Verhandlungen nicht fördern. Wenn diese scheiterten, so hätten wir doch keine Absicht auf marokkanisches Territorium, wohl aber müßten wir dann mit Entschiedenheit und allem Nachdruck die volle Ausführung der Algecirasakte nach Geist und Wortlaut von Frankreich verlangen. Wir könnten uns als Großmacht nicht entgegen geschrie-

benen Verträgen von französischem Übermut in unseren Rechten kränken lassen. Wir hofften aber noch immer, daß eine freundschaftliche Aussprache à deux es verhindern würde, daß es so weit komme. Wollten die Franzosen aber eine Verständigung auf den von uns vorgeschlagenen Grundlagen nicht, und verlangten wir in Marokko die Wiederherstellung des status quo ante, so rechneten wir dabei auf die Unterstützung der anderen Mächte, speziell Englands.

Euere Exzellenz können zum Beweis dafür, wie wenig die Sir E. Grey zugegangenen Informationen zuverlässig sind, noch vertraulich anführen, daß wir auch nicht die leiseste Andeutung gemacht hätten, als wollten wir das französische Vorkaufsrecht auf den belgischen Kongo erwerben. Wir haben eine solche Absicht nicht.

Nr. 10619

Der Botschafter in Paris Freiherr von Schoen an den Reichskanzler von Bethmann Hollweg

Ausfertigung

Nr. 360 Paris, den 21. Juli 1911

Der „Times"-Artikel über die deutschen Kompensationsforderungen* wird hier mit großer Genugtuung erörtert als ein Beweis, daß England mit der größten Entschiedenheit gegen zu weitgehende deutsche Ansprüche auftreten und Frankreich nachdrücklich unterstützen werde. Der „Matin" glaubt versichern zu können, daß der Artikel des Londoner Blattes vom Foreign Office inspiriert sei. Hierdurch soll wohl der Drohung der „Times" mit der Entsendung englischer Kriegsschiffe nach Agadir eine besondere Bedeutung beigelegt werden. Als ein weiterer Beleg für die übermäßigen Entschädigungsansprüche Deutschlands wird auch der telegraphisch übermittelte Artikel des „Berliner Tageblatts" bezeichnet, nach welchem die Alldeutschen auf das ganze Gebiet zwischen Kamerun und Deutsch-Südwestafrika ihr Gelüst geworfen haben.

Hervorzuheben wäre ferner, daß der Berliner Korrespondent des „Echo de Paris" im Gegensatz zu anderen Berichterstattern in seinen Meldungen über die Berliner Verhandlungen einen relativ maßvollen und versöhnlich optimistischen Ton anschlägt. So meint er heute: „Il est évident que nous ne marchons pas vers un succès diplomatique, mais j'espère fermement que nous aboutirons à une solution honorable."

v. Schoen

---

* Vgl. Nr. 10616.

Nr. 10620

Der Staatssekretär des Auswärtigen Amtes von Kiderlen an den Botschafter in London Grafen von Metternich

Telegramm. Konzept von der Hand des Ständigen Hilfsarbeiters Esternaux

Nr. 97 Berlin, den 22. Juli 1911

Bitte, Wortlaut der angeblich gegen Deutschland gerichteten Stelle aus Rede Lloyd Georges im Mansion House einzureichen.*

Kiderlen

Nr. 10621

Der Botschafter in London Graf von Metternich an den Reichskanzler von Bethmann Hollweg

Ausfertigung

Nr. 530 London, den 22. Juli 1911

Bei dem jährlichen Festessen, welches der Lord Mayor den Bankleuten der City of London im Mansion House zu geben pflegt, hielt der Schatzkanzler Lloyd George eine Rede**, in welcher er sich mit dem Einfluß der auswärtigen Politik auf den Geldmarkt beschäftigte.

In einem vielbemerkten Teil seiner Rede, in welcher der Schatzkanzler offensichtlich auf die gegenwärtige politische Situation anspielte, führte er ungefähr aus: Nur ein Umstand könne im gegenwärtigen Augenblick den fruchtbaren Strom der Prosperität unterbinden, eine Störung des internationalen Friedens; Frieden sei die erste Bedingung für eine Fortsetzung des wirtschaftlichen Aufschwungs. Zum Glück bestehe kein Grund zur Befürchtung, daß eine derartige Katastrophe bevorstehe, obwohl natürlich fortwährend Fragen zwischen den Regierungen auftauchten, welche zu Meinungsäußerungen und manchmal auch zu erregten Auseinandersetzungen führten. Der gesunde Menschenverstand der Völker habe in der letzten Zeit gewöhnlich zu einer fried-

---

* Es geschah mit Bericht vom 22. Juli. Zu dem Inhalt der Rede Lloyd Georges vgl. das folgende Schriftstück.

** Über die Genesis der Lloyd Georgeschen Rede vgl. Winston S. Churchill: The World Crisis 1911—1914, p. 46f. Aus Sir E. Greys Parlamentsrede vom 27. November geht hervor, daß der wesentliche Inhalt der Rede Lloyd Georges am 21. Juli zwischen diesem, Asquith und Sir E. Grey in gemeinsamer Beratung festgelegt worden ist. Nach späteren Äußerungen Lloyd Georges zu einem deutschen Besucher wäre der eigentliche Verfasser der Rede Sir E. Grey selbst gewesen. Es heißt darüber in einer Randbemerkung Kaiser Wilhelms II. zu einem Metternichschen Bericht vom 9. Dezember 1911 (Nr. 980): „H. Kroghmann aus Hamburg, eben aus London heimgekehrt, hat dort bei Lloyd George gegessen, und in Meinem Auftrage ihn ganz gehörig über seine freche Rede vom 21. Juli gestellt. Der Inculpat antwortete: Er verstehe von ausw[ärtiger] Politik gar nichts; sie interessire ihn absolut nicht, er sei an der Rede absolut unschuldig wie ein neugeborenes Kind. Sir Ed[ward] Grey habe die Rede verfaßt, aufgeschrieben, und ihm mit dem Befehl zugehen lassen, er habe sie auswendig zu lernen und beim Banquett

lichen Lösung geführt. Persönlich sei er ein aufrichtiger Befürworter derjenigen Methoden, welche internationale Meinungsverschiedenheiten friedlich beilegten. Er freue sich von Herzen über die Aussichten, zu einem Schiedsgerichtsvertrag mit Amerika zu kommen. Er fühle sich aber auch gedrungen zu sagen, es liege im Interesse nicht nur Englands, sondern der ganzen Welt, daß Großbritannien unter allen Umständen seinen Platz und sein Prestige unter den Großmächten Europas behaupte. Großbritanniens gewaltiger Einfluß sei wie in der Vergangenheit und so auch in der Zukunft von unschätzbarer Wichtigkeit für die Sache der Freiheit auf der ganzen Welt. England habe mehr als einmal kontinentale Völker vor schwerem Unglück und sogar vor Vernichtung bewahrt. Er würde Opfer bringen, um den Frieden zu bewahren. Er verstehe, daß nichts eine Störung des internationalen Friedens rechtfertigen würde außer Fragen von vitaler Bedeutung für das englische Volk. Würde aber England in eine Lage gedrängt, in welcher der Frieden nur erhalten werden könnte durch Aufopferung der großen und wohltätigen Stellung, die England im Laufe der Jahrhunderte erworben habe, müsse sich England so behandeln lassen, daß in Fällen, wo vitale Interessen auf dem Spiele stehen, seine Stimme als unerheblich im Rate der Völker zur Seite geschoben werde, dann sage er mit Nachdruck, Friede um jeden Preis würde eine Demütigung sein, die ein großes Land nicht ertragen könnte. Die Nationalehre sei keine Parteifrage, ebensowenig wie die Sicherheit des großen internationalen englischen Handels. Es bestehe viel größere Wahrscheinlichkeit, daß der Friede aufrecht erhalten bleibe, wenn alle Nationen sich darüber klar seien, unter welchen Bedingungen der Friede erhalten bleiben könne, und da er überzeugt sei, daß die Völker begännen, sich besser zu verstehen, ihren gegenseitigen Standpunkt besser zu würdigen und ruhig und leidenschaftslos ihre Meinungsverschiedenheiten zu besprechen, sei er sicher, daß nichts dem Fortbestande der Prosperität Nachteiliges bis nächstes Jahr erfolgen werde.

---

zu halten. Das habe er redlich gethan, gedacht habe er sich dabei nichts und interessirt dafür auch nicht!! Von Kroghmann ferner über Sir E Grey befragt sagt Lloyd George: Grey ist kalt wie ein Eisblock, und hat politisch keine Sympathien noch Antipathien für oder gegen Deutschland. Das Land, Regierung, Kaiser, Volk sind ihm völlig Wurst, nicht mehr werth als ein Bund Flicken. Er wird von seiner für England so vortheilhaften Ententepolitik zu gunstenDeutschlands niemals abgehen; wohl aus Geschäftsrücksichten, um ein gutes oder nutzbringendes Geschäft zu machen, mal sich mit uns über irgend einen Punkt verständigen und Entgegenkommen zeigen, ja, aber niemals seine Entente verlassen, um mit uns zu gehen."

Zu der Angabe, daß Sir E. Grey als der eigentliche Verfasser der Rede Lloyd Georges vom 21. Juli aufzufassen sei, stimmt das Telegramm des russischen Botschafters in London Graf Benckendorff vom 30. November 1911 (v. Siebert, Diplomatische Aktenstücke, a. a. O., S. 447), daß die Rede des Schatzsekretärs „auf Grund der von der französischen Regierung mitgeteilten Informationen" gehalten worden sei. In seinen Erinnerungen (Twenty-Five Years 1892—1916, I, 224 f.) stellt Lord Grey jede Einwirkung auf Lloyd Georges Rede in Abrede.

Die Rede Mr. Lloyd Georges erregt Aufsehen, besonders da der „Daily Chronicle“ sie mit der Aufschrift versieht: „Englands Warnung an Deutschland“ und „Die Nationalehre steht auf dem Spiel“ und weiter hervorhebt, der Schatzkanzler habe die wichtigsten Stellen sorgfältig und langsam von seinem Manuskript abgelesen, und man müsse deshalb annehmen, daß die Rede die Anschauungen des englischen Kabinetts zum Ausdruck bringe, welches sich gestern mit der durch Deutschland in Westafrika geschaffenen Lage befaßt habe.

Es ist auch bei mehrmaligem Lesen der Rede des Kanzlers nicht ohne weiteres klar, worauf er abzielt, da, soweit bekannt geworden ist, von keiner Seite der Versuch gemacht worden ist, England von der Besprechung vitaler Fragen auszuschließen, bei welchen seine Interessen oder seine Stellung als Großmacht berührt würden. Der Satz über die Sicherheit der großen Handelsstraßen läßt vermuten, daß die hier weit verbreitete fixe Idee, Deutschland wolle Agadir zu einer großen Flottenbasis machen, auch dem Schatzkanzler bei Konzipierung seiner Rede vorgeschwebt hat.

In einem Leitartikel mit der Überschrift: „Ein Wort zur rechten Zeit“ führt dasselbe Blatt aus, die Rede des Schatzkanzlers sei bestimmt gewesen klarzumachen, daß die Parteikämpfe England nicht hindern würden, seine internationalen Pflichten zu erfüllen. Falls die Illusion bestanden habe, es würde möglich sein, einen Keil in die französisch-englische Freundschaft zu treiben, so müsse der Entstehung eines so gefährlichen Irrtums vorgebeugt werden. Ein Wort zur rechten Zeit verhindere häufig, daß eine Lage sich kritisch gestalte, und es stehe zu hoffen, daß [durch] die Äußerungen Mr. Lloyd Georges die Konversationen, welche Deutschland in so ungewöhnlicher Weise eingeleitet habe, auf eine freundlichere, vernünftigere und versöhnlichere Grundlage gestellt würden.

Die „Westminster Gazette“ bespricht die Rede Mr. Lloyd Georges beifällig, lehnt aber die daran angeknüpften Preßkommentare ausdrücklich ab. Das Blatt fügt hinzu, es wäre eitel, leugnen zu wollen, daß der Minister auf die gegenwärtige politische Lage angespielt habe. Nichts in seiner Rede gestatte den Schluß, daß von englischer Seite Einwendungen gegen ein billiges Abkommen erhoben würden, dessen endliches Zustandekommen man weiter erhoffen müsse. Die Rede solle kundgeben, daß England treu an der Entente festhalte, und daß England gewisse Interessen besitze, deren Berücksichtigung es bei jedem marokkanischen Abkommen verlangen müsse. Es wäre zu wünschen, daß die Besprechungen sich auf rein geschäftlicher Basis bewegten, und daß die Mächte nicht am Rande eines Abgrundes verhandelten. Die deutschen Forderungen schienen hoch zu sein, aber Deutschland könne mit Recht geltend machen, daß noch nie einer mehr bekommen habe, als er verlangte, und daß es bei solchen Verhandlungen üblich sei, mit hohen Forderungen den Anfang zu machen.

Die „Times“ führt in einem Leitartikel aus, die deutschen Forderungen seien nichts anderes als das Verlangen nach unbeschränkter Vorherrschaft in Europa: ihre Annahme würde sich als bedingungslose Unterwerfung Englands und Frankreichs unter die deutsche Macht darstellen. Zum Schluß drückt das Blatt die Hoffnung aus, die Rede Mr. Georges werde dazu beitragen, Deutschlands Forderungen auf ein vernünftigeres Maß zu reduzieren.

Eine Notiz im gleichen Blatte, welche von manchen für offiziös gehalten wird, spricht die Erwartung aus, daß die Kundgebung Mr. Georges den Berliner Pourparlers eine realere Form geben werde. Man hoffe vielfach, Deutschland werde sich mit einer Grenzberichtigung am Kongo zufrieden geben, die Frankreich vernünftigerweise konzedieren und England ohne Einbuße an Würde gutheißen könnte.

P. Metternich

Nr. 10622

Der Botschafter in Paris Freiherr von Schoen an den Reichskanzler von Bethmann Hollweg

Ausfertigung

Nr. 361 Paris, den 22. Juli 1911

Die englischen Preßstimmen und namentlich die von Lloyd George gestern abend in London gehaltene Rede haben auf die französischen Blätter sichtlich in dem Sinne gewirkt, daß sie heute Deutschland gegenüber einen noch viel selbstbewußteren und schrofferen Ton anschlagen als bisher. Auch die „Havas“-Note, worin festgestellt wird, daß die bisherigen Nachrichten über die deutschen Kompensationsforderungen nicht auf amtlicher Information beruhen, hat, wenn die französische Regierung überhaupt diese Absicht verfolgt hat, keineswegs den Erfolg gehabt, die Zeitungspolemik einzudämmen. Einige Blätter heben im Gegenteil hervor, daß diese Note eine indirekte Bestätigung für die jüngsten Enthüllungen über die deutschen Entschädigungsansprüche bilde. So schreibt die „Petite République“, die nahe Fühlung mit dem Quai d'Orsay hat, daß die deutsche Regierung ihre Idee, von Frankreich die Abtretung des gesamten Kongogebietes oder eines Teils desselben zu verlangen, nunmehr fallen gelassen habe. Und wenn die Erörterung der Kompensationsfrage wieder aufgenommen wurde, so sei dies auf Grund des Anerbietens geschehen, zu welchem Herr Cambon den Auftrag erhalten habe, nämlich eine Berichtigung der Kongo—Kamerun-Grenze vorzunehmen, durch welche Deutschland 2—3000 Quadratkilometer eines von dem Äquatorialwald bedeckten Geländes erhielte. Dieser vernünftige französische Vorschlag werde wahrscheinlich schließlich angenommen werden.

v. Schoen

Nr. 10623

*Der Staatssekretär des Auswärtigen Amtes von Kiderlen an den Botschafter in London Grafen von Metternich**

Telegramm. Konzept

Nr. 99 Berlin, den 24. Juli 1911

Die erst jetzt im Wortlaut vorliegende Rede des englischen Schatzkanzlers hat einem großen Teil der englischen Presse und der gesamten französischen Presse Anlaß zu heftigen Angriffen auf Deutschland gegeben. Wie weit diese Wirkung von dem englischen Minister beabsichtigt war, lasse ich dahingestellt. Die englische Regierung wird sich aber dem Eindrucke nicht verschließen können, daß diese Wirkung der Rede eines ihrer Mitglieder hier im hohen Grade verstimmen mußte, umsomehr als im Zusammenhange mit den Äußerungen von Grey zu Ew. pp.** uns diese Wirkung nicht als ganz ungewollte erscheinen kann.

Wir stehen mit Frankreich in Unterhandlung zur Beseitigung von Differenzen, welche die Folge der ungenierten Beiseiteschiebung der Verpflichtungen aus dem internationalen Vertrage von Algeciras seitens Frankreichs sind. Wir haben ausdrücklich und wiederholt erklärt, daß wir uns ohne Rekriminationen über das Geschehene friedlich und freundschaftlich direkt mit Frankreich verständigen wollten. Frankreich hat dies angenommen und ist mit uns übereingekommen, die Verhandlungen zunächst geheim zu führen. Wir haben Frankreich Vorschläge gemacht, die uns durchaus loyal und annehmbar erscheinen. Sie beziehen sich auf Gebiete, in denen unseres Wissens weder direkte noch indirekte englische Interessen engagiert sind.

Wenn England trotzdem Wünsche aussprechen zu sollen glaubte, so konnten wir erwarten, daß sie uns auf dem üblichen diplomatischen Wege übermittelt werden würden. Wenn die englische Regierung statt dessen durch eines ihrer Mitglieder öffentliche Erklärungen abgeben ließ, welche zum mindesten als eine Warnung an unsere Adresse gedeutet werden konnten und tatsächlich von englischen wie französischen Blättern als eine an Drohungen grenzende Warnung gedeutet worden sind, so fällt es uns schwer, die Gründe hierfür zu erkennen. Die englische Regierung konnte nicht im Zweifel darüber sein, daß dadurch eine freundschaftliche Verständigung zwischen uns und Frankreich, die sie selbst zu wünschen behauptet, nicht gefördert wird. Bei dem Tone, den seit einiger Zeit ein Teil der englischen und fast sämtliche französische Blätter gegen uns angeschlagen haben, konnte sich die englische Regierung über die von der Rede des Schatzkanzlers zu er-

* Veröffentlicht bei O. Hammann, Bilder aus der letzten Kaiserzeit, S. 156f., und von neuem bei E. Jäckh, Kiderlen-Wächter, der Staatsmann und Mensch, II, S. 135ff.
** Vgl. Nr. 10617.

wartende Wirkung nicht im unklaren sein. Wenn die englische Regierung die Absicht haben sollte, die politische Lage zu verwickeln und zu verwirren und einer gewaltsamen Entladung entgegenzuführen, so konnte sie allerdings kein besseres Mittel wählen als die Rede des Schatzkanzlers, die so wenig der von ihm für England vindizierten Würde und Stellung einer Großmacht mit Rücksicht auf uns Rechnung trug.

Ich bitte, vorstehendes ohne Verzug zur Kenntnis von Sir Edward Grey zu bringen und mir seine Antwort telegraphisch zu melden. Falls etwa der englische Minister behaupten sollte, die der Rede von der Presse gegebene Deutung entspreche nicht ihrem Wortlaut und sei nicht beabsichtigt gewesen, so wollen Sie dem Minister sagen, daß wir dann eine unzweideutige öffentliche Erklärung in diesem Sinne erwarteten.

Kiderlen

Nr. 10624

Der Botschafter in London Graf von Metternich an das Auswärtige Amt

Telegramm. Entzifferung

Nr. 87
Geheim

London, den 24. Juli 1911

Auftrag soeben ausgeführt*.

Sir E. Grey war sichtlich erleichtert durch meine Erklärungen und sprach den Wunsch aus, daß die Verhandlungen zu einer Verständigung führen möchten. Er fragte, ob er auf Anfrage im Parlament erwidern könne, er sei von der Kaiserlichen Regierung benachrichtigt worden, daß keine Mannschaften in Agadir gelandet worden seien, daß wir nicht beabsichtigten, einen Kriegshafen in Marokko anzulegen, und daß wir keine Absichten auf marokkanisches Gebiet hätten. Ich riet hiervon ab, suggerierte aber die Form für ihn als Antwort auf obige Anfrage: „We understand, daß keine Mannschaften gelandet, und daß die deutsche Regierung nicht die Absicht hat u. s. w.", bat ihn aber abzuwarten, bis ich Zeit gehabt hätte, mich mit meiner Regierung hierüber in Verbindung zu setzen.

Ich bitte um telegraphische Weisung. Der Minister wird jedenfalls gezwungen werden, parlamentarische Anfrage demnächst zu beantworten.

Der Minister bemerkte, falls unsere Verhandlungen scheiterten, würde es wohl wieder zu einer Konferenz kommen, um zu entscheiden, ob und inwieweit die Algecirasakte verletzt sei, und was den früheren Zustand wiederherstellen würde. Ich erwiderte, das wisse ich nicht,

* Vgl. Nr. 10618.

ob eine Konferenz folgen würde. Keinenfalls könne es eine Frage der Auslegung mehr sein, ob die Akte verletzt worden sei oder nicht, nachdem die gewährleistete Integrität des Reichs durch militärische Besetzung weiter Gebiete angetastet wäre. Wir rechneten im Gegenteil dann auf englische Unterstützung der Wiederherstellung des früheren Zustands. Der Minister wiederholte nur die Hoffnung auf Verständigung.*

Metternich

Nr. 10625

Der Staatssekretär des Auswärtigen Amtes von Kiderlen an den Botschafter in London Grafen von Metternich

Telegramm. Eigenhändiges Konzept

Nr. 101 Berlin, den 25. Juli 1911

Antwort auf Telegramm Nr. 87**.

Wir haben unsere Mitteilung an Grey ausdrücklich als vertraulich bezeichnet und erwarten daher, daß sie als solche behandelt wird. Einer parlamentarischen Verwertung können wir nicht zustimmen. Nach dem provozierenden Ton, in dem die Rede des Schatzkanzlers unwidersprochen gedeutet wird, können wir nicht den Glauben aufkommen lassen, als ob wir etwa daraufhin Erklärungen über unsere Absichten in Marokko abgegeben hätten.

Falls Verständigung an Frankreichs Widerstand scheitert, müssen wir Einhaltung des Vertrags von Algeciras und Wiederherstellung des status quo ante verlangen, ob das den Franzosen angenehm ist oder nicht. Es bedarf dazu keiner Konferenz; als Mitunterzeichner des Vertrags von Algeciras vindizieren wir uns das Recht, eventuell auch allein für dessen Einhaltung einzutreten. Finden wir dabei die Unterstützung Dritter, so wird sie uns willkommen sein und unsere Aktion erleichtern. Nach den vielen Provokationen seitens Frankreichs und nach dessen immer ungenierteren Gebaren in Marokko, als ob weder wir noch ein Vertrag existierte, gebietet es uns unsere Würde als Großmacht, falls Frankreich die dargebotene Hand zurückweist, mit allen Mitteln und, falls es notwendig, auch allein bei Frankreich die volle Achtung vor unseren vertraglichen Rechten durchzusetzen.

Bitte, sich in vorstehendem Sinn Sir Edward Grey gegenüber zu äußern.

Kiderlen

---

* Eine wesentlich ausführlichere Wiedergabe des Gesprächs findet sich in Sir E. Greys Depesche an Sir E. Goschen vom 24. Juli, jetzt veröffentlicht in Lord Greys Memoiren (Twenty-Five Years 1892—1916, I, 226ff.).

** Siehe Nr. 10624.

Nr. 10626

*Der Botschafter in London Graf von Metternich an das Auswärtige Amt**

Telegramm. Entzifferung

Nr. 88 London, den 25. Juli 1911

Antwort auf Telegramme Nr. 99 und 101**.

Aufträge ausgeführt.

Sir E. Grey wird meine Mitteilung betreffend Agadir nicht parlamentarisch verwerten, bemerkte aber, er habe dann auch kein Mittel, die öffentliche Beunruhigung hinsichtlich unserer angeblichen Absichten auf Agadir zu beschwichtigen.

Betreffend die Rede des Schatzkanzlers war er durchaus ablehnend, verteidigte dieselbe als maßvoll, behauptete, es sei durchaus richtig gewesen, daß sie gehalten worden. Sie enthielte keine Drohung gegen uns. Dagegen sei der Ton meiner heutigen Mitteilungen derart, daß er bei der hiesigen Regierung verstimmen müsse.

Ich erwiderte, er verwechsele Ursache mit Wirkung. Er könne aus der englisch-französischen Presse ersehen, daß die Rede des Schatzkanzlers die von mir beschriebene Wirkung gehabt habe.

Auch meine Mitteilung, fuhr der Minister fort, daß wir die Wiederherstellung des status quo ante eventuell allein vornehmen würden, wir also ohne die übrigen Vertragsmächte selbständig vorgehen würden, sei geeignet, der Marokkofrage eine noch ernstere Bedeutung zu geben. Er verwahre sich entschieden gegen die Auffassung, daß die englische Regierung eine deutsch-französische Vereinbarung nicht wünsche. Natürlich sei unser Verlangen nach Abtretung des französischen Kongo vom Sanga an unerfüllbar gewesen. Er werde übermorgen im Parlament klarlegen, daß die Regierung eine deutsch-französische Verständigung wünsche, zugleich aber auch, daß, falls englische Interessen im Laufe der Marokkofrage tangiert würden, die englische Regierung sie wahrnehmen müsse.

Ich erwiderte, niemand bestreite ihr dies Recht. Wir hätten niemals beabsichtigt, über englische Interessen oder Rechte, ohne daß sie konsultiert würde, zu verfügen. Diese Absicht besteht nur in der englischen Imagination. Die englische Regierung habe keinen Grund zu diesem Verdacht, der auch aus der Rede des Schatzkanzlers spreche, und die deshalb provokatorisch gewirkt habe. Zur Wiederherstellung des Status quo würde uns gegebenenfalls Mitwirkung der anderen Signatarmächte willkommen sein. Nur wenn diese ausbleiben, würden wir allein unser Recht durchsetzen.

---

* Bereits veröffentlicht bei E. Jäckh, Kiderlen-Wächter, der Staatsmann und Mensch, II, S. 136f. Ausführlicher ist wieder die Depesche Sir E. Greys an Sir E. Goschen vom 25. Juli über die Unterredung (Twenty-Five Years 1892—1916, I, 228 ff), die die dramatische Zuspitzung der Auseinandersetzung deutlich hervortreten läßt.

** Siehe Nr. 10623 und 10625.

Ich schloß mit dem Ausdruck der Überzeugung, daß, je mehr man uns drohende Warnungen erteile, um so fester wir auftreten würden*.

Meine Unterredung mit dem Minister war äußerst lebhaft, hielt sich aber in den Grenzen der diplomatischen Etikette.

Metternich

Nr. 10627

Der Staatssekretär des Auswärtigen Amtes von Kiderlen an den Botschafter in London Grafen von Metternich

Telegramm. Konzept

Nr. 103 Berlin, den 26. Juli 1911

Mit Bezug auf Telegramm Nr. 88**.

Zur sofortigen Mitteilung an Sir E. Grey.

---

* Hiernach läßt sich die Behauptung Admiral v. Tirpitz', daß Graf Metternich nicht nachdrücklich genug gegenüber Sir E. Grey wegen der Rede Lloyd Georges aufgetreten sei (A. v. Tirpitz, Der Aufbau der deutschen Weltmacht, S. 199), nicht halten. Sir E. Grey selbst hat sich kurz darauf gegenüber dem russischen Botschafter Graf Benckendorff dahin ausgelassen, Graf Metternich habe in „außerordentlich schroffen Ausdrücken" eine Erklärung über die Rede Lloyd Georges verlangt. v. Siebert, Diplomatische Aktenstücke, a.a.O., S. 430. Vgl. auch die Erzählung Winston S. Churchills (The World Crisis, p. 48f.), der unmittelbar nach Graf Metternichs Rücksprache mit Sir E. Grey vom 25. Juli die Situation mit diesem und Lloyd George besprach. Danach hätte Sir E. Grey den Gesamttenor der Metternichschen Eröffnungen dahin zusammengefaßt: „I have just received a communication from the German Ambassador so stiff that the Fleet might be attacked at any moment. I have sent for M'Kenna to warn him." In seinen späteren Darlegungen vor dem Unterhause vom 27. November (vgl. Nr. 10661, Fußnote) hat Sir E. Grey zwar auch darüber Klage geführt, daß die Kommunikationen des deutschen Botschafters „exceedingly stiff in tone" gewesen seien; aber er hat doch nicht entfernt angedeutet, daß er aus diesem Ton auf die Absicht eines deutschen Überfalles zur See Schlüsse gezogen habe. Ein solcher Rückschluß war in der Tat weder nach dem Graf Metternich erteilten Auftrag, der in seiner kommunatorischen Spitze sich nur gegen Frankreich richtete (vgl. Nr. 10625), noch nach der Ausführung des Auftrags durch den Botschafter irgend berechtigt. Auch Churchill gesteht nachträglich zu: „It seems probable now that the Germans did not mean war on this occasion" (a. a. O., p. 50).

Auf die Frage, warum der entschiedenen Zurückweisung der Lloyd Georgeschen Rede, zu der Graf Metternich am 24. angewiesen war, und die er am 25. mit aller gebotenen Schärfe ausführte, nicht auch eine öffentliche scharfe Zurückweisung gefolgt ist, geben die Akten keine Auskunft. Daß hier, überhaupt in der falschen Behandlung der öffentlichen Meinung in Deutschland ein Fehler lag, deutet auch Hammann (Bilder aus der letzten Kaiserzeit, S. 89) an. Wesentlich schärfer A. v. Tirpitz, Der Aufbau der deutschen Weltmacht, S. 199. Dem Fürsten Bülow sagte ein seit Jahren mit Frankreich und der französischen Psyche sehr vertrauter ausländischer Diplomat: „Als man bei Ihnen auf eine Herausforderung wie die Rede des Herrn Lloyd George im Mansion House keine Antwort fand, hat der Respekt, den Sie bis dahin in Frankreich genossen, bedeutend abgenommen. In jenen Tagen wurde in Frankreich der esprit nouveau geboren." Fürst Bülow an den Chefredakteur des „Hamburger Fremdenblattes", 21. Juni 1919, W. Spickernagel, Fürst Bülow, S. 89.

** Siehe Nr. 10626.

Nachdem Sir Edward Grey aus unseren offenen Mitteilungen hat ersehen müssen, daß bei unsern Verhandlungen mit Frankreich englische Interessen nicht berührt werden, erwarten wir von seiner bewährten Loyalität, daß er diesem im Parlamente, ohne auf die vertraulichen Details unserer Mitteilung einzugehen, Ausdruck geben würde. Wenn Sir Grey ausgesprochen hat, daß ihm eine Verständigung zwischen uns und Frankreich erwünscht sei, so nehmen wir davon gern Akt und sind überzeugt, daß dies den Verhandlungen in hohem Grade förderlich sein wird. Nicht ganz in Übereinstimmung mit dem von Grey ausgesprochenen Wunsche vermag ich es zu bringen, wenn der Minister schon jetzt, ohne das Angebot unserer Gegenleistung auf politischem und kolonial-territorialem Gebiet zu kennen, unsere Forderung (Kongo bis zum Sanga) als unerfüllbar bezeichnet. Wir können, da wir uns Frankreich gegenüber zum Geheimnis verpflichtet haben, weitere Details nicht angeben, glauben auch, daß da, wo es sich ausschließlich um Austausch von Gebieten handelt, die volles Eigentum Deutschlands und Frankreichs sind, dritte, speziell englische Interessen nicht berührt werden können, und daß es daher lediglich den beiden Kontrahenten überlassen bleiben müßte, den Wert der auszutauschenden Objekte gegeneinander abzuwägen. Abfällige Urteile über die deutschen Forderungen von englischer Seite würden daher die Verhandlungen nur erschweren können. Dagegen würde eine offene Kundgebung, daß England eine deutsch-französische Verständigung gern sehen würde, die Erreichung unseres aufrichtigen Wunsches nach einer solchen nur günstig beeinflussen können. Wir hätten den ernsthaften Wunsch, die Reibungsflächen mit Frankreich auf kolonialem, speziell afrikanischem Gebiet zu vermindern oder ganz zu beseitigen. Wenn damit auch keine intimen Beziehungen zwischen uns [und] Frankreich begründet würden, so versprächen wir uns doch davon den Erfolg, daß zahlreiche Anlässe zu mehr oder minder bedeutenden Spannungen beseitigt würden. Wünsche dies England ebenfalls, so könne es hierzu nur dadurch beitragen, daß es auf die durch falsche Ausstreuungen und halbe Indiskretionen zurzeit sehr aufgeregte Stimmung in Frankreich beruhigend einwirke.

Kiderlen

Nr. 10628

Der Staatssekretär des Auswärtigen Amtes von Kiderlen an den Rat im Kaiserlichen Gefolge Gesandten von Treutler, z. Z. in Bergen

Telegramm. Entzifferung

Nr. 34 Berlin, den 26. Juli 1911

Bitte Seiner Majestät folgendes vorzutragen:

In einem Gespräch mit Graf Metternich hatte Sir E. Grey die Be-

sorgnis ausgesprochen, daß bei unseren Verhandlungen mit Frankreich auch englische Interessen berührt würden. Als solche Punkte hatte Sir E. Grey bezeichnet unsere etwaigen Absichten auf Agadir und sein Hinterland, Anlegung eines Kriegshafens in Agadir und etwaige Absichten auf den belgischen Kongo. Dabei hat jedoch Sir E. Grey ausdrücklich gesagt, daß er einer eventuellen Erwerbung des Kongobeckens durch uns nicht im Wege stehen würde. Graf Metternich wurde beauftragt, vertraulich zu erklären, daß wir weder einen Kriegshafen in Agadir noch einen territorialen Besitz in Marokko beanspruchten. Aus der Algecirasakte stände uns aber ein Einspruchsrecht gegen das französische Vorgehen in Marokko zu; wir hätten uns zur freundschaftlichen Aussprache mit Frankreich darüber bereit erklärt, daß wir unser Einspruchsrecht gegen Sicherung unserer kommerziellen Interessen in Marokko und gegen koloniale Kompensationen aufgeben. Sir E. Grey zeigte sich Graf Metternich gegenüber sehr befriedigt von unseren Erklärungen, wollte sie aber gleich im Parlament verwerten. Inzwischen war die Rede des Schatzkanzlers gehalten und von der gesamten französischen und dem überwiegenden Teil der englischen Presse als eine an Drohung grenzende Warnung gegen uns ohne Widerspruch der englischen Regierung ausgebeutet worden. Wir ließen daher Sir E. Grey bitten, unsere ausdrücklich als vertraulich bezeichneten Mitteilungen vorläufig im Parlament nicht zu verwerten.

Nach dem von der französischen und teilweise auch englischen Presse angeschlagenen drohenden Ton wäre eine Mitteilung unserer Erklärungen im Parlament zweifellos als ein Zukreuzkriechen vor der Lloydschen Warnung gedeutet worden. Sir E. Grey suchte zwar Graf Metternich gegenüber die Lloydsche Rede zu rechtfertigen, doch glaubt der letztere, daß unsere ruhige und sichere Sprache Eindruck gemacht hat. Wir haben nochmals in London unsere Absichten klarstellen lassen, die dahin gingen, entweder die französischen Übergriffe gegen Garantien für unsere wirtschaftlichen Interessen und koloniale Kompensationen zu sanktionieren oder von Frankreich mit allem Nachdruck Respektierung des internationalen Vertrags und Wiederherstellunng des Status quo in Marokko vom Jahre 1906 zu verlangen. Dabei hofften wir auf die Unterstützung der anderen beteiligten Mächte, speziell Englands. Wir müßten uns aber als Mitunterzeichner der Algecirasakte das Recht vindizieren, die Einhaltung des Vertrags nötigenfalls auch allein von Frankreich zu fordern. Graf Metternich telegraphiert daraufhin soeben folgendes*:

„Die hiesige öffentliche Meinung, abgesehen von der Hetzpresse, ist zwar unangenehm und ängstlich berührt, aber noch keineswegs tief erregt über unsere Auseinandersetzung mit Frankreich über Marokko und würde es noch weniger sein, wenn sie wüßte, daß wir keine

* Telegramm Nr. 89 vom 25. Juli.

Kriegshafen oder dergleichen verlangen. Natürlich kann sie auf die Dauer, wenn die hiesige Regierung es darauf anlegt, in eine patriotische Stimmung versetzt werden. Bis jetzt ist diese aber nicht vorhanden und wird auch nicht so leicht zu bewirken sein.

Die heroischen Erklärungen zuerst des Premierministers*, dann des Schatzkanzlers beruhen auf folgenden Momenten: Sir E. Grey, obstinat und voreingenommen, aber nicht intrigant und unaufrichtig, hat heute sich in den Kopf gesetzt, daß wir die Marokkofrage ohne England und eventuell ohne Berücksichtigung englischer Interessen lösen wollen. Ferner fühlt die englische Regierung, daß die Entente in die Brüche gehen kann, wenn die englische Regierung nicht öffentlich andeutet, daß sie auf der Seite Frankreichs stehen wird[1]. Auch hält man das, was hier über unsere Forderungen verlautete, für unerfüllbar[2]. Schließlich und hauptsächlich habe ich den Eindruck, daß die Franzosen die englische Regierung um Unterstützung bestürmen[3]. Dagegen glaube ich, daß die englische Regierung trotz ihres ungeschickten Verhaltens eine friedliche Auseinandersetzung zwischen uns und Frankreich dringend wünscht[4]**.

Die klare Aussprache, zu der ich beauftragt war, hat zwar augenblicklich hier stark verstimmt[5], war aber notwendig und heilsam, um zu zeigen, daß wir uns nicht zum zweitenmal international majorisieren lassen[6]. Ich glaube, daß die Rede Sir E. Greys am Donnerstag friedfertig ausfallen wird."

Wir wissen aus guten Quellen, daß französische Hilferufe wesentlich englisches Verhalten veranlaßt haben[7].

---

* Schon am 6. Juli, also lange vor Lloyd Georges Mansion-House-Rede hatte Asquith im Unterhaus zur Marokkofrage erklärt: „Die kürzlichen Ereignisse haben eine Diskussion zwischen den an Marokko meist interessierten Mächten veranlaßt, und ich kann in diesem Stadium nur wenig über die Verhandlungen sagen, die zwischen ihnen im Gange sind. Ich wünsche, daß es klar verstanden werde, daß die britische Regierung der Ansicht ist, es sei in Marokko eine neue Situation entstanden, in welcher es möglich ist, daß künftige Entwicklungen die britischen Interessen direkter berühren, als dies bisher der Fall gewesen ist. Wir hegen das Vertrauen, daß die diplomatische Diskussion eine Lösung finden wird, und in dem Anteil, den wir an ihr nehmen werden, werden wir gebührend Rücksicht nehmen auf den Schutz jener Interessen und auf die Erfüllung unserer Vertragsverpflichtungen gegenüber Frankreich, die dem Hause wohl bekannt sind." Vgl. Schultheß' Europäischer Geschichtskalender, Jg. 1911, S. 352.

** Eine andere Auffassung spricht aus Äußerungen des Londoner Korrespondenten der „Nowoje Wremja" Wesselitzky zu einem Gewährsmann der deutschen Botschaft in Wien, worüber derselbe um den 26. Juli an Botschafter von Tschirschky schrieb: „In der marokkanischen Frage beobachtet das Petersburger Kabinett die gleiche schlaffe und passive Haltung und sieht es ruhig zu, wie Deutschland mit Frankreich ein Übereinkommen über Marokko zustande zu bringen sucht, wodurch Frankreich in eine unverkennbare Abhängigkeit von Deutschland gelangen muß. — Die englischen Staatsmänner sind über diese Haltung des Petersburger Kabinetts außerordentlich beunruhigt, und es ist ihr dringendster Wunsch, daß Rußland mit größerer Entschiedenheit der Rolle gerecht werde, welche ihm als einem Verbündeten Englands und Frankreichs zukommt. Die englischen Staatsmänner sind keineswegs gewillt, ruhig zuzusehen, wie Frankreich in dieselbe Abhängigkeit von Deutschland gebracht wird wie Österreich-Ungarn, und sie sind fest entschlossen, es um keinen Preis zuzu-

In Petersburg haben sie bisher kein Echo gefunden, und sobald sich England vollkommen überzeugt haben wird, daß seine Interessen bei dem Handel zwischen uns und Frankreich nicht berührt werden, dürfte England auch auf Frankreich mäßigend einwirken. Herr Cambon, dem ich Sonntag unsere bekannten Ansprüche mitgeteilt habe, ist noch nicht wieder erschienen. Er wird wohl erst wiederkommen, wenn der derzeitige chauvinistische Rummel sich als wirkungslos erwiesen haben wird. Dies wird um so schneller eintreten, je ruhiger wir die Sache an uns kommen lassen. Unser bestes Rüstzeug bleibt die Perspektive, daß wir, wenn eine anderweitige Einigung nicht zustandekommt, auf der strikten Einhaltung der Algecirasakte[8] und damit auf einem rechtlich unangreifbaren Standpunkt beharren.

Kiderlen

Randbemerkungen Kaiser Wilhelms II:

[1] Das hat sie ja durch ihre Presse von Anfang an in unzweideutiger Weise gethan!
[2] das geht London gar nichts an!
[3] höchst wahrscheinlich ja
[4] ja
[5] daher die Flottenkonzentration!
[6] nein! dann kracht es!
[7] richtig
[8] i[d] e[st] heraus aus Marokko!
by fair means or foul!

Schlußbemerkung des Kaisers:

Einverstanden!
Das Verhalten Englands u[nd] Greys ist alberne Haberei! Wir wissen durch das neulich von unserer Botschaft in London nach Balholm telegraphirte Interview des Vertreters von Reuter, daß er die Meinung ausgesprochen, daß falls wir in Marokko keine Gebietserwerbungen beabsichtigten, England überhaupt keinen locus standi für Einmischung in die Verhandlungen à deux habe. So steht es noch heute!

---

lassen, daß der ganze westliche Kontinent Europas der deutschen Hegemonie ausgeliefert werde. — Frankreich hat die deutschen Anerbietungen sowohl dem Londoner als auch dem Petersburger Kabinett offiziell zur Kenntnis gebracht, und während man in London sich sofort darüber im klaren war, daß diese Anerbietungen unannehmbar sind, scheint man in Petersburg einer gleich entschiedenen und unzweideutigen Stellungnahme so lange als möglich ausweichen zu wollen. Dies hat sogar schon in den leitenden politischen Kreisen Englands den Verdacht hervorgerufen, daß Rußland sich enger als bisher an Deutschland angeschlossen hat, und daß auch zwischen Rußland und Österreich-Ungarn eine weitere Annäherung stattgefunden hat. — Angesichts dieser Sachlage wird nun in London der allergrößte Wert darauf gelegt, in dieser Beziehung von dem Petersburger Kabinett eine klare, präzise und unzweideutige Antwort zu erlangen, und auch er (Wesselitzky) ist von autoritativster Seite aufgefordert worden, seinen ganzen Einfluß in Petersburg aufzubieten, um das dortige Kabinett zu bestimmen, durch geeignete Aufklärungen allem Mißtrauen und allen Zweifeln ein Ende zu machen." Bericht Tschirschkys Nr. 203 vom 27. Juli 1911. Von ähnlichen Bemühungen des englischen Staatssekretärs Sir E. Grey selbst, um genau zu ergründen, was Rußland im Fall von Komplikationen tun werde, weiß Graf Benckendorff um die Mitte August zu berichten; vgl. v. Siebert, Diplomatische Aktenstücke, a. a. O., S. 435. Von Interesse ist das Urteildes belgischen Gesandten in Paris

Nr. 10629

Der Staatssekretär des Auswärtigen Amtes von Kiderlen an den Rat im Kaiserlichen Gefolge Gesandten von Treutler, z. Z. in Bergen

Telegramm. Entzifferung

Nr. 36 Berlin, den 26. Juli 1911

Der Kaiserliche Botschafter in London telegraphiert von heute:

„Glaubwürdige Zeitungsnachrichten melden, daß die atlantische Flotte, bestehend aus Schlachtschiffgeschwader, Vizeadmiral Sir R. Jellicoe, und 5. Kreuzergeschwader, Konteradmiral Cecil Burney, Order erhalten hat, die Kreuzfahrt nach Norwegen aufzugeben, statt dessen bis Freitag in Cromarty zu bleiben und Sonntag nach Portsmouth sich zu begeben."

„Daily Mail" und ähnliche Blätter hatten daran Kommentare geknüpft, als ob die Änderung des Manöverplans mit gegenwärtiger politischer Lage zusammenhänge, was von Reuter jedoch sofort dementiert wurde.

Soeben war Sir E. Goschen bei mir, um mir im Auftrage von Sir E. Grey zu erklären, daß lediglich dienstlich-technische Gründe Änderung veranlaßt hätten und Kommentare der Zeitungen müßige Kombinationen seien*.

Kiderlen

Baron Guillaume vom 28. Juli 1911, der England für minder friedfertig als Frankreich und Deutschland hielt: „J'éprouve, en général, une foi moindre dans les désirs de paix de la Grande-Bretagne, qui ne déteste pas de voir les autres s'entredévorer. Mais, en cette circonstance, il lui serait difficile — je dirai impossible — de ne pas intervenir manu militari." Belgische Aktenstücke 1905—1914, S. 93.

* Auffällig bleibt, daß die Rückberufung der atlantischen Flotte an demselben 25. Juli erfolgte, wo auf Grund der Kommunikationen Graf Metternichs Sir E. Grey die englische Admiralität vor einem deutschen Überfall warnen zu müssen glaubte. Vgl. Nr. 10626, S. 214, Fußnote*, und W. S. Churchill, The World Crisis, p. 48. In diesen Zusammenhang gehören auch die Angaben, die der englische Marineattaché in Rom Captain Stewart gegenüber seinem deutschen Kollegen Korvettenkapitän von Rheinbaben nach Beendigung der Krise gemacht hat: „Im Juli 1911 wurde die englische Flotte praktisch mobil gemacht. Die Schiffe lagen tatsächlich in Erwartung eines deutschen überraschenden Angriffs mit ausgebrachten Schutznetzen und Dampf auf während der kritischen Tage. Die Hafenverteidigung war in Kriegstätigkeit. Die Forts waren besetzt. Boom defences waren ausgebracht. Kreuzer und Torpedoboote versahen Sicherheits- und Patrouillendienst. Zuerst funktionierte der Nachrichtendienst durch Agenten in Norwegen und Dänemark usw. gut. Dann kam ein Augenblick, wo man in London nicht wußte, wo ein Teil der deutschen Flotte war, da der betreffende Agent usw. nichts über ihren Bestimmungsort erfahren konnte. Das war der kritische Moment. Man hat kurze Zeitlang tatsächlich befürchtet, daß eine überraschende Unternehmung gegen England geplant sei." A. v. Tirpitz, Der Aufbau der deutschen Weltmacht, S. 198. Vgl. auch Nr. 10663.

Nr. 10630

Kaiser Wilhelm II., z. Z. auf der Nordlandsreise, an den Reichskanzler von Bethmann Hollweg

Funkspruch. Eigenhändiges Konzept

[An Bord der „Hohenzollern", den 27. Juli 1911]

Glaube doch, dass Concentration Engl[ischer] Flotte in heimath mit Marocco zu thun hat. Es ist ein kleiner Höflichkeitsbeweis für Paris, das ja förmlich um Hülfe in London brüllt. Ut aliquid fieri videatur. Habe meiner Flotte vorläufig keine Aenderung ihres Norweg[ischen] Programms befohlen. Sollten Ew. Ex[zellenz] Wünsche diesbezüglich haben, theilen Sie es mir drahtlos mit. Glatte See, ruhige Fahrt, passiren Lindesnaes.

Wilhelm

Nr. 10631

Der Reichskanzler von Bethmann Hollweg, z. Z. in Hohenfinow, an Kaiser Wilhelm II., z. Z. auf der Nordlandsreise

Telegramm. Entzifferung

Nr. 9 Hohenfinow, den 27. Juli 1911

Unter Bezugnahme auf Telegramm von heute* . . . . ** vor, im norwegischen Programm Euerer Majestät Flotte keinerlei Änderung eintreten zu lassen. Konzentration englischer Flotte allerdings äußerlicher Höflichkeitsbeweis für Paris, nach ausdrücklicher Mitteilung Sir E. Greys an uns jedoch tatsächlich ohne Zusammenhang mit Marokko. Englische Presse für den*** Morgen übrigens völlig umgeschlagen und verständig.

Alleruntertänigst
Bethmann Hollweg

Nr. 10632

Der Staatssekretär des Auswärtigen Amtes von Kiderlen an den Botschafter in London Grafen von Metternich

Telegramm

Konzept von der Hand des Vortragenden Rats Freiherrn Langwerth von Simmern

Nr. 104 Berlin, den 27. Juli 1911

Nach wiederholten, aus zuverlässiger Quelle stammenden Nachrichten soll in Paris Auffassung bestehen, daß Abtretung französischen

* Siehe Nr. 10630.
** Zifferngruppe unverständlich.
*** Die Wörter „für den" beruhen wohl auf falscher Zifferngruppe.

Kongos an uns* wegen angeblicher Verletzung britischer Interessen Widerstand englischer Regierung finden würde.

Nach Euerer Exzellenz Meldungen scheint diese Version französische Ausstreuung. Bitte Sir Edward Grey darauf anreden und in freundlicher Weise feststellen, ob dortige Regierung durch eventuelle Abtretung französischen Kongos an uns tatsächlich englische Interessen tangiert erachte, und welches eventuell diese Interessen seien. Zu Ihrer Information bemerke ich, daß wir dann allerdings schwer noch an aufrichtigen Wunsch Englands glauben könnten, daß wir uns mit Frankreich verständigen.

Kiderlen

Nr. 10633

Der Botschafter in London Graf von Metternich an das Auswärtige Amt

Telegramm. Entzifferung

Nr. 93 London, den 27. Juli 1911

Reuter veröffentlicht ein Communiqué, das, wie ich festgestellt habe, direkt vom Foreign Office autorisiert ist. Das Communiqué besagt: Es sei kein neuer Faktor aufgetaucht, welcher deutsch-französische Pourparlers stören könne. Der Bereich der Verhandlungen sei unverändert, und es wäre verfehlt, aus den Beratungen englischer Minister zu schließen, daß die englische Regierung beabsichtige, sich unmittelbar oder aktiv an den gegenwärtigen Verhandlungen mit Deutschland zu beteiligen. Die öffentlichen Äußerungen englischer Staatsmänner ließen keinen Zweifel, daß die Regierung die Frage mit größter Aufmerksamkeit verfolge. Die gestrige Konferenz im Foreign Office, an welcher der großbritannische Botschafter in Paris** teilnahm, sei dem Wunsch maßgebenden Kabinettsmitglieds entsprungen, sich aus erster Hand über die Lage zu informieren. Es müsse bemerkt werden, daß die

---

* Vgl. dazu Kap. CCXXX.

** Vgl. über Sir Francis Berties Stellungnahme in der Marokkofrage das Urteil Caillaux': „On dit bien qu'il verrait sans déplaisir un conflit éclater entre la France et l'Allemagne; il est dans l'état d'esprit que l'on prête à certains grands fonctionnaires anglais du Foreign Office. Inquiets du développement de l'Allemagne, ils envisagent avec complaisance la guerre européenne à laquelle ils entendent que l'Angleterre prendra part." Caillaux, Agadir, p. 138s. Bei Caillaux (a. a. O., p. 139s.) findet sich auch eine zusammenfassende Darstellung der Stellungnahme Englands gegenüber wiederholten französischen Anfragen aus dem Sommer 1911, wie sich die großbritannische Regierung bei einem Scheitern der deutsch-französischen Verhandlungen verhalten werde. Der hinhaltende und ausweichende Charakter der englischen Antworten (vom 28. Juli, 23. August, 5. September) läßt den Eindruck erkennen, den das feste und energische Auftreten Graf Metternichs auf die englischen Staatsmänner ausübte.

Äußerung des Premierministers im Unterhause sich auf die neue Situation bezog, welche durch Deutschlands Aktion in Agadir hervorgerufen worden sei, und auch auf die Absicht der britischen Regierung, eventuell gefährdete britische Interessen in Marokko zu schützen. Es bestehe kein Zweifel, daß eine Lösung außerhalb Marokkos, welche Frankreich akzeptabel scheine, britische Interessen nicht verletzten würde. Es sei durchaus falsch zu glauben, daß England in irgendeiner Weise versucht habe, auf die Besprechungen beschränkend einzuwirken, außer soweit Beschränkungen aus Asquiths Mitteilungen sich ergäben.

Die Veränderungen in den Dispositionen der Heimat- und atlantischen Flotte hätten nichts mit den marokkanischen Ereignissen zu tun. —

Eine Sir E. Grey nahestehende Persönlichkeit bezeichnete die vom „Matin" verbreitete Nachricht über einschränkende Bedingungen, unter welchen England einem deutsch-französischen Territorialarrangement im Kongo zustimmen könne, als unverschämte Lüge.

Metternich

Nr. 10634

Der Botschafter in London Graf von Metternich an das Auswärtige Amt

Telegramm. Entzifferung

Nr. 94 London, den 27. Juli 1911

Antwort auf Telegramme Nr. 103*, Nr. 104**.

Sir E. Grey sagte mir, wenn er unsere Forderung (französischer Kongo) als unerfüllbar bezeichnet habe, so dürfe ich deshalb nicht annehmen, daß er in gleichem Sinne sich in Paris ausgesprochen hätte. Die Äußerungen der Presse in dieser Richtung seien falsch. Er beabsichtige, sich nicht in unsere Verhandlungen mit Frankreich über den französischen Kongo einzumischen, auf der anderen Seite könne er aber auch nicht in dieser Beziehung einen Druck auf die französische Regierung ausüben.

Die Erklärung, welche der Premierminister heute nachmittag im Unterhaus abgebe***, werde den englischen Wunsch nach deutsch-französischer Verständigung klarstellen und, wie er hoffe, nach allen Richtungen beruhigend wirken. Allerdings würde auch hervortreten, daß Englands Interessen in Mitleidenschaft gezogen werden würden,

* Siehe Nr. 10627.

** Siehe Nr. 10632.

*** Vgl. das folgende Schriftstück. Über die Genesis der Asquithschen Rede vgl. den Brief des russischen Botschafters in London Graf Benckendorff an den stellvertretenden russischen Außenminister Neratow vom 1. August 1911 (v. Siebert, Diplomatische Aktenstücke, a.a.O., S. 429ff.), der auch wegen der Gesamtbeurteilung der Lage großes Interesse bietet.

wenn marokkanische Fragen in Betracht kämen. Ich bemerkte dem Minister, daß die öffentliche Meinung in England irregeleitet worden sei, weil sie unrichtigerweise annehme, wir stellten Verlangen, die englische Interessen in hohem Grade berührten. Erführe die öffentliche Meinung, daß dies nicht der Fall sei, so würde hier die Beunruhigung sofort weichen.

Hierauf antwortete der Minister, bis zu meiner Mitteilung am vergangenen Montag habe er nicht gewußt, ob und welche Absichten wir auf Marokko hätten. Ganz vertraulich fügte er hinzu, er habe erfahren, daß noch im Laufe dieses Jahres von wichtiger deutscher Stelle Ansichten geäußert worden seien, die auf unsere Absicht, in Marokko einzugreifen, hätten schließen lassen, er habe von dieser Nachricht aber keinen Gebrauch gemacht[1*].

Im Laufe der Unterhaltung sprach der Minister wiederum die Erwartung aus, daß die französische Regierung ihn über unsere Verhandlungen auf dem laufenden halten würde.

Unser Gespräch hatte diesmal keine Schärfe. Er bemerkte, die englische Regierung werde den freundlichen Charakter meiner Mitteilung dankbar anerkennen.

Metternich

Randbemerkung von Kiderlens:
[1] Er möge sich etwas deutlicher ausdrücken und Quellen angeben.

Nr. 10635

Der Botschafter in London Graf von Metternich an das Auswärtige Amt

Telegramm en clair

Nr. 95 London, den 27. Juli 1911

Der Premierminister hat soeben folgende Erklärung im Unterhause abgegeben: „It is obvious that the Moroccan question has reached a

---

* Tatsächlich hat ein Teil der deutschen Öffentlichkeit während des Sommers 1911 in falscher Auffassung des Agadircoups unter dem Eindruck gestanden, als ob eine wirkliche Festsetzung Deutschlands an der westmarokkanischen Küste geplant gewesen sei, die dann unter dem Druck der Lloyd Georgeschen Rede fallen gelassen sei. Die amtlichen deutschen Stellen, die im übrigen in der Aufklärung der öffentlichen Meinung bewußte Zurückhaltung übten (vgl. Kap. CCXXX, Nr. 10728), haben einer solchen Auffassung keineswegs Vorschub geleistet, sondern sie wiederholt in offiziösen Auslassungen, so im „Berliner Lokalanzeiger" vom 18. Juli, in der „Kölnischen Zeitung" vom 25. Juli usw. bekämpft. Vgl. auch die drastische Äußerung Kiderlens aus dem Anfang Juli: „Ein nationalliberaler Führer war bei mir, um uns zur Sicherung der ‚Annexion in Marokko' (als Folge der Agadiraktion) zu gratulieren. Ich habe ihm klarmachen wollen, daß wir in Marokko uns wirklich nicht festsetzen wollen. Aber das Rindvieh hat es mir einfach nicht geglaubt." E. Jäckh, Kiderlen-Wächter, der Staatsmann und Mensch, II, S. 123.

point at which it will become increasingly difficult, embarrassing and anxious, unless a solution be found. Too close an analysis, at the present moment, of causes and antecedents might provoke, in more than one quarter recriminations and retorts which it is, on every ground, desirable to avoid. I propose simply to state to the house what is the actual situation to-day. Conversations are proceeding between France and Germany: we are not a party to those conversations: the subject matter of them may not affect British interests. On that point, until we know the ultimate result, we cannot express a final opinion. But it is our desire that those conversations should issue in a settlement honourable and satisfactory to both the parties, of which His Majesty's Government can cordially say that it in no way prejudices British interests. We believe that to be quite possible, we earnestly and sincerely desire to see it accomplished. The question of Morocco itself bristles with difficulties, but outside Morocco, in other parts of West-Africa, we should not think of attempting to interfere with territorial arrangements considered reasonable by those who are more directly interested. Any statements that we have so interfered to prejudice negotiations between France and Germany are mischievous inventions, without the faintest foundation in fact. But we have thought it right from the beginning to make it quite clear that, failing a settlement such as I have indicated, we must become an active party to discussion of the situation. That would be our right, as a signatory of the treaty of Algeciras, it might be our obligation, under the terms of our agreement of 1904 with France; it might be our duty, in defence of British interests, directly affected by further developments. There have been times when we were not sure how far this was fully understood. I am glad to say that we are now quite satisfied that that is not the case. The statement which I made here more than three weeks ago, and the speech since made elsewhere by the Chancellor of the Exchequer, have, I hope and believe, made it perfectly clear that we claim, not any predominant or pre-eminent position, but that of one party, interested in possible developments, and in seeing a solution of present difficulties. It would, in our opinion, have been and it would be a grave mistake to let such a situation drift till an assertion of our interest in it might, owing to previous silence, cause surprise and resentment at the moment when this assertion became most imperative. That, I trust, we have sufficiently guarded against by the statements already made. I repeat that we earnestly desire a successful issue for the conversations now in progress and I would venture, in the general interest, to make a strong appeal to the House not, upon the present occasion, to enter into further details, or to open up controversial ground."

Metternich

Nr. 10636

Der Botschafter in London Graf von Metternich an den Reichskanzler von Bethmann Hollweg

Ausfertigung

Nr. 549 London, den 29. Juli 1911

Von bestunterrichteter Seite wird bestätigt, daß die Haltung des englischen Kabinetts in der Marokkofrage in allererster Linie von der Sorge beeinflußt war, die gegenwärtige Krisis könne der englisch-französischen Entente den Todesstoß versetzen. Die ursprüngliche Erklärung des Premierministers* habe in Paris nicht voll befriedigt, und die darauf folgende Untätigkeit der Regierung, verbunden mit der Sprache der liberalen Presse, habe bei den Franzosen den Eindruck hervorgerufen, daß England sie sitzen lasse. Es seien auch aus Paris bezügliche Winke hierher gekommen; um diesen Eindruck zu verwischen, habe das Kabinett Mr. Lloyd George zu seiner Rede veranlaßt, deren Wirkungen allerdings viel drastischer ausgefallen seien, als man erwartet hatte.

P. Metternich

Nr. 10637

Der Botschafter in London Graf von Metternich an den Reichskanzler von Bethmann Hollweg

Ausfertigung

Nr. 567 London, den 3. August 1911

Seit Beginn der jüngsten Marokkokrisis findet sich in deutschen, französischen und englischen Zeitungen wiederholt die Nachricht, daß die Kaiserliche Regierung überrascht worden sei durch die Haltung Englands.[1] Der Grund hierzu liege an der optimistischen deutschen Berichterstattung aus London, die nicht vorhergesehen habe, daß England auch diesmal wieder auf seiten Frankreichs zu finden sein werde.

Die englische Regierung ist seit der Venezuelaaffäre nicht mehr mit uns gegangen. Seit dem Abkommen von 1904 und dem von Reval ist sie bekanntlich in großen Fragen auf seiten unserer Gegner zu finden. Bis zu ihrem Abkommen mit Frankreich wollte sie sich noch nicht ganz von uns wenden, weil sonst ihre Isolation gegenüber Frankreich und Rußland zu stark hervorgetreten wäre. Seitdem sie aber mit ihren früheren Feinden abgeschlossen hat, ist sehr rasch die alte englische Politik, ein Gegengewicht gegen den mächtigsten Kontinental-

* Vgl. Nr. 10628, S. 217; Fußnote *.

staat zu schaffen[2], wieder in ihrem vollen Umfange erwacht. Den anderen Weg, sich mit dem mächtigsten Kontinentalstaat zu vereinigen, mag sie nicht einschlagen, besonders seitdem dieser eine starke Flotte baut, weil sie befürchtet, ein Zusammengehen mit uns würde sie in Abhängigkeit von uns bringen. Wer glaubt, sie eines Besseren zu belehren, mag es versuchen[2]. Er wird aber fehlschlagen. Die englische Regierung ist bei der jetzigen Krisis, und zwar schon in den Anfangsstadien stärker hervorgetreten, als sie es vielleicht gewünscht hätte, wenn sie nicht immer von der Befürchtung getrieben wäre, daß die Franzosen eines Tages „trahison" schreien[3] und England dann uns gegenüber allein sitzt. Dies zu vermeiden, ist der Grundzug der englischen Politik, den ich seit Jahr und Tag bei keiner Gelegenheit hervorzuheben versäumt habe.

Nach meiner Ansicht wird England den Franzosen nicht nur in Worten, sondern auch durch die Tat beistehen, wenn es darauf ankommen sollte.

England soll nach hiesiger militärischer Auffassung binnen vierzehn Tagen 90000 Mann an der französischen oder belgischen Küste landen können[4]. Die englischen Kriegsschiffe haben aber, wie Herr Rouvier sagte, „pas de roues"[5], und obwohl die Franzosen ihr Heil von England zu erhoffen scheinen, so werden sie sich doch sagen müssen, daß England es ihnen auch beim besten Willen nicht in vollem Umfange bringen kann.

Ich spreche hier mit vielen Persönlichkeiten und da, wo ich es für nützlich halte, in dem Sinne, daß es fair sei, wenn auch Deutschland einen kolonialen Vorteil erhielte für die von uns verlangte Selbstlosigkeit in Marokko, nachdem England in Ägypten abgefunden worden sei. Meistens begegne ich Verständnis für diese Auffassung, und der Durchschnittsengländer würde uns auch ganz gern selbst ein Stück Marokko gönnen. Die englische Politik wird aber nur von wenigen gemacht, und sie wird von den vorher angedeuteten Gesichtspunkten aus geleitet.

P. Metternich

Randbemerkungen Kaiser Wilhelms II.:
[1] Nicht im Mindesten
[2] richtig
[3] werden sie auch
[4] ?
[5] und wir haben Unterseeboote!
Schlußbemerkung des Kaisers:
Richtig.

Nr. 10638

Kaiser Wilhelm II., z. Z. in Friedrichshof, an den Reichskanzler von Bethmann Hollweg, z. Z. in Hohenfinow

Telegramm. Entzifferung

Friedrichshof, den 12. August 1911

pp.* Feier heute** einfach und würdig. Goschen nicht dabei, da er erst zwei Stunden vorher ankam und ganzes Gepäck vergessen hatte!!! Nach Ansicht von Lady Willingdon und Lascelles, mit denen viel über Verhältnisse zu England gesprochen, günstige Stimmung in London, die Resultat meines Besuchs gewesen, durch Agadir total vernichtet und ins volle Gegenteil umgeschlagen sowohl in Gesellschaft wie Volk! Es gilt als andere und neue Form des Krügertelegramms. Es herrsche starke Verstimmung und scharfes Mißtrauen gegen unsere Pläne, das er zu zerstreuen sich die erdenklichste Mühe gegeben ohne jeden Erfolg. Beide g a b e n zu, daß Angelegenheit zwischen uns und Frankreich a l l e i n liege, E n g l a n d g a r n i c h t s a n g i n g e und seine Interessen in nichts tangiert würden, da wir in Marokko nur open door und Entwickelung der Minenkonzessionen wollen, Kompensationen in den Kolonien, die England nicht weiter berühren. Ich ließ ihnen keinen Zweifel an der nachweisbaren Illoyalität ihrer Minister (Reden von Lloyd George und Asquith), die Frankreich erst aufgestachelt hätten und nun die Unschuldigen spielten mit dem Bemerken, die Sache ginge ja E n g l a n d e i g e n t l i c h n i c h t s an. Ich ließ durchblicken, daß, wenn Frankreich nicht endlich Vernunft annehmen und den deal (Handel) in loyaler Weise mache, do ut des, mit a n n e h m b a r e n Kompensationen, dann würde ich die Algecirasakte in schärfster Form aufleben lassen — die augenblicklich zerrissen durch Frankreich sei — und dafür sorgen by fair means or foul, that the last Frenchman shall clear out of Morocco! Das wurde verstanden und gebilligt. Auch das wurde zugegeben, daß es im Interesse des Weltfriedens überhaupt sei, daß endgültige Regelung der Verhältnisse in Güte zwischen Gallien und uns

* Der Anfang des Telegramms, der die Einladung fremder Gäste zu den Kaisermanövern betrifft, ist als unpolitischer Natur hier fortgelassen.

** Am 12. August fand in Homburg v. d. H. die Enthüllung einer Gedenktafel zu Ehren des verstorbenen Königs Eduard VII. in Gegenwart des Kaisers statt. An dieser Feier nahmen von englischer Seite u. a. der frühere Botschafter Sir Frank Lascelles und Lady Willingdon, eine nahe Bekannte Sir E. Greys, teil, der der Kaiser bei dieser Gelegenheit nahe legte, sie möge Sir E. Grey einen Besuch in Berlin und persönliche Fühlungnahme mit leitenden deutschen Kreisen vorschlagen. Nach einem in Abschrift bei den Akten liegenden Briefe Lady Willingdons an den Kaiser hätte Sir E. Grey auch zugesagt, der kaiserlichen Anregung zu entsprechen. Das Auswärtige Amt wies am 2. September Graf Metternich (Nr. 792) vertraulich an, in der Angelegenheit keine Initiative zu nehmen, sondern abzuwarten, ob Sir E. Grey auf sie zurückkomme. Es war nie der Fall.

sehr erwünscht sei, daher es in Englands Interesse sei, diese Aktion durch guten Rat und Zureden zu fördern, statt Knüppel in den Weg zu legen. Zuletzt war allgemeine Einigkeit der Anschauungen zu konstatieren*.

Wilhelm I. R.

Nr. 10639

Der Rat im Kaiserlichen Gefolge Gesandter Freiherr von Jenisch, z. Z. in Friedrichshof, an den Reichskanzler von Bethmann Hollweg

Ausfertigung

Nr. 15 Friedrichshof, den 13. August 1911

Seine Majestät der Kaiser und König befehlen mir, Euerer Exzellenz über eine Unterredung zu berichten, die allerhöchstderselbe gestern abend mit dem zur Tafel geladenen großbritannischen Botschafter Sir Edward Goschen gehabt hat. Sir Edward begann das Gespräch mit der Frage nach dem Stande der Marokkoverhandlungen, wobei er die Hoffnung aussprach, dieselben möchten bald zu einem greifbaren Ergebnis führen. Seine Majestät hat geantwortet, er habe in der letzten Zeit nichts Neues über die Besprechungen mit Herrn Cambon** gehört, in die er sich übrigens nicht einmische, sondern dem Staatssekretär freie Hand lasse, nach seinen Direktiven zu verfahren. Der Botschafter machte dann die schon von Sir Frank Lascelles gemachte Bemerkung, seit der Entsendung unseres Kriegsschiffes nach Agadir sei die für Deutschland günstige Stimmung der öffentlichen Meinung in England ins Gegenteil umgeschlagen und habe einer starken Verstimmung gegen uns Platz gemacht, besonders da Agadir „a closed port" gewesen und die Franzosen bereits auf dem Abzug aus Marokko begriffen waren, wodurch unser Schritt eigentlich unnötig und daher provozierend gewirkt habe! Seine Majestät wiesen nach, daß das Gegenteil der Fall und die Franzosen gerade erklärt hätten, sie seien ganz außerstande, ihre Truppen zurückzuziehen.! Seine Majestät hat diese Verstimmung als ungerechtfertigt bezeichnet, weil seine Regierung den Großmächten die Gründe für unser Vorgehen erklärt und letzteres mit dem vertragswidrigen Vorgehen der Franzosen in Marokko motiviert

* Auf das kaiserliche Telegramm antwortete Reichskanzler von Bethmann Hollweg am 13.: „Wenn Agadir in England wie das Krügertelegramm gewirkt hat, so beweist das, daß man jenseits des Kanals englische Interessen und Angelegenheiten, die England nichts angehen, nicht unterscheiden kann. Zugleich zeigt es, unter welchen für uns unannehmbaren Bedingungen sich manche englischen Köpfe eine politische Verständigung mit uns ausmalen. Man wird aber in England zur Besinnung kommen, wenn unser Akkord mit Frankreich glückt."

** Vgl. dazu Kap. CCXXX.

habe. Als Sir Edward immer wieder für die Haltung der englischen Regierung die „public opinion“ in England geltend zu machen versuchte, hat Seine Majestät auf die öffentliche Meinung in Deutschland hingewiesen, welcher er und seine Regierung mit gleichem Rechte Rechnung tragen müsse. Unsere öffentliche Meinung sei durch die unbedachtsame Rede Lloyd Georges auf das höchste erregt worden, weil man an ihr bei uns erkannt habe, daß England alle Hebel in Bewegung setze, um unsere Verhandlungen mit Frankreich zum Scheitern zu bringen. Wo seien englische Interessen durch unser Vorgehen verletzt worden? Der Botschafter spreche immer von englischen Interessen, scheine aber nicht zu bedenken, daß der Deutsche Kaiser die deutschen Interessen zu wahren habe, und diese seien durch das von England stillschweigend contenancierte, unter der Hand unterstützte französische Vorgehen in Marokko ohne Frage schwer verletzt worden. Um diese zu wahren, sei die Demarche in Agadir erfolgt. Seine Majestät könne dem Botschafter nicht verhehlen, daß immer mehr im deutschen Volke die Überzeugung Platz greife, England versuche bei jeder sich darbietenden Gelegenheit an allen Ecken der Welt die Entwickelung des Deutschen Reichs, unsere friedliche Expansion in der Weltpolitik, die Gewinnung neuer Absatzgebiete für unsere aufstrebende Industrie systematisch zu verhindern, und dies wolle sich das deutsche Volk auf die Dauer nicht gefallen lassen. Gegen diese Auffassung verwahrte sich der englische Botschafter auf das entschiedenste.

Auf die Marokkofrage zurückkommend hat Seine Majestät Sir Edward den Inhalt seines Gesprächs mit dem König Georg im Mai d. Js.* erzählt; daß er dem Könige schon damals gesagt habe, wir würden uns auf die Dauer die französischen Übergriffe in Marokko nicht gefallen lassen können, wir verlangten kein marokkanisches Territorium, wohl aber Kompensationen auf kolonialem Gebiet. Seine Majestät höre daher mit Verwunderung, daß die englische Regierung durch unser Vorgehen überrascht worden sei. Denn Seine Majestät müsse doch annehmen, daß der König seine Minister von diesem Gespräch unterrichtet habe. Der Botschafter hat sehr erstaunt getan und vorgegeben, nichts davon zu wissen.

Seine Majestät hat dem Botschafter ferner von den Andeutungen gesprochen, die von maßgebender Seite in Paris Herrn Delbrück schon im Mai d. Js. über den französischen Kongo gemacht worden seien**, und ihm in nicht mißzuverstehender Weise gesagt, daß er mit unbeugsamer Festigkeit in dieser Frage hinter Euerer Exzellenz, dem Staatssekretär und dem deutschen Volke stehe. Wir würden in dieser Frage, die für Deutschland eine Ehrensache sei, fest auf unseren Forderungen an Frankreich bestehen. Trügen die Franzosen unseren berechtigten

---

* Vgl. dazu Kap. CCXXVII, Nr. 10562.
** Vgl. dazu Kap. CCXXVIII, Nr. 10576, Fußnote.

Forderungen nicht Rechnung, so werde Seine Majestät sich auf den vertragsmäßigen Standpunkt der Algecirasakte stellen und nicht eher ruhen, wenn erforderlich mit dem Schwerte in der Hand, bis der letzte Franzose sich aus Marokko zurückgezogen habe.

Der englische Botschafter ist über diese offene Aussprache Seiner Majestät sehr bestürzt gewesen. Seine Exzellenz der Botschafter hatte Seiner Majestät soeben auf dessen Frage, ob England Frankreich als Landsknecht auf dem Kontinent gegen Deutschland zu verwenden und eine endgiltige Regelung der schwebenden Fragen zwischen uns und Frankreich, die zu einem agreement führen könnten, zu hintertreiben beabsichtige, energisch verneint und als sehnlichsten Wunsch englischer Regierung, ein agreement zwischen uns und Frankreich entstehen zu sehen, bestimmt unterstrichen. Daher hat Seine Majestät ihm gesagt, England habe jetzt die Gelegenheit, sein Teil zu einer friedlichen Beilegung des deutsch-französischen Konflikts beizutragen. England solle aufhören, die deutsch-französischen Verhandlungen zu hintertreiben, und statt dessen in loyaler Weise auf die Franzosen einwirken, daß sie unsere berechtigten Forderungen, durch welche englische Interessen in keiner Weise beeinträchtigt würden, annehmen.

Seine Majestät sind der Ansicht, daß der englische Botschafter in offener Weise seiner Regierung über das gestrige Gespräch berichten wird. Die englische Regierung werde daraus ersehen, daß Seine Majestät mit aller Festigkeit hinter der Kaiserlichen Regierung stehe, und es werde dadurch das durch das schamlose Treiben eines Teils der deutschen und der ausländischen Presse verbreitete Märchen einer Meinungsverschiedenheit zwischen Kaiser und Kanzler aus der Welt geschafft.

Jenisch

Nr. 10640

Der Reichskanzler von Bethmann Hollweg an Kaiser Wilhelm II., z. Z. in Wilhelmshöhe

Telegramm. Eigenhändiges Konzept

Nr. 55

Berlin, den 14. August 1911

Ew. Majestät danke ich alleruntertänigst für die gnädige Mitteilung Allerhöchstdero Gespräches mit dem Botschafter Goschen. Seine Äußerungen zeigen wieder die naive Unbefangenheit englischer Politiker, erweisen aber zugleich ebenso wie anderweite englische Auslassungen die Befürchtung, daß eine Verständigung über Marokko auch unsere sonstigen Beziehungen zu Frankreich bessern wird. Hinc illae lacrimae.

Alleruntertänigst

v. Bethmann Hollweg

Nr. 10641

Der Botschafter in London Graf von Metternich an den Reichskanzler von Bethmann Hollweg

Ausfertigung

Nr. 597
Geheim

London, den 19. August 1911

Es ist richtig, daß die uns günstige Stimmung in London, welche auf dem Glauben beruhte, daß wir seit unserem Abkommen von 1909 ein Kreuz über Marokko gemacht hätten, und welche durch den Besuch Seiner Majestät des Kaisers gefördert worden war, durch Agadir beseitigt worden ist*. Der Umschwung wendet sich aber nicht gegen die Person Seiner Majestät des Kaisers, sondern gegen die jüngste Marokkopolitik der Kaiserlichen Regierung. Es ist aber weit übertrieben, daß diese wie ein neues Krügertelegramm gewirkt haben soll. Zur Zeit des Krügertelegramms bestand eine starke Erbitterung im englischen Volk. Agadir hat in weiten Kreisen keine Erbitterung erzeugt und kaum Verstimmung, sondern nur Unbehagen mit der politischen Zukunft. Starke Verstimmung besteht bei der Regierung und zum Teil im Parlament, also in politischen Kreisen, aber nicht im Volk. Die eingeweihten Politiker argumentieren hier folgendermaßen: Noch im Mai dieses Jahres habe der Herr Reichskanzler dem englischen Botschafter in Berlin gesagt, wegen Marokkos, wo wir nur wirtschaftliche Interessen verfolgten, sehe er keine Trübung voraus. Seine Majestät der Kaiser habe dem Könige gegenüber betont, daß wir in Marokko nur die Offene Tür haben wollten, auf dieser aber auch bestehen müßten. König Georg hat sich einer mir bekannten Persönlichkeit gegenüber unwillig über unser Vorgehen in Marokko geäußert. Nach dem, was Seine Majestät der Kaiser ihm gesagt, habe er die jüngste Phase unserer Marokkopolitik nicht erwarten können. Die hiesige Politik argumentiert ferner: Durch die plötzliche Entsendung unseres Kriegsschiffes nach Agadir sei starkes Mißtrauen in unsere Absichten, die hier niemand gekannt habe, entstanden. Daher die von der Regierung vorher gebilligte Rede des Herrn Lloyd George. Ein deutsch-französisches Abkommen zur Beseitigung der Marokkofrage werde hier dringend gewünscht.

Sir Edward Goschen berichtet optimistisch.

Im ersten Schrecken von Agadir wandten sich die Franzosen hülfesuchend an England. Die englische Regierung wußte, daß, wenn sie den Franzosen die kalte Schulter zugewendet hätte, diese vielleicht zu uns übergegangen, jedenfalls aber sich von England abgewendet hätten.

* Das bestätigt auch der russische Botschafter in London Graf Benckendorff in einem Briefe an den stellvertretenden russischen Außenminister Neratow vom 19. Juli (v. Siebert, Diplomatische Aktenstücke, a. a. O., S. 428).

Dies will sie unter allen Umständen vermeiden. Daher wird sie auch nicht die Franzosen drängen oder ihnen raten, einen Vergleich mit uns anzunehmen, der den Franzosen nicht paßt. Die englische Haltung ist daher mitbestimmend auf die französische Hartnäckigkeit uns gegenüber. Dasselbe Spiel hat sich schon früher gezeigt und wird sich auch in absehbarer Zukunft, wenn wir wieder mit Frankreich in Konflikt geraten, wiederholen. Hieran konnte niemand, der einigermaßen die auswärtige Politik Englands während der letzten sieben Jahre mit Aufmerksamkeit verfolgt hat, zweifeln.

Ich spreche mich hier, wo es angezeigt ist, dahin aus, daß es zu meinem Bedauern immer klarer hervortritt, daß wir bei jeder europäischen Komplikation England auf der gegnerischen Seite finden. Insbesondere sei die Rede des Herrn Lloyd George eine unerhörte Provokation gegen Deutschland gewesen. Eine solche Rede sei nur gerechtfertigt am Vorabende eines Krieges, wenn ein Staat sich in seinen Lebensinteressen oder in seiner Ehre verletzt fühle. Wüßte aber die Welt und insbesondere das britische Volk, daß Deutschland auch nicht das geringste englische Interesse verletzt habe, noch zu verletzen beabsichtige, so würde der englische Minister vor der Öffentlichkeit einen schweren Stand haben. Zu meinem Bedauern verbreite sich in Deutschland immer weiter die Ansicht, daß die englische Politik sich uns bei jeder wichtigen Gelegenheit in den Weg stelle. Das Vorgehen der Kaiserlichen Regierung in Agadir als eine Warnung gegen das Hinwegsetzen der Franzosen über geschriebene Verträge sei in Deutschland mit allgemeiner Zustimmung begrüßt worden. Es werde in Deutschland als unerträglich empfunden, daß die Franzosen auf Grund ihres Abkommens mit England, welches uns nicht binde, ungeniert über unsere Rechte in Marokko glaubten verfügen zu dürfen. Dieser Zustand sei auf die Dauer nicht haltbar. Augenblicklich machten wir noch einen ehrlichen Versuch, uns gütlich zu einigen. Schlage dieser fehl, so hielte ich die Lage für sehr ernst.

In den hiesigen maßgebenden Kreisen beginnt man zu begreifen, daß die öffentliche Stimmung in Deutschland sich nicht mehr viel bieten lassen will. Man ist darüber einigermaßen erstaunt und deduziert, daß der Dreibund zwar verlange, daß andere Völker ihn als friedfertiges Instrument betrachteten, sobald aber eine andere Gruppe entstehe, diese von uns als feindlich bezeichnet werde, worauf ich erwidere, daß der Dreibund sich nicht gegen England gewendet habe, England wohl aber mit seiner Gruppe gegen uns.

P. Metternich

Nr. 10642

Der Botschafter in London Graf von Metternich an den Reichskanzler von Bethmann Hollweg

Ausfertigung

Nr. 602
Geheim

London, den 22. August 1911

Freiherr von Eckardstein erschien gestern abend auf der kaiserlichen Botschaft und machte die in der Anlage* wiedergegebenen, in seiner Gegenwart schriftlich fixierten Angaben.

Es ist dies meines Wissens das erste Mal seit mehreren Jahren, daß der frühere Botschaftsrat sich auf der kaiserlichen Botschaft gezeigt hat, die keine Beziehungen mit ihm unterhält. Er sprach die Absicht aus, nach Berlin zu fahren. Dort wird er wohl seine sensationelle Nachricht zu verwerten wissen.

Es klingt nicht wahrscheinlich, daß die englische Regierung den Vertretern von Arbeitern und Eisenbahngesellschaften die Existenz eines kürzlich abgeschlossenen Geheimvertrages mitgeteilt haben sollte. Auch ist es nicht wahrscheinlich, daß sie einseitig eine Verpflichtung von solcher Tragweite schriftlich übernommen haben sollte. Dagegen wird sie wie bei früheren Marokkokrisen so auch jetzt wieder der französischen Regierung keinen Zweifel darüber gelassen haben, daß sie Frankreich in allen Lagen — also auch im Kriege —, die aus den Marokkogefährnissen entstehen können, unterstützen wird.

Ich habe heute mit dem Chairman (Präsidenten) einer großen Eisenbahngesellschaft, mit dem ich seit Jahren befreundet bin, und auch mit dem Minister des Innern, Herrn Churchill, lange Unterredungen über den Streik und seine Beilegung gehabt**. Der Eisenbahnpräsident, der an den Verhandlungen beteiligt war, sagte mir, der Ministerpräsident habe die Vertreter der Eisenbahngesellschaften eindringlich zur Annahme des Kompromißvorschlages der Regierung zum Zwecke der sofortigen Beendigung des Streiks ermahnt und dabei auf die Unsicherheit der internationalen Lage und auf die Gefahren, denen England bei einer Verallgemeinerung des Streiks ausgesetzt sei, hingewiesen und zur Nachgiebigkeit aufgefordert. Die Vertreter der Gesellschaften und die Vertreter der Arbeiter haben nicht gemeinsam, sondern gesondert

---

* Siehe Anlage.

** Vgl. auch Winston H. Churchill, The World Crisis 1911—1924, p. 53ff. Über Genesis und Entwickelung des Eisenbahnerstreiks in Großbritannien und Irland siehe Schultheß' Europäischer Geschichtskalender Jg. 1911, S. 362ff. Nach einer späteren Mitteilung des englischen Marineattachés in Rom Captain Stewart zu seinem deutschen Kollegen Korvettenkapitän von Rheinbaben hätte die englische Regierung gegenüber den Streikführern mit dem Argument operiert: „Wenn Ihr Euch jetzt nicht fügt, dann haben wir in zwei Tagen den Krieg mit Deutschland." A. v. Tirpitz, Der Aufbau der deutschen Weltmacht, S. 198. Siehe auch Nr. 10663.

mit der Regierung verhandelt. Der Eisenbahnpräsident bezweifelte, daß der Premierminister die gleiche Aufforderung betreffend die internationale Lage auch an die Arbeiterführer gerichtet habe. Er nimmt an, daß die Regierung sich nur an die Vertreter der Gesellschaften gewandt habe, da diese aus patriotischen Rücksichten leichter zu beeinflussen seien und eher einem Druck folgten als die Vertreter der Arbeiter. Der Eisenbahnpräsident sagte, nähere Mitteilungen über die auswärtige lage habe seines Wissens der Ministerpräsident bei keiner der Verhandlungen mit den Gesellschaften gemacht.

Wenn der Gewährsmann des Herrn von Eckardstein gesagt hat, „Europe has beaten us", so ist dies folgendermaßen zu verstehen. Die schnelle Beendigung des Streiks wurde dadurch herbeigeführt, daß die Arbeiterführer sich in der Erwartung getäuscht sahen, daß die Eisenbahnarbeiter, welche nicht zu den Trade Unions gehören, sich an dem Streik beteiligen würden. Ferner durch die energische Haltung der Regierung, welche mit Aufgebot der Truppen die Eisenbahnlinien zu schützen bereit war. Die Mitglieder der Amalgamated Societies, der Trade Unions bei sämtlichen Eisenbahnen, betragen etwa 240000. Die Anzahl aller Eisenbahnangestellten beträgt 800000 bis 900000 Menschen. Von der Gesamtsumme der Arbeiter traten nach der Schätzung der Eisenbahngesellschaften etwa 170000 aus, also nicht einmal die volle Zahl der Trade Unions. Die Eisenbahngesellschaften hatten sich nach den am ersten Streiktage gesammelten Erfahrungen auf einen beschränkten, aber festen Betrieb eingerichtet. Insbesondere war ein Mangel der Zufuhr an Lebensmitteln nach London nicht mehr zu befürchten. Die Eisenbahngesellschaften würden den Austrag des Kampfes durch Verlängerung des Streiks bevorzugt haben, da sie sich als Sieger fühlten. Die Regierung dagegen spielte um Hals und Kragen. Bei einer Verlängerung des Streiks, der Zunahme von Unruhen und der gewaltsamen Unterdrückung derselben durch die Truppen und dem dabei nicht vermeidbaren Blutvergießen würden die parlamentarische Arbeiterpartei und einzelne Abgeordnete der radikalen Linken von der Regierung abgefallen sein. Diese besteht aber nur durch einen künstlichen Verband verschiedener parlamentarischer Gruppen. Es ist daher leicht erklärlich, daß der Premierminister an das nationale Gefühl der Vertreter der Eisenbahngesellschaften appellierte, um diese nachgiebig zu machen. Bei den Vertretern der Gesellschaften besteht auch dieser Verdacht.

Die Lage liegt jetzt so: Die Eisenbahngesellschaften sind bereit, mit Bezug auf Löhne und Arbeitszeit Zugeständnisse zu machen, sie sind auch bereit, mit den Vertretern der Arbeiter in den Conciliation Boards (Vermittlungsämtern) zu verhandeln. Die Eisenbahngesellschaften wollen aber nur mit den Delegierten verhandeln, die Arbeiter ihrer eigenen Eisenbahngesellschaft vertreten, und lehnen es ab, mit den Vertretern der Trade Unions zu verhandeln, wenn diese auch andere als die Arbeiter

der eigenen Eisenbahnlinie repräsentieren. Sie wollen nicht mit den Führern der Trade Unions als solchen verhandeln. Ob es über diese und andere Fragen zu einer Einigung kommt, wird der Ausgang der Verhandlungen der jetzt tagenden Königlichen Kommission lehren.

Herr Churchill, der allein den Abend bei mir zubrachte, stellte nicht in Abrede, daß der Premierminister, um die Eisenbahngesellschaften umzustimmen, auf den Ernst der internationalen Lage hingewiesen habe. Ich sagte ihm, ich hätte gehört, daß Herr Asquith dabei auf geheime und weitreichende Verpflichtungen aufmerksam gemacht habe, die England in der letzten Zeit eingegangen sei. Herr Churchill erwiderte, hiervon sei ihm nichts bekannt, bestritt entschieden, daß Herr Asquith sich auf Einzelheiten der äußeren Lage eingelassen habe, und fügte hinzu: „You may take it for granted that the Prime Minister has said nothing beyond a general appeal to the Railway Companies to come to terms with their men, considering the uncertainty of the international situation."

Marokko bildete den Hauptteil unseres Gesprächs. Ich will Euere Exzellenz nicht mit einer Herzählung der Argumente ermüden, durch die ich dem Minister unseren Standpunkt zu erklären versuchte. Dagegen möchte ich einige Äußerungen desselben wiedergeben, da sie die Auffassung der englischen Regierung beleuchten. Es herrsche hier Verständnis, so bemerkte er, für die Auffassung, daß Deutschland für sein eventuelles Zurücktreten in Marokko eine Kompensation verlange. Es herrsche hier ferner Verständnis für den allgemeineren Gedanken, daß Deutschland auch unabhängig von der Marokkofrage einen größeren Kolonialbesitz zu erwerben trachte. Die englische Regierung wünsche unseren Ausgleich mit Frankreich und werde unseren Verhandlungen keine Hindernisse bereiten. Durch die Entsendung des „Panther" nach Agadir sei in den hiesigen höheren politischen Kreisen starkes Mißtrauen in die Absichten der deutschen Politik entstanden. Infolge unserer Einwilligung zu dem Nachrichtenaustausch über die Schiffsbauten* und durch den nachfolgenden Kaiserbesuch in London** sei eine hoffnungsvolle Atmosphäre entstanden. Hätten wir hier vorher angedeutet, daß wir ein ernstes Wort mit den Franzosen über ihr Vorgehen in Marokko reden wollten, so würde man auch das verstanden haben. Durch die plötzliche Entsendung unseres Kriegsschiffes nach Agadir seien aber über die verschleierten Endabsichten unserer Politik die ernstesten Gedanken entstanden, worauf auch die ministeriellen Reden zurückzuführen seien.

Ich bemerkte, der Welt sei ein deutlicher Wink auch vor Agadir durch die Erklärung der „Norddeutschen Allgemeinen Zeitung"*** gegeben worden, worin wir unsere Aktionsfreiheit außerhalb der Akte

* Vgl. Bd. XXVIII, Kap. CCXXV.
** Vgl. dazu Kap. CCXXVII, Nr. 10562.
*** Vgl. dazu Kap. CCXXVII, Nr. 10555, S. 114, Fußnote.

von Algeciras vindiziert hätten für den Fall, daß die Franzosen gezwungen sein würden, sich infolge ihrer militärischen Eroberungspolitik immer fester in Marokko einzunisten. Wir seien schließlich vor die Alternative gestellt worden, entweder ruhig zuzusehen, wie Frankreich Marokko verschlucke, oder einzuschreiten. Daher Agadir. Sonst keine dunkelen Pläne. Über Agadir sei die englische Regierung durch mich ganz klar unterrichtet. Wir suchten eine Verständigung mit Frankreich, aber nur auf einer Grundlage, die dem deutschen Nationalgefühl annehmbar sei. Wir suchten nicht durch absichtlich übertriebene Forderungen einen Bruch und Krieg, weder mit Frankreich noch mit England.

Ich machte diese Bemerkung, weil ich im Laufe des Gesprächs zu erkennen glaubte, daß der englische Minister infolge unserer Agadirpolitik seine inneren Zweifel hatte, ob wir nicht zum Kriege drängten*. Er bemerkte schließlich, wenn unsere Politik so sei, wie ich sie darstelle, es ganz bestimmt nicht zum Kriege zwischen uns und England kommen werde.

P. Metternich

Anlage

Aufzeichnung

Ich erfuhr am Sonnabend, dem 19., abends von einem Chairman einer der ersten Eisenbahngesellschaften, der direkt von den Einigungsverhandlungen kam, daß der Streik beendet sei. Hierbei äußerte er sich mir gegenüber: „The strike is finished, Europe has beaten us." — Auf meine Frage, was er damit meinte, erwiderte er, er könne sich hier-

* In Wirklichkeit hatte man in London keinen Zweifel daran, daß Deutschland unter keinen Umständen den Krieg wünsche. Vgl. den Brief des russischen Botschafters in London Graf Benckendorff vom 1. August (v. Siebert, Diplomatische Aktenstücke, a.a.O., S. 432), in dem es heißt: „Man hat [hier] die Überzeugung gewonnen, daß, wenn Deutschland auch nicht beabsichtigt, auf ernstliche Zugeständnisse von seiten Frankreichs zu verzichten, Deutschland doch auf alle Fälle keinen Krieg wünscht". Auch am 16. August sagte Sir E. Grey zu Graf Benckendorff: „Ich glaube nicht, daß Kaiser Wilhelm den Krieg gewollt hat, als dieser Zwischenfall entstand; ich glaube auch nicht, daß er den Krieg heute will" (v. Siebert, a. a. O., S. 435). Für seine Person hat Sir E. Grey dagegen anscheinend sehr gelassen den Ausbruch eines Krieges und sogar eines Weltkrieges ins Auge gefaßt. Wenigstens hat er eben damals zu Graf Benckendorff gesagt: „Im Falle eines Krieges zwischen Deutschland und Frankreich wird England sich beteiligen müssen. Wenn dieser Krieg auch einen Krieg mit Rußland nach sich zieht, wird auch Österreich mit hineingezogen werden, welches gar keine Lust hat, sich in diese Frage einzumischen, welches aber durch die Umstände dazu gezwungen werden wird. Es ist kein Zweifel, daß in einem solchen Falle sich die Lage auch in Albanien verschärfen wird. Es ist also nicht mehr ein Duell zwischen Frankreich und Deutschland — es ist der allgemeine Krieg." Daselbst. Die Möglichkeit wäre freilich nicht abzuweisen, daß Sir E. Grey, der genau wußte, daß Rußland in der Marokkokrise den Krieg nicht wünschen konnte, durch den Hinweis auf die Kriegsmöglichkeit den Alliierten Frankreichs veranlassen wollte, auf dieses mäßigend einzuwirken. Eine direkte englische Einwirkung auf Frankreich mochte ihm nach dem Voraufgegangenen nicht opportun erscheinen; erst später hat er in versöhnlichem Sinne auf die Kompensationsverhandlungen zwischen Deutschland und Frankreich Einfluß genommen. Vgl. Nr. 10651, Fußnote **.

über nicht näher äußern, da den Repräsentanten der Arbeiter und der Eisenbahngesellschaften striktes Stillschweigen über gewisse Erklärungen, die ihnen seitens der Regierung über die gegenwärtige internationale Lage gemacht worden seien, auferlegt wäre.

Ich stellte daraufhin Nachforschungen an und habe auf Grund positiver, streng geheimer Mitteilungen, die mir von zwei gut unterrichteten Beteiligten* gemacht wurden, folgendes mit Sicherheit konstatiert:

Die Regierung hat den Unterhändlern unter strengstem Siegel der Verschwiegenheit mitgeteilt, daß auf Grund eines innerhalb der letzten vierzehn Tage abgeschlossenen geheimen schriftlichen Vertrages mit Frankreich England jeden Augenblick genötigt sein könne (to be called up), mit seiner gesamten Streitkraft (zu Wassser und zu Lande) an einem eventuellen Kampfe zwischen Frankreich und Deutschland teilzunehmen. Mit Rücksicht auf die von England eingegangenen Verpflichtungen habe die Regierung an den Patriotismus der Arbeiterführer und der Gesellschaftsvertreter appelliert.

Da eine Veröffentlichung dieser Nachricht unter Umständen ungünstig wirken könnte, werde ich davon absehen, dieselbe durch die Telegraph-Agentur Press-Centrale in die Öffentlichkeit bringen zu lassen; es sei denn, falls englische oder französische Zeitungen sie bringen sollten.

---

* Hiervon der eine: Ein Mitglied des Aufsichtsrats einer Eisenbahngesellschaft, der zu den Verhandlungen von der Gesellschaft delegiert war, also Ohrenzeuge. Der andere: Ein verabschiedeter Offizier, von dem Baron Eckardstein annimmt, daß er mit den Eisenbahngesellschaften in Verbindung steht.

Nr. 10643

Der Reichskanzler von Bethmann Hollweg an den Botschafter in London Grafen von Metternich

Telegramm. Konzept von der Hand des Unterstaatssekretärs Zimmermann

Nr. 120 Berlin, den 27. August 1911

In der „Neuen Freien Presse" ist am 25. d. Mts. ein Artikel „eines englischen Diplomaten in wichtiger Stellung" mit scharfen Ausfällen gegen die deutsche Politik, gegen die Umgebung Seiner Majestät des Kaisers und gegen diplomatische Vertreter des Reichs erschienen*. In

---

* Der Artikel, der von dem österreichischen Journalisten Dr. Münz auf Grund eines Gesprächs verfaßt war, das er mit dem englischen Botschafter in Wien Sir F. Cartwright in Marienbad gehabt hatte, trug den Titel „Wahrscheinlichkeiten und Möglichkeiten in der Friedensfrage" und enthielt sehr scharfe Ausfälle gegen die deutsche Politik in der Marokkofrage. Die Entsendung des „Panther" nach Agadir wurde darin unter anderem als ein Schlag gegen den im Jahre 1909 abgeschlossenen Vertrag mit Frankreich und als eine „Herausforderung" bezeichnet. „Hinter der Entsendung des ‚Panther' nach Agadir und hinter der ganzen auswärtigen Politik Deutschlands, insofern sie solchen Provokationen huldigt, steht für denjenigen, der Deutschland kennt, nicht das deutsche Volk, sondern nur eine gewisse Clique, die gleich rücksichtslos in

einem großen Teil der deutschen und der österreichischen Presse wird Botschafter Cartwright als Urheber des Artikels bezeichnet. Wir können nicht glauben, daß diese Annahme den Tatsachen entspricht, da eine derartige publizistische Betätigung eines britischen Vertreters im Ausland ganz ungewöhnlich und für die deutsch-englischen Beziehungen bedenklich wäre.

Bitte Aufmerksamkeit Sir Edward Greys auf Vorgang lenken unter Verwertung vorstehender Ausführungen und ihm gleichzeitig erklären, daß für uns angesichts der großen und berechtigten Erregung, die Angelegenheit in Deutschland hervorgerufen hat, eine amtliche Äußerung von großem Wert sein würde*.

Drahtantwort. v. Bethmann Hollweg

Nr. 10644

*Der englische Staatssekretär des Äußern Sir Edward Grey, z. Z. in Fallodon, an den Botschafter in London Grafen von Metternich***

Privatbrief. Abschrift

Fallodon, Christon Bank, Northumberland
August 30. 1911

Neither Sir F. Cartwright nor I nor any British diplomatist that I know of had any cognizance of the article in the „Neue Freie Presse" before it appeared.

The statement to the contrary has caused me considerable resentment; sometime ago a statement of a very mischievous kind about

---

verschiedenen europäischen Zentren vorgeht ... Die Umgebung des Kaisers hat offenbar zu der Tat von Agadir inspiriert ... Da schlägt die deutsche Diplomatie drein, hinter der nicht Deutschland steht — ich meine das deutsche Volk —, sondern eine Oligarchie, die eine weise Staatsleitung behindert und wirklichen Staatsmännern ihre Selbständigkeit nimmt." Nachdrücklich betonte der „englische Diplomat in wichtiger Stellung" in seinen Auslassungen noch, daß England in der Marokkoaffäre ganz auf seiten Frankreichs stehe und bei einem ausbrechenden Konflikt zu ihm halten werde. Ja, er deutete an, daß es Österreich nicht bequem sein könne, jetzt seinen intimen Verbündeten mit dem Marokkofeuer wieder spielen zu sehen.
Das „Interview" erregte gewaltiges Aufsehen und führte eine lange Preßpolemik herbei. Durch ein ungeschicktes Dementi Sir F. Cartwrights in der „Neuen Gesellschaftlichen Korrespondenz": „Ich lehne die Verantwortung für anonym in Zeitungen erscheinende Artikel, deren Ursprung schlecht unterrichtete Leute mir zuschreiben, entschieden ab", wurde nur Öl ins Feuer gegossen.

* Da Sir E. Grey zur Zeit der Ankunft des Telegramms Nr. 120 in London in Fallodon weilte, entledigte sich Graf Metternich seines Auftrages auf brieflichem Wege. Die Antwort Sir E. Greys siehe im folgenden Schriftstück.

** Eine deutsche Übersetzung des Schreibens wurde durch Graf Metternich mittels Telegramms Nr. 113 vom 1. September nach Berlin übermittelt.

British diplomacy came into the German Press from an unofficial Austrian source; I had a contradiction of it given and if my recollection is correct the contradiction did not good and the statement was repeated. I am doubtful whether any more good would be done by an official denial now, but I shall be in London on Monday and Tuesday next and shall be glad if you will come to see me about it at the Foreign Office on either day.

(gez.) E. Grey

Nr. 10645

Der Staatssekretär des Auswärtigen Amtes von Kiderlen an den Botschafter in London Grafen von Metternich

Telegramm. Konzept

Nr. 126 Berlin, den 3. September 1911

Auf Telegramm Nr. 113*.

Bitte Sir E. Grey sagen, wir entnähmen aus seiner Mitteilung zwar mit Genugtuung, daß Darlegungen fraglichen Artikels „Neuer Freier Presse" nicht zum voraus von irgendeiner amtlichen englischen Stelle gebilligt worden sind, indessen sei unwidersprochen, daß Herr Cartwright die betreffenden Äußerungen getan hat. Falls dies zutreffen sollte, so würde die Tatsache der Veröffentlichung ohne weitere Bedeutung sein; denn daß sie veröffentlicht werden würden, wenn sie einem bekannten Journalisten gegenüber fielen, mußte sich der Botschafter sagen. Für uns muß vor allem in Betracht kommen, ob eine englische Persönlichkeit in verantwortlicher politischer Stellung abfällige Äußerungen über unsere Politik einem Journalisten gegenüber getan hat oder nicht. Das Dementi des Botschafters** sowohl wie dasjenige Sir E. Greys besagt nur, daß ihnen die Wiedergabe der Cartwrightschen Äußerungen in dem bekannten Artikel der „Neuen Freien Presse" nicht vorher bekannt gewesen sei, aber in keiner Weise, daß der Artikel die tatsächlichen Äußerungen des Botschafters nicht richtig wiedergebe. Bei unsern bisherigen freundschaftlichen Beziehungen zu der englischen Regierung müssen wir jedoch erwarten, daß uns in unzweideutiger Weise erklärt wird, entweder daß Sir F. Cartwright die betreffenden Äußerungen nicht getan hat oder, daß er, wenn er sie getan, damit nicht die Ansicht seiner Regierung ausgesprochen hat.

Selbstverständlich ist eine Regierung oder ein Diplomat für einen Zeitungsartikel nicht verantwortlich und auch nicht verpflichtet, einen

---

* Vgl. Nr. 10644, Fußnote **.

** Vgl. Nr. 10643, Fußnote.

Artikel, der ihm nicht getane Äußerungen in den Mund legt, zu dementieren. Nachdem aber Sir F. Cartwright zu dem Artikel das Wort ergriffen hat, müssen wir erwarten, daß die Äußerung offener und deutlicher ist. Das, was Cartwright bisher veröffentlicht hat, lehnt lediglich seine formelle Verantwortung für den Artikel ab, die überhaupt nicht in Frage kommen konnte, stellt aber geradezu, wenn auch indirekt fest, daß er die publizierten Äußerungen getan hat. Ob es in seiner Absicht lag, daß sie in der Form, wie es geschehen, publiziert werden, kann dabei nicht in Betracht kommen. Er hat die Äußerungen, falls er sie gemacht, so getan, daß er die Möglichkeit der Veröffentlichung voraussehen mußte, und ist daher für ihre Veröffentlichung verantwortlich. Sir E. Grey wird aber nicht bestreiten, daß es die Beziehungen zwischen zwei Mächten ungünstig beeinflussen muß, wenn der amtliche Vertreter der einen bei einer Großmacht vor einem Journalisten gehässige Urteile über die Politik der anderen fällt, wie dies in dem fraglichen Artikel Sir F. Cartwright zugeschrieben wird. Nachdem auch von dem Urheber des Artikels deutlich Sir F. Cartwright als Quelle angegeben ist und sich Sir F. Cartwright nur zu einem gewundenen Dementi herbeigelassen hat, dürfen wir, wie gesagt, billig erwarten, daß die englische Regierung uns die positive Erklärung abgibt, entweder, daß Sir F. Cartwright die ihm zugeschriebenen Äußerungen nicht getan oder daß er, wenn er sie getan, nicht die Anschauungen seiner Regierung wiedergegeben hat. Ich bitte, Sir E. Grey die Sachlage eindringlich darzustellen und ihn speziell zu fragen, welchen Eindruck er haben würde, wenn sich ein deutscher Botschafter ein ähnliches Urteil über englische Politik gestattet hätte unter Umständen, bei denen er die Veröffentlichung zum mindesten als wahrscheinlich annehmen mußte.

Ihrem telegraphischen Bericht sehe ich mit Interesse entgegen.

Kiderlen

Nr. 10646

Der Botschafter in London Graf von Metternich an das Auswärtige Amt

Telegramm. Entzifferung

Nr. 115 London den 5. September 1911

Antwort auf Telegamm Nr. 126*.

Sir E. Grey teilte mir soeben Einzelheiten über den Fall Cartwright mit, die er inzwischen erhalten habe. Dr. Münz habe Sir F. Cartwright um ein Interview gebeten, was von dem Botschafter abgelehnt worden sei. Dr. Münz habe dann den Botschafter in Marienbad bei der Promenade gestellt und eine allgemein gehaltene kurze Unterhaltung mit

* Siehe Nr. 10645.

ihm gehabt. Der Botschafter berichte ferner, daß er weder den Artikel der „Neuen Freien Presse“ inspiriert noch die ihm in demselben zur Last gelegten Äußerungen dem Dr. Münz gemacht habe. Dieser scheine bei verschiedenen politischen Persönlichkeiten herumgefragt zu haben und sich daraus eine Meinung gebildet haben, wie die britische Regierung sich angeblich zur Marokkofrage stelle.

Dr. Münz habe dem Botschafter inzwischen ein Entschuldigungsschreiben gesandt. Das Schreiben wird von dem Botschafter an Sir E. Grey geschickt und ist unterwegs.

Dr. Münz habe sich auch persönlich entschuldigen wollen; der Botschafter habe aber abgelehnt, ihn zu empfangen.

Sir E. Grey fuhr fort, zwei Tage vor Erscheinen des Artikels in der „Neuen Freien Presse“ sei Reuters Bureau mitgeteilt worden, daß am nächsten Morgen ein wichtiger Artikel in der betreffenden Zeitung erscheinen werde. Der Artikel sei aber zunächst zur Kenntnis nach Berlin geschickt worden, vermutlich an eine Preßstelle; den nächsten Tag sei er dann in Wien erschienen. Am selben Morgen habe der deutsche Geschäftsträger in Wien* die deutschen Journalisten auf die deutsche Botschaft bestellt. Die Vermutung sei naheliegend, um mit ihnen den Artikel zu besprechen. Sei diese Vermutung zutreffend, so scheine es ihm, Sir E. Grey, daß es richtiger gewesen wäre, wenn der deutsche Geschäftsträger sich statt dessen direkt an Sir F. Cartwright um Aufklärung gewandt hätte, mit dem er persönlich in guten Beziehungen stehe. Der deutsche Geschäftsträger würde dann sofort in der Lage gewesen sein, zu dementieren, daß der britische Botschafter den Artikel inspiriert habe.

Er, der Minister, halte ein öffentliches Dementi seinerseits für unangebracht, da es ebenso angezweifelt werden würde wie die bereits erfolgten Dementis des Botschafters und des Foreign Office durch Reuter. Um aber dem von dem Herrn Reichskanzler ihm durch mein Schreiben übermittelten Wunsch entgegenzukommen, stelle er anheim, daß wir eine Erklärung veröffentlichen etwa folgenden Inhalts: Die Kaiserliche Regierung habe sich an die britische Regierung um Aufklärung betreffend den Artikel der „Neuen Freien Presse“ gewandt und von dieser eine befriedigende dahingehende Erklärung erhalten, daß Sir F. Cartwright mit dem Artikel in keiner Verbindung stehe.

Ich ließ den Minister zunächst ausreden und setzte ihm dann in freundschaftlicher, aber ernster Weise auseinander, daß die bisherigen Dementis nicht überzeugend wirken könnten. Es komme nicht darauf an, daß Sir F. Cartwright die Verantwortlichkeit für den Artikel zurückweise, und daß er vor der Veröffentlichung keine Kenntnis von ihm gehabt habe. Um die öffentliche Meinung zu beruhigen, sei es notwendig, klar und unumwunden zu erklären, daß der Artikel weder

* Graf Oberndorff.

von dem Botschafter inspiriert, noch die in demselben enthaltenen Äußerungen von ihm gemacht worden seien.

Der Minister sah dies ein.

Falls Euere Exzellenz bereit sind, auf den Vorschlag Sir E. Greys einzugehen, so würde er meiner Ansicht nach einer von uns abzugebenden Erklärung etwa folgenden Inhalts seine Zustimmung geben: Die Kaiserliche Regierung hat nach Rückfrage bei der britischen Regierung von dieser die befriedigende Erklärung erhalten, daß der britische Botschafter in Wien den bekannten Artikel in der „Neuen Freien Presse" weder inspiriert noch dem Autor des Artikels die dem Botschafter in demselben zur Last gelegten Äußerungen gemacht habe.

Ich kann den Minister am nächsten Donnerstag abend oder Freitag morgen wieder sprechen und bitte um Weisung. Der Minister wünscht von dem Wortlaut der von uns etwa abzugebenden Erklärung vorher Kenntnis zu erhalten und wird auch dem englischen Botschafter in Wien von der etwa beabsichtigten Erklärung Kenntnis geben. Ich glaube nicht, daß der Minister sich dazu bewegen lassen wird, selbst die betreffende Erklärung öffentlich abzugeben.

Mit Bezug auf die Tätigkeit des Kaiserlichen Geschäftsträgers in Wien entgegnete ich dem Minister, daß ich es für erklärlich und natürlich halte, wenn derselbe sich nach Erscheinen des allgemeines Aufsehen erregenden Artikels in deutschen journalistischen Kreisen zu informieren gesucht haben sollte.

Metternich

Nr. 10647

Der Staatssekretär des Auswärtigen Amtes von Kiderlen an den Botschafter in London Grafen von Metternich

Telegramm. Eigenhändiges Konzept

Nr. 129 Berlin, den 6. September 1911

Mit Bezug auf Telegramm Nr. 115*.

Ew. wollen Sir E. Grey fragen, ob er damit einverstanden, daß wir folgendes veröffentlichen:

„Die Kaiserliche Regierung hat auf ihre Anfrage von der Königlich Großbritannischen Regierung die Erklärung erhalten, daß der großbritannische Botschafter in Wien weder den bekannten Artikel in der ‚Neuen Freien Presse' inspiriert, noch dem Verfasser des Artikels gegenüber die darin dem Botschafter zugeschriebenen Äußerungen gemacht hat."

Drahtantwort.

Kiderlen

* Siehe Nr. 10646.

Nr. 10648

Der Botschafter in London Graf von Metternich an das Auswärtige Amt

Telegramm. Entzifferung

Nr. 118 London, den 8. September 1911

Antwort auf Telegramm Nr. 129*.

Ich habe Sir E. Grey heute die folgende Übersetzung für Veröffentlichung mitgeteilt:

„The Imperial Government have from the British Government on inquiry a declaration to the effect that the British Ambassador at Vienna has neither inspired the article published in the „Neue Freie Presse", nor has the Ambassador made the statements ascribed to him to the author of the article."

Der Minister bemerkte, es komme ihm hauptsächlich darauf an, daß die Preßkampagne aufhöre. Stehe in der Veröffentlichung nur, was die britische Regierung erkläre, so würde voraussichtlich die deutsche Presse fortfahren, den englischen Botschafter anzugreifen und der englischen Erklärung keinen vollen Glauben beizumessen. Damit die Angriffe aufhörten, sei seiner Ansicht nach notwendig, daß die Kaiserliche Regierung erkläre, von der ihr gegebenen Information befriedigt zu sein. Er schlug vor, nach „on inquiry" fortzufahren „information which satisfied the German Government that the British Ambassador usw." Ich suchte ihn hiervon abzubringen, schlug auch andere Wendung vor und setzte ihm auseinander, daß wir lediglich veröffentlichen können, was die englische Regierung uns mitteilt, daß für den Inhalt der Mitteilung aber die englische Regierung allein einstehen müsse. Wir hätten keine Verpflichtung, den englischen Botschafter in Österreich zu verteidigen. Für uns komme es nur darauf an, den Sachverhalt öffentlich klarzustellen. Er blieb aber dabei, daß der Zweck nur dann erreicht werde, wenn die Kaiserliche Regierung seine Aufklärung decke. Schließlich erbot ich mich, seine Abänderung Euerer Exzellenz zur Prüfung vorzulegen. Sir E. Grey reist heute nach Balmoral und wird dem Premierminister, der ebenfalls in Schottland weilt, und der für den Fall Cartwright lebhaftes Interesse zeigt, meinen Entwurf und seine, Sir E. Greys, Abänderung brieflich mitteilen.

Sir E. Grey bemerkte noch, daß Dr. Münz den Artikel an Herrn Benedikt** mit dem Vorschlag geschickt habe, ihn als Korrespondenz aus London zu veröffentlichen. Statt dessen habe Herr Benedikt, ohne Dr. Münz vorher zu fragen, den Artikel in der sensationellen Weise veröffentlicht.

Metternich

---

* Siehe Nr. 10647.

** Herausgeber der „Neuen Freien Presse".

Nr. 10649

Der Staatssekretär des Auswärtigen Amtes von Kiderlen an den Botschafter in London Grafen von Metternich

Telegramm. Eigenhändiges Konzept

Nr. 132 Berlin, den 9. September 1911

Antwort auf Telegramm Nr. 118*.

Wir sind einverstanden, daß wir unsere Befriedigung über englische Erklärung aussprechen. Wir schlagen vor, am Schluß des Ihnen mitgeteilten Textes zu setzen:

„Damit ist der Zwischenfall für die Kaiserliche Regierung in befriedigender Weise erledigt**."

Kiderlen

Nr. 10650

Der Botschafter in London Graf von Metternich an den Reichskanzler von Bethmann Hollweg

Ausfertigung

Nr. 698 London, den 25. September 1911

Seine Majestät König Georg führte mich in Balmoral nach Tisch in ein Zimmer, wo wir allein waren, um eine längere politische Unterhaltung mit mir einzuleiten.

Er sprach über den Tod des russischen Premierministers***, über dessen wahrscheinlichen Nachfolger, Herrn Kokowzow, den er rühmte, erging sich über die Unruhe in der Arbeiterwelt, die in allen zivilisierten Ländern in bedenklicher Weise zunehme, und behandelte dann ausführlich die Marokkoangelegenheit. Hierbei ergab sich, daß Seine Majestät König Georg nach manchen Seiten hin unserem Standpunkt gerecht zu werden sucht, während er den modus procedendi unserer Politik nicht überall billigt. Jedenfalls steht er auf einem weit gemäßigteren Standpunkt als seine Minister, von denen er in grundlegenden Fragen zum Teil scharf abweicht. Er wiederholte mir ein Gespräch, welches er mit Seiner Majestät dem Kaiser bei Gelegenheit allerhöchstdessen letzter Anwesenheit in London über Marokko gehabt habe†, und

---

* Siehe Nr. 10648.

** Wie Graf Metternich am 13. September telegraphisch (Nr. 122) meldete, erklärte sich Sir E. Grey nunmehr mit dem deutscherseits vorgeschlagenen Wortlaut einverstanden; nur wünschte er, daß gesagt werde, die deutsche Regierung habe von der großbritannischen die bezügliche Mitteilung (nicht „Erklärung") erhalten. Mit dieser Modifikation erfolgte die deutsche Bekanntgabe in der „Norddeutschen Allgemeinen Zeitung" vom 15. September. Zur Ruhe kam damit freilich die Angelegenheit, die auch im österreichischen Abgeordnetenhause (5. Oktober), im englischen Unterhause (7. November) und schließlich in den Marokkodebatten des deutschen Reichstags vom 10. und 11. November erörtert wurde, noch lange nicht.

*** Am 18. September war der russische Ministerpräsident Stolypin den Folgen eines Attentats erlegen. Sein Nachfolger wurde der bisherige Finanzminister Kokowzow.

† Vgl. dazu Kap. CCXXVII, Nr. 10562.

worin allerhöchstderselbe die von uns anläßlich des französischen Marsches nach Fes zu befolgende Politik einschließlich der eventuellen Entsendung eines Schiffes nach Marokko genau skizziert habe. Das Programm der kaiserlichen Politik sei darauf gerichtet gewesen, die wirtschaftliche Gleichberechtigung durchzusetzen, dafür aber die Franzosen politisch gewähren zu lassen, da Marokko keinen Krieg wert sei.

Während der König unser Verlangen nach wirtschaftlicher Gleichberechtigung zu würdigen schien, wollte er nicht zugeben, daß die Entsendung eines Kriegsschiffes nach dem geschlossenen Hafen von Agadir erforderlich gewesen sei. Wir hätten uns dadurch ins Unrecht gesetzt und die Situation unnötig verschärft. Ich wandt ein, daß der Marsch nach Fes eine Verletzung der Verträge sei, nicht aber die Entsendung eines Kriegsschiffes an einen Punkt der Küste, wo die deutschen Interessen um Schutz gerufen hätten. Man könne nicht verlangen, daß schutzbedürftige Deutsche und deren Interessen in einem halb barbarischen Lande deshalb unberücksichtigt bleiben müßten, weil der Ort, wo sie sich befänden, zufällig ein nicht geöffneter Hafen sei. Zudem erforderten kritische Zeiten drastische Maßregeln. Der König indessen meinte, two wrongs don't make one right, womit er sagen wollte, daß durch den unberechtigten Zug nach Fes der Zug nach Agadir nicht gerechtfertigt worden sei.

Seine Majestät der König bedauerte die Wirkung, die die Rede des Schatzkanzlers in Deutschland gehabt habe. Herr Lloyd George, der gerade Balmoral verlassen, habe, wie er sage, keineswegs beabsichtigt, deutsche Gefühle zu verletzen, und sei selbst höchst überrascht gewesen von der unerfreulichen Wirkung seiner Worte.

Ich erwiderte, die Rede sei allgemein nur in einem Sinne ausgelegt worden, und zwar als Warnung gegen Deutschland. Dies zu einer Zeit, wo wir von England nichts verlangt und nirgends englische Interessen bedroht hätten. Es sei aber nicht nur die Rede des Schatzkanzlers, sondern die gesamte Haltung der englischen Politik und der englischen öffentlichen Meinung, die ein starkes Gefühl der Erbitterung in Deutschland zurückgelassen hätten. Es sei dies zwar bedauerlich, aber verständlich. Mit Frankreich hätten wir einen Zwist auszutragen gehabt, mit England aber nicht. Trotzdem sähen wir dieses Land sich noch heftiger als unseren Gegner gebärden wie Frankreich. Die deutsche öffentliche Meinung erblicke daher in England jetzt unseren hauptsächlichen Gegner.

Der König, höchstwelcher diese Sachlage bedauert, bemerkte, daß England infolge des grouping of the Powers (das ihm keineswegs sympathisch ist) sich notwendig auf die Seite Frankreichs habe stellen müssen. Er habe wenigstens verhindert, daß ein englisches Kriegsschiff nach Agadir geschickt worden sei, was wahrscheinlich den Krieg zur Folge gehabt haben würde. Ich führte aus, daß die gegenwärtige Gruppierung der Mächte nach meiner persönlichen Überzeugung, die

ich nie gewechselt hätte, nicht zur Herbeiführung der Ruhe in Europa diene, und bemerkte ferner, daß Rußland, obwohl Verbündeter Frankreichs, sich während der letzten Marokkokrise zurückhaltend benommen habe, während England sich französischer als die Franzosen gebärde, was natürlich auch in Deutschland vermerkt werde.

Seiner Majestät König Georg ist die aktive und herausfordernde englische Politik nichts weniger als sympathisch, er möchte weit lieber die alte englische Rolle des unbeteiligten Zuschauers in Europa übernehmen. Er besitzt aber nicht annähernd den Einfluß, den sein verstorbener Herr Vater in Fragen der auswärtigen Politik besaß, und man würde stark fehlgehen, wenn man annähme, daß zustimmende Äußerungen des Königs den Gang der englischen Politik gestalten oder auch nur stark beeinflussen.

P. Metternich

Nr. 10651

Der Botschafter in Paris Freiherr von Schoen an den Reichskanzler von Bethmann Hollweg

Ausfertigung

Nr. 417 Paris, den 28. September 1911

Das Wiener Kabinett hat, wie mir der österreichisch-ungarische Geschäftsträger* vertraulich sagt, aus London die Nachricht erhalten, daß die britische Regierung hier neuerdings hat wissen lassen, sie würde sich freuen, wenn die deutsch-französischen Marokkoverhandlungen bald auf dem Wege gegenseitigen Entgegenkommens zu gutem Ende gelangen würden. Auch von anderer vertrauenswerter Seite wird mir diese Nachricht unter der Hand bestätigt.

Wenn es der britischen Regierung ernstlich daran gelegen ist, auf die französischen Freunde mäßigend einzuwirken, so würde sie meines Erachtens gut tun, mit der Vertretung ihrer neuerlichen Ansicht eine geeignetere Persönlichkeit zu betrauen als den Botschafter Sir Francis Bertie, dessen hetzerische Tätigkeit gegen uns hier nachgerade so notorisch geworden ist, daß sie selbst bei Franzosen auffälliges Kopfschütteln erregt**. Sir Francis ist das Seitenstück zu seinem Wiener

* Somssich de Sáard.

** Wenn Sir F. Bertie eine solche Haltung eingenommen hat, so handelte er nicht im Sinne der englischen Regierung, die wenigstens in den weiteren Stadien der deutsch-französischen Kompensationsverhandlungen, etwa seit Anfang September (vgl. dazu Kap. CCXXXI) nicht mehr in aufstachelndem, sondern in mäßigendem Sinne auf Frankreich wirkte. Vgl dazu Sir E. Greys Weisung an Sir F. Bertie vom 5. September 1911. Twenty-Five Years 1892—1916. By Viscount Grey of Fallodon, I, 232 f. Immerhin drückte sich der englische Staatssekretär um die gleiche Zeit gegenüber dem russischen Botschafter, wie schon früher gegenüber dem italienischen, mit einer Schärfe über das deutsche Verhalten in der Marokkofrage aus, die an seiner profranzösischen und antideutschen Einstellung keinen Zweifel läßt. Vgl. seine Depeschen vom 13. Juli bzw. 4. September an Sir E. Goschen bzw. an Sir G. Buchanan. A. a. O. I, 234 ff.

Kollegen Sir Fairfax Cartwright, nur mit dem bemerkenswerten Unterschiede, daß er an Fähigkeit und Verschlagenheit hinter diesem weit zurücksteht. Er gefällt sich darin, seine Anschauungen in jovialem witzelnden Tone vorzutragen, gerät dabei aber leicht ins Groteske und hat damit erreicht, daß der Kreis derer, die ihn ernst nehmen, immer enger wird. Als einen gefährlichen Gegner vermag ich ihn hiernach nicht einzuschätzen.

v. Schoen

Nr. 10652

Bericht des Militärattachés in London Majors Ostertag

Abschrift

Nr. 456 London, den 24. Oktober 1911

Der gestern bekannt gewordene Ministerwechsel berührt die Armee nur insofern, als der neue Erste Lord der Admiralität, der Marineminister Mr. Winston Churchill, ihr angehört. Obgleich erst 37 Jahre alt, hat Mr. Churchill teils als aktiver Kavallerieoffizier, teils als Kriegskorrespondent an dem spanisch-amerikanischen Kriege, den Expeditionen in Malakand und Tirah (Indien), dem Sudanfeldzuge Lord Kitcheners und dem letzten Burenkriege teilgenommen, außerdem hat er bereits die Posten als Unterstaatssekretär für die Kolonien, Handelsminister und Staatssekretär des Innern innegehabt. Man kann ihm also eine gewisse Vielseitigkeit nicht absprechen. Er tauscht seine Stellung mit der des Mr. M'Kenna anscheinend deshalb, weil er sich gelegentlich der energisch durchgeführten Unterdrückung der Streikunruhen im August d. Js.* mit der Arbeiterpartei veruneinigt hat.

Zurzeit ist Mr. Churchill in der Territorialarmee Major und Eskadronchef in dem Regiment Oxfordshire Yeomanry.

Lord Haldane ist seinem Amte als Kriegsminister treu geblieben und will es auch fernerhin bleiben, bis er seine Armeereform sowohl hinsichtlich der Regulären- als der Territorial-Armee ganz durchgeführt hat. Alle Gerüchte über seine Übernahme der Stellung des Lordkanzlers sind unbegründet. Dies hat er mir vorgestern selbst während einer längeren Unterhaltung ausgesprochen. — Gelegentlich dieser kamen wir auf die englischen Kriegsvorbereitungen im August und September** zu sprechen, wobei Lord Haldane sagte:

* Vgl. darüber Nr. 40642 nebst Anlage.

** Über die englischen Kriegsvorbereitungen im Sommer 1911, die zuerst durch die Enthüllungen des konservativen englischen Parlamentsmitgliedes Captain Faber vom 9. November 1911 (vgl. dazu Nr. 10657, Fußnote**) weltkundig geworden sind, sind wir jetzt durch den ersten Band des französischen Generalstabswerks über den Weltkrieg „Les Armées Françaises dans la Grande Guerre", p. 48ss., ferner durch die ausführlichen Angaben bei Churchill und Asquith einigermaßen unterrichtet. Schon am 20. Juli, einen Tag vor Lloyd Georges berühmter Mansion-House-Rede, fand im französischen Kriegsministerium eine Konferenz zwischen dem Leiter des Departements für militärische Operationen im englischen Generalstab, General Wilson, und dem französischen Armee-Generalstabschef, General Dubail, zu dem Zweck statt, „de déterminer les nouvelles conditions de la participation d'une armée anglaise aux opérations des

„Die sogenannten Kriegsvorbereitungen fielen mit denen zur Unterdrückung der Eisenbahnstreiks zusammen. Obgleich ich von vornherein überzeugt war, daß Deutschland nicht den Krieg an Frankreich erklären würde, so haben es die meisten meiner Kollegen geglaubt. Ich habe die Lage mit bestem Erfolge wahrgenommen und habe aus dem knausrigen Schatzamte möglichst viel herausgeschlagen. Dazu war es aber auch notwendig, mindestens so zu tun, als ob man sich auf alle Vorfälle vorbereitete."

Auf meine Bemerkung, daß es hier in England doch bekannt gewesen sein müsse, daß wir keinerlei Kriegsvorbereitungen trafen, und daß bei Armee und Marine der übliche Betrieb ruhig vor sich ging, erwiderte Lord Haldane mit folgender ausweichenden Antwort, bei der ich ihn belassen zu müssen glaubte:

„Ja gewiß, das war uns bekannt. Aber es war uns auch bekannt, daß Ihre Mobilmachung so vortrefflich ist, daß weder die französische noch unsere ihr gleichkommen, und daß Deutschland eigentlich schon zu Friedenszeiten ganz kriegsbereit ist[1]."

Lord Haldane wiederholte auch jetzt, was er schon früher ausgesprochen hat, daß keine schriftliche Abmachung zwischen England und Frankreich bestehe, nach der eine Macht der anderen im Kriegsfalle beizustehen habe. Er fügte aber dann hinzu, daß die aus der Entente hervorgehenden Verpflichtungen der vom Selbsterhaltungstriebe vorgeschriebenen Politik Englands entsprächen, keine Macht in Europa so stark werden zu lassen, daß England hinausgedrängt werde und nur dadurch weiter zu bestehen vermöge, daß es seine Rüstungen zur See bis ins Unendliche steigere. Es verstände sich daher ganz von selbst[2],

armées françaises du Nord-Est, dans l'éventualité d'une guerre avec l'Allemagne." Aus dem Konferenzprotokoll teilt das französische Generalstabswerk bezeichnenderweise nur den einen Satz mit: „Il a tout d'abord été déclaré que les pourparlers engagés, dépourvus de tout caractère officiel, ne pouvaient lier en rien les gouvernements anglais et français, que la conférence avait seulement pour but d'étudier certaines questions essentielles et de prévoir les mesures préparatoires indispensables." Aber wir erfahren Näheres aus dem in dem französischen Gelbbuch: Documents relatifs aux négociations concernant les garanties de sécurité contre une agression de l'Allemagne" unter Nr. 23 (p. 119) mitgeteilten Erlaß Poincarés an den französischen Botschafter in London de Saint-Aulaire vom 23. Januar 1922. Danach wären beide Generale autorisiert gewesen, untereinander eine „véritable entente" abzuschließen. Nach dem von Poincaré angezogenen Wortlaute des Konferenzprotokolls hätte man in derselben „élucidé des questions essentielles et prévu des mesures préparatoires indispensables pour assurer, le cas échéant, dans les meilleurs conditions possibles, la coopération effective des armées coalisées". Laut Poincarés weiteren Angaben verständigten sich die beiden Generalstabschefs in der Konferenz noch über folgende Punkte: 1. Zusammensetzung der englischen Landungsarmee; 2. Seetransporte, 3. Ausschiffung der Landungsarmee auf dem französischen Boden und ihr Aufenthalt in Übergangslagern, 4. Eisenbahntransporte, 5. Aufmarschgebiet, Tag der Beendigung der Transporte, 6. Verpflegung. Das kam in der Tat dem Abschluß einer Militärkonvention sehr nahe, wenngleich bei dem ausdrücklich betonten unoffiziellen Charakter der Konferenz der Ausdruck „Militärkonvention", den A. Bach in seiner übersichtlichen Zusammenstellung „Die Entstehung der englisch-französischen Militärkonvention" („Die Kriegsschuldfrage",

daß England Frankreich unterstützen müsse, falls Deutschland letzterem den Krieg erkläre[3].

Als später von Lord Kitchener und dem jetzigen Chef des Generalstabes der Armee Feldmarschall Sir W. Nicholson die Rede war, bezeichnete Lord Haldane beide als kluge Menschen und gute Organisatoren ohne Feldherrntalent. Von dem Nachfolger Sir W. Nicholsons, dem General Sir John French,* sagte Lord Haldane: „Er ist ein tüchtiger Soldat und ein guter Organisator, doch weiß ich nicht, ob er seinen Posten als Chef des Generalstabes befriedigend ausfüllen wird. Die Tätigkeit dieser Branche ist ihm so gut wie neu, und er wird sich erst einarbeiten müssen."

Im weiteren Verlaufe kam Lord Haldane auf seine Vorliebe für Deutschland zu sprechen, die er erst im August bei einer Ansprache in der Universität Oxford wieder zu bekunden Gelegenheit gehabt habe. Er übergab mir dann das hier beigefügte Exemplar der deutschen Übersetzung seiner Rede und fügte hinzu, daß sie in 150000 Abdrücken in Deutschland verbreitet worden sei. Er las mir dann mit sichtlicher Befriedigung zwei ihm zustimmende Artikel aus der Berliner „Vossischen Zeitung" und dem Stuttgarter „Beobachter" vor. (gez.) Ostertag

---

Bemerkung Kaiser Wilhelms II. am Kopf des Schriftstücks in Abschrift:
Eine sehr erfreuliche Klarstellung!
Randbemerkungen des Kaisers in Abschrift:
[1] !
[2] ??
[3] Das ist die Hauptsache! daß dies factum aus amtlichem Munde ein für alle Mal klargestellt ist! Wir können uns nun darauf einrichten!

Jg. 1925, S. 231ff.) mehrfach anwendet, besser vermieden bleibt.
Bald nach der Konferenz vom 20. Juli fand am 23. August in London eine von dem englischen Premier Asquith anberaumte geheime Sitzung des Reichsverteidigungsausschusses statt, über deren Verlauf uns Churchill „The World Crisis", p. 55ff. Näheres erzählt. Churchill selbst, damals noch Home-Secretary, hatte für den Ausschuß ein Memorandum vom 13. August verfaßt, in dem für die englische Expeditionsarmee, die nach der bisherigen Annahme nur 4 Divisionen stark sein sollte, eine Erhöhung um fast das Dreifache (290000 statt 107000 Mann) angeregt wurde. Zu einer festen Beschlußfassung scheint es in der Sitzung des Reichsverteidigungsausschusses vom 23. August infolge von Differenzen der Militär- und der Marinefachmänner nicht gekommen zu sein. Aber es setzte doch eine fieberhafte Tätigkeit der Militär- und Marinebehörden ein, um für den Ausbruch eines Krieges gerüstet zu sein. Churchill schildert diese Tätigkeit (a. a. O., p. 64) in folgenden Worten: „Not the slightest overt action could be taken. But every preparation by forethought was made and every detail was worked out on paper. The railway time-tables, or graphics as they were called, of the movement of every battalione—ven where they were to drink their coffee—were prepared and settled. Thousands of maps of Northern France and Belgium were printed. The cavalry manœuvres were postponed ‚on account of the scarcity of water in Wiltshire and the neighbouring counties'. The press, fiercely divided on party lines, overwhelmingly pacific in tendency, without censorship, without compulsion, observed a steady universal reticence. Not a word broke the long-drawn oppressive silence."

* Schon seit längerer Zeit war die Ersetzung Sir W. Nicholsons bei Erreichen der Altersgrenze durch Sir John French in Aussicht genommen worden.

Nr. 10653

*Der Botschafter in London Graf von Metternich an den Reichskanzler von Bethmann Hollweg**

Ausfertigung

Nr. 811 London, den 1. November 1911

Der Bericht des Marineattachés Nr. 707 vom 28. v. Mts. betreffend Wechsel des First Lord of the Admiralty* gibt mir Veranlassung zu folgenden Bemerkungen:

Unser Verhältnis zu Frankreich in der Marokkofrage zeigte während der letzten Jahre den politischen Barometerstand der Beziehungen zwischen uns und England an. Niemals zeigte sich dies so deutlich als während der Krise der letzten Monate. Die notwendige Auseinandersetzung zwischen uns und Frankreich war begleitet von einer gefährlichen Spannung zwischen uns und England, welche auf englischer Seite sofort nachließ, als die Aussichten auf eine deutsch-französische Vereinbarung stiegen. Dieselbe Erscheinung war bei den früheren Marokkokrisen zu bemerken. Mit Recht blieb eine tiefe Erbitterung und Entrüstung im deutschen Volke haften, als es sah, daß England bereit war, auf die Seite Frankreichs zu treten, wenn es zum deutsch-französischen Kriege gekommen wäre. Die Tatsache, daß England mit den Franzosen gegen uns zu kämpfen bereit war, genügt zur Begründung und Erklärung der Stimmung in Deutschland. Ich habe dies Seiner Majestät dem König Georg, mehreren seiner Minister und anderen Personen in England mit Ernst vorgehalten. Die Behauptung aber, daß die englische Regierung absichtlich die Franzosen zum Kriege gegen uns gehetzt und getrieben hätte, ist durch nichts erwiesen[1]. Die englische Regierung hat dadurch, daß sie sofort und offen sich auf die Seite der Franzosen stellte, diese, besonders anfangs, zum Widerstand gegen unsere Forderungen ermutigt, es ist aber nicht bekannt, daß sie versucht hat, dieselben von der Annahme unserer Forderungen abzuhalten, nachdem wir diese präzisiert hatten[2]. Sir E. Grey hat einem hiesigen Vertreter der Tripelententegruppe anfangs Juli gesagt, er könne der französischen Regierung nicht raten, Forderungen anzunehmen, die er selbst, wenn er in ähnlicher Lage wäre, ablehnen würde[3]. Er wünsche aber eine Verständigung auf einer für beide Parteien annehmbaren Grundlage. Es handelte sich damals um das Gerücht, daß wir den ganzen französischen Kongo forderten. Weder die englische Regierung noch das englische Volk wünschen Krieg

* Hier wird nur derjenige Teil des Metternichschen Berichts zum Abdruck gebracht, der die Marokkofrage betrifft. Der zweite Teil, der sich mit den Ausführungen des Marineattachés Kapitäns z. S. Widenmann über den Wechsel in der Stellung des First Lord of the Admiralty — an die Stelle von M'Kenna war Winston Churchill getreten — befaßt, gelangt zum Abdruck in Bd. XXXI, Kap. CCXLI.

gegen uns zu führen, auch nicht im Verein mit Frankreich[4]. Es ist notwendig, offen auszusprechen, was die englische Regierung zu ihrer intransigenten Haltung uns gegenüber trieb. Im Laufe der Jahre ist der Marokkostreit zu einer Machtfrage herangewachsen, in der England sich von Anfang an, durch das Abkommen von 1904 gebunden, auf die Seite Frankreichs stellte. Die englische Regierung versprach ihre diplomatische Unterstützung zur Ausführung des Abkommens, weiter nichts. Sie war nicht durch ein Versprechen gebunden, die Durchlöcherung des Vertrages von Algeciras durch die Franzosen zu unterstützen und gegen uns Krieg zu führen. Auch dies habe ich den englischen Staatsmännern gesagt. Daß es so weit gekommen ist, hängt mit der Entwicklung der Marokkofrage über den Rahmen des ursprünglichen Abkommens hinaus zusammen. Die englische Regierung hielt sich in ihrer Ehre für verpflichtet, die Franzosen zu unterstützen, als der notwendige Gegensatz, in den wir zu Frankreich wegen Marokkos gerieten, sich verschärfte. Die Schwierigkeiten und gefährlichen Lagen für Frankreich entstanden aus dem Abkommen mit England vom Jahre 1904. England wollte sich nicht den Namen des perfiden Albion verdienen dadurch, daß es die Franzosen in diesen schwierigen und gefährlichen Lagen, in die sie durch ihr Vorgehen gegen uns in Marokko gerieten, sitzen ließ. Die englische Politik der letzten Jahre ist auf der Freundschaft mit Frankreich aufgebaut und dadurch in Gegensatz mit uns geraten[5]. Sie will unter keinen Umständen die neue französische Freundschaft verscherzen. Sie glaubt sie notwendig zu gebrauchen als Gegengewicht gegen das mächtige Deutschland mit seiner mächtig anwachsenden Flotte. Sie will verhindern, daß Frankreich nochmals an den Boden gedrückt werde und Deutschland dann alleingebietend in Europa dastehe. In den ersten acht Tagen nach Agadir und vielleicht auch noch ein- oder zweimal später war der maßgebende Teil des englischen Kabinetts, nicht alle Mitglieder desselben, der Überzeugung, daß Deutschland einen Krieg mit Frankreich und mit England suche[6]. Aus diesen und keinen anderen Ursachen ist die Haltung der englischen Regierung zu erklären. Wohlgemerkt: Nicht zu entschuldigen, wohl aber zu erklären.

Mit der Beilegung des Marokkostreites schwindet wieder für eine nahe Zukunft die Wahrscheinlichkeit eines deutsch-englischen Krieges[2], und zwar jetzt mehr als bei früheren Pausen im Marokkostreit, da dieser jetzt gründlicher als früher beigelegt zu sein scheint[7]. Diese Auffassung entspricht zwar nicht der Ansicht weiter Kreise in England. Seit der letzten Marokkokrise und des dabei hervorgetretenen scharfen deutsch-englischen Gegensatzes hat eine starke Mutlosigkeit mit Bezug auf eine Verbesserung der deutsch-englischen Beziehungen hier eingesetzt. Viele sagen sich: Alle Bemühungen, zu einem besseren Verhältnis mit Deutschland zu gelangen, sind ergebnislos; früher oder später ist der Krieg doch unvermeidlich. In Klubs und Gesellschaftskreisen

glaubt man vielfach an den Krieg im kommenden Frühjahr*. Weshalb, weiß niemand zu sagen. In anderen, mehr nachdenkenden und insbesondere liberalen politischen Kreisen zieht man dagegen eine andere Folgerung. Die Ereignisse der letzten Zeit haben dem Engländer deutlich vor Augen geführt, wie leicht es für England ist, in einen kontinentalen Krieg verwickelt zu werden, wenn es seine Geschicke mit denen eines Kontinentalstaates zu eng verbindet. Der alte Abscheu gegen entangling alliances in Europa wirkt trotz der angeblichen deutschen Gefahr auch jetzt noch mächtig auf das englische Gemüt. In manchen Kreisen fragt man sich: Ist es notwendig, daß wir uns mit Frankreich identifizieren? Ist es nicht nützlicher, wir rücken weiter ab, überlassen den Kontinent sich selbst und wenden dadurch die Kriegsgefahr mit Deutschland ab? Es gibt eine Gruppe von Parlamentariern, welche beabsichtigt, in einer Debatte im Unterhause in dieser Richtung zu wirken. Diese Gruppe ist zwar nicht mächtig und wird der Regierung keine ernsten Schwierigkeiten zu bereiten vermögen, sie ist aber das Sprachrohr weiter Kreise der liberalen Partei. Aber auch in anderen als liberalen Kreisen wird die deutsch-englische Spannung als unbehaglich empfunden. Man mißt sich nirgends gern selbst die Schuld bei, am wenigsten in England. Wenn man wüßte, wie es anzufangen sei, würde man hier gern jetzt dazu beitragen, um die bestehende Spannung zu lindern.

So ungefähr sieht hier augenblicklich das Bild aus. Von einem wut- und racheschnaubenden England, um das verhaßte Deutschland zu knebeln, ist nirgends etwas zu spüren[1]. Allerdings werden wir, wenn sich wieder scharfe Gegensätze zwischen Frankreich und uns entwickeln sollten, England unter dem Einfluß seiner leitenden Persönlichkeiten auch dann wieder auf seiten der Franzosen sehen[8], wenn bis dahin nicht Ereignisse eintreten, die den deutsch-englischen Gegensatz gemildert haben werden[9]. pp.

P. Metternich

Randbemerkungen Kaiser Wilhelms II.:

[1] !
[2] ?
[3] Das ist aufhetzen zum Widerstand!
[4] falsch!
[5] Unsinn!
sie war es schon vorher und wird es bleiben
[6] wir haben doch ausdrücklich das Verlassen in Aussicht gestellt!
[7] seine Privatansicht
[8] Hauptsache
[9] ausgeschloßen!

* In diesem Sinne soll sich sogar Feldmarschall Lord Roberts zu dem im Sommer 1911 in England weilenden Brigadegeneral Townshend, dem kommandierenden englischen Offizier im Oranje-Freistaat, geäußert haben. In einem Berichte Konsul Kuenzers in Johannesburg vom 15. Juli 1911 heißt es über Äußerungen, die General Townshend

Nr. 10654

Der Reichskanzler von Bethmann Hollweg an den Botschafter in London Grafen von Metternich

Telegramm

Konzept von der Hand des Dirigenten der Politischen Abteilung Wilhelm von Stumm

Nr. 159 Berlin, den 17. November 1911

Gelegentlich eines Gesprächs, das ich mit Sir E. Goschen vor der Marokkodebatte im Reichstage* hatte, hatte ich ihm gesagt, daß ich in Rücksicht auf die Stimmung in Deutschland an der Rede Lloyd Georges nicht würde vorbeigehen können, daß ich aber die Rede selbst keiner Kritik unterziehen, sondern nur von der ungünstigen Wirkung sprechen würde, die sie in der ihr durch die englische und französische Presse zuteil gewordenen Interpretation in Deutschland ausgeübt habe. Sir E. Grey hat mir darauf noch vor der Sitzung durch Goschen seine Befriedigung über diese meine Absicht aussprechen lassen, da eine Kritik der Rede selbst eine öffentliche Antwort der englischen Regierung notwendig machen würde, die er namentlich nach dem befriedigenden Abschluß unserer Verhandlungen mit Frankreich vermieden zu sehen

---

gegenüber einem deutschen Finanzier F. v. Hessert, den er mit dem Direktor des Erziehungsdepartements im Oranje-Freistaat Dr. Viljœn verwechselte, gemacht habe: „Der General erzählte, er sei wenige Tage vor seiner Abreise aus England bei Lord Roberts gewesen. Dieser habe versichert, es werde bestimmt dieses oder spätestens nächstes Jahr Krieg zwischen Frankreich und Deutschland geben, in dem England sich auf Frankreichs Seite stellen werde. Der ganze Kriegsplan sei bis ins einzelne zwischen Frankreich und England abgekartet. Es sei bekannt, daß Deutschland über Namur in Nordfrankreich einzufallen beabsichtige. Um dem entgegenzuwirken, werde England 120000 Mann in die Gegend von Lille entsenden. Im weiteren Verlauf des Feldzuges würden die verbündeten Truppen in Deutschland einziehen; die deutsche Westgrenze sei zu ausgedehnt für eine Verteidigung auf der ganzen Linie."

* Am 9. November hatten im Reichstage dreitägige Marokkodebatten anläßlich des Abkommens vom 4. November eingesetzt, in deren Verlauf Reichskanzler von Bethmann Hollweg zwei große Reden hielt. Während die erste Rede vor allem der Verteidigung des Abkommens galt, gipfelte die zweite in einer wuchtigen Auseinandersetzung mit dem Führer der konservativen Partei v. Heydebrand und der Lasa, der die Haltung der deutschen Regierung gegenüber der Mansion-House-Rede des englischen Schatzkanzlers Lloyd George — von Heydebrand charakterisierte diese als „eine Drohung, eine Herausforderung, eine demütigende Herausforderung" — allzu schwächlich fand. Demgegenüber stellte der Reichskanzler entschieden in Abrede, der Ehre des deutschen Volkes in unserem Verhältnis zu England irgend etwas vergeben zu haben. Er beklagte es weiter, daß im Reichstage über die deutschen Beziehungen zu einem fremden Staate, mit dem Deutschland doch in normalen Beziehungen stehe, in einem Tone gesprochen sei, der in einem seiner Verantwortung bewußten Parlament nicht üblich sei. Immerhin betonte der Reichskanzler in beiden Reden auch die unerwünschten Wirkungen der Rede Lloyd Georges, die in der gesamten französischen Presse und einem Teil der englischen in chauvinistischer, gegen Deutschland gehässiger Weise interpretiert worden sei, ohne daß dieser Interpretation amtlich von englischer Seite entgegengetreten sei, und die dadurch in weiten deutschen Kreisen bittere Stimmungen ausgelöst habe.

wünsche. Ich nehme deshalb an, daß Sir E. Grey von meinen Erklärungen im Reichstage befriedigt worden ist, und er wird wohl auch einen weiteren Beleg für das diesseitige Bestreben, zur Beseitigung der aus den Vorgängen des Sommers hervorgegangenen Spannung in den deutsch-englischen Beziehungen beizutragen, aus meiner scharfen Stellung gegen Heydebrand und aus der Tatsache entnehmen, daß der Herr Staatssekretär des Auswärtigen Amtes in den Kommissionsberatungen auf das sorgfältigste bestrebt gewesen ist, jedes scharfe Wort gegen England zu vermeiden. Ew. pp. wollen dies dem Minister ausdrücklich bestätigen.

Dessen ungeachtet oder vielleicht gerade wegen dieser Rücksichtnahme auf England müssen wir aber auf erneute Anfragen bezüglich der Rede Herrn Lloyd Georges in den noch zu erwartenden Plenarsitzungen des Reichstages gefaßt sein. Um Inkongruenzen vermeiden und meine Sprache entsprechend regeln zu können, würde es mir sehr erwünscht sein, davon unterrichtet zu werden, was Sir E. Grey etwa im englischen Parlament zu sagen gedenkt, wenn er, wie dies angekündigt worden ist, auf entsprechende Anfragen antworten wird. Ew. pp. wollen den Minister umgehend um eine vertrauliche Auskunft hierüber ersuchen und bei dieser Gelegenheit einen Irrtum richtigstellen, der in England bezüglich meiner jüngsten Erklärungen im Reichstag obzuwalten scheint. Preßnachrichten zufolge hat das Parlamentsmitglied Mr. Goldman in einer Interpellation die Behauptung aufgestellt, ich hätte gesagt, auf meine Vorstellungen bei der englischen Regierung wegen der bekannten Note* sei eine Antwort nicht erfolgt. Es ist dies nicht richtig. Ich habe lediglich gesagt, die englische Regierung sei danach nicht auf den Wunsch zurückgekommen, sich an den Verhandlungen zu beteiligen. Ich habe damit gegenüber falschen, gegen England gerichteten Darstellungen in unserer Presse feststellen wollen, daß ein Versuch englischerseits, sich in unsere Verhandlungen einzudrängen, nicht stattgefunden hat.

Einem gefälligen Bericht über das Veranlaßte werde ich mit Interesse entgegensehen.

v. Bethmann Hollweg

Nr. 10655

Der Botschafter in London Graf von Metternich an das Auswärtige Amt

Telegramm. Entzifferung

Nr. 159 London, den 18. November 1911

Ich hatte gestern vor Eingang von Telegramm Nr. 159** eingehende Unterredung mit Sir E. Grey über Euerer Exzellenz Reichstagsreden

* Gemeint ist die Note vom 30. Juni 1911; siehe Kap. CCXXVIII, Nr. 10579.
** Siehe Nr. 10654.

und des Ministers eigene Haltung in den hier zu erwartenden Debatten. Ich habe soeben wiederum Unterredung mit ihm gehabt. Er wäre dankbar für Mitteilung womöglich bis Montag, wann Plenarsitzung im Reichstag stattfindet. Ich bitte um Telegramm. Hier soll wahrscheinlich am nächsten Donnerstag, jedenfalls nicht früher, Unterhausdebatte stattfinden. Genaues über Inhalt seiner Rede, besonders was Lloyd George betrifft, ist noch nicht festgelegt. Er muß diesen Passus erst mit Premierminister und Schatzkanzler, wahrscheinlich Mittwoch abend verabreden. Die allgemeine Tendenz seiner Rede wird derjenigen Euerer Exzellenz entsprechen. Er wird zu vermeiden suchen, was neue Polemik hervorrufen oder Euerer Exzellenz Stellungnahme im Reichstag erschweren kann. Er sprach mit Befriedigung und Genugtuung über Euerer Exzellenz Reden und drückte insbesondere seine „größte Bewunderung" für die zweite aus. Ebenso wie gegen Euere Exzellenz im Reichstag der Vorwurf des Nachgebens erhoben und von Euerer Exzellenz zurückgewiesen worden sei, werde hier auch gegen ihn der Vorwurf des Zurückweichens vor den deutschen offiziellen Vorstellungen hinsichtlich der Rede des Schatzkanzlers erhoben. Diesen Angriff werde auch er abweisen müssen. Die Stelle in Euerer Exzellenz erster Rede, daß die Marokkofrage auch unser Verhältnis zu England tangierte, daß England vertraglich verpflichtet gewesen, Frankreich zu unterstützen, und daß jetzt reiner Tisch geschaffen sei, wolle er besonders in versöhnlichem Sinne verwerten.

Ich wies den Minister nachdrücklich darauf hin, daß, wenn er eine Verteidigung der Lloyd Georgeschen Rede unternehme, er, was er auch sonst sagen möge, auf abfällige Kritik in Deutschland gefaßt sein müsse. Er bemerkte, umgehen könne er die Rede nicht. Er werde sich aber ähnlich wie Euere Exzellenz auf die Wirkungen beschränken.

Metternich

Nr. 10656

Der Botschafter in London Graf von Metternich an den Reichskanzler von Bethmann Hollweg

Ausfertigung

Nr. 881 London, den 18. November 1911

Obwohl ich mich kürzlich über die durch den Abschluß des Marokkoabkommens geschaffene Lage ausführlich zu berichten beehrt habe, so gestatte ich mir nochmals hierauf zurückzukommen, da inzwischen eine Anzahl neuer Kundgebungen vorliegt, über welche ich zwar einzeln und in Ergänzung des Gesamtbildes ebenfalls Meldung erstattet habe, die aber in ihrer Zusammenfassung klarer hervortreten lassen, was sich jetzt hier in politischen Kreisen vollzieht.

Ganz England steht, wie ich noch unlängst auseinanderzusetzen

mich beehrt habe, unter dem Eindruck der mit genauer Not überwundenen Kriegsgefahr und hat den Wunsch, nicht wieder in eine ähnliche Lage zu geraten. Anfragen im Parlament, Artikel in den Revuen, Reden außerhalb des Parlaments, Zeitungsstimmen in Menge und die alltägliche Konversation im Verkehr mit Engländern lassen erkennen, daß die soeben beseitigte Kriegsgefahr und die tiefe Erbitterung im deutschen Volk einen mächtigen Eindruck in England hervorgebracht haben. Je nach der eigenen Auffassung, die sich in diesem Falle nicht nach dem Parteistandpunkt richtet, greifen die einen die eigene Regierung an, welche durch die starre Ententepolitik England in die europäischen Händel verwickelt und in Gegensatz zu Deutschland gebracht habe, während die anderen den Vorwurf einer aggressiven Politik gegen Deutschland erheben und in dem Glauben befangen sind, Deutschland habe es zum Kriege treiben wollen. Dabei sind manche, darunter Lord Selborne, früherer Marineminister und Oberkommissar in Südafrika, wie aus einer von ihm kürzlich gehaltenen Rede hervorgeht, nach echt einseitiger, englischer Art ehrlich über die Erbitterung in Deutschland erstaunt[1] und wissen sich dieselbe nicht zu erklären. Daß wir nichts Übles von England gewollt haben, England aber bereit war, mit Frankreich gegen uns Krieg zu führen, will diesen Leuten als einfacher Erklärungsgrund für die deutsche Empörung gegen England nicht in den Kopf. Schuld daran ist die Regierung, welche durch ihre ernsten öffentlichen Warnungen die englische Nation in den Glauben einer Bedrohung durch Deutschland versetzte. Die Regierung hinwieder konnte nicht, ohne die Lage noch weiter zu verschärfen, öffentlich erklären, daß ihre Haltung aus der Überzeugung flösse, Frankreich unterstützen zu müssen, um es nicht zu verlieren, und um zu verhindern, daß es nochmals zu Boden geworfen werde und Deutschland über den europäischen Kontinent triumphiere. Die allgemeine Nutzanwendung, die aus den Lehren der jüngsten Vergangenheit gezogen wird, ist aber die, daß man vermeiden solle, sich wieder in ähnliche Begebenheiten zu stürzen. Daraus entsteht der Wunsch, sich mit Deutschland wieder zu versöhnen[2].

Dieser Wunsch besteht, was das wichtigste ist, auch bei der englischen Regierung. Verschiedene ihrer Mitglieder haben sich in versöhnlichem Sinne kürzlich öffentlich geäußert, darunter insbesondere der Zivillord der Admiralität, Mr. Lambert. Statt fernerer Belege gestatte ich mir eine Unterredung wiederzugeben, die ich gestern mit Sir Edward Grey hatte.

Der Minister bemerkte, er habe mir schon 1908 nach Erledigung der damaligen Marokkoschwierigkeiten gesagt, er hoffe, daß nun ein besseres Verhältnis zwischen Deutschland und England angebahnt werden könne[1]. Die gleiche Hoffnung spreche er jetzt wieder aus, nachdem die Marokkofrage durch unser Abkommen mit Frankreich*

* Vgl. dazu das folgende Kapitel.

beseitigt sei. Er habe mit Interesse die jüngsten Reden des Herrn Reichskanzlers im Reichstage* verfolgt, und er habe insbesondere für die zweite Rede desselben „the highest admiration". Solange ich den trockenen, klaren und im Ausdruck einfachen Minister kenne, habe ich ihn noch nie auf irgend etwas die Bezeichnung der höchsten Bewunderung, die er wiederholte, anwenden gehört. Er werde, so fuhr er fort, in der wahrscheinlich am nächsten Donnerstag im Unterhause stattfindenden Verhandlung über die Ereignisse der letzten Zeit suchen, in gleichem versöhnlichen Sinne wie der Herr Reichskanzler zu reden und nach Möglichkeit alles zu vermeiden, was neue Erregung schaffen könne. Er werde insbesondere den Gedanken des Herrn Reichskanzlers aufgreifen, wonach durch den glücklichen Abschluß der deutsch-französischen Verhandlungen über Marokko auch reiner Tisch — „a clean slate" ist der englische Ausdruck — zwischen Deutschland und England geschaffen sei. Er werde allerdings nicht umhin können, auf die Rede des Schatzkanzlers einzugehen, die mit Genehmigung des Premierministers und seiner, Sir Edward Greys, eigenen Genehmigung erfolgt sei.

Zu dieser Äußerung bemerkte ich, daß eine Verteidigung der Lloyd Georgeschen Rede auf die heftigste Kritik in Deutschland stoßen und zum großen Teil den guten Eindruck verwischen würde, den Sir Edward Greys sonstige Ausführungen etwa hervorbringen würden[3]. Der Minister erwiderte, er würde keine Kritik üben, die bei uns zum Widerspruch reizen oder dem Herrn Reichskanzler neue Schwierigkeiten im Reichstage bereiten würde. Er wolle sich darauf beschränken, die Wirkung der Rede als nicht beabsichtigt[1] darzustellen.

Ich ergriff diese Gelegenheit zu etwa folgenden Ausführungen:

Nach meiner Auffassung ständen wir jetzt am Scheidewege in den deutsch-englischen Beziehungen. Infolge des Streites über Marokko und der Identifizierung Englands mit Frankreich in demselben hätte sich das deutsch-englische Verhältnis im vergangenen Sommer bis zu einem Grade verschlechtert, der eine höhere Belastung kaum mehr vertrage. Anfang Juli sei nach Entsendung des deutschen Kreuzers nach Agadir die öffentliche Meinung in England gar nicht so sehr erregt gewesen. Ein Gefühl der Feindschaft gegen Deutschland sei im englischen Volke im großen und ganzen kaum vorhanden. Gegen Ende des Burenkrieges und nachher sei die Erbitterung in England gegen uns noch stark gewesen. Diese sei im Laufe der Jahre vergessen und verschwunden. Anfang Juli sei in England nicht die geringste Neigung gewesen, Marokkos wegen in ernsten Konflikt mit Deutschland zu geraten. Erst die ernsten ministeriellen Erklärungen hätten das englische Volk in den Glauben versetzt, daß wir Anforderungen an England stellten, die seine vitalen Interessen und selbst seine Ehre als Großmacht bedrohten. Infolgedessen habe sich hier in weiten Kreisen der Glaube festgesetzt,

* Vgl. Nr. 10654, Fußnote *.

daß der Krieg zwischen England-Frankreich und Deutschland bevorstehe. Die Beseitigung der Kriegsgefahr durch Abschluß der deutsch-französischen Verhandlungen werde hier als Erleichterung empfunden und habe zugleich, wie er wisse, in weiten Kreisen den Wunsch gezeitigt, nicht wieder in ähnlicher Weise in kontinentale Streitfragen hineingezogen zu werden. Auch trete auf vielen Seiten der Wunsch nach einer Versöhnung mit Deutschland zutage. In Deutschland sei die Erbitterung groß, und zwar deshalb, weil wir nie zuvor so klar vor Augen gesehen hätten, daß England bereit war, mit den Franzosen gegen uns Krieg zu führen, obwohl wir von England nichts verlangten, als mit ihm in Frieden zu leben. Gegen Frankreich herrsche keine Erbitterung, denn man verstehe es bei uns und finde es erklärlich, daß die Franzosen, denen wir die unbeschränkte Herrschaft in Marokko streitig gemacht und von denen wir einen Vertrag und ein Äquivalent verlangt hätten, darüber in zeitweiligen scharfen Gegensatz zu uns geraten seien. In England aber, um dessen Sache es sich gar nicht gehandelt habe, und das sich trotzdem zum Kriege gegen uns bereit gezeigt, erblickten wir gerade deshalb unsern eigentlichen Feind. Es habe sich infolge der englischen Haltung während der letzten Monate das Gefühl bei uns verdichtet, daß England uns im Verein mit anderen Mächten zurückzudrängen suche. Dies habe bei uns eine Erbitterung erzeugt, die, wenn noch einmal eine ähnliche Lage wie in diesem Sommer eintrete, nach meiner Überzeugung zum Kriege führen werde. Wir fühlten uns als ein starkes Volk, und der Entschluß, sich nicht nochmals von England drohen zu lassen, sei so allgemein, daß keine Regierung diesem ausgeprägten Volkswillen werde, auch wenn sie es wollte, widerstehen können. Die Auffassung von der Haltung Englands gegen uns möge vielfach auf irrigen Vorstellungen beruhen. Sie sei aber vorhanden, und es müsse mit ihr gerechnet werden. Deshalb ständen wir am Scheidewege. Es sei nach meiner Ansicht trotz der hochgehenden Erregung noch nicht zu spät, die Richtung einzuschlagen, die zur Aussöhnung zwischen beiden Völkern führen werde. Ich sei mit Sir Edward Grey der Auffassung, daß die gefährlichste Klippe durch Beseitigung des Marokkostreites umgangen sei, und ich sähe keinen notwendigen Gegensatz zwischen beiden Völkern. Reden wie die des Herrn Reichskanzlers und wie die von Sir Edward Grey beabsichtigte könnten zwar nicht sofort einen Umschwung in der öffentlichen Meinung der beiden Länder herbeiführen, sie seien aber geeignet, allmählich einer ruhigeren Beurteilung der Lage den Weg zu bahnen. Ich glaubte nicht, daß schon jetzt die Zeit gekommen sei, durch besondere diplomatische Aktionen die deutsch-englischen Beziehungen zu bessern[4]. Die Gelegenheit hierzu werde sich schon mit der Zeit bieten; dann allerdings müsse sie ergriffen werden, um die Erbitterung auf der einen und das Mißtrauen auf der andern Seite zu legen, und um ein normales Verhältnis zwischen beiden Ländern herbeizuführen.

Sir Edward Grey, der meiner ruhigen Darlegung mit sichtlichem Interesse folgte, vermied es, in seiner Antwort kontroverse Fragen wieder hervorzuheben, und stimmte mir darin zu, daß infolge unseres Abkommens mit Frankreich auch die Hoffnung auf bessere deutsch-englische Beziehungen wieder wachse, und daß die günstigen Gelegenheiten, ohne sie künstlich zu suchen, ergriffen werden sollten.

Alle Anzeichen sprechen also dafür, daß hier sowohl in den leitenden Kreisen wie im Volke der Wunsch besteht, die deutsch-englische Spannung zu mildern. Nach der Schlichtung des Marokkostreites ist die englische Regierung auch in der Lage, zur Erreichung dieses Zieles die Hand zu bieten, ohne die französische Freundschaft, auf die sie nach wie vor den größten Wert legt, zu gefährden. Ihre Beziehungen zur französischen Regierung sind seit dem Abkommen von 1904 nie so intim gewesen wie jetzt. Jede Marokkokrise hat das Einvernehmen der französischen und englischen Regierung gefestigt, und es ist mir aus bester Quelle bekannt, daß nie ein so reger vertraulicher Gedankenaustausch zwischen London und Paris stattgefunden hat wie gerade in der letzten Zeit. Trotzdem ist der Wunsch der Aussöhnung mit uns hier vorhanden und die Aussicht auf Verwirklichung desselben günstig, nachdem das marokkanische Gespenst nicht mehr zwischen uns steht.

Mein Bericht über die augenblickliche Stimmung in England uns gegenüber würde nicht vollständig sein, wenn ich die Reichstagsverhandlungen unerwähnt ließe. Der heftige und feindselige Ton insbesondere des Führers der Konservativen* hat hier allgemeine Beachtung gefunden und führt der Auffassung derjenigen Kreise Nahrung zu, die in dem Glauben befangen sind, daß wir zum Kriege mit England treiben. Im großen und ganzen ist jetzt aber hier eher Zurückhaltung bemerkbar und Abneigung, in den Kampfeston einzustimmen, der aus dem Reichstag herüberschallt. Es ist dies eine Erscheinung, die ich im Laufe der Jahre hier schon häufig zu beobachten Gelegenheit gehabt habe: Wenn der eine recht laut tobt, wird der andere still, und umgekehrt. Legt sich dann bei dem einen die Erregung, so fängt die Summe der Invektiven und Beschuldigungen, denen der andere unterworfen war, an, bei ihm zu wirken, und er tritt dann seinerseits wieder in einen erregten Zustand ein[3]. Da aber in der Regel eine gewisse Zeit verfliegt, ehe die Erregung sich auf die andere Seite fortgepflanzt hat, und diese losbricht, nachdem der eine Teil sich schon wieder beruhigt hat, so weiß in der Regel niemand recht, weshalb der andere plötzlich so aufgeregt wird. Mitunter tritt aber die Aufregung auch simultan ein wie zeitweise in diesem Sommer.

Auch das Verhalten Seiner Kaiserlichen Hoheit des Kronprinzen

* Abgeordneter von Heydebrand und der Lasa hatte in seiner Rede vom 9. November u. a. gesagt: „Wir wissen jetzt, wo unser Feind steht. Wie ein Blitz in der Nacht haben diese Vorgänge dem deutschen Volke gezeigt, wo sein Feind sitzt."

im Reichstag* ist natürlich hier sehr aufgefallen und besprochen und beschrieben worden. Allerdings, muß ich der Wahrheit gemäß hinzufügen, in ausnahmslos ungünstiger Weise. Es hat natürlich hier nicht angenehm berührt, daß der künftige Träger der Kaiserlichen Krone die heftigen Ausfälle gegen England und die kriegerische Stimmung, die bei einzelnen Rednern im Reichstage hervortrat, mit Beifall begleitete[5], während er der von dem Reichskanzler vertretenen Politik seines Herrn Vaters, der hier die Anerkennung gezollt wird, daß sie den antienglischen Sturm einzudämmen suchte, in ebenso wenig mißzuverstehender Weise seine Anerkennung versagte. Man findet es hier nicht hübsch, daß Seine Kaiserliche Hoheit, der sich in Indien und bei seinem Besuche in London** als begeisterter Anhänger der Engländer zeigte, ihre Gastfreundschaft in vollen Zügen genoß und bei beiden Gelegenheiten mit Begeisterung und mit vielen Freundlichkeiten aufgenommen wurde, jetzt plötzlich in so seltsamer Weise seinen kriegerischen Gefühlen gegen England freien Lauf ließ. Ich fürchte, daß Seine Kaiserliche Hoheit bei seinem nächsten Besuche in London weder in Buckingham Palace noch in der Gesellschaft noch auf der Straße eine Aufnahme findet, wie sie ihm von der Krönungswoche her noch in Erinnerung sein dürfte. Auch Seine Majestät König Georg sprach sich mir gegenüber, wie ich vertraulich hinzufügen möchte, recht abfällig über das ungewöhnliche Verhalten Seiner Kaiserlichen Hoheit im Reichstage aus und bezeichnete dasselbe als einen Akt der Insubordination gegen seinen Herrn Vater. Die ungewöhnliche Kundgebung Seiner Kaiserlichen Hoheit verstimmt und ärgert zwar hier, wird im übrigen aber glücklicherweise nicht allzu ernst genommen, da man vieles auf Rechnung des jugendlichen Wesens des hohen Herrn setzt.

P. Metternich

Randbemerkungen Kaiser Wilhelms II.:

[1] !

[2] D[das] h[eißt] wir sollen keine Schiffe bauen

[3] ja

[4] richtig
politische Entente!

[5] falsch! ist ihm nicht eingefallen

Schlußbemerkung des Kaisers:
Alle Reden von Grey u[nd] Consorten in Presse und Versammlungen nützen uns gegenüber gar nichts mehr! wir wollen Englische Thaten sehen!

---

* Der Kronprinz, der aus seiner Danziger Garnison zu den Reichstagsverhandlungen über Marokko nach Berlin gekommen war, hatte der Heydebrandschen Rede demonstrativen Beifall gezollt. In seinen Erinnerungen bestreitet der Kronprinz eine englandfeindliche Absicht seiner Kundgebung. Erinnnerungen des Kronprinzen Wilhelm, hrsg. von Karl Rosner, S. 106.

** Das deutsche Kronprinzenpaar hatte am 22. Juni der Krönung des englischen Königspaars beigewohnt. Vgl. Erinnerungen des Kronprinzen Wilhelm, a. a. O.,S. 114ff.

Nr. 10657

Der Reichskanzler von Bethmann Hollweg an den Botschafter in London Grafen von Metternich

Telegramm. Konzept

Nr. 163 Berlin, den 22. November 1911

Herzlichen Dank für Ihren Brief vom 19.* Die Faberschen Enthüllungen**, von denen wir allerdings nicht wissen, wie weit sie auf

---

* Der Metternichsche Privatbrief vom 19. November, der im wesentlichen die Flottenfrage behandelt, findet sich abgedruckt in Bd. XXXI, Kap. CCXLI.

** Am 9. November 1911 hatte das konservative Parlamentsmitglied Captain Faber in Andover eine Rede gehalten, die sensationelle Enthüllungen über die englischen Kriegsvorbereitungen während der Marokkokrise brachten. Der „Daily Telegraph" vom 20. November berichtete darüber:

„Captain Faber, replying to the toast of ‚The Houses of Parliament', observed that a great deal of what he was going to say would be denied, but they could take what he said as truth, to the best of his ability, from the highest authorities or next highest that could be obtained. He was not going to gloss over anything. The late crisis over the state of Morocco between France and Germany was exceedingly grave, and at that time there was a division in the Cabinet as to whether we should stick to France or not. He knew the names of the men who wanted to stick to France in the Cabinet and the names of those who did not, but he was going to say the good and leave the evil unspoken. The names of the men who decided honourably to stick to France were Mr. Lloyd George and Mr. Winston Churchill. These two men were in favour of sticking to and abiding by the treaty with France. That, he need hardly say, was secret history which would come out in the future and probably be denied in the next few days, but it was good history, and in time to come it would be proved that he was right.

He was next going to say things about the Army and Navy which would not be liked by some people. What actually happened was this — and he had it on the highest authority they could have — that when the pinch came our Fleet was divided into three portions — one was in the South of England, the next was near Ireland, and the other was in the North of Scotland. He was fairly right about the positions of our three Fleets. At the moment we lost sight of the German fleet, and no one knew where it was; and the real danger was that the Cabinet did not know what was going on, and that the German fleet might attack our three Fleets separately. Every soldier and sailor knew what he meant — that they might smash up one portion after the other. That was the real danger the other day.

Another danger was this; and though it would be denied, it was true. The admiral in charge of one part of the Fleet knew that we were in very grave danger of war. He sent a man to the officer commanding the land forces, who ought to have been able to guard him with guns, and asked him if the Fleet was safe under cover of the guns of the fort. The reply came back that, far from being safe, if the land forts fired their guns, they would fire into the British Fleet instead of covering it. That he heard from absolutely high authority, whose word was beyond reproach.

That would tell them some of the dangers that beset us not long ago, and the Cabinet knew perfectly well of these dangers much better than he did. The Cabinet were wise enough, in the time of national emergency, to send the best man they had got, to the Admiralty. The present Government was Radical, and held political views different from his, but it got hold of the best man available, and that man was Winston Churchill. They might not like it, but it was true.

The first thing Mr. Churchill did was to wire for Sir John Fisher to come home

Tatsachen beruhen, denen aber, soweit bekannt, bis jetzt von keiner amtlichen Seite in England widersprochen worden ist, haben bei uns eine begreifliche Erregung im ganzen Volke hervorgerufen. Es ist dabei erneut der doppelte Vorwurf gegen die Regierung erhoben worden, einmal, daß sie England über ihre Absichten in Marokko nicht aufgeklärt habe, andererseits, daß sie auf die Lloyd Georgesche Rede hin nichts unternommen habe, um sich mit der englischen Regierung auseinanderzusetzen. Der zunehmenden Erregung war nur durch eine offene Darstellung der Vorgänge, die bei uns immer stürmischer ver-

---

from Switzerland, and the next thing was to send for Lord Charles Beresford, a Conservative member of the House of Commons. That was undoubtedly an extraordinarily wise proceeding. The next thing Mr. Churchill did was to form a War Board for the Admiralty, which could in future see that there were no such mistakes again as not having enough coal and the guns in the forts laid so that when the Navy wanted cover at night close to land it could not have it. They could not put the blame on anyone; it was the system. Mr. Churchill was a wise enough man to see things were altered, and without any reference to politics he (Captain Faber) believed he was man enough to do the job to which he had been put.

He would tell them, on the best authority, that the Army was more prepared than the Navy. For some reason or other, the Navy had not been up to the pitch of the Army the other day. The idea at the time of the late stress was to send six divisions of Regular troops to help our ally, France; but the crab of that was — and he said so deliberately — that if we had sent those six divisions abroad it would have left no Regular troops at home with which to defend these shores, and the defence would have largely fallen on the Navy."

Nach der eigenen Kenntnis des „Daily Telegraph" hätten sich die von Captain Faber nur teilweise richtig wiedergegebenen Ereignisse folgendermaßen zugetragen:

„During the height of the crisis the Imperial General Staff under Field-Marshal Sir William Nicholson completed in detail a scheme for military co-operation with France in case of war. The plans were prepared, it is understood, in consultation with the chief of staff of the French army.

At the moment there was grave reason to fear that the French Cabinet might at any moment declare for war as the only solution of the grave difficulties with which it was faced. The ‚yea' or ‚nay' of the British Cabinet on the question of the employment of British forces might have turned the scales in the direction either of war or of peace. It is even said that the declaration of war would have been issued directly the French Cabinet received the necessary assurances.

It was at this stage that Sir William Nicholson produced his plan for co-operation. It was proposed, if war should occur, to embark at the earliest possible moment the whole of the British Expeditionary Force. In accordance with these plans, directly the issue of peace or war was assured, the British Army would leave these shores. In other words, the country, at the very opening of what might have proved the most momentous struggle in the modern history of Europe, would have been denuded of practically all the trained troops available in the British Isles. The only military forces which would have remained would have been the Territorial Army, and a residuum of Regulars.

Between 150000 and 160000 men were to be despatched instantly, thus acting directly contrary to the whole basis of the military policy of the Cabinet. It will be recalled that Army spokesmen have always urged the possibility of this country being invaded by a force of 70000 men — a claim which the Navy has consistently denied. On this basis the Government is pledged to keep the Expeditionary Force in this country until sufficient time has elapsed to enable the Territorial Army to be

langt wurde, entgegenzutreten. Ich habe deshalb die Euer Exzellenz inzwischen aus der Presse wohl bekannten rein sachlichen Darstellungen der damaligen Vorgänge in der Budgetkommission durch den Staatssekretär abgeben lassen*. Auf eine Anfrage bezüglich der Faberschen Enthüllungen ist folgende Erklärung abgegeben worden, die ebenfalls demnächst veröffentlicht wird:

„Staatssekretär des Auswärtigen Amts von Kiderlen-Waechter erklärte, in der englischen Presse sei nach einer Rede des Kapitäns Faber über angebliche Ereignisse im September ungefähr das folgende Bild

---

mobilised and trained to such a stage of efficiency as would give the country confidence in the safety of the British Isles when the moment came for the withdrawal of the Regular troops.

The Admiralty was consulted, and the Admiralty refused to countenance such a scheme, even to the extent of working out plans of co-operation with the Army, until the whole Cabinet had given its concurrence. Those who had been responsible for the scheme of launching practically the whole British Army upon this European adventure suddenly found a difficulty across their path, and the difficulty proved insuperable."

Vgl. nun dazu die ausführlichen Mitteilungen bei W. S. Churchill, The World Crisis, 1911—1914, p. 55ff., die die Angaben des „Daily Telegraph" durchweg bestätigen, ferner Nr. 10652, Fußnote **. Wie sehr sich gerade auch Churchill für eine Kooperation Englands mit Frankreich und Rußland, überhaupt für eine förmliche Tripelallianz zwischen diesen Reichen festgelegt hat, geht aus seinem Promemoria vom 13. August „Military Aspects Of The Continental Problem" und aus seinem Briefe an Sir E. Grey vom 30. August 1911 (a. a. O., p. 60ff.) unzweideutig hervor.

Neben Churchill hat auch Asquith in seinem Buch „The Genesis of the war" p. 96 die Kriegsvorbereitungen Englands im Jahre 1911 und deren inneren Zusammenhang mit dem Weltkriege berührt: „At any rate, it seemed to me to make it opportune to institute afresh a thorough and comprehensive investigation by the Committee of Imperial Defence of the parts which our navy and army should respectively (and coordinately) play in the event of our being involved in a European war. Such an inquiry accordingly took place in the autumn of 1911. It furnished information, and led to the adoption of plans which, three years later, were found to be of the utmost importance and value."

Vgl. noch den Bericht des österreich-ungarischen Militärattachés in London Hauptmanns Horváth vom 22. November 1911. Feldmarschall Conrad, Aus meiner Dienstzeit 1906—1918, II, S. 203ff.

* Am 17. November hatte Staatssekretär von Kiderlen in der Budgetkommission des Reichstags einen mehrstündigen Vortrag über die Marokkofrage gehalten, der in den Drucksachen des Reichstags und in ausführlichem Auszuge am 21. November durch Wolffs Bureau veröffentlicht wurde. In dem Exposé des Staatssekretärs, das auch die Stellungnahme Englands in dem Marokkostreit und die englischen Kriegsrüstungen streifte, hieß es nach einer Rechtfertigung der Entsendung des „Panther" nach Agadir u. a.: „Nach dem deutschen diplomatischen Schritt vom 1. Juli in Paris und London hätten die deutsch-französischen Verhandlungen eingesetzt. Gleichzeitig aber hätten die Franzosen über die deutschen Absichten die wildesten Nachrichten in die Presse lanciert, um gegen Deutschland Stimmung zu machen. Dies habe seinen Eindruck nicht verfehlt und insbesondere in London Mißtrauen gegen Deutschland hervorgerufen. Nach Preßnachrichten sollen damals in Paris und London gewisse Strömungen für Entsendung von Kriegsschiffen nach Agadir entstanden sein. Das würde natürlich eine sehr gespannte Situation hervorgerufen haben, bei der aber Deutschland, das nur von seinem guten Rechte Gebrauch gemacht habe, eventuell der angegriffene Teil

gegeben worden: Zu jener Zeit habe die englische Regierung einen Überfall der deutschen Flotte befürchtet. Sie habe deshalb Befehl zur Kriegsbereitschaft gegeben. Die Befehle an die Flotte seien dann vom Kapitän Faber des näheren besprochen und von dem Kapitän dabei behauptet worden, die Befehle seien dahin gegangen, eine etwaige Annäherung deutscher Schiffe durch einen Angriff zu beantworten. Der Staatssekretär schickte voraus, daß Deutschland an einen Angriff auf die englische Flotte niemals gedacht habe. Etwas Derartiges liege niemals in unserer Absicht, insbesondere hätten aber damals keine

---

gewesen wäre. Doch sei ein solcher Schritt unterblieben und die deutsch-französischen Verhandlungen in Gang gekommen. ... Während dieser Verhandlungen sei es nun auch zu Auseinandersetzungen mit der englischen Regierung gekommen. Auf die Mitteilung, die der Botschafter in London gemacht hatte, sei eine Anfrage von englischer Seite weder bei unserem Botschafter in London noch hier in Berlin erfolgt. Erst am 21. Juli habe Sir Edward Grey eine Unterredung mit unserem Botschafter herbeigeführt. Die Auffassung, die Grey inzwischen von unserer Haltung gewonnen gehabt habe, entgegen den von unserem Botschafter bei der Entsendung des Kriegsschiffes gegebenen Erklärungen, hätte sich in dieser Unterredung widergespiegelt." Kiderlen gibt nunmehr an der Hand des Metternichschen Berichts vom 21. Juli und der darauf an ihn ergangenen Instruktion vom 23. (vgl. Nr. 10617 und 10618) den Gang der Diskussion zwischen dem Botschafter und dem Staatssekretär ausführlich wieder. Es ist von Interesse, die originalen Auslassungen mit der Kiderlenschen Paraphrase zu vergleichen: „Die Auffassung Greys sei hervorgerufen worden durch die Verdächtigungen, die die französische, zum Teil auch die englische Presse und wohl auch einige Beamte konsequent gegen unsere Politik erhoben hatten. Grey habe den Wunsch ausgedrückt, die Marokkofrage in nichtamtlicher Form mit dem Botschafter zu besprechen, da er seit der ersten Demarche des Botschafters nichts mehr von ihm gehört habe. Er fürchte, es könnte ein Zustand entstehen, wo eine Stellungnahme seinerseits in der Marokkofrage von ernsterer Bedeutung sein werde als eine folgende Aussprache im jetzigen Stadium. Er habe von vornherein keinen Zweifel darüber gelassen, daß bei einer Regelung der Marokkofrage England in Anbetracht der großen ökonomischen Interessen, die es dort vertrete, mitbeteiligt sein müsse. Er habe gewartet in der Hoffnung auf eine Verständigung zwischen uns und Frankreich. Nachdem aber, wie er jetzt höre, unsere Forderungen derartig weitgehende seien, daß es augenscheinlich sei, daß die französische Regierung sie nicht annehmen könne, liege die Gefahr nahe, daß die Verhandlungen ohne Ergebnis beendet würden, und damit trete dann wieder die Frage in den Vordergrund: Was tut denn Deutschland in dem geschlossenen Hafen von Agadir und in seinem Hinterlande? Er habe keinerlei Nachricht, was dort vorgehe, daß deutsche Truppen dort ausgeschifft worden seien, ob Verträge dort abgeschlossen würden, die die ökonomische Beteiligung anderer beeinträchtigten. Agadir eigne sich zur Anlage von einem Kriegshafen. Niemand wisse, was Deutschland dort vorhabe. Er müsse Anfragen dieser Art im Parlament gewärtigen und sei nicht in der Lage, eine aufklärende Antwort zu geben. Wenn die deutsch-französischen Verhandlungen zusammenbrächen, was in Anbetracht unserer Forderungen sich leicht ereignen könne, so trete damit sofort die Agadirfrage, bei der auch englische Interessen involviert seien, in den Vordergrund. Daher glaube er, daß der Zeitpunkt gekommen sei, wo auch England in die deutsch-französischen Verhandlungen mit hineingezogen werden solle. Der Botschafter habe erwidert, über den Gang unserer Verhandlungen mit Frankreich sei er im einzelnen nicht unterrichtet. Er könne aber trotzdem nicht zugeben, daß unsere Forderungen selbstverständlich, wie der Minister sage, unannehmbar seien, da wir sie sonst nicht gestellt haben würden. Dies vorausgeschickt, könne der Botschafter ihm selbstverständlich nur seine persönliche Ansicht ent-

politischen Veranlassungen vorgelegen, welche uns den Gedanken hätten eingeben können, einen Krieg mit England zu erwarten oder gar hervorzurufen. Er könne nicht wissen, ob die Engländer einen deutschen Angriff befürchtet hätten. Er glaube dies aber nicht; denn die Engländer seien verständige Leute und hätten sich sagen müssen, daß bei uns eine solche Absicht ohne jeden ersichtlichen Grund nicht vorliegen konnte. Es sei damals von besonderer Kriegsbereitschaft der englischen Flotte gesprochen worden, die uns zur Wachsamkeit veranlaßt hätte. Irgendwelche Mobilmachungsmaßregeln seien auf keiner Seite getroffen worden."

---

wickeln. Grey stellte den, wenn auch nicht offiziellen Satz auf, daß nun der Zeitpunkt gekommen sei, à trois zu verhandeln, da englische Interessen in Betracht kämen. Er begründe dieses Ansinnen damit, daß wir eventuell einen Kriegshafen in Agadir bauen und das Hinterland abschließen könnten. Dieses seien Vermutungen, von denen dem Botschafter nichts bekannt sei. Auf reine Vermutungen begründe sich kein Anspruch. Falls englische Interessen durch unser Vorgehen verletzt worden seien, möge der Minister sie nennen. Da er hierzu nicht in der Lage sei, wäre es wohl richtiger, abzuwarten, bis er nachweisen könne, daß ein englisches Interesse oder Recht in Mitleidenschaft gezogen sei. Der Botschafter wiederholte, es bestehe bei uns nicht die geringste Absicht, englische Rechte oder Interessen zu verletzen. Er könne nicht zugeben, daß dies durch die Entsendung eines deutschen Kriegsschiffes nach Agadir geschehen sei. Zweck und Absicht hätte er dem Minister gleich bei seiner ersten Erklärung mitgeteilt: Schutz der Interessen deutscher Reichsangehöriger durch ein Kriegsschiff bis zur Wiederherstellung von Ruhe und Ordnung. Es sei bisher allgemein anerkannter Grundsatz, daß eine europäische Nation den Schutz ihrer Interessen in einem halb barbarischen Lande, das keinem Dritten gehört, selbst auszuüben berechtigt sei. Durch das englisch-französische Abkommen vom Jahre 1904 sei keine dritte Macht gebunden. Deutschland sei seit diesem Abkommen nur durch die Algecirasakte und durch unser Abkommen mit Frankreich vom Jahre 1909 gebunden. Die Akte sowohl als unser Abkommen setzten als Bedingung für alles übrige die Unabhängigkeit des Sultans und die Integrität Marokkos voraus. Nach der dauernden Besetzung der Schauïa, nach dem kürzlich erfolgten französischen Eroberungszug in einem großen Teile Marokkos könne aber niemand mehr im Ernste behaupten, daß das marokkanische Gebiet nicht verletzt, sein Sultan noch unabhängig sei. Hierüber führten wir, wie der Botschafter ebenfalls bei der ersten Unterredung mitgeteilt hat, keine Klage. Es sei aber durch den Gang der Ereignisse der Zeitpunkt eingetreten, wo wir vor die Notwendigkeit gestellt seien, uns über das Marokkogeschäft mit den Franzosen zu verständigen. Wenn, wie Grey annehme, unsere Vorschläge auf anderem Gebiete für unannehmbar gelten würden, so zeige dies nur, daß Frankreich auf die freie Betätigung seiner international nicht anerkannten Ansprüche in Marokko nicht so viel Wert zu legen scheine, als man hätte erwarten können. Man müsse dann auch ein fremdes Kriegsschiff in einem marokkanischen Hafen mit in Kauf nehmen. Ein nordafrikanisches Kolonialreich von der tripolitanischen Grenze bis Senegambien mit einer Vormachtstellung in Marokko sei keine geringe Sache. England sei von Frankreich in Ägypten abgefunden worden, was auch keine geringe Sache war, wir aber mit nichts. Wünsche Frankreich, daß wir gleich England, aber immer unter Wahrung der Handelsinteressen, in Marokko in den Hintergrund treten, so müsse es hierfür ein Äquivalent bieten, das dem großen Ziele, das es anstrebe, annähernd gleichwertig sei. Wenn nicht, so würden wir unsere unabhängige Stellung in Marokko zu wahren wissen. Der Minister scheine großen Wert darauf zu legen, daß wir ein Kriegsschiff nach einem geschlossenen Hafen Marokkos entsandt hätten, und zwar gerade nach Agadir, wo noch im vorigen Herbst das Erscheinen eines französischen

Ich habe dies für das einzige Mittel zur Beruhigung unserer durch die Faberschen Enthüllungen mit Recht erregten öffentlichen Meinung gehalten. Vielleicht wird die Greysche Rede zur weiteren Beruhigung beitragen. Euere Exzellenz wollen sich im vorstehenden Sinne zu Sir E. Grey aussprechen. pp.*

v. Bethmann Hollweg

Kriegsschiffes zu Anfragen unsererseits bei der französischen Regierung Veranlassung gegeben habe. Hierauf hatte der Botschafter zu bemerken, daß der französische Eroberungszug nach Fes im Herbst noch nicht eingeleitet gewesen sei. Er könne dem Minister nicht verhehlen, daß er mit zwei Maßen zu messen scheine, ein Maß für Frankreich, ein anderes für Deutschland. Wenn ihm an der Unverletzlichkeit des marokkanischen Gebiets so viel liege, müsse er sich vor allem und zunächst an Frankreich um Aufklärung wenden. Die Besetzung des Schaulagebietes, die Verbreitung eines französischen Heeres über das Innere Marokkos bedeute doch unzweifelhaft ein stärkeres Einschneiden in die marokkanischen Verhältnisse als die deutsche Aktion, soweit sie vorliege. Der Minister erwiderte: Er würde keineswegs einer Vergrößerung des deutschen Kolonialbesitzes im Herzen von Afrika im Wege stehen. Nur könne er nicht verhehlen, daß durch die eigentliche Marokkofrage die englischen Interessen sehr ernst in Mitleidenschaft gezogen werden könnten. Er habe daher aufrichtig eine Verständigung zwischen Frankreich und Deutschland erhofft; nur für den unerwünschten Fall, daß diese fehlschlüge, habe er schon jetzt klar aussprechen müssen, daß die Demarche in Agadir zu einer Aussprache zwischen uns und England führen würde . . . Die Depesche über die Unterredung traf am 22. Juli in Berlin ein. Die Antwort darauf ging von hier sofort ab. Der Botschafter wurde darin beauftragt, dem Minister zu sagen, wir hätten von Anfang an erklärt, unser Schiff in Agadir schütze lediglich dortige deutsche Interessen. Den besonderen Anlaß habe u. a. ein Angriff der Eingeborenen auf eine deutsche Farm gegeben. Bisher sei nichts vorgefallen, was auf eine Änderung unserer Absichten schließen ließe. Es sei noch kein Mann an Land gesetzt worden. Daß England Insinuationen über unsere Absichten, die offenbar von uns feindlichen Seiten ausgingen, Glauben zu schenken scheine, bedauerten wir. Wir hätten niemals an die Schaffung eines Kriegshafens an der marokkanischen Küste gedacht und würden niemals daran denken. Das seien Halluzinationen. Auch hätten wir keine Absicht auf marokkanisches Gebiet; wir müßten aber wohl verlangen, daß Frankreich entweder die Algecirasakte strikte innehalte oder sich mit uns auseinandersetze, wenn es jenes nicht tun zu können glaube." Im weiteren Verlauf seiner Ausführungen ging Kiderlen auch näher auf die Lloyd Georgesche Rede vom 21. Juli und deren unerwünschte Wirkungen ein, um dann der englischen Regierung nahezulegen, sie möge, wenn sie die Reibungsfläche zwischen Deutschland und Frankreich zu vermindern wünsche, beruhigend auf die zurzeit in Frankreich sehr aufgeregte Stimmung einwirken, die durch falsche Ausstreuungen und halbe Indiskretionen hervorgerufen sei. Ausdrücklich betonte Kiderlen, daß seit der offiziösen Mitteilung des Reuterschen Telegraphenbureaus vom 27. Juli, in der bestritten wurde, daß die englische Regierung sich in die deutsch-französischen Marokkoverhandlungen einzumischen beabsichtige, und daß die erfolgten Dislokationen in der englischen Heimat- bzw. der Atlanticflotte mit den marokkanischen Ereignissen etwas zu tun hätten, die deutsch-französischen Verhandlungen besser vorwärts gerückt seien.

* Der Schluß des Telegramms, der die Flottenfrage behandelt, findet sich in Bd. XXXI, Kap. CCXLI.

Nr. 10658

Der Botschafter in London Graf von Metternich an das Auswärtige Amt

Telegramm. Entzifferung

Nr. 164 London, den 23. November 1911

Unter Bezugnahme auf Telegramm Nr. 163*.

Graf Mensdorff** teilte mir gestern abend ganz vertraulich mit, daß ihm im Foreign Office, nicht von Sir E. Grey, aber von hinreichend autoritativer Stelle gesagt worden ist, daß unsere Veröffentlichung über die hiesigen Verhandlungen der Marokkofrage, die ohne vorherige Zustimmung der englischen Regierung erfolgt sei, unvollständig sei, und daß jetzt nichts übrig bleibe, als daß Sir E. Grey am nächsten Montag auch die hiesige Version gebe.

Sir E. Grey befindet sich ebenfalls in einer äußerst schwierigen Lage dem hiesigen Parlament und der hiesigen öffentlichen Meinung gegenüber, die ihm mangelhafte Aufklärung über Vorgänge dieses Sommers und Kriegsgefahr vorwerfen. Unsere Erklärung ist nicht geeignet, ihm darin zu helfen. Ich zweifle nicht, daß er trotz der mir aufgetragenen Erklärung verstimmt sein wird über die ohne seine Zustimmung erfolgte Veröffentlichung, und daß er zu seiner Rechtfertigung vor hiesiger öffentlicher Meinung darstellen wird, weshalb er bis zum 21. Juli über unsere Absichten im unklaren geblieben ist, und weshalb er für die Entsendung unseres Kreuzers nach Agadir bis zu jenem Datum keine genügende Erklärung finde. Im übrigen wird seine Rede darzulegen versuchen, daß die englische Politik eine deutsch-französische Vereinbarung nicht gehindert, sondern sogar gefördert habe. Ich halte es für ausgeschlossen, daß er eine zukünftige Unfreundlichkeit englischer Politik gegen uns andeuten, vielmehr glaube ich, daß er den Wunsch nach Versöhnung aussprechen wird.

Ich werde nun versuchen, ihn davon abzuhalten, daß er sich in Gegensatz zu unserer Erklärung stellt. Die Schilderung des bei uns hervorgebrachten Eindrucks der zum Teil falschen Indiskretionen des Artilleriekapitäns a. D. Faber wird aber, fürchte ich, nicht genügen, ihn von seiner eigenen Rechtfertigung abzuhalten. Den Hinweis auf Agitation in Reichstag und Volk für Flottennovelle werde ich mit Vorsicht benutzen, da ich nicht ermächtigt bin, ihm ein etwaiges Remedium gegen Flottennovelle anzugeben, und ihn die Aussicht auf eine Flottennovelle nicht zur Rücksichtnahme auf uns bestimmen wird.

Ich werde versuchen, den Minister heute nachmittags erst spät zu sprechen.

Metternich

---

* Siehe Nr. 10657.

** Österreich-ungarischer Botschafter in London.

Nr. 10659

Der Botschafter in London Graf von Metternich an den Reichskanzler von Bethmann Hollweg

Ausfertigung

Nr. 902 London, den 24. November 1911

Aus meiner gestrigen anderthalbstündigen Unterredung mit Sir Edward Grey habe ich den Eindruck gewonnen, daß er am Montag in versöhnendem Sinne sprechen wird. Er wird aber seine eigene Politik verteidigen und darlegen, weshalb er nach seiner Auffassung in den ersten Wochen des Juli über die Ziele unserer Politik nicht klar sehen konnte.

Der Minister wird stark angegriffen darüber, daß er es wegen seiner französischen Politik zu einer Kriegsgefahr und zu einem schlechten und gefährlichen Verhältnis zu Deutschland hat kommen lassen. Ich glaube aber nicht, daß er hierüber fallen wird, und halte einen Auswärtigen Minister ohne imperialistischen Zug auch im heutigen, von den Liberalen beherrschten England noch nicht für möglich. Sollten die Konservativen herankommen, so erscheint es noch mehr ausgeschlossen, daß die englische auswärtige Politik sich in ihren Grundzügen ändert. Lord Lansdowne wird sein eigenes Werk nicht zerstören wollen, und Lord Curzon, der als Auswärtiger Minister eventuell in Frage käme, halte ich für eine direkte Gefahr.

Ich habe nun gestern mit Sir Edward Grey in allen Variationen das Thema durchgenommen, daß England sich bereit gezeigt habe, mit Frankreich gegen uns Krieg zu führen, während niemand bei uns den Krieg gegen England wollte. Darauf beruhe die Erbitterung und Erregung. Auch habe ich bei einer Gelegenheit gesagt, mit nur versöhnlichen Worten sei es nicht getan, wir müßten durch die Politik zeigen, daß England nicht der Feind sei, bin dann aber über dieses Thema hinweggeglitten.

Die Möglichkeit, mit England in Frieden zu leben, ist durch Beseitigung der Marokkofrage stark gestiegen, da wir für den Augenblick keine gefährliche Reibungsfläche mit Frankreich noch mit England mehr haben. Würde dieser Möglichkeit Zeit gelassen, sich auszubauen auf Grund der Erledigung von Fragen der praktischen Politik von Fall zu Fall und unter dem versöhnenden Einfluß der Zeit und unter dem Druck starker Strömungen, die sich hier im Sinne einer Annäherung an Deutschland fühlbar machen, so halte ich es nicht für ausgeschlossen, daß die Intimität des englischen Verhältnisses zu Frankreich allmählich und ohne shock abflaute, während zugleich ein Verhältnis größeren Vertrauens zu uns heranwüchse. Wenn wir aber jetzt und ohne Übergang die hiesige Regierung vor die Alternative stellen: entweder bleibt neutral, oder wir vermehren unsere Flotte, so wird eine

womöglich noch stärkere Anlehnung an Frankreich die Folge sein. Verstärken wir dann die Flotte durch ein Gesetz, das heißt vorläufig nur auf dem Papier, so gehört eine außerordentlich vorsichtige Politik dazu, um uns Zeit zu lassen, sie ohne Krieg auch auszubauen. Es mag dies gelingen, mag auch nicht*.

Heute liegt eine Notwendigkeit zum Kriege mit England noch nicht vor.

P. Metternich

Nr. 10660

Der Botschafter in London Graf von Metternich an den Reichskanzler von Bethmann Hollweg

Ausfertigung

Nr. 906 London, den 24. November 1911

Graf Mensdorff besprach vorgestern mit mir die Mißstimmung in der liberalen Partei gegen Sir E. Grey, kam aber zu dem Schluß, daß sie die Stellung des Ministers nicht ernstlich bedrohe. Anzeichen dieser Mißstimmung, über die ich fortlaufend berichtet habe, sind aus Anfragen im Parlament, aus Leitartikeln und Zuschriften an die Zeitungen verschiedener Richtungen zu erkennen. Sie richtet sich hauptsächlich gegen die persische** und deutsche Politik des Ministers. Nachdem jetzt nicht nur in Deutschland, sondern auch hier erkenntlich geworden ist, daß namentlich die deutsche Politik Sir E. Greys und seine Identifizierung mit der französischen Auffassung der Marokkofrage eine direkte Kriegsgefahr auch für England heraufbeschworen haben, fragen sich hier viele Leute, ob ein Einhalten auf diesem Wege nicht ratsam sei. Auch im Kabinett gibt es einflußreiche Mitglieder, wie der Lordkanzler Lord Loreburn, auch Lord Morley und bis zu einem gewissen Grade der Kolonialstaatssekretär, Mr. Harcourt, von weniger wichtigen Mitgliedern des Kabinetts abgesehen, die eine anders gestaltete Politik gegen Deutschland zu führen wünschen. Sie wissen aber sehr wohl, daß ohne das Trio „Asquith, Haldane, Grey", welche die hauptsächlichen Vertreter des imperialistischen Gedankens im Kabinett sind, die liberale Partei in ihrer jetzigen Gestaltung auseinanderfallen würde; das gleiche weiß auch die Partei selbst. Es ist daher nicht anzunehmen, daß trotz der sich mehrenden Anzeichen der Unzufriedenheit mit der Amtsführung des Auswärtigen Ministers dieser selbst fallen wird. Es ist vielmehr anzunehmen, daß das Kabinett sich mit der Amtsführung Sir E. Greys solidarisch erklären wird, wenn die Angriffe gegen ihn aus der eigenen Partei am nächsten Montag zu laut werden sollten. Aber auch dies halte ich nicht für wahrscheinlich, nachdem der Minister seine

---

* Vgl. dazu Kap. Bd. XXXI, Kap. CCXLI.

** Vgl. dazu v. Siebert, Diplomatische Aktenstücke, S. 224ff.

Erklärung über die auswärtige Lage abgegeben haben wird. Es wird hier sofort verstanden, wer hinter den Angriffen steht, und ob sie nur von einzelnen Parlamentariern ausgehen oder die Zustimmung wichtiger parlamentarischer Kreise haben. Auch wegen Tripolis wird sich der Minister voraussichtlich zu verteidigen haben gegen diejenigen Abgeordneten, welche von der Regierung verlangen, daß sie gegen den italienischen Friedensbruch* und die angeblichen Grausamkeiten Einspruch erheben soll. Es weiß aber außer den Entrüsteten selbst jeder, daß dies nicht viel zu bedeuten hat, auch wenn am nächsten Tage einige kritische Leitartikel erscheinen.

Trotzdem ist die Mißstimmung gegen die Leitung der auswärtigen Politik Englands, insbesondere wegen des gefährlichen Gegensatzes, in den sie zu Deutschland geraten ist, schärfer, als ich sie seit Jahren hier gesehen habe. Wenn ihr über die nächste Montagssitzung hinaus Zeit gelassen wird, ihre Wirkung zu üben, so würde das Foreign Office doch auf die Stimmung Rücksicht nehmen und Deutschland gegenüber mit besonderer Vorsicht auftreten müssen. Das Verlangen nach besseren Beziehungen zu Deutschland ist hier augenblicklich sehr allgemein und ohne Hintergedanken, und die Regierung wird dem Rechnung zu tragen haben, vorausgesetzt, daß auf unserer Seite nichts erfolgt, was die hiesige Stimmung wieder sofort in eine andere Richtung drängen wird.

Die Enthüllungen der letzten Tage** sind zum größten Teil dummes Zeug[1] und beschäftigen sich weniger mit Angriffen der englischen Flotte gegen die unsrige als mit der mangelhaften Kriegsbereitschaft der englischen Flotte[2] bei einem zu erwartenden Angriff von unserer Seite, wobei auch die Enthüllungen über Kriegsvorbereitungen auf beiden Seiten eine gebührende Rolle spielen. Dieser gossip über Krieg und Kriegsgefahr scheint aber die ohnehin erregten Gemüter gänzlich aus der Fassung gebracht zu haben.

Auch die Aufgabe des Besuchs der englischen Flotte an der norwegischen Küste*** wird als Kriegsvorbereitung dargestellt. Sir Edward Grey bemerkte mir gestern, daß der Herr Staatssekretär des Auswärtigen Amtes genau wisse, weshalb der Besuch aufgegeben sei. Auch erzählte mir der Minister mit Bezug auf Kriegsgerüchte, denen er keinen Wert beilege[3], ein Bekannter von ihm[4] sei im Sommer zu ihm gekommen mit der Nachricht, er wisse von einem deutschen Freunde des Herrn Staatssekretärs, daß dieser gesagt hätte, in 24 Stunden würden wir den Krieg haben. Sir E. Grey, obwohl er sich von dieser Nachricht nicht im geringsten habe beeinflussen lassen[5], habe doch gefragt, wann diese angebliche Äußerung gemacht worden sei. Sein Informant habe ihm erwidert: Am 8. September. Der Minister, der diese Alarmnachricht nur als Beispiel anführte für das, was alles erzählt werde, fügte hinzu, die

* Näheres darüber in Bd. XXX, Kap. CCXXXII.
** Gemeint sind die Enthüllungen von Kapitän Faber.
*** Vgl. Nr. 10629.

Nachricht habe ihn so wenig beeinflußt, daß er noch an demselben Tage nach Balmoral gefahren sei. Er habe niemals in diesem Sommer an eine nahe Kriegsgefahr geglaubt. Alle Gerüchte über aggressive militärische Maßnahmen Englands seien unwahr[6]. In Zeiten starker politischer Spannung treffe natürlich jeder Vorsichtsmaßregeln, um nicht von den Ereignissen, auch wenn deren Eintritt unwahrscheinlich sei, überrascht zu werden.

Die „Times", mit feinem flair, wo sie der deutschen Politik glaubt schaden zu können, weist heute in ihren Korrespondenzen aus Paris und Berlin bereits darauf hin, daß wieder ein Versuch im Gange sei, die Entente zu sprengen, und daß die Parole ausgegeben sei: Eine andere Flottenpolitik in Deutschland nur für eine andere auswärtige Politik in England. Dies sei der Preis für die deutsche Freundschaft. Zugleich hebt sie die Dankbarkeit hervor, welche in Frankreich für die englische Unterstützung empfunden werde. Dies trete besonders jetzt hervor, nachdem die Veröffentlichung in der Budgetkommission des Reichstags beweise, wie treu England zu seinem französischen Freunde halte.

Trotzdem geht eine starke Strömung durch ganz England, die auf Annäherung an Deutschland drängt[7] und auf Abkehr von dem Wege der Solidarität mit Frankreich bis zum Kriege. Sie würde nicht ohne Ergebnis bleiben, wenn ihr Zeit gelassen werden könnte, sich zu vertiefen[8].

P. Metternich

Randbemerkungen Kaiser Wilhelms II.:

[1] ? ! !

[2] Blech! Sie war ganz kriegsbereit!

[3] ?

[4] derselbe der im Winter 1908 in Danzig über das Eis schlich zur Schichauwerft und Mc Kenna den heimlichen Bau eines Dreadnoughts schaudernd meldete *

[5] !

[6] falsch!

[7] hat keinen Bestand!

[8] kommt nicht dazu!

Nr. 10661

Der Reichskanzler von Bethmann Hollweg an Kaiser Wilhelm II., z. Z. in Moschen bei Kujau (Oberschlesien)

Telegramm. Eigenhändiges Konzept

Nr. 84 Berlin, den 28. November 1911

Die Rede Sir E. Greys**, die Ew. Majestät wohl im ausführlichen Wolffschen Referat vorliegt, beginnt mit einem längeren Versuch, das

---

* Vgl. Bd. XXVIII, Kap. CCXXV, Nr. 10454.

** Den genauen Wortlaut der großen Rede Sir E. Greys vom 27. November siehe in Parliamentary Debates, House of Commons, Vol. XXXII, Nr. 155, p. 43ff.;

offen bekundete Mißtrauen Englands gegen uns zu begründen und uns die Schuld an ihm in die Schuhe zu schieben. Die dafür im einzelnen angegebenen Tatsachen und Unterredungen sind zum Teil ungenau, zum Teil in unrichtigem Lichte wiedergegeben. Wenn auch wiederholt die bekannte Redensart wiederkehrt, England habe unsere Verhandlungen mit Frankreich mit Wohlwollen verfolgt, so gibt doch Grey eine so offene Unterstützung des französischen Standpunktes zu, daß damit eine Förderung der Verhandlungen ausgeschlossen ist. Ebenso enthält die Rede das offene Eingeständnis, daß England Frankreich auch dort unterstützt hat, wo britische Interessen überhaupt nicht in Frage kamen. Besonders auffallend ist, daß Grey von vornherein unsere Forderungen als übertrieben bezeichnete, noch ehe er sie genau kannte. Über die Faberschen Enthüllungen ist Sir Edward taschenspielerartig hinweggeglitten. Er hat diese Sache in eine ganz unrichtige Parallele mit den Reichstagsreden gebracht. Diese Reden waren der Ausdruck einer gewissen Stimmung gegen England, Faber hingegen hat, ohne ein Wort gegen Deutschland zu reden, so präzise Mitteilungen über englische Kriegsvorbereitungen gemacht, daß es ein leichtes gewesen wäre, sie zu dementieren, wenn sie der Wahrheit nicht entsprochen hätten. Die üblichen freundschaftlichen Beteuerungen haben nicht gefehlt; wir werden darauf antworten, daß wir sie vollständig teilten, nach den Ereignissen des Sommers aber zunächst Taten abwarten müßten.

Alleruntertänigst
v. Bethmann Hollweg

Schlußbemerkung Kaiser Wilhelms II. auf der Entzifferung:
Gut!

Nr. 10662

Der Botschafter in London Graf von Metternich an den Reichskanzler von Bethmann Hollweg

Ausfertigung

Nr. 929 London, den 28. November 1911

Der Eindruck, den die Rede Sir Edward Greys im Unterhause gemacht hat, läßt sich kurz dahin charakterisieren, daß der Teil, welcher davon handelt, daß England an den geschlossenen Freundschaften festhalte, und daß eine Politik des Abseitsstehens für England unheilvoll wäre, hauptsächlich von der Opposition mit Beifall begrüßt wurde,

einen ausführlichen, auf dem Wolffschen Referat beruhenden Auszug in Schultheß' Europäischer Geschichtskalender Jg. 1911, S. 378ff. Vgl. übrigens auch das folgende Schriftstück und weiter die überaus scharfe Kritik, die der belgische Gesandte in Berlin Baron Greindl in seinem Bericht vom 6. Dezember 1911 (Deutsches Weißbuch: Belgische Aktenstücke 1905—1914, S. 100ff.) an der Greyschen Rede übte.

während der Teil der Rede, der eine versöhnliche Sprache für Deutschland enthält, hauptsächlich den Beifall der Ministeriellen herbeiführte. Im großen und ganzen zeigte die Opposition ein wärmeres Verständnis für den Gedanken der Kontinuität der auswärtigen Politik Sir Edward Greys als seine eigene Partei.

In dem ersten Teil seiner Rede suchte er zu begründen, weshalb die englische Politik über die Absichten Deutschlands bis zum 21. Juli im unklaren geblieben und deshalb hier Beunruhigung entstanden sei. Er berief sich dabei auf zwei Besprechungen, die er mit mir am 3. und 4. Juli gehabt habe, und worin er die Besorgnis vor den unbekannten Plänen der deutschen Regierung deutlich zum Ausdruck gebracht habe. Diesen Punkt behandelt der Minister besonders ausführlich als Rechtfertigung für die englische Haltung im allgemeinen und die Lloyd Georgesche Rede im besonderen. Er legt Wert auf diesen Punkt, weil er vielfach in England angegriffen worden ist, eine zu brüske Haltung gegen Deutschland eingenommen zu haben. Zuerst hieß es in Verteidigung gegen diese Angriffe offiziös, daß eine englische Anfrage während drei Wochen unbeantwortet geblieben sei, dann wurde dieser Standpunkt fallen gelassen, dafür aber angedeutet, daß die englische Regierung deutlich ihren Wunsch nach Aufklärung zu erkennen gegeben habe[1]. Diesen Standpunkt behält Sir Edward Grey in seiner Rede bei. Entscheidend bleibt, daß er auch in seiner Rede keinen Beweis beibringt noch beibringen konnte, daß eine englische Anfrage tatsächlich unbeantwortet geblieben sei. An einzelnen Stellen der Wiedergabe meiner Besprechungen mit ihm scheint mir der Minister weiter zu gehen, als seine mir gegenüber gebrauchten Worte es zulassen. Das, was er mir nur andeutete, stellt er in seiner Rede mitunter als klar ausgedrückt hin. Jedoch möchte ich annehmen, daß eine Kontroverse hierüber mit ihm zu nichts Ersprießlichem führen kann. Er spricht pro domo sua, wir haben für unseren Standpunkt gesprochen, und der Unterschied zwischen beiden Darstellungen, der mehr im Ton als in der Substanz liegt, erscheint mir nicht bedeutend genug, um daran eine fernere Kontroverse zu knüpfen, die doch zu keinem Ergebnis führen würde.[2]

Die Faberschen Enthüllungen und die aufgeregten Kommentare über Kriegsgefahr, Bereitschaft und Unbereitschaft bezeichnete Sir Edward Grey als politischen Alkoholismus. Eine unmittelbare Kriegsgefahr habe nach seiner Auffassung nicht vorgelegen[3]. Die Lage sei dadurch ungewiß und gespannt gewesen, weil niemand mit Bestimmtheit während längerer Zeit habe voraussehen können, ob die deutsch-französischen Verhandlungen zu einem Ergebnis geführt hätten oder nicht.

Der Minister hob klar hervor, daß die englische Politik auch in Zukunft darauf gerichtet sein werde, die Freundschaft mit Frankreich und Rußland auf das sorgsamste zu wahren und zu pflegen[4]. Wer

neue Freunde erwerben wolle, dürfe alte Freunde nicht fallen lassen, sonst bliebe man ohne jede Freundschaft. Englands Politik sei nicht aggressiv. Sie werde Frankreich und Rußland in einem aggressiven Kriege gegen Deutschland nie unterstützen[5], sie stehe der Ausbreitung Deutschlands nicht im Wege. Er würde sich freuen, wenn es Deutschland gelänge, im Herzen Afrikas im Laufe der Zeit neuen Kolonialbesitz zu erwerben.

Der Minister behandelte dann die Reden des Herrn Reichskanzlers im Reichstage, deren Ton und Sinn er erwidere. Ein plötzlicher Umschwung der öffentlichen Meinung in Deutschland und England zugunsten einer Annäherung zwischen beiden Ländern sei nicht zu erwarten[6], er setze seine Hoffnung auf den beruhigenden Einfluß der Zeit, und es lägen schon Anzeichen vor, daß der Horizont sich aufkläre.

Meine Mitteilung über den Abschluß des Marokkoabkommens habe er mit besonderer Genugtuung begrüßt. Die große Errungenschaft dieses Abkommens liege darin, daß Marokko nicht länger den Frieden Europas störe.

Dies ist der Kernpunkt der augenblicklichen Lage. Da wir keine aggressiven Kriege nach West und Ost führen wollen und von dort aus auch keine Kriege in absehbarer Zukunft zu erwarten sind, woran sich zu beteiligen England in die Versuchung kommen könnte, so liegt augenblicklich nichts vor, was unseren Gegensatz zu England von neuem verschärfen würde[7]. Dagegen weiß ich und betone es ausdrücklich, daß in England der Wunsch allgemein ist, durch die Ententepolitik nicht wieder in gefährlichen Gegensatz zu uns zu geraten. Die Periode der aggressiven Ententenpolitik tritt nach Überwindung der Marokkoschwierigkeit in den Hintergrund. Eine politische Vereinbarung zwischen uns und England, die ein Fallenlassen der englischen Ententenfreundschaften in sich schließt, wird nicht zu erreichen sein[8]. Dagegen deutet Sir Edward Grey öffentlich im Parlament seine Unterstützung[9] an, um uns die Grundlagen eines zukünftigen mittelafrikanischen Kolonialreiches zu sichern. Die Erde ist schon verteilt, und wo anders als in Mittelafrika bieten sich uns kaum Aussichten zur Erwerbung von Kolonien großen Stiles. Die Frage, ob Äquatorialbesitz zur Stärkung des Mutterlandes beiträgt, ist nicht unbestritten. Wenn wir aber auf der Grundlage des Geheimabkommens mit England von 1898 weiterbauen wollen, so bietet sich jetzt eine Gelegenheit. Wir können nicht à la Italien anderen ihren Besitz einfach wegnehmen. Der Zerfall der portugiesischen Kolonien schreitet aber voran, und ob das ungeheure Kongobecken auf die Dauer in der Hand eines schwachen Staates wie Belgien bleiben kann, erscheint auch ungewiß. Sir Edward Grey bietet uns an, im gegebenen Zeitpunkt de faire courroie du cuir d'autrui. Für Kolonialpolitiker hat die Erwerbung neuen Besitzes manches Verlockende. Auch erfreut sie die öffentliche Meinung. Bismarck hat die

Kolonialpolitik, gegen die er sich bis zum Jahre 1882 stemmte, inauguriert, um dem deutschen Volke, das nicht ewig von der Begeisterung der großen Siege leben konnte und Anzeichen von Unzufriedenheit und Zerfahrenheit gab, einen neuen Weg zu zeigen, an dem es Gefallen fand. Sir Edward Grey will uns mit Vorspiegelungen einer kolonialen Zukunft besänftigen. Die absolute Gewißheit, daß wir die englische Politik in Europa nicht mehr gegen uns haben werden, gibt er uns aber nicht und wird sie uns auch nicht geben[10]. Die Wahrscheinlichkeit, daß wir England mit andren Mächten wieder gegen uns aufmarschiert sehen, tritt aber nach Erledigung von Marokko von selbst zurück. England wird sich nicht leicht entschließen, wieder gegen uns Stellung zu nehmen[11]. Gebranntes Kind scheut das Feuer. In England wird das deutsche Expansionsbedürfnis für weit stärker gehalten, als es tatsächlich bestehen dürfte. Der Gedanke, daß man Deutschland seinen Platz an der Sonne gönnen und ihm sogar dazu verhelfen müsse, ist hier jetzt allgemein verbreitet[12]. Diese Stimmung läßt sich vielleicht zu unserm Vorteil verwenden. Es ist mir unbekannt, welche Rolle Spanisch-Guinea und Fernando Póo bei den spanisch-französischen Verhandlungen über Marokko zugeteilt ist, und ob, abgesehen vom französischen Vorkaufsrecht[13], Zusagen Frankreichs an uns vorliegen, uns diesen spanischen Besitz als Äquivalent für unser Desinteressement im spanischen Teile Marokkos zu erwerben. In diesem Falle wäre zu erwägen, ob die Mithülfe der englischen Politik nützlich und zu erwirken ist.

Die günstige Stimmung, welche jetzt in England besteht, um das Vergangene vergessen zu machen und eine Annäherung an uns herbeizuführen, wird aber nur so lange vorherrschen, als bei uns keine neuen und hier gefürchteten Maßnahmen ergriffen werden[14], die nach hiesiger Auffassung den Versuch einer Aussöhnung[15] mit uns wertlos und unnütz erscheinen ließe. In dem Falle wird hier eine entsprechende Flottenverstärkung stattfinden und, um die erforderlichen Geldmittel zu gewinnen, Tarifreform, wofür im geheimen die Minister Lloyd George und Winston Churchill schon halb gewonnen sind, wieder in den Vordergrund der politischen Erwägung treten, es wird die allgemeine Wehrpflicht näher heranrücken, die Entente mit Frankreich sich leicht zum Bündnis verdichten[16] und die Stimmen derer, die sich gegen entangling alliances richten, wieder verstummen.

P. Metternich

Randbemerkungen Kaiser Wilhelms II.:

[1] Falsch!

[2] das Volk wird daran anknüpfen

[3] falsch!
England hat so gehandelt als ob eine vorläge

[4] damit ist Freundschaft mit uns nicht zu vereinigen. Da die Französische gegen uns gebraucht wird!

[5] Quatsch! Welcher Krieg ist nicht aggressiv!

[6] nein!
[7] ! Heilige Einfalt!
[8] dann ist auch gar nichts zu machen!
[9] !! Er denkt nicht daran
[10] das ist die Hauptsache! daher rüsten!
[11] Unsinn!
Sofort wieder
[12] Quatsch
[13] Blech! Deutschen Vorkaufsrecht
[14] aha!
[15] wir rechnen auf keine mehr
[16] wird sie so wie so und das schafft Klarheit.
Schlußbemerkung des Kaisers:
Dem armen Mann ist nicht zu helfen! Er bleibt dabei, zu Hause nur nicht rüsten, dann bleibt Englands Laune gut! mehr nicht!

Nr. 10663

Der Marineattaché in Rom Korvettenkapitän Fuchs an den Staatssekretär des Reichsmarineamts von Tirpitz

Abschrift

Nr. 326
Vertraulich

Rom, den 28. November 1911

Der englische Marineattaché* hier, der sich mir gegenüber bisher einer erklärlichen Reserve befleißigt hat, hat sich in diesen Tagen dem österreichisch-ungarischen Kollegen** gegenüber, den er oft um Material bittet, über die jüngsten marinepolitischen Vorgänge zwischen England und Deutschland ziemlich offen ausgesprochen***. Er leitete dabei sein Gespräch damit ein, daß er doch nicht lange mehr der englischen Marine angehören werde und deshalb keine Bedenken trage, seine Ansicht offen zu vertreten.

Er dokumentierte sich als eifrigster Anhänger der „War-Party" und stellte sich völlig auf den Boden der Faberschen Äußerungen. Da eine Auseinandersetzung mit Deutschland unvermeidbar sei, so müsse mehr für die Kriegsvorbereitung geschehen: in diesem Sommer sei tatsächlich die Flotte völlig unvorbereitet (perfectly unprepared) und durch den Kohlenstreik geradezu paralysiert gewesen, so daß man den Angriff der Deutschen täglich mit großer Angst befürchtet hätte†. Die Regierung habe die Streikleitung telegraphisch zur Behebung des Widerstandes bis zu einem gewissen Tage gebeten, weil sonst der Vorstoß

---

* Captain Stewart.
** Fregattenkapitän Rémy-Berzencóvich v. Szillás.
*** Vgl. auch die Äußerungen Captain Stewarts zu dem Nachfolger Fuchs' Korvettenkapitän von Rheinbaben. A. v. Tirpitz, Der Aufbau der deutschen Weltmacht, S. 198 f.
† Vgl. Nr. 10629, 10642.

seitens Deutschlands unausbleiblich gewesen. An eine entsprechende Kohlenversorgung der Schiffe wäre in dieser Zeit überhaupt nicht zu denken gewesen. Die Entsendung der 150000 Mann Truppen auf den Kontinent wäre ebenfalls nicht durchführbar gewesen, da die Territorialmiliz mit ihrem höchst zweifelhaften Wert gegen die Streikbewegung nicht aufzukommen vermocht hätte. Diese Blöße hätte erneut die Notwendigkeit des Überganges zur allgemeinen Wehrpflicht vor Augen geführt, denn für die innere Landesverteidigung müsse unbedingt ein Teil des regulären stehenden Heeres vorbehalten bleiben. Den Ausbau von Rothsy als Stützpunkt gegen die Ostfront habe man ferner viel zu spät in Angriff genommen.

Die Frage, weshalb sich England auf ein so inniges Zusammenhalten mit Frankreich einlasse, beantwortete er kurz dahin, daß dies der einzige Weg sei, um sich die bisherige Vormachtstellung als erste Seemacht der Welt zu sichern. Über den geringen militärischen Wert der „zusammengewürfelten" Armee und der durchweg defekten Schiffe dieses Bundesgenossen sei man keinen Augenblick im Zweifel; man blicke aber nur auf Deutschlands stetig wachsende militärische Kraft, sein Bedürfnis nach Expansion und überseeischem Besitz, die täglich immer fühlbarer Englands Existenz bedrohten; so würde man diesen Kompromiß schon verstehen. Eine Annäherung an die Vereinigten Staaten von Nordamerika habe trotz der Blutsverwandtschaft keinen Zweck, denn sobald deren Export endgültig in deutsche Hände übergegangen sei, hätten sie dort ihre Rolle ausgespielt.

So weit die Äußerungen meines englischen Kollegen über die Ursachen eines Konfliktes mit Deutschland. Sie enthalten im allgemeinen nur die verschiedenen Programmpunkte der englischen „War-Party", die uns nicht mehr unbekannt sind, und werden nur deshalb so ausführlich wiedergegeben, weil sie gerade jetzt — nach den letzten Verhandlungen im Reichstage über diesen Gegenstand — gefallen sind. Sie gewinnen auch dadurch noch an Bedeutung, daß der englische Attaché die Entsendung des „Panther" nach Agadir als einen den Bismarckschen Leitsätzen zuwiderlaufenden diplomatischen Mißgriff — als „a blow in our face" — bezeichnet hat.

Bezüglich des Verlaufes einer kriegerischen Operation gegen Deutschland wurde unter starkem Bedauern des Verlustes von Helgoland auf die Notwendigkeit für England hingewiesen, Belgien bezw. Kopenhagen zu besetzen. Das erstere ergäbe sich daraus, daß Deutschland für den westlichen Vormarsch entsprechende Sonderabmachungen mit Holland (?) getroffen habe, das zweite sei zwar sehr brutal, aber durch den geschichtlichen Vorgang sowie durch die Umstände begründet.

(gez.) Fuchs

Nr. 10664

Der Staatssekretär des Auswärtigen Amtes von Kiderlen an den Chef des Admiralstabs der Marine Vizeadmiral von Heeringen

Konzept von der Hand des Dirigenten der Politischen Abteilung Wilhelm von Stumm

Ganz geheim Berlin, den 29. November 1911

Der Ew. pp. bekannte Bericht Nr. 707* des Marineattachés bei der Kaiserlichen Botschaft in London erwähnt, daß England nach Angaben englischer Seeoffiziere im August und September d. Js. seine ganze Flotte mobil gemacht habe, um auf ein Signal von Frankreich über Deutschland herzufallen. In Bericht Nr. 775** nimmt Kapitän Widenmann gleichfalls auf Kriegsrüstungen Englands im August und September Bezug.

Zur Beurteilung der politischen Lage würde es für mich von besonderem Interesse sein, davon unterrichtet zu werden, inwieweit auf Grund der dem Admiralstab, wie ich annehmen darf, in den bezeichneten beiden Monaten auch auf anderem Wege zugegangenen Nachrichten Kriegsvorbereitungen der englischen Regierung als erwiesen angesehen werden können.

Euere Exzellenz würden mich durch eine vertrauliche Auskunft hierüber zu Dank verpflichten.

Kiderlen

Nr. 10665

Der Chef des Admiralstabs der Marine Vizeadmiral von Heeringen an den Staatssekretär des Auswärtigen Amtes von Kiderlen

Ausfertigung

Ganz geheim Berlin, den 5. Dezember 1911

Euer Exzellenz beehre ich mich auf das gefällige Schreiben vom

---

* Bericht Nr. 707 des Londoner Marineattachés vom 28. Oktober 1911, der die Ersetzung M'Kennas durch Churchill als Erster Lord der Admiralität betraf, ist abgedruckt in Bd. XXXI, Kap. CCXLI.

** Bericht Nr. 775 des Londoner Marineattachés vom 20. November behandelte die Faberschen Enthüllungen. Es hieß in dem Bericht u. a.: „Über die einzelnen Anklagepunkte Captain Fabers und die Begründung derselben wird jeder englische Seeoffizier mit einem mitleidigen Lächeln zur Tagesordnung übergehen können, aber trotzdem sind die Enthüllungen Fabers dazu angetan, der Welt die Augen über die Kriegsmaßregeln der englischen Regierung während der letzten Monate zu öffnen. Alle in den letzten Monaten seitens der offiziösen „Westminster Gazette" veröffentlichten Friedensworte und Reden unoffizieller Friedensfreunde im Mansion House und an anderen Orten außerhalb Whitehalls werden gegen Tatsachen verstummen. Die englische Regierung wird, so unbequem es ihr auch sein wird, und so vorsichtig sie es auch tun wird, endlich zugeben müssen, daß sie im August und September zum Kriege gegen Deutschland gerüstet hat."

29. November 1911 — AS 2053, J. Nr. 10870* — ergebenst zu erwidern, daß nach dem hier über die Spannungsperiode der Monate August und September, besonders aber des letzteren Monats, eingegangenen Nachrichtenmaterial mit Sicherheit anzunehmen ist, daß England für den Fall eines Kriegsausbruchs gerüstet hatte. Ob dies in rein offensivem Sinne zu verstehen ist, oder ob England dabei lediglich für alle Eventualitäten bereit sein wollte, läßt sich mit Sicherheit aus dem hier befindlichen Material nicht feststellen.

Bezeichnend dafür, daß in der genannten Zeit eine rege mobilisatorische Tätigkeit in England herrschte, sind insbesondere folgende Punkte:

1.) Die Dislozierung der englischen Seestreitkräfte, die programmwidrige und beschleunigte Verschiebungen einer Reihe von Flottenteilen nach der Ostküste notwendig machte, und die als vorbereitender Aufmarsch angesprochen werden muß.
2.) Überhastete und unter ungewöhnlichem Kostenaufwand vorgenommene Kohlenkäufe, Wahl des Transportweges über Land (trotz der erheblichen Mehrkosten) nach den Stützpunkten der Ostküste.
3.) Beschleunigte Bereitstellung solcher Flottenteile, die sich im Stadium der jährlichen Reparatur befanden.
4.) Beschleunigte Ergänzung und Verlagerung von Ausrüstungsmaterial in die als Basis dienenden Häfen (Brennmaterial für Unterseeboote, Munitionstransporte).
5.) Einberufungen von Reservisten in auffallend großer Zahl.
6.) Umfangreiche Urlaubseinschränkungen.
7.) Auffallend rege Ausrüstungstätigkeit bei der Territorialarmee.
8.) Intensive Ausbildung der Reserveformationen behufs beschleunigter Herstellung ihrer personellen Kriegsbereitschaft, besonders durch Abhaltung von Schießübungen, die programmäßig zu jener Zeit nicht stattzufinden pflegen[1].

Im Monat August habe ich die Situation infolge der mir von Euerer Exzellenz ausgesprochenen Auffassung nicht ernstlicher beurteilt. Andere Nachrichten über den August habe ich erst später erhalten.

Im September habe ich auf Grund meines Eindrucks von der militärischen Tätigkeit in England Veranlassung genommen, an den Herrn Staatssekretär des Reichsmarineamts mit einer Reihe von Vorschlägen zur Hebung unserer Bereitschaft heranzutreten[2]. Jedoch wurden diese Maßnahmen von dem Herrn Reichskanzler derzeit als nicht erforderlich und nicht tunlich bezeichnet.

Die von Euerer Exzellenz angeführten Attachéberichte** kann ich

---

* Siehe Nr. 10664.
** Vgl. Nr. 10664, Fußnote * und **.

hiernach im allgemeinen nur als eine Bestätigung der hier gewonnenen Auffassung ansprechen.

v. Heeringen

Randbemerkungen Wilhelm von Stumms:
[1] Alles das beweist nicht Angriffsabsicht Englands, sondern bestätigt nur, daß man dort während des Eisenbahnstreiks Angst vor einem deutschen Überfall hatte.
[2] Trotzdem blieb der Herr Marineattaché auf Urlaub. Es wäre, wenn man damals wirklich so besorgt war, wohl am Platz gewesen, ihn zurückzuberufen!

Nr. 10666

Der Reichskanzler von Bethmann Hollweg an Kaiser Wilhelm II., z. Z. in Breslau

Telegramm. Eigenhändiges Konzept

Nr. 88 Berlin, den 5. Dezember 1911

Die heutige Marokkodebatte* ist ruhig und würdig verlaufen. Der ernste Ton, in dem ich über unser Verhältnis zu England sprach, fand

* Am 5. Dezember hatte im Reichstage noch einmal eine Marokkodebatte stattgefunden, die dem Reichskanzler von Bethmann Hollweg Gelegenheit gab, auf die Rede Sir E. Greys vom 27. November zu antworten. In dem ersten Teile der Rede wies der Reichskanzler entschieden die Unterstellung Sir E. Greys zurück, als ob die von der deutschen Regierung nach Agadir eingenommene Haltung geeignet gewesen wäre, irgendwelchen englischen Besorgnissen Gewicht zu verleihen. Er sagte u. a.:
„Der englische Minister des Auswärtigen hat ganz offen von den Besorgnissen gesprochen, die durch die Entsendung des ‚Panther' nach Agadir und durch die Pläne unserer Marokkopolitik überhaupt eingeflößt worden seien. Der Zug der Franzosen nach Fes und das Vorgehen Spaniens hat anscheinend bei England keinerlei Besorgnisse über die Beeinträchtigung seiner marokkanischen Interessen hervorgerufen. Worauf sich die Annahme Englands stützt, daß wir uns am Atlantischen Ozean eine Flottenbasis schaffen wollten, ist mir nicht bekannt. Was wir wirklich mit Agadir wollten, wußte England aus der in der Kommission bekanntgegebenen Instruktion an unseren Botschafter in London vom 30. Juni d. Js. Wir hatten also von unserer Seite keinen Grund zu Zweifeln gegeben, auch haben das doch zunächst interessierte Frankreich und das mit diesem verbündete Rußland niemals Mißtrauen in unsere Pläne gesetzt. Frankreich aber stand — Sir Edward Grey hat das mitgeteilt — während des ganzen Verlaufes der Verhandlungen in intimem Meinungsaustausch mit England und erbat bei allen Fragen, die englische Interessen berühren konnten, Englands Rat. Es ist bei dieser Sachlage schwer verständlich, wie England seine Interessen bedroht sehen konnte. Sie konnten ja, da wir mit Frankreich verhandelten, nicht ohne Frankreichs Wissen gefährdet werden. Wenn aber trotz alledem bei England Zweifel entstanden, sei es auf Grund von Gerüchten unter den Eingeborenen in Agadir, auf die sich der englische Minister bezogen hat, sei es auf Grund von Preßäußerungen, so wäre ich jederzeit bereit gewesen, auf eine Anfrage der englischen Regierung diese Zweifel zu zerstreuen. Der englische Minister des Auswärtigen hat von der Periode des Schweigens vom 4. bis 21. Juli gesprochen. Nun, dieses Schweigen war ein beiderseitiges. Einzig und allein am 12. Juli hat der hiesige englische Botschafter dem Herrn Staatssekretär gegenüber von der Möglichkeit einer Verhandlung über Marokko zu Dreien gesprochen, zwischen Deutschland, Frankreich und Spanien, und hat daran die Bemerkung geknüpft, daß das von England peinlich empfunden werden würde. Dem Herrn Botschafter

Beifall. In Übereinstimmung mit mir forderten alle Redner, daß, wenn unser Verhältnis zu England sich bessern solle, die englische Politik dem von Sir E. Grey ausgesprochenen Wunsch nach besseren Beziehungen durch Taten Ausdruck geben müsse.

Danach habe ich mit Ew. Majestät Ermächtigung den Reichstag geschlossen.

Alleruntertänigst
v. Bethmann Hollweg

Nr. 10667

Der Reichskanzler von Bethmann Hollweg an Kaiser Wilhelm II., z. Z. in Breslau

Telegramm. Eigenhändiges Konzept

Nr. 89 Berlin, den 6. Dezember 1911

Meine gestrige Rede wird von der gesamten Presse als ernst und scharf bezeichnet, aber beifällig aufgenommen. Ebenso geschieht es in

---

ist noch an demselben Tage als amtliche Äußerung der deutschen Regierung erwidert worden, daß eine solche Absicht niemals bestanden habe. Trotz ihrer negativen Form hatte diese Erwiderung den sehr positiven Inhalt, daß eine etwaige Besorgnis Englands grundlos war, als beabsichtigten wir eine Teilung Marokkos mit Spanien und Frankreich. Ebensowenig ist unser Botschafter in London in die Gelegenheit gekommen, auf eine Anfrage der englischen Regierung Auskunft zu erteilen. Sir Edward Grey führt in seiner Rede aus, daß er bei seiner Unterhaltung mit dem Grafen Metternich am 4. Juli die Entsendung des ‚Panther' nach Agadir als neue Situation bezeichnet habe, und daß die englische Regierung wegen ihrer künftig die englischen Interessen direkt berührenden Entwicklung beunruhigt sei. Wir konnten in dieser Äußerung eine zu beantwortende Frage nicht erblicken. Was auf sie zu erwidern gewesen wäre, hat Graf Metternich an demselben Tage von sich aus gesagt. ‚Ich erwiderte dem Minister, daß nach meiner Auffassung die Kaiserliche Regierung keineswegs den Wunsch habe, England von einer Neugestaltung der Dinge auszuschließen oder von einer etwaigen Wahrnehmung der englischen Interessen in Marokko abzuhalten.' Selbst wenn diese Erwiderung nicht genügend erschienen wäre, hätte bis zum 21. Juli, bis zum Tage der nächsten Unterredung zwischen Sir Edward Grey und dem Grafen Metternich und der Rede des englischen Schatzkanzlers durch eine Rückfrage bei uns leicht eine weitere Aufklärung gegeben werden können. Ich bin weit davon entfernt, Beschwerde darüber zu führen, daß dieser Weg nicht gegangen worden ist. Für die Wahl der Wege ist nur das Interesse des eigenen Landes, hier also das englische Interesse, bestimmend. Ich kann aber an den Wirkungen, wie sie sich hier darstellen, nicht vorübergehen, und da muß ich allerdings sagen, daß die tatsächlich eingetretene Spannung und die Verschärfung der Situation nach meiner Überzeugung hätte vermieden werden können, wenn unseren Erklärungen vom 1. Juli größeres Vertrauen geschenkt worden und wenn die Periode des Schweigens nicht von englischer Seite durch eine öffentliche Kundgebung eines hervorragenden Mitgliedes des englischen Kabinetts unterbrochen worden wäre." Im weiteren Verlauf seiner Ausführungen griff Reichskanzler von Bethmann Hollweg auf die Ausführungen Sir E. Greys über die Mansion-House-Rede Lloyd Georges zurück: „Sir Edward Grey hat gesagt, der Schatzkanzler Lloyd George habe mit seiner Rede ohne Provokation feststellen wollen, daß, wo englische Interessen berührt würden, England nicht behandelt werden dürfe, als ob es nicht mitzähle; käme der Tag, wo das

der Wiener Presse. Dieser Aufnahme wird natürlich das Echo in der englischen Presse entsprechen. Man muß hoffen, daß das Wasser auf die Mühlen derjenigen doch zahlreichen englischen Politiker bringen wird, die mit Sir Edward Greys antideutscher und neuerdings auch mit seiner persischen Politik unzufrieden sind. Zum mindesten darf man die Möglichkeit einer solchen Wirkung nicht verhindern*. Ich lasse deshalb unsere Presse davon abhalten, chauvinistische und unmittelbar kriegshetzende Töne gegen England anzuschlagen. Ich möchte es für sehr wichtig halten, daß nicht etwa der Prinz Albert zu Schleswig-Holstein, den Ew. Majestät, wie ich gehört habe, in Primkenau sehen, Stimmungsbilder in England verbreitet, die, wenn sie von Hand zu Hand gehen, unrichtige Eindrücke hervorrufen. Ich möchte annehmen, daß ich die Notwendigkeit einer starken Wehrmacht Deutsch-

---

nicht mehr klar ausgesprochen werden könne, dann würde England aufgehört haben, als Großmacht zu existieren. Ich nehme das gleiche Recht für Deutschland in Anspruch. Wenn ich aber in die Vergangenheit zurückblicke, so finde ich, daß die marokkanischen Wirren um deswillen entstanden sind, weil dieses Recht Deutschland nicht immer eingeräumt werden sollte. Das Jahr 1904, in dem England und Frankreich über Marokko disponierten, ohne Rücksicht auf das Interesse, das Deutschland an der Lösung des Marokkoproblems hatte, war das proton pseudos. Dann erst gingen wir nach Algeciras und schließlich nach Agadir. Uns trieb die Notwendigkeit, unsere wirtschaftlichen Interessen selbst zu wahren und der Welt zu zeigen, daß wir fest entschlossen seien, uns nicht beiseite schieben zu lassen; wenn als schließliche Folge hiervon angebliche oder wirkliche Kriegsbereitschaft in England entstanden war — was von beiden zutrifft, kann ich nicht entscheiden — und weiter ein hochgespannter Erregungszustand, den der englische Minister politischen Alkoholismus genannt hat, so können wir das nur mit Bedauern registrieren. Aber wir lehnen die Verantwortung dafür ab. Ebenso wie wir es ablehnen mußten, uns von einer Bahn abdrängen zu lassen, die uns die Wahrung der deutschen Interessen und der deutschen Würde vorgeschrieben hatte. Jener Erregungszustand hat zum Spielen mit dem Kriegsgedanken geführt." Schließlich betonte Reichskanzler von Bethmann Hollweg noch mit allem Nachdruck Deutschlands Wunsch, mit England in Frieden und Freundschaft zu leben: „Auch wir wünschen aufrichtig Frieden und Freundschaft mit England. Aber mit diesem Wunsche wird die tatsächliche Entwicklung guter Beziehungen zwischen unseren Ländern nur insoweit Schritt halten, als die englische Regierung bereit ist, das Bedürfnis nach solchen Beziehungen auch in ihrer Politik in positiver Weise zum Ausdruck zu bringen."

* Eine solche Wirkung trat doch kaum ein. Sir E. Grey ließ sich jedenfalls in seiner Politik nicht beirren, nachdem er in einer am 5. Dezember in Plymouth gehaltenen Rede deutlich die Absicht kundgegeben hatte, in den bisherigen Bahnen zu beharren. Nach einem Bericht Graf Metternichs vom 6. Dezember, Nr. 961, hätte Sir E. Grey in dieser Rede allerdings in Aussicht gestellt, daß, wenn die Marokkodepression erst einmal vorüber sei, das diplomatische Barometer bald wieder steigen werde; vorerst jedoch sei eine Pause diplomatischer Ruhe wünschenswert, innerhalb deren man nicht zu oft das Steigen des Wetterglases durch Beklopfen festzustellen versuchen möge. Vgl. dazu das Urteil des belgischen Gesandten in Berlin Baron Greindl vom 9. Dezember: „Ce qui résulte de plus clair du discours de Sir E. Grey c'est qu'il veut continuer la politique de la triple-entente dans l'esprit où il l'a pratiquée jusqu'ici, c'est-à-dire hostile à l'Allemagne." Belgische Aktenstücke 1905—1914, S. 103. Baron Greindl macht kein Hehl daraus, daß er die von Reichskanzler Bethmann Hollweg in der rednerischen Auseinandersetzung mit Sir E. Grey angeschlagene Note wesentlich versöhnlicher finde als das Echo aus dem Munde des englischen Staatssekretärs.

lands und die Voraussetzungen, von denen eine Besserung der deutsch-englischen Beziehungen abhängig ist, so stark betont habe, daß Nachrichten über deutsche Wehrverstärkungen, die etwa unter ausdrücklicher Bezugnahme auf die Person Ew. Majestät in England verbreitet werden sollten, sowie Nachrichten über eine dezidiert englandfeindliche Stimmung die Situation erschweren würden. Wenn auch mit vollem Unrecht, so würden doch zweifellos in England solche Nachrichten mit der Erklärung in Widerspruch gesetzt werden, daß wir unter der Voraussetzung einer entprechenden Orientierung der englischen Politik mit England in Frieden und Freundschaft zu leben wünschen. Diesen Eindruck aber müßten wir nach meinem ehrfurchtsvollen Dafürhalten nicht aufkommen lassen.

Alleruntertänigst

v. Bethmann Hollweg

Nr. 10668

Der Botschafter in London Graf von Metternich an den Reichskanzler von Bethmann Hollweg

Ausfertigung

Nr. 950 London, den 4. Dezember 1911

Das bekannte Mitglied der Arbeiterpartei Mr. Keir Hardie hielt am 2. d. Mts. anläßlich der Eröffnung eines Wohltätigkeitsbasars zugunsten der Frauenarbeitliga in London eine Rede, in der er auch kurz auf die auswärtige Politik Englands zu sprechen kam.

Niemals, so betonte der Redner wiederholt, habe in den letzten Krisen auf deutscher Seite die Absicht oder auch nur der entfernteste Wunsch bestanden, England zu überfallen. Die Gefahr sei vielmehr in dem krankhaften Geisteszustand zu suchen, der in einigen Köpfen des Foreign Office herrsche als Folge von Ereignissen, für die diese selbst zum großen Teile verantwortlich seien[1].

Während das ganze Land in Schrecken eines bevorstehenden deutschen Überfalls befangen gewesen sei, hätte es dann Sir E. Grey — wahrscheinlich unter stillschweigender Zustimmung des Kabinetts — dem russischen Bären leichter gemacht, seine schmutzigen Tatzen in den europäischen Kreis vorzuschieben. Die gegenwärtige persische Politik der Regierung sei nicht nur ein Unrecht gegen Persien, sondern auch eine Drohung für England selbst durch die militärische Gefährdung der indischen Grenze und der daraus sich notwendig ergebenden ungeheuren Steigerung der englischen Rüstungen.

Abschließend kommt Mr. Keir Hardie zu dem Resultat, daß eine Änderung der englischen Politik von Sir E. Grey nicht zu erwarten

sei[2], und daß daher eine Lösung der Spannung nur durch einen Personenwechsel im Auswärtigen Ministerium gebracht werden könne.

P. Metternich

Randbemerkungen Kaiser Wilhelms II.:

[1] Sehr richtig

[2] richtig!
weil sie der opposition (Unionisten) genehm ist die ihn halten

Nr. 10669

Der Botschafter in London Graf von Metternich an den Reichskanzler von Bethmann Hollweg

Ausfertigung

Nr. 956 London, den 5. Dezember 1911

Der der Arbeiterpartei angehörende Abgeordnete Arthur Henderson hielt gestern in Toft Hill eine Rede über die deutsch-englischen Beziehungen. Es sei Englands größter Schaden, wenn das zwischen beiden Ländern gegenwärtig bestehende Mißtrauen sich noch vertiefe, ohne daß eine energische Anstrengung im entgegengesetzten Sinne gemacht werde. Man habe sich mit der Hoffnung getragen, die Rede Sir Edward Greys werde zur Erreichung dieses Zieles beitragen. Der Minister habe jedoch mit so viel Zurückhaltung und Kälte gesprochen, daß von einer dadurch erfolgten Besserung der Lage nicht die Rede sein könne[1]. Mr. Bonar Law, der Führer der Opposition im Unterhause, habe jedoch den richtigen Ton angeschlagen; er habe erklärt, daß er die Theorie der Unvermeidlichkeit des Ausbruches eines deutsch-englischen Krieges scharf verurteile. Im Unterhause habe sich der seltsame Vorgang abgespielt, daß die Rede des Staatssekretärs des Äußern von der Opposition mit warmem Beifall aufgenommen wurde, während der Führer der Unionisten den meisten Anklang bei den Mitgliedern der liberalen Regierungspartei fand, ein Beweis dafür, daß Mr. Bonar Laws Ausführungen den Wünschen der liberalen Partei entsprachen.

Zum Schluß seiner Rede betonte Mr. Henderson, daß die Arbeiterpartei ihren ganzen Einfluß zur Herbeiführung einer Verständigung mit Deutschland einsetzen werde, um dadurch eine dauernde Basis guten Willens und gegenseitigen Vertrauens zwischen beiden Ländern zu schaffen[2].

P. Metternich

Randbemerkungen Kaiser Wilhelms II.:

[1] Richtig

[2] nutzlos! solange die Entente mit Frankreich in jetziger Form weiterbesteht

Nr. 10670

Der Militärattaché in London Major Ostertag an den Botschafter in London Grafen von Metternich

Ausfertigung

London, den 12. Dezember 1911

Über ein Gespräch bei dem heute stattgefundenen Zusammentreffen zwischen Sir E. Grey und mir anläßlich eines Frühstücks bei Lord Haldane und einer Unterhaltung mit letzterem bitte ich Euerer Exzellenz nachstehendes berichten zu dürfen.

Anwesend war nur noch die Schwester des Kriegsministers. Während des Frühstücks wurde erst von der Insurance Bill gesprochen und dann von allerhand nebensächlichen Dingen. Nach der Mahlzeit verabschiedete sich Miß Haldane, und es blieben nur ihr Bruder, Sir E. Grey und ich zurück.

Sir E. Grey erkundigte sich, ob ich kürzlich in Deutschland gewesen sei. Als ich bejahte, fragte er nach der dort herrschenden Stimmung. Ich erwiderte, daß im ganzen Volke die Stimmung nicht gerade freundlich gegen England sei. Auf die Frage Sir Edwards, worauf sich diese antienglischen Gefühle gründeten, sagte ich etwa folgendes: Hauptsächlich darauf, daß im August und September in Deutschland kein Mensch an einen Krieg gedacht habe, weder gegen England noch gegen ein anderes Land, daß aber England ohne irgend eine es direkt betreffende Veranlassung Kriegsvorbereitungen getroffen habe, die nicht unbemerkt bleiben konnten, und die unverkennbar gegen uns gerichtet waren. Der beste Beweis dafür, daß Deutschland keine kriegerischen Absichten gehabt habe, liege darin, daß dort keinerlei Kriegsvorbereitungen getroffen worden seien.

Hierauf bemerkte Lord Haldane, Deutschland sei zu jeder Zeit so gut wie kriegsbereit. In England habe man sich bemüht, durch gewisse Vorbereitungen das Expeditionskorps auf einen ähnlichen Grad der Kriegsbereitschaft zu bringen wie die deutsche Armee.

Hierzu bemerkte Sir E. Grey: „Wären besondere Vorbereitungen getroffen worden, so würden erhebliche Geldmittel verwendet worden sein, über die im Nachtragsetat (Supplementary Estimates) im kommenden März Rechenschaft zu geben wäre. Es wird sich aber bei jener Gelegenheit herausstellen, wie gering die Nachtragsforderungen für die britischen Streitkräfte gewesen sind[1]."

Hierzu konnte ich mir nicht versagen zu erwidern, daß sich im Notfalle selbst erhebliche Beträge so auf verschiedene Posten verteilen ließen, daß die Höhe der Gesamtsumme nicht besonders ins Auge falle.

Sir Edward sagte dann noch: „In Deutschland scheint man völlig zu ignorieren, daß wir gezwungen waren, in der Marokkoangelegenheit unter gewissen Verpflichtungen (certain obligations) Frankreich

gegenüber zu handeln." Hierauf antwortete ich: „Das wissen wohl viele; der Mann aus dem Volke weiß aber wenig oder nichts von diplomatischen Verträgen oder Abkommen. Er stellt nur die Tatsache fest, daß England ohne triftigen Grund sich zum Kriege gegen Deutschland vorbereitet hat, sieht darin eine unfreundliche Kundgebung und ist dementsprechend ergrimmt[2]."

Hierauf sagte Sir Edward: „Glücklicherweise ist die Marokkofrage so gut wie aus der Welt geschafft. Wir haben — wenn sie erst von Frankreich ratifiziert ist, und das wird bald geschehen — in keinem Erdteil mehr einen Grund zu Meinungsverschiedenheiten mit Deutschland. Dann werden sich hoffentlich freundlichere Beziehungen anbahnen lassen. Jedenfalls habe ich die Absicht, weder im Parlament noch an anderen Orten über unsere Stellung zu Deutschland zu sprechen, ehe dort die Wahlen stattgefunden haben.* Ich halte das für das beste."

Hier empfahl sich Sir E. Grey, da er um 3 Uhr im Unterhause sein mußte, um Fragen zu beantworten.

Gleich darauf sagte Lord Haldane, es sei Sir E. Grey in erster Linie darauf angekommen, mir zu sagen, daß er vor den Wahlen in Deutschland sich jeglicher öffentlichen Mitteilung über die Stellung Englands zu Deutschland enthalten wolle. Wiche er von diesem Grundsatze ab, so könne ihm das als ein Versuch zur Beeinflussung der Stimmung in Deutschland ausgelegt werden; und das wolle er um jeden Preis vermeiden. So etwas könne er schlecht unserer Regierung und auch nicht recht Euerer Exzellenz offiziell mitteilen. Im Gespräch mit mir könne er es aber sagen. Ich erwiderte, daß ich naturgemäß Euerer Exzellenz darüber berichten würde, worauf Lord Haldane zustimmte.

Er fügte dann noch hinzu: „Jedes Wort, was Sir Edward gesagt hat, habe ich mit ihm besprochen. Es liegt uns beiden sehr daran, daß zwischen unseren Ländern allmählich die Spannung nachläßt[3], und daß die Stimmung eine bessere wird."

Als ich dann Lord Haldane auf dem Wege nach dem Kriegsministerium ein Stück begleitete, sagte er plötzlich: „Ich möchte so gern, daß Sir E. Grey Herrn von Bethmann Hollweg persönlich träfe."

Ich hatte dabei die Empfindung, als ob Lord Haldane einen Wunsch Sir E. Greys ausspräche. Leider entspann sich die Unterhaltung nicht weiter, da der Kriegsminister sich jetzt verabschiedete.

Unser Flottenprogramm wurde mit keiner Silbe erwähnt.

Ostertag

Randbemerkungen Kaiser Wilhelms II.:
[1] ! Faule Fische!
[2] gut
[3] wird lange dauern

---

* Am 12. Januar 1912 fanden die allgemeinen Wahlen zum deutschen Reichstag statt, am 25. Januar die Stichwahlen.

Nr. 10671

Der Chef des Admiralstabs der Marine Vizeadmiral von Heeringen an den Staatssekretär des Auswärtigen Amtes von Kiderlen

Ausfertigung

Ganz geheim Berlin, den 25. Dezember 1911

Im Anschluß an das Schreiben A 2762 IV vom 5. Dezember d. Js.*

In dem nebenstehend genannten Schreiben gab ich Euerer Exzellenz eine Zusammenstellung der von England während der letzten Krise in der Heimat getroffenen Kriegsvorbereitungen. Inzwischen eingelaufene Nachrichten über das Verhalten der englischen Auslandsschiffe vervollständigen nunmehr das Bild.

Aus den Vorbereitungen in der Heimat war nicht zu ersehen, ob sie in rein offensiver Absicht getroffen waren oder nur, um für alle Fälle bereit zu sein. Das nachstehend besprochene Sammeln des englischen ostasiatischen Geschwaders in der Nähe von Tsingtau und unserer dort übenden Schiffe legt die Vermutung offensiver Absicht aber sehr nahe.

Folgendes ist einwandfrei festgestellt worden: Am 22. September d. Js. sammelte plötzlich und ganz unerwartet der Chef des englischen ostasiatischen Geschwaders** auf Grund eines erhaltenen Befehls seine zum Kämpfen geeigneten Schiffe, die in der japanischen See zerstreut waren, und führte sie, abweichend von den Reiseplänen, geschlossen beschleunigt nach Wei-hai-wei. Dort wurde sofort nach der Ankunft mit der kriegsmäßigen Ausrüstung begonnen. Auch die englische Torpedobootsflottille traf am 24. September in Wei-hai-wei ein. Am 27. September wurde nach Empfang der Nachricht, daß die Krise vorüber sei, die Ausrüstung abgebrochen.

Es ist mir nicht bekannt, ob gerade in diesen Tagen die deutsch-englische Spannung eine besondere Schärfe erreicht hatte. Jedenfalls geht aber aus dem oben geschilderten Verhalten der Engländer hervor daß zum mindesten die englische Regierung diese Auffassung der Lage hatte. Auch die bei den heimischen englischen Streitkräften zu jener Zeit getroffenen Maßnahmen, vor allem ihre auffällige Konzentration an der englischen Ostküste gegen Mitte September, sprechen für eine solche Auffassung der Lage seitens Englands.

Das englische Flaggschiff mit dem Geschwaderchef an Bord besuchte dann Tsingtau in der Zeit vom 2. bis 9. Oktober, einer früher ergangenen Einladung folgend. Mit Bezug auf die vorliegende Frage berichtet der Chef des Kreuzergeschwaders*** über diesen Besuch das Folgende:

---

* Siehe Nr. 10665.

** Admiral Winsloe.

*** Vizeadmiral von Krosigk.

„Admiral Winsloe und die Offiziere seines Stabes haben aus naheliegenden Gründen ein Gespräch über die letzten Bewegungen der englischen Schiffe vermieden, obwohl sie annehmen mußten, daß die plötzliche Änderung der Reisepläne, aus denen sie vorher kein Hehl gemacht hatten, hier bekannt geworden war. Da sie sonst in ihren Mitteilungen recht offen waren, kann man annehmen, daß die Nachricht über den von mir mitgeteilten Vorfall auch in bezug auf den beizumessenden Ernst zutreffend ist."

Fast sämtliche Schiffe des Kreuzergeschwaders waren während der fraglichen Zeit in Tsingtau mit Übungen aller Art beschäftigt gemäß ihrem gewöhnlichen Friedensprogramm. Sie befanden sich damit in unmittelbarer Nähe des englischen Stützpunktes, ohne daß von ihnen wie von der Festung Tsingtau kriegsmäßige Vorbereitungen irgend welcher Art getroffen waren. Ich muß daher den weiteren Ausführungen des Chefs des Kreuzergeschwaders zustimmen, daß der Verband bei einer plötzlichen Zuspitzung der Lage leicht einem unvermuteten englischen Überfall hätte zum Opfer fallen können. Die englische Torpedobootsflottille konnte innerhalb von acht bis neun Stunden nach erhaltenem Befehl vor Tsingtau stehn und unsere dortigen Kreuzer überfallen.

Das Verhalten des Kreuzergeschwaders war die Folge von Telegrammen von hier, in denen ich in ähnlich ruhiger Beurteilung wie Euere Exzellenz die politische Lage als zu Besorgnissen keinen Anlaß gebend bezeichnet habe. Ähnliche Folgen ergaben sich auch, wie Euerer Exzellenz bekannt ist, hinsichtlich Vorbereitung und Bereitstellung unserer heimischen Streitkräfte.

Ich benutze diesen Anlaß, um Euerer Exzellenz Aufmerksamkeit darauf hinzulenken, in wie ungünstiger Situation ein für uns unerwartet ausbrechender Seekrieg unsere Flotte treffen muß. Im Gegensatz zum Landkriege sind die Streitkräfte des Seekriegs im Frieden zum großen Teil mobil, auch kann ihr Anmarsch bis in unsere Gewässer unter Umständen uns unbekannt bleiben. Bei einem so zum Handeln bereiten Gegner, wie sich England in diesem Sommer erneut erwiesen hat, wird es daher unbedingt notwendig sein, in einer zukünftigen Spannung auch unsererseits so frühzeitig wie möglich entsprechende Maßnahmen zu treffen, um uns gegen eine Überraschung zu sichern.

Schwieriger noch als im Inlande ist die Lage der Auslandsschiffe. Ihre Vorbereitungen erfordern bei unserem Mangel an deutschen Stützpunkten durchweg mehr Zeit als bei unseren Gegnern. Eine Benachrichtigung unserer Auslandsschiffe von einer drohenden Lage kann daher, wenn man sich dazu noch die Vorteile des englischen Kabelmonopols für unsern Gegner vergegenwärtigt, nicht frühzeitig genug erfolgen.

Euere Exzellenz darf ich daher ergebenst bitten, mich mit Rücksicht auf die eigenartige Lage unserer Flotte wie der Auslandsschiffe schon davon in Kenntnis zu setzen, wenn durch Zwischenfälle, politische

Aktionen, schärferen Notenwechsel oder dergleichen eine Krise entstehen kann, damit dem Gelingen einer überraschenden Aktion nach Möglichkeit vorgebeugt wird. Sollte es sich um Dinge handeln, die zweckmäßig nicht zum Gegenstand einer Korrespondenz zwischen unseren beiden Behörden gemacht werden, so bitte ich um eine mündliche Besprechung, zu der ich stets bereit bin.

v. Heeringen

Nr. 10672

Der Geschäftsträger in London von Kühlmann an den Reichskanzler von Bethmann Hollweg

Abschrift

London, den 17. Januar 1912

Ew. Exzellenz beehre ich mich anliegenden Bericht des Militärattachés zu übersenden, Nr. 16 vom 17. d. Mts., betreffend englische Manöver 1912 und Anträge zur Beiwohnung an unseren Herbstübungen.

Einen Satz des Berichts möchte ich nicht ohne Bemerkung passieren lassen. Wenn der Kaiserliche Militärattaché schreibt: „Was man früher nur ahnte und kaum auszusprechen wagte, nämlich das Bestehen einer Art Schutz- und Trutzbündnisses zwischen England und Frankreich, liegt seit vorigem Sommer klar und offen vor der ganzen Welt“*, so kann dadurch leicht ein falscher Eindruck hervorgerufen werden. Eine Art Schutz- und Trutzbündnis zwischen England und Frankreich hat vorigen Sommer nicht bestanden und besteht heute nicht. England war im vergangenen Sommer bereit, Frankreich mit den Waffen beizustehen, falls der Streit über die Marokkofrage zu einem deutsch-französischen Kriege geführt hätte. England würde gegebenenfalls auch bei einem künftigen bewaffneten deutsch-französischen Zusammenstoß über eine andere Frage für Frankreich fechten. Dies würde aber lediglich infolge politischer Erwägungen von Fall zu Fall eintreten, durchaus nicht aber infolge irgendeiner Bindung Frankreich gegenüber. Sir E. Grey hat in seiner Rede vom 27. November das Bestehen irgendwelcher unveröffentlichter geheimer Abmachungen klar in Abrede gestellt**, und

---

* In dem Berichte Major Ostertags hieß es: „Was man früher nur ahnte und kaum auszusprechen wagte, nämlich das Bestehen einer Art Schutz- und Trutzbündnisses zwischen England und Frankreich, liegt seit vorigem Sommer klar und offen vor der ganzen Welt. Beide Länder haben zu erkennen gegeben, daß sie im Kriegsfalle gemeinsame Sache gegen Deutschland machen würden. Außerdem hat sich herausgestellt, daß ein reger Austausch von Nachrichten zwischen den beiden Kriegsministerien stattfindet. Es dürfte die Engländer daher nicht absonderlich überraschen, wenn ihnen unsererseits annähernd die gleiche Art von Behandlung zuteil würde wie den Franzosen, soweit die Teilnahme an deutschen Manövern in Frage kommt.“

** Sir E. Grey hatte gesagt: „We have laid before the House the secret Articles of the Agreement with France of 1904. There are no other secret engagements.“

auch sonst ist wiederholt von englischer autoritativer Seite das Bestehen irgendwelcher Abrede mit Frankreich geleugnet worden*. Am genauesten dürfte die Lage von Sir E. Grey geschildert worden sein, wenn er sagt: Ob und welche Unterstützung England Frankreich und Rußland in Zeiten der Gefahr gewähren würde, sei vollständig abhängig von dem Zustand der englischen öffentlichen Meinung im Parlament und im Publikum in dem Augenblick, in dem die Gefahr hervortrete (Rede vom 27. November 1911). Die heutige englische Politik betrachtet es als ein Axiom, daß eine Vernichtung Frankreichs durch Deutschland eine Vernichtung des wichtigsten englischen Bollwerks darstellen würde, hat sich aber vollkommen freie Hand gewahrt.

(gez.) R. v. Kühlmann

Nr. 10673

Der Stellvertretende Staatssekretär des Auswärtigen Amtes Zimmermann an den Chef des Admiralstabs der Marine Vizeadmiral von Heeringen

Entwurf von der Hand des Dirigenten der Politischen Abteilung Wilhelm von Stumm

Ganz geheim Berlin, den 26. Januar 1912

Für die in den gefälligen Schreiben vom 5. und 25. Dezember v. Js. — B Nr. A 2762 IV und 4455 III** — enthaltenen interessanten Mitteilungen verfehle ich nicht, Ew. pp. meinen verbindlichsten Dank auszusprechen. Auf Grund der Gesamtheit der nunmehr vorliegenden Nachrichten geht meine Beurteilung der Lage im vergangenen Sommer dahin, daß, wenn es zum Kriege zwischen uns und Frankreich gekommen wäre, England allerdings daran teilgenommen haben würde, daß aber die englischerseits getroffenen Kriegsvorbereitungen nicht in offensiver Absicht, sondern als Vorsichtsmaßregeln für den Fall eines plötzlichen Kriegsausbruches erfolgt sind. Die ungenügende Bereitschaft von Heer und Flotte scheint den maßgebenden Stellen in England insbesondere zum Bewußtsein gekommen zu sein, als die öffentliche Meinung auf die ernsten Gefahren eines überraschenden deutschen Angriffs während des großen Eisenbahnstreiks hingewiesen hatte***. Die mir mitgeteilten Maßnahmen des englischen ostasiatischen

* Am 6. Dezember 1911 hatte Premierminister Asquith im Unterhause auf eine Anfrage des Abgeordneten Gordon Harvey, bezugnehmend auf die Erklärung Sir E. Greys vom 27. November, die Versicherung wiederholt: „As has been statet, there were no secret engagements with France other than those that have now been published, and there are no secret engagements with any foreign Government that entail upon us any obligation to render military or naval assistance to any other Power. They are none of them of recent date."

** Siehe Nr. 10665 und 10671.

*** Vgl. dazu Nr. 10642.

Geschwaders fallen zeitlich genau mit dem großen Eisenbahnstreik in Irland zusammen. Weder in den deutsch-englischen noch in den deutsch-französischen Beziehungen bestand damals eine besondere Spannung. Unsere Verhandlungen mit der französischen Regierung betrafen technische Einzelheiten des Marokkoabkommens und versprachen einen glatten Verlauf. Die Beurteilung der Lage war unsererseits eine so optimistische, daß der Unterstaatssekretär des Auswärtigen Amtes am 21. September den Vertretern verschiedener unserer Großbanken in dieser Hinsicht die beruhigendsten Erklärungen abgeben konnte, um der Nervosität entgegenzutreten, die in der öffentlichen Meinung aus unbekannten Gründen Platz gegriffen hatte. Diese Erklärungen gingen alsbald in die Presse über. Es ist nicht anzunehmen, daß die Beurteilung der Situation auf französischer Seite eine andere gewesen sein sollte. Die französische Regierung aber hat, wie dies der englische Minister der Auswärtigen Angelegenheiten im Parlament anerkannt hat, während des ganzen Verlaufs der Marokkoverhandlungen in dauernder und enger Fühlung mit der englischen Regierung gestanden. Es fällt mir bei dieser Sachlage schwer, daran zu glauben, daß die Maßnahmen des englischen ostasiatischen Geschwaders am 22. September mit einer pessimistischen Beurteilung der allgemeinen Lage von seiten der englischen Regierung im Zusammenhang gestanden haben. Aber auch für den Fall, daß diese Annahme nicht zutreffen sollte, zweifle ich nicht, daß Ew. pp. darin mit mir übereinstimmen werden, daß das Bekanntwerden auch nur einer einzigen Maßnahme zur Erhöhung der Kriegsbereitschaft der deutschen Flotte im damaligen Zeitpunkt eine solche Erregung der öffentlichen Meinung in England hervorgerufen und das dort vorhandene Mißtrauen in so hohem Grade gesteigert haben würde, daß dann allerdings die Gefahr einer englischen Offensive in die größte Nähe gerückt worden wäre.

Ich kann es aus diesem Grunde nur doppelt freudig begrüßen, daß Ew. pp. im Vertrauen auf meine Beurteilung der politischen Lage, wie sie sich inzwischen als zutreffend erwiesen hat, von besonderen Maßnahmen abgesehen haben. Ew. pp. mögen sich versichert halten, daß ich nicht verfehlen werde, die zuständigen Stellen unserer Marine- und militärischen Behörden davon zu unterrichten, wenn die Gestaltung unserer auswärtigen Beziehungen die Möglichkeit kriegerischer Verwicklungen befürchten läßt. Was aber den Wunsch Ew. pp. betrifft, schon davon unterrichtet zu werden, wenn durch Zwischenfälle, politische Aktionen, schärferen Notenwechsel oder dergleichen eine Krise entstehen kann, so kann ich nicht umhin zu bemerken, daß jede internationale Streitfrage die Möglichkeit in sich birgt, sich zu einem ernsten Konflikt auszuwachsen. Vorzeitige militärische Maßnahmen aber würden in den meisten Fällen dieses Ergebnis mit Sicherheit herbeiführen. Ich bedauere daher, diesem Wunsche Ew. pp. nicht entsprechen zu können. Wollen wir durch die Gefahrzone, die wir noch im Hinblick

auf die derzeitige Unterlegenheit unserer maritimen Machtmittel zu durchschreiten haben, ungefährdet hindurchkommen, so gilt es vor allen Dingen, ruhig Blut zu bewahren. Daß wir im vergangenen Sommer auf jedwede militärische Vorbereitungen verzichtet haben, dem schreibe ich es in erster Linie zu, daß es möglich gewesen ist, die Marokkokrisis einer friedlichen Lösung zuzuführen. Ich glaube, daß wir gut daran tun werden, an den auf diese Weise bewährten Grundsätzen auch in Zukunft festzuhalten.

Zimmermann

Kapitel CCXXX

Deutsch-Französische Verhandlungen über den Kongo
Erste Phase: Juli bis August 1911

Nr. 10674

*Der Staatssekretär des Reichskolonialamts von Lindequist an den Reichskanzler von Bethmann Hollweg**

Eigenhändig

Geheim Berlin, den 22. Juli 1911

Euerer Exzellenz beehre ich mich unter Bezugnahme auf die mündlichen Vorträge und Besprechungen in der Frage des Austausches kolonialen Gebietes nochmals den Standpunkt der Kolonialverwaltung ehrerbietigst schriftlich darzulegen.

Ist es an und für sich schon immer mißlich, kolonialen Besitz, der einer Nation schon seit einer Reihe von Jahren gehört hat, aufzugeben[1] —

* Am 15. Juli hatte (vgl. Kap. CCXXVIII, Nr. 10607) Staatssekretär von Kiderlen in einer Unterredung mit dem französischen Botschafter die Forderung nach der ganzen französischen Kongokolonie gegebenenfalls gegen Eintausch eines geringeren deutschen Gebietes, eventuell in Togo, erhoben. An dieser Basis sollte nach der kaiserlichen Entscheidung vom 21. Juli festgehalten werden. Gegen diese Grundlage erhoben sich aber sofort neue und hartnäckige Widerstände. In Deutschland wandte sich der Staatssekretär des Reichskolonialamtes von Lindequist, gestützt auf die Kolonialkreise, nachdrücklich gegen die Aufgabe Togos. Nach einem Telegramm Kiderlens an Bethmann Hollweg vom 20. Juli erstrebte Lindequist den Erwerb der französischen Kolonie Dahomey. Dazu bemerkte Kiderlen: „Dahomey würde lediglich für den Augenblick einen im Grunde kleinen Vorteil bieten, während der Kongo uns für die Zukunft große Möglichkeiten eröffnet. Erhalten wir ihn, so könnten wir auch auf die Phantasie unserer Kolonialschwärmer wirken und so öffentliche Meinung für Abkommen mit Frankreich gewinnen." Im Verfolg seiner Denkschrift, die die Entschlüsse der leitenden Staatsmänner nicht zu ändern vermochte, kam Lindequist um seinen Abschied ein (vgl. Nr. 10702), der indessen vorerst nicht bewilligt wurde. Schwerer fiel der Widerstand in die Wagschale, den die französische Regierung der Forderung des ganzen Kongo entgegensetzte. Einen Augenblick schien es, als ob es darüber zu einem Abbruch der kaum begonnenen Ausgleichsverhandlungen kommen sollte. Cambon, der am 17. Juli von dem Außenminister de Selves vorläufig instruiert wurde, daß die deutschen Forderungen unannehmbar erschienen, drängte am 19. Juli darauf, daß die französische Regierung sich alsbald darüber klar werden müsse, welche Maßregeln im Fall eines solchen Abbruches zu ergreifen sein würden. Auch die englische Regierung, die unverzüglich von den weitgehenden deutschen Forderungen in Kenntnis gesetzt wurde und sich gegen dieselben wandte — nicht nur in der Unterredung Sir E. Greys mit Graf Metternich vom 21. Juli, sondern vor allem auch durch die „Drohrede" Lloyd Georges vom gleichen Tage (vgl. darüber Kap. CCXXIX, Nr. 10620ff.) — trat mit der französischen in einen Gedankenaustausch ein über die für den Fall eines Abbruchs der Verhandlungen

das größte Kolonialvolk der Welt, die Engländer, halten mit bewunderungswürdiger Zähigkeit an jedem Fußbreit ihres Kolonialbesitzes fest —, so sprechen bei Togo ganz besonders gewichtige Gründe gegen eine Aufgabe[2].

Zunächst ist Togo außer Samoa die einzige Kolonie, die sich schon seit Jahren ganz selbst erhält und gleichzeitig auch die für die Bahnbauten aufgenommenen Kolonialanleihen aus den eigenen Einnahmen verzinst und amortisiert. Die Steuerkraft des Landes hat sich gerade in den letzten beiden Jahren so gehoben, daß ein Rückfall in den Reichszuschuß nach menschlicher Berechnung für immer ausgeschlossen sein dürfte. Nachdem die Erschließungsbahnen Küste—Palime und Küste—Atakpame fertiggestellt sind, ist alles für eine ersprießliche wirtschaftliche Entwickelung vorbereitet. Es handelt sich höchstens noch um die Verlängerung der letzteren Bahn um etwa 300 km, dann kann man sagen, daß das Schutzgebiet fertig ist. Es bedarf dann nur noch der Kleinarbeit in bezug auf Ausgestaltung des Wegenetzes, Vermehrung der landwirtschaftlichen und Versuchsstationen pp., die in vollem, vielversprechendem Gange ist.

Gegenüber dem vorerwähnten sich seit zwei Jahren selbst erhaltenden Samoa hat Togo den großen Vorteil, daß es eine sehr friedliche, arbeitsame und dabei ungewöhnlich intelligente Bevölkerung besitzt, während Samoas wirtschaftliche Entwickelung schwer an der Arbeiterfrage krankt. Nach jeder Richtung hin überragt der Togoneger alle Eingeborenen unserer

---

zu tuenden Schritte. Indessen sprach eine dem englischen Botschafter in Paris am 21. Juli überreichte Note die Überzeugung der französischen Regierung aus, daß vorderhand die Verhandlungen noch fortdauern würden. Tatsächlich fanden am 20. und 24. Juli in Berlin neue Besprechungen zwischen Kiderlen und Cambon statt, die zwar die Angelegenheit noch nicht vorwärts brachten, immerhin aber ein Einlenken von beiden Seiten erkennen ließen. In den deutschen Akten, die überhaupt über die mündlichen Verhandlungen zwischen Kiderlen und Cambon nur lückenhaftunterrichten — Kiderlen scheint sich in einem ganz ungewöhnlichen Maße auf sein Gedächtnis verlassen zu haben —, haben die Unterredungen vom 20. und 24. keinerlei Spuren hinterlassen. Man ist hier ganz auf die durchweg sehr exakte Berichterstattung Cambons (französisches Gelbbuch: Affaires du Maroc VI, 419ss.) angewiesen. Vgl. vor allem die Instruktion de Selves' für Cambon vom 20. Juli, die die französischen Richtlinien für die weiteren Verhandlungen enthielt, und die Berichte Cambons vom 20., 24. und 28. Juli. Wertvolle Ergänzungen bietet das Buch von Caillaux „Agadir, Ma politique extérieure". Großes Gewicht legt Caillaux auf einen Privatbrief Cambons vom 24. Juli, in dem von neuem der schon in Cambons Brief an Cruppi vom 9. April (vgl. Kap. CCXXVII Nr. 10527, Fußnote) anklingende Gedanke empfohlen wird, mittels weitherziger Konzessionen an Deutschland die Begründung eines gewaltigen nordafrikanischen Kolonialreiches für Frankreich zu sichern: „Je voudrais que, si nous avons à faire des concessions, nous en abordions l'idée dans un esprit large. Aux colonies, on voudrait offrir des rogatons, et il s'agit en réalité de savoir si nous allons saisir l'occasion de constituer, notre empire du Nord de l'Afrique de l'Océan à la Tripolitaine ou y renoncer pour toujours." An dem gleichen Tage, wo dieser Brief in Caillaux' Hände gelangte (25. Juli), setzten in Paris vertrauliche Verhandlungen zwischen dem deutschen Botschaftsrat Freiherrn von der Lancken und dem Caillaux nahestehenden französischen Kolonialunternehmer Fondère über mögliche Kompensationen für eine deutsche Desinteressierung an Marokko ein. Über diese vertraulichen, bei Caillaux (a. a. O. p. 162ss.. 302ss.) ausführlich behandelten Pourparlers bieten auch die deutschen Akten einiges; siehe die folgenden Schriftstücke.

sämtlichen Kolonien weit. Infolgedessen hat es auch in Togo noch niemals wirklich kriegerische Verwickelungen gegeben, und ist es möglich gewesen, daselbst nur mit einer Polizeitruppe die Ordnung mühelos aufrecht zu erhalten. Von dem tüchtigen Gouverneur* und seinen Bezirksamtmännern ist den Kulturen, insbesondere dem Baumwollbau, seit Jahren die größte Aufmerksamkeit geschenkt und letzterer systematisch entwickelt worden. Die Versuche sind dort so weit gediehen, daß in den nächsten Jahren auf eine erhebliche Steigerung des Exports zu rechnen ist. Angesichts der großen Notlage, in der sich unsere Baumwollindustrie befindet, würde die Aufgabe einer Kolonie, die um so mehr zu der Hoffnung berechtigt, daß sie zur Linderung der Baumwollnot beitragen wird, als auch die Eingeborenen sich im Eigenbetriebe eifrig mit dieser Kultur befassen, auch von unserer Textilindustrie auf das tiefste beklagt werden.

Aus den angeführten Gründen ist Togo der erklärte koloniale Liebling des deutschen Volkes[2] und auch des deutschen Reichstages. Es gilt mit Recht als die Musterkolonie. Es unterliegt für mich nicht dem geringsten Zweifel, daß die Hingabe dieser Kolonie, selbst wenn wir mehr dafür eintauschen würden, als beabsichtigt ist, einen allgemeinen Sturm der Entrüstung hervorrufen würde, an dem sich höchstens einige Kameruninteressenten nicht beteiligen würden, und im Vergleich zu dem die Aufregung, welche im Jahre 1900** nach Abschluß des Sansibarvertrages weite Kreise des deutschen Volkes ergriff, nichts bedeuten würde.

Eher könnte man sich noch mit dem Gedanken der Abtretung der Nordostecke Kameruns, des sogenannten Entenschnabels, befreunden. Es ist dies ein sehr fruchtbares Gebiet, namentlich kommen größere Teile für Baumwollbau in Betracht, der aber nur nach dem Bau einer teuren Bahn rentabel wird betrieben werden können. Außerdem ist es für Kamerun sehr wichtig als erstklassiges Viehzucht- und Pferdezuchtland. Insofern würde es auch für Frankreich von nicht zu unterschätzender Wichtigkeit sein. Denn es ist schon heute das Arsenal des Schutzgebietes Kamerun und dessen Verwaltung für Pferde und Rinder. Das Klima ist gut. Trotzdem würde man an eine Abtretung gegen sehr reichliche Kompensation denken können, weil es für die Verwaltung unbequem liegt.

So verlockend auch der französische Kongo — falls er bis zum Kongofluß einschließlich des französischen Vorkaufrechtes auf den belgischen Kongo abgetreten würde[3] — auf der Karte aussieht, so ist doch zu bedenken daß dort mit Ausnahme von Libreville, das einen guten Hafen hat, und näherer Umgebung von den Franzosen noch sehr wenig getan ist, abgesehen davon, daß man das Land seines natürlichen Hauptreichtums, des Kautschuks, zum großen Teil entkleidet hat[4]. Nach den über das noch ziemlich unbekannte Land zu erlangenden Informationen — dem deutschen Konsul ist nicht erlaubt, dort zu reisen, sodaß jede amtliche Information

---

* E. Brückner.

** Es liegt wohl ein Schreibfehler für 1890 vor.

fehlt — ist das Klima des direkt vom Äquator durchschnittenen Gebietes sehr ungesund, die Bevölkerung nicht arbeitsam. Für Baumwollbau würden, wenn überhaupt, nur sehr kleine Gebietsteile in Betracht kommen. Als Beweis dafür, daß die eingeborene Bevölkerung schwierig ist, kann der Umstand dienen, daß Frankreich zurzeit allein in dem südlichen Gebiet bis etwa zur Höhe unserer Südostgrenze zwei Regimenter Truppen zu je 13 und 11 Kompagnien à 200 Mann hält, deren Unterhaltung etwa acht Millionen Mark jährlich erfordert. Da kriegerische Verwickelungen nicht ausgeschlossen, ja sehr wahrscheinlich sind, wird man für die nächsten zehn Jahre mit einem Mindestaufwand von 100 Millionen Mark allein für militärische Zwecke rechnen müssen. Die gleiche Summe wird man aufwenden müssen, wenn man das Land wirtschaftlich erschließen will. Trotzdem Frankreich in dieser Beziehung sehr wenig getan hat, gibt es doch jährlich einen erheblichen Zuschuß zu den Ausgaben der Zivilverwaltung. Die erforderlichen Summen vom Reichstage zu erhalten, würde, selbst wenn Euer Exzellenz die Kolonialverwaltung bei ihren Forderungen gegenüber Reichsfinanzverwaltung auf das nachdrücklichste unterstützten, große Schwierigkeiten bereiten. Das schlimmste ist aber, daß das ganze Gebiet von einer großen Anzahl französischer Gesellschaften durchsetzt ist, denen, abgesehen von größeren Ländereien, die sie sich bis zum Jahre 1920 aussuchen können, bis zu diesem Termin das ausschließliche Recht auf Kautschukgewinnung auf nahezu die Hälfte des engeren Congo français zusteht. Wir müssen damit rechnen, daß bis 1920 das Land vollends ausgepowert ist. Die großen Schwierigkeiten, die wir schon in unseren derzeitigen Kolonien mit unseren deutschen Land- und Bergwerksgesellschaften haben, würden voraussichtlich ein Kinderspiel sein gegen diejenigen, die uns hier bevorstehen. Da es sich außerdem nur um französische Gesellschaften handelt, würden sie leicht zu einer Quelle politischer Reibungen werden.

Aus den vorstehenden Erwägungen kann ich nur nochmals vom Standpunkte der Kolonialverwaltung ebenso ehrerbietig wie dringend raten, nicht eine durch intensivste, fleißigste Arbeit hochentwickelte und nahezu fertiggestellte Musterkolonie gegen ein wenig bekanntes, sozusagen rohes, wenn auch größeres Gebiet einzutauschen.

Am zweckmäßigsten erscheint mir — und dies würde auch sicherlich am populärsten sein —, nichts von dem jetzigen Besitzstande aufzugeben, sondern im Süden und Osten die Grenzen der Kamerunkolonie so weit auszudehnen, wie dies die Höhe der Einschätzung unserer deutschen Interessen in Marokko gestattet.

v. Lindequist

Randbemerkungen von Kiderlens:

[1] Das dürfte dann auch für Französisch-Kongo gelten!

[2] ?

[3] !!

[4] Wie reimt sich das??

Nr. 10675

*Der Botschafter in Paris Freiherr von Schoen an das Auswärtige Amt**

Telegramm. Entzifferung

Nr. 210 Paris, den 26. Juli 1911

Fondère, der gestern und heute längere Unterredungen mit Caillaux hatte**, sagt, dieser habe Abtretung ganzer Kongoküste als völlig ausgeschlossen bezeichnet. Sie würde von öffentlicher Meinung als Erniedrigung Frankreichs gedeutet werden und für ihn politischer Selbstmord sein. Caillaux behauptete, an Verständigungsmöglichkeit mit uns zu verzweifeln, und habe hinzugefügt, er beginne schwarz in die Zukunft zu sehen. In Diskussion zwischen Fondère und Caillaux über Kompensationen hat Ministerpräsident auf Widerstand Englands gegen große territoriale Abtretungen an uns verwiesen***, zugleich aber gemeint, das französische Kongogebiet östlich von Kamerun mit dem Sanga als weitere Grenze nach Süden bis zum Kongofluß würde Frankreich auch gegen englischen Willen uns zedieren. Zugleich habe Caillaux gemeint (diesseits war selbstredend nicht im geringsten von solcher Möglichkeit gesprochen worden), in geheimen Vertrage könne Frankreich uns sein Vorkaufsrecht auf belgischen Kongo übertragen†. Auf Togo reflektiere Frankreich nicht, um so weniger, als der Herr Staatssekretär an Cambon erklärt habe, unser Kolonialamt könne sich in Aufgabe dieser Kolonie nicht finden. Um eine Verständigung möglichst als in sich abgeschlossenes koloniales Austauschgeschäft erscheinen zu lassen, nicht aber als eine durch deutsches Vorgehen in Agadir erzwun-

---

* Bereits veröffentlicht in französischer Übersetzung bei Caillaux, a. a. O. p. 303ss. Es war dem französischen Geheimdienst kurz vor dem 28. Juli 1911 gelungen, eine Anzahl der zwischen Berlin und der deutschen Botschaft gewechselten Telegramme zu entziffern, darunter zwei, die sich auf die vertraulichen Verhandlungen Fondères mit Freiherrn von der Lancken bezogen (Nr. 10675 und 10678). Die von Caillaux ausgesprochene Vermutung, daß man sich deutscherseits zur Übermittelung dieser Telegramme absichtlich eines kompromittierten Schlüssels bedient habe, um ihn gegenüber seinem Kollegen de Selves und dem Botschafter Cambon bloßzustellen (a.a. O., p. 310ss.), ist abwegig. In einem Briefe Freiherrn von der Lanckens an Freiherrn Langwerth von Simmern vom 31. Juli 1911 heißt es: „Unsere fraglichen Telegramme sind sämtlichst mit dem vor zirka drei Monaten gelieferten Chiffre 23 chiffriert worden, desgleichen die neueren Berliner Telegramme an uns. Die Chiffre sollte weisungsgemäß für wichtigere Sachen vorzugsweise benutzt werden."

** Aus dem Telegramm ist nicht zu ersehen, von wem die Initiative zu den geheimen Verhandlungen zwischen Freiherrn von der Lancken und Fondère ausgegangen ist. Nach Caillaux wäre es von deutscher Seite geschehen; doch spricht dagegen, daß ein Auftrag von Berlin zur Einleitung geheimer Verhandlungen nicht ergangen ist. In den Briefen Kiderlens an Frau von Jonina wird jedenfalls die Initiative Caillaux zugeschoben; vgl. Caillaux, a. a. O., p. 320ss. 332s.

*** In seinem Buche a. a. O. (S. 305) stellt Caillaux in Abrede, sich so über England geäußert zu haben.

† Auch das stellt Caillaux (a. a. O., p. 305) in Abrede.

gene Konzession möchte Caillaux als deutsche Gegengabe nördlichsten Kamerunzipfel am Tschadsee und irgend ein minimales Gebiet von Nordtogo lediglich als für die Galerie bestimmt erhalten. Zu gelegener späterer Zeit könne dann nach Caillaux' Idee vielleicht Austausch französischer Kongoküste gegen Togo erfolgen.

Herrn Fondère ist erwidert worden, daß von Verständigung auf ähnlicher Basis keine Rede sein könne. Er meinte schließlich, vielleicht werde sich Caillaux mit Kompromiß folgender Art abfinden: Abtretung der Küste südlich Spanisch-Guinea mit zukunftsreichem Hafen Muni bis etwa nördlich Libreville, gegen dessen Übergang auf Deutschland England ohnehin sich scharf ins Zeug legen würde, Südgrenze uns zu zedierenden Gebiets hätte dann gegen Südosten Ogowefluß zu treffen etwa bis Franceville und dann Alimafluß entlang zu verlaufen.

Fondère kann Caillaux jederzeit sehen, der ihn als Kolonialsachverständigen schätzt. Er hält sich zu diesseitiger Verfügung. In seiner Behauptung, daß Abtretung ganzer Kongoküste die augenscheinlich durch England mehr und mehr gegen uns verhetzte hiesige öffentliche Meinung in hochgradige Erregung versetzen würde, ist Caillaux meines Erachtens aufrichtig.

Schoen

Nr. 10676

Der Erste Sekretär bei der Botschaft in Paris Freiherr von der Lancken an den Vortragenden Rat im Auswärtigen Amt Freiherrn Langwerth von Simmern

Eigenhändiger Privatbrief

Paris, den 26. Juli 1911

Nachstehend einige Ergänzungen zu unserem heutigen Telegramm über die Unterhaltungen mit Fondère. Die hiesige Stimmung ist — augenscheinlich infolge englischen Hetzens — einer Verständigung mit uns weniger geneigt geworden. Das Gefühl, das man 1908 nach dem Deserteurzwischenfall* hatte: Deutschland will uns erniedrigen, wird allmählich unter Einwirkung der zweifellos von England beeinflußten Presse wieder lebendig, und nachdem damals das französische Redressement uns zur Nachgiebigkeit gebracht, denkt man jetzt um so weniger, große Konzessionen machen zu brauchen, als man sich der weitgehendsten englischen Unterstützung sicher glaubt. Das ist, wie ich aus Unterhaltungen mit ganz verschiedenen Leuten entnehme, die Auffassung, die in weiteren Kreisen hier mehr und mehr an Boden gewinnt. Caillaux ist demgegenüber in schwieriger Lage.

* Vgl. Bd. XXIV, Kap. CLXXX.

An sich würde er den Einwirkungen seiner zur Nachgiebigkeit ratenden Finanzfreunde nicht unzugänglich sein. Aber die Furcht, durch zu große Konzessionen an uns als Vaterlandsverräter hingestellt zu werden, und zugleich die Besorgnis vor England, dessen Druck sich hier ganz zweifellos immer stärker fühlbar macht, scheinen ihn zu zwingen, den Steifnackigen zu spielen; daher seine schroffe Erklärung, daß an Abtretung der ganzen Kongoküste absolut nicht zu denken sei.

Ich möchte glauben, daß dies wirklich seine aufrichtige Meinung ist. Etwas Pose, wenn nicht Bluff, scheint mir seine zu Fondère getane Äußerung zu sein, er beschäftige sich gegenwärtig weit mehr mit der Frage der Umgestaltung der Oberkommandos und der Schlagfertigkeit der Armee als mit den deutsch-französischen Verhandlungen, die ja doch zu keinem Ergebnis mehr führen würden. Caillaux hat dann noch hinzugefügt, die Deutschen müßten doch schon durch ihre Spione erfahren haben, welch fieberhafte Tätigkeit jetzt in der französischen Armee herrsche!*

Angesichts dieser Situation scheint es mir, daß sich uns zwei Möglichkeiten bieten. Entweder wir bleiben bei unseren Forderungen und schaffen damit schon bald eine unzweifelhaft sehr ernste Situation, angesichts deren den Franzosen schließlich doch wohl die Nerven ausgehen und die Erkenntnis kommen würde, daß sie eigentlich nur für die Engländer ihre Haut zum Markte tragen. Ausgeschlossen ist es dabei allerdings auch nicht ganz, daß es den Engländern durch irgendeine Demonstration gelingt, die Franzosen derart zu stimulieren, daß sie es bis aufs äußerste ankommen lassen. — Oder aber wir suchen doch auf der Ihnen heut telegraphierten Basis uns mit Caillaux zu verständigen. Eine Einigung zwischen uns beiden, die keine allzu nachhaltige Mißstimmung hinterließe, würde das Prestige der entente cordiale doch dann auch ziemlich erschüttern. —

Erwähnen möchte ich noch aus den Mitteilungen Fondères, daß das Vertrauen zu Cambon hier eine starke Einbuße erfahren hat. Man soll hier das Gefühl haben, daß seine Meldungen über die Gespräche mit dem Staatssekretär nicht ganz objektiv sind. Besonders verübelt man ihm auch, daß er die Semlerschen Projekte** zu Fall gebracht und dadurch gewissermaßen mit zu der Agadiraktion beigetragen habe. Es soll jetzt schon entschieden sein, daß er — mag die jetzige Situation ausgehen, wie sie wolle — in absehbarer Zeit von Berlin abberufen wird.

Sollten Sie es für förderlich halten, daß ich auf einen Tag nach Berlin komme, so bin ich selbstredend stets mit Freuden dazu bereit***.

O. Lancken

---

* Vgl. dazu auch Nr. 10680, 10681.
** Vgl. Kap. CCXXVIII Nr. 10573, Fußnote **.
*** Vgl. Nr. 10678, S. 303, Fußnote **.

Nr. 10677

Der Botschafter in Paris Freiherr von Schoen an das Auswärtige Amt

Telegramm. Entzifferung

Nr. 213 Paris, den 27. Juli 1911

Selves sagte mir heute, er entnehme mit lebhafter Genugtuung aus Meldungen Cambons, daß Besprechungen* in sehr freundschaftlichem Ton und mit ersichtlich aufrichtiger Absicht Erzielung einer Verständigung geführt werden. Auch hier bestehe hierzu nach wie vor ernstester Wille. Er wolle aber aus Courtoisie schon jetzt darauf aufmerksam machen, daß ihm Erfüllung unseres Wunsches nach Abtretung des ganzen französischen Kongo unmöglich sein werde. Aus vorsichtiger Sondierung maßgebender Parlamentarier habe er Überzeugung gewonnen, daß Abtretung Gebiets, an das sich wertvolle Erinnerungen knüpfen, nicht Ratifizierung finden würde. Da wir zum Verzicht auf Togo bereit, obwohl unsere Kolonialverwaltung diese Kolonie hoch einschätze, frage es sich, ob nicht Einigung auf der Basis möglich, daß wir Togo behalten und uns mit namhaften Teilen des inneren Kongo begnügen. Auch sei er gern bereit, noch anderswo nach Kompensationen, die für uns Wert haben könnten, zu suchen. Er erbat in letzterer Beziehung meinen Rat.

Ich erwiderte, ich könne nur raten, auf unsere Kombination, welche Vorteile des Verschwindens von Reibungsflächen bietet, einzugehen und sich klar zu machen, daß ergebnisloser Verlauf jetziger Verhandlungen ein Stadium peinlicher Spannung eröffnen würde.

Minister wiederholte non possumus bezüglich Kongoküstengebiet, stellte aber Weisung an Cambon zur Fortsetzung von Besprechungen auf Grund der hiesigen Angebote in Aussicht.

Irgendwelches englisches Interesse an Verhandlungen erwähnte Minister nicht.

Schoen

Nr. 10678

*Der Botschafter in Paris Freiherr von Schoen an das Auswärtige Amt***

Telegramm. Entzifferung

Nr. 214 Paris, den 27. Juli 1911.

Herr Caillaux hat Fondère beauftragt, Botschaft wissen zu lassen, daß er von Aufrichtigkeit Wunsches nach Einigung mit uns beseelt

* Vgl. dazu Nr. 10674, Fußnote.

** Bereits in französischer Übersetzung veröffentlicht bei Caillaux, a. a. O. p. 306s.; vgl. Nr. 10675, Fußnote **. In seinem Kommentar zu dem Telegramm (a. a. O., p. 168,

ist und am liebsten großzügiges, alle irgend zwischen uns in letzten Jahren aufgetauchten Differenzen regelndes Abkommen treffen möchte. Ein solches würde ihm zudem Rechtfertigung Abtretung kolonialer Gebiete vor Öffentlichkeit erleichtern durch Hinweis auf eminente Vorteile Ausschaltung sämtlicher Reibungsflächen mit uns. Je weiter Abkommen greift, je verschiedenere Gegenstände es in sich einbeziehen würde, umso nachgiebiger könne sich Frankreich dann in Abtretung kolonialer Gebiete zeigen, während ein auf Marokko und Kongo beschränktes Tauschgeschäft hier als demütigend empfunden und kaum in uns befriedigender Form durchgesetzt werden würde.

Herr Caillaux bittet, man möge bei uns nach Wünschen auf möglichst verschiedenartigen Gebieten Umschau halten. Er denkt unter anderem — möchten dies auch nur kleine Zugeständnisse sein — an deutschen Präsidenten in ottomanischer Schuldenverwaltung, Rückgabe des 30% Bagdadbahnanteils, Zulassung aller Bagdadanleihen an hiesiger Börse, Verständigung über Orientbahnen. Er hat auch Möglichkeit Abtretung ozeanischer französischer Besitzungen an uns ins Auge gefaßt*.

Abschicke morgen mittag Botschaftsrat zu mündlicher Berichterstattung**.

Herr Caillaux bittet dringend, Herrn Cambon nichts von seinen Eröffnungen wissen zu lassen.

Schoen

307ss.) bestreitet Caillaux entschieden, durch Fondère die Bitte ausgesprochen zu haben, man möge deutscherseits nach Wünschen auf möglichst verschiedenartigen Gebieten Umschau halten. Ebenso stellt er in Abrede, gebeten zu haben, man möge Cambon nichts von seinen Eröffnungen wissen lassen. Da Caillaux indessen nach der Entzifferung des Telegramms durch den französischen Geheimdienst fürchten mußte, gegenüber Cambon durch die ihm nachgesagte Bitte kompromittiert zu sein, so entsandte er alsbald seinen Chef adjoint de Cabinet Piétri nach Berlin zur Herstellung eines vollen Einvernehmens mit Cambon. Piétris Berichte über seine Mission sind abgedruckt bei Caillaux, a. a. O. p. 323 ss. Sie sind wertvoll durch die Mitteilung verschiedener Äußerungen Cambons, die dessen innerste Meinung enthüllen. Wichtig ist vor allem das Eingeständnis des Botschafters, daß das Vorgehen der Franzosen in Marokko ein flagranter Bruch der Algecirasakte sei: „M. Cambon me dit que, malgré ce que prétend la presse française, nous avons fort gros à nous reprocher vis-à-vis de l'acte d'Algésiras et de l'Allemagne; l'occupation de la Chaouïa, celle de la frontière algérienne, l'installation méthodique à Fez et aux alentours, le refus d'admettre la Société Marocaine, etc. Il serait donc puéril d'espérer s'en tirer avec des îles d'Océanie et quelques forêts de caoutchouc."

* Anderer Auffassung als Caillaux scheint der Minister des Äußeren de Selves und ebenso der Finanzminister Klotz gewesen zu sein, die jedenfalls einen Verzicht Frankreichs auf die Donau-Adria-Bahn und eine Notierung deutscher Staatspapiere an der Pariser Börse (vgl. Bd. XXXI, Kap. CCXLV) als Kompensationsobjekte ausgeschaltet wissen wollten. Iswolsky an Sasonow, 19. Juli 1911; Der diplomatische Schriftwechsel Iswolskis 1911—1914, ed. Fr. Stieve I, S. 125.

** Über den Aufenthalt Freiherrn von der Lanckens in Berlin und seine dortige Berichterstattung enthalten die Akten nichts Näheres. Am 31. Juli war Lancken bereits wieder in Paris. Von diesem Tage liegt ein Privatbrief an den Marokkoreferenten Freiherrn Langwerth von Simmern vor, aus dem sich ergibt, daß Lancken im Hinblick darauf, daß die französische Presse allzu deutlich ihre Hoffnungen auf ein nachgiebiges

Nr. 10679

*Der Staatssekretär des Auswärtigen Amtes von Kiderlen an den Rat im Kaiserlichen Gefolge Gesandten von Treutler, z. Z. in Swinemünde**

Telegramm. Konzept

Nr. 39 Berlin, den 28. Juli 1911

Bitte Seiner Majestät folgendes vorzutragen:

Nach einer Meldung Freiherrn von Schoens hatte der französische Ministerpräsident gegenüber einer einflußreichen Persönlichkeit aus Finanz-

---

Einlenken des am 28. Juli von seiner Nordlandfahrt heimkehrenden Kaisers zur Schau getragen hatte, beauftragt war, bei Fortführung der geheimen Verhandlungen zunächst den Unnachgiebigen herauszukehren. In dem Briefe heißt es: „Über unseren Standpunkt in der Kompensationsfrage sagte ich Fondère, ich brächte aus Berlin die feste Überzeugung mit, daß wir von unseren Forderungen nichts ablassen könnten und würden. Auch erwähnte ich, wie grundfalsch die Spekulation auf Seine Majestät gewesen sei. Fondère ließ den Kopf sehr hängen und meinte wie schon unzählige Male, auf Abtretung der ganzen Kongoküste werde sich unter keinen Umständen irgendein französisches Ministerium einlassen können. Auf meine drängende Frage, welches denn die tieferen Gründe seien, aus denen die Franzosen durchaus den größeren Teil der Küste behalten wollten, meinte Fondère, es geschehe dies im Hinblick auf die über kurz oder lang doch zur Tatsache werdende, im deutsch-englischen Vertrage in Aussicht genommene Teilung der portugiesischen Kolonien. Habe Frankreich dann keine monnaie d'échange mehr, so könne es überhaupt nicht mitreden. — Eben erscheint Fondère zum zweiten Male, nachdem er Caillaux über meine aus Berlin mitgebrachten Eindrücke Bericht erstattet hat. Caillaux habe gesagt, wenn wir in der Tat so unverrückbar bei unseren Forderungen verblieben, so betrachte er die Verhandlungen als gescheitert. Um dies definitiv zu erklären, warte er nur auf den Bericht Cambons, daß ihm der Herr Staatssekretär das Gleiche gesagt habe. Hoffnung auf Konzilianz bei Seiner Exzellenz habe er allerdings nicht, denn die letzte Unterhaltung am vergangenen Freitag sei recht unverbindlich gewesen. Ich habe Fondère erwidert, es sei bedauerlich, daß Caillaux nicht Einsicht genug habe, die Berechtigung unserer Forderung des ganzen Kongo anzuerkennen. Wir würden mit vollster Ruhe der weiteren Entwickelung entgegensehen. Fondère will mich nun nochmals besuchen, sowie er Caillaux nach Eingang des Cambonschen Berichts über die nächste Unterredung gesehen hat. Wäre er überzeugt, daß Caillaux wirklich abbrechen will, so hätte der neue Besuch bei mir ja keinen Zweck. Seine Absicht bestärkt mich in der Vermutung, daß man mit Ach und Weh und la mort dans l'âme hier schließlich doch nachgibt."

* Am 28. Juli traf Kaiser Wilhelm II. von seiner am 5. Juli angetretenen Nordlandreise in Swinemünde ein. Das Telegramm Kiderlens war bestimmt, dem den deutschen Boden wieder betretenden Kaiser einen vorläufigen Überblick über den augenblicklichen Stand der Verhandlungen zu geben; am 29. wollten dann, nachdem Kiderlen noch einmal mit Cambon gesprochen hatte, Reichskanzler und Staatssekretär dem Kaiser in Swinemünde persönlich Vortrag halten. Über die in dem Telegramm an den Kaiser angekündigte Konferenz Kiderlens mit Cambon, die am Spätnachmittage des 28. stattfand, enthalten die Akten nichts; wir sind für diese „entrevue historique", wie Caillaux (a. a. O., p. 319) sie nennt, ganz auf den Bericht Cambons angewiesen (Französisches Gelbbuch: Affaires du Maroc VI, 432s.). Die Unterredung nahm danach einen sehr dramatischen Verlauf. Der französische Botschafter lehnte von vornherein die Überlassung des ganzen Kongo, auch im Austausch gegen Togo, ab, Kiderlen beharrte,

kreisen von dem Widerstande Englands gesprochen, den dies gegen große territoriale Abtretungen an uns erhebe.* Eine ähnliche Behauptung brachte der „Matin". Graf Metternich wurde daher angewiesen, Sir E. Grey in freundlicher Form darauf anzureden und daran zu erinnern, daß der Minister vor wenigen Tagen geäußert hatte, er werde einer Erwerbung des Kongobeckens durch uns nicht im Wege stehen**. Gleichzeitig sollte der Botschafter der Erwartung Ausdruck geben, daß der Minister in seiner bewährten Loyalität im Parlament, ohne auf vertrauliche Einzelheiten einzugehen, zu verstehen geben werde, er habe aus unseren offenen Mitteilungen die Überzeugung gewonnen, daß bei unseren Verhandlungen mit Frankreich englische Interessen nicht berührt würden.

Sir E. Grey hat Graf Metternich geantwortet, die fraglichen Äußerungen der Presse seien falsch. Er gedenke nicht, sich in unsere Verhandlungen mit

---

unter Hinweis auf die Indiskretion der französischen Presse, durch die die Situation erschwert sei, auf seinen Forderungen und erklärte, daß Deutschland sich nötigenfalls auf die Algecirasakte zurückziehen und deren Durchführung verlangen werde, worauf Cambon an das Abkommen vom Februar 1909 erinnerte und nicht undeutlich mit einer europäischen Konferenz drohte (auf die sich auch bereits England für den Fall eines Scheiterns der deutsch-französischen Verhandlungen einrichtete; vgl. das Telegramm des Londoner Botschafters Paul Cambon an de Selves vom 28. Juli, französisches Gelbbuch: Affaires du Maroc VI, 431). Der Eindruck, den Kiderlen aus der Unterredung mit Cambon davontrug, war kein günstiger, an Frau von Jonina schrieb er am 29. (Caillaux, a. a. O., p. 320), er habe nach dem Gespräch etwas schwarz gesehen; doch sei der Horizont durch die missive directe de Caillaux — damit war die Meldung Freiherrn von Schoens vom 26. Juli über die Eröffnungen Fondères gegen Freiherrn von der Lancken gemeint — wieder geklärt worden. Sehr pessimistisch äußerte sich Kiderlen am Abend des 28. zu Reichskanzler von Bethmann Hollweg; fast schien es, als ob er schon einen Austrag mit den Waffen in Rechnung zöge. Vgl. dazu Otto Hammann im „Archiv für Politik und Geschichte", Jg. 1925, S. 547f. Über den Vortrag, den Bethmann Hollweg und Kiderlen dann am 29. dem Kaiser in Swinemünde hielten, geben die Akten wieder keine Auskunft. Einen etwas zweifelhaften Ersatz bietet ein ausführlicher Brief Kiderlens an Frau von Jonina (Caillaux, a. a. O., p. 320ss.). Es heißt darin über den Vortrag beim Kaiser: „Après le dîner il s'est fait tout expliquer — carte en main — et il m'a autorisé à continuer dans le sens que je lui proposais et m'a solennellement promis l'être prêt à la dernière extrémité quand je le croyais nécessaire. Pour votre tranquillité, je vous dis de suite que j'ai la ferme conviction que cela n'arrivera pas là; mais pour bien traiter il faut savoir qu'on ne vous lâchera pas au dernier moment." Wenn Caillaux in seinem Buche (p. 321, n. 1) zu dem letzten Satze bemerkt „Quoiqu'en puisse dire M. de Kiderlen dans les phrases émollientes qui suivent, il envisage nettement la guerre", so entgeht ihm, daß die versteckte Kriegsdrohung, die in den Worten Kiderlens liegt, bezweckte, die Franzosen nachgiebiger zu stimmen, also im Gegenteil der Erhaltung des Friedens dienen sollte. Daß der Vortrag Kiderlens in Swinemünde wohl auf Festhalten, aber keineswegs bis zum Äußersten gerichtet gewesen ist, wird durch Äußerungen des Dirigenten der Politischen Abteilung von Stumm zu dem Chef der Zentralabteilung des Reichsmarineamts Korvettenkapitän Seebohm vom 2. August (A. v. Tirpitz, der Aufbau der deutschen Weltmacht, S. 199f.) bestätigt. Auch aus späteren Schriftstücken erhellt, daß der Kaiser in Swinemünde bereits einem Nachlassen in den Forderungen (Verzicht auf den nördlichsten Teil des Kongo) in omnem eventum zugestimmt hat.

* Vgl. Nr. 10675.

** Vgl. dazu Kap. CCXXIX, Nr. 10628.

Frankreich über den französischen Kongo einzumischen, könne andererseits aber auch nicht in dieser Beziehung einen Druck auf die französische Regierung ausüben. Die vom Premierminister im Unterhause abzugebende Erklärung würde den englischen Wunsch nach einer deutsch-französischen Verständigung klarstellen und hoffentlich beruhigend wirken. Allerdings würde auch zum Ausdruck kommen, daß Englands Interessen in Mitleidenschaft gezogen werden würden, wenn marokkanische Fragen in Betracht kämen. Der Botschafter hat demgegenüber auf die Irreleitung der englischen öffentlichen Meinung hingewiesen, die fälschlicherweise annähme, wir stellten Verlangen, die englische Interessen in hohem Grade berührten. Erführe man in England den wirklichen Sachverhalt, so würde sofort eine Beruhigung eintreten.

Der englische Wortlaut der inzwischen vom Premierminister im Unterhaus abgegebenen Erklärung erfolgt in besonderem offenem Telegramm.

Unterdessen hat der französische Auswärtige Minister Freiherrn von Schoen gegenüber von der lebhaften Genugtuung gesprochen, mit der er vernommen habe, daß die Berliner Verhandlungen in freundschaftlichem Ton und mit der ersichtlich aufrichtigen Absicht, eine Verständigung zu erzielen, geführt würden*. Auch in Paris habe man in dieser Beziehung den ernstesten Willen, aber die von uns gewünschte Abtretung des ganzen Kongo werde für ihn unmöglich sein. Aus vorsichtiger Sondierung maßgebender Parlamentarier habe er die Überzeugung gewonnen, daß ein solcher Vertrag niemals ratifiziert werden würde. Ob wir nicht Togo behalten und uns dafür mit namhaften Teilen des inneren Kongo begnügen wollten. Auch sei er gern bereit, noch nach anderen Kompensationen für uns zu suchen. Cambon solle demnächst die Besprechungen auf Grund der französischen Anerbietungen fortsetzen.

Außerdem hat der französische Ministerpräsident durch eine Mittelsperson an Freiherrn von Schoen eine Mitteilung machen lassen**. Derselbe spricht von einem Abkommen zur Regelung aller zwischen uns in den letzten Jahren aufgetauchten Differenzen. Je weiter das Abkommen greife und je verschiedenere Gegenstände es einbeziehen würde, je leichter würde es Frankreich sein, in eine Abtretung kolonialer Gebiete zu willigen, während ein auf Marokko und den Kongo beschränktes Tauschgeschäft als Demütigung empfunden und kaum in einer uns befriedigenden Form durchzusetzen sein würde. Was freilich Frankreich weiter von uns haben möchte, hat Herr Caillaux nicht gesagt, sodaß seine Schlußbemerkungen über Bagdadbahn, Zulassung deren Werte an der Pariser Börse, Verständigung über Orientbahnen und Möglichkeit einer Abtretung ozeanischer französischer Besitzungen an uns fast den Anschein erweckt, als suche er durch Verallgemeinerung der Verhandlungen die Sachlage zu verwirren.

Herr Cambon hat sich auf heute nachmittag bei mir angemeldet.

---

* Vgl. Nr. 10677.
** Vgl. Nr. 10678.

Ich werde ihm gegenüber in der von Seiner Majestät befohlenen Weise in Ruhe und Festigkeit auf unseren Forderungen bestehen und erneut betonen, wenn Frankreich diese nicht erfüllen zu können glaube, wir uns dann auf den strikten Standpunkt der Algecirasakte stellen und dementsprechend vorgehen müßten.

Kiderlen

Nr. 10680

Der Staatssekretär des Auswärtigen Amtes von Kiderlen an den Botschafter in Paris Freiherrn von Schoen

Telegramm. Eigenhändiges Konzept

Nr. 132 Berlin, den 30. Juli 1911

„Journal" und andere französische Blätter bringen detaillierte Nachrichten über französische Mobilmachungsvorbereitungen. Diese Nachrichten zusammengehalten mit dem in letzter Zeit stetig zunehmenden herausfordernden Ton französischer Presse sind geeignet, unsere freundschaftlichen Verhandlungen mit Frankreich zu stören.

Euere pp. wollen sofort Aufmerksamkeit dortiger Regierung hierauf lenken und, falls Nachrichten über Kriegsvorbereitungen, wie wir annehmen, unrichtig sind, Erwartung aussprechen, daß Regierung dieselben dementiert.

Drahtbericht.

Kiderlen

Nr. 10681

Der Botschafter in Paris Freiherr von Schoen an das Auswärtige Amt

Telegramm. Entzifferung

Nr. 217 Paris, den 31. Juli 1911

Antwort auf Telegramm Nr. 132*.

Selves sagt, daß er bisher Preßnachrichten über Mobilmachungsvorbereitungen, worunter auch Meldungen über Einberufungen deutscher Reservisten, keiner Beachtung und Richtigstellung gewürdigt habe.

Die Nachricht von „Journal" bezeichnet er nachdrücklich als falsch. Außer Zurückziehung von Truppen von Sicherheitsdienst in Champagne, wo jetzt Ruhe herrsche, sei nichts Ungewöhnliches angeordnet**. Er will sogleich ein Dementi veranlassen.

Schoen

---

* Siehe Nr. 10680.

** Vgl. jedoch Caillaux' Äußerungen zu Fondère im gegenteiligen Sinne in Nr. 10676.

Nr. 10682

Der Botschafter in Paris Freiherr von Schoen an das Auswärtige Amt

Telegramm. Entzifferung

Nr. 218 Paris, den 31. Juli 1911

Gelegentlich heutiger Unterredung über „Journal"-Nachricht verwies Selves erneut auf Unmöglichkeit, hiesige Parlamentskreise für Abtretung ganzen Kongos zu gewinnen. Minister erwartet mit lebhaftem Interesse Nachrichten von Cambon, den er ermächtigt habe, weitere Kompensationspunkte außerhalb Afrikas anzubieten.

Ich blieb fest auf Boden Forderung ganzen Kongos. Erwähnte auch gesprächsweise, daß Hoffnung der französischen Presse auf mildere Tendenzen bei Seiner Majestät durchaus verfehlt sei.

Schoen

Nr. 10683

Der Staatssekretär des Auswärtigen Amtes von Kiderlen an den Botschafter in Paris Freiherrn von Schoen

Telegramm. Konzept von der Hand des Vortragenden Rats Freiherrn Langwerth von Simmern

Nr. 134 Berlin, den 2. August 1911

Unter Bezugnahme auf Telegramm Nr. 218*.

Zu Euer pp. Orientierung.

Französischer Botschafter anbot in neuer Unterredung Stück mittleren Kongos und einige ozeanische Inseln**. Habe geantwortet, nicht

* Siehe Nr. 10682.

** Vgl. dazu Cambons Bericht vom 2. August, französisches Gelbbuch: Affaires du Maroc VI, p. 437s. und Kiderlens Brief an Frau von Jonina vom gleichen Tage, Caillaux, a. a. O., p. 332ss. Zu dem neuen Angebot des bisher so intransigenten Quai d'Orsay bemerkt Kiderlen: „Les propositions sont ceci: Un gros morceau du Congo qui nous permet d'avoir le fleuve Congo pour frontière. Mais le Libreville et le sud de la côte restant aux Français à cause des «souvenirs» qui s'y rattachent à Brazza, l'explorateur français qui, dans le temps, a cherché et trouvé Livingstone. Mais nous garderons le Togo, ce qui m'est très agréable à cause du bruit qu'en aurait fait chez nous l'abandon. Et puis, ils nous offrent plusieurs îlots dans l'océan. C'est cela que je veux étudier encore. Cela me paraît un peu louche qu'ils nous offrent cela sans que nous l'ayons demandé. C'est peut-être un leurre pour nous brouiller avec les Anglais ou les Américains. Nous verrons. Enfin l'affaire est remise là où elle aurait toujours dû rester: à des pourparlers sérieux et courtois entre nous et la France, sans immixtion anglaise." Vgl. auch Cambons Brief an Caillaux vom 2. August (Caillaux, a. a. O., p. 330s.), aus dem man ersieht, daß auch Cambon die Nachgiebigkeit des französischen Außenministeriums als eine Rettung aus einer Sackgasse empfand. „Je viens de recevoir deux télégrammes qui m'autorisent à consentir aux Allemands un accès territorial au fleuve Congo. Le noeud de l'affaire, d'après ce que j'ai pu juger, était là; elle est donc nouée et j'avoue

ermächtigt zu sein, auf dieser Basis zu unterhandeln, indessen schienen mir Vorschläge als Ausgangspunkt für weitere Besprechungen immerhin denkbar; nur sei angebotenes Stück Kongos viel zu mager. Herr Cambon wird seiner Regierung berichten. Bei Gesprächen mit dortiger Regierung bitte einfließen zu lassen, wie sehr Indiskretionen über unsere Forderungen in französischer Presse, chauvinistischer Ton französischer und englischer Presse, Hereinziehung Englands und Behauptung zu dortiger Presse, Seine Majestät der Kaiser werde für Nachgiebigkeit sein, unsere Position erschwert hat.

Kiderlen

Nr. 10684

Der Botschafter in Paris Freiherr von Schoen an das Auswärtige Amt

Telegramm. Entzifferung

Nr. 223 Paris, den 2. August 1911

Selves brachte bei heutigem Empfangstag wieder Rede auf Unmöglichkeit Abtretung ganzen Kongos. Widerstand in parlamentarischen Kreisen sei unüberwindbar.

Auch seien diese in Auffassung befangen, daß das Äquivalent der vollen freien Hand in Marokko nicht hoch genug, da es im Grunde doch schon in Abkommen von 1909* geboten.

Ich entgegnete, daß dieses Abkommen nichts sanktionieren konnte, was außerhalb Rahmens Algecirasakte liege. Jüngstes französisches Vorgehen gehe aber weit über Algeciras hinaus.

Selves vermied Diskussion über diesen Punkt. Er habe aufrichtig und fest das hohe Ziel im Auge, mittels jetziger Verständigung zu einem dauernden, loyalen und freundschaftlichen Verhältnisse zwischen Deutschland und Frankreich zu gelangen. Zur Bekundung guten Willens in diesem Sinne habe er durch Cambon veränderte Basis für Verhandlungen vorschlagen lassen und hoffe zuversichtlich, daß prinzipielle Einigung erzielt werde und zwar recht bald, da öffentliche Meinung beginne, nervös zu werden.

Ich betonte, daß auch wir von vornherein das gleiche hohe Ziel im Auge hatten. Ich sähe aber Möglichkeit Verständigung nur, wenn Frankreich uns erheblich weiter entgegenkomme.

Minister bat noch besonders, wir möchten auf Presseäußerungen nicht viel Wert legen.

Schoen

---

que, quelle que soit l'importance des possessions du centre africain, elles n'ont pas pour nous le caractère vital que présente la solution de la question marocaine d'où dépend notre situation méditerranéenne."

* Vgl. Bd. XXIV, Kap. CLXXXII.

Nr. 10685

*Der Staatssekretär des Auswärtigen Amtes von Kiderlen an den Botschafter in Paris Freiherrn von Schoen**

Telegramm. Konzept

Nr. 139 Berlin, den 4. August 1911

Herrn Cambon habe ich heute gesagt, daß wir bereit seien, auf Basis zu verhandeln, wonach uns nur ein Teil des Kongo zediert würde. Seine Reserven, wonach ganz Gabun bis Sanga Frankreich verbleiben und wir ganz von Küste ausgeschlossen sein sollten, sind für uns unannehmbar. Auf angebotene Inseln legen wir keinen Wert; höchstens ließe sich über Comoren reden. Gedanke des Herrn Cambon eines Austausches von Togo gegen die Inseln hat mich überrascht; ich glaube aber, daß wir zu einer Verständigung kommen können, wenn Franzosen sich entschließen, uns einen Teil nördlicher Küste Gabuns zu überlassen. Ich stelle anheim, je nach Ihrem Ermessen mit Selves oder Caillaux in vorstehendem Sinne zu sprechen.

Kiderlen

Nr. 10686

Der Botschafter in Paris Freiherr von Schoen an das Auswärtige Amt

Telegramm. Entzifferung

Nr. 226 Paris, den 4. August 1911

Caillaux war heute gegenüber Mittelsmann sehr pessimistisch. Behauptete, größere Zugeständnisse als von Cambon vorgeschlagene keinenfalls machen zu können, da ohnehin nur mühsam im Zaum gehaltene öffentliche Meinung sich energisch widersetzen würde. Ministerpräsident wolle Ende nächster Woche, wenn sich bis dahin Einigungsmöglichkeit nicht gezeigt, Kriegsschiff Agadir schicken, wo dann auch englisches Schiff erscheinen würde**.

Diesseits ist Mittelsmann erwidert worden, französische Bluffs machten uns keinen Eindruck.

Bericht folgt heute abend***.

Schoen

---

* Vgl. dazu den Cambonschen Bericht über seine Unterredung mit Kiderlen vom 4. August. Französisches Gelbbuch: Affaires du Maroc VI, p. 443s.

** Nach späteren Mitteilungen der Pariser Presse, die vom Quai d'Orsay stammten, soll die Anregung zu der Entsendung der Kriegsschiffe nach Agadir vom Foreign Office ausgegangen sein. Vgl. Kap. CCXXXI, Nr. 10796.

*** Ein Bericht Freiherrn von Schoens vom 4. August liegt nicht vor, wohl aber ein Privatschreiben des Botschaftsrats Freiherrn von der Lancken an den Marokkoreferenten Freiherrn Langwerth von Simmern. Darin heißt es über die Äußerungen von

Nr. 10687

Der Staatssekretär des Auswärtigen Amtes von Kiderlen an den Botschafter in Paris Freiherrn von Schoen

Telegramm

Konzept von der Hand des Vortragenden Rats Freiherrn Langwerth von Simmern

Nr. 140 Berlin, den 5. August 1911

Auf Telegramm Nr. 226*.

Bitte bis Empfang weiterer Weisung jede Berührung mit Regierung und Mittelsmann strikt vermeiden.

Kiderlen

Nr. 10688

Der Staatssekretär des Auswärtigen Amtes von Kiderlen an den Botschafter in Paris Freiherrn von Schoen

Telegramm. Eigenhändiges Konzept

Nr. 141 Berlin, den 5. August 1911

Im Anschluß an Telegramm Nr. 140**.

Sagen Sie Mittelsmann, daß, solange Drohung mit Entsendung von Schiffen nach Agadir nicht in derselben Form und in demselben Auftrage, in dem sie ausgesprochen, zurückgenommen, ich Verhandlungen nicht weiterführen könne. Ich müßte, falls Drohung aufrecht erhalten wird, erst weitere Instruktionen einholen. Daß wir nicht unter dem Drucke einer Drohung verhandeln können, werden Mittelsmann und seine Auftraggeber selbst einsehen.

Kiderlen

Nr. 10689

Der Rat im Kaiserlichen Gefolge Gesandter Freiherr von Jenisch, z. Z. in Wilhelmshöhe, an das Auswärtige Amt

Telegramm. Entzifferung

Nr. 44 Wilhelmshöhe, den 6. August 1911

Für den Herrn Staatssekretär.

Seine Majestät der Kaiser ist mit der Behandlung des jüngsten Zwischenfalls in Paris seitens Euerer Exzellenz vollkommen einverstanden

---

Caillaux zu Fondère nach den Angaben des letzteren noch: „Caillaux hat erzählt, alle Präfekten der Ostdepartements, die er empfangen, hätten von der hochgehenden patriotischen Stimmung an der Grenze zu berichten gewußt. Weiter hat er gesagt, die Presse werde nur mit größter Mühe durch seine persönliche und dauernde Intervention im Zaum gehalten, immer weiter greife unter den Parlamentariern der feste Wille um sich, sich nicht durch Deutschland demütigen zu lassen usw., usw. Dauere die nervenzerrüttende Ungewißheit noch einige Zeit fort, so werde die Öffentlichkeit gebieterisch verlangen, daß Frankreich ebenfalls ein Kriegsschiff nach Agadir schicke, und er, Caillaux, sei auch schon fest entschlossen dazu, wenn man nicht binnen acht Tagen die sichere Aussicht auf eine Verständigung mit uns gewinnen sollte."

* Siehe Nr. 10686.

** Siehe Nr. 10687.

und ermächtigen Euere Exzellenz, falls Drohungen nicht zurückgenommen, die Verhandlungen mit Cambon abzubrechen.

Seine Majestät ist besonders darüber erstaunt, daß der Franzose auch mit Entsendung englischen Kriegsschiffs nach Agadir gedroht hat, und stellt anheim, nachdem Situation geklärt sein wird, durch Graf Metternich feststellen zu lassen, ob dies mit Genehmigung englischer Regierung geschehen ist.

Jenisch

Nr. 10690

Der Staatssekretär des Reichskolonialamts von Lindequist an den Reichskanzler von Bethmann Hollweg

Ausfertigung

Berlin, den 5. August 1911

Nachdem mir am vorigen Donnerstag, den 3. d. Mts., abends der Herr Staatssekretär des Auswärtigen Amts die Mitteilung gemacht hat, daß eine Verständigung mit der französischen Regierung auf der Basis einer Abtretung von Französisch-Kongo mit Ausschluß der Küstenregion dieses Gebietes von Libreville bis Brazzaville in Aussicht stehe*, und nachdem Euere Exzellenz mir dies gestern bestätigt haben, möchte ich nicht verfehlen, indem ich gleichzeitig bezüglich des Wertes des Kongogebietes auf meinen gehorsamen Bericht vom 31. v. Mts.** Bezug nehme, Euerer Exzellenz nach nochmaliger genauer Überlegung meine ernsten Bedenken gegen dieses Projekt zu unterbreiten.

Schon jetzt ist es den Franzosen nicht gelungen, das ausgedehnte Gebiet trotz Aufwendung von erheblichen Machtmitteln, und obwohl sie im Besitz der Küste sind, wirtschaftlich zu entwickeln und eine geordnete Verwaltung einzuführen. Ohne den Besitz der Küste würden sich für die deutsche Verwaltung diese Schwierigkeiten in das Unübersehbare steigern. Die Entfernung von dem südkameruner Küstengebiet nach dem Kongogebiet nördlich vom Stanley Pool beträgt in Luftlinie rund 1000 km. Der untere Kongo ist wegen der vielen Fälle nicht schiffbar. Diese unbenutzbare Strecke wird auf dem Südufer durch die Bahn Matadi—Leopoldville umgangen, die in belgischen Händen ist. Die Franzosen haben mit der praktischen Ausführung einer Konkurrenzlinie von Brazzaville am Stanley Pool begonnen, die voraussichtlich bei Loango die Küste erreichen wird. Deutschland würde, wenn es die Verwaltung des Hinterlandes von Französisch-Kongo in die Hand nehmen will, auf diese beiden fremdländischen Eisenbahnlinien angewiesen sein, auf denen es hinsichtlich der Truppentransporte vollständig von dem guten Willen der beiden Nachbarstaaten ab-

* Nach einem bei E. Jäckh, Kiderlen-Wächter, der Staatsmann und Mensch (II, 138), abgedruckten Briefe Lindequists an Kiderlen vom 7. August war es bei dieser Gelegenheit zu einem persönlichen Konflikt zwischen beiden gekommen.

** Nicht bei den Akten.

hängig sein würde. Bei der Unwegsamkeit des Landes und seiner vorwaltenden Urwaldbedeckung lassen sich die sicher in umfangreicher Weise erforderlich werdenden Truppenbewegungen nicht von der jetzigen deutschen Küste aus bewerkstelligen. Was es aber heißt, bei afrikanischer Kriegsführung von dem guten Willen anderer Staaten abhängig zu sein, das hat die Geschichte des südwestafrikanischen Feldzuges deutlich gelehrt. Daß aber die Befriedung und Inverwaltungnahme des Hinterlandes von Französisch-Kongo nicht ohne sehr erhebliche neue Machtmittel und Kämpfe mit den vom europäischen Einfluß vielfach noch ganz unberührten Eingeborenen durchführbar sein würde, das beweist die Absicht der französischen Verwaltung, die bestehenden Streitkräfte um zwei Regimenter zu erhöhen, also erheblich mehr als der gegenwärtige Bestand der gesamten kameruner Schutztruppe.

Abgesehen von diesen rein militärischen Gesichtspunkten würde ohne Besitz der Küstenregionen auch die Zivilverwaltung jener entlegenen und von Südkamerun so schwer zugänglichen Gebiete ungemein kostspielig und schwierig sich gestalten, während die eigenen Einnahmen voraussichtlich sehr niedrig bleiben würden, da der Handel in kaum zu verhindernder Weise sich weiterhin den französischen Küstenstrichen mit ihrer Bahnverbindung Loango—Brazzaville bezw. der belgischen Kongobahn zuwenden würde. Ohne die Küstenstrecke würde der Erwerb von Französisch-Kongo aus den oben genannten Gründen und bei den durch die Natur der Verhältnisse gegebenen Verkehrsbedingungen für die heutige Kolonie Kamerun somit einen Gebietszuwachs bedeuten, der für ihre finanzielle und wirtschaftliche Entwickelung nicht nur keine Förderung, sondern ein schweres Hindernis bilden würde.

v. Lindequist

Nr. 10691

Der Staatssekretär des Auswärtigen Amtes von Kiderlen an den Rat im Kaiserlichen Gefolge Gesandten Freiherrn von Jenisch, z. Z. in Wilhelmshöhe

Telegramm. Eigenhändiges Konzept

Nr. 43 Berlin, den 8. August 1911

Dem allerhöchsten Auftrage gemäß, den mir Herr von Treutler überbracht hat, habe ich mich mit dem Admiralstab in Verbindung gesetzt, damit eventuell Seiner Majestät Vorschläge betreffs beschleunigter Zusammenziehung der Flotte unterbreitet werden. Nach Mitteilung des Admiralstabs fährt wieder vereinigte Flotte bereits übermorgen mit großer Fahrt nach Skagen, also 24 Stunden von Kiel. Dies dürfte nach meiner Auffassung allen politisch in Berechnung zu ziehenden Möglichkeiten gegenüber genügen*.

* Vgl. dazu die Meldung des Korvettenkapitäns Seebohm (von der Zentralabteilung des Reichsmarineamts) an Admiral v. Tirpitz vom 8. August, A. v. Tirpitz, Der Aufbau

Der Admiralstab wird seinerseits noch ausführlich an Seine Majestät telegraphieren*.

Kiderlen

Nr. 10692

Der Admiralstab an Kaiser Wilhelm II., z. Z. in Wilhelmshöhe

Telegramm. Konzept

Berlin, den 8. August 1911

Hochseeflotte beabsichtigt, programmäßig Donnerstag 10. August morgens norwegische Häfen zu verlassen und sich mit strategischem Manöver nördlich Skagen mit drittem Geschwader und zwei Flotillen zu vereinigen. Flotte bleibt bis 15. August Kattegat, dann Marsch nach Kiel. Bis 10. August besteht Kabelverbindung, dann Verbindung mit Funkentelegraphie. Im Einvernehmen mit Auswärtigem Amt wird vorgeschlagen, Programm der Flotte bestehen zu lassen**.

Admiralstab

Nr. 10693

Der Botschafter in Paris Freiherr von Schoen an das Auswärtige Amt

Telegramm. Entzifferung

Nr. 231 Paris, den 8. August 1911

Mittelsmann ist überzeugt, daß Caillaux durchaus befriedigende Erklärung abgeben wird. Glaubt im Interesse der Verständigung sehr dringend bitten zu sollen, daß Cambon von Vorkommnis nicht das Geringste erfährt.

Schoen

Nr. 10694

Der Staatssekretär des Auswärtigen Amtes von Kiderlen an den Rat im Kaiserlichen Gefolge Gesandten Freiherrn von Jenisch, z. Z. in Wilhelmshöhe

Telegramm. Entzifferung

Nr. 44 Berlin, den 8. August 1911

Bitte Seiner Majestät dem Kaiser melden, daß Mittelsmann, der Äußerung Caillaux' betreffend Realisierung Entsendung französischer

---

der deutschen Weltmacht, S. 201f. Aus der Meldung geht hervor, daß Kiderlen den kaiserlichen Auftrag auf die Drohung Caillaux-Fondères mit der Entsendung je eines französischen und englischen Kriegsschiffs nach Agadir zurückführte.

* Vgl. das folgende Schriftstück.

** Durch Telegramm Nr. 46 vom 8. August meldete Freiherr von Jenisch das Einverständnis des Kaisers mit diesem Vorschlage.

und englischer Kriegsschiffe nach Agadir überbrachte, den von Paris für einige Tage abwesenden Minister* noch nicht sprechen konnte[1], seinerseits aber Überzeugung aussprach, Herr Caillaux werde durchaus befriedigende Erklärung abgeben[2].

Kiderlen

Randbemerkungen Kaiser Wilhelms II.:

[1] Ist keine Antwort!
Das ist eine neue Unverschämtheit! wenn man in solchen, ernsten Verhandlungen steckt, und solche Drohungen ausstößt, dann macht man keine Picnics, sondern erwartet die Antwort. So haben wir seine Frechheit weg, und er läßt uns nach Belieben warten! So was nach 3 Tagen warten lassen! Unerhört!

[2] Das genügt nicht mehr, sie müßen unzweideutige Zurücknahme und zwar sofort enthalten! Der Mittelsmann hat umgehend Herrn Caillaux aufzusuchen und ihm klar zu machen, daß binnen 24 Stunden er um Verzeihung gebeten hat, mich in der frechen Weise behandelt zu haben, sonst breche ich die Verhandlungen ab! Schön soll ihm einheitzen.

Nr. 10695

Der Rat im Kaiserlichen Gefolge Gesandter Freiherr von Jenisch, z. Z. in Wilhelmshöhe, an das Auswärtige Amt

Telegramm. Entzifferung

Nr. 47 Wilhelmshöhe, den 9. August 1911

Für den Herrn Staatssekretär.

Seine Majestät der Kaiser sind von Inhalt des Telegramms Nr. 44**, das allerhöchstihm heute früh vorgelegen hat, sehr unbefriedigt. Ein allerhöchstes Telegramm an Euere Exzellenz geht gleichzeitig mit diesem ab***, das sehr scharfe Instruktionen (Caillaux soll bei Vermeidung

---

* Caillaux war vom 5.—17. August von Paris abwesend; vgl. J. Caillaux, a. a. O. p. 167. Von dem Zwischenfall erzählt Caillaux in seinem Buche nichts. Er erwähnt lediglich (p. 174s., 192), daß er wenige Tage nach seiner Abreise von Paris — also nach dem 5. August — in den Besitz eines zweifellos authentischen Dokuments gelangt sei, aus dem sich ergeben habe, daß Kiderlen eben damals ernstlich mit einer kriegerischen Lösung des Marokkokonflikts rechnete. In dem Schreiben soll u. a. gestanden haben, daß Kiderlen den Krieg als fast unvermeidlich ansehe, nicht weil Deutschland auf den Besitz Marokkos entscheidendes Gewicht lege, sondern weil es ihm scheine, daß Frankreich an die Ehre und das Prestige des Deutschen Reiches rühren wolle. Es dürfte sich dabei um einen jener Briefe Kiderlens an die ihm befreundete russische Baronin Marina de Jonina handeln, der, geschrieben in den Tagen des Zwischenfalles Caillaux-Fondère, bestimmt war, der französischen Regierung in die Hände gespielt zu werden und dieser einen heilsamen Schreck einzujagen. Mutmaßlich handelt es sich um den bei Caillaux a. a. O. p, 339s. abgedruckten Brief; vgl. Nr. 10708, Fußnote ***.

** Siehe Nr. 10694

*** Siehe das folgende Schriftstück.

Abbruchs der Verhandlungen binnen 24 Stunden Drohung zurücknehmen, um Verzeihung bitten und endgültige Vorschläge machen) enthält.

Wortlaut der allerhöchsten Randvermerke zu Telegramm Nr. 44 folgt sofort in besonderem Telegramm.

Jenisch

Nr. 10696

Kaiser Wilhelm II., z. Z. in Wilhelmshöhe, an den Staatssekretär des Auswärtigen Amtes von Kiderlen

Telegramm. Eigenhändiges Konzept

Wilhelmshöhe, den 9. August 1911

Vor 3 Tagen am 6ten wurde mir durch H[errn] v[on] Jenisch von Ew. Ex[zellenz] mitgetheilt, daß Frankreich an uns durch H[errn] Caillaux — per Mittelsmann — eine Sommation gestellt habe:

1) Wir möchten endlich mit dem Verhandeln ein Ende machen und Französ[ische] Bedingungen acceptiren, 2) wenn wir es nicht thäten werde ein Französ]isches] u[nd] Engl[isches] Kriegschiff in Agadir eintreffen um uns dort fortzubringen. Diese Mittheilung ist als Drohung aufgefasst und als ungehörig zurückzuweisen von mir erbeten worden, in der Form: daß unter Drohungen Verhandlungen überhaupt nicht fortgesetzt werden könnten, und dieselben umgehend zurückgenommen werden müssten, widrigenfalls wir die Verhandlungen als abgebrochen ansehen würden und zu anderen Maßregeln schreiten würden. Mit solcher Antwort war ich einverstanden, in der Annahme unser Botschafter werde sofort die uns gebührende Reparation d'honneur erwirken! Statt dessen sitzen wir seit 3 Tagen bereits mit dieser Drohung da ohne, für sie, die als beleidigend aufzufassen ist die leiseste Genugthuung erreicht zu haben. Mir hat noch niemals bisher jemand direct gedroht! Und ich bin nicht gewillt, die behagliche Art v[on] Schöns in der Behandlung dieser Ehrensache unseres Vaterlandes, länger mit anzusehen! Hier handelt es sich um eine colossale französische Unverschämtheit, auf alle unsere Langmuth und Geduld obendarauf, die ich als eine Ohrfeige empfinde! Schön hat sofort den Mittelsmann an Caillaux per Auto od[er] Zug nachzusenden und binnen 24 Stunden die Antwort von ihm zu erwirken, daß 1) er diese Drohung zurücknehme, 2) um Verzeihung bitte und 3) sich verpflichtet uns endlich festes Angebot zu machen, damit Verhandlungen zum Abschluß zu bringen sind. Geschieht das bis Ende 24 Stunden — von Abgang dieses Befehls an Schön gerechnet — nicht breche ich die Verhandlungen ab, da sie in einem Ton geführt werden, die der Würde des Deutschen Reichs u[nd] Volks nicht mehr entspricht.

Wilhelm I. R.

Nr. 10697

Der Staatssekretär des Auswärtigen Amtes von Kiderlen an den Rat im Kaiserlichen Gefolge Gesandten Freiherrn von Jenisch, z. Z. in Wilhelmshöhe

Telegramm. Entzifferung

Nr. 45 Berlin, den 9. August 1911

Der Kaiserliche Botschafter in Paris telegraphiert:

Herr Caillaux läßt hier durch Mittelsmann bestimmt erklären, daß Wiedergabe fraglicher Äußerung über eventuelle Schiffsentsendung durchaus auf Mißverständnis beruhe. Er habe lediglich Botschaft darauf aufmerksam machen lassen wollen, daß öffentliche Meinung durch damalige Nachrichten über Stocken der Verhandlungen nervös werde, was ihm Entgegenkommen erschwerte[1]. Wenn er im Laufe der Unterhaltung mit Mittelsmann von Möglichkeit gesprochen, Hitzköpfe könnten Schiffsentsendung verlangen, so habe diese Erwähnung lediglich bezweckt, Mittelsmann Stimmungsbild zu geben. Weitergabe an Botschaft habe durchaus seinen Intentionen widersprochen, wie ihm auch jeder Gedanke an Drohung vollständig ferngelegen habe.

Kiderlen

Bemerkung Kaiser Wilhelms II. am Kopf des Schriftstücks:
Danach scheint es ob der Herr Minister entweder früher von seinem Pic-nic heimgekehrt, oder überhaupt nicht verreist war, wie der p. Mittelsmann vorgab! Denn er wollte erst in einigen Tagen antworten!

Randbemerkung des Kaisers:
[1] Bei uns erst recht! Das Stocken lag an ihm nicht an uns! Er soll nur endlich mit Etwas Positivem herauskommen!

Schlußbemerkung des Kaisers:
Er zoppt! Und blamirt den Mittelsmann! W.

Nr. 10698

Der Rat im Kaiserlichen Gefolge Gesandter Freiherr von Jenisch, z. Z. in Wilhelmshöhe, an das Auswärtige Amt

Telegramm. Entzifferung

Nr. 49 Wilhelmshöhe, den 9. August 1911

Telegramm Nr. 45* erhalten und Seiner Majestät vorgelegt. Auf meine Bemerkung, das allerhöchste Telegramm von heute morgen sei nun wohl gegenstandslos, bejahte dies Seine Majestät, fügte aber hinzu, es sei gut, daß es in den Akten sei; außerdem seien Euere Exzellenz ermächtigt, es zu verwerten, um Verhandlungen nötigen Nachdruck zu geben.

---

* Siehe Nr. 10695.

Seine Majestät verlangt trotz der ihm von mir auseinandergesetzten Schwierigkeiten, daß Verhandlungen schnellstens zum Abschluß gelangen. Es müsse endlich einmal etwas Positives herauskommen. Fügten die Franzosen sich nicht unseren gerechten Forderungen, so müßten wir Verhandlungen abbrechen, uns auf Boden der Algecirasakte stellen und darauf bestehen, daß Franzosen aus Marokko herausgingen*. Es mache allerhöchstihm den Eindruck, daß Franzosen Abschluß solange hinauszuschieben versuchten, bis wir unsere Reserven im Herbst entließen. Den Gefallen werde er ihnen nicht tun.

Jenisch

Nr. 10699

Der Rat im Kaiserlichen Gefolge Gesandter Freiherr von Jenisch, z. Z. in Wilhelmshöhe, an das Auswärtige Amt

Telegramm. Entzifferung

Nr. 50
Streng vertraulich

Wilhelmshöhe, den 9. August 1911

Für den Herrn Staatssekretär.

Seine Majestät steht offenbar unter ernstem Eindruck der Artikel der . . .** und Genossen***, und desjenigen des Grafen Prey-

---

* Vgl. dazu die Ausführungen Kiderlens im Gespräch mit Admiral Capelle, Stellvertreter Admiral von Tirpitz', Konteradmiral Rieve, Stellvertreter des Admiralstabschefs und Korvettenkapitäns Seebohm (8. August): „Kiderlen führte aus, man könne doch wegen Marokko keinen Krieg führen; wir hätten ja an Marokko gar kein Interesse; schon Bismarck hätte gesagt, wir wollen am Mittelmeer kein Fenster haben, das man uns einwerfen kann. Etwas anderes wäre es, wenn man in Agadir gegen unsere Schiffe vorgehen würde. — Ferner sei es leicht gesagt, wir sollten auf Innehaltung der Algecirasakte bestehen; die Franzosen würden dann natürlich sagen, wir gehen hinaus, sobald alles in Ordnung, sie würden uns dann ewig hinhalten und überhaupt nie wieder hinausgehen. Daher sei ihm jede anderweitige Regelung lieber, sofern wir sie mit Anstand annehmen können." Tirpitz a. a. O. S. 201 f.

** Zifferngruppe fehlt. Zu ergänzen „Post".

*** Am 4. August hatte die „Post" einen Artikel „Krise und Rückzug" über die Marokkofrage gebracht, der, ausgehend von einem Gerücht, daß Kaiser Wilhelm II. dem französischen Botschafter Cambon über den Kopf Staatssekretär von Kiderlens hinweg gewisse Zusicherungen gemacht und dadurch diesem die Weiterführung der Verhandlungen erschwert habe, sich zu dem Ausruf verstieg: „O wäre uns dieser Augenblick erspart geblieben, dieser Augenblick unsäglicher Schande, tiefer nationaler Schmach, viel schlimmer als die von Olmütz!" Am Schlusse des Artikels hieß es dann: „Und heute? Ist Preußen anders geworden, ist das alte Preußentum zugrunde gegangen, sind wir ein Geschlecht von Weibern geworden, regiert von den Interessen einiger rassefremder Händler, die auch dann noch ihr Schäfchen ins Trockene bringen werden, wenn es den produktiven Ständen des Reichs noch so schlecht geht, ist bei uns jedes Gefühl für nationale Ehre, jede große politische Verantwortlichkeit, jeder weite Blick gestorben, sind wir nichts mehr als ein Spott für das Ausland? Was ist mit den Hohenzollern geschehen, aus denen einst ein Großer Kurfürst, ein Friedrich Wilhelm I., ein Friedrich

sing*, über welche Umgebung allerhöchstihn unterrichtet hat. Seine Majestät bezeichnete mir die seit Swinemünde eingesetzten Strömungen als höchst bedenklich, so daß ihnen die Spitze abgebrochen werden müsse. Der öffentlichen Meinung müsse gezeigt werden, daß der Kaiser jeden Augenblick bereit sei, mit aller Energie zu handeln.

Jenisch

Nr. 10700

Der Staatssekretär des Auswärtigen Amtes von Kiderlen an den Rat im Kaiserlichen Gefolge Gesandten Freiherrn von Jenisch, z. Z. in Wilhelmshöhe

Telegramm. Eigenhändiges Konzept

Nr. 46 Berlin, den 9. August 1911

Das allerhöchste Telegramm an mich, das mir soeben zugeht**, hat sich mit dem diesseitigen Telegramm Nr. 45*** gekreuzt.

Nach dem Inhalt des letzteren hat Herr Caillaux seine Äußerung bestritten oder zum mindesten abgeleugnet. Damit entfällt für uns die Möglichkeit, ihn weiter zu stellen, doch wird er sich immerhin die Lektion merken.

Jetzt hat Herr Cambon Wunsch ausgesprochen, mich zu sehen, jedenfalls um erneutes Angebot zu bringen, nachdem letztes Angebot unsrer-

---

der Große, ein Kaiser Wilhelm I. hervorgegangen ist? Der Kaiser soll die stärkste Stütze der englischen und französischen Politik sein, eine Stütze, viel stärker als fünfzig französische Divisionen? Er soll die Hoffnung Frankreichs sein? Noch vermögen wir es nicht, wollen wir es nicht glauben. Noch wollen wir es nicht glauben, was die französischen und englischen Zeitungen schon seit Wochen erzählen: Wartet nur ab, bis euer Kaiser zurückkommt, dann wird zum Rückzug geblasen, dann wird Deutschland nachgeben."

* Reichsrat Graf von Preysing hatte in der „Zukunft" vom 5. August 1911 (Nr. 45), die auch aus der Feder Hardens einen scharfen Aufsatz „Wilhelm der Friedliche" brachte, einen gegen den Kaiser gerichteten Artikel „Ems — Agadir" veröffentlicht, der mit dem Dichterworte schloß:

„Hier endet, Zollern, deines Ruhms Geschichte,
Hier fiel ein König — aber nicht im Streit."

Zu einem Artikel der „Kölnischen Volkszeitung" vom 7. August, der die Graf Preysingschen Ausführungen als quantité négligeable behandelte, bemerkte Kaiser Wilhelm II.: „So? Hat der auch im Styl der Post geschrieben! Schade, daß er mein Telegramm an Ausw[ärtiges] Amt v[on[heute nicht zu lesen kriegt! Das würde glaube ich ihm genügen! Das ist aber ein Beweis, daß unsrem Volk die Geduld ausgeht, und daß es höchste Zeit ist, die Kakelei zu Ende zu bringen, sie dauert seit Ende Mai! Seit Swinemünde sind schon 12 Tage herum und es ist noch nicht das geringste Positive vorhanden! Einmal muß den Galliern doch scharf der Ernst gezeigt werden! ‚I am not going to dance attendance on the French Republic any longer.' Sie bieten jetzt sofort was Annehmbares an, oder wir nehmen uns noch mehr, und das gleich! W."

** Siehe Nr. 10697.

*** Siehe Nr. 10691.

seits als ungenügend zurückgewiesen war. Nach diesem Angebot wollte sich nämlich Frankreich seine ganze alte Kolonie Gabun reservieren und uns nur Land nördlich des Sanga zedieren.

Ich glaube daher, den allerhöchsten Intentionen zu entsprechen, wenn ich heute Cambons Angebot entgegennehme und mir Antwort bis nach Einholung von Instruktionen vorbehalte*.

Kiderlen

Nr. 10701

Der Staatssekretär des Auswärtigen Amtes von Kiderlen an den Botschafter in Paris Freiherrn von Schoen

Telegramm. Konzept von der Hand des Vortragenden Rats Freiherrn Langwerth von Simmern

Nr. 144 Berlin, den 9. August 1911

Cambon hat nach längerem Verhandeln gesamten nordöstlich vom Sanga gelegenen Kongo angeboten, jedoch ohne Zugang zum Meere**. Bitte Caillaux durch Mittelsmann an früheres Anerbieten, betreffend Kongo bis zum Ogowe mit Zugang zum Meere nördlich Libreville erinnern zu lassen. Nach jüngstem Angebot würden wir keinen Zugang zum Meere erhalten, auch im wesentlichen nur Gebietsteile erhalten, die bisher wenig bekannt und in denen Franzosen fortwährende Schwierigkeiten haben.

Drahtbericht.

Kiderlen

Nr. 10702

Der Staatssekretär des Auswärtigen Amtes von Kiderlen an den Rat im Kaiserlichen Gefolge Gesandten Freiherrn von Jenisch, z. Z. in Wilhelmshöhe

Privatbrief. Konzept

Berlin, den 9. August 1911

Der Reichskanzler wird morgen Seiner Majestät mittels Immediatberichts das Abschiedsgesuch des Staatssekretärs des Reichskolonialamts unterbreiten. Herr von Lindequist ist verstimmt, weil er angeblich zu den Marokkoverhandlungen nicht genügend herangezogen worden wäre. Das ist nicht der Fall; er ist wiederholt und auf das eingehendste gehört worden. Richtig ist allerdings, daß er mit seinen Ansichten in der Kompensationsfrage nicht durchgedrungen ist. Wie Seiner Majestät bekannt

* Auf das Kiderlensche Telegramm telegraphierte Freiherr von Jenisch noch gleichen Tages (Nr. 51) zurück: „Seine Majestät ist einverstanden."

** Vgl. dazu Cambons Bericht vom 9. August 1911, französisches Gelbbuch: Affaires du Maroc VI, S. 460.

ist, betrachtet Herr von Lindequist die Kolonie Dahome als das geeignetere Kompensationsobjekt, während er den Wert des französischen Kongos nur gering anschlägt. Es mag recht sein, daß die kleine Kolonie Dahome verhältnismäßig bequem zu verwalten wäre und vielleicht dort in kurzer Zeit bereits günstige Ergebnisse zu erwarten sein würden. In Französisch-Kongo dagegen müßten wir uns wahrscheinlich zunächst auf eine längere Periode harter Arbeit ohne nennenswerten Gewinn gefaßt machen. Dagegen würde Dahome für die Zukunft keine über den Rahmen der Kolonie selbst hinausgehenden Chancen bieten.

Ganz anders der französische Kongo. Angrenzend an den belgischen Kongo und nur durch diesen von Portugiesisch-Angola getrennt, dessen in der Zukunft mögliche Aufteilung unser Geheimvertrag mit England* geregelt hat, würde der französische Kongo die Aussicht auf eine Vereinigung Kameruns und Deutsch-Südwestafrikas anbahnen und um so bedeutungsvollere Perspektiven eröffnen, als unser westafrikanischer Besitz dann nur noch durch die Kolonie eines kleineren Staates von Deutsch-Ostafrika getrennt sein würde. Hinzukommt der über kurz oder lang zu erwartende Erwerb der spanischen Kolonie Rio Muni, die zu einer Enklave im deutschen Gebiet werden würde. Das Frankreich zustehende Vorkaufsrecht müßte uns von diesem bei den gegenwärtigen Verhandlungen abgetreten werden. Unser Vorkaufsrecht auf die benachbarte spanische Insel Fernando Póo ist bekannt. Endlich würde der Erwerb des französischen Kongos auch in bezug auf den internationalen Handelsverkehr große Aussichten eröffnen. Wir würden damit die Möglichkeit in die Hand bekommen, den großen Transitverkehr von Südamerika nach Ostasien im Westen und Osten des afrikanischen Kontinents durch deutsches Gebiet zu leiten, während die dazwischen liegende Verbindungsstrecke einstweilen den Bahnen des belgischen Kongos zufiele, auf die Hamburger Häuser nennenswerten Einfluß besitzen.

Was das Abschiedsgesuch des Staatssekretärs von Lindequist anbetrifft, so wird der Reichskanzler Seiner Majestät vorschlagen, es abzulehnen mit dem Vorbehalte, nach Abwickelung der Marokkoverhandlungen darauf zurückzukommen. Es liegt auf der Hand, welche unheilvolle Wirkung im jetzigen Augenblick der Rücktritt des Leiters des Kolonialamts hervorrufen würde, der in der Öffentlichkeit als eine demonstrative Stellungnahme des Staatssekretärs gegen die von Seiner Majestät befohlene Politik aufgefaßt werden müßte. Das Abschiedsgesuch erscheint auch aus dem Grunde unmotiviert, als es sich bei den Verhandlungen nicht um den Abschluß eines Kolonialabkommens handelt, sondern um eine allgemeine politische Auseinandersetzung mit Frankreich, für die der Staatssekretär des Kolonialamts keine Verantwortung trägt. Würde sich dagegen später nach Abschluß der Verhandlungen und nach Erwerb des französischen Kongos, Herr von Lindequist einer ihm nicht zusagenden oder seine Kräfte

* Vgl. Bd. XIV, Kap. XCII.

übersteigenden Aufgabe gegenüber sehen, dann würde sein Rücktritt nach außen vollkommen erklärlich erscheinen*.

Der Reichskanzler bittet Sie, Seine Majestät unter Verwertung vorstehender Gesichtspunkte auf seinen Immediatbericht vorzubereiten.

Kiderlen

Nr. 10703

Der Botschafter in Paris Freiherr von Schoen an das Auswärtige Amt

Telegramm. Entzifferung

Nr. 236 Paris, den 10. August 1911

Antwort auf Telegramm Nr. 144**.

Mittelsmann hat Caillaux nie von Anerbieten gesamten Nordens östlich Sanga sprechen hören. Vielmehr sei Caillaux' Gedanke stets gewesen, Teil nördlichsten Kongos zu behalten. Mittelsmann glaubt, daß, wenn wir Gegenvorschlag machten, Teil wertloseren nördlichsten Kongos Franzosen zu belassen gegen Abtretung Munis mit Gebietsteil bis Sanga, Caillaux schließlich sich für unsere Befriedigung einsetzen würde. Taktisch empfehle sich, Ministerpräsident erst nach Rückkehr 16. in Aktion zu setzen. Ihm würden dann ohnehin Finanzfreunde scharf zusetzen, umso energischer, je mehr bis dahin Eindruck sich festsetze, daß wir nicht nachgeben.

Mittelsmann betonte wiederholt, daß Caillaux, wenn ihm irgend annehmbare Basis geboten, Verhandlungen nicht scheitern lassen würde.

Schoen

Nr. 10704

Der Staatssekretär des Auswärtigen Amtes von Kiderlen an den Rat im Kaiserlichen Gefolge Gesandten Freiherrn von Jenisch, z. Z. in Wilhelmshöhe

Privatbrief

Konzept von der Hand des Vortragenden Rats Freiherrn Langwerth von Simmern

Berlin, den 11. August 1911

Cambon hat uns in seiner neusten Unterredung mit mir den ganzen nordöstlich von Sanga gelegenen Teil des Kongos angeboten, aber ohne Zugang zum Meere. Nachdem ich mich bei Marine- und Kolonialleuten über den Wert des Landes erkundigt habe, werde ich Cambon sagen, sein

---

* Tatsächlich erfolgte der Rücktritt des Staatssekretärs von Lindequist am 3. November, unmittelbar nach der Paraphierung des Kongoabkommens. Vgl. Kap. CCXXXI, Nr. 10770, S. 412 Fußnote.

** Siehe Nr. 10701.

Vorschlag sei in dieser Form für uns nicht annehmbar. Wir müßten unter allen Umständen einen Zugang zum Meere haben und deshalb jedenfalls den Küstenstrich nördlich von Libreville erhalten, der auch wegen der Umklammerung der spanischen Kolonie Rio Muni von Bedeutung ist. Die weitere westliche Grenze müsse der Ogowe bilden, während wir auf den allernördlichsten Teil des Kongos keinen Wert legen würden. Das von uns zu fordernde Stück würde demnach das gleiche bleiben, wie es von Seiner Majestät dem Kaiser in Swinemünde bereits genehmigt worden ist.

Cambon wird über unsere Forderung natürlich erst nach Hause berichten wollen. Wir werden also einige Tage auf Antwort zu warten haben, immerhin hoffe ich, daß wir etwa Mitte nächster Woche erfahren werden, wie man sich in Paris weiter zu verhalten gedenkt.

Kiderlen

Nr. 10705

Bericht des Militärattachés in Paris Majors von Winterfeldt

Abschrift

Nr. 36 Paris, den 7. August 1911

In einem Teil der französischen Presse ist in letzter Zeit die Möglichkeit eines Krieges mit Deutschland ziemlich viel erörtert worden. Das bedeutet natürlich noch lange nicht, daß die Mehrheit des französischen Volkes besonders kriegslüstern wäre. Vorläufig soll das Kriegsgeschrei wohl nur dazu dienen, der öffentlichen Meinung Selbstvertrauen einzuflößen und dem Gegner einzuschärfen, daß Frankreich zum Kampfe gerüstet wäre und den Krieg einer Demütigung vorziehen würde. Ob hinter einem derartigen Gebahren auch der feste Entschluß der maßgebenden Persönlichkeiten steht, im Notfalle die äußersten Konsequenzen zu ziehen, kann ich nicht entscheiden. Jedenfalls muß aber damit gerechnet werden, daß die französische Regierung in den letzten Wochen die Möglichkeit, daß es zum Kriege kommen könnte, in den Bereich ihrer Erwägungen gezogen haben wird. Ob es dabei zu eigentlichen Mobilmachungsvorbereitungen gekommen ist, wie sie beispielsweise der anliegend überreichte Artikel des „Intransigeant“* erwähnt, ist schwer festzustellen. Sollte die politische Spannung noch einige Zeit anhalten, so wäre immerhin eine besondere Aufmerksamkeit und sorgfältige Beobachtung der französischen Grenzdepartements durch die dem Generalstabe zur Verfügung stehenden Organe geboten.

Ebenso darf ich darauf hinweisen, daß für den zunächst wohl unwahrscheinlichen Fall eines Krieges die Franzosen voraussichtlich versuchen würden, gerade während der Mobilmachung und im ersten Stadium der Operationen einen möglichst ausgiebigen Gebrauch von ihren Fliegern zu

* Die Anlagen des Berichts gelangen hier nicht zum Abdruck.

machen. Jeder kleinste Erfolg auf diesem Gebiete würde auf das leicht entzündliche französische Publikum eine bedeutende moralische Wirkung ausüben. Die beigefügte Äußerung des Fliegers Védrines zeigt, was sich die Franzosen in dieser Hinsicht versprechen. Wenn man die Prahlereien des Herrn Védrines auch mit Kaltblütigkeit betrachten darf, so läßt sich doch nicht bestreiten, daß die französischen Flieger schon manchen Beweis von Schneid und Leistungsfähigkeit abgelegt haben, man müßte also auf kühne Versuche von ihrer Seite immerhin gefaßt sein.

Was nun die Haltung der Presse in der letzten Zeit anbelangt, so sind es naturgemäß die militärischen und die nationalistisch-chauvinistischen Blätter, die das Kriegsthema am ausführlichsten und unverblümtesten behandeln. Sie verfahren dabei meist nach demselben System, das darin besteht zu behaupten, Deutschland dächte nicht an Krieg und hätte allen Grund, einer Waffenentscheidung aus dem Wege zu gehen, bei der es gegenüber den vereinigten französisch-englischen Streitkräften rettungslos unterliegen müßte. Frankreich brauche also nur fest zu bleiben, dann würde Deutschland „umfallen". Als bezeichnend für die Art und Weise, in der dieser Gegenstand von nationalistischer Seite behandelt wird, überreiche ich anliegend einen Artikel des „Gaulois".

Verfolgt ein Teil der Presse mit solchen Ausführungen offenbar nur die Absicht, der Regierung eine energische Haltung zu erleichtern, ohne daß dabei ernsthaft an Krieg gedacht würde, so führen einige Blätter, vor allem die chauvinistische „France militaire", eine ausgesprochen aggresive, aufhetzende Sprache und deuten an, da früher oder später doch einmal eine blutige Entscheidung zwischen beiden Völkern fallen müsse, so wäre der jetzige Augenblick dazu für Frankreich keineswegs ungünstig.

Die französischen Zeitungen, die sich in einer solchen Aufhetzung der öffentlichen Meinung gefallen, treiben ein gefährliches Spiel. Ich bin gewiß weit entfernt davon, die französische Armee zu unterschätzen, und habe, seitdem ich in Paris bin, stets betont, daß man über Schwächen, die ich oft gekennzeichnet habe, nicht ihre tüchtigen Eigenschaften übersehen darf. In einem Augenblick aber, wo es gelten könnte, die beiderseitigen Chancen gegeneinander abzuwägen, möchte ich doch im vollen Gefühl meiner Verantwortlichkeit ausdrücklich erklären, daß die französische Armee gerade jetzt keine Veranlassung haben würde, mit besonderer Siegesfreudigkeit in den Kampf zu ziehen. Nach den letzten Manövern haben zahlreiche französische Sachverständige unverhohlen ausgesprochen, daß die Ausbildung der Truppen, besonders der Infanterie, nicht auf der erforderlichen Höhe stände. Seitdem ist ein großer Teil des Heeres fast unausgesetzt durch die zahlreichen Streiks und inneren Unruhen seiner eigentlichen Arbeit entzogen worden. Häufige Wechsel in der Person des Kriegsministers sowie in der Besetzung anderer hoher militärischer Kommandostellen können dem inneren Zusammenhalt und der Ausbildung der Armee nicht zugute gekommen sein. Zahlreiche in letzter Zeit bekannt gewordene Zwischenfälle deuten auf tiefgehende, teils sachliche,

teils persönliche Meinungsverschiedenheiten zwischen den zu den höchsten Aufgaben im Kriege berufenen Generalen hin. Bei jeder Gelegenheit tritt die in hohem Maße schädliche Verquickung politischer und militärischer Rücksichten deutlich zutage, so erst ganz kürzlich wieder bei der Umgestaltung des Oberkommandos, über die ich noch zu berichten haben werde. Würde heute mobil gemacht, so stände an der Spitze der gegen Deutschland aufgebotenen Streitkräfte in der Person des Generals Joffre ein Führer, den die Armee kaum kennt, der selbst seiner Aufgabe völlig neu gegenübersteht, und der seiner Persönlichkeit und seiner bisherigen Laufbahn nach kaum der Mann dazu sein dürfte, elektrisierend auf die Massen zu wirken. An seiner Seite als Chef des Stabes der allerdings als sehr tüchtig gerühmte General de Castelnau, der aber gleichfalls eben erst seine Stellung angetreten hat und mit seinem Feldherrn in keiner Weise eingearbeitet sein kann. Dazu ein neuer Kriegsminister*, der zwar Intelligenz und jugendliche Tatkraft besitzt, von dem man aber unmöglich vorhersagen kann, ob er der ihm im Kriege zufallenden Rolle gewachsen sein würde, die neben Energie viel Takt und Zurückhaltung erfordern dürfte. Sein Adlatus, der Chef des Generalstabes General Dubail ebenfalls in dieser Stellung erst seit einigen Wochen befindlich! Man muß schon ein großes Vertrauen in das französische System des „débrouillez-vous" besitzen, um anzunehmen, daß unter solchen Verhältnissen alles glatt gehen sollte. Über die Frage, wieweit der Antimilitarismus, das Nachlassen der Disziplin und die im Offizierskorps bestehenden Gegensätze auf die Kriegstüchtigkeit des Heeres einwirken würden, habe ich schon mehrfach berichtet und kann in dieser Hinsicht nichts Neues hinzufügen. Ich stehe nach wie vor auf dem Standpunkt, daß wir auf den zersetzenden Einfluß derartiger Strömungen wenigstens für den Anfang eines Feldzuges, und solange der nationale „Elan" vorhält, nicht zu große Hoffnungen bauen sollten, daß aber nach und nach und besonders bei Rückschlägen die schädigende Wirkung nicht ausbleiben kann. Alles, was sonst für die Bewertung der taktischen und technischen Leistungsfähigkeit der französischen Armee im Verhältnis zur unserigen in Betracht kommt, ist an maßgebender Stelle bekannt und braucht hier nicht erneut ausgeführt zu werden.

Ich kann nur, wie schon mehrfach, so auch heute der festen Überzeugung Ausdruck geben, daß ein Kampf mit der französischen Armee zwar nicht ohne schwere Opfer abgehen würde, aber mit freudiger Aussicht auf Erfolg unternommen werden könnte.

(gez.) von Winterfeldt
Major im Generalstabe der Armee.

---

* Messimy.

Nr. 10706

Der Botschafter in Paris Freiherr von Schoen an den Reichskanzler von Bethmann Hollweg

Ausfertigung

Nr. 385 Paris, den 10. August 1911

Von der Verblüffung und der ängstlichen Nervosität, welche hier durch unsere Agadiraktion hervorgerufen worden waren, ist gegenwärtig nicht mehr das geringste zu bemerken. Auch die Erregung und Besorgnis, die durch das Bekanntwerden der deutschen Kompensationsforderungen verursacht worden waren, ist geschwunden, und man muß heute konstatieren, daß in der Stimmung Frankreichs ein völliger Umschwung eingetreten ist. Aus der Tatsache, daß die Verhandlungen sich in die Länge gezogen haben, und daß hier unwidersprochen veröffentlicht werden konnte, Deutschland habe von seinen ursprünglichen Forderungen ganz wesentlich nachgelassen, ist in sehr geschickter und dreister Weise dahin Kapital geschlagen worden, daß wir angesichts der entschlossenen Haltung Frankreichs nicht gewagt hätten, auf unserem Standpunkt zu beharren, und schließlich zweifellos einen vollständigen Rückzug antreten würden. Das zur Schau getragene Selbstbewußtsein beruht sichtlich auf der Überzeugung, daß einerseits die internationale Lage für Deutschland besonders ungünstig sei und andererseits die französische Armee schlagfertiger denn je dastehe. Mit Anmaßung, ja geradezu mit Hohn, wird dabei unter Hinweis auf frühere Marokkokrisen gesagt, Deutschland werde gegenüber einem energischen Gegner schließlich doch immer vor den äußersten Konsequenzen seiner politischen Aktionen zurückschrecken.

Sollten die gegenwärtigen Verhandlungen so ausfallen, daß die Franzosen das Ergebnis derselben auch nur mit einem Anschein von Berechtigung als einen Erfolg ihrer entschlossenen Haltung hinstellen könnten, dann würde dies — davon bin ich fest überzeugt — auf lange Zeit hinaus unsere Stellung ihnen gegenüber in unangenehmster Weise schwächen. Es würde sich hier sicherlich die Meinung herausbilden, daß man Deutschland ruhig alles bieten könne.

v. Schoen

Nr. 10707

Der Rat im Kaiserlichen Gefolge Gesandter Freiherr von Jenisch, z. Z. in Friedrichshof, an den Staatssekretär des Auswärtigen Amtes von Kiderlen

Privatbrief. Ausfertigung

Streng vertraulich Friedrichshof, den 11. August 1911

Seine Majestät der Kaiser kam gestern abend nochmals auf sein Telegramm an Euere Exzellenz vom 9.* zu sprechen und sagte mir, er

* Siehe Nr. 10997.

habe in erster Linie damit Ihnen Ihren Rücken decken und etwas in die Hand geben wollen, um, wenn erforderlich, den Franzosen zu beweisen, daß Seine Majestät fest hinter Ihnen steht.

Zwischen Seiner Majestät und dem Großherzog von Hessen ist heute nach der Paradetafel die Marokkofrage berührt worden. Letzterer erzählte mir, er habe sich unendlich gefreut, aus der energischen Sprache des Kaisers zu entnehmen, daß dieser und auch Euere Exzellenz nicht im entferntesten an Nachgeben dächten. Der Großherzog, der bekanntlich viele Beziehungen zu England hat, ist der Überzeugung, daß die Engländer nicht kämpfen wollen.

Der Immediatbericht des Herrn Reichskanzlers (Lindequist)* geht heute, mit zahlreichen Randbemerkungen versehen, zurück. Seine Majestät teilt natürlich die Ansicht des Herrn Reichskanzlers und war über die Sache sehr aufgebracht.

[Jenisch

Nr. 10708

Der Staatssekretär des Auswärtigen Amtes von Kiderlen an den Reichskanzler von Bethmann Hollweg, z. Z. in Hohenfinow

Telegramm. Konzept von der Hand des Vortragenden Rats Freiherrn Langwerth von Simmern

Nr. 11 Berlin, den 12. August 1911

Cambon hat heute etwas entgegenkommendere Vorschläge gemacht, die ich indessen zunächst mit unseren Euer Exzellenz bekannten Forderungen beantwortet habe**.

Würde es Euer Exzellenz passen, zur Besprechung der Sachlage bereits

---

* Vgl. Nr. 10702. Der Immediatbericht des Reichskanzlers ist nicht bei den Akten des Auswärtigen Amtes.

** Über eine Unterredung vom 12. August findet sich in den sonst sehr genauen Berichten Cambons nichts; mutmaßlich handelt es sich um die gleiche Konferenz, über die Cambon am 13. berichtet. Vgl. französisches Gelbbuch: Affaires du Maroc VI, p. 462s. Mitteilungen über die Unterredung vom 12. auch in einem Briefe Kiderlens an Frau von Jonina von diesem Tage bei Caillaux, a. a. O., p. 339s. Der Brief enthält scharfe Warnungen an die französische Adresse, die erklärlich werden durch die Drohung mit einer französischen Schiffsentsendung (vgl. Nr. 10686ff): „L'opinion chez nous s'est lentement, comme cela se fait chez nous, mais très énergiquement émue de l'insolence croissante de nos voisins d'outre-Rhin et d'outre-mer. Et, malgré mes intentions pacifiques, je ne pourrais pas la retenir si les insultes continuent de l'autre côté. On croit toujours que je m'étais trompé de l'état d'esprit en Angleterre — mais non si il doit y avoir guerre nous désirons la guerre simultanée avec la France et l'Angleterre: avec la dernière nous nous ferons des dégâts mutuels sur mer; la France nous payera les pots cassés ... Si je voulaisme rendre populaire, je pousserais à la guerre, ce qui serait facile. Mais je n'ai pas cette ambition. Certes, nous ne pourrons déclarer la guerre qu'après l'échec complet des négociations en train et cela prendra encore du temps."

Mittwoch früh nach Berlin zu kommen und in diesem Falle zur Beratung Lindequist und Konteradmiral Rieve vom Admiralstab, der französischen Kongo kennt, bestellen zu lassen?*

Kiderlen

Nr. 10709

Der Staatssekretär des Auswärtigen Amtes von Kiderlen an den Botschafter in Paris Freiherrn von Schoen

Telegramm. Eigenhändiges Konzept

Nr. 151

Berlin, den 14. August 1911

Herr Cambon hat heute abermals folgende Vorschläge gemacht**: Wir erhalten die Küste nördlich von Libreville bis Spanisch-Guinea und das Dreieck, das entsteht, wenn man eine gerade Linie von Libreville bis zur Südostecke von Kamerun zieht, ferner das Land nördlich des Sanga bis an den sogenannten Entenschnabel heran etwa in der Breite bis zur Ost-

---

* Über die Beratung beim Reichskanzler am 14. August, an der neben Kiderlen Lindequist und Rieve teilnahmen, vgl. das Schreiben Admiral Capelles an Admiral v. Tirpitz vom 14. August (A. v. Tirpitz, a. a. O., S. 206f.). Es heißt darin: „Der geplante Gebietsaustausch wurde nahezu fertig vorgelegt. Über Detailfragen sollen sich Kolonialspezialisten einigen, ich vermute, um Zeit zu gewinnen. Rieve, Seebohm und ich haben schon seit Tagen den Eindruck, daß die Angelegenheit erledigt. Heute waren wir alle drei der festen Überzeugung, daß dies der Fall sei. — Die geplanten Abtretungen sind nicht annähernd so gut, wie wir zuerst hofften, aber auch nicht so schlecht, als wir zwischendurch fürchteten: das berühmte Kompromiß". Man sieht auch aus diesem Schreiben Capelles, wie weit die maßgebenden Kreise in Berlin zu jener Zeit davon entfernt waren, etwa einen zweiten Schritt in der Richtung der Entsendung des „Panther" nach Agadir, also etwa eine Truppenlandung ins Auge zu fassen, wie man auf französischer Seite besorgte. Vgl. die Telegramme Cambons vom 13. und 20. August, französisches Gelbbuch: Affaires du Maroc VI, p. 463, 477s, und Caillaux, a. a. O., p. 175. Nach Caillaux hätte de Selves auf die vagen Nachrichten von einer beabsichtigten deutschen Truppenlandung im Sus hin die Absicht kundgegeben, die Generalstabschefs der Armee und der Marine zu berufen, um einen Gegenschlag vorzubereiten oder gar Deutschland zuvorzukommen.

** Vgl. auch Cambons Bericht vom 14. August 1911, französisches Gelbbuch: Affaires du Maroc, p. 468s. und das Telegramm des russischen Botschafters in Berlin Grafen Osten-Sacken vom 16. August über eine Unterredung mit Kiderlen. In letzterem heißt es: „Kiderlen antwortete mir, daß die Verhandlungen sich noch immer in der Phase von vorgeschlagenen, verweigerten und neuerdings vorgeschlagenen Kompensationen bewegten. Gestern ist Cambon mit neuen Projekten zu ihm gekommen. Der von Eurer Exzellenz — Neratow — erwähnte Vorschlag, auf deutsche Ansprüche in Marokko gegen Zugeständnisse im französischen Kongo zu verzichten, ist vom Berliner Kabinett beschlossen worden, um ein für allemal den Reibungen mit Frankreich in Marokko ein Ende zu setzen. Frankreich scheint das System des Handelns vorzuziehen, was, wie Kiderlen sagt, die Verhandlungen äußerst unangenehm macht. Die Gefahr liegt darin, daß Frankreich in den Augen der öffentlichen Meinung die Lage so darzustellen versucht, daß Deutschland der Drohung Frankreichs, die Hilfe seiner Bundesgenossen anrufen zu wollen, nachzugeben gezwungen ist." Vgl. Siebert, Diplomatische Aktenstücke, a. a. O., S. 433f.

grenze des Entenschnabels. Dafür sollen wir den Entenschnabel abtreten und uns starke Grenzregulierung in Togo gefallen lassen. Herr Cambon stellte sich sogar so, als ob man in Paris erwarte, daß wir bei dieser Kombination auch noch Togo abtreten würden.

Ich bitte, Herrn Caillaux durch Mittelsmann sagen zu lassen, daß wir uns auf derartiges Schachern nicht einlassen können. Wir hätten zugestanden, daß bei Ausscheiden von Togo aus der Kombination, das von Herrn Caillaux selbst vorgeschlagen worden sei, der größere Teil von Gabon mit fast der ganzen Küste bei Frankreich bleibt, dafür aber auf der Grenze vom Ogowe oberhalb Libreville ungefähr bis an die Alima oder den nächsten nördlichen Fluß, so daß Sanga in unser Gebiet fällt, bestehen müßten.

Euere pp. wollen Herrn Caillaux ernsthaft darauf aufmerksam machen lassen, daß eine solche Verschiebung der Verhandlungsbasis, wie sie in Cambonschen Vorschlägen gegenüber den Zusicherungen des Ministerpräsidenten liegt, notgedrungen zum Abbruch der Verhandlungen führen müßte.

Kiderlen

Nr. 10710

Der Botschafter in Paris Freiherr von Schoen an das Auswärtige Amt

Telegramm. Entzifferung

Nr. 242 Paris, den 16. August 1911

Selves, der seinerseits klagte, daß Verhandlungsbasis deutscherseits dauernd verschoben werde, bezeichnet mir heute folgende zwei Möglichkeiten Lösung Kompensationsfrage:

Erstens: Dreieck wie in Telegramm Nr. 151*. Weiter könne er westlich Sanga keinenfalls gehen. Nördlich von Sanga- und Ubangifluß alles Land bis Nordgrenze belgischen Kongobeckens. Vorstehendes wegen dadurch entstehender Auseinanderreißung französischen Gebiets nur unter Voraussetzung Abtretung Togos.

Ich bezeichnete letzteres als ausgeschlossen.

Zweitens: Falls wir Togo behalten: Obiges Dreieck sowie erhebliche Grenzberichtigung Ostgrenze Kameruns, aber für uns kein Zugang zu Kongofluß.

Ich äußerte persönliche Ansicht, daß ich auf solchen Grundlagen Verständigung für unmöglich erachte. Selves, der immer wieder Wunsch betont, zu dauerndem guten Verhältnis mit uns zu gelangen, will nochmals Lage in Erwägung ziehen, vermutlich mit Caillaux konferieren. Letzterer kommt morgen abend zurück, wird dann sogleich durch Mittelsmann ernsthaft über unsere Auffassung unterrichtet.

Schoen

---

* Siehe Nr. 10709.

Nr. 10711

Der Staatssekretär des Auswärtigen Amtes von Kiderlen an den Botschafter in Paris Freiherrn von Schoen

Telegramm. Konzept von der Hand des Vortragenden Rats Freiherrn Langwerth von Simmern

Nr. 155 Berlin, den 17. August 1911

Auf Telegramm Nr. 242*.

Bitte Caillaux durch Mittelsmann an seine in Telegramm Nr. 210** vorletzten Absatz gemachten Vorschläge erinnern. Wir müssen bestehen auf Linie Küste nördlich Libreville, Ogowe bis Franceville, Alima, belgischer Kongo längs Ubangi bis 4° nördliche Breite, von dort gerade Linie auf Nordostecke Kameruns 10° nördlicher Breite. Dagegen würden wir sogenannten Entenschnabel Kameruns Frankreich abtreten.

Verhandlungen auf anderer Basis für uns unmöglich. Geht französische Regierung auf obige Vorschläge, die sich mit dem seinerzeit von Mittelsmann angebotenen Kompromiß decken, nicht ein, so wird Abbruch der Verhandlungen unvermeidlich werden.

Drahtbericht.

Kiderlen

Nr. 10712

Der Staatssekretär des Auswärtigen Amtes von Kiderlen an den Rat im Kaiserlichen Gefolge Gesandten Freiherrn von Jenisch, z. Z. in Wilhelmshöhe

Telegramm. Entzifferung

Nr. 48 Berlin, den 17. August 1911

Botschafter Paris telegraphiert:

„Nach heutigem ‚Matin' soll in Aix-les-Bains eine deutsche Fahne von zwei französischen Offizieren heruntergerissen worden sein[1].

Noch bevor ich hiesige Regierung um Aufklärung ersuchen konnte, teilt mir Minister der auswärtigen Angelegenheiten mit, daß er sogleich Untersuchung angeordnet hat und es tief bedauern würde, wenn die Zeitungsmeldung sich als zutreffend erweisen sollte.

Habe auch von zuständigem Konsul in Lyon eingehenden Bericht erfordert."

Da hier Nachricht durch Preßmeldungen heute früh bekannt wurde, habe ich in einem Telegramm, das sich mit dem des Freiherrn von Schoen gekreuzt hat, Botschafter angewiesen, Sachverhalt festzustellen und eventuell Bestrafung der Offiziere zu verlangen.

---

* Siehe Nr. 10710.

** Siehe Nr. 10675.

Soeben geht weiteres Telegramm ein aus Paris, welches besagt:

„Selves läßt mich wissen, daß nach vorläufigem amtlichen Bericht aus Aix-les-Bains Zwischenfall deutscher Fahne nicht von Offizieren, sondern von einem Industriellen namens Pernot aus Nancy herbeigeführt. Fahne unbeschädigt, nur Stange zerbrochen."

Zugleich kam Herr Cambon zu mir und las mir einen ihm telegraphisch übermittelten Brief von Selves an Freiherrn von Schoen vor, worin Minister Bedauern über Vorfall ausspricht. Zwischenfall dürfte damit erledigt sein.

Kiderlen

Randbemerkung Kaiser Wilhelms II.:

[1] Symptome! Es dürfte sich empfehlen, doch die Verhandlungen zu poussiren, denn die Nervosität wird auf beiden Seiten — von Presse geschickt ausgenützt — wachsen, bis sie in Vorfällen Ausdruck findet, die nicht mehr à l'amiable auszugleichen sind und zu ernsten Maßnahmen zwingen werden, deren Ende der Krieg sein muß. Die Franzosen müssen so oder so den Graben springen, oder die Sporen kriegen.

Wilhelm
I. R.

Nr. 10713

Der Botschafter in Paris Freiherr von Schoen an das Auswärtige Amt

Telegramm. Entzifferung

Nr. 249 Paris, den 18. August 1911

Antwort auf Telegramm Nr. 155*.

Herr Caillaux, der offenbar Schwierigkeiten mit Ministern hat, die ihm eigenmächtiges Verhandeln unter der Hand mit Botschaft vorwerfen, läßt durch Mittelsmann betonen, daß er mit seinen früheren Vorschlägen nicht französische Regierung förmlich engagieren, sondern uns nur Winke zukommen lassen wollte, wie Verständigung denkbar. Dementsprechendes Abkommen würde, wenn wir sofort zugegriffen hätten, damals möglich gewesen sein, was jetzt infolge beiderseitiger Erregung der öffentlichen Meinung nicht mehr der Fall. Zudem habe er damals Abtretung nördlichsten Stückes Togos im Auge gehabt.

Herr Caillaux will vorerst mit hier erwartetem Cambon eingehend konferieren und ihm endgültige Weisung mitgeben.

Mittelsmann sowie andere namhafte Persönlichkeit haben gleichmäßig Eindruck, daß Caillaux nach wie vor Verständigung womöglich mit Hereinnahme verschiedener anderer Gegenstände ernstlich wünscht, glauben aber beide, daß er Zugang zum Meer und zum Ubangi, also Zerreißen französischen Besitzes, nur gegen Abtretung nördlichsten Togos zugestehen möchte.

Ich habe beiden gegenüber fest Unmöglichkeit Zurückkommens auf

---

* Siehe Nr. 10711.

Togo betont und nachdrücklich erklärt, daß, wenn nicht im wesentlichen Grenzen gemäß Telegramm Nr. 155 zugestanden würden, Verhandlungen als gescheitert zu betrachten sein müssen.

Schoen

Nr. 10714

Der Stellvertretende Staatssekretär des Auswärtigen Amtes Zimmermann an den Botschafter in Paris Freiherrn von Schoen

Telegramm. Eigenhändiges Konzept

Nr. 158 Berlin, den 19. August 1911

Auf Telegramm Nr. 249* zu Euer Exzellenz vertraulicher Orientierung. Baron Berckheim** sondierte mich soeben anscheinend im Auftrag Cambons über Stimmung nach Wilhelmshöh. Ich erklärte, daß Lage sehr ernst geworden sei durch französische Preßtreibereien, Aix-les-Bains-Zwischenfall und Auslassungen Lavisses***. Ebenso habe Rede Lloyd Georges† sehr geschadet, da sie von deutscher öffentlicher Meinung als unerträglicher Einschüchterungsversuch aufgefaßt werde und daher entgegengesetzt wirke. Auch an allerhöchster Stelle sei Stimmung überaus ernst. Wir müßten daher unbedingt auf Annahme unseres Vorschlags bestehen.

Baron Berckheim versicherte, daß Cambon morgen mit der festen Absicht nach Paris reise, für Verständigung nachdrücklich einzutreten.

Zimmermann

Nr. 10715

Bericht des Militärattachés in Paris Majors von Winterfeldt

Abschrift

Nr. 39 Paris, den 19. August 1911

Neuerdings hat sich hier das Gerücht verbreitet, die Regierung würde sich mit Rücksicht auf die politische Lage vielleicht veranlaßt sehen, die Armeemanöver, die bekanntlich unter der Leitung des Generals Joffre zwischen dem I. und VI. Armeekorps stattfinden sollen, abzusagen. Wenn man auch im allgemeinen in Paris solchen Gerüchten mit Mißtrauen begegnen muß, so ist in diesem Falle die Nachricht vielleicht nicht ganz unbegründet, abgesehen davon, daß sie schon als ein Symptom für die

* Siehe Nr. 10713.

** Botschaftsrat bei der französischen Botschaft in Berlin.

*** Am 16. August hatte der Historiker Erneste Lavisse sich anläßlich der Preisverteilung der Gemeindeschulen über die Gefahr der elsässischen Frage geäußert. Vgl. Schultheß' Europäischer Geschichtskalender, Jg. 1911, S. 429f.

† Vgl. dazu Kap. CCXXIX.

hiesige Stimmung beachtenswert ist. Von gut unterrichteten Personen wird behauptet, es wäre bereits vor einiger Zeit in einem Ministerrat der Gedanke ins Auge gefaßt worden, die Manöver ausfallen zu lassen, falls bis zu einem bestimmten Zeitpunkte keine Einigung in den Marokkofragen erzielt sein würde. Gleichzeitig wäre beschlossen worden, in diesem Falle die Ende September zur Entlassung heranstehende Jahresklasse 1908 (eingestellt Herbst 1909) bis auf weiteres unter den Fahnen zu behalten. Ob die Nachricht in dieser Form richtig ist, kann ich nicht verbürgen. Daß aber Erwägungen in ähnlichem Sinne stattgefunden haben und in der augenblicklichen Lage auch weiterhin gepflogen werden dürften, ist wohl als sicher anzunehmen.

Was zunächst das Ausfallen der Manöver anbelangt, so hat ein Mitarbeiter des „Echo de Paris" den Kriegsminister selbst gefragt, was an den Gerüchten Wahres wäre. Herr Messimy hat natürlich erklärt, daß nicht der geringste Zusammenhang zwischen der augenblicklichen politischen Lage und einer etwaigen Abänderung des Manöverprogramms bestände. Dagegen wäre es nicht ausgeschlossen, daß die im Manövergelände ausgebrochene Maul- und Klauenseuche die Durchführung der Armeemanöver vereiteln könnte. In diesem Falle würde jedes der beiden Armeekorps in seinem Korpsbezirk manövrieren. Vorläufig sei es aber noch zu früh, um endgültige Entscheidungen zu treffen, und man müsse hoffen, daß an den ursprünglichen Dispositionen festgehalten werden könnte. Herr Messimy hat sich also vorsichtig ausgedrückt und sich nach keiner Richtung hin festgelegt.

Der Gedanke an die Zurückbehaltung der Jahresklasse 1908 wird in verschiedenen Zeitungen erörtert. Der „Gil Blas" spricht von „mesures d'un caractère ultra secret, qui ont été prises pour qu'à aucun moment nous ne puissions être surpris", und das „Echo de Paris" erklärt es für die Pflicht der Regierung, den älteren Jahrgang nicht zu entlassen, solange das Verhältnis zu Deutschland ein so unklares wäre. Da die Entlassung der zur Reserve übertretenden Mannschaften normalerweise erst im letzten Drittel des September zu erfolgen haben würde, so läßt sich vorläufig noch nicht voraussehen, ob sich die Regierung zu einer immerhin so bedeutsamen Maßregel, wie es die Zurückbehaltung der Jahresklasse wäre, entschließen würde. Mit der Möglichkeit muß aber gerechnet werden.

Der Ministerpräsident hat gestern eine dreistündige Konferenz mit den Ministern des Krieges und der Marine* gehabt, der auch der Minister des Auswärtigen beiwohnte. Eine solche Besprechung ist in der augenblicklichen Lage immerhin beachtenswert, doch braucht ihr eine übertriebene Bedeutung wohl um so weniger beigemessen zu werden, als Herr Caillaux einige Zeit verreist gewesen war und daher den begreiflichen Wunsch haben mußte, mit den wichtigsten Ressortministern nach seiner Rückkehr zu verhandeln. Daß die Regierung es auf die Herbeiführung

* Delcassé.

eines Krieges mit Deutschland abgesehen haben sollte, glaube ich nicht. Dagegen ist unbedingt anzunehmen, daß die verantwortlichen Stellen die Möglichkeit eines bewaffneten Konfliktes schon seit Wochen ernsthaft in Erwägung ziehen, und daß im Kriegsministerium und im Generalstabe für eine solche Eventualität vorgearbeitet wird, soweit dies unauffällig und ohne Beunruhigung der öffentlichen Meinung möglich ist. Herr Messimy und Herr Delcassé sind zwar keine eigentlichen Fachmänner, aber sehr tätige und energische Leute, die darauf bedacht sein dürften, sich im Ernstfalle nicht von den Ereignissen überraschen zu lassen. Im übrigen geht vorläufig die Ausbildung der Truppen ihren üblichen Gang weiter, und man hat nicht den Eindruck, als wenn besondere Nervosität herrschte oder außergewöhnliche militärische Maßregeln im Werke wären. Es wird wohl zunächst auch weder an den leitenden Stellen noch im Publikum ernsthaft damit gerechnet, daß der Ausbruch eines Krieges jetzt schon unmittelbar vor der Tür stände. Man hat wohl mehr das Gefühl, daß sich nach und nach das Verhältnis zwischen beiden Nachbarn so zuspitzen könnte, daß der Krieg schließlich unausbleiblich würde. Diese Ansicht ist in der Armee zweifellos weit verbreitet, aber auch ein Teil des Publikums fängt an, mit derartigen Gedanken zu spielen. Die Presse führt augenblicklich eine sehr selbstbewußte Sprache, und da der Durchschnittsfranzose leicht zu beeinflussen ist, besonders, wenn es gilt, ihn von seiner Überlegenheit über alle anderen Menschen zu überzeugen, so genügen einige schwungvolle Phrasen über die unvergleichliche Güte und unwiderstehliche Stärke der französischen Armee, um hier die große Mehrheit mit dem Bewußtsein zu erfüllen, daß man „archiprêt" sei. Diese zuversichtliche Stimmung wird noch dadurch erhöht, daß das Publikum im allgemeinen nur sehr vage Begriffe von dem Wesen und der Stärke der deutschen Armee besitzt, sich vielmehr, beeinflußt von einem Teil der Presse, oft recht falsche Bilder von ihr macht. Wenn zum Beispiel der „Gil Blas" schreibt: „Nos forteresses sont amplement pourvues de munitions, de provisions et de soldats, nos frontières sont bien gardées, notre artillerie est incomparable, notre cavalerie est supérieure à la cavalerie allemande et notre infanterie vaut au moins autant que l'infanterie germanique. Jamais la France n'a été aussi forte, l'Allemagne le sait bien", so glaubt das der normale Franzose aufs Wort. Erinnert man ihn schließlich noch an die märchenhaften Heldentaten, die er von seinen aviateurs erwarten darf, dann ist der Sieg in seinen Augen eigentlich schon so gut wie erfochten. Zum Beweis dafür, daß tatsächlich in einem Teil der Presse augenblicklich ein ausgesprochen kriegerischer Ton herrscht, seien hier nur einige kurze Stichproben aus den letzten Tagen wiedergegeben: „Il n'est pas un Français digne de ce nom qui ne préférerait de se battre à la mise en demeure de subir cette dégradante et répugnante étreinte de l'amitié allemande imposée par la force." („Echo de Paris"). „Si, mettant les choses au pire, l'Allemagne commettait la folie de tirer son épée, nous ne devrions pas nous en effrayer outre mesure. Nous sommes prêts à répondre à

toutes les attaques." („Gil Blas"). „Tant qu'à devenir les vassaux de l'Allemagne autant vaut-il auparavant tenter le sort des armes qui ne nous a pas toujours été défavorable dans le cours de notre histoire." („Cri de Paris"). „La France et l'Angleterre ont pleine conscience de leur droit en même temps que de leur franche supériorité militaire et navale." („France militaire").

Ich habe diese Äußerungen, deren Zahl sich beliebig vermehren ließe, wiedergegeben, weil sie mir für die augenblickliche Stimmung der Armee und zum mindesten eines Teils der Bevölkerung charakteristisch erscheinen, und weil ich glaube, daß, solange diese Stimmung vorhält, der Ausbruch eines Krieges in Frankreich weder Überraschung noch gar eine Panik hervorrufen würde.

Meine felsenfeste Überzeugung, daß unsere Armee der französischen nicht nur auf vielen einzelnen Gebieten, sondern besonders auch als Ganzes betrachtet, erheblich überlegen ist, wird durch die französischen Renommistereien natürlich in keiner Weise erschüttert. Ich erwähne sie nur, weil ich es für meine Pflicht halte, in einer politisch gespannten Situation vom militärischen Standpunkte aus ein möglichst getreues Bild der hiesigen Zustände und Stimmungen zu geben.

Zum Schluß sei noch erwähnt, daß nach Meldungen der heutigen Zeitungen der Chef des französischen Generalstabes, General Dubail, und sein Vorgänger, General Laffon de Ladébat, in den nächsten Tagen zu den russischen Manövern abreisen würden. Diese Reise wird im jetzigen Moment der öffentlichen Meinung einen sehr willkommenen äußeren Beweis für die innigen Beziehungen zwischen den Armeen des Zweibundes liefern.

(gez.) von Winterfeldt
Major im Generalstabe der Armee

Nr. 10716

Der Botschafter in Paris Freiherr von Schoen an den Reichskanzler von Bethmann Hollweg

Ausfertigung

Nr. 390 Paris, den 20. August 1911

Bei meinem letzten Besuch bei Herrn de Selves brachte der Minister sogleich die Rede auf die Berliner Verhandlungen, die, wie er sagte, nicht vom Fleck kommen wollten und in den letzten Tagen eher Rückschritte wie Fortschritte gemacht hätten. Er könne sich augenblicklich kein ganz bestimmtes Bild dessen machen, was wir unter allen Umständen zu erreichen wünschten, denn unsere Forderungen und Angebote hätten mehrfach gewechselt, sodaß die Verhandlungsbasis wiederholt verschoben worden sei. Anfänglich hätten wir Togo und einen Teil des nördlichen

Kamerun angeboten, dann wieder dieses Angebot fallen lassen und neue Forderungen in bezug auf französische Gebietsabtretungen erhoben.

Ich widersprach entschieden dieser Darstellung. Die Sache liege sehr einfach so, daß wir von vornherein die Abtretung der ganzen französischen Kongokolonie wünschten und uns allenfalls bereit erklärten, unsrerseits Togo und einen Teil Nordkameruns abzutreten. Diesen Standpunkt hätten wir verlassen müssen, nachdem uns von französischer Seite mit aller Bestimmtheit erklärt worden, daß eine Abtretung der ganzen Kongokolonie, insbesondere des Gebietes mit Libreville und Brazzaville nicht in Frage kommen könne. Er selbst, der Minister, habe mir vor einigen Wochen gesagt, wir möchten doch Togo, das uns als Musterkolonie gelte, behalten, dafür aber unsere Forderung bezüglich des Kongogebietes ermäßigen.

Herr de Selves erwiderte, wenn wir Togo nicht herauszugeben wünschten, so könne Frankreich seinerseits uns nicht die Ausdehnung Kameruns nach Südosten bis zum Kongofluß zugestehen. Die aus einer solchen Ausdehnung sich ergebende Auseinanderreißung französischen Kolonialgebietes würde einen Verlust bedeuten, der nur durch einen Gewinn an anderer Stelle, durch die Abtretung Togos, einigermaßen ausgeglichen werden könnte.

Als ich bestimmt erklärte, daß von einer Hergabe Togos nicht mehr die Rede sein könne, und dringend bat, die französischen Vorschläge endgültig danach einzurichten, meinte der Minister, er habe mir ja bereits die zwei sich bietenden Möglichkeiten eingehend an der Hand der Karte auseinandergesetzt*. Ich mußte den Minister, den sein Gedächtnis täuschte, darauf aufmerksam machen, daß er sich im Irrtum befinde. Er habe mir bisher stets nur gesagt, daß er auf die Forderung des ganzen französischen Kongo unmöglich eingehen könne, mich aber niemals, weder mit noch ohne Karte, über das aufgeklärt, was Frankreich uns zu bieten in der Lage sei. Der Minister ließ endlich eine Karte beischaffen und legte mir folgendes dar:

Er sei bereit, uns einen Zugang zur atlantischen Küste in der Weise einzuräumen, daß die Südgrenze Kameruns von dessen Südostecke bis zu einem Punkte nördlich von Libreville ausgedehnt wird. Dies würde uns eine Umfassung von Spanisch-Guinea ermöglichen, worauf wir großen Wert zu legen schienen. Er sei auch bereit, uns das französische Vorkaufsrecht auf dieses spanische Gebiet zu überlassen. Dagegen könne er unserem Wunsch, bis zum Alimafluß zu gelangen, nicht willfahren. Westlich des Sanga könne er kein weiteres Gebiet abtreten. Dagegen könne er uns ein namhaftes Stück Land zwischen Sanga und Ubangi bis etwa zur Nordgrenze des Kongovertragsbeckens abtreten. (Der Minister gab dabei diese Grenze irrtümlich um einige Grad nördlicher an, als sie tatsächlich verläuft.) Er betonte aber nochmals, daß der uns damit zu schaffende Zugang zum Kongo nur im Austausch gegen Togo möglich sein

* Vgl. Nr. 10710.

würde. Beständen wir darauf, Togo zu behalten, so müsse sich Frankreich die Verbindung Gabons mit dem Rest seiner Kongokolonie offen halten und könnte uns, außer dem erwähnten Zugang zur Küste, nur noch ein ziemlich umfangreiches Gebiet im Hinterland von Adamaua geben. Er wollte mir eine Karte schicken, auf der die Grenzen dieses Gebietes eingezeichnet seien, hat aber dieses Versprechen bis jetzt nicht eingelöst.

Ich verhehlte dem Minister nicht, daß mir auf diesen Grundlagen eine Verständigung nicht möglich scheine, und gab eindringlich zur Erwägung, dem bedeutenden Machtzuwachs, den wir Frankreich durch Einräumung der freien Hand in Marokko zu geben bereit, sowie dem aufrichtig guten Verhältnis, das wir durch endgiltige Ausschaltung des Marokkoproblems aus unseren Beziehungen anzubahnen wünschen, ein größeres Opfer zu bringen.

Der Minister erwiderte, er lege auf den politischen Machtzuwachs Frankreichs in Nordwestafrika keinen erheblichen Wert, habe aber ebenso wie wir die Schaffung eines dauernd freundschaftlichen Verhältnisses im Auge. Die Erreichung dieses hohen Zieles würde ihm aber wesentlich erleichtert werden, wenn wir in unseren Kompensationsforderungen nicht so weit gehen wollten, daß Frankreich gar nicht oder nur mit der Aussicht auf eine schmerzliche Erinnerung auf sie eingehen könnte. Er müsse sich vor endgültiger Stellungnahme zu der durch unser Festhalten an Togo geschaffenen neuen Lage zunächst noch mit dem von einer Erholungsreise zurückerwarteten Ministerpräsidenten beraten und wolle gern auch mit Herrn Cambon eingehend Rücksprache nehmen, falls es sich bewahrheiten sollte, daß infolge kurzer Abwesenheit des Herrn Staatssekretärs* eine Pause in den Verhandlungen eintrete (zur Zeit der Unterredung stand dies noch nicht fest) und Herr Cambon hierher kommen könnte**.

---

* Staatssekretär von Kiderlen hatte am 17. August einen kurzen Urlaub angetreten, von dem er am 29. wieder in Berlin eintraf. Er fuhr zunächst nach Wilhelmshöhe, wo er am 18. dem Kaiser in der Marokkofrage Vortrag hielt (vgl. dazu E. Jäckh, a. a. O. II, S. 138f.). Von Wilhelmshöhe begab sich Kiderlen nach Süddeutschland und von da nach Wengen bei Interlaken, wo er der Herzogin Wera von Württemberg einen Besuch abstattete. Daran schloß sich ein Ausflug nach Chamounix. Hier wurde er von zwei Pariser Journalisten über die Marokkofrage interviewt, über die er sich sehr zuversichtlich äußerte. Vgl. die Wiedergabe der Interviews im „Berliner Tageblatt" vom 28. August 1911. An den Aufenthalt Kiderlens in Chamounix hat sich viel müßiger Klatsch geknüpft, der neuerdings von A. v. Tirpitz, a. a. O., S. 372 nebst Fußnote, auf Grund der Caillauxschen Angaben (a. a. O., p. 342 ss.) wiedergegeben wird. Vgl. dazu nun auch neben Freiherrn von Schoen, Erlebtes, S. 138, O. Hammann, Deutsche Weltpolitik 1890—1912, S. 230; Aufzeichnungen, Archiv für Politik und Geschichte, Jahrg. 1925, S. 550.

** Cambon traf in der Tat am 21. August in Paris ein, wo er vom folgenden Tage ab mit de Selves und Caillaux eingehende Beratungen pflog. Näheres darüber bei A. Tardieu, Le Mystère d'Agadir, p. 483s. Die Rückkehr Cambons nach Berlin erfolgte am 30./31. August.

Des in den letzten Tagen in der Presse vielfach hervorgehobenen Arguments, daß wir in den Verhandlungen bisher noch nicht klar und bestimmt zu erkennen gegeben hätten, was wir Frankreich in Marokko selbst zu bieten gewillt sind, hat sich Herr de Selves mir gegenüber nicht bedient. Hätte er es getan, so würde ich ihm entgegengehalten haben, daß er mir schon vor einem Monat geäußert hat, die von dem Herrn Staatssekretär in den Besprechungen mit Herrn Cambon in Aussicht genommene Formel bezüglich der freien Hand Frankreichs in Marokko erscheine ihm durchaus sympathisch. Es ist mir indessen bekannt geworden, daß die Legende, wir hielten mit bestimmter Zusage bezüglich unseres politischen Desinteressements hinter dem Berg, von der Umgebung Herrn de Selves' am Quai d'Orsay verbreitet wird. Leider ist der geschäftsunkundige Minister, ebenso wie es bei seinem Vorgänger Cruppi der Fall war, mehr von seiner Umgebung abhängig, wie es für den Fortgang der Verhandlungen gut wäre.

v. Schoen

Nr. 10717

Der Erste Sekretär bei der Botschaft in Paris Freiherr von der Lancken an den Vortragenden Rat im Auswärtigen Amt Freiherrn Langwerth von Simmern

Eigenhändiger Privatbrief

Paris, den 21. August 1911

In dem mit gleichem Feldjäger abgehenden amtlichen Bericht* sind die Auffassungen des Herrn de Selves wiedergegeben. Nachstehend einiges über außeramtliche Gespräche der letzten Tage. Außer Fondère waren es Günzbourg** und Conty***, die unaufgefordert an uns herantraten. Auch Tardieu und Recouly† suchten wiederholt Fühlung mit uns (wurden auch vom Botschafter selber empfangen), wobei ich den Eindruck hatte, daß es ihnen nicht lediglich auf journalistische Informationen ankam. Mit mehr oder weniger Deutlichkeit ließen alle die Auffassung erkennen, daß wir durch unaufhörlich schwankende Verhandlungsweise in eine Art Sackgasse geraten seien und nun froh sein müßten, aus dieser Situation mit halbwegs annehmbaren Resultaten herauszukommen. Rundweg ist ihnen darauf natürlich erwidert worden, daß diese Ansichten völlig verkehrt seien, und daß sie in ihren Folgen sehr gefährlich werden müßten. Wir wüßten ganz genau, was wir erreichen wollten. Gestehe Frankreich

---

* Siehe Nr. 10716.

** Jacques Günzbourg, russischer Bankier in Paris.

*** Subdirektor im französischen Außenministerium.

† Raymond Recouly, französischer Publizist, langjähriger Redakteur des „Temps".

uns unsere vernünftigen Forderungen nicht zu, so werde es sich nur selbst die Folgen eines Abbruchs der Verhandlungen zuzuschreiben haben.

Besonders erwähnen möchte ich ein Gespräch, das ich am 19. vormittags mit Conty hatte. Ich besuchte ihn in laufenden Sachen; er gab mir dabei den Bericht des Polizeikommissars in Aix-les-Bains* zu lesen und begann in Anknüpfung daran die Situation zu besprechen. Als ich ihm nach einigem Diskutieren sagte, wenn die Franzosen uns nicht die Forderung des Zugangs zum Meer und zum Ubangi zugeständen, so wären damit meines Erachtens die Verhandlungen schon jetzt als gescheitert anzusehen, bekam er einen sichtlichen Preller und fragte, ob das wirklich mein Ernst sei. Die Wirkung meiner Äußerung muß um so nachdrücklicher gewesen sein, als wohl bald darauf die Berckheimsche Meldung über die ernste Sprache des Herrn Unterstaatssekretärs** eingegangen sein dürfte. Sehr beschäftigte übrigens Conty auch die Frage, auf die er immer wieder zurückkam, wie unser Desistement in Marokko gefaßt, namentlich ob auch die Angelegenheit der Schutzgenossen in einem für die Franzosen günstigen Sinne geregelt werden würde. Ich habe ihm erwidert, ich wisse keine Details, sei aber überzeugt, daß der Herr Staatssekretär Cambon bereits zu verstehen gegeben habe, wie wir prinzipiell in der Sache gesonnen seien. Auch aus den Bemerkungen der anderen Interlokuteure ging klar hervor, daß sie besorgten, wir könnten es mit dem Desinteressement nicht ehrlich meinen und uns eine Hintertür aufhalten wollen, um uns zu gelegener Zeit wieder in Marokko einzumischen. Alle meinten, daß für eine wirkliche Sicherheit in dieser Hinsicht Frankreich auch zweifellos namhafte Opfer zu bringen bereit sein würde. Nur Tardieu behauptete, wir könnten in Marokko ja doch nichts Wesentliches geben.

Den verschiedenen Äußerungen ist zu entnehmen, daß trotz des Preßgeschreis und trotz des Chauvinismus in der Armee der Wunsch nach Verständigung in besonneneren Kreisen noch ziemlich lebhaft ist. Daß Caillaux es nicht zum Bruch kommen lassen möchte, haben wir ja wieder und immer wieder gemeldet. Einfach dekretieren aber kann er nicht, oder glaubt er nicht zu können, weil stark gegen ihn intrigiert wird, wie es scheint auch von Delcassé. (Darum ist Caillaux auch so unangenehm, daß durch den kompromittierten Chiffre*** der Quai d'Orsay von seinen Verhandlungen mit uns erfahren hat, und daß seine Gegner ihm nun die ganze Verantwortung für den Ausgang der Sache zuschieben können. Aus diesem Grunde sucht er auch die Zusagen an die Botschaft als ganz unverbindlich hinzustellen, hat zudem nach seiner Rückkehr das Auswärtige Amt genau über alle Besprechungen Fondères mit mir orientiert.) Caillaux hat somit auch nicht unrecht, daß für ihn die Situation vor dreieinhalb Wochen leichter war, wo seine Gegner noch nicht so gegen ihn

---

* Vgl. Nr. 10712.
** Vgl. Nr. 10714.
*** Vgl. Nr. 10675, Fußnote *.

hatten arbeiten können, und wo sich die öffentliche Meinung, namentlich in der Armee, noch nicht so in den Chauvinismus hineingeredet hatte.

Ich möchte nun glauben, angesichts dessen zu folgendem Schluß kommen zu sollen. Gestehn uns die Franzosen die Hauptpunkte unserer Forderungen zu (für welche ich den Zugang zum Meer mit dem Munihafen und die Ubangigrenze halten möchte), bekommen wir somit einen Preis, der den Konflikt in vorteilhafter und ehrenvoller Weise beendet, so sollten wir nicht lange zögern und die Verständigung bald als im Prinzip erfolgt bekannt geben. Wir sollten, so meine ich, nicht etwa noch lange uns über diese oder jene mehr nebensächlichen Punkte herumstreiten. So wünschen zum Beispiel die Franzosen die Südgrenze höher zu legen, als Ogowe-Alima, da dies, wie Caillaux erst hinterher erfahren haben will, die von Brazza benutzte Straße ins Innere sei. Ferner möchten sie, wie Fondère sagt, für den Fall der Zerreißung der französischen Gebiete zwei kleine Landstücke von wenigen Quadratkilometern am Ubangi behalten, und zwar an den Stellen, wo wegen der Stromschnellen ein Umladen der Waren auf andere Schiffe nötig ist. Es sollen dort Warendepots errichtet werden. Solche Nebensachen, wie gesagt, sollten uns nicht noch lange aufhalten, denn ich glaube wirklich, daß, je länger die zumeist wohl von dem fanatisch deutschfeindlichen Maurice Herbette angestiftete Preßtreiberei gegen uns dauert, je schwieriger die Lage der zur Nachgiebigkeit geneigten Politiker, namentlich Caillaux', wird.

Es ist auch folgendes zu bedenken. Nach allem, was man hört, und was auch Winterfeldt bestätigt, bereiten die Franzosen sich schon jetzt stark für den äußersten Fall vor und sind bemüht, alle Mängel und Lücken in ihrer Schlagfertigkeit auszubessern. Je länger die Unklarheit währt, desto besser wird ihre militärische Situation. —

Fondère ist von Caillaux nach Evian geschickt worden, um den Häuptling der Kolonialpartei Etienne zu sondieren, wie er über die Kongozugeständnisse an uns denkt. Er wollte heute zurückkommen, hat sich aber noch nicht sehen lassen, und rufen mögen wir ihn nicht. Eventuell berichten wir mit demnächstiger Gelegenheit.

O. Lancken

Nr. 10718

Der Botschafter in Paris Freiherr von Schoen an das Auswärtige Amt

Telegramm. Entzifferung

Nr. 256 Paris, den 23. August 1911

Herr de Selves bezeichnete mir heute als Ergebnis gestriger Ministerberatungen ernsten Willen französischer Regierung, die Berliner Verhandlungen mit Ziel Schaffung freundlich nachbarlichen Verhältnisses zu gutem Ende zu führen und zwar auf Grund folgender drei Hauptpunkte:

I) Einräumung politisch völlig freier Hand in Marokko an Frankreich in bestimmter, namentlich auch für öffentliche Meinung wirksamer Form.

II) Wirtschaftliche Garantien für Deutschland, ebenfalls in unzweideutiger Formulierung.

III) Territoriale Kompensationen. Frankreich will uns Zugang zu atlantischer Küste mit Umklammerung von Spanisch-Guinea nebst Vorkaufsrecht auf letzteres geben, sowie östlich von Kamerun und Sangagebiet bis Ubangi- und Kongofluß. Wunsch nach Abtretung Togo wird fallen gelassen, dagegen mit Rücksicht auf hiesige öffentliche Meinung großer Wert auf ganz geringfügige Grenzberichtigung zugunsten Dahomes gelegt.

Herr de Selves, der heute knapp mit Zeit, will mir morgen Grenzen auf Karte näher angeben.

Herr de Selves bedauert sehr hiesige Preßtreibereien und vereinzelte rednerische Entgleisungen. Regierung sei redlich bemüht, beschwichtigend zu wirken.

Schoen

Nr. 10719

Der Botschafter in Paris Freiherr von Schoen an das Auswärtige Amt

Telegramm. Entzifferung

Nr. 257 Paris, den 24. August 1911

Im Anschluß an Telegramm Nr. 256*.

Die Gebietsabtretungen, die mir Herr de Selves auf der Karte zeigte, umfassen nur bekanntes Dreieck an Kamerunsüdgrenze. Sonstige Abtretung westlich Sanga sei unmöglich. Ferner Zwickel zwischen Sanga und Ubangi nördlich begrenzt durch Linie von Mokombo bis etwas nördlich Kunde.

Habe bestimmt erklärt, daß diese Angebote durchaus ungenügend. Minister bereit, noch mehr Gebiet nördlich Zwickel mit Ausdehnung nach Osten in Erwägung zu ziehen und mir morgen näheres zu sagen.

Herr Cambon befürwortet bei Minister, uns bis Punkt kommen zu lassen, wo Logone schiffbar wird, vorausgesetzt, daß Entenschnabel nördlich Benue französisch wird.

Hier offenbares Bestreben, territoriale Kompensationen wesentlich als Austauschgeschäft erscheinen zu lassen.

Werde morgen auch Herrn Caillaux, der mich zu sehen wünscht, nachdrücklich klarmachen, daß ich aussichtsvolle Wiederaufnahme Berliner Verhandlungen auf dieser Basis für ausgeschlossen erachte.

Schoen

---

* Siehe Nr. 10718.

Nr. 10720

Der Reichskanzler von Bethmann Hollweg an den Botschafter in Paris Freiherrn von Schoen

Telegramm. Konzept von der Hand des Vortragenden Rats Freiherrn Langwerth von Simmern

Nr. 163 Berlin, den 24. August 1911

Auf Telegramm Nr. 257*.

Mit der von Ew. pp. in Aussicht genommenen Sprache einverstanden. Wir müssen unbedingt an der in Telegramm Nr. 155 vom 17. d. Mts.** als Basis Verhandlungen bezeichneten, von Fondère seinerzeit als annehmbar angedeuteten Kompensationsforderung festhalten.

v. Bethmann Hollweg

Nr. 10721

Der Reichskanzler von Bethmann Hollweg an den Botschafter in Paris Freiherrn von Schoen

Telegramm. Konzept von der Hand des Vortragendes Rats Freiherrn Langwerth von Simmern

Nr. 164 Berlin, den 25. August 1911

Unter Bezugnahme auf dritten und vierten Absatz Telegramms Nr. 257*.

Bitte französischer Regierung keinen Zweifel lassen, daß Frisieren territorialer Abtretungen als Austauschgeschäft für unsere öffentliche Meinung unverträglich. Unsere Bereitwilligkeit zu territorialer Konzession lediglich diktiert von Wunsch, Position dortiger Regierung gegenüber Parlament zu erleichtern. Wir verlangen französische Abtretungen als Kompensation für Unterlassung Maßnahmen gegen französisches, mit Algecirasakte unvereinbares Vorgehen und dadurch herbeigeführte Verschiebung Machtverhältnisse Marokkos.

v. Bethmann Hollweg

Nr. 10722

Der Botschafter in Paris Freiherr von Schoen an das Auswärtige Amt

Telegramm. Entzifferung

Nr. 261 Paris, den 25. August 1911

Antwort auf Telegramm Nr. 163***.

Herr de Selves persönlich geneigt, Gebietabtretung östlich von

* Siehe Nr. 10719.
** Siehe Nr. 10711.
*** Siehe Nr. 10720.

Kamerun bis Punkt Schiffbarkeit Logones auszudehnen, auch, falls es uns von Wert, nach Osten gegen oberen Ubangi. Er muß indessen zunächst noch genaue Angaben von Kolonialministerium abwarten. Bezüglich der von uns in Gabon beanspruchten Grenze beruft sich Minister darauf, daß er mir stets bestimmt gesagt, daß westlich von Sanga außer Streifen an Kamerunsüdgrenze keine Abtretung möglich. Sie würde auf unüberwindlichen parlamentarischen Widerstand stoßen.

Herr Caillaux, der zur Unterredung hinzukam, bestreitet nicht, seinerzeit Ogowe-Alima-Grenze ins Auge gefaßt zu haben, jedoch habe er diesen Gedanken fallen lassen müssen, weil er sich ohne Abtretung von mindestens einem Teil Togos als undurchführbar erwiesen.

Ich habe erklärt, daß ich weitere Verhandlung ohne Zugeständnis in Gabon für aussichtslos halte.

Herr Caillaux, der großen Wert auf Zustandekommen einer Verständigung legt, kam unter Zustimmung von de Selves auf Gedanken eines Abkommens auf weiterer Basis (unter anderem Bagdadanleihe, Orientbahnen, türkische Schuldenverwaltung) zurück. Öffentliche Meinung, die sehr nervös, würde sich dann leichter in Gedanken einer erneuten Landabtretung an Deutschland finden.

Ich erklärte, zum Verhandeln nicht ermächtigt zu sein, worüber auch bei beiden Ministern kein Zweifel bestand.

Caillaux hat inzwischen durch Mittelsmann sagen lassen, daß er Verbindung mit Botschaft unter der Hand fortsetzen möchte. Scheint bereit, trotz Widerstandes von de Selves annähernd auf Grenze Alima zurückzukommen, wenn wir eine auf hiesige Öffentlichkeit wirkende Konzession machen. Als solche denkt sich Mittelsmann, daß wir, um Zerreißung französischer Kongokolonie abzumildern, uns zufrieden geben mit Grenze Ubangifluß aufwärts bis Einmündung Motaba etwa $2^1/_2$ Grad, von wo ab Grenze bis 5. Grad direkt nördlich verlaufen und dann eventuell noch etwas östlich ausbiegen könnte.

Habe hierzu vorläufig keine Stellung genommen.

Schoen

Randbemerkung Zimmermanns:
Reichskanzler.

Nach diesem Telegramm zu urteilen, dürfte die französische Regierung auf dem besten Wege sein, einzulenken. Ein Abkommen auf weiterer Basis, wie es Herr Caillaux wünscht, könnte wohl auch uns nur recht sein. Um indes den französischerseits gemachten Versuchen, tunlichst Parallelverhandlungen in Berlin und Paris herbeizuführen, die Spitze abzubrechen, erscheint es wohl angezeigt, von einer entsprechenden Instruktion an Botschafter abzusehen und das Weitere den hiesigen Besprechungen mit Herrn Cambon vorzubehalten.

Bemerkung von Bethmann Hollwegs dazu:
Einverstanden v. B. H. 26./8.

Nr. 10723

Bericht des Militärattachés in Paris Majors von Winterfeldt

Abschrift

Nr. 40 Paris, den 24. August 1911

Die französischen Nordmanöver sind abgesagt.

Es bestätigt sich, daß die großen französischen Nordmanöver nicht stattfinden werden. Als willkommener, wenn auch durchsichtiger Vorwand dient die Maul- und Klauenseuche, die allerdings in den nördlichen Departements ziemlich heftig auftreten soll. Inspirierte Äußerungen der Presse weisen darauf hin, daß schon in früheren Jahren aus ähnlichem Anlaß die großen Manöver abgesagt oder eingeschränkt worden wären.

Daß in diesem Jahre die Maßregel eine militärpolitische Bedeutung hat, liegt auf der Hand. Grade mit Rücksicht auf die Weltlage hätte es der hiesigen Regierung an und für sich besonders erwünscht sein müssen, der eigenen Bevölkerung und dem Auslande das Schauspiel großangelegter Manöver zu bieten und die französische Rüstung in hellem Glanze vor aller Augen erstrahlen zu lassen. Es hätte sogar eine gewisse crânerie darin gelegen, eine Eigenschaft, die die Franzosen ja gern für sich in Anspruch nehmen, die Manöver scheinbar unbekümmert um etwaige Bedrohungen von außen in ihrer ursprünglichen Form stattfinden zu lassen. Daß die Regierung dieser Verlockung widerstanden hat, bestätigt meine in den früheren Berichten* ausgesprochene Ansicht, daß man hier glaubt, sich auf alle Eventualitäten einrichten zu müssen. Noch gestern erzählte mir mein spanischer Kollege**, er wisse aus sicherer Quelle und aus gelegentlichen Äußerungen französischer Offiziere, daß man sich für den Fall einer Mobilmachung vorbereite. So würden zum Beispiel in den Grenzgebieten beurlaubte Offiziere und Mannschaften in die Garnisonen zurückberufen. Ich kann diese Angaben nicht kontrollieren, halte sie aber im Hinblick auf die allgemeine Stimmung für zutreffend.

Was die Manöver anlangt, so sollen die im Bereich des VII. Armeekorps so wie so in Aussicht genommenen Übungen jetzt angeblich einen etwas größeren Umfang erhalten, damit man doch wenigstens von grandes manœuvres sprechen kann. Die heutigen Zeitungen behaupten, daß zu diesen Manövern, die von dem Mitgliede des obersten Kriegsrates General Chomer geleitet werden sollen, auch die fremden Offiziere eingeladen werden würden. Nähere zuverlässige Nachrichten müssen aber erst abgewartet werden, da eine amtliche Äußerung der Regierung hinsichtlich der Abänderung des Manöverprogramms bis jetzt überhaupt noch nicht erfolgt ist. Ob an verschiedenen Versuchen, die den Nordmanövern ein besonderes Interesse verliehen haben würden, wie zum Beispiel der Aufstellung einer

* Vgl. Nr. 10705 und Nr. 10715.
** Oberstleutnant de Rivas.

Reservebrigade, Zuteilung von Rimailhobatterien, Erprobung der neuen Versuchsfelduniform unter den veränderten Umständen in vollem Umfange festgehalten werden wird, ist noch nicht bekannt, erscheint mir aber zweifelhaft.

Im ganzen genommen ist das Ausfallen der Nordmanöver von unserem Standpunkt aus insofern erfreulich, als es die französische höhere Führung einer wertvollen Gelegenheit, sich zu üben, beraubt. Andererseits wird die Aussicht, den neuen Generalissimus Joffre und seine Mitarbeiter am Werke zu sehen, für dieses Jahr hinfällig — es sei denn, daß ihnen vom Schicksal eine ernstere und entscheidendere Prüfung vorbehalten sein sollte, als sie die manœuvres du nord dargestellt haben würden.

(gez.) von Winterfeldt
Major im Generalstabe der Armee

Nr. 10724

*Kaiser Wilhelm II., z. Z. in Stettin, an den Reichskanzler von Bethmann Hollweg, z. Z. in Hohenfinow**

Telegramm. Entzifferung

Stettin, den 28. August 1911

Die Franzosen haben die großen Manöver des I. und VI. Korps angeblich wegen Maul- und Klauenseuche abgesagt. Dafür werden Manöver mit dem verstärkten VII. Armeekorps (Besançon) abgehalten. Damit gelangen ihre Truppen in ihre Standorte und befinden sich so für eine Mobilmachung, welche planmäßig im wesentlichen in den Standorten mit Sicherheit verlaufen kann, uns gegenüber im Vorsprung, die wir, bis zum 24. September noch bei unseren großen Manövern beschäftigt, von unseren Standorten weit entfernt sind.

Unsere Truppen müßten eventuell zunächst in ihre Standorte zurückgeführt werden, um mobilzumachen, womit zwei bis drei Tage verloren gingen. Dies trifft besonders zu beim XVI. Armeekorps Metz, XIV. Armeekorps Baden, VIII. Armeekorps Rhein. Wenn die Verhandlungen uns über die Zeit bis zum 24. September gebracht haben, tritt bei uns der normale Zustand wieder ein, und es besteht dann kein Vorsprung mehr bei unseren Gegnern. Die Verhandlungen müßten also so geführt werden, daß ein eventuelles Scheitern derselben nicht in die Manöverperiode fällt. Der Kriegsminister und Chef des Generalstabes der Armee haben von vorstehendem Kenntnis genommen. Ein Zurückhalten der Reserven ist nicht mehr beabsichtigt.

Wilhelm I. R.

---

* Hier nebst den folgenden Schriftstücken vor Nr. 10727 des Zusammenhangs halber eingereiht.

Nr. 10725

Der Reichskanzler von Bethmann Hollweg, z. Z. in Hohenfinow, an Kaiser Wilhelm II., z. Z. in Stettin

Telegramm. Eigenhändiges Konzept

Hohenfinow, den 29. August 1911

Ew. Majestät Allergnädigste Mitteilung von heute über den Ausfall französischer Manöver habe ich soeben erhalten und wegen der darin befohlenen Führung der Verhandlungen mit der französischen Regierung das Nötige angeordnet. Staatssekretär von Kiderlen ist vom Urlaub zurück. Botschafter Cambon wird frühestens morgen oder übermorgen zurückerwartet. Gleichzeitig gehe ich nach Berlin.

Alleruntertänigst

v. Bethmann Hollweg

Nr. 10726

*Aufzeichnung des preußischen Kriegsministers von Heeringen**

Reinschrift

Berlin, den 31. August 1911

Bei der heutigen Rücksprache mit dem Herrn Reichskanzler und dem Herrn Staatssekretär des Auswärtigen Amtes habe ich darauf hingewiesen:

„1. Ein Teil unserer Armeekorps ist bereits zum Manöver ausgerückt; täglich rücken mehr Truppen aus."

„2. Unsere Mobilmachung setzt voraus, daß die Truppe im Standort ist. Bei ihrer Abwesenheit — wie jetzt zum Manöver — muß sie vor Eintritt in die Mobilmachung nach dem Standort zurückgefahren werden."

„3. Dies bedeutet während der jetzigen Herbstübungen, das heißt bis die letzten Tage des September, eine Verzögerung unserer Mobilmachung um mindestens 48 Stunden, unter Umständen noch mehr, je nach der Leistungsfähigkeit der Eisenbahnen der betreffenden Manövergegend. Der Rücktransport der Truppen in die Standorte erschwert außerdem die für Mobilmachung und Aufmarsch erforderliche Gruppierung des Leermaterials unserer Eisenbahnen, wirkt also verzögernd auf die Operationsfähigkeit unseres Heeres wesentlich ein."

„4. Unsere westlichen Grenzkorps werden ihre Manöver zum Teil weit ab vom Aufmarschgebiet und von ihren Standorten haben (siehe die Einzeichnungen in der Vogelschen Karte). Während dieser Zeit sind Metz und Diedenhofen nur durch Wachtkommandos besetzt. In Metz

* Die Aufzeichnung wurde dem Staatssekretär des Auswärtigen Amtes von Kiderlen am 31. August mit einem Begleitschreiben übersandt, in dem General von Heeringen ausführte, daß er „bei der Wichtigkeit der Angelegenheit den Inhalt der gemeinschaftlichen Besprechung beim Herrn Reichskanzler zu Papier gebracht habe."

befindet sich kein geschlossener Truppenteil außer einigen Fußartilleriebataillonen.

Ich betone deshalb, wir sind in dieser Zeit eine ganze Reihe von Tagen an der Westgrenze militärisch beinahe wehrlos."

„5. Ob dieser militärische Schwächezustand, wie er sich aus 3. und 4. ergibt, politisch ertragen werden kann, kann und muß der Reichskanzler allein verantwortlich beurteilen."

„6. Wirksam kann diesem Schwächezustand nur abgeholfen werden durch alsbaldige Abbestellung unserer Herbstübungen. Auch wenn diese Maßnahme nur auf unsere westlichen Grenzkorps oder einen Teil derselben und eines oder das andere innere Korps (zum Beispiel VI. Armeekorps) ausgedehnt und mit Maul- und Klauenseuche, Ruhr oder dergleichen offiziell und auch tatsächlich zutreffend begründet wird, verschärft sie voraussichtlich die politische Lage wesentlich. Bei der zum Teil erregten Stimmung in Frankreich ist mit der Möglichkeit zu rechnen, daß die Abbestellung unserer Manöver den Krieg nach sich zieht."

„7. Wir befinden uns daher in der schwierigen Lage, daß unsere militärische Lage sich täglich bis gegen Ende September verschlechtert und daß, sobald ein wesentlicher Schritt zu ihrer Besserung unternommen wird, dieser unter Umständen den Krieg alsbald nach sich ziehen kann."

8. „Kann der Reichskanzler die Verantwortung übernehmen, daß wir diese militärischen Verhältnisse ohne Gefahr weiter ertragen?"

9. Der Reichskanzler und der mitanwesende Staatssekretär des Auswärtigen Amts erklärten darauf:

Nach ihrer Auffassung der politischen Lage lägen keine Bedenken vor, daß die deutschen Manöver in der beabsichtigten Weise durchgeführt würden. Während der jetzt wiederbeginnenden Verhandlungen mit dem französischen Botschafter wären sie jederzeit in der Lage, eine ernste Wendung hinzuziehen und der Armee vor der Notwendigkeit des Erlasses des Mobilmachungsbefehls Zeit zu schaffen, die ausgerückten Truppen in die Standorte zurückzubefördern*.

---

* Die optimistische Auffassung Reichskanzlers von Bethmann Hollweg und Staatssekretärs von Kiderlen, daß der Friede zwischen Deutschland und Frankreich nicht ernstlich bedroht sei, eine Auffassung, die sich vor allem auf das Bewußtsein des eigenen Friedenswillens und des Vorsatzes, irgendwelche Provokationen zu vermeiden, gründete, hat während der ganzen Marokkokrise standgehalten. Vgl. die retrospektiven Angaben Zimmermanns in dem Entwurf eines Schreibens an den Chef des Admiralstabes von Heeringen vom 26. Januar 1912 in Kapitel CCXXIX, Nr. 10673. Auch die deutschen Marinebehörden haben die Situation unbeschadet der Meldungen von den englischen Kriegsrüstungen mindestens im August nicht als ernstlich gefährdet angesehen. Am 14. August hatte Admiral Capelle, der den Staatssekretär des Reichsmarineamts vertrat, an diesen geschrieben, daß er persönlich an die Gefahr der Situation nicht glaube. Am 17. August meldete derselbe Capelle seinem Chef: „Die Gesamtsituation erscheint mir unverändert. Wir sind entschlossen, es nicht zum Kriege kommen zu lassen, und daher bereit, sehr weit nachzugeben." A. v. Tirpitz, a. a. O., S. 206 f. Auf der Gegenseite hat man den Ausbruch eines Krieges viel schärfer ins Auge gefaßt (vgl. dazu Kap. CCXXIX, Nr. 10642, S. 236, Fußnote, Nr. 10657, Fuß-

Die Abbestellung der Manöver würde auch nach Ansicht des Reichskanzlers und des Staatssekretärs allgemein als direkte Vorbereitung der deutschen Mobilmachung angesehen werden. Die Franzosen würden dadurch vielleicht eingeschüchtert werden. Viel unangenehmer würde aber die Wirkung auf das deutsche Volk sein, wenn hinter einer solchen Maßnahme der Mobilmachungsbefehl nicht folge.

Keine Bedenken lägen seitens des Auswärtigen Amts vor, wenn beim XVI. Armeekorps eine Brigade in Metz von den Manövern zurückgehalten oder dorthin zurückgezogen würde. Die Maßnahme müßte nur durch Ruhr usw. begründet werden. Der Staatssekretär will mir am 1. September nach der ersten Unterredung mit dem französischen Botschafter mitteilen, welchen Eindruck er von den französischen Absichten dabei erhielt.

von Heeringen

Nr. 10727

Der Reichskanzler von Bethmann Hollweg, z. Z. in Hohenfinow, an Kaiser Wilhelm II., z. Z. in Hamburg

Telegramm. Entzifferung

Hohenfinow, den 27. August 1911

Auch Euerer Majestät Botschafter in Paris gegenüber hat die französische Regierung noch nicht klar zu erkennen gegeben, ob sie unsere Forderungen erfüllen will oder nicht. Ersichtlich gehen die Ansichten im Ministerrat auseinander. Herr Caillaux will ernstlich zur Verständigung kommen, während de Selves intransigenter ist. Herr Cambon, der unwohl war, will am Mittwoch oder Donnerstag wieder in Berlin sein. Wir müssen abwarten, was er dann bringt, da, wenn wir jetzt unsererseits in Paris

---

note **), aber auch auf russischer Seite, wie die Konferenz der Generalstabschefs von Frankreich und Rußland in Krasnoje Selo vom 31. August 1911 (siehe deren Protokoll in Der diplomatische Schriftwechsel Iswolskis 1911—1914, ed. Fr. Stieve I, 137ff.) beweist. Ob freilich die Leiter der französischen Außenpolitik Caillaux und de Selves von dem offensiven Geist der Abmachungen von Krasnoje Selo gewußt haben, muß dahingestellt bleiben. Am 11. Dezember 1911 berichtete Freiherr von der Lancken (Nr. 497) darüber an Reichskanzler von Bethmann Hollweg aus guter Quelle: „Als im August d. Js. der Generalstabschef Dubail zu dem alljährlich stattfindenden Meinungsaustausch mit seinem russischen Kollegen nach St. Petersburg ging, habe Messimy ihm ohne jedes Vorwissen der Herren Caillaux und de Selves nebst anderen Instruktionen die Weisung mitgegeben, er möge durch die russischen Militärs dahin zu wirken suchen, daß man in Petersburg die Allianz mit Frankreich nicht immer nur als eine rein defensive aufgefaßt zu sehen wünsche." Wie dem auch sei, so steht jedenfalls den englischen Vorbereitungen zu einer militärischen Kooperation mit Frankreich und den offensiven Abreden der französisch-russischen Generalstabschefs vom 31. August auf seiten Deutschlands bzw. des Dreibundes kein Gegenstück gegenüber.

verhandeln wollten, nur Verwirrung entstehen könnte. Freiherr von Schoen ist deshalb angewiesen, lediglich unseren bisherigen Standpunkt festzuhalten.

Alleruntertänigst

von Bethmann Hollweg

Schlußbemerkung Kaiser Wilhelms II.:
Also in und vor Paris nichts Neues!

Nr. 10728

Der Reichskanzler von Bethmann Hollweg, z. Z. in Hohenfinow, an Kaiser Wilhelm II., z. Z. in Stettin

Telegramm. Eigenhändiges Konzept

Hohenfinow, den 28. August 1911

Mit Bezug auf die Randbemerkungen Euerer Majestät zu einem Artikel der „Münchener Neuesten Nachrichten" über die Marokkofrage* melde ich alleruntertänigst das Folgende:

Über die Grundlinien unserer Marokkopolitik sind von Anfang herein informiert worden: Die „Kölnische Zeitung", die „Münchener Neuesten Nachrichten", die „Frankfurter", die „Deutsche Tageszeitung", die „Kreuzzeitung", der „Lokalanzeiger" und die „Tägliche Rundschau". Außerdem sind vertrauenswürdige Mitglieder aller größeren politischen Parteien mit Ausnahme der Sozialdemokraten verständigt, und auch den Alldeutschen sind Mitteilungen gemacht worden. Grundzug aller dieser Mitteilungen war: Größere Sicherung unserer wirtschaftlichen Rechte in Marokko ohne Landansprüche daselbst, und Erwerbungen im Kongo. Details konnten in letzterer Beziehung nicht mitgeteilt werden, da ihr Bekanntwerden unsere Verhandlungen mit Frankreich noch mehr erschwert haben würde. Wären unsere Kongoforderungen in der Presse

---

* Es handelt sich um Randbemerkungen des Kaisers zu einem Artikel der „Münchener Neuesten Nachrichten" vom 24. August „Die Marokkofrage", in dem der Groll darüber durchklang, daß die öffentliche Meinung in Deutschland in den letzten Wochen mit mageren und beschwichtigenden Mitteilungen über den Stand der Dinge abgespeist sei, wodurch nachgerade eine nervöse Stimmung in Deutschland erzeugt werde. Die Randbemerkungen des Kaisers finden sich nicht bei den Akten; offenbar machten sie sich die Kritik wegen der Schweigsamkeit der Reichsregierung zu eigen. In einer Notiz Freiherrn von Jenisch', der als Rat im kaiserlichen Gefolge weilte, vom 26. August heißt es: „Die allerhöchsten Randbemerkungen sind veranlaßt durch ein Gespräch, welches Seine Majestät gestern abend mit dem Generaldirektor Ballin gehabt hat. Dieser hat Seine Majestät in sehr dringlicher Weise darauf aufmerksam gemacht, daß die öffentliche Meinung in Deutschland dadurch nervös gemacht werde, daß sie nicht wisse, wo hinaus unsere Politik wolle." Ebenso in einem Briefe Freiherrn von Jenisch' an Unterstaatssekretär Zimmermann vom 27. August: „Über die wachsende Nervosität unserer öffentlichen Meinung und die Folgen, die ihre Unorientiertheit über die Ziele unserer Marokkopolitik haben würden, decken sich die allerhöchsten Randbemerkungen wörtlich mit den Ausführungen Ballins."

präzisiert worden, so hätten wir ihnen von vornherein die Form eines Ultimatums gegeben, über das zwischen den beiden Regierungen überhaupt nicht mehr verhandelt werden konnte.

Auf Grund unserer Mitteilungen hat die gesamte liberale und konservative Presse, welche nicht wie zum Beispiel die „Leipziger Neuesten Nachrichten" oder die „Post" unter der ausschließlichen Direktion der Alldeutschen steht, die Forderung nach politischer Festsetzung in Marokko fallen lassen oder überhaupt nicht erhoben, außerdem aber, und auch das war Zweck unserer Mitteilungen, verlangt, daß wir uns bei unseren wirtschaftlichen Forderungen in Marokko und bei unseren Kongoforderungen nicht von England oder Frankreich bluffen lassen sollten. Nur die Alldeutschen, beeinflußt in erster Linie durch die Gebrüder Mannesmann, halten trotz aller amtlichen Einwirkungen an Gebietserwerbungen in Marokko fest. Das ist meines untertänigsten Dafürhaltens ein Hauptgrund für die Nervosität des deutschen Publikums. Daneben und mit vollem Recht hat die Haltung Englands und die Sprache der chauvinistischen französischen Presse das Volk in Erregung versetzt. Unrichtig aber ist das Verlangen, daß unsere Regierungspresse schon jetzt energisch dagegen Front machen soll. Das ist Sache der unverantwortlichen Presse, und sie tut es tagtäglich. Die Regierungspresse wird erst zu reden haben, wenn die Verhandlungen, die jetzt bevorstehen, wider Erwarten ergebnislos verlaufen sollten.

Ich möchte deshalb alleruntertänigst glauben, daß die Öffentlichkeit über die Politik der Regierung soweit informiert worden ist, als dies möglich war, ohne von vornherein alle Verhandlungen mit Frankreich illusorisch zu machen.

Alleruntertänigst

v. Bethmann Hollweg

Nr. 10729

Der Botschafter in Paris Freiherr von Schoen an das Auswärtige Amt

Telegramm. Entzifferung

Nr. 264

Paris, den 27. August 1911

Antwort auf Telegramm Nr. 164*.

Habe Herrn de Selves erneut unseren generellen Standpunkt dargelegt, wonach es sich nicht um territoriales Austauschgeschäft handeln kann, sondern um Kompensationen für unsere Hinnahme eigenmächtigen französischen Handelns. Minister hat hierfür volles Verständnis und bemerkte, daß schon Blick auf Karte überzeugenden Beweis liefern werde, daß kein gleichwertiger Austausch vorliege. Allerdings wäre es für öffent-

* Siehe Nr. 10721.

liche Meinung gut, die Schärfe dieser Auffassung nicht zu sehr hervortreten zu lassen.

Bezüglich Abtretung östlich Kameruns will Minister jetzt, wie er sagt, nach harten Kämpfen mit Kolonialminister*, erheblich mehr bieten, nämlich nördlich bis Lai, östlich bis Fluß Barsala, Grenze dann meist Wasserläufen folgend bis Ubangi, 3. Grad. Die von uns westlich von Sanga noch verlangte Abtretung könne und werde er nicht mit seinem Namen decken. An Togo denke er nur wegen Wirkung auf öffentliche Meinung, nicht Gebietsabtretung, sondern nur Aufgabe unserer Ansprüche auf die geringfügigen strittigen Punkte.

Minister versicherte, daß die übrigens unrichtigen Angaben Presse über Gebietsabtretungen nicht von Regierung stammen.

Schoen

Nr. 10730

Der Botschafter in Paris Freiherr von Schoen an das Auswärtige Amt

Telegramm. Entzifferung

Nr. 267 Paris, den 29. August 1911

Cambon ziemlich wiederhergestellt, will morgen abreisen**. Habe auch ihn nicht im Zweifel darüber gelassen, daß wir unbedingt auf Grenze Ogowe-Alima bestehen. Herr Cambon sprach von Kompromissen, die ich meinerseits als gänzlich aussichtslos bezeichnet. Er sagt mir, daß Herr de Selves trotz meiner kategorischen Sprache sich immer noch Hoffnung hingibt, wir würden auf unserer Forderung großen Teil Gabon nicht bestehen, nachdem er uns östlich von Kamerun mehr angeboten.

Auch Mittelsmann in bestimmtester Weise über unseren Standpunkt unterrichtet. Nimmt an, daß Caillaux Herrn de Selves ausschiffen wird vielleicht in Form zunächst Erholungsurlaubs, während dessen Interimistikum durch gefügigen Messimy oder Caillaux selbst übernommen werden würde.

Schoen

Nr. 10731

Der Botschafter in Paris Freiherr von Schoen an den Reichskanzler von Bethmann Hollweg

Ausfertigung

Nr. 399 Paris, den 30. August 1911

In meinen Unterhaltungen mit dem Minister de Selves über die Berliner Marokkoverhandlungen habe ich stets den Standpunkt ver-

* Lebrun.

** Cambon traf am 31. August nach elftägiger Abwesenheit wieder in Berlin ein.

treten, daß wir uns für berechtigt halten, dafür daß wir Frankreich bei seinem jüngsten mit dem Algecirasvertrag nicht vereinbarlichen Vorgehen in Marokko keine Schwierigkeiten gemacht haben und ihm auch fernerhin völlig freie Hand zu lassen bereit sind, namhafte Kompensationen zu verlangen. Der Machtzuwachs Frankreichs in Nordwestmarokko würde, wenn der jetzige de facto-Zustand legalisiert und ausgebaut würde, ein so bedeutender werden, daß wir ihm nicht zustimmen könnten, ohne von Frankreich einigermaßen entschädigt zu werden. Als Kompensationsobjekt erscheine uns afrikanischer Kolonialbesitz geeignet, woran Frankreich Überfluß habe, während eine mäßige Ausdehnung für uns von großem Wert sein würde.

Herr de Selves versagte dieser Auffassung im allgemeinen nicht die Anerkennung, was ja auch darin eine Bestätigung finde, daß Frankreich, schon bevor die Frage durch unsere Schiffsentsendung nach Agadir eine akute Form angenommen, sich geneigt erklärt habe „de causer" und Besprechungen auch tatsächlich schon eingeleitet habe. Der an Frankreich etwa zufallende Machtzuwachs würde daher, meinte er gelegentlich, von uns vielleicht überschätzt. Frankreich werde in Marokko noch manche Schwierigkeit finden und nicht geringe Opfer zu bringen haben. Es mache sich eine beachtenswerte Strömung geltend, die von einem weiteren militärpolitischen Vorgehen in Marokko abrate und von Einrichtung eines an ein Protektorat nahe heranreichenden Zustandes nichts wissen wolle. Von diesem Gesichtspunkte aus erscheine die Kompensationsfrage in gebrochenem Lichte. Dazu komme, daß man sich in Frankreich allgemein der Annahme hingegeben habe, daß ihm das Abkommen von 1909* bereits völlig freie Hand lasse. Man sei aus dieser Illusion durch die Entsendung des deutschen Schiffes nach Agadir herausgerissen worden, aber diese Art des deutschen Vorgehens habe die Gemüter hier derart erregt und verstimmt, daß die Geneigtheit zu weitgehenden territorialen Kompensationen nicht unwesentliche Einbuße erlitten habe.

Ich bin dieser Auffassung, der ich nicht allein bei Herrn de Selves, sondern auch bei anderen Ministern und maßgebenden Persönlichkeiten begegnete, stets mit dem Argument entgegengetreten, daß das Abkommen von 1909 nichts sanktionieren konnte, was im Widerspruch mit der Algecirasakte stand. Das sei aber zweifellos mit dem jüngsten französischen Vorgehen in Marokko, dem Zug nach Fes, den militärischen Besetzungen, den administrativen Eingriffen, der Ausübung der Polizei im Innern, sowie den Abmachungen mit dem Sultan der Fall. Übrigens sei Frankreich auch sonst in vielen Einzelfällen den sowohl im Algecirasvertrag wie im Abkommen von 1909 ausgesprochenen Grundsätzen der wirtschaftlichen Gleichberechtigung nicht treu geblieben.

Die Tatsache, daß man französischerseits grundsätzlich auf die Kompensationsfrage eingegangen ist, zeigt, daß man sich hier der

---

* Vgl. Bd. XXIV, Kap. CLXXXII.

Schwäche der unserer Auffassung entgegenzustellenden Argumente doch bewußt ist und sich in unserer Schuld fühlt. Aber das Bestreben ist bis jetzt dahin gegangen, möglichst glimpflich herauszukommen und uns mit geringen Gebietsabtretungen abzufinden. Besonders hartnäckig ist in dieser Beziehung Herr de Selves persönlich sowie der Kolonialminister, ersterer als politischer Neuling ängstlich darauf bedacht, nicht mit einem schlechten Geschäft vor das Parlament zu treten, überdies abhängig von den engherzigen Anschauungen seiner bureaukratischen Umgebung und der Parlamentarier, die er unter der Hand um Rat gefragt, letzterer nicht minder von der Sorge erfüllt, die ihm zum erstenmal anvertraute Domäne der Kolonien vor beträchtlichem Eintrag zu wahren. Mit weiterem und unbefangenerem Blick umfaßt der Ministerpräsident Caillaux die Lage. Er ist sich der Gefahren bewußt, die entstehen, wenn uns in der Kompensationsfrage keine Befriedigung zuteil wird, und setzt seinen ganzen Einfluß dafür ein, daß eine Verständigung mit uns zustande kommt. Er ist persönlich geneigt, uns mehr zu bieten als Herr de Selves und der Kolonialminister Lebrun. Freilich muß auch er auf Parlament und öffentliche Meinung Rücksicht nehmen und legt daher großen Wert darauf, daß wir ihm durch eine mäßige Gebietsabtretung ermöglichen, von einem Austausch, wenn auch keinem gleichwertigen zu sprechen. Er ist es auch, der dem Gedanken eines Austausches zuliebe den bisher nur oberflächlich behandelten Punkt der politisch völlig freien Hand, die wir Frankreich in Marokko einzuräumen bereit, in den Vordergrund der öffentlichen Erörterung hat schieben lassen, und zwar mit dem Erfolg, daß sich die öffentliche Meinung hiernach wesentlich beruhigter zeigt.

Bei unserer letzten Unterredung hat sich Herr de Selves bereit gezeigt, in den Herrn Cambon mitzugebenden Weisungen den Botschafter zu ermächtigen, uns östlich von Kamerun so viel Land zu bieten, daß unsere Wünsche nach dieser Richtung hin allenfalls als befriedigt gelten können. Bezüglich der von uns in Gabon beanspruchten Abtretung bis zur Linie Ogowe-Alima bleibt Herr de Selves jedoch unnachgiebig. Er hat mir wiederholt mit aller Bestimmtheit erklärt, daß er mehr als den Streifen an der Südgrenze von Kamerun mit Zugang zur Küste nicht geben könne. Er sei, sagte er am letzten Sonntag, in dieser Beziehung gebunden. Dabei deutete er an, daß es vielleicht doch schließlich dazu kommen könnte, daß unserem Verlangen ganz oder annähernd willfahrt werde, aber, so sagte er, dann würde nicht er es sein, der dieses Zugeständnis machen würde. Er stellt also eine Befriedigung unserer Wünsche nicht mehr als unmöglich hin, aber um den Preis einer partiellen Ministerkrise, die vielleicht außer ihm auch den Kolonialminister betreffen würde. Eine solche Wendung würde hier starke Erregung hervorrufen. Die Presse würde von unerträglichem deutschen Druck sprechen, Herrn de Selves mit dem Glorienschein des Märtyrers umgeben und Herrn Caillaux die Gefolgschaft versagen. Ich halte es daher für wahrscheinlich, daß der Ministerpräsident, wenn er wirklich den Mut findet, weiter

zu gehen als Herr de Selves, den Ausweg eines Erholungsurlaubs wählt, der bei der Ermüdung Herrn de Selves ganz plausibel erscheint. Nachträglich würde die Wahrheit freilich doch durchdringen.

Wie ich unter der Hand höre, gibt sich übrigens Herr de Selves noch der Hoffnung hin, daß wir auf unserer Forderung bezüglich der Ogowe-Alima Linie nicht mehr bestehen werden, nachdem er uns östlich von Kamerun weiter entgegengekommen. Er soll das Zustandekommen einer Verständigung auf dieser Basis als ziemlich sicher betrachten und erleichtert aufatmen. Ich habe dafür Sorge getragen, daß ihm bekannt wird, daß ich diese Zuversicht nicht zu teilen in der Lage bin. Die letzte Äußerung, die ich von Euerer Exzellenz erhalten, lautete dahin, daß wir außer auf der Linie Bangi-Nordostecke von Kamerun auf einer Grenze Ogowe-Alima unbedingt bestehen. Diesen Anspruch hatte ich auch in der Unterredung, die ich mit Herrn Caillaux und Herrn de Selves gemeinschaftlich hatte, mit aller Bestimmtheit vertreten, so zwar, daß beide Minister erschreckt äußerten „mais alors, vous nous posez un ultimatum", worauf ich erwiderte, dieser Ausdruck sei deshalb nicht berechtigt, weil ich zu Unterhandlungen nicht ermächtigt sei, aber das, was ich dargelegt, entspreche der bei der Kaiserlichen Regierung bestehenden Auffassung, von der sie meiner Überzeugung nach nicht abgehen werde.

v. Schoen

Nr. 10732

Der Botschafter in Petersburg Graf von Pourtalès an den Reichskanzler von Bethmann Hollweg

Ausfertigung

Nr. 226 St. Petersburg, den 1. September 1911

Bei den letzten Begegnungen, die ich mit Herrn Neratow hatte, brachte dieser wiederholt die Rede auf unsere Verhandlungen mit Frankreich über Marokko, indem er mich im Laufe des Gespräches fragte, ob ich über den Stand dieser Verhandlungen etwas wisse. Ich habe mich auf die Erwiderung beschränkt, daß ich keine näheren Informationen hätte, und zugleich jedesmal die Gelegenheit ergriffen, um dem Ministergehilfen vor Augen zu führen, wie sehr jede Einmischung von dritter Seite oder auch nur der Anschein einer solchen das Zustandekommen einer Verständigung erschwere, unter Umständen sogar für den europäischen Frieden gefährlich werden könne. Es sei Herrn Neratow gewiß nicht entgangen, daß sich in letzter Zeit eine steigende Erregung unserer öffentlichen Meinung bemächtigt habe. Darüber, daß diese Erregung hauptsächlich auf gewisse, in der letzten Zeit gemachte Einschüchterungsversuche, an der sich eine dritte Seite stark beteiligt habe*, zurückzuführen sei, könne kein Zweifel

* Anspielung auf die Cartwright-Affäre? Vgl. Kap. CCXXIX, Nr. 10643, nebst Fußnote.

sein. So sehr die deutsche Nation eine friedliche Lösung der jetzigen Krisis und eine Verständigung mit Frankreich wünsche, so sehr werde sie sich gegen jedes Nachgeben infolge eines von dritter Seite ausgeübten Druckes sträuben. Hierin allein liege die Gefahr der jetzigen Situation.

Ich hatte den Eindruck, daß Herr Neratow meinen Ausführungen Verständnis entgegenbrachte, er gab auch zu, daß er den von mir entwickelten Standpunkt begreiflich finde. Man wird denn auch anerkennen müssen, daß die russische Regierung wenigstens bis jetzt während der Marokkokrisis eine korrekte Reserve eingenommen hat. Daß sie den Wunsch hatte, von Zeit zu Zeit über unsere Verhandlungen etwas zu hören, wird man ihr nicht verdenken können, die betreffenden Anfragen sind aber, soweit mir bekannt, stets in diskreter und vorsichtiger Form erfolgt.

Ebenso verdient anerkannt zu werden, daß der gegenwärtige Leiter des Ministeriums, als unsere persischen Verhandlungen sich ihrem Ende näherten*, nicht einen Augenblick den Versuch gemacht hat, dieselben in die Länge zu ziehen und dem Drängen derjenigen nachzugeben, welche den definitiven Abschluß der Verhandlungen bis zu dem Augenblick verschoben sehen wollten, wo in der marokkanischen Angelegenheit eine Klärung erfolgt wäre. Als in einem Gespräch zwischen Herrn Neratow und mir über die Beurteilung des deutsch-russischen Abkommens in der deutschen und russischen Presse auch darauf die Rede kam, daß in Deutschland der Augenblick der Unterzeichnung einen guten Eindruck gemacht habe, bemerkte Herr Neratow: „Wir hatten keine Veranlassung, den Abschluß des Abkommens aufzuschieben."

Wir dürfen diese Haltung des Vertreters des Herrn Sasonow, welche wohl den Weisungen seines kaiserlichen Herrn entsprechen dürfte, umsomehr mit Genugtuung begrüßen, als es an Versuchungen, ihn von dieser Bahn abzudrängen, nicht gefehlt hat. Nicht nur die deutschfeindlichen hiesigen Kreise, die bekanntlich auch im hiesigen Ministerium ihre eifrigen Vertreter haben, sowie ein Teil der hiesigen Presse mit der „Nowoje Wremja" an der Spitze haben in dieser Richtung stark gearbeitet, es dürfte vielmehr auch an Versuchen der hiesigen französischen Vertretung nicht gefehlt haben, die russische Regierung im jetzigen Augenblick zu einem stärkeren Hervortreten zugunsten Frankreichs zu veranlassen**. Für diese Annahme spricht schon der Umstand, daß mein französischer Kollege***, welcher Anfang August einen längeren Urlaub antreten sollte,

* Am 19. August war das deutsch-russische Abkommen über Persien und die Bagdadbahn abgeschlossen worden. Vgl. Bd. XXVII, Kap. CCXIX.

** Ob auch der russische Botschafter in Paris Iswolsky Versuche in dieser Richtung unternommen hat? Aus seinem diplomatischen Schriftwechsel geht nur hervor, daß er „vorbereitende Maßnahmen" traf, um eine ungünstige Rückwirkung der Nachricht von dem bevorstehenden Abschluß des deutsch-russischen Vertrages in Paris zu verhindern. Diese „Maßnahmen" bildeten den Ausgangspunkt für seine umfassenden Aktionen zur Bestechung der Pariser Presse. Der diplomatische Schriftwechsel Iswolskys 1911—1914, ed. Friedrich Stieve I, 132, 134.

*** Louis.

sich noch immer hier befindet und in der letzten Zeit wiederholt sehr lange Unterredungen mit Herrn Neratow gehabt hat.

Manches in der Haltung des Herrn Neratow seit dem Abschluß unseres Abkommens läßt auch darauf schließen, daß er bittere Vorwürfe zu hören bekommen und infolgedessen in der letzten Zeit mehr als vorher auf die Stimmen derjenigen gehört hat, welche verlangt haben, daß etwas für die Beruhigung der hiesigen deutschfeindlichen Kreise sowie der öffentlichen Meinung in Frankreich und England geschehe. Auf diese Weise dürften manche Ergüsse der hiesigen Presse der letzten Zeit, bei denen zum Teil Informationen und Inspirationen aus dem Auswärtigen Ministerium deutlich erkennbar waren, zu erklären sein.

Im allgemeinen habe ich diese Preßtreibereien Herrn Neratow gegenüber ignoriert und nur insoweit zur Sprache gebracht, als sie handgreifliche Indiskretionen verrieten. Ich habe es mir aber doch nicht versagen können, gelegentlich den Ministergehilfen zu fragen, ob die Stellen des offiziösen „Rossija"-Artikels richtig übersetzt seien, in denen von Tripelentente und accord à trois, welche durch die Potsdamer Vereinbarungen* nicht berührt würden, die Rede sei. Ich sei, bemerkte ich, einigermaßen überrascht gewesen, diese Ausdrücke in einem hochoffiziösen Artikel zu finden, da sowohl Herr Iswolsky als Herr Sasonow mir wiederholt versichert hätten, daß es eine Tripelentente, geschweige denn einen accord à trois nicht gebe, die Tripelentente vielmehr nur eine Erfindung der Zeitungen sei. Herr Neratow antwortete etwas verlegen, daß das in der „Rossija" gebrauchte russische Wort „soglaschije" nicht ganz richtig übersetzt sei, dasselbe bedeute nicht Entente in dem gewöhnlich gebrauchten Sinne, sondern etwa „gutes Einvernehmen" (Harmonie). Im übrigen bestätigte Herr Neratow von neuem, daß es eine Tripelentente im Sinne einer Vereinbarung zu Dreien zwischen den drei Mächten nicht gebe.

Die Haltung des Herrn Neratow ist bezeichnend für das Verhalten der russischen Regierung seit der Potsdamer Monarchenzusammenkunft. Es ist deutlich zu erkennen, daß man hier einerseits mit uns auf gutem Fuße bleiben, andererseits die guten Beziehungen mit Deutschland nicht zu sehr affichiert sehen möchte. Wir dürfen uns keinen Täuschungen darüber hingeben, daß der Wunsch, mit uns gut zu stehen, in erster Linie, um nicht zu sagen ausschließlich, auf dem gegenwärtigen Friedens- und Ruhebedürfnis Rußlands beruht und man daher mit Bezug auf die weitere Entwickelung der deutsch-russischen Beziehungen sich keinen zu sanguinischen Hoffnungen hingeben darf. Die Tatsache bleibt bestehen, und die Vorgänge der letzten Zeit haben es von neuem bewiesen, daß in weiten und einflußreichen Kreisen eine deutschfreundliche Politik direkt unpopulär ist.

Dessenungeachtet glaube ich, daß, da verschiedene Faktoren zusammenwirken, um den hiesigen maßgebenden Persönlichkeiten im Hin-

---

* Vgl. Bd. XXVII, Kap. CCXVIII.

blick auf die innere und äußere Lage Rußlands gute Beziehungen mit Deutschland erwünscht erscheinen zu lassen, wir auf dieser Basis, wenn nicht unvorhergesehene Zwischenfälle eintreten oder anders gesinnte Staatsmänner hier ans Ruder kommen, für eine Reihe von Jahren ein erträgliches Verhältnis zu Rußland behalten können. Es wird aber vielleicht gut sein, wenn die deutsche Presse es vermeidet, durch zu starke Betonung einer Änderung in dem Kurs der russischen Politik oder Anspielungen auf russischerseits uns gegenüber eingegangene Verpflichtungen die Stellung derjenigen hiesigen Staatsmänner zu erschweren, welche für die Pflege guter Beziehungen mit uns eintreten.

Es darf nicht außer acht gelassen werden, daß in der russischen Politik unter der jetzigen Regierung die Schwäche ein nicht zu unterschätzendes Moment bildet. Diese Schwäche führt dazu, daß man hier immer eine gewisse Scheu davor zeigt, sich offen zu dem uns gegenüber unter vier Augen vertretenen Standpunkt zu bekennen, daß Rußlands Bündnis mit Frankreich und seine Beziehungen zu England für die russische Regierung kein Hindernis bilden, die traditionelle Freundschaft mit dem deutschen Nachbarn zu pflegen.

F. Pourtalès

Kapitel CCXXXI

Die Deutsch-Französischen Abkommen vom 4. November 1911

Nr. 10733

Der Staatssekretär des Auswärtigen Amtes von Kiderlen an den Reichskanzler von Bethmann Hollweg, z. Z. in Kiel

Telegramm. Eigenhändiges Konzept

Nr. 13 Berlin, den 4. September 1911

Herr Cambon brachte heute* Zugeständnis der Abtretung beider Ufer des Sanga, aber nicht bis Alima, und legte einen Entwurf zum Marokkoabkommen vor, der zwar noch ungenügend, aber als Basis zur weiteren Verhandlung dienen kann. Gegenprojekt wird hier ausgearbeitet und Euerer Exzellenz am Mittwoch vorgelegt werden.

Kiderlen

Nr. 10734

Französischer Vertragsentwurf

Vom französischen Botschafter in Berlin Cambon am 4. September 1911 übergeben**

Convention

A la suite des troubles qui se sont produits au Maroc et qui ont démontré la nécessité d'y poursuivre, dans l'intérêt général, l'œuvre de pacification et de progrès prévue par l'Acte d'Algésiras, le Gouvernement de la République Française et le Gouvernement Impérial Allemand ont jugé nécessaire de préciser et de compléter l'accord franco-allemand du 9 février 1909. Ils sont convenus à cet effet des dispositions ci-après.

Article I

Le Gouvernement Impérial Allemand, dont les intérêts au Maroc ont un caractère exclusivement économique, déclare qu'il n'entravera

* Cambon, der am 31. August wieder in Berlin eingetroffen war, erhielt kurz nach seiner Ankunft nebst einer Instruktion den Entwurf zu einem deutsch-französischen Abkommen (siehe das folgende Schriftstück), ferner unter dem 3. September ein ausführliches Privatschreiben von Caillaux, das auszugsweise in dessen Buch „Agadir, Ma politique extérieure" (p. 186 ss.) abgedruckt ist. Über die Unterredung Cambons mit Kiderlen vom 4. September vgl. den Bericht Cambons von diesem Tage französisches Gelbbuch: Affaires du Maroc VI, p. 490ss.

** Bereits veröffentlicht im französischen Gelbbuch: Affaires du Maroc VI, 1910—1912, p. 482 ss.

pas l'action directrice de la France en vue de prêter son assistance au Gouvernement Marocain pour l'introduction de toutes les réformes administratives, économiques, financières et militaires dont ce Gouvernement a besoin, comme aussi pour tous les règlements que ces réformes comportent. En conséquence, il donne son adhésion aux mesures de réorganisation, de contrôle et de garantie financière que, de concert avec le Gouvernement Marocain, le Gouvernement Français croira devoir prendre à cet effet, sous la réserve que l'action directrice de la France sauvegardera au Maroc l'égalité économique entre les nations.

Au cas où la France serait amenée à préciser et à étendre ces droits de contrôle et de protection, le Gouvernement Impérial Allemand, reconnaissant pleine liberté d'action à la France, et sous la réserve que la liberté commerciale prévue par des traités antérieurs sera maintenue, n'y apportera aucun obstacle.

Article II

Dans cet ordre d'idées, il est entendu que le Gouvernement Impérial ne fera pas d'obstacle à ce que la France, d'accord avec le Gouvernement Marocain, procède aux occupations militaires du territoire marocain qu'elle jugerait nécessaires au maintien de l'ordre et à la sécurité des transactions commerciales, et à ce qu'elle exerce toute action de police sur terre et dans les eaux marocaines.

Article III

Le Gouvernement Français déclare que, fermement attaché au principe de la liberté commerciale au Maroc, il ne se prêtera à aucune inégalité pas plus dans l'établissement des droits de douane, impôts et autres taxes que dans l'établissement des tarifs de transport par chemin de fer.

Cet engagement est valable pour une période de trente ans. Faute de dénonciation expresse faite au moins une année à l'avance, cette période sera renouvelée de cinq ans en cinq ans.

Article IV

Le Gouvernement Français veillera à ce qu'il ne soit perçu au Maroc aucune taxe d'exportation sur le minerai de fer. Les exploitations de minerai de fer ne subiront aucun impôt spécial. Elles ne seront assujetties qu'aux impôts généraux et aux redevances domaniales qui atteindront toutes les entreprises minières.

Article V

Dès à présent, si Sa Majesté le Sultan du Maroc venait à confier aux agents diplomatiques et consulaires de la France la représentation et la protection des sujets et des intérêts marocains à l'étranger, le Gouvernement Impérial déclare qu'il n'y fera pas d'objection.

Le Gouvernement Impérial déclare, d'autre part, qu'il ne contractera

aucun accord quelconque avec le Gouvernement Marocain sans s'être entendu au préalable avec le Gouvernement de la République Française.

Article VI

Lorsque des organisations judiciaires marocaines régulières auront été créées au Maroc et que la France aura décidé de leur transférer la juridiction des tribunaux consulaires français, le Gouvernement Impérial Allemand transférera également à ces mêmes tribunaux la juridiction des tribunaux consulaires allemands, étant entendu que les ressortissants allemands jouiront des mêmes garanties légales et réglementaires que les ressortissants français.

Article VII

Le Gouvernement de la République Française s'engage à veiller pendant la période prévue à l'article III à ce que les travaux et fournitures nécessitées par les constructions éventuelles de routes, chemins de fer, ports, etc. . . . soient octroyées par le Gouvernement Chérifien suivant les règles de l'adjudication. Toutefois, l'exploitation de ces grandes entreprises sera réservée à l'Etat ou librement concédée par lui.

Article VIII

Les deux Gouvernements signataires renoncent à se prévaloir de tout accord ayant un caractère international qui serait contraire aux précédentes stipulations.

Article IX

Le territoire marocain sur lequel s'exerceront les dispositions résultant de la présente convention comprend, en dehors des possessions espagnoles, les régions situées entre l'Algérie, l'Afrique Occidentale française et la colonie espagnole de Rio de Oro selon les traités et accords conclus avec le Maroc.

Article X

Les articles précédents du présent accord seront communiqués aux autres Puissances signataires de l'Acte d'Algésiras, près desquelles les deux Gouvernements s'engagent à se prêter mutuellement appui pour obtenir leur adhésion.

Article XI

Comme suite et conséquence des dispositions ci-dessus, les deux Gouvernements contractants sont convenus de procéder aux rectifications de frontière et échanges territoriaux suivants dans leurs domaines coloniaux.

1° pour l'Allemagne . . .

2° pour la France . . .

Article XII

Les présents échanges de territoire sont faits dans les conditions où ces territoires se comportent, c'est à dire à charge par les deux Gouvernements de respecter les concessions publiques ou particulières qui ont pu être consenties.

Article XIII

Le Gouvernement Allemand n'apportera aucune entrave au passage des troupes françaises et de leur matériel de ravitaillement par le Congo, l'Oubanghi, la Bénoué et le Mayo Kébi. Il ne mettra aucun droit sur les marchandises françaises transitant au travers du territoire concédé à l'Allemagne à l'Est de la Sangha. Un accord conclu entre les deux Gouvernements déterminera les conditions de ce transit et les points de pénétration.

Article XIV

Le Gouvernement Français et le Gouvernement Allemand cesseront, du jour de la ratification de la présente convention, d'exercer aucune sorte de protection ou d'autorité sur les indigènes des territoires respectivement cédés par eux. Le Gouvernement Allemand renonce, en outre, à exercer au Maroc aucun droit de protection sur des sujets indigènes.

Nr. 10735

Aufzeichnung des Vortragenden Rats im Auswärtigen Amt Freiherrn Langwerth von Simmern

Eigenhändiges Konzept

Berlin, den 5. September 1911

Der von dem französischen Botschafter überreichte Vertragsentwurf würde unsere wirtschaftlichen Interessen in Marokko weit schlechter stellen, als dies bei dem gegenwärtigen, durch die Algecirasakte geschaffenen Zustande der Fall ist. Nicht nur daß das Prinzip der Offenen Tür auf dreißig Jahre beschränkt wird, jene Bestimmung des französisch-englischen Vertrages, die bekanntlich in Algeciras nicht akzeptiert wurde sucht man auch durch verschiedene Einzelbestimmungen Frankreich neben seinem politischen Einfluß eine überwiegende wirtschaftliche Stellung zu sichern. So sollen wir künftighin irgendwelche Verträge, also auch solche wirtschaftlicher Natur, mit Marokko nur nach vorhergehendem Einverständnis mit Frankreich schließen dürfen (Artikel V, Absatz 2). Ferner will uns Frankreich in jedem beliebigen Augenblick zwingen können, die Interessen unserer in Marokko lebenden Landsleute an marokkanische Gerichte auszuliefern, die unter französischem Einfluß stehen würden, ohne jemals die Garantien französischer Gerichte zu bieten[1]. Eine Un-

parteilichkeit eingeborener Gerichte in einem von Frankreich regierten Marokko ist undenkbar (Artikel VI). Eine ähnliche Tendenz spricht sich in Artikel VII aus, der Frankreich einen maßgebenden Einfluß auf die öffentlichen Arbeiten und namentlich auf den Betrieb der großen Unternehmungen sichert. Es darf darauf hingewiesen werden, daß ein so ruhig rechnender Kaufmann wie Herr Fischel immer wieder betont hat, daß ohne genügende Sitze und Stimmen in der Betriebsleitung der künftigen Bahnen oder sonstigen Transportmittel alle französischen Versprechungen über wirtschaftliche Gleichberechtigung wertlos sein würden.

Äußerst bedenklich ist ferner Artikel VIII, der uns es künftighin unmöglich machen würde, uns auf die Algecirasakte zu berufen. Allem die Krone aufsetzt jedoch der Schlußsatz des Artikels XIV, der unser Schutzrecht in Marokko beseitigt und damit die Organisation von Bezug und Absatz der deutschen Handelshäuser vernichten und den sichern Ruin unsers Handels herbeiführen würde.

Demgegenüber wird uns nichts zugesichert als allgemein die égalité économique ohne die geringsten tatsächlichen Sicherheiten, das heißt also das gleiche, was schon in der Algecirasakte und zwar ohne zeitliche Begrenzung festgelegt ist, und was sich gegenüber dem französischen Vorgehen in Marokko als völlig unzulänglich erwiesen hat. Solche sachlichen Garantien sind auch in Artikel III in keiner Weise enthalten.

Alle diese für unsere wirtschaftlichen Interessen mehr oder weniger wertlosen oder ihnen abträglichen Bestimmungen sollen wir gemäß Artikel X den Franzosen bei den übrigen Signatarmächten durchsetzen helfen.

Was geschehen soll, wenn dies nicht gelingt, wird nicht gesagt. Es dürfte in diesem Falle aber wohl nur folgende Alternative übrig bleiben:

Entweder eine neue Konferenz, oder aber wir würden der einzige Staat werden, der den Schutz der Algecirasakte nicht mehr genießt (Artikel VIII).

Den von Herrn Konsul Vassel und mir ausgearbeiteten Vertragsentwurf* beehre ich mich hier angeschlossen in Vorlage zu bringen.

E. v. Langwerth

Randbemerkung Zimmermanns:

[1] Über diesen Punkt dürften wir meines Erachtens mit uns reden lassen können. Eine conditio sine qua non würde ich daraus nicht machen. Z. 5/9

Anlage

Vertragsentwurf

Von dem Boden der Algecirasakte und dem Abkommen vom 9. Februar 1909 ausgehend und andererseits der tatsächlichen Entwicklung der Dinge in Marokko Rechnung tragend, haben sich die Deutsche und die Französische Regierung über folgende Punkte geeinigt.

* Siehe Anlage.

Artikel I

Die Kaiserlich Deutsche Regierung erkennt an, daß die Marokkanische Regierung zur Herstellung von Ruhe und Ordnung im Lande der wirksamen Unterstützung einer europäischen Macht bedarf. Sie erklärt ihr Einverständnis damit, daß die Französische Regierung, einer Bitte des Sultans Folge gebend, diese Aufgabe für das marokkanische Staatsgebiet übernimmt, soweit dieselbe nicht in bestimmten Bezirken Spanien zuzufallen hat. Die Deutsche Regierung wird gegen die aus dieser Aktion sich ergebenden französischen Maßnahmen keinen Widerspruch erheben.

Artikel II

Die Französische Regierung erkennt an, daß aus der von ihr in Marokko übernommenen Aufgabe in wirtschaftlicher Beziehung keinerlei Sonderrechte oder -ansprüche für Frankreich hergeleitet werden dürfen. Sie wird bei ihrem Vorgehen in Marokko die Rechte unangetastet lassen, welche Deutschland dort auf Grund von Verträgen, Abkommen und Herkommen zustehen. Desgleichen gewährleistet sie die Gleichstellung deutscher Reichsangehöriger mit französischen Staatsangehörigen in bezug auf die in Marokko zu schaffenden Organisationen lokaler Selbstverwaltung.

Die in Marokko tätigen französischen Agenten, einerlei in welcher Stellung sie sich befinden, und ob sie im Dienste der Französischen Regierung bezw. des Anleihedienstes oder des Sultans stehen, werden genaue Weisungen erhalten, die es ihnen zur dienstlichen Pflicht machen, die Rechte deutscher Reichsangehöriger, Schutzgenossen und Mochalaten und ihre mit marokkanischen Rechtsgewohnheiten übereinstimmenden Unternehmungen und Interessen zu achten und Eingriffe in solche Rechte, Unternehmungen und Interessen weder selbst zu begehen noch zuzulassen. Die Französische Regierung wird diese Weisungen der Kaiserlichen Regierung im Wortlaut mitteilen, die sie den deutschen Vertretern in Marokko zur Kenntnis bringen und diese anweisen wird, sich bei amtlichen Verhandlungen mit ihren französischen Amtsgenossen erforderlichenfalls auf diese Weisungen zu stützen.

Artikel III

Beide Regierungen verpflichten sich, sämtliche mit der Marokkanischen Regierung abzuschließenden oder mit ihr bereits abgeschlossenen Verträge und Vereinbarungen sowie Schutzerteilungen an Marokkaner einschließlich der Ausstellung von Mochalatenscheinen zu veröffentlichen.

Desgleichen wird die Französische Regierung ihren Einfluß auf den Machsen dahin geltend machen, daß derselbe nach Art europäischer Regierungen obrigkeitliche Anordnungen veröffentlicht. Anordnungen, die nicht veröffentlicht sind oder die deutsche Rechte verletzen, wird die Kaiserlich Deutsche Regierung nicht anerkennen.

Artikel IV

Die Französische Regierung erkennt an, daß zur Sicherung der deutschen Interessen besondere Maßnahmen zu treffen sind:

1. für diejenigen marokkanischen Landesteile, in denen die Reformtätigkeit französischer Agenten oder Militärs jeweilig die Verwaltung durch marokkanische Beamte tatsächlich ersetzt oder maßgebend beeinflußt,

2. für diejenigen Zweige der marokkanischen Landesverwaltung, die durch die Reformtätigkeit französischer Agenten oder Militärs jeweilig maßgebend beeinflußt werden.

Hiervon ausgehend, erklärt die Französische Regierung ihr Einverständnis mit folgendem Verfahren:

Beschwerden deutscher Reichsangehöriger, Schutzgenossen und Mochalaten, welche die vorbezeichneten Provinzen und Zweige der marokkanischen Landesverwaltung betreffen und durch eine zunächst vorzunehmende freundschaftliche Aussprache der beiderseitigen Konsuln nicht erledigt worden sind, sollen einer Kommission zur Entscheidung unterbreitet werden.

Diese Kommission wird aus drei Mitgliedern bestehen. Jeder Konsul wird ein Mitglied nach freier Wahl bestimmen. Die Ernennung des Vorsitzenden erfolgt durch beide Konsuln gemeinschaftlich. Mangels einer Einigung unter ihnen haben die beiderseitigen Gesandtschaften den Vorsitzenden zu bestimmen.

Die Kommission wird von dem Vorsitzenden einberufen. Die Parteien und die beiderseitigen Konsulate sind hiervon rechtzeitig zu benachrichtigen. Die Sitzungen sind öffentlich. Sie finden in einem Raume statt, um dessen Überlassung der Ortsgouverneur zu ersuchen ist. Das Verfahren ist kontradiktorisch. Die Parteien können sich vertreten lassen. Die beteiligten Konsulate können ihre Zuziehung zur Verhandlung verlangen und durch ihre Vertreter Anträge stellen und Ausführungen machen.

Die Kommission ist hinsichtlich des Beweisverfahrens an keine Normen gebunden. Sie entscheidet nach Billigkeit unter Berücksichtigung der marokkanischen Verkehrssitten und Rechtsgepflogenheiten. Sie beschließt mit einfacher Stimmenmehrheit. Sie verkündet alle Beschlüsse öffentlich. Die Schlußentscheidung ist schriftlich zu formulieren und mit Gründen zu versehen in doppelter, von allen Mitgliedern unterzeichneter Ausfertigung, von der je ein Exemplar den Parteien durch die beteiligten Konsulate zuzustellen ist.

Innerhalb eines Monats vom Tage der Zustellung an kann jede Partei durch Vermittlung des zuständigen Konsulats einen Antrag auf Nachprüfung des Spruches bei ihrer Gesandtschaft in Tanger stellen. Diese Nachprüfung erfolgt durch eine aus fünf Mitgliedern bestehende Kommission.

Jede Gesandtschaft ernennt je zwei Mitglieder. Die Ernennung des Präsidenten erfolgt von den beiden Gesandtschaften gemeinschaftlich.

Für das Verfahren in der Berufungsinstanz gelten die oben für die Kommission erster Instanz getroffenen Bestimmungen. Die Entscheidung der Berufungsinstanz ist endgültig.

Die Entscheidungen der Kommission erster und zweiter Instanz sind mit Entscheidungsgründen versehen in einer örtlichen Zeitung zu veröffentlichen. Außerdem wird eine Spruchsammlung von Zeit zu Zeit durch die französische Gesandtschaft in Tanger publiziert werden, um die Einheitlichkeit der Rechtsprechung und die Entwicklung eines marokkanischen Rechts zu fördern.

Insofern der Spruch auf das Verhalten eines französischen Agenten oder Militärs Bezug hat, wird die Französische Regierung von Fall zu Fall das Nötige veranlassen, um die Durchführung der Entscheidung zu gewährleisten. Insoweit der Spruch hingegen das Verhalten eines Marokkaners oder einer marokkanischen Behörde betrifft, werden die beiden Regierungen gemeinschaftlich seine Nachachtung bei der Marokkanischen Regierung betreiben.

Auf Antrag des zuständigen deutschen Konsuls ist das gleiche Verfahren auf Beschwerden gegen deutsche Mochalaten anzuwenden.

Artikel V

Die Französische Regierung verpflichtet sich, niemals zuzugeben, daß die Marokkanische Regierung in bezug auf Zoll- und andere Abgaben sowie in bezug auf Tarife für den Verkehr auf Eisenbahnen, Wasserstraßen und anderen Wegen eine ungleichmäßige Behandlung der verschiedenen Signatarmächte der Algecirasakte einführt.

Desgleichen übernimmt die Französische Regierung die Gewähr dafür, daß die Marokkanische Regierung eine Abänderung oder Erweiterung des derzeitigen Zolltarifs (Ausfuhrzölle) nicht ohne vorherige Zustimmung der Kaiserlich Deutschen Regierung vornehmen wird. Sie wird ferner nicht zulassen, daß die Marokkanische Regierung in der Zukunft etwa Bestimmungen trifft, die geeignet wären, sei es ausdrücklich, sei es durch Differenzierung von Tarifpositionen oder andere indirekte Maßnahmen, den Handelsverkehr zwischen Marokko und irgend einer fremden Macht besonders zu begünstigen oder besonders zu benachteiligen.

Von dem gleichen Grundsatz wird sich die Französische Regierung künftighin auch in bezug auf den Handelsverkehr an der algerisch-marokkanischen Grenze leiten lassen. Sie wird daselbst ohne weiteren Verzug einen geordneten Zolldienst einrichten.

Die Französische Regierung wird alle die den algerisch-marokkanischen Handelsverkehr betreffenden Bestimmungen (Tarifsätze, Douanestellen) der Kaiserlich Deutschen Regierung bekannt geben.

Artikel Va

Die Französische Regierung gewährleistet, daß deutsche Waren durch behördliche Anordnungen auf dem Gebiete des Aich-, Maß- und Gewichts-

wesens sowie auch betreffend die Abstempelung von Gold- und Silbersachen (Punzierung) nicht gegenüber Waren anderer Herkunft tatsächlich benachteiligt werden dürfen.

Artikel VI

Um in bezug auf Handel und wirtschaftliche Interessen die Gleichstellung der deutschen Reichsangehörigen und Schutzgenossen mit den französischen Staatsangehörigen und Schutzgenossen in jeder Beziehung sicherzustellen, verpflichtet sich die Französische Regierung, die von Deutschland nach Marokko oder von Marokko nach Deutschland beförderten Güter bei ihrem etwaigen Durchgang durch französisches bezw. algerisches Zollgebiet weder mit einem Durchgangszoll oder sonstiger Zuschlagsgebühr irgendwelcher Art zu belegen noch anderweitig zu benachteiligen. Insbesondere dürfen französische nach Marokko bestimmte Waren keinen Vorzug genießen, der nicht deutschen Waren derselben Bestimmung in gleicher Weise zugute kommen könnte. Alle Erleichterungen und Vergünstigungen auf Eisenbahnen, Schiffen und Straßen sowie im Zoll- und Oktroiverkehr, die französischen Gütern gewährt werden, gelten ohne weiteres für die nach Marokko bestimmten deutschen Transitwaren.

Ferner verpflichtet sich die französische Regierung, für die zwischen Algerien und Marokko einschließlich der Grenzlandschaften einzurichtenden Verkehrsmittel die gleichen Tarifsätze in Anwendung zu bringen wie für die Verkehrsmittel, die nach der Mittelmeer- und atlantischen Küste Marokkos geschaffen werden. Die Französische Regierung wird auch nicht zugeben, daß einzelne Güterklassen durch mittelbar wirkende Maßnahmen willkürlich bevorzugt oder benachteiligt werden (besondere Kilometersätze, Vergütungen, Frachtabschläge und ähnliches).

Artikel VII

Die Französische Regierung übernimmt die Verpflichtung, bei der Marokkanischen Regierung durchzusetzen, daß für das gesamte Transportwesen Marokkos Zensoren geschaffen werden ähnlich den nach Artikel 51—53 der Algecirasakte für die marokkanische Staatsbank vorgesehenen. Jedem Zensor steht ein Vetorecht zu. Einer der Zensoren muß ein Deutscher sein; bei seiner Auswahl ist die Zustimmung der Deutschen Regierung einzuholen.

Artikel VIII

Die Französische Regierung wird ihren Einfluß auf die Leitung der marokkanischen Staatsbank dahin geltend machen, daß diese den an der Tangerer Zentrale angestellten deutschen Prokuristen für die von ihr zu besetzende Stelle in der Zollwertkommission (Artikel 96 der Algecirasakte) und in dem permanenten Zollausschuß (Artikel 97 der Algecirasakte) ständig delegiert.

Artikel VIIIa

Die Französische Regierung wird ihren Einfluß auf die marokkanische Staatsbank dahin geltend machen, daß dieselbe zu ihrem in Artikel 4 des Allgemeinen Adjudikationsreglements vorgesehenen Delegierten bei der Allgemeinen Adjudikationskommission den an der Tangerer Zentrale angestellten deutschen Prokuristen bestellt.

Ferner wird die Französische Regierung ihren Einfluß auf die Marokkanische Regierung dahin geltend machen, daß dieselbe zu einem der drei scherifischen Delegierten, die in Artikel 1 des Reglements, betreffend die aus Mitteln der Caisse spéciale bestrittenen Adjudikationen, vorgesehen sind, den an der Tangerer Zentrale der marokkanischen Staatsbank angestellten deutschen Prokuristen ernennt.

Artikel IX

Die Kaiserlich Deutsche Regierung erhebt gegen den Bau einer französischen Militärbahn von Udjda über Taurirt bis zum Ufer der Muluïa und einer zweiten Militärbahn von Casablanca über Settat bis zum Flusse Um-er-Rebia keinen Einspruch. Andererseits verpflichtet sich die Französische Regierung, sich wegen Ausführung dieser Bahnbauten mit der Société des travaux publics ins Einvernehmen zu setzen. Für beide Linien ist solches Material (Schienen, Schwellen, rollendes Material etc.) zu verwenden, daß weder die deutsche noch die französische Industrie von der Konkurrenzmöglichkeit ausgeschlossen wird.

Artikel X

Die Französische Regierung verpflichtet sich, ihren Einfluß bei der Marokkanischen Regierung dahin geltend zu machen, daß der Ingenieur des Machsens sofort die nötigen Schritte in die Wege leitet, um innerhalb eines Jahres die öffentliche Ausschreibung einer Bahn von Tanger über Larasch nach Meknes und Fes herbeizuführen. Die Ausführung dieses Bahnbaus hat, abgesehen von den beiden obengenannten militärischen Linien, unter allen Umständen früher zu erfolgen als der Bau irgend einer anderen Bahn in dem nördlich vom Wad Tensift gelegenen Teile Marokkos.

Artikel XI

Sollte bei der öffentlichen Ausschreibung der Bahn Tanger-Larasch-Meknes-Fes ein französischer Unternehmer oder eine französische Gesellschaft den Zuschlag erhalten, so verpflichtet sich die Französische Regierung, ihren Einfluß auf dieselben dahin geltend zu machen, daß deutsche Interessenten mit 30% an der Arbeit beteiligt werden. (Die Handhabe hierzu bieten die nach Maßgabe der beiden Adjudikationsreglements den Bewerbern um öffentliche Arbeiten auszustellenden Bescheinigungen.)

Sollte ein deutscher Bewerber oder eine deutsche Gesellschaft den Zuschlag für die vorgenannte Bahn erhalten, so wird die Kaiserliche Regierung ihren Einfluß dahin geltend machen, daß dieselben 70% französischen Interessenten zur Verfügung stellen.

Das gleiche gilt für alle in Marokko nördlich vom Wad Tensift zu bauenden Bahnen.

Artikel XII

Die Französische Regierung verpflichtet sich, bei der Marokkanischen Regierung ihren Einfluß dahin geltend zu machen, daß der Ingenieur des Machsens nach Maßgabe der ihm von deutschen Sachverständigen vorzulegenden Entwürfe die notwendigen Schritte in die Wege leitet, um die öffentliche Ausschreibung von Bahnen von Tarudant und Marrakesch zur atlantischen Küste herbeizuführen, sobald ihm die vorgenannten Unterlagen zugehen.

Artikel XIII

Sollte bei der öffentlichen Ausschreibung der Bahnen von Tarudant bezw. Marrakesch zur Küste ein deutscher Unternehmer oder eine deutsche Gesellschaft den Zuschlag erhalten, so verpflichtet sich die Deutsche Regierung, ihren Einfluß dahin geltend zu machen, daß dieselben 30% an französische Interessenten abtreten. Umgekehrt wird die Französische Regierung dafür Sorge tragen, daß französische Unternehmer oder Gesellschaften, die etwa den Zuschlag der vorgenannten Bahnbauten erhalten sollten, 70% den deutschen Interessenten zur Verfügung stellen. Das gleiche gilt für sämtliche zukünftigen marokkanischen Bahnbauten südlich des Wad Tensift und nördlich des Wad Dra.

Artikel XIV

Die Deutsche wie die Französische Regierung behalten sich vor, die in den Artikeln XI und XIII genannten Interessenten zu veranlassen, von dem ihnen zufallenden Anteil an Bahnbauten in der Form der Unterbeteiligung einen entsprechenden Prozentsatz an Interessenten anderer Signatarmächte zur Verfügung zu stellen.

Artikel XV

Die Kaiserlich Deutsche und die Französische Regierung überlassen es der Marokkanischen Regierung, ob sie den Betrieb der zu bauenden Bahnen in eigner Regie durch anzustellende europäische Beamte und Techniker (confer Funkentelegraphie) ausführen oder aber denselben an Privatgesellschaften verpachten will. Die Französische Regierung verpflichtet sich jedoch, ihren Einfluß dahin geltend zu machen, daß die Marokkanische Regierung, einerlei ob die Bahnen in staatlicher Regie stehen oder an Privatgesellschaften verpachtet sind, die Betriebsleiter der Linien nördlich des Wad Tensifts zu einem Drittel und diejenigen südlich des Wad Tensift und nördlich des Wad Dra zu zwei Dritteln aus deutschen Staatsangehörigen auswählt bezw. die Pachtgesellschaften zu einer solchen Auswahl verpflichtet. Diese hat mit Zustimmung der Kaiserlich Deutschen Regierung zu erfolgen.

Artikel XVI

Die Deutsche und die Französische Regierung werden nach Inkrafttreten dieses Vertrags gemeinschaftlich bei der Marokkanischen Regierung die Öffnung des Hafens von Agadir beantragen. In gleicher Weise ist vorzugehen (zwischen Wad Tensift und Wad Dra auf Antrag der deutschen Regierung), falls später die Eröffnung weiterer Häfen an der atlantischen Küste Marokkos wünschenswert werden sollte. Die Französische Regierung verpflichtet sich, Befestigungen an der atlantischen Küste Marokkos nicht zuzulassen.

Artikel XVIa

Die Französische Regierung wird ihren Einfluß auf die marokkanische Staatsbank dahin geltend machen, daß dieselbe in Agadir alsbald nach der Eröffnung dieses Hafens eine Filiale unter der Leitung eines Deutschen und in etwaigen später zu eröffnenden Häfen südlich des Wad Tensift und nördlich des Wad Dra Unterfilialen unter der Leitung von Deutschen errichtet. Die Auswahl der bezeichneten Leiter ist an die Zustimmung des deutschen Prokuristen an der Tangerer Zentrale gebunden.

Artikel XVII

Die Französische Regierung nimmt zur Kenntnis, daß bei etwaigen Änderungen der internationalen Verträge Marokkos die Kaiserlich Deutsche Regierung eine Beeinträchtigung der derzeitigen deutschen Rechte auf Betrieb der Fischerei längs der marokkanischen Küste und Benutzung dieser Küste bei Erfordernissen der Seefahrt, des Fischfangs oder der Fischverarbeitung nicht hinnehmen würde. Die Französische Regierung verpflichtet sich, gegebenenfalls auch ihrerseits für die Erhaltung der deutschen Rechte einzutreten.

Hieran haben sich anzuschließen die besonderen Bestimmungen über die Sicherung der marokkanischen Eisenerze für den deutschen Markt, deren Formulierung erst nach Rücksprache mit verschiedenen Interessenten möglich sein wird.

Vassel Langwerth von Simmern

Nr. 10736

Der Botschafter in Paris Freiherr von Schoen an das Auswärtige Amt

Telegramm. Entzifferung

Nr. 273 Paris, den 5. September 1911

Caillaux schickte soeben Bankier Spitzer auf Botschaft, um erneut Wunsch nach Verbreiterung Basis des Abkommens auszudrücken, wo-

durch dasselbe der öffentlichen Meinung annehmbarer erscheinen würde. Frankreich sei zu weitgehenden wirtschaftlichen Zugeständnissen bereit. Außer den bekannten Punkten erbiete sich Ministerpräsident, Ouenza-Angelegenheit* durchzusetzen.

Caillaux anscheinend bestrebt, Abstand zwischen deutschen Forderungen und französischen Anerbietungen im Kongo durch Zugeständnisse auf anderen Gebieten zu überbrücken.

Schoen

Nr. 10737

Der Stellvertretende Staatssekretär des Auswärtigen Amtes Zimmermann an den Botschafter in Paris Freiherrn von Schoen

Konzept von der Hand des Vortragenden Rats Freiherrn Langwerth von Simmern

Nr. 812 Berlin, den 10. September 1911

Ew. pp. beehre ich mich hier angeschlossen zu Ihrer gefälligen Information Abschrift des die Marokkofrage betreffenden französischen Vertragsentwurfs** und unserer Gegenvorschläge*** zu übersenden. Diese sind Herrn Cambon zur Übermittelung an seine Regierung ausgehändigt worden.

Zimmermann

---

* Die Ausbeutung des Ouenzaberges in Algier, der reiche Eisenlager enthielt, strebte seit längerer Zeit eine Gesellschaft an, an der auch deutsche Interessenten beteiligt waren. Die Ausbeutung hing aber von der Ausführung bestimmter Eisenbahnbauten in Algier ab, die in der französischen Kammer durchzusetzen bisher nicht möglich gewesen war.

** Siehe Nr. 10734.

*** Die deutschen Gegenvorschläge, die sich wesentlich auf der Grundlage des Langwerth-Vasselschen Vertragsentwurfs (siehe Nr. 10735, Anlage) aufbauten, wurden dem französischen Botschafter am 8. September zugestellt. Sie sind abgedruckt im französischen Gelbbuch: Affaires du Maroc VI, 1910—1912, p. 500 ss. Über ihren Inhalt vgl. neben einer Aufzeichnung Unterstaatssekretär Zimmermanns vom 10. September (siehe das folgende Schriftstück), die Berichte Cambons vom 8. und 10. September 1911, französisches Gelbbuch, Affaires du Maroc p. 499 s., 506 s., und die Antwort de Selves' vom 13. September, das. p. 514 ss. Man beanstandete französischerseits an dem deutschen Entwurfe u. a. die Inanspruchnahme einer Vorzugsstellung für die marokkanischen Eisenbahnbauten im Süden, wodurch der Grundsatz der allgemeinen wirtschaftlichen Gleichberechtigung aller Mächte verletzt werde. Der russische Botschafter Iswolsky redet in seinem Telegramm vom 12. September (Der diplomatische Schriftwechsel Iswolskis, ed. Fr. Stieve I, S. 145) auf Grund von Äußerungen de Selves' von einem deutscherseits „vorgeschlagenen Eisenbahnkondominium". So aber waren deutscherseits die betreffenden Vorschläge (vgl. den Annex zu dem deutschen Gegenprojekt) nicht gemeint. Auch nach den deutschen Vorschlägen sollten doch die Adjudikationen im Eisenbahnwesen auf Grund der einschlägigen Bestimmungen der Algecirasakte erfolgen; das hier festgestellte Prinzip der Gleichberechtigung blieb also gewahrt. Vgl. Nr. 10744.

Nr. 10738

*Aufzeichnung des Unterstaatssekretärs im Auswärtigen Amt Zimmermann**

Konzept

Berlin, den 10. September 1911

Zu dem Eingang des französischen die Marokkofrage betreffenden Vertragsentwurfs sind unsererseits Einwendungen nicht erhoben worden.

In Artikel I haben wir neben einigen redaktionellen Änderungen vorgeschlagen, daß vor dem Passus: „de concert avec le Gouvernement Marocain" hinzugesetzt werden soll: „sur la demande et". Außerdem beantragen wir am Schluß des Artikels einen Zusatz, der die Rechte der in Algeciras geschaffenen marokkanischen Staatsbank sicherstellen soll.

In Artikel II wäre lediglich der Zusatz „sur la demande et" aufzunehmen.

Zu Artikel III haben wir die Streichung des zweiten Absatzes beantragt, der die Verpflichtung der französischen Regierung zur Wahrung des Prinzips der Offenen Tür in Marokko auf 30 Jahre beschränkt. Sodann haben wir die Aufnahme von Detailbestimmungen vorgeschlagen, die den marokkanischen Handel sämtlicher Signatarmächte gegen die Möglichkeit einer differentiellen Behandlung besser sicherstellen sollen, als dies der zu allgemein gehaltene französische Entwurf tut.

Zu Artikel IV haben wir uns die Stellung von Abänderungsvorschlägen vorbehalten.

In Artikel V wurde die Streichung des zweiten Absatzes beantragt. Statt dessen soll ein Passus Aufnahme finden, in dem sich die beiden vertragschließenden Regierungen verpflichten, sich alle Verträge mitzuteilen, die sie künftig etwa mit der marokkanischen Regierung schließen werden.

In Artikel VI ist in der dritten Zeile hinter den Worten „créées au Maroc" der Zusatz beantragt worden: „à l'instar des tribunaux mixtes en Egypte" und in Zeile 8 hinter den Worten: „transférera également" der Zusatz: „dès que les autres puissances signataires en feront autant".

In Artikel VII wurde die Streichung der Bestimmung beantragt, die die französischerseits vorgeschlagene zeitliche Begrenzung des Prinzips der Offenen Tür enthält. Desgleichen soll der mit „Toutefois, l'exploitation de ces grandes entreprises" beginnende Satz gestrichen und dafür ein Passus hinzugesetzt werden, in dem sich die französische Regierung verpflichtet, dafür Sorge zu tragen, daß die marokkanische Regierung als Beamte und Ingenieure in der Betriebsleitung der künftigen großen Unternehmungen Staatsangehörige derjenigen Staaten anstellt, denen die Konstrukteure dieser Unternehmungen angehören, und zwar im Ver-

* Nebst dem von Frankreich übermittelten Vertragsentwurf am 11. September dem Kaiser mit Immediatschreiben des Staatssekretärs von Kiderlen im Anschluß an einen tags zuvor gehaltenen Immediatvortrag übersandt.

hältnis ihrer Beteiligung an der Ausführung derselben. Des weiteren wird beantragt, Maßnahmen zu treffen, die den Algecirasmächten eine bessere Kontrolle der beiden Tangerer Adjudikationskommissionen ermöglichen. Außerdem sollen sich die beiden Regierungen über den Bau von Eisenbahnen in Marokko nach Maßgabe der in der Algecirasakte festgelegten Grundsätze ins Einvernehmen mit einander setzen, um dem Handel aller Vertragsmächte einen möglichst gleichmäßigen Nutzen von der Erbauung dieser Bahnen zu sichern.

Der folgende Artikel soll gestrichen werden. Es folgt demnach Artikel VIII, in dem hinter den Worten: „possessions espagnoles" eingeschaltet werden soll: „et des districts dans lesquels l'influence espagnole sera reconnu".

In Artikel IX sind die Worte: „près desquelles" und folgende zu ersetzen durch: „pour leur demander leur adhésion".

Hinter Artikel IX wird von uns die Einschaltung von vier Artikeln beantragt. Der erste derselben sieht zur besseren Kontrolle des zukünftigen marokkanischen Transportwesens die Schaffung von vier Zensoren vor nach dem Vorbilde der Zensoren der marokkanischen Staatsbank (Confer Artikel 51—53 der Algecirasakte). Jeder Zensor soll ein Vetorecht haben.

Der Zweck dieser Einrichtung ist, den Staatsangehörigen sämtlicher Signatarmächte auf den künftigen marokkanischen Transportwegen eine tunlichst gerechte Behandlung zu gewährleisten.

Der nächste Artikel sieht zur Erledigung etwaiger Beschwerden deutscher Staatsangehöriger und Schutzgenossen gemischte Spezialkommissionen vor für diejenigen Teile des marokkanischen Staats bezw. diejenigen Zweige der marokkanischen Staatsverwaltung, die jeweilig de facto unter französischer Leitung stehen oder von ihr maßgebend beeinflußt werden. Es sollen auf diesem Wege diplomatische Reklamationen möglichst vermieden und die in ihnen liegende Gefahr der Reibung beseitigt werden. Die Organisation und Zuständigkeit dieser Kommissionen soll in einem besonderen, von den beiden Regierungen zu vereinbarenden Reglement festgelegt werden.

Artikel XII will Garantien dafür schaffen, daß bei einer etwaigen späteren Änderung der internationalen Verträge Marokkos die den Fischereiinteressenten der Vertragsmächte gegenwärtig zustehenden Rechte unangetastet bleiben.

Artikel XIII bringt die Verpflichtung der beiden Regierungen, nach Inkrafttreten des vorstehenden Vertrages bei der marokkanischen Regierung die Öffnung des Hafens von Agadir gemeinsam zu beantragen; in analoger Weise soll später bei etwaigen weiteren Hafeneröffnungen verfahren werden.

Artikel XIV bleibt unverändert, ebenso Artikel XV bis auf folgenden Endzusatz: „et que les deux Gouvernements se communiqueront".

In Artikel XVI ist am Schluß des ersten Alineas ein Passus einzu-

fügen, der die französischerseits von uns verlangte Durchfuhrerlaubnis umgekehrt Deutschland für den Frankreich verbleibenden Teil der Kolonie Gabon sichert.

In Artikel XVII wurde die Streichung des letzten Satzes: „le Gouvernement Allemand renonce, en outre, à exercer au Maroc aucun droit de protection sur des sujets indigènes" beantragt.

Zimmermann

Nr. 10739

Der Botschafter in Paris Freiherr von Schoen an das Auswärtige Amt

Telegramm. Entzifferung

Nr. 279 Paris, den 12. September 1911

Höre von Herrn Caillaux nahestehender Seite, daß man sich hier über Antwort auf unsere Gegenvorschläge schon heute schlüssig wurde, daß dieselbe heute abend Kabinettsrat unterbreitet wird und umgehend Herrn Cambon zugehen soll, der Auftrag erhält, sie in formell verbindlichster und versöhnlichster Art mitzuteilen. Sachlich, habe Herr Caillaux hinzugefügt, müsse französische Regierung ein Eingehen auf diejenigen unserer Wünsche absolut ablehnen, welche eine deutsche Sonderstellung bedeuteten. Dagegen sei Frankreich bereit, auch noch weitere Garantien zu geben, die von uns zur Aufrechterhaltung der Offenen Tür etwa gefordert werden könnten. Ferner habe Ministerpräsident gesagt, daß, wenn auch in marokkanischem Vertrag vorzugsweise deutsche Beteiligung nicht festgelegt werden könne, er entsprechende praktische Verwirklichung durch Initiative französischer und deutscher Geschäftsleute gern unterstützen würde.

Für Fall, daß derartigen Gedanken näher getreten werden könnte, erwähnt . . .*, daß Ende dieser Woche Max Warburg hier erwartet wird, der gerade mit meinem Gewährsmann anderweitige Geschäfte hat.

Schoen

Nr. 10740

Der Geschäftsträger in Petersburg Freiherr von Lucius an das Auswärtige Amt

Telegramm. Entzifferung

Nr. 175 St. Petersburg, den 13. September 1911

Herr Neratow redete mich beim heutigen Empfang auf Marokkoverhandlungen an, über deren Verlauf er sich ganz beruhigt zeigte. Er

* Zifferngruppe fehlt.

glaube allerdings, daß Frankreich wegen übriger Mächte uns keine besonderen Privilegien in Marokko einräumen könnte*, man würde sich aber sicherlich schließlich verständigen.

Dem österreichischen Geschäftsträger** gegenüber, der Herrn Neratow nach dem Stande der Verhandlungen fragte, zeigte sich der Minister ganz uninteressiert, so als ob Angelegenheit schon im Prinzip erledigt wäre.

Lucius

Nr. 10741

Der Botschafter in Paris Freiherr von Schoen an den Reichskanzler von Bethmann Hollweg

Ausfertigung

Nr. 411 Paris, den 13. September 1911

Euerer Exzellenz habe ich bereits anderweitig über den Standpunkt berichten dürfen***, den der Ministerpräsident Caillaux zu unseren Gegenforderungen einnimmt. Dieser Standpunkt ist in der Hauptsache der, daß Frankreich ein Eingehen auf diejenigen unserer Wünsche ablehnen müsse, aus denen sich eine Vorzugsstellung Deutschlands ergeben würde†. Ich halte seine dahingehenden Äußerungen zu unserem Mittelsmann für aufrichtig und die von ihm eingenommene Haltung im wesentlichen für eine endgültige. Herr Caillaux hat selbst im Gespräch mit dem Mittelsmann (es ist dies, wie ich vertraulich hinzufügen kann, der hiesige Finanzier Spitzer) auf die Gründe hingewiesen, die auch nach meiner Auffassung Frankreich hinsichtlich der wirtschaftlichen Fragen in Marokko zum Festhalten an dem jetzt eingenommenen Standpunkt im wesentlichen bewegen müssen. Er hat einerseits geäußert, es sei ihm unverständlich, warum Deutschland durch die Beanspruchung einer wirtschaftlichen Vorzugsstellung in Marokko Frankreich in die günstige Position schiebe, als Vorkämpfer für das übrige Europa aufzutreten. Andererseits könne die Regierung außer der umfangreichen Gebietsabtretung im Kongo der öffentlichen Meinung in Frankreich nicht auch noch Zugeständnisse auf marokkanischem Boden zumuten. Denn die deutschen Gegenforderungen bedeuteten eine über den gegenwärtigen Zustand hinausgehende, besondere Bevorzugung Deutschlands bei der wirtschaftlichen Erschließung Marokkos. Frankreich müsse einen klaren Gegenwert für seine Gebietsabtretungen eintauschen. Wie Herr Caillaux sich ferner zu meinem Gewährsmann

---

* Durch Telegramm Nr. 126 vom 14. September wurde Freiherr von Lucius ersucht, gelegentlich Neratow zu sagen, daß Deutschland besondere Privilegien in Marokko gar nicht verlangt habe. Vgl. dazu Nr. 10737, Fußnote ***, und Nr. 10744.

** Szilassy v. Szilas.

*** Siehe Nr. 10739.

† Vgl. die dem Botschafter Cambon am 13. September übersandte ausführliche Instruktion, französisches Gelbbuch: Affaires du Maroc VI, p. 514 ss.

aussprach, seien ihm angesichts unserer wirtschaftlichen Forderungen Zweifel an der Aufrichtigkeit unseres politischen Desinteressements in Marokko aufgestiegen. Es sei aber die innere Voraussetzung des ganzen Geschäfts, daß beide Teile ein für allemal den deutsch-französischen Marokkohader aus der Welt zu schaffen ernstlich gesonnen seien, um durch den Fortfall dieser Reibungsfläche größere politische Bewegungsfreiheit zu gewinnen.

Wie ich aus den Äußerungen verschiedener Franzosen und einiger meiner Kollegen sowie aus der französischen Presse entnehme, scheint dieser Zweifel an der Loyalität unserer Absichten hier in der Tat Wurzel zu fassen. Durch das Aufkommen dieser Stimmung würde aber meines Erachtens wenn nicht der Abschluß des ganzen Geschäfts in Frage gestellt, so doch sein Wert für die Zukunft wesentlich herabgedrückt werden. Es dürfte meines Erachtens gerade auch im Interesse unserer wirtschaftlichen Betätigung in Marokko liegen, daß der Eindruck einer Demütigung Frankreichs tunlichst vermieden wird. Denn wir müssen uns darüber klar sein, daß deutsche Unternehmer in Marokko allen vertragsmäßigen Garantien zum Trotz doch zum großen Teil auf den guten Willen der Franzosen angewiesen sein werden.

Die Stellung des Ministeriums Caillaux, welches immerhin der französischen Öffentlichkeit gegenüber den nicht geringen Mut zu umfangreichen Gebietsabtretungen an uns gefunden hat, und bei dem offenbar der ernste Wille zur Verständigung vorliegt, würde durch eine prinzipielle Bevorzugung Deutschlands in Marokko — als eine solche werden nun einmal unsere Forderungen hier aufgefaßt[1] — in eine sehr schwierige Lage kommen, namentlich wenn Herr de Selves womöglich doch noch zurücktreten sollte.

Diese Wahrnehmungen und Überlegungen bringen mich zu der Überzeugung, daß ein baldiger Abschluß der Verhandlungen in unserem Interesse liegt. Eine weitere Fortsetzung des Meinungsaustausches über die wirtschaftlichen Garantien in Marokko könnte vielleicht in einzelnen Nebenpunkten noch zu französischen Konzessionen führen, an der grundsätzlichen[2] Haltung Frankreichs dürfte sie aber nicht viel ändern. Das allgemeine Unbehagen und die Verstimmung in Frankreich würde sich weiter vermehren, und wir würden — wenn es nicht zum Abbruch der Verhandlungen kommen sollte, wozu nach den bereits erzielten Erfolgen meines Erachtens kein Anlaß vorliegt — schließlich doch in der Frage der wirtschaftlichen Garantien in Marokko wohl zum Nachgeben gezwungen sein. Ich kann mich nicht davon überzeugen, daß die wirtschaftlichen Fragen in Marokko ein für uns günstiges diplomatisches Terrain darstellen. Viel eher als eine vertragsmäßige Bindung wird man von Herrn Caillaux die tatsächliche Unterstützung einzelner deutsch-französischer Unternehmungen im Susgebiet oder anderswo erlangen können. Auch darauf hat Herr Caillaux meinem Gewährsmann gegenüber hingewiesen.

Ich muß daher meiner Überzeugung pflichtmäßig dahin Ausdruck geben, daß ein baldiger Abschluß der Marokkoverhandlungen namentlich im Interesse der zukünftigen deutsch-französischen Beziehungen liegt. Wenn ich in einem früheren Stadium der Angelegenheit widerraten habe, den Eindruck aufkommen zu lassen, als ob wir gegenüber der von Frankreich entwickelten Energie zurückwichen, so glaube ich mich durch meine heutigen Darlegungen damit nicht in Widerspruch zu setzen. Bei nüchterner Abwägung aller Umstände wird man sagen müssen, daß viel von der französischen Regierung erreicht worden ist. Vor einer Überspannung des Bogens möchte ich warnen.

v. Schoen

Randbemerkungen von Kiderlens:
[1] Das soll er lieber bekämpfen als solch lange Berichte pro Gallia zu schreiben.
[2] ? !

Nr. 10742

Der Reichskanzler von Bethmann Hollweg an Kaiser Wilhelm II., z. Z. in Cadinen

Telegramm. Entzifferung

Nr. 57 Berlin, den 16. September 1911

Euerer Majestät melde ich alleruntertänigst, daß der französische Botschafter die neuen Vorschläge seiner Regierung gestern nachmittag dem Staatssekretär von Kiderlen übergeben hat*. Sie enthalten bereits in wesentlichen Punkten ein Eingehen auf unsere Wünsche. So wurde die Beschränkung der Offenen Tür fallen gelassen. Ferner bleiben die Konsulargerichtsbarkeit und die uns vertragsmäßig zustehende Schutzerteilung an Eingeborene unangetastet. Außerdem hat Herr Cambon durchblicken lassen, daß in anderen Punkten, in denen sich die französische Regierung gegenüber unseren Vorschlägen bislang noch ablehnend verhält, keineswegs das letzte Wort gesprochen sei. Es steht demnach zu hoffen, daß weitere ruhige Beharrlichkeit zum gewünschten Ergebnis führen wird, wenn auch einzelne Modifikationen unserer Frankreich in voriger Woche übermittelten Wünsche erforderlich werden dürften**.

Alleruntertänigst

von Bethmann Hollweg

Randvermerke Kaiser Wilhelms II.:
Einverstanden. W.
Erwarte, daß bei dieser Lage der Sache Ew. Exz[ellenz] auf die Hirschbrunft gehen! W.

* Siehe das „Deuxième projet français" im französischen Gelbbuch: Affaires du Maroc VI, p. 516ss. Es war dem französischen Botschafter mit einer Instruktion vom 13. September zugegangen, die er am 16. September Kiderlen mitteilte; vgl. das folgende Schriftstück.
** Daß das deutsche Einlenken, das in den letzten Worten Bethmann Hollwegs an-

Nr. 10743

Der französische Botschafter in Berlin Jules Cambon an den Staatssekretär des Auswärtigen Amtes von Kiderlen

Ausfertigung

Berlin, le 16 septembre 1911

Conformément au désir que vous m'en avez exprimé, je vous envoie ci-inclus le résumé des considérations que je vous ai présentées au nom de mon Gouvernement, à l'appui du projet que je vous ai communiqué hier.

Le Gouvernement Français a examiné avec le plus grand désir d'entente le contre-projet qui représente les vues du Gouvernement Allemand touchant le règlement de nos situations respectives au Maroc.

Malheureusement ce contre-projet s'écarte sur de trop nombreux

---

gekündigt wird, zusammenhänge mit einer finanziellen Krise in Deutschland, von der Caillaux in seinem Buche „Agadir, Ma politique extérieure", p. 194ss. viel zu erzählen weiß, findet in den deutschen Akten keine Stütze, ebensowenig, daß schon Ende August mehreren großen deutschen Bankiers in der Reichskanzlei die Frage vorgelegt worden wäre, ob sie ohne öffentliche Anleihe dem Staatsschatz die für einen Krieg nötigen Summen vorstrecken könnten (a. a. O., p. 195s.) Richtig ist, daß der Wiederaufnahme der Verhandlungen über die Marokkofrage (4. September) in einer Anzahl deutscher Städte ein Andrang des Publikums, das von einer unverständlichen Kriegspanik ergriffen war, zu den Rückzahlungsschaltern der städtischen Sparkassen folgte, und daß am 9. September auch an der Berliner Börse namhafte Kursstürze eintraten. Aber diese Vorgänge waren nicht von Dauer und haben das deutsche Verhalten in der Marokkofrage nicht erkennbar beeinflußt. Am 20. September ließ Unterstaatssekretär Zimmermann telephonisch die Leiter einiger hervorragender Bankinstitute wissen, daß zu irgend einer Panik wegen Marokko kein Anlaß vorhanden sei, daß sich die Verhandlungen vielmehr in ruhiger, eine Einigung in Aussicht stellender Weise vollzögen. Vgl. die „Kölnische Zeitung" vom 21. September: „Die Beruhigung der Berliner Börse."

Die „ruhige Beharrlichkeit", die Bethmann Hollweg für die deutsche Haltung angesichts des Auf und Nieders der Marokkoverhandlungen in Anspruch nahm, steht in einigem Gegensatz zu der auf französischer Seite herrschenden Nervosität. Am 16. September schrieb Cambon an Caillaux: „Je ne désespère pas que nous puissions nous arranger ici, mais, si un accord devient impossible, il est indispensable que la responsabilité de la rupture incombe à l'Allemagne, sans conteste possible, car, autrement, même l'appui de l'Angleterre nous ferait défaut." (Caillaux, a. a. O., p. 351.) Am 20. September warf, angesichts der intransigenten Haltung der französischen Presse, die Deutschland unter ein kaudinisches Joch gebeugt sehen wollte, der französische Militärattaché in Berlin Oberst Pellé die Frage auf, „si certains en cherchant une humiliation de l'Allemagne, qu'il serait puéril de demander, ne poussent pas à la guerre avec inconscience." Am 2. Oktober schrieb der gleiche Militärattaché: „Il n'en est pas moins incontestable que, si les négociations marocaines étaient rompues par notre faute — et ce serait manifestement le cas —, nous nous trouverions, au point de vue diplomatique vis-à-vis de nos alliés, au point de vue militaire en face de l'Allemagne et de l'Espagne, dans une situation parfaitement défavorable. Pour faire une bonne guerre, il ne faut pas commencer par faire de la mauvaise diplomatie" (a. a. O., p. 352s). Man sieht aus diesen Warnungen, daß die recrudescence d'intentions belliqueuses, die Caillaux noch für den September auf deutscher Seite konstatieren will (p. 349), ihr Gegenstück mindestens in der französischen Presse fand.

points du principe même qui paraissait être accepté par l'Allemagne, comme devant dominer toute la négociation. L'Allemagne — et depuis le début de nos entretiens vous n'y aviez jamais contredit — n'a à faire valoir au Maroc aucun intérêt politique, et, d'autre part, la France, libre d'agir sur le Gouvernement Marocain pour l'introduction des réformes dont celui-ci a besoin, s'engageait à respecter et à faire respecter par ce Gouvernement la double condition de la liberté et de l'égalité commerciale. Nous nous inspirions en parlant ainsi des intérêts de toutes les autres puissances signataires de l'Acte d'Algésiras, qui ont le droit indiscutable de demander qu' au Maroc la porte soit ouverte au commerce de tous, sans restrictions comme sans privilèges.

Le projet que, par ordre du Gouvernement Français, j'avais été chargé de soumettre au Gouvernement Impérial avait été rédigé d'après ces principes. Mais le Gouvernement Impérial a jugé que notre texte ne donnait pas de garanties suffisantes pour mettre hors de toute atteinte la liberté et l'égalité commerciale, et il a détaillé un certain nombre de conditions nouvelles qui lui paraissent nécessaires pour la sauvegarde de ses intérêts. Toutes celles de ces conditions qui sont de nature commerciale, nous les acceptons volontiers, afin que personne ne puisse douter de notre ferme et sincère propos de tenir nos engagements.

Ainsi à l'article premier nous consentons à spécifier que la Banque d'Etat continuera à exister et fonctionner selon les conditions fixées par l'Acte d'Algésiras. A l'article III, nous augmentons les garanties que nous avions déjà offertes contre l'établissement d'un régime différentiel quelconque, et nous supprimons, bien que vous l'eussiez acceptée, la limitation à une période de 30 ans du régime de l'égalité. Nous insérons un article nouveau qui reconnait aux ressortissants étrangers le maintien de leurs droits de pêche dans les eaux et les ports du Maroc. Nous promettons enfin à l'article XII l'ouverture au commerce international de nouveaux ports marocains.

Ces amendements apportés sur le désir de l'Allemagne au projet primitif montrent éloquemment avec quelle sollicitude le Gouvernement Français entend exécuter dans la pratique son engagement de respecter la liberté et l'égalité commerciale. Mais il a le regret de voir que, en face de son bon vouloir, le Gouvernement Impérial paraît disposé à se départir de ses déclarations et à revendiquer un droit d'action politique au Maroc.

Ainsi dans son contre-projet, celui-ci biffe à l'article I l'affirmation qu'il nous avait pourtant donnée dès 1909, que l'Allemagne ne possède au Maroc que des intérêts exclusivement économiques; et dans la suite des articles, il réclame des droits qui sont de nature essentiellement politique, et dont l'exercice lui permettrait une ingérence continuelle dans l'administration, sinon dans le gouvernement même du pays. C'est ainsi qu'à l'article V, il prétend obliger le Gouvernement Français à lui donner communication des „engagements" que la France pourrait conclure avec le Gouvernement Marocain; à l'article VII, il s'attribue le droit de parti-

ciper à l'établissement du plan général des voies ferrées au Maroc; à l'article X, il se donne un droit de véto sur l'exploitation de ces voies ferrées et de tous les autres services de transport; à l'article XIII, il prétend intervenir dans les ouvertures futures de ports marocains, et enfin, surtout, dans ce même article XIII, comme dans l'article VII, il se taille dans le Sud du Maroc, toute une zone où son influence politique prévaudrait sur celle de la France aussi bien dans l'exploitation des chemins de fer que dans les questions d'ouverture de ports.

Le Gouvernement Français considère que toutes ces conditions d'ordre purement politique sont inacceptables; leur insertion dans le texte de de l'accord altérerait profondément la nature de celui-ci; la situation qui devait nous être faite au Maroc constituait un avantage que des compensations territoriales auraient balancé; il faut donc que l'avantage promis ne disparaisse pas, que même il ne soit pas diminué.

Mais le Gouvernement Allemand ne se borne pas à rechercher des bénéfices politiques; dans l'article VII et l'annexe à cet article, il réclame catégoriquement, à l'exclusion des autres puissances, un privilège que la France, fidèle au principe des engagements internationaux, ne saurait consentir.

Le Gouvernement Français a encore quelques objections d'un caractère il est vrai plus particulier, à formuler contre certaines stipulations proposées par le Gouvernement Allemand. Il avait été convenu qu'il nous appartiendrait de régler avec l'Espagne la situation de celle-ci au Maroc. Pourquoi dès lors mentionner dans l'article VIII les districts où l'influence allemande sera reconnue?

Pourquoi aussi à l'article X supprimer la clause relative à l'appui mutuel que devaient se prêter les deux Gouvernements pour faire approuver leur accord par les puissances intéressées au Maroc? Il importe à ces deux articles de rétablir notre texte.

Le Gouvernement Français, au contraire, consent à laisser tomber l'article qu'il avait proposé pour la réforme judiciaire; il consent en outre, en ce qui touche la protection sur les indigènes à une rédaction transactionelle; il y a là de notre part une marque nouvelle de notre désir d'entente, car personne n'ignore les embarras que la multiplicité des protégés étrangers et leur qualité de justiciables des tribunaux consulaires causent sans cesse aux autorités marocaines.

Telles sont les considérations dont le Gouvernement Français m'a chargé de vous faire part, en les recommandant à votre esprit d'équité. Il lui paraît impossible que le Gouvernement Impérial persiste à réclamer au Maroc des stipulations qui porteraient atteinte aux droits des puissances, dont nous devons tous être également soucieux, et qui d'autre part constitueraient pour lui un droit de constante intervention politique en contradiction avec le principe même qui a présidé à l'ouverture de la présente négociation.

Jules Cambon

Nr. 10744

Der Staatssekretär des Auswärtigen Amtes von Kiderlen an den französischen Botschafter in Berlin Jules Cambon

Konzept

Berlin, le 17 septembre 1911

[abgegangen am 19. September]

J'ai eu l'honneur de recevoir la lettre par laquelle vous avez bien voulu me répéter le résumé des considérations que vous m'aviez lu au nom de votre Gouvernement*. Je prends volontiers acte des bonnes intentions y exprimées afin d'arriver à une entente. Je regrette cependant les reproches que le Gouvernement de la République a cru devoir faire au Gouvernement Allemand au sujet de certaines de ses propositions, et les doutes exprimés sur la loyauté des intentions de mon Gouvernement.

Si le Gouvernement Impérial propose de biffer à l'article I l'affirmation que l'Allemagne ne possède au Maroc que des intérêts exclusivement économiques, ce n'est pas pour aspirer à une influence politique. Le Gouvernement Impérial a jugé inutile de répéter cette assertion puisqu'elle se trouve dans l'accord de 1909 confirmé par le préambule. Le Gouvernement de la République a cru devoir relever qu'à l'article V le Gouvernement Impérial prétend obliger le Gouvernement Français à lui donner communication des engagements que la France pourrait conclure avec le Gouvernement Marocain. Le Gouvernement de la République semble avoir oublié que c'est lui qui avait imposé une pareille condition au Gouvernement Impérial, et que celui-ci s'était borné à introduire dans l'article V la réciprocité. Le Gouvernement Impérial ne verrait aucun inconvénient à supprimer cette partie de l'article. Il croit pouvoir compter sur l'adhésion du Gouvernement de la République à cette suppression vu le contrôle que celui-ci exerce en général sur les décisions du Gouvernement Marocain.

Si le Gouvernement Impérial demande certaines garanties pour la construction des lignes de chemin de fer (article VII) et pour leur exploitation, il ne le fait que dans un but purement économique et dans un sens correspondant à des pourparlers antérieurs entre les deux Gouvernements; il est tout prêt à s'entendre avec le Gouvernement de la République sur une rédaction qui conviendrait mieux à ce dernier. Il en est autant de l'article X de la proposition allemande. Le Gouvernement Impérial ne peut voir aucune immixtion dans les affaires politiques du Maroc, s'il veut s'assurer l'appui de la France à l'effet de l'ouverture au commerce international d'un ou de plusieurs ports de mer dans lesquels le commerce allemand est particulièrement intéressé.

Je ne puis supprimer quelqu' étonnement de voir le Gouvernement

* Siehe Nr. 10743.

de la République reprocher au Gouvernement Allemand de „réclamer catégoriquement à l'exclusion des autres puissances un privilège que la France fidèle au principe des engagements internationaux ne saurait consentir".

Par des indiscrétions regrettables ce même reproche contre la politique allemande a été répandu par la presse française. Je tiens à constater que les propositions faites dans l'annexe à l'article VII ne sont que la répétition d'un arrangement qui a formé l'objet de pourparlers antérieurs entre les deux Gouvernements. Je ne vois rien dans cet arrangement qui puisse donner un privilège à l'Allemagne et porter préjudice aux intérêts des autres puissances. Au lieu de démentir les insinuations répandues à cette occasion par la presse, le Gouvernement de la République semble vouloir se les approprier et se poser en défenseur du principe des engagements internationaux nullement menacés.

La mention des droits de l'Espagne au Maroc a été introduite dans le projet de convention par le Gouvernement de la République lui-même; je ne me rappelle pas, comme veut bien le dire le Gouvernement Français qu'il a été convenu qu'il appartiendrait à la France de régler avec l'Espagne la situation de celle-ci au Maroc. J'ai cru devoir faire cette constatation quoique nous n'ayons pas l'intention de nous immiscer dans les pourparlers franco-espagnols.

Puisqu'il ne se lèvera guère de doute sur le territoire compris dans la convention sous la désignation du „Maroc", il serait peut-être utile de biffer tout l'article.

Je crois qu'en prenant en considération les explications ci-dessus le Gouvernement Français arrivera à interprêter avec plus d'équité et de bienveillance les propositions contenues dans le projet allemand et qu'il voudra bien s'entendre avec le Gouvernement Impérial sur une rédaction qui donnerait satisfaction autant aux aspirations politiques de la France qu'à la demande de l'Allemagne de garanties précises pour la liberté et le traitement sur le pied d'une parfaite égalité de son commerce au Maroc.

Kiderlen

Nr. 10745

Der Botschafter in Paris Freiherr von Schoen an das Auswärtige Amt

Telegramm. Entzifferung

Nr. 285 Paris, den 20. September 1911

Herr de Selves äußerte sich mir befriedigt über einstweilige Meldung Cambons*, die erfreuliche Aussicht auf baldige Einigung eröffnet. Er

* Vgl. Cambons Bericht vom 16. September, französisches Gelbbuch: Affaires du Maroc VI, p. 519ss.

erwartet mit Interesse Eingang unserer schriftlichen Äußerungen*. Für die zwei Punkte, wo noch namhafte Differenzen bestehen (Gerichte und Schutzbefohlene), sei er bemüht, vermittelnde Formel zu finden. Er gebe sich Rechenschaft, daß Abschaffung Konsulargerichtsbarkeit noch im weiten Feld liege, andererseits könne Frage nicht unberührt bleiben, da er sicherlich im Parlament darauf angeredet werde.

Herr de Selves bat mich nachdrücklich, Euerer Exzellenz zu sagen, man möge bei uns Äußerungen hiesiger Presse kein zu großes Gewicht beilegen. Die Regierung tue ihr möglichstes, um Presse in verständige Grenzen zu bringen. Ich erwähnte „Echo de Paris" und „France Militaire", deren Sprache Minister scharf mißbilligte.

Auch Ministerpräsident läßt mir sagen, daß er energisch auf Presse einwirke, damit sie eine Haltung beobachte, die in keiner Hinsicht Verständigung stören könne. Indiskretionen würden hier sicherlich nicht vorkommen. Er habe „Matin" wegen seines heutigen Leitartikels zur Rede gestellt. Redakteur erklärte, daß seine Angaben „Daily Mail" von vorgestern entstammen.

Schoen

---

* Die schriftlichen deutschen Äußerungen waren inzwischen durch den am 19. September abgegangenen Kiderlenschen Bericht vom 17. (siehe Nr 10744) erfolgt. In der Folge beschränkte man sich deutscherseits absichtlich auf den mündlichen Gedankenaustausch mit Cambon. Das wurde von der „Agence Havas" am 19. September sogar öffentlich festgestellt („Staatssekretär Kiderlen glaube zweifellos, daß zum mindesten vorläufig die Schnelligkeit der Unterhandlungen gewinnen würde, wenn häufigere Unterredungen an die Stelle des Dokumentenaustausches gesetzt würden") und durch eine Notiz des Wolffschen Telegraphenbureaus vom 20. September bestätigt. Das deutsche Aktenmaterial ist überhaupt für die Zeit vom 20.—27. September außerordentlich dürftig. Sehr viel ergiebiger ist wieder das im französischen Gelbbuch mitgeteilte Material aus diesen Tagen; vgl. namentlich den dritten französischen Vertragsentwurf vom 23. September, der von Cambon am 26. dem Staatssekretär von Kiderlen überreicht wurde, und Cambons Berichte vom 26. und 27. September; Affaires du Maroc, VI, p. 531ss. Zum Vergleich sind auch die Telegramme des russischen Geschäftsträgers in Berlin (v. Siebert, Diplomatische Aktenstücke, S. 442, 443f.) und die Briefe und Telegramme Iswolskys aus Paris (Der diplomatische Schriftwechsel Iswolskis, ed. Fr. Stieve, I, 145ff.) heranzuziehen. Unter jenen ist ein Telegramm vom 17. September von Interesse, in dem es heißt: „Nach Cambons Ansicht wünscht man hier eine Einigung, doch will man nicht ohne Handeln nachgeben. Eine gewisse Gefahr besteht in der kriegerischen Stimmung, die in einigen politischen Kreisen von Paris und London herrsche." Die eigentliche Gefahr erblickte Cambon selbst in der Intransigenz gewisser französischer Kreise. Nach Schebekos Telegramm vom 19. September hätte Cambon ihn daher ganz vertraulich gebeten, „wir möchten durch den französischen Botschafter in Petersburg und durch unsern Botschafter in Paris auf das Pariser Kabinett einwirken, um es zur Annahme der deutschen Vorschläge zu bewegen, die von ihm — Cambon — für durchaus annehmbar und den französischen Interessen entsprechend gehalten werden". Tatsächlich will Iswolsky nach seinem Brief an Neratow vom 14. September (Der diplomatische Schriftwechsel Iswolskys, ed. Fr. Stieve' I, 146) sich schon zu diesem Zeitpunkt mit allen Kräften bemüht haben, auf die französischen Minister mäßigend einzuwirken.

Nr. 10746

Der Rat im Kaiserlichen Gefolge Gesandter Freiherr von Jenisch, z. Z. in Rominten, an den Reichskanzler von Bethmann Hollweg, z. Z. in Hohenfinow

Telegramm. Entzifferung

Nr. 3 Rominten, den 27. September 1911

Geheim

Seine Majestät der Kaiser befiehlt mir, Euerer Exzellenz folgendes mitzuteilen:

Bekanntlich[1] werde dem am 17. Oktober zusammentretenden Reichstage ein Weißbuch über Marokko vorzulegen sein. In diesem Weißbuche müsse mit aller Deutlichkeit der Anteil zu erkennen sein, den Seine Majestät selbst an der Marokkofrage genommen habe, damit dadurch der sich hier und da in der öffentlichen Meinung fälschlich festgesetzten Ansicht entgegengetreten werde, als ob allerhöchstderselbe im Laufe der Verhandlung geschwankt oder (wie Seine Majestät sich drastisch ausdrückte) „gekniffen" habe. So könnte zum Beispiel in dem Weißbuche ein Resümee seiner Unterhaltung mit dem englischen Botschafter in Friedrichshof* und einzelne der Euerer Exzellenz bezw. dem Herrn Staatssekretär zugegangenen allerhöchsten Befehle Aufnahme finden.

Seine Majestät wünscht vor definitiver Feststellung des Weißbuchs von dem Inhalte desselben Kenntnis zu erhalten und zu diesem Zweck zu gegebener Zeit den Vortrag Euerer Exzellenz bezw. des Herrn Staatssekretärs entgegenzunehmen.

Jenisch

Randbemerkung von Kiderlens:

[1] Es ist nie die Rede von einem Weißbuch gewesen. Dazu ist auch kein Stoff vorhanden, da die meisten Verhandlungen mündlich geführt wurden, die erteilten Instruktionen aber auch fernerhin geheim bleiben müssen.

K. 28./9.

Nr. 10747

Der Reichskanzler von Bethmann Hollweg an den Rat im Kaiserlichen Gefolge Gesandten Freiherrn von Jenisch, z. Z. in Rominten

Konzept von der Hand des Staatssekretärs von Kiderlen

Nr. 15 Berlin, den 29. September 1911

Mit Bezug auf Telegramm Nr. 3** bitte ich Euer Exzellenz, Seiner Majestät zu melden, daß hier ein Weißbuch über Marokko bisher

---

* Vgl. Kap. CCXXIX, Nr. 10639.

** Siehe Nr. 10746.

nicht in Aussicht genommen war; es würde für ein solches kaum Stoff vorhanden sein, da in solche Weißbücher nach internationalem Herkommen nur amtliche Schriftstücke aufgenommen werden, in der Marokkosache aber alles Wesentliche nur mündlich verhandelt worden ist. Eine zu eingehende Darstellung der Vorgänge in einem Weißbuch würde auch aller Voraussicht nach eine französische Antwort provozieren und damit zu neuer Anfachung des Streites, der eben durch das Abkommen begraben werden soll, Anlaß geben. Ich hatte deshalb in Aussicht genommen, die Vorgänge in der Marokkosache nur mündlich zur Kenntnis des Reichstags zu bringen, wobei eventuell in der Kommission vertraulichere und weitergehende Mitteilungen gemacht werden können als im Plenum*. Dabei würde ich dann Gelegenheit haben, die Stellungnahme Seiner Majestät zu den einzelnen Phasen in das richtige Licht zu stellen.

v. Bethmann Hollweg

Nr. 10748

Der Botschafter in Paris Freiherr von Schoen an das Auswärtige Amt

Telegramm. Entzifferung

Nr. 295 Paris, den 29. September 1911

Selves sagte mir, unsere letzten Abänderungsvorschläge Marokkoabkommen** stoßen hier auf keine erheblichen Schwierigkeiten. Antwort an Cambon mit geringen Modifikationen gehe heute ab***. Bezüglich Bergwerksabgaben habe er Aguillon zunächst beauftragt, Formel auszuarbeiten, die genau zu mit Haber vereinbartem Minenreglement† stimmt.

Schoen

---

* Tatsächlich würde es, da die Verhandlungen über das Marokko- und Kongoabkommen in der Hauptsache mündlich in Berlin zwischen Kiderlen und Cambon geführt wurden, über diese mündlichen Verhandlungen aber so gut wie gar keine Aufzeichnungen des ersteren vorliegen — eine Ausnahme macht nur die Aufzeichnung vom 9. Juli, Kap. CCXXVIII, Nr. 10598 —, sehr schwierig gewesen sein, auch nur ein dürftiges Weißbuch aus den deutschen Akten zusammenzustellen. Auf französischer Seite lagen die Dinge ganz anders, da Botschafter Cambon naturgemäß über seine zahlreichen Konferenzen mit Kiderlen eingehend nach Paris berichtete und entsprechend eingehend von dort instruiert wurde.

** Sie sind ersichtlich aus Cambons Bericht vom 27. September 1911, französisches Gelbbuch: Affaires du Maroc VI, p. 538s.

*** Französisches Gelbbuch: Affaires du Maroc, VI, p. 540ss.

† Vgl. Kap. CCXXVI, Nr. 10508, Fußnote.

Nr. 10749

Der Botschafter in Paris Freiherr von Schoen an den Reichskanzler von Bethmann Hollweg

Ausfertigung

Nr. 416 Paris, den 28. September 1911

Bei meiner letzten Begegnung mit Herrn de Selves sprach dieser mir die zuversichtliche Hoffnung aus, daß seine vom Ministerrat gutgeheißenen Vorschläge zu den wenigen noch strittigen Punkten des Marokkoabkommens Euerer Exzellenz Zustimmung finden würden, und daß damit die ganze Sache mit Ausnahme der noch zu regelnden Frage der territorialen Abtretungen erledigt sei. Eine namhafte Meinungsverschiedenheit habe im letzten Stadium eigentlich nur noch in der Frage der Gerichtsorganisation bestanden. Französischerseits könne man unserem Wunsche der Errichtung gemischter Gerichte nach ägyptischem Muster nicht zustimmen, da solche mit dem Wesen des Protektorats schwer vereinbar seien. Die ausdrückliche Erwähnung, daß für die Gerichtsorganisation die Grundsätze der französischen Justiz maßgebend sein sollen, halte er für unerläßlich, um nicht der parlamentarischen Opposition das Angriffsobjekt einer Unklarheit und Lücke zu bieten.

Mit dieser Opposition, meinte der Minister, werde die Regierung nach neueren Wahrnehmungen überhaupt nicht leichtes Spiel haben, namentlich in der Frage der Landabtretung, mit welcher es den französischen Gemütern überaus schwer falle sich abzufinden. Er werde daher in diesem Punkte unmöglich weiter gehen können, als er wiederholt zu erkennen gegeben habe, ja er fürchte sogar bereits weiter gegangen zu sein, als die öffentliche Meinung es gutheißen werde. Er werde selbstverständlich aufs ernsteste bemüht sein, die zu erwartenden parlamentarischen Widerstände zu überwinden, und zwar mit dem Hinweis darauf, daß es ihm darauf angekommen sei, durch Abschluß eines Abkommens mit uns, bei dem es ni vainqueurs ni vaincus gebe, die Marokkofrage als Reibungsfläche ein für allemal aus der Welt zu schaffen und an Stelle des wenn auch nicht feindseligen, so doch frostigen Nebeneinanderlebens einen Zustand vertrauensvollen Verstehens zu setzen.

Ich habe dem Minister erwidert, auch die Kaiserliche Regierung habe auf öffentliche Meinung und Parlament Rücksicht zu nehmen. Die Schwierigkeiten seien in dieser Beziehung bei uns nicht geringer, vielleicht erheblicher wie in Frankreich, weil vielerlei Wünsche und Erwartungen unerfüllt bleiben würden. Auch bei uns sei es der Gedanke einer endlichen vollkommenen Lösung der Marokkofrage und der Klärung unserer Beziehungen zu Frankreich, der über manche Bedenken hinweghelfen müsse. Gerade das Streben nach diesem Ziele lege uns aber die Verpflichtung auf, nicht nur auf einen jede weitere Reibung ausschließenden Ausgleich in Marokko selbst bedacht zu sein, sondern auch auf eine

dem Frankreich zufallenden Machtzuwachs entsprechende territoriale Kompensation.

Wie ich unter der Hand aus Kreisen höre, die mit dem Ministerpräsidenten Fühlung haben, ist auch Herr Caillaux neuerdings nicht ohne Besorgnis, ob es ihm gelingen werde, die parlamentarischen Widerstände gegen die Landabtretungen in dem Umfange, in dem sie uns bis jetzt zugesagt sind, zu überwinden. Herr Caillaux war bekanntlich persönlich nicht abgeneigt, in den Zugeständnissen an uns südlich von Kamerun weiter zu gehen wie Herr de Selves, der mir immer wieder erklärt hat, bis an die äußerste Grenze des Möglichen gegangen zu sein. Der Ministerpräsident soll jetzt selbst in der Auffassung dessen, was er für möglich hält, schwankend geworden sein und sich der Hoffnung hingeben, daß unsere Forderungen über das Zugesagte nicht hinausgehen werden.

Wenngleich ich diesen Erwägungen der französischen Regierung nicht jedes Gewicht absprechen möchte, so fällt es mir doch schwer anzunehmen, daß Frankreich es darauf ankommen lassen sollte, die Verständigung an der Frage der Ausdehnung der Kongokompensationen scheitern zu lassen. Ebenso halte ich für ausgeschlossen, daß das Parlament einem von der Regierung mit uns vereinbarten Abkommen die Zustimmung versagen sollte. Für nicht unwahrscheinlich erachte ich es dagegen, daß das Ministerium Caillaux nach Gutheißung des Abkommens durch die Kammern trotzdem wegen desselben, wenn auch äußerlich aus anderem Anlaß, zu Fall gebracht werden könnte. Mir scheint, daß die Haltung der Herren Caillaux und de Selves von diesem Gesichtspunkte aus beurteilt werden muß.

v. Schoen

Nr. 10750

Der Staatssekretär des Auswärtigen Amtes von Kiderlen an den Rat im Kaiserlichen Gefolge Gesandten Freiherrn von Jenisch, z. Z. in Rominten

Telegramm. Entzifferung

Nr. 56 Berlin, den 29. September 1911

Nach Drahtmitteilung Agadirer Vertreters von Warburg-Hamburg haben in Agadir lebende Franzosen am 27. d. Mts. auf Bastion unter Gewehrsalven französische Flagge gehißt[1]. Ich habe daraufhin Kaiserlichem Botschafter Paris folgende telegraphische Weisung erteilt*:

„Bitte dortiger Regierung Vorgang mitteilen und hinzufügen, wir nähmen selbstverständlich an, daß es sich um übermütigen Streich von Privatpersonen handele und französischer Konsul Mogador** nicht beteiligt. Indessen würde unsere öffentliche Meinung bei Bekanntwerden Vorgangs

---

* Telegramm nach Paris Nr. 185 vom 28. September.
** Marc.

in große Erregung geraten, und wir glaubten Erwartung Ausdruck geben zu dürfen, daß französische Regierung, die bei gegenwärtigem Stande Verhandlungen sicher ebenso wie wir jede Reibung vermieden sehen wünsche, Angelegenheit redressiert und durch Konsul Mogador Niederholung Flagge herbeiführt.

Drahtbericht.

Zu Euerer Exzellenz persönlicher Information:

Sollte Flaggenhissung wider Erwarten auf Veranlassung französischen Konsuls Mogador erfolgt sein, so müßten wir Vorgang als Provokation[2] ansehen[3]".

Außerdem habe ich Cambon mündlich nahegelegt, dafür zu sorgen, daß Angelegenheit auf das rascheste redressiert wird, damit Vorgang und seine Redressierung womöglich gleichzeitig in Presse bekannt wird. Cambon hat zugesagt, sein Bestes tun zu wollen.

Von Paris frühestens Antwort heute abend zu erwarten.

Meldung Warburgschen Vertreters wurde inzwischen von Kommandanten S. M. S. „Berlin" bestätigt, der von unserer Demarche in Paris telegraphisch durch Vermittlung Admiralstabs verständigt worden ist.

Bitte Euer Hochwohlgeboren von vorstehendem Seiner Majestät dem Kaiser und Könige Meldung erstatten.

Soeben geht folgendes Telegramm aus Paris ein*:

„Herr de Selves war bereits von Cambon informiert und hatte Konsul Mogador beauftragt, Zwischenfall in Agadir aufzuklären und Flagge niederzuholen.

Französische Regierung hat keinerlei Nachrichten über Zwischenfall, nimmt vorläufig an, daß es sich um unpassende private Ausschreitung handele. Beteiligung Konsuls Mogador sei ausgeschlossen."

Kiderlen

Randbemerkungen Kaiser Wilhelms II.:

[1] Dämlicher Schuljungenstreich!

[2] Unsinn!

[3] Nein! Consuln erliegen zuweilen dem furor Consularis, und handeln ohne Befehle. Sobald Regierung ihn desavouirt event[uel]l absetzt ist die Sache erledigt! In diesem Augenblick** wegen solcher Dummheit mit dem Säbel rasseln zu wollen, ist geradezu unerhört! Das wäre Erstens genau das thun worauf England seit Monaten gelauert um casus foederis et belli zu haben und zweitens sind meine Reserven entlassen, die Flotte aufgelöst, in die verschiedenen Häfen zur Reparatur gegangen, die Torp[edo]boots Flotillen außer Dienst gestellt. Alles im Einverständniß mit dem vorher befragten Reichskanzler! Moltke ist in Italien auf Urlaub oder in Ungarn auf Jagd! Also ist dieser Moment der allerdümmste gewählt um eine Provocation zu construiren. Wahrscheinlich steckt der Englische Consul, wenn überhaupt einer, dahinter.

W.

---

* Telegramm Freiherr v. Schoens Nr. 294 vom 29. September.

** Der Kaiser hat bei den Worten „in diesem Augenblick" wohl vor allem den am gleichen Tage erfolgenden Ausbruch des italienisch-türkischen Kriegszustandes im Auge, der ihn mit schweren Besorgnissen im Hinblick auf die Wahrung des Weltfriedens er-

Nr. 10751

Der Rat im Kaiserlichen Gefolge Gesandter Freiherr von Jenisch, z. Z. in Rominten, an das Auswärtige Amt

Telegramm. Entzifferung

Nr. 70 Rominten, den 30. September 1911

Antwort auf Telegramm Nr. 56 vom 29. d. Mts.*

Seine Majestät der Kaiser will den Zwischenfall in Agadir nicht als Provokation aufgefaßt wissen. Allerhöchstderselbe hält es für wahrscheinlich, daß, wenn überhaupt ein Konsul, der englische** dahinter stecke.

Ausführliche Randbemerkungen folgen heute per Post.

Jenisch

Nr. 10752

Der Botschafter in Paris Freiherr von Schoen an das Auswärtige Amt

Telegramm. Entzifferung

Nr. 299 Paris, den 2. Oktober 1911

Minister des Auswärtigen teilt mir Inhalt telegraphischen Berichts Konsuls Mogador mit, wonach einige französische Privatpersonen in Agadir auf Nachricht des „Matin"-Korrespondenten, daß deutsch-französische Verständigung perfekt, ihre Freude durch Hissen der Flagge kundgegeben. Konsul sei gänzlich unbeteiligt und habe Niederholen der Flagge veranlaßt.

Schoen

füllte und ihm den Gedanken nahelegte, den Abschluß des Marokkoabkommens so rasch wie möglich herbeizuführen und dann eine Entente mit Frankreich abzuschließen, in welcher beide Mächte im Falle eines ausbrechenden Balkan- beziehungsweise Weltbrandes sich gegenseitig unterstützen und gemeinsam für die Eindämmung des Feuers eintreten wollen." Der Kaiser zeigte sich damals ganz von dem Gedanken erfüllt, zu einer Einigung mit Frankreich — nicht mit England — zu kommen. Vgl. dazu Bd. XXX, Kap. CCXXXII, Nr. 10843 ff. Der Wunsch des Kaisers nach einem friedenstiftenden Zusammengehen scheiterte daran, daß die französische Regierung sich mit Rücksicht auf ihr Tripolisabkommen mit Italien außerstande erklärte, im derzeitigen Stadium in Rom zu intervenieren.

* Siehe Nr. 10750.

** Johnstone.

Nr. 10753

Der Staatssekretär des Auswärtigen Amtes von Kiderlen an den Botschafter in Paris Freiherrn von Schoen

Telegramm. Eigenhändiges Konzept

Nr. 190 Berlin, den 3. Oktober 1911

Ew. wollen Minister des Äußern aufs neue darauf hinweisen, wie sehr durch die dortigen fortgesetzten Indiskretionen, die der abgemachten Diskretion flagrant widersprechen, die Verhandlungen erschwert werden.

(Ich weise unter vielem anderen auf Artikel von Raymond Recouly in „Figaro" vom 1.* hin.)

Kiderlen

Nr. 10754

Der Staatssekretär des Auswärtigen Amtes von Kiderlen an den Botschafter in Paris Freiherrn von Schoen

Telegramm. Eigenhändiges Konzept

Nr. 192 Berlin, den 4. Oktober 1911

Herr Cambon hat heute neue Antwort in Marokkosache gebracht**. Euere pp. bitte ich, Herrn de Selves nicht zu verhehlen, daß wir peinlich berührt sind zunächst davon, daß die neuen Fordrungen Frankreichs jedem internationalen Usus zuwider dort vorher in Presse veröffentlicht worden sind, und zwar in einem auf die Notwendigkeit unseres Nachgebens hinweisenden Ton. Zweitens sind wir unangenehm überrascht, daß französische Regierung in diesem letzten Stadium noch neue Fordrungen aufstellt, die selbst ihr eigener, ausschließlich von ihr verfaßter erster Entwurf nicht enthielt. Dahin gehört Schiedsgerichtsfrage und Aufhebung des Spezialkomitees für öffentliche Arbeiten.

Ebenso sind stilistische Ändrungen schon vereinbarter Texte geeignet, Mißtrauen zu erregen. Letzteres gilt namentlich auch von Weigrung in Artikel 7, unter diejenigen, die Schienenstränge legen dürfen, die „exploitations agricoles" aufzunehmen. Der Einwand, daß kleinen Farmen solches Recht nicht zugestanden werden kann, wird hinfällig dadurch, daß es sich ja um Bahnbau auf eigene Kosten handelt, der sich für kleine Besitzer von selbst verbietet. Wir fürchten, daß sich dahinter ein Mißwollen gegen deutschen Landerwerb in Marokko verbirgt.

Die Verschleppung der Verhandlungen, über die so viel geklagt wird, liegt bei diesem Verfahren gewiß nicht bei uns.

Kiderlen

* Der Artikel Recoulys „L'Etat exact des pourparlers" im „Figaro" vom 1. Oktober brachte ausführliche Mitteilungen über die Grundlagen der letzten Erörterungen zwischen Cambon und Kiderlen.

** Näheres darüber im französischen Gelbbuch: Affaires du Maroc VI, p. 552ss.

Nr. 10755

Der Staatssekretär des Auswärtigen Amtes von Kiderlen an den Botschafter in Paris Freiherrn von Schoen

Telegramm. Eigenhändiges Konzept

Nr. 193 Berlin, den 4. Oktober 1911

Stelle anheim, Telegramm Nr. 192* auch bei Vertrauensmann von Herrn Caillaux zu verwerten und ihn zu fragen, ob hiesiger Eindruck richtig sei, nach dem wir in erneuten Fordrungen und Textändrungen lediglich eine den Intentionen des Ministerpräsidenten zuwiderlaufende Verschleppungsabsicht des Auswärtigen Ministeriums sehen zu müssen glauben, die vielleicht infolge jetziger Ereignisse im Mittelmeer** Komplikationen und damit Scheitern der Verhandlungen erwarten. Wir würden in diesem Falle lieber gleich abbrechen.

Kiderlen

Nr. 10756

Der Botschafter in Paris Freiherr von Schoen an das Auswärtige Amt

Telegramm. Entzifferung

Nr. 300 Paris, den 4. Oktober 1911

Antwort auf Telegramme Nr. 190 und 192***.

Selves mißbilligte lebhaft Indiskretionen in hiesiger Presse, die ein aus hiesigen Gewohnheiten und Einrichtungen erwachsener, schwer ausrottbarer Übelstand seien. Er will indessen im morgigen Ministerrat mit allem Nachdruck strengste Diskretion fordern.

Selves bestreitet entschieden jegliche Verschleppungsabsicht, er wünsche vielmehr dringend baldigen Abschluß. Schiedsgerichtsgedanken habe er wegen günstiger Wirkung auf hiesige öffentliche Meinung lediglich zur Erwägung gestellt. Er betrachte ihn nicht als conditio sine qua non, namentlich nachdem ich ihm dargelegt habe, daß Wirkung bei unserer öffentlichen Meinung gegenteilig sein würde.

Gegenüber dem uns gemachten Zugeständnis, außer einem Franzosen und einem Marokkaner einen dritten internationalen Mann in das Spezialkomitee hereinzunehmen, habe er durch den beantragten Zusatz auf temporären Charakter Spezialkomitees (Artikel 66 Algecirasakte) hinweisen wollen. Aufhebung des Spezialkomitees sei an sich nicht beabsichtigt.

Die Fassung hinsichtlich „exploitations agricoles" entspreche der

---

* Siehe Nr. 10754.

** Gemeint ist der Ausbruch des italienisch-türkischen Krieges (29. September).

*** Siehe Nr. 10753 und 10754.

französischen Gesetzgebung. Jeglicher Hintergedanke sei ausgeschlossen. Deutscher Grunderwerb erscheine vielmehr zur Entwickelung des Landes erwünscht.

Schoen

Nr. 10757

Der Erste Sekretär bei der Botschaft in Paris Freiherr von der Lancken an den Vortragenden Rat im Auswärtigen Amt Freiherrn Langwerth von Simmern

Eigenhändiger Privatbrief

Paris, den 3. Oktober 1911

Fondère, Spitzer und Günzbourg bestellten mir kürzlich nach einander von Caillaux, er hege sehr ernste Befürchtungen, eine Gebietsabtretung im Kongo, welche den bei Frankreich verbleibenden Rest der Kolonie in zwei getrennte Stücke zerschneide, würde hier im Parlament nicht durchzusetzen sein. Caillaux wünsche daher dringend, Deutschland möge Frankreich, und zwar lediglich pour sauver sa face, also in ganz geringer Breite, einen Verbindungsstreifen längs des Ubangi belassen. Dafür würde Frankreich gern an anderen Stellen Gebietszugeständnisse machen, die weiter gingen, wie dies vor der Verhandlungsunterbrechung in Aussicht genommen war. Spitzer meinte, Frankreich würde uns unter anderem auch zur Erwerbung von Spanisch-Guinea verhelfen! Fondère verwies wie schon einmal auf Obok, das Frankreich uns abtreten könne. Beide sagten, natürlich würden wir jederzeit und an jedem uns genehmen Punkte mit Eisenbahnbauten den Frankreich zu belassenden Streifen durchschneiden dürfen und das dazu erforderliche Gelände dann auch in deutschen Besitz überwiesen erhalten. Spitzer erwähnte ferner noch als französische Konzession geheime Zusicherungen betreffend Belgisch-Kongo. Zu einer geheimen Teilung schon jetzt wollten es ja leider die Engländer nicht kommen lassen.

Ich habe, ohne mich auf Einzelheiten einzulassen, sehr bestimmt betont, daß wir von den uns bereits im August zugestandenen Grenzen unbedingt nichts ablassen würden. Im Gegenteil verlangten wir meines Wissens nach wie vor noch dazu die Ogowe—Alima-Linie. Wenn Frankreich jetzt, wo wir uns in Marokko entgegenkommend gezeigt hätten, seine früheren Zusagen nicht honorieren wolle, so müsse das unweigerlich auch in diesem Stadium noch den Abbruch der Verhandlungen zur Folge haben.

Nachdem Fondère diese Antwort an Caillaux überbracht hatte, war er heute wieder bei mir, um mir zu sagen, die französische Regierung werde ihr Wort halten und die Konsequenzen tragen. Der deutsch-französische allgemeine Ausgleich jedoch mit seinen mancherlei günstigen

Folgen, worauf wir doch beide hinarbeiteten, werde kaum eintreten, denn es würden hier recht feindselige Gefühle gegen uns zurückbleiben. Von sich aus setzte Fondère hinzu, die damaligen Zusagen an uns seien erfolgt unter der bestimmten Voraussetzung der Abtretung des Entenschnabels. Sollten wir etwa in dieser Hinsicht doch noch Schwierigkeiten machen, so würden wir damit den Franzosen die Möglichkeit geben, ihrerseits die Verhandlungen abzubrechen.

Ich entgegnete, daß ohne jeden Zweifel der eigene Vorteil der Franzosen diese verhindern würde, durch Intransigenz im Kongo das für sie so günstig ausgefallene Marokkoabkommen in Frage zu stellen.

Fondère und Spitzer erklärten — und das gleiche hört man von anderer Seite — Caillaux werde, wenn er den partage des Kongo gewähre, unweigerlich gestürzt werden, allerdings erst nach Ratifizierung des Abkommens. pp.*

O. Lancken

Nr. 10758

Der Botschafter in Paris Freiherr von Schoen an das Auswärtige Amt

Telegramm. Entzifferung

Nr. 304 Paris, den 8. Oktober 1911

M. Caillaux hat durch Mittelsmann folgendes sagen lassen:

Er lege dringend Wert darauf, daß auch über Kongo baldigst Verständigung zustandekommt. Seine Ministerpräsidentschaft gehe wohl ihrem Ende entgegen; denn wenn Verständigung bei Kammerzusammentritt perfekt sei, trage er sich mit Gedanken, gleichzeitig mit Einbringung Abkommens zu erklären, daß er mit dessen Annahme seine Aufgabe als erledigt betrachte und zurücktreten werde. Sei das Abkommen bei Kammerzusammentritt nicht perfekt, so werde vermutlich ein Ministerium Clemenceau seine Erbschaft antreten, welches natürlich wesentlich weniger entgegenkommend gegen Deutschland . . .** werde. Eine dritte Möglichkeit liege für ihn darin, daß er vor Parlamentsbeginn Verhandlungen abbräche. Im letzteren Falle würde er wahrscheinlich am Ruder bleiben, da namhafte Politiker die Verantwortung der Lage dann scheuen würden. Wir möchten doch dieser innerpolitischen Zersplitterung Rechnung tragen und nicht auf Zweiteilung französischer Kongokolonie bestehen.

Ich habe M. Caillaux antworten lassen, daß wir triftige Gründe hätten, bei unseren Forderungen unbedingt zu bleiben.

Darauf hat M. Caillaux heute folgendes sagen lassen: Eine Abtrennung Zentralafrikas von Gabon, wie er sie im August ins Auge gefaßt

---

* Der Schluß des Briefes betrifft Einzelheiten über die im Kongo berechtigten französischen Konzessionsgesellschaften.

** Zifferngruppe fehlt.

hatte, könne er jetzt infolge der Agitation der Kolonialpolitiker nicht mehr durchsetzen*. Er wäre bereit, statt dessen im Süden und im Osten Kameruns (letzter Artikel Puttkamers in „Tägliche Rundschau“**) wesentlich mehr zu geben.

Ich bin Mittelsmann gegenüber absolut bei unserer Ablehnung geblieben. Vielleicht empfiehlt es sich zunächst Franzosen bezüglich ihres früheren Kongoangebots beim Wort zu nehmen, weil M. Caillaux dadurch in eine so schwierige Lage käme, daß er sehr gefügig werden müßte. Auch im Falle Abbruchs der Verhandlungen könnte dann niemand uns die Schuld zuschreiben.

Engere Marokkoverhandlungen hält M. Caillaux jetzt für völlig erledigt.

Schoen

Nr. 10759

Der Botschafter in Paris Freiherr von Schoen an das Auswärtige Amt

Telegramm. Entzifferung

Nr. 306 Paris, den 9. Oktober 1911

Auch Herr de Selves hält, wie er mir eben sagte, baldig . . .*** Marokkoverhandlungen so gut wie erledigt und wünscht dringend baldige Gesamtverständigung im Interesse der allgemeinen Politik und gelegentliches Zusammengehen in anderen Fragen.

Schoen

Nr. 10760

Der Botschafter in Paris Freiherr von Schoen an das Auswärtige Amt

Telegramm. Entzifferung

Nr. 309 Paris, den 10. Oktober 1911

M. Caillaux läßt mir sagen, daß er vor heutigem Ministerrat sich auf folgenden Standpunkt stellen werde. Französische Regierung könne nicht wortbrüchig werden und müsse daher wohl oder übel ihre Anerbietung vom Sommer im wesentlichen aufrecht erhalten. Da jedoch Frankreich beim

---

* Auch Iswolsky bemerkt in einem Telegramm an seinen Londoner Kollegen vom 8. Oktober, der schleppende Gang der Verhandlungen habe dahin geführt, daß in Frankreich eine tätige Agitation gegen territoriale Abtretungen entstanden sei; namentlich protestiere die öffentliche Meinung gegen die Abtrennung des rechten Ufers des Kongo und gegen die Trennung Gabons von Ubangi. Der diplomatische Schriftwechsel Iswolskis, ed. Fr. Stieve, I, S. 156f. Am 11. Oktober bemerkt Iswolsky des weiteren (das. S. 158): „Die Agitation gegen Abtretungen wird von Politikern wie Clemenceau und Briand gefördert.“

** Vermutlich handelt es sich um den in der Nummer vom 19. August mit der Überschrift „Kompensationen“ erschienenen Artikel Gouverneur von Puttkamers.

*** Zifferngruppe unverständlich.

Marokkostatut in namhaften Punkten habe nachgeben müssen (hauptsächlich: Fallenlassen dreißigjähriger Beschränkung und Annahme deutscher Bergwerks . . .* Forderungen), sei Verlangen zu rechtfertigen, daß auch Deutschland in Kongofrage einiges Entgegenkommen zeige. So denke er, daß Deutschland sich damit einverstanden erklären werde, daß Frankreich zwecks Aufrechterhaltung Verbindung zwischen seinen Gebieten sich von Belgien Geländestreifen auf linkem Ubangi- und Kongoufer pachtweise übertragen lasse. (Caillaux ließ hinzufügen, wenn Deutschland zustimme, würde Einigung mit Belgien binnen drei Tagen erfolgen. Mittelsmann andeutete, daß Angelegenheit persönlich zwischen Caillaux und belgischem Ministerpräsidenten** bei dessen Hiersein verhandelt wurde.)

Ich habe jedes Eingehen auf diesen Punkt vermieden, nur betont, daß meines Wissens deutsche Regierung jederlei Durchzugsfreiheit nach Tschadterritorium zu gewähren bereit sei. Im übrigen hob ich in bestimmter Weise hervor, daß beim Marokkostatut unsere Konzessionen die französischen stark überstiegen, wozu noch trete, daß dank französischer Presse öffentliche Meinung Überzeugung gewonnen habe, wir allein hätten überall nachgegeben. Daher müßten wir im Kongo zum mindesten bei unseren früheren Forderungen verbleiben.

Caillaux ließ schließlich nochmals Sprache auf Togoabtretung bringen, wofür Frankreich ganzes Ubangi-Schari-Gebiet und Alima-Grenze geben würde. Habe dies natürlich kurzerhand völlig abgewiesen und geraten, mit ähnlicher Ideenverwirrung nicht mehr hervorzutreten.

Zu belgischem Pachtgeschäft erwähne noch, daß Caillaux sagen ließ, in Abkommen mit uns solle für Fall Teilung belgischen Kongos Pachtvertrag als hinfällig erklärt werden.

Marokkoverhandlungen betreffend glaubt Caillaux nach heutigem Ministerrat endgültig französisches Einverständnis an Cambon telegraphieren zu können.

Schoen

Nr. 10761

Der Reichskanzler von Bethmann Hollweg an Kaiser Wilhelm II., z. Z. in Hubertusstock

Telegramm. Konzept von der Hand des Staatssekretärs von Kiderlen

Nr. 76 Berlin, den 11. Oktober 1911

Der erste auf Marokko bezügliche Teil des Abkommens mit Frankreich ist heute paraphiert worden. Die Wiederaufnahme des auf den Kongo bezüglichen Teils beginnt dieser Tage***.

---

* Zifferngruppe unverständlich.

** de Broqueville.

*** Vgl. dazu den ausführlichen Brief Kiderlens an Frau de Jonina vom 12. Oktober, der zugleich einen Rückblick auf das erste Stadium der Verhandlungen über das Abkommen

Den Text des fertigen Teils des Abkommens werde ich die Ehre haben Euerer Majestät vorzulegen.

Alleruntertänigst

v. Bethmann Hollweg

Nr. 10762

Der Staatssekretär des Auswärtigen Amtes von Kiderlen an den Botschafter in Paris Freiherrn von Schoen

Telegramm. Eigenhändiges Konzept

Nr. 201 Berlin, den 11. Oktober 1911

Bitte Herrn von Schwabach dort Bristol Hotel anheimzustellen, gegenüber Caillaux von sich aus zu sagen, er glaube, auf eine Aufgabe Kongogrenze würden wir uns nie einlassen, während wir gegen Pachtungen von Belgien unter angegebenen Bedingungen sicher kaum Einwendungen hätten.

Kiderlen

Nr. 10763

Der Chef des Bankhauses Bleichröder und Co. Paul von Schwabach, z. Z. in Paris, an den Staatssekretär des Auswärtigen Amtes von Kiderlen

Eigenhändiger Privatbrief

Paris, den 11. Oktober 1911

M. Caillaux hat heute den Herrn von Gunzbourg zu mir geschickt. Gunzbourg sollte mir noch einmal zu Gemüte führen, wie dringend es zu wünschen wäre, den Abschluß der Verhandlungen zu beschleunigen. Dann überbrachte Gunzbourg einen neuen Gedanken, wie die Zerschneidung der französischen Kongokolonie zu vermeiden wäre, nämlich: Frankreich soll einen am Fluß befindlichen Streifen behalten, innerhalb dessen Deutschland Enklaven als Besitz erhielte. (Wie steht es nun mit der Verbindung solcher Enklaven zu dem übrigen deutschen Gebiet?) — In der gestrigen Unterhaltung hatte M. Caillaux nebenhin bemerkt, daß in einem früheren Stadium die Abtretung des Entenschnabels an Frankreich in Aussicht genommen worden sei. Er war nicht darauf zurückgekommen, nachdem ich ihm gesagt hatte, ich hätte in Berlin von einer Bereitwilligkeit zu solcher Konzession nichts vernommen. Heute ließ mir M. Caillaux nun sagen, er lege großen Wert darauf, den Entenschnabel

---

und einen Ausblick auf das Endstadium gibt, dessen Darlegungen, insbesondere über den Nebenzweck der Agadiraktion aber mit Vorsicht aufzunehmen sind; ferner den Bericht des belgischen Gesandten in Berlin Baron Greindl vom 12. Oktober (Deutsches Weißbuch: Belgische Aktenstücke 1905—1914, S. 95), der den Stand der Frage von neutralem Gesichtspunkt aus objektiv darlegt.

zu erhalten, und auch darauf, daß in dem Vertrage une rectification de frontière in Togo zugesagt würde. Er möchte seinen Landsleuten sagen, daß nicht eine einfache Abtretung, sondern ein Austausch von Gebieten stattgefunden habe. — Ich glaube ganz gewiß, daß der Ministerpräsident gern abschließen will; er nahm mit großem Vergnügen die Worte hin, die mir Ew. Exzellenz souffliert hatten: „Celui qui donnera à la France le protectorat de Maroc sera un de ses grands hommes". Aber andrerseits fürchtet er offenbar für seine Stellung, nicht nur aus egoistischen Gründen, sondern in Sorge darüber, was dann werden soll, wenn diese Verhandlungen scheitern. Allerdings begeht er den Fehler, daß er immer wieder des Vorhandenseins einer deutschen öffentlichen Meinung vergißt.

Paul Schwabach

Nr. 10764

Der Botschafter in Paris Freiherr von Schoen an das Auswärtige Amt

Telegramm. Entzifferung

Nr. 311 Paris, den 12. Oktober 1911

Höre von ganz verschiedenen Seiten, daß belgische Regierung Verpachtung Kongostreifens an Frankreich ablehnt. M. Caillaux hat schon gestern Mittelsmann zugegeben, daß er diesbezüglich zu optimistisch war. M. Caillaux sucht gegenwärtig nach anderen Kombinationen, welche Abtretung der Flußufer an uns hiesiger Öffentlichkeit annehmbar erscheinen lassen könnten.

Schoen

Nr. 10765

Der Botschafter in Paris Freiherr von Schoen an das Auswärtige Amt

Telegramm. Entzifferung

Nr. 313 Paris, den 14. Oktober 1911

Caillaux hat Mittelsmann gesagt, endgültig sei Pachtgeschäft von Belgien nicht abgelehnt worden. Allerdings habe erste Rückäußerung auf französische Anfrage sehr wenig ermutigend gelautet. Mittelsmann glaubt, obwohl Caillaux reserviert war, daß mit Belgien weiter verhandelt wird.

Schoen

Nr. 10766

Der Botschafter in Paris Freiherr von Schoen an das Auswärtige Amt

Telegramm. Entzifferung

Nr. 317 Paris, den 18. Oktober 1911

De Selves ließ mich zu sich bitten, um im Augenblick Wiederaufnahme Kongoverhandlungen mich darauf hinzuweisen, wie dringend erwünscht im Interesse des künftigen deutsch-französischen Zusammengehens es sei, daß Abkommen in Form zustandekäme, die in französischem Empfinden keinen Stachel zurücklasse. Er bat mich, ihm offen zu sagen, aus welchen Gründen wir auf Ubangigrenze beständen. Alle Zwecke, die wir bei Berührung belgischer Grenze im Auge hätten, könnten uns auf andere Weise vertragsmäßig sichergestellt werden. Beispielsweise würde bezüglich Baus von Eisenbahnen Frankreich uns jede Sicherheit gewähren. Außerdem könnte man uns in Geheimvertrag Frankreichs Unterstützung zusagen für gewisse Eventualitäten, welche der deutschen Politik bezüglich belgischen Kongos vorschweben sollten.

Ich habe erwidert, meines Wissens sei es ausgeschlossen, daß wir auf die uns im Sommer in Aussicht gestellte Grenze verzichten würden. Es sei uns dies um so schwerer gemacht, als durch Indiskretionen in französischer Presse Anschein entstanden sei, als hätten bei den engeren Marokkoverhandlungen wir überall nachgegeben. Solle das Abkommen der Besserung der deutsch-französischen Beziehungen dienen, so dürfe bei uns noch viel weniger ein Stachel zurückbleiben; denn da wir in Marokko lediglich die Gebenden wären, müßten wir im Kongo einen auch äußerlich klar erkennbaren Gegenwert erhalten. Ich sei zwar bereit, über seine Eröffnungen zu berichten, könne mir aber kaum denken, daß sie zu einer Änderung unserer Stellungnahme führen würden.

Schoen

Nr. 10767

Der Staatssekretär des Auswärtigen Amtes von Kiderlen an den Botschafter in Paris Freiherrn von Schoen

Telegramm. Konzept von der Hand des Vortragenden Rats Freiherrn Langwerth von Simmern

Nr. 208 Berlin, den 21. Oktober 1911

Auf Telegramm Nr. 317*.

Zu Euer pp. Orientierung.

Habe Cambon folgendes als äußerstes Entgegenkommen bezeichnet**. Wir verzichten auf Teilstrecke an Ubangi französische Ab-

* Siehe Nr. 10766.

** Vgl. Cambons Bericht vom 21. Oktober 1911, französisches Gelbbuch: Affaires du Maroc VI, 588s.

tretung, jedoch so, daß wir an Kongo herankommen und weiter nördlich an Ubangi. Von dort gerade Linie zu Entenschnabel, von dem wir nur Unbedeutendes zedieren. Außerdem französischerseits Abtretung weiteren Distrikts westlich Sanga.

Kiderlen

Nr. 10768

Der Botschafter in Paris Freiherr von Schoen an das Auswärtige Amt

Telegramm. Entzifferung

Nr. 322 Paris, den 21. Oktober 1911

Herr de Selves sagt mir, er wisse der Kaiserlichen Regierung für Eingehen auf neue französische Kompensationsvorschläge unter Berücksichtigung der hier entstandenen Schwierigkeiten warmen und bleibenden Dank. Mit großer Befriedigung betrachte er nunmehr, abgesehen von einigen unschwer zu erledigenden Einzelheiten, Verständigung als gesichert, so zwar, daß er durch Herrn Cambon Mitteilung des baldigen . . .* Marokkoabkommens an Mächte anregen lassen will.

Schoen

Nr. 10769

Der Staatssekretär des Auswärtigen Amtes von Kiderlen an den französischen Botschafter in Berlin Jules Cambon

Abschrift**

Berlin, le 23 octobre 1911

Je m'empresse de vous rendre, avec mes meilleurs remercîments, la lettre de M. Caillaux que vous avez eu la bonté de m'envoyer***. Je n'ai pas manqué d'en donner lecture, comme vous avez bien voulu me le permettre, au Chancelier.

---

* Das Aktenstück trägt keinen Abgangsvermerk; es läßt sich daher nicht mit Sicherheit sagen, ob das Schreiben an Cambon gelangt ist.

** Eine Abschrift des Briefes von Caillaux ist nicht bei den Akten, ist aber von Kiderlen noch am 23. Oktober an Frau von Jonina gesandt und jetzt bei Caillaux (p. 359s.) abgedruckt worden. Die deutschen Akten über das letzte Stadium der Verhandlungen sind überhaupt ganz ungewöhnlich unergiebig. Aus der Zeit vom 23. Oktober bis 2. November liegen, obwohl während dieser Zeit die Konferenzen zwischen Kiderlen und Cambon andauerten, keinerlei Aufzeichnungen des Staatssekretärs, keinerlei Immediatberichte, keine orientierenden Erlasse oder Telegramme nach Paris vor. Die einzigen deutschen Schriftstücke, die einen Einblick in die Verhandlungen dieser Zeit gewähren, sind die endgültigen Entwürfe für die beiden Abkommen über Marokko und den Kongo und eine kritische Stellungnahme des Staatssekretärs des Reichskolonialamts von Lindequist zu denselben; den Text der Entwürfe siehe im französischen Gelbbuch: Affaires du Maroc VI, p. 593ss.; den Text der Lindequistschen Denkschrift in Nr. 10770.

*** Zifferngruppe verstümmelt.

Il m'autorise à vous dire combien il partage le désir de M. Caillaux d'arriver, par l'arrangement à conclure à une amélioration sensible des rapports entre nos deux pays. Il comprend et partage parfaitement le sentiment de Monsieur Caillaux que, pour arriver à ce résultat moyennant notre convention, il est essentiel qu'elle soit adoptée par les opinions des deux peuples.

Sous ce rapport il me semble qu'à Paris on ne tient peut-être pas assez compte de l'opinion chez nous; cette opinion ne s'est pas seulement manifestée dans les journaux, elle s'accentue visiblement dans tous les partis du Reichstag qui vient de se réunir.

Si M. Caillaux croit que l'opinion chez vous demande pour la deuxième partie de notre traité un échange de territoire, je dois vous rappeler que la base de nos pourparlers était dès le commencement que nous devions vous faire au Maroc des concessions et qu'en échange nous aurions des compensations sur le terrain colonial. Ce serait altérer la base même de notre accord si la France sans tenir compte de nos concessions marocaines, nous demandait pour ce qu'elle veut nous donner au Congo, un équivalent sur le territoire colonial. Il nous serait absolument impossible de renoncer à une compensation pour ce que nous vous donnons au Maroc, et que si par courtoisie et pour votre opinion publique, nous voulons bien admettre le mot „échange", cette expression doit être une fiction et non une réalité.

Je me flatte d'être d'accord avec vous quand je dis que nous avons fait au Maroc toutes les concessions que la France nous a demandées et pouvait nous demander. Nous n'avons pas hésité de vous reconnaître l'établissement de votre protectorat sur le Maroc, et nous vous avons accordé des demandes qui ne nous furent présentées qu'à la dernière heure et qui n'étaient pas contenues dans le premier texte rédigé exclusivement par le Gouvernement Français. Nous nous sommes en outre contentés de concessions moindres que celles qui nous avaient été offertes dès le commencement par le Gouvernement Français au sujet des compensations territoriales.

Je crois qu'en prenant en considération toutes les avances faites, au courant des négociations, par l'Allemagne à la France, le Gouvernement de la République n'insistera pas sur l'ordre d'idées qui semble avoir dicté la lettre de M. Caillaux. Je n'ai pas causé avec le chef du département des Colonies comme je vous l'avais promis. Je l'ai cru inutile si longtemps, qu'à Paris on persiste dans les idées développées dans la lettre que vous avez bien voulu me donner à lire. Si vous tenez, comme je le fais sincèrement, à finir et à finir vite, je vous prie de vouloir bien expliquer à votre Gouvernement la manière de voir que je vous ai soumise ci-dessus et qui est celle du chancelier. Nous ne saurions, sous aucune condition, laisser altérer la base essentielle et première de notre entente: compensation territoriale pour nos concessions au Maroc. Vous avez bien voulu me répéter à différentes reprises que les compensations dépendaient de l'étendu de nos concessions au Maroc. Là nous vous avons tout donné; nous avons

accepté une diminution sensible des offres faites par la France sur le terrain colonial. Nous ne pouvons rien ajouter à ce que nous avons concédé jusqu'ici. Je crois qu'il serait utile, dans l'intérêt de nos négociations, si vous ne laissiez subsister à cet égard aucun doute à Paris.

(gez.) A. Kiderlen

Nr. 10770

Der Staatssekretär des Reichskolonialamtes von Lindequist an den Staatssekretär des Auswärtigen Amtes von Kiderlen

Ausfertigung

Berlin, den 31. Oktober 1911

Euerer Exzellenz beehre ich mich die von Herrn Unterstaatssekretär Zimmermann mir übergebenen Entwürfe des französischen Botschafters, Herrn Cambon*, beiliegend zurückzusenden. Durch diese Vertragsentwürfe ist mir zum ersten Mal ein vollständiges Gesamtbild über die Marokkoverhandlungen, soweit sie sich auf die Kompensationsfrage beziehen, gegeben worden, und ich bin erst dadurch in die Lage gesetzt worden, mir ein Gesamturteil über die Frage der Kompensationen zu bilden. Mein Urteil geht dahin, daß die durch diese Entwürfe geschaffene Basis vom Standpunkt der Kolonialverwaltung unannehmbar ist. Der Vertrag, der eine Kompensation für die unsrerseits Frankreich in Marokko eingeräumten Vorteile enthalten sollte, steht nicht einmal in sich. Er ist vielmehr für uns, nur für sich allein betrachtet, so ungünstig, daß ich ihn vom Standpunkt meines Ressorts ablehnen muß und mich nicht in der Lage sehe, die Verantwortung und entsprechend die Mitvertretung zu übernehmen.

Mein Urteil über die Hauptbestimmungen des Vertragsentwurfs — auf jede Einzelheit kann ich nicht eingehen — ist folgendes:

I. Wirtschaftlicher Wert von Land und Leuten

Es ist sehr zweifelhaft, ob der wirtschaftliche Wert der Gebiete, die Frankreich uns geben will, wenn man als Faktoren dieses wirtschaftlichen Wertes zunächst nur Land und Leute ansieht, dem Wert der Gebiete gleichkommt, die wir an Frankreich abtreten sollen. Wir sollen erhalten:

a) Einen kleinen Keil südlich des spanischen Munigebietes. Dieser Keil würde für uns nur für den Fall einen gewissen wirtschaftlichen Wert haben, daß Spanisch-Muni deutsch würde, und zwar deshalb, weil er uns das linke Muniufer gibt. Wir würden aber auch mit dem rechten Ufer allein auskommen. Ohne Spanisch-Muni ist der Keil trotz seiner Lage an der Küste wertlos, weil er bei seiner Gestalt nicht in wirtschaftliche Verwaltung genommen werden könnte.

b) Einen größeren Keil östlich des spanischen Munigebietes bis nördlich

* Vgl. Nr. 10769, Fußnote ***.

Ouesso. Dies Gebiet ist Urwald. Es ist auf seinen natürlichen Reichtum, Kautschuk, durch die Gesellschaft Ngoko-Sanga, der es ganz gehört, und zeitweise durch Kamerunfirmen im Wege des Raubbaus ausgebeutet worden. Es ist nicht stark bevölkert, und zwar wohnt dort der Stamm der Pahouins, die den Spaniern das Eindringen in ihr Gebiet verwehren und den Franzosen in der letzten Zeit fortgesetzt erhebliche Schwierigkeiten machen. Es hat keine direkte Verbindung zur Küste und kann via Sanga nicht ausgebeutet werden, wie das bisherige Fiasko der Gesellschaft Ngoko-Sanga beweist. Der wirtschaftliche Wert dieses Gebietes in der vorgeschlagenen Abgrenzung ist daher ein geringer.

c) Den von den beiden Flüssen Likuala und Likuala aux herbes begrenzten und vom Sanga durchflossenen, zum Kongo hinabreichenden Zipfel. Nach dem übereinstimmenden Urteil sämtlicher deutschen und französischen Kenner, insbesondere des kürzlich von dort zurückgekehrten Regierungsarztes Professor Haberer, ist dieser Zipfel ein großes Überschwemmungsgebiet, das nicht den geringsten Wert hat. Ein Blick auf die französische Karte zeigt, daß kaum eine Routenaufnahme durch dieses Gebiet geht, Eingeborenenansiedelungen sind so gut wie gar nicht verzeichnet, große Flächen sind als Sumpf markiert. An den Flußufern ist die Bevölkerung infolge der Schlafkrankheit nahezu verschwunden. Soweit das Land Kautschuk enthielt, ist es durch die Konzessionsgesellschaften im Wege des Raubbaus ausgebeutet.

d) Einen Streifen östlich der Kamerungrenze nordwärts bis zu den Tuburisümpfen. Dieses Gebiet zerfällt in zwei Teile, die Urwaldzone, die nördlich etwas über Kunde hinausreicht, und die Steppenzone weiter nördlich davon.

Von der Urwaldzone gilt im großen und ganzen dasselbe wie vom Sangazipfel. Im ganzen Tal des Sanga wütet die Schlafkrankheit. Das Land ist seit 1900 im Wege des Raubbaus ausgebeutet worden. Eingeborene sind wenig vorhanden. Was die Schlafkrankheit verschont hat, ist in den letzten Jahren infolge der Behandlung durch die Konzessionsgesellschaften großenteils abgewandert. In dem Teil, der an den Ubangi stößt, ist ein besonders starker Herd der Schlafkrankheit. Professor Haberer berichtet, daß gerade an dieser Stelle Dörfer, die früher volkreich waren, fast vollständig ausgestorben sind. Dasselbe gilt vom oberen Sanga, Nola, Fort Carnot usw.

Etwas nördlich Kunde geht der Urwald allmählich in Baumsteppe und noch weiter nördlich in Grassteppe über. Dieses Gebiet ist schwach bevölkert und enthält keine nennenswerten wirtschaftlichen Werte. Der beste Teil ist die Ecke bei Lere und Binder, wo die Bevölkerung etwas zahlreicher ist und einiges Rindvieh gehalten wird.

Hierfür sollen wir an Frankreich geben:

a) In Kamerun das sogenannte Zwischenstromland (zwischen Logone und Schari). Dies Land gehört im nördlichen Teil dem Sultan von Logone-Birni, im südlichen Teil ist es von den unter dem Sammelnamen Musgum bekannten Heiden bewohnt, einem Volksstamm von 250 bis 300000 Seelen, von dem die größere Hälfte auf dem rechten Logoneufer sitzt. Die Musgum treiben in dem äußerst fruchtbaren Schwemmland des Logone eine intensive Landwirtschaft und haben eine blühende Rindviehzucht. Professor Passarge, der aus eigener Anschauung zweifellos einer der besten Kenner Kameruns ist, rechnet das Zwischenstromland zu den fruchtbarsten Teilen von Afrika überhaupt.

Welche Schwierigkeiten die Verwaltung des deutsch bleibenden Teils von Musgum bei der dichten Besiedelung des Logoneufers mit Angehörigen eines und desselben Volksstammes machen würde, sei hier nur nebenbei erwähnt.

b) In Togo:

aa) Im Norden die Landschaft Pugno, wodurch ein tiefes Loch in die Nordgrenze des Schutzgebiets gerissen wird.

bb) In Tamberma einen Streifen dichtbevölkerten und fruchtbaren, in intensiver Kultur befindlichen Landes, wobei nach dem am Montag von Herrn Cambon überreichten Abänderungsvorschlag unklar ist, ob wir den für uns wichtigen Ort Dje-Gando behalten oder nicht.

cc) Östlich des Ogu eine große, fruchtbare Landschaft mit einer zahlreichen, fleißigen Bevölkerung. Durch diese Abtretung würde Togo, das an sich als wirtschaftliche Einheit eine Vergrößerung nötig hätte und bei seiner schmalen langen Gestalt eine Verbreiterung sehr wohl gebrauchen könnte, noch weiter verschmälert und wichtiger wirtschaftlicher Kräfte und einer für Togo verhältnismäßig großen Fläche guten Wirtschaftsbodens ohne irgendein Äquivalent beraubt.

Bemerkt wird hierbei, daß die Abtretung der Landschaft Pugno den bisherigen Vorschlägen widerspricht, während der unsererseits geforderte Zuwachs des Küstengebiets von Ague-Grand Popo fehlt.

Stellt man die auszutauschenden Gebiete einander gegenüber, so ergibt sich folgendes: Die Zahl der Eingeborenen, die wir verlieren, ist nach der bisherigen Kenntnis der in Frage kommenden Gebiete höher als die Zahl der Eingeborenen, die wir erhalten. Die Eingeborenen, die wir erhalten, sind in der Hauptsache eine wilde, unbotmäßige, arbeitscheue und von Schlafkrankheit durchseuchte und in ihrer Zahl dauernd abnehmende Buschbevölkerung, während wir fleißige, lebenskräftige Ackerbauer und Viehzüchter samt ihrem zahlreichen Rindvieh weggeben. Die Flächen, die wir erhalten, sind zwar um ein Mehrfaches größer als die,

die wir abtreten; was wir erhalten, ist jedoch teils völlig wertloses, teils nahezu wertloses Gebiet; was wir abgeben, ist fruchtbarer Ackerboden, der größte Teil sogar Boden von ganz hervorragender Fruchtbarkeit.

Zieht man die Bilanz hieraus, so ergibt sich, daß der von Frankreich vorgeschlagene Gebietsaustausch, allein nach dem wirtschaftlichen Wert von Land und Leuten bemessen, nach dem hier zur Beurteilung vorliegenden Material, anstatt uns ein Äquivalent für Marokko zu bieten, den Franzosen Vorteil, uns Nachteil bringt.

II. Besonders ungünstige Nebenumstände

Hierzu treten nun folgende besondere für uns ungünstige Nebenumstände:

1. Konzessionsgesellschaften

Das ganze uns angebotene Gebiet mit Ausnahme des schmalen Keils südlich Spanisch-Muni und des Steppengebiets nördlich von Kunde ist an Konzessionsgesellschaften vergeben. Die sehr weitgehenden Rechte dieser Konzessionsgesellschaften laufen bis 1930; bei einem Teil treten von 1920 ab einige Beschränkungen ein. Immerhin sind die Rechte bei allen Gesellschaften derart, daß in ihren Konzessionsgebieten die wirtschaftliche Entwickelung irgendeines anderen Unternehmens ausgeschlossen ist. Wir werden durch Übernahme des Gebietes das verderbliche Monopolsystem, von dem wir Kamerun mit großen Schwierigkeiten befreit haben, wieder in das Schutzgebiet hineinbringen. Die Allgemeinheit hätte von der Übernahme dieses Gebiets nichts, und zwar auch nicht nach Ablauf der Konzessionen; denn die Konzessionsgesellschaften werden dafür sorgen, daß bis dahin das einzig wertvolle der Gebiete, der Kautschuk, nicht mehr vorhanden ist, nachdem sie den Reichtum an Elfenbein durch rücksichtsloses Niederschießen der Elefanten bereits jetzt nahezu vernichtet haben.

Auf die wirtschaftlichen, politischen und rechtlichen Schwierigkeiten, die sich aus der Übernahme des Gebietes der Konzessionsgesellschaften besonders auch daraus ergeben, daß die Grenzlinie das Konzessionsgebiet der großen Compagnie Forestière Sanga-Ubangi in der Mitte durchschneidet, sei nur nebenher hingewiesen.

2. Schlafkrankheit

Es ist schon oben erwähnt, daß in großen Teilen des uns angebotenen Gebietes die Bevölkerung durch die Schlafkrankheit dezimiert worden ist. Der offizielle Bericht der französischen Schlafkrankheitskommission ergibt, daß die Schlafkrankheit überall herrscht, daß sie aber ihre Hauptherde an den Flußläufen entlang hat. Mit der Möglichkeit, die Schlafkrankheit erfolgreich zu bekämpfen, ist bei den dortigen natürlichen Verhältnissen nach dem heutigen Stande der Wissenschaft nicht zu rechnen. Die Bevölkerung wird wahrscheinlich in großen Teilen des Kompensationsgebietes gänzlich aussterben. Ein Tropenland, in dem

Eingeborene nicht existieren können, ist aber nicht mehr wert als ein Stück Wüste.

Sodann ist auf die Gefahr aufmerksam zu machen, die durch die Schlafkrankheit den Europäern droht. Nach zuverlässigen vertraulichen Nachrichten liegen zurzeit 35 Franzosen aus dem französischen Kongo im Institut Pasteur in Paris an Schlafkrankheit. Von deutscher kolonialärztlicher Seite wird es als ein Verbrechen bezeichnet, Weiße in diesen Gegenden zu stationieren. Der Sangazipfel und der Ubangizipfel (südlich Bangi) könnten aus diesem Grunde wahrscheinlich überhaupt nicht in Verwaltung genommen werden.

3. Ungünstige finanzielle Lage

Vom finanziellen Standpunkt ist der französische Vorschlag für uns außerordentlich ungünstig. Die unnatürliche Form der Grenzführung, auf die weiter unten noch näher einzugehen sein wird, die künstliche Verlängerung der Grenzen durch Anhängung der beiden Zipfel erschweren und komplizieren die Inverwaltungnahme des Gebietes, soweit sich eine solche überhaupt lohnt und möglich ist, insbesondere die Wahrnehmung der Zollgeschäfte außerordentlich. Die Verwaltung einschließlich der militärischen Besetzung würde schätzungsweise jährlich mehrere Millionen Mark Kosten verursachen, denen aus der Kopfsteuer, aus den Zöllen und aus den Abgaben der Konzessionsgesellschaften entsprechende Einnahmen nicht gegenüberstehen. Nicht gerechnet sind hierbei die Kosten für die Grenzvermessungen, die mehrere 100000 Mark betragen würden, die Kosten für die Grenzvermarkung, die auf die Hälfte der Vermessungskosten zu schätzen wären, die Kosten der in großen Teilen des Landes noch notwendigen erstmaligen militärischen Unterwerfung der Eingeborenen und die Kosten der etwaigen Abfindung der Konzessionsgesellschaften, wobei bemerkt sei, daß zum Beispiel die Compagnie Forestière 40 Millionen Francs für eine Ablösung ihrer Konzession verlangt. Sollte endlich trotz der wahrscheinlichen Erfolglosigkeit der Bemühungen der Versuch gemacht werden, die Schlafkrankheit wenigstens an ihrer weiteren Ausbreitung zu verhindern, so würden die hierdurch entstehenden Kosten nach sachverständiger Schätzung ebenfalls in die Millionen gehen.

III. Die Grenzführung

Die Grenzführung in geraden Linien war vor einigen Jahrzehnten ein Notbehelf der Gebietsunkenntnis vom Innern Afrikas; es bedurfte später der langjährigen und mühevollen Arbeit überaus kostspieliger Grenzkommissionen, um die unbewußt den tatsächlichen Verhältnissen und dem berechtigten Zusammengehörigkeitsgefühl zerrissener Eingeborenenstämme zuwider laufenden Abmachungen notdürftig richtig zu stellen. Die jetzt französischerseits vorgeschlagene Gradlinienführung im Süden und Osten unseres Schutzgebiets bedeutet geradezu einen Hohn auf die derzeitige Landeskenntnis und eine mit den Kulturaufgaben

der Kolonisation unvereinbare Willkür gegen die Eingeborenenstämme. Ihre krassesten Formen trägt sie im Süden; hier sondert sie nicht allein die Gebiete von Madjingo und Ouesso in gewaltsamer Weise aus dem natürlichen Grenzverlauf für Frankreich ab, sondern sie durchschneidet rechtwinkelig auf halber Höhe das gesamte, außerordentlich entwickelte Zuflußsystem des Ogowe von Norden her und halbiert rücksichtslos den weit verbreiteten kriegerischen und noch in der Bewegung begriffenen Stamm der Pahouins. Eine solche Grenzführung ist schlechterdings undurchführbar und erfordert, wenn sie nur notdürftig in die Wirklichkeit übersetzt werden soll, ganz unverhältnismäßig hohe und unabsehbare Geldopfer für die Grenzvermessung, Grenzvermarkung und vor allem für den Grenzschutz. Auch die glückliche Entwicklung dieses Gebiets wird solche Opfer kaum jemals aufwiegen. Dabei wird sie infolge ihrer künstlichen und gewaltsamen Durchführung eine Quelle ewiger Grenzstreitigkeiten und Grenzübergriffe sein. Endlich ist sie, selbst wenn Spanisch-Guinea in unseren Besitz gelangt, mangels einer Zufuhrstraße verwaltungstechnisch und militärisch ganz unhaltbar. Was aber die Fertigstellung einer einigermaßen verwertbaren, künstlichen Zufuhrstraße von der Küste nach dem Innern an Zeit und Geld erfordert, hat der nun seit fünf Jahren andauernde Bau der erheblich kürzeren Kribi-Jaunde-Straße (in Südkamerun) zur Genüge gezeigt. Südlich des Kampo (Ntem) kann als Grenzabschnitt nur die von der Natur gegebene Scheide des Ogowe-Iwinda (Unterlauf) und der Westzuflüsse des Likuala einzig und allein in Frage kommen.

Dieselben Unnatürlichkeiten und ähnliche Härten gegen die Eingeborenenstämme zeigt die französischerseits vorgeschlagene Grundlinienführung im Osten, wo sie in ganz derselben Weise zuerst die Nebenflüsse des Ubangi und alsdann diejenigen des Schari rechtwinkelig durchschneidet.

Der Vorschlag, auch in Kamerun Gebietszipfel nach dem Muster von Südwestafrika (Caprivizipfel) einzuführen, würde zu denselben Übelständen führen, die sich in Südwestafrika seit Jahren gezeigt haben und auf die Dauer unhaltbare Zustände hervorrufen.

Angesichts solcher Nichtachtung natürlicher Grenzführung berührt die französischerseits gestellte Forderung der Respektierung der natürlichen Grenzen bei den vorzunehmenden Grenzkommissionsarbeiten eigentümlich.

IV. Nebenabreden

Das Abkommen, wie es Herr Cambon vorschlägt, ist nun aber weiter mit einer Reihe von Nebenabreden belastet, über die noch ein Urteil abzugeben ist.

1. Die geforderten Etappen- und Schienenwege

Die Forderungen Frankreichs für den Durchzug von Truppen, Kriegsmaterial und Verpflegung durch deutsches Gebiet erstrecken sich

einmal auf die an Deutschland abzutretenden beiden Gebietsstreifen zum Kongo bezw. Ubangi, sowie auf das deutsche Adamauagebiet in der allgemeinen Richtung von Yola auf Binger,

und zwar sollen dieselben gewährt werden in Form

des freien Durchzuges,
des Baues von Straßen und Bahnen durch die Franzosen sowie der Abtretung von Enklaven längs des Benue und Mao Kebi.

Endlich wird die ungehinderte Benutzung und Instandhaltung des durch die beiden genannten Gebietsstreifen führenden französischen Telegraphen verlangt. Letzteres kann — um dies vorwegzunehmen — zugestanden werden.

a) Gegen den gewünschten Durchzug durch die beiden benannten Gebietsstreifen, und zwar in der Nähe der betreffenden Ströme, bestehen keine wesentlichen Bedenken. Ebenso kann einem solchen Durchzug durch Deutsch-Adamaua eine wohlwollende Berücksichtigung von Fall zu Fall zugesichert werden. Der Durchzug farbiger Truppen hätte stets unter Führung eines europäischen Offiziers und, falls solches von unserem Gouvernement als notwendig erachtet, unter Zuteilung eines deutschen Begleitkommandos zu erfolgen.

b) Der Bau französischer Straßen und Eisenbahnen auf deutschem Gebiet kann weder durch die beiden genannten Gebietsstreifen noch auch durch Deutsch-Adamaua aus politischen und militärischen Rücksichten geduldet werden; wohl aber kann dem Baue solcher Verbindungen unter Beteiligung französischen Kapitals und unter näheren Vereinbarungen von Fall zu Fall näher getreten werden.

c) Als undiskutierbar muß die Abtretung von Enklaven längs des Benue und Mao Kebi bezeichnet werden. Da die bisherige Zufuhrstraße zum französischen Tschadseegebiet, nämlich Kongo-Ubangi-Fort Crampel-Fort Archambault-Schari, nach wie vor bestehen und von den Gebietsabtretungen unberührt bleibt, wird der für die Forderung einer Etappenstraße durch Deutsch-Adamaua früher geltend gemachte Grund vollständig hinfällig. Durch die Gewährung von Enklaven schaffen wir uns wirtschaftliche, politische und militärische Schwächepunkte bedenklichster Art. Die Franzosen werden, wie die jahrelangen Erfahrungen unserer beiden Residenturen gezeigt haben, niemals aufhören, sich Einfluß auf die Machthaber des Landes zu verschaffen, und zwar werden sie sich mit den in jedem Islamitenstaat vorhandenen Gegenparteien des jeweiligen Herrschers ins Benehmen setzen. In wirtschaftlicher Beziehung ist bei den herrschenden Tausch-, Schenk- und Handelsgebräuchen der Eingeborenen eine Kontrolle und Feststellung widerrechtlich vertriebener Waren so gut wie ausgeschlossen. In militärischer Hinsicht aber wären derartige Enklaven in unseren bevölkertesten, intelligentesten und viehreich-

sten Gebieten gleichbedeutend mit der Unterbindung jeglicher Bewegungsfreiheit und dem Aufflammen eines allseitigen Aufstandes, sobald es zwischen Deutschland und Frankreich zu irgendeinem Bruch käme. Auch eine ganz erhebliche Vermehrung unserer dortigen Besatzungen würde die Beseitigung dieser militärisch unhaltbaren Lage nie vollständig erreichen.

In den Augen der islamitischen Bevölkerung aber würde die Gewährung solcher Enklaven das Ansehen der deutschen Regierung und die Durchführung ihrer wirtschaftlichen Maßnahmen auf das allerempfindlichste schädigen. Der Gegensatz zwischen Deutschland und Frankreich ist dem dortigen Islam nur allzu gut bekannt; sieht dieser, daß der Widersacher Deutschlands in dessen eigenem Land schaltet und waltet, so rückt Deutschland in seiner Bewertung an die unterste Stelle. Daß wir für unsere Zugeständnisse das östliche Heidengebiet bis nach Lay hin erhalten haben, wird sehr bald vergessen sein; daß aber Deutschland die Hälfte des Logonesultanats, eines regierungstreuen Untertans, an Frankreich hat ausliefern müssen, wird dem deutschen Namen in der islamitischen Welt des Sudan niemals vergessen, sondern ewig als Verrat oder unwürdige Schwäche angerechnet werden.

2. Ausfuhr von Pferden und andere Vergünstigungen

Von besonderer Wichtigkeit ist ferner der Vorschlag in Artikel 11, betreffend Pferdeausfuhr. Hier ist zunächst auf eine Ungleichheit aufmerksam zu machen, die bei unaufmerksamem Lesen leicht übersehen wird. Frankreich soll die Pferde lediglich aus dem Gebiet ungehindert herauslassen, das Deutschland ihm abtritt, das heißt aus dem Zwischenstromland, Deutschland dagegen aus seinen ganzen Besitzungen, auch den ihm jetzt schon gehörigen. Abgesehen hiervon enthält der Vorschlag lediglich einen Vorteil für Frankreich, und zwar einen ganz erheblichen. Im französischen Gebiet sind zurzeit nur sogenannte Lakkaponnys, die sich unter anderen auch die Musgum halten; dagegen hat Deutsch-Adamaua und Bornu mehrere tausend großer und wertvoller Reitpferde, die bisher durch einen hohen Ausfuhrzoll gegen eine Ausfuhr über die Landgrenze geschützt werden. Die Franzosen wollen sich also durch diese Bestimmung einseitig ohne Gegenleistung für Deutschland den für ihre Verwaltung so dringend nötigen Ersatz an Reitpferden sichern.

Dieselbe einseitige Benachteiligung Deutschlands unter dem geflissentlich gewahrten Schein der Reziprozität enthält übrigens Artikel 5, betreffend Konzessionsgesellschaften, da im deutschen Gebiet, wie die Franzosen ganz genau wissen, Konzessionsgesellschaften nicht existieren.

Dasselbe gilt für Artikel 12, betreffend den freien Handel und Transit, indem unter dem Schein gegenseitiger Begünstigung die Franzosen versuchen, sich den zollfreien Transit über Land vom Endpunkt der

Schiffbarkeit des Benue, den sie auf Grund der Nigerakte nicht haben, zu verschaffen, während die von ihnen dafür gebotene Gegenleistung bereits auf Grund der Kongoakte uns zusteht und, soweit der Transit über Land in Frage kommt, für uns wegen der natürlichen Verhältnisse praktisch gänzlich wertlos wäre.

V. Die vorgeschlagenen Fristen

Es ist nun noch auf Artikel 3 und 4 des Entwurfs näher einzugehen. Hier werden für die Bestimmung der Grenzlinien an Ort und Stelle und für die Vermarkung der Grenzen bestimmte Fristen gesetzt. Ferner wird noch (in Artikel 4, Absatz 2) die Ratifikation der Vorschläge der Vermessungskommission und ebenso die Ratifikation der Vorschläge der Vermarkungskommission durch die beiderseitigen Regierungen vorgesehen. Endlich wird noch in Artikel 3, Absatz 2 ein commun accord für den Beginn der Tätigkeit der Vermarkungskommission verlangt. Versucht man die Zeit, bis zu der wir hiernach in den Besitz der Kongogebiete gelangen werden, zu berechnen, so ergibt sich folgendes: Nach Austausch der Ratifikationsurkunden vergeht ein halbes Jahr bis zur Ernennung der Mitglieder der Vermessungskommission. Die Vermessung wird, wenn zwei Kommissionen gleichzeitig an der Süd- und an der Ostgrenze arbeiten, mindestens zweieinhalb Jahre, bei einer Kommission fünf Jahre dauern. Für die Festsetzung des Protokolls, für die Ratifikation desselben und für die Herbeiführung der Einigung über die Vermarkungskommission werden anderthalb Jahre gerechnet. Ob dieser Zeitraum reichen wird, ist zweifelhaft. Nach den bei der Togo-Dahome-Grenze gemachten Erfahrungen sind die Franzosen Meister in der Kunst, Gebiete, die ihnen nicht gehören, jahrelang in Verwaltung zu behalten. Wenn sie Schwierigkeiten machen, können sie zu einer Ratifikation und zu dem vorgesehenen commun accord nicht gezwungen werden. — Für die Vermarkung der Grenzen, wenn hier wiederum zwei getrennte Kommissionen arbeiten, wird mindestens ein Jahr, sonst zwei Jahre zu rechnen sein. Die Ratifikation der Vermarkungsarbeiten kann dann bei mangelndem guten Willen der Franzosen wiederum ad infinitum hinausgeschoben werden; mit mangelndem guten Willen ist aber bei dem ständigen Wechsel der Regierung in Frankreich immer wieder einmal zu rechnen. Eine Frist für die Übergabe nach erfolgter Ratifikation der Vermarkung ist nicht gesetzt; die Übergabe ist überhaupt nicht erwähnt. Nimmt man nun wirklich an, daß die Ratifikation des gegenwärtigen Abkommens am 1. I. 1912 erfolgt, und daß die Franzosen keine Schwierigkeiten machen, sondern die vorgesehenen Ratifikationen unverzüglich vornehmen und auch die Gebiete sofort nach Ratifikation der Vermarkungsarbeiten uns überlassen, so vergehen im günstigsten Falle $^1/_2 + 2^1/_2 + 1^1/_2 + 1 = 5^1/_2$ Jahre, bei Entsendung von nur einer Kommission $^1/_2 + 5 + 1^1/_2 + 2 = 9$ Jahre, sodaß wir frühestens am 1. VII. 1917 bezw. 1. I. 1921 in den Besitz der Kompensationsgebiete kämen. Man kann sich denken,

was bis dahin aus den Gebieten bei dem bisher dort herrschenden System geworden ist.

Da es andererseits nicht angängig sein dürfte, die Wirkung des ersten Teiles des Marokkoabkommens auf den gleichen Zeitpunkt hinauszuschieben oder gar den Kreuzer „Berlin" so lange vor Agadir liegen zu lassen, würden die Franzosen während dieser ganzen Zeit die Früchte des Marokkoabkommens genießen ohne jegliche Gegenleistung für uns.

VI. Gesamturteil

Wenn ich das Urteil über den Vertragsentwurf zusammenfasse, so lautet es folgendermaßen:

Wir sollen den Franzosen wertvolle, aussichtsreiche Gebiete abtreten. Die Franzosen geben uns dafür ungleich größere Gebiete, die aber zum größten Teile wertlos sind, in denen sie abgewirtschaftet haben, und die sie froh sind loszuwerden. Belastet ist der Austausch ferner mit Nebenabreden, die den Franzosen einseitig große Vorteile bringen, uns dagegen sehr lästig sind oder uns direkt schädigen. Wenn die Franzosen es wagen, uns einen solchen Vertragsentwurf vorzulegen, so geht daraus hervor, wie weit nach ihrer Annahme unsere Unkenntnis der kolonialgeographischen und kolonialwirtschaftlichen Verhältnisse oder aber unsere Bereitwilligkeit nachzugeben geht. Jedenfalls müssen die von Herrn Cambon gemachten Vorschläge vom Standpunkte der Kolonialverwaltung als Basis für weitere Verhandlungen als gänzlich ungeeignet bezeichnet werden.

Abschrift des vorstehenden Schreibens habe ich dem Herrn Reichskanzler vorgelegt*.

v. Lindequist

---

* Im Verfolg seines Schreibens reichte Staatssekretär von Lindequist am 3. November erneut sein Entlassungsgesuch ein, das umgehend genehmigt wurde. Mit dem Staatssekretär nahm auch der geographische Hilfarbeiter im Reichskolonialamt Freiherr von Danckelmann seine Entlassung. Die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung" schrieb am 4. über die Einreichung des Entlassungsgesuchs: „In der letzten Zeit sind über die mit Frankreich schwebenden Verhandlungen und über die Stellung des Reichskolonialamts zu den in Aussicht genommenen Kompensationen Mitteilungen in die Öffentlichkeit gelangt, die geeignet waren, den Abschluß der Verhandlungen zu stören, und nur auf einem Bruch der Amtsverschwiegenheit nachgeordneter Stellen beruhen konnten. Wir sind ermächtigt, das Folgende zu erklären: Der Staatssekretär des Reichskolonialamts, Herr v. Lindequist, hatte während des Sommers ein Abschiedsgesuch eingereicht, weil er mit den in Frage stehenden Kompensationen nicht einverstanden war. Von Seiner Majestät dem Kaiser war das Abschiedsgesuch während der laufenden Verhandlungen abgelehnt worden. Herr v. Lindequist hat heute sein Abschiedsgesuch erneuert, nachdem er sich noch am Sonnabend mit der Dementierung seines Rücktritts einverstanden erklärt hatte. Der Reichskanzler begibt sich zu Seiner Majestät dem Kaiser, um Vortrag zu halten."

Nr. 10771

Der Reichskanzler von Bethmann Hollweg an Kaiser Wilhelm II.

Telegramm. Entzifferung

Nr. 77 Berlin, den 2. November 1911

Euerer Majestät melde ich alleruntertänigst, daß das Kongoabkommen mit Frankreich heute paraphiert worden ist.

Bethmann Hollweg

Randbemerkung Kaiser Wilhelms II.:
Gratulire bestens zur Beendigung dieser delikaten Angelegenheit! W.

Nr. 10772

*Deutsch-Französisches Marokkoabkommen vom 4. November 1911**

Ausfertigung

Convention Entre L'Allemagne Et La France Relative Au Maroc

Le Gouvernement de Sa Majesté l'Empereur d'Allemagne et le Gouvernement de la République française, à la suite des troubles qui se sont produits au Maroc et qui ont démontré la nécessité d'y poursuivre dans l'intérêt général l'œuvre de pacification et de progrès prévue par l'Acte d'Algésiras, ayant jugé nécessaire de préciser et de compléter l'accord franco-allemand du 9 février 1909, ont résolu de conclure une convention à cet effet.

En conséquence,

M. de Kiderlen Waechter, Secrétaire d'Etat des Affaires Etrangères de l'Empire d'Allemagne, et

M. Jules Cambon, Ambassadeur extraordinaire et plénipotentiaire de la République française auprès de S. M. l'Empereur d'Allemagne,

après s'être communiqué leurs pleins pouvoirs, trouvés en bonne et due forme, sont convenus des dispositions ci après:

Article 1

Le Gouvernement Impérial allemand déclare que, ne poursuivant au Maroc que des intérêts économiques, il n'entravera pas l'action de la France en vue de prêter son assistance au Gouvernement marocain pour l'introduction de toutes les réformes administratives, judiciaires, économiques, financières et militaires dont il a besoin pour le bon Gouvernement de l'Empire, comme aussi pour tous les règlements nouveaux et les modifications aux règlements existants que ces réformes comportent. En

* In deutscher Übersetzung veröffentlicht in der „Norddeutschen Allgemeinen Zeitung" vom 7. November 1911, gleichzeitig in deutscher wie französischer Ausfertigung dem Reichstage und dem Bundesrate mitgeteilt. Die Veröffentlichung im „Reichsgesetzblatt" erfolgte am 27. März 1912, nachdem am 12. März die Ratifikationsurkunden zwischen beiden Regierungen ausgetauscht waren.

conséquence, il donne son adhésion aux mesures de réorganisation, de contrôle et de garantie financière que, après accord avec le Gouvernement marocain le Gouvernement français croira devoir prendre à cet effet, sous la réserve que l'action de la France sauvegardera au Maroc l'égalité économique entre les nations.

Au cas où la France serait amenée à préciser et à étendre son contrôle et sa protection, le Gouvernement Impérial allemand, reconnaissant pleine liberté d'action à la France, et sous la réserve que la liberté commerciale, prévue par les traités antérieurs, sera maintenue, n'y apportera aucun obstacle.

Il est entendu qu'il ne sera porté aucune entrave aux droits et action de la Banque d'Etat du Maroc, tels qu'ils sont définis par l'Acte d'Algésiras.

Article 2

Dans cet ordre d'idées, il est entendu que le Gouvernement Impérial ne fera pas obstacle à ce que la France, après accord avec le Gouvernement marocain, procède aux occupations militaires du territoire marocain qu'elle jugerait nécessaires au maintien de l'ordre et de la sécurité des transactions commerciales, et à ce qu'elle exerce toute action de police sur terre et dans les eaux marocaines.

Article 3

Dès à présent, si S. M. le Sultan du Maroc venait à confier aux agents diplomatiques et consulaires de la France la représentation et la protection des sujets et des intérêts marocains à l'étranger, le Gouvernement Impérial déclare qu'il n'y fera pas d'objection.

Si, d'autre part S. M. le Sultan du Maroc confiait au représentant de la France près du Gouvernement marocain le soin d'être son intermédiaire auprès des représentants étrangers, le Gouvernement allemand n'y ferait pas d'objection.

Article 4

Le Gouvernement français déclare que, fermement attaché au principe de la liberté commerciale au Maroc, il ne se prêtera à aucune inégalité pas plus dans l'établissement des droits de douane, impôts et autres taxes que dans l'établissement des tarifs de transport par voie ferrée, voie de navigation fluviale ou toute autre voie et notamment dans toutes les questions de transit.

Le Gouvernement français s'emploiera également auprès du Gouvernement marocain afin d'empêcher tout traitement différentiel entre les ressortissants des différentes puissances; il s'opposera notamment à toute mesure, par exemple à la promulgation d'ordonnances administratives sur les poids et mesures, le jaugeage, le poinçonnage, etc. . . . . qui pourraient mettre en état d'infériorité les marchandises d'une puissance.

Le Gouvernement français s'engage à user de son influence sur la banque d'Etat pour que celle-ci confère à tour de rôle aux membres de sa direction à Tanger les postes de délégué dont elle dispose à la commission des valeurs douanières et au comité permanent des douanes.

Article 5

Le Gouvernement français veillera à ce qu'il ne soit perçu au Maroc aucun droit d'exportation sur le minerai de fer exporté des ports marocains. Les exploitations de minerai de fer ne subiront sur leur production ou sur leurs moyens de travail aucun impôt spécial. Elles ne supporteront, en dehors des impôts généraux, qu'une redevance fixe, calculée par hectare et par an, et une redevance proportionnée au produit brut de l'extraction. Ces redevances, qui seront assises conformément aux articles 35 & 49 du projet de règlement minier annexé au protocole de la conférence de Paris du 7 juin 1910, seront également supportées par toutes les entreprises minières.

Le Gouvernement français veillera à ce que les taxes minières soient régulièrement perçues, sans que des remises individuelles du total ou d'une partie de ces taxes puissent être consenties sous quelque prétexte que ce soit.

Article 6

Le Gouvernement de la République française s'engage à veiller à ce que les travaux et fournitures nécessitées par les constructions éventuelles de routes, chemins de fer, ports, télégraphes, etc. . . . . soient octroyées par le Gouvernement marocain suivant les règles de l'adjudication.

Il s'engage également à veiller à ce que les conditions des adjudications, particulièrement en ce qui concerne les fournitures de matériel et les délais impartis pour soumissionner, ne placent les ressortissants d'aucune puissance dans une situation d'infériorité.

L'exploitation des grandes entreprises mentionnées ci-dessus sera réservée à l'Etat marocain ou librement concédée par lui à des tiers qui pourront être chargés de fournir les fonds nécessaires à cet effet. Le Gouvernement français veillera à ce que, dans l'exploitation des chemins de fer et autres moyens de transport comme dans l'application des règlements destinés à assurer celle-ci, aucune différence de traitement ne soit faite entre les ressortissants des diverses puissances, qui useraient de ces moyens de transport.

Le Gouvernement de la République usera de son influence sur la Banque d'Etat afin que celle-ci confère à tour de rôle aux membres de sa direction à Tanger le poste dont elle dispose de délégué à la commission générale des adjudications et marchés. De même le Gouvernement français s'emploiera auprès du Gouvernement marocain pour que, durant la période où restera en vigueur l'article 66 de l'Acte d'Algésiras, il confie à un ressortissant d'une des puissances représentées au Maroc un des trois postes de délégué chérifien au comité spécial des travaux publics.

Article 7

Le Gouvernement français s'emploiera auprès du Gouvernement marocain pour que les propriétaires de mines et d'autres exploitations industrielles ou agricoles, sans distinction de nationalité et en conformité des règlements qui seront édictés en s'inspirant de la législation française sur la matière, puissent être autorisés à créer des chemins de fer d'exploitation, destinés à relier leurs centres de production aux lignes d'intérêt général ou aux ports.

Article 8

Il sera présenté tous les ans un rapport sur l'exploitation des chemins de fer au Maroc, qui sera établi dans les mêmes formes et conditions que les rapports présentés aux assemblées d'actionnaires des sociétés de chemin de fer françaises.

Le Gouvernement de la République chargera un des administrateurs de la banque d'Etat de l'établissement de ce rapport qui sera, avec les éléments qui en sont la base, communiqué aux censeurs, puis rendu public avec, s'il y a lieu, les observations que ces derniers croiront devoir y joindre d'après leurs propres renseignements.

Article 9

Pour éviter autant que possible les réclamations diplomatiques, le Gouvernement français s'emploiera auprès du Gouvernement marocain, afin que celui-ci défère à un arbitre désigné ad hoc pour chaque affaire d'un commun accord par le Consul de France et par celui de la Puissance intéressée, ou, à leur défaut, par les deux Gouvernements de ces Consuls, les plaintes portées par des ressortissants étrangers contre les autorités marocaines, ou les agents agissant en tant qu'autorités marocaines, et qui n'auraient pu être réglées par l'intermédiaire du Consul français et du Consul du Gouvernement intéressé.

Cette procédure restera en vigueur jusqu'au jour où aura été institué un régime judiciaire, inspiré des règles judiciaires* de législation des Puissances intéressées et destiné à remplacer, après entente avec elles, les tribunaux consulaires.

Article 10

Le Gouvernement français veillera à ce que les ressortissants étrangers continuent à jouir du droit de pêche dans les eaux et ports marocains.

Article 11

Le Gouvernement français s'emploiera auprès du Gouvernement marocain pour que celui-ci ouvre au commerce étranger de nouveaux ports au fur et à mesure des besoins de ce commerce.

* In einer Niederschrift vom 21. November 1911 konstatierten die Unterzeichner des Abkommens, daß es sich bei dem Worte „judiciaires" um einen Schreibfehler handelt, und daß statt dessen das Wort „générales" einzusetzen ist.

Article 12

Pour répondre à une demande du Gouvernement marocain, les deux Gouvernements s'engagent à provoquer la révision, d'accord avec les autres Puissances et sur la base de la Convention de Madrid, des listes et de la situation des protégés étrangers et des associés agricoles au Maroc, dont parlent les articles 8 et 16 de cette Convention.

Ils conviennent également de poursuivre auprès des Puissances signataires toutes modifications à la Convention de Madrid que comporterait, le moment venu, le changement du régime des protégés et des associés agricoles.

Article 13

Toutes clauses d'accord, convention, traité ou règlement, qui seraient contraires aux précédantes stipulations, sont et demeurent abrogées.

Article 14

Le présent accord sera communiqué aux autres Puissances signataires de l'Acte d'Algésiras, près desquelles les deux Gouvernements s'engagent à se prêter mutuellement appui pour obtenir leur adhésion.

Article 15

La présente convention sera ratifiée et les ratifications seront échangées, à Paris, aussitôt que faire se pourra.

Fait à Berlin, le 4 Novembre 1911 en double exemplaire.

L. S. Kiderlen
L. S. Jules Cambon

Nr. 10773

*Deutsch-Französisches Kongoabkommen vom 4. November 1911**

Ausfertigung

Convention Entre L'Allemagne Et La France Relative A Leurs Possessions Dans L'Afrique Equatoriale

Le Gouvernement de Sa Majesté l'Empereur d'Allemagne et le Gouvernement de la République française, comme suite et complément de la convention du 4 Novembre 1911 relative au Maroc, et en raison des droits de protection reconnus à la France sur l'Empire chérifien, sont convenus de procéder à des échanges territoriaux dans leurs possessions de l'Afrique Equatoriale et ont résolu de conclure une convention à cet effet.

En conséquence,

M. de Kiderlen-Waechter, Secrétaire d'Etat des Affaires Etrangères de l'Empire d'Allemagne, et

M. Jules Cambon, Ambassadeur extraordinaire et plénipotentiaire de la République française auprès de S. M. l'Empereur d'Allemagne,

* Die Veröffentlichung erfolgte in identischer Weise wie bezüglich des Marokkoabkommens. Vgl. Nr. 10772, Fußnote.

après s'être communiqué leurs pleins pouvoirs, trouvés en bonne et due forme, sont convenus des dispositions ci-après:

Article 1

La France cède à l'Allemagne les territoires dont la limite est fixée comme il suit: La frontière partira du côté de l'Atlantique d'un point à fixer sur la rive orientale de la baie de Monda, vers l'embouchure de la Massolié. Se dirigeant vers le Nord-Est, la frontière obliquera vers l'angle sud-est de la Guinée espagnole. Elle coupera la rivière Ivondo à son confluent avec la Djoua, suivra cette rivière jusqu'à Madjingo (qui restera français) et de ce point se dirigera vers l'est, pour aboutir au confluent de la Ngoko et de la Sangha au nord d'Ouesso.

La frontière partira ensuite de la rivière Sangha, à un point situé au sud du centre d'Ouesso (qui reste français) à une distance de 6 kilomètres au moins et de 12 kilomètres au plus de cette localité, suivant la disposition géographique des lieux. Elle obliquera vers le sud-ouest, pour rejoindre la vallée de la Kandéko, jusqu'à son confluent avec la Bokiba. Elle descendra celle-ci et la Likouala jusqu'à la rive droite du fleuve Congo. Elle suivra le fleuve Congo jusqu'à l'embouchure de la Sangha, et de façon à occuper sur la rive du Congo une étendue de 6 à 12 kilomètres, qui sera fixée suivant les conditions géographiques. Elle remontera la Sangha jusqu'à la Likouala-aux-herbes qu'elle suivra ensuite jusqu'à Botungo. Elle continuera ensuite du sud ou nord, selon une direction à peu près droite, jusqu'à Béra Ngoko. Elle s'infléchira ensuite dans la direction du confluent de la Bodingué et de la Lobaye et descendra le cours de la Lobaye jusqu'à l'Oubanghi au nord de Mongoumba.

Sur la rive droite de l'Oubanghi et suivant la disposition géographique des lieux, le territoire allemand sera déterminé de façon à s'étendre sur un espace de 6 kilomètres au moins et de 12 kilomètres au plus; la frontière remontera ensuite obliquement vers le nord-ouest, de façon à gagner la rivière Pama en un point à déterminer à l'ouest de son confluent avec le Mbi, remontera la vallée de la Pama, puis rejoindra le Logone oriental, à peu près à l'endroit où cette rivière rencontre le huitième parallèle à la hauteur de Goré. Elle suivra ensuite le cours du Logone vers le nord jusqu'à son confluent avec le Chari.

Article 2

L'Allemagne cède à la France les territoires situés au Nord de la limite actuelle des possessions françaises dans les territoires du Tchad et compris entre le Chari à l'est et de Logone à l'ouest.

Article 3

Dans le délai de 6 mois à compter de l'échange des ratifications de la présente convention, une commission technique dont les membres seront nommés en nombre égal par les deux gouvernements français et

allemand déterminera le tracé de la frontière dont l'indication générale résulte du texte des articles 1 et 2.

Dans le délai de 18 mois à compter de la signature du procès verbal des travaux de la commission technique, il sera procédé d'un commun accord, le plus rapidement possible à l'abornement des frontières, conformément au dit procès verbal, ainsi qu'à la désignation et à l'abornement des terrains loués à bail au gouvernement français, comme il est dit à l'article 8 ci-après.

Article 4

La commission technique et les agents chargés de l'abornement, dont il est parlé dans l'article précédent, pourront tenir compte d'un commun accord de la configuration du terrain et des circonstances locales, telle que par exemple la facilité de la surveillance de la frontière ou la communauté de race de la population. Ils devront autant que possible faire suivre à la frontière les limites naturelles indiquées par les cours d'eau, et dans le cas où la frontière couperait la direction des rivières, lui faire suivre la ligne du partage des eaux.

Les procès verbaux de la commission technique et ceux des agents d'abornement ne seront définitifs qu'après ratification des deux gouvernements.

Article 5

Les présents échanges de territoires sont faits dans les conditions où ces territoires se comportent au moment de la conclusion du présent accord, c'est à dire à charge par les deux gouvernements de respecter les concessions publiques et particulières qui ont pu être consenties par chacun d'eux. Les deux gouvernements se communiqueront le texte des actes par lesquels ces concessions ont été accordées.

Le Gouvernement allemand est substitué au gouvernement de la République française dans tous les avantages, droits et obligations résultant des actes dont il est parlé ci-dessus au regard des sociétés concessionnaires qui passeront sous la souveraineté, l'autorité et la juridiction de l'Etat allemand. Une convention spéciale règlera l'application des dispositions ci-dessus.

Il en sera de même pour l'Etat français au regard des concessions qui seraient situées dans les territoires qui passeront sous sa souveraineté, son autorité et sa juridiction.

Article 6

Le Gouvernement allemand n'apportera aucun obstacle à l'exploitation, à l'entretien et aux travaux de réparation et de réfection de la ligne télégraphique française existant actuellement le long de l'Oubanghi et qui restera française sur son parcours au travers du territoire allemand. Les autorités allemandes pourront transmettre leurs communications par cette ligne dans des conditions qui seront réglées ultérieurement.

Article 7

Si le Gouvernement français désire continuer au travers du territoire allemand un chemin de fer entre le Gabon et le Moyen Congo et entre cette dernière colonie et l'Oubanghi Chari, le Gouvernement allemand n'y mettra pas obstacle. Les études ainsi que les travaux se poursuivront suivant les arrangements qui seront faits le moment venu entre les deux gouvernements, le Gouvernement allemand se réservant de faire connaître s'il voudrait prendre une part dans l'exécution de ces travaux sur son territoire.

Si le Gouvernement allemand désire continuer sur le territoire français un chemin de fer établi au Cameroun, le Gouvernement français n'y mettra pas obstacle. Les études ainsi que les travaux se poursuivront suivant les arrangements qui seront faits le moment venu entre les deux gouvernements, le Gouvernement français se réservant de faire connaître s'il voudrait prendre une part dans l'exécution de ces travaux sur son territoire.

Article 8

Le Gouvernement Impérial cèdera à bail au Gouvernement français, dans des conditions à déterminer dans un acte spécial, et en bordure sur la Bénoué, le Mayo Kébi et en deçà dans la direction du Logone, des terrains à choisir en vue de l'établissement de postes de ravitaillement et de magasins destinés à constituer une route d'étapes.

Chacun de ces terrains dont la longueur sur le fleuve aux hautes eaux devra être au plus de 500 mètres, aura une superficie qui ne pourra pas dépasser cinquante hectares. L'emplacement de ces terrains sera fixé suivant la disposition des lieux.

Si dans l'avenir le Gouvernement français voulait établir entre la Bénoué et le Logone au dessus ou au dessous du Mayo Kébi, une route ou une voie ferrée, le Gouvernement Impérial n'y ferait pas obstacle. Le Gouvernement allemand et le Gouvernement français s'entendront sur les conditions dans lesquelles ce travail pourrait être accompli.

Article 9

L'Allemagne et la France, désirant affirmer leurs bons rapports dans leurs possessions de l'Afrique Centrale, s'engagent à n'élever aucun ouvrage fortifié le long des cours d'eau qui doivent servir à la navigation commune. Cette prescription ne s'appliquera pas aux ouvrages de simple sûreté destinés à abriter les postes contre les incursions des indigènes.

Article 10

Les Gouvernements allemand et français s'entendront pour les travaux à exécuter en vue de faciliter la circulation des bateaux et embarcations sur les cours d'eau dont la navigation leur sera commune.

Article 11

En cas d'arrêt de la navigation sur le Congo ou l'Oubanghi, la liberté de passage sera assurée à l'Allemagne et à la France, sur les territoires appartenant à l'autre nation aux points où ceux-ci toucheront ces fleuves.

Article 12

Les deux Gouvernements d'Allemagne et de France renouvellent les déclarations contenues dans l'acte de Berlin du 26 février 1885 et assurant la liberté commerciale et la liberté de navigation sur le Congo et les affluents de ce fleuve ainsi que sur ceux du Niger. En conséquence les marchandises allemandes transitant au travers du territoire français, situé à l'ouest de l'Oubanghi et les marchandises françaises transitant à travers les territoires cédés à l'Allemagne ou suivant les routes indiquées à l'article 8, seront affranchies de tout droit.

Un accord conclu entre les deux gouvernements déterminera les conditions de ce transit et les points de pénétration.

Article 13

Le Gouvernement allemand n'apportera aucune entrave au passage des troupes françaises, de leurs armes ou munitions, ainsi que de leur matériel de ravitaillement par le Congo, l'Oubanghi, la Bénoué, le Mayo Kébi ainsi que par le chemin de fer à construire éventuellement dans le nord du Cameroun.

Le Gouvernement français n'apportera aucune entrave au passage des troupes allemandes, de leurs armes et munitions, ainsi que de leur matériel de ravitaillement par le Congo, l'Oubanghi, le Bénoué, le Mayo Kébi et le chemin de fer à construire éventuellement de la côte à Brazzaville.

Dans l'un et l'autre cas, les troupes, si elles sont purement indigènes, devront toujours être accompagnées par un gradé européen, et le gouvernement sur le territoire duquel les troupes passeront, prendra toutes les mesures nécessaires pour éviter qu'aucune difficulté soit opposée à leur passage, et pourra au besoin déléguer un agent pour les accompagner. Les autorités locales régleront les conditions dans lesquelles les passages de troupes se feront.

Article 14

L'égalité de traitement pour le transport des personnes ou des marchandises sera assurée aux ressortissants des deux nations sur les chemins de fer de leurs possessions du Congo et du Cameroun.

Article 15

Le Gouvernement français et le Gouvernement allemand cesseront, à partir du jour de la cession réciproque des territoires concédés à l'Allemagne par la France et à la France par l'Allemagne, d'exercer aucune sorte de protection et d'autorité sur les indigènes des territoires respetivement cédés par eux.

Article 16

Dans le cas où le statut territorial du bassin conventionnel du Congo tel qu'il est défini par l'Acte de Berlin du 26 février 1885, viendrait à être modifié, du fait de l'une ou de l'autre des parties contractantes, celles-ci devraient en conférer entre elles, comme aussi avec les autres puissances signataires du dit acte de Berlin.

Article 17

La présente convention sera ratifiée et les ratifications seront échangées, à Paris, aussitôt que faire se pourra.

Fait à Berlin, le 4 Novembre 1911 en double exemplaire.

(L. S.) Kiderlen
(L. S.) Jules Cambon

Note annexe à la convention du 4 Novembre 1911

Les cartes du Congo qui ont servi à l'élaboration de la convention du 4 Novembre 1911, relative à l'échange de territoires dans l'Afrique Equatoriale entre l'Allemagne et la France, sont la carte de Barralier du service géographique des colonies (1906), au 5000000 ième, et celle de Delingette, du service géographique de l'Afrique Equatoriale française (1911), au 1000000 ième.

Les commissaires techniques qui seront désignés par le Gouvernement allemand et le Gouvernement français par application des articles 3 et 4 de la convention pour procéder à la délimitation des frontières, dans le cas où la ligne de démarcation qu'ils fixeront s'écarterait, par suite d'erreurs des cartes ou de circonstances locales, d'une façon appréciable, de la directive telle qu'elle résulte de la convention, devront avoir soin de ne pas avantager l'une des deux parties sans compensation équitable pour l'autre.

Fait à Berlin, le 4 Novembre 1911 en double exemplaire.

(L. S.) Kiderlen
(L. S.) Jules Cambon

Nr. 10774

*Der Staatssekretär des Auswärtigen Amtes von Kiderlen an den französischen Botschafter in Berlin Jules Cambon**

Unsigniertes Konzept

Berlin, le 4 Novembre 1911

Pour bien préciser l'accord du 4 novembre 1911 relatif au Maroc et en définir la portée, j'ai l'honneur de faire connaître à Votre Excellence

* Die beiden „Notes explicatives", die gleichzeitig mit der Unterschrift der Abkommen vom 4. November zwischen Staatssekretär von Kiderlen und Cambon ausgetauscht wurden, sind inhaltlich dem Reichstage und dem Bundesrat am 10. November, ihrem

que dans l'hypothèse où le Gouvernement Français croirait devoir assumer le protectorat du Maroc le Gouvernement Impérial n'y apporterait aucun obstacle.

L'adhésion du Gouvernement Allemand, accordée d'une manière générale au Gouvernement Français par l'article 1 de la dite convention, s'applique naturellement à toutes les questions donnant matière à réglementation et visées dans l'acte d'Algésiras.

Vous avez bien voulu me faire connaître d'autre part que, dans le cas où l'Allemagne désirerait acquérir de l'Espagne la Guinée espagnole, l'île Corisco et les îles Elobey, la France serait disposée à renoncer en sa faveur à exercer les droits de préférence qu'elle tient du traité du 27 juin 1900 entre la France et l'Espagne. Je suis heureux de prendre acte de cette assurance et d'ajouter que l'Allemagne restera étrangère aux accords particuliers que la France et l'Espagne croiront devoir faire entre elles au sujet du Maroc, étant convenu que le Maroc comprend toute la partie de l'Afrique du Nord s'étendant entre l'Algérie, l'Afrique occidentale française et la colonie espagnole du Rio de Oro.

Le Gouvernement Allemand, en renonçant à demander la détermination préalable de parts à faire à l'industrie allemande dans la construction des chemins de fer, compte que le Gouvernement Français sera toujours heureux de voir des associations d'intérêt se produire entre les ressortissants des deux pays pour les affaires dont ils pourront respectivement obtenir l'entreprise.

Il compte également que la mise en adjudication du chemin de fer de Tanger à Fez, qui intéresse toutes les nations, ne sera primée par la mise en adjudication des travaux d'aucun autre chemin de fer marocain et que le Gouvernement Français proposera au Gouvernement Marocain l'ouverture du port d'Agadir au commerce international.

Enfin, lorsque le réseau des voies ferrées d'intérêt général sera mis à l'étude, le Gouvernement Allemand demande au Gouvernement Français de veiller à ce que l'administration marocaine ait le plus réel souci des intérêts économiques du Maroc, et à ce que, notamment, la détermination du tracé des lignes d'intérêt général facilite dans la mesure du possible la jonction des régions minières avec les lignes d'intérêt général ou avec les ports appelés à les desservir.

Votre Excellence a bien voulu m'assurer que, le jour où aura été institué la régime judiciaire prévu par l'article 9 de la convention précitée, et où les tribunaux consulaires auront été remplacés, le Gouvernement Français aura soin que les ressortissants allemands soient placés sous la juridiction nouvelle exactement dans les mêmes conditions que les ressortissants français. Je suis heureux d'en prendre acte et de faire connaître en même temps à Votre Excellence que, au jour de l'entrée en

---

Wortlaut nach am 16. November 1911 mitgeteilt worden. Ebenso wurden sie der französischen Deputiertenkammer bzw. dem Senat mitgeteilt. Sie finden sich auch im französischen Gelbbuch: Affaires du Maroc VI, p. 632ss.

vigueur de ce régime judiciaire, après entente avec les puissances, le Gouvernement Allemand consentira à la suppression, en même temps que pour les autres puissances, de ses tribunaux consulaires. J'ajoute que dans ma pensée l'expression „les changements du régime des protégés", portée à l'article 12 de la convention du 4 Novembre 1911 relative au Maroc, implique l'abrogation, si elle est jugée nécessaire, de la partie de la convention de Madrid qui concerne les protégés et les associés agricoles.

Enfin désireux de donner à la dite convention le caractère d'un acte destiné non seulement à écarter toute cause de conflit entre nos deux pays, mais encore à aider à leurs bons rapports, nous sommes d'accord pour déclarer que les différends qui viendraient à s'élever entre les parties contractantes au sujet de l'interprétation et de l'application des dispositions de la convention du 4 Novembre 1911 et qui n'auraient pas été réglés par la voie diplomatique, seront soumis à un tribunal arbitral constitué dans les termes de la convention de la Haye du 18 octobre 1907. Un compromis devra être dressé, et il sera procédé suivant les règles de la même convention, en tant qu'il n'y serait pas dérogé par un accord exprès au moment du litige.

Nr. 10775

Der französische Botschafter in Berlin Jules Cambon an den Staatssekretär des Auswärtigen Amtes von Kiderlen

Ausfertigung

Berlin, le 4 Novembre 1911

J'ai l'honneur de prendre acte de la déclaration que Votre Excellence a bien voulu me faire que, dans l'hypothèse où le Gouvernement Français croirait devoir assumer le protectorat du Maroc, le Gouvernement impérial n'y apporterait aucun obstacle, et que l'adhésion du Gouvernement Allemand, accordée d'une manière générale au Gouvernement Français par l'article Ier de l'accord du 4 Novembre 1911 relatif au Maroc s'applique naturellement à toutes les questions donnant matière à réglementation visées dans l'acte d'Algésiras.

D'autre part, j'ai l'honneur de vous confirmer que, dans le cas où l'Allemagne désirerait acquérir de l'Espagne la Guinée espagnole, l'île Corisco et les îles Elobey, la France est disposée à renoncer en sa faveur à exercer les droits de préférence qu'elle tient du traité du 27 juin 1900 entre la France et l'Espagne. Je suis heureux par ailleurs de recevoir l'assurance que l'Allemagne restera étrangère aux accords particuliers que la France et l'Espagne croiront devoir faire entre elles au sujet du Maroc, étant convenu que le Maroc comprend toute la partie de l'Afrique du Nord s'étendant entre l'Algérie, l'Afrique occidentale française et la colonie espagnole du Rio de Oro.

Je me plais aussi à vous informer que, le Gouvernement allemand renonçant à demander la détermination préalable de parts à faire à l'industrie allemande dans la construction des chemins de fer, le Gouvernement Français sera toujours heureux de voir des associations d'intérêt se produire entre les ressortissants des deux pays, pour les affaires dont ils pourront respectivement obtenir l'entreprise.

Vous pouvez également tenir pour certain que la mise en adjudication du chemin de fer de Tanger à Fez qui intéresse toutes les nations ne sera primée par la mise en adjudication des travaux d'aucun autre chemin de fer marocain, et que le Gouvernement Français proposera au Gouvernement Marocain l'ouverture du port d'Agadir au commerce international.

Enfin, lorsque le réseau des voies ferrées d'intérêt général sera mis à l'étude, le Gouvernement Français veillera à ce que l'administration marocaine ait le plus réel souci des intérêts économiques du Maroc et à ce que notamment la détermination du tracé des lignes d'intérêt général facilite dans la mesure du possible la jonction des régions minières avec les lignes d'intérêt général ou avec les ports appelés à les desservir, Votre Excellence peut également compter que le jour où aura été institué le régime judiciaire, prévu par l'article 9 de la convention du 4 Novembre 1911 relative au Maroc, et où les tribunaux consulaires auront été remplacés, le Gouvernement Français aura soin que les ressortissants allemands soient placés sous la juridiction nouvelle exactement dans les mêmes conditions que les ressortissants français.

Je suis heureux d'autre part de prendre acte, qu'au jour de l'entrée en vigueur du nouveau régime judiciaire après entente avec les Puissances, le Gouvernement Allemand consentira à la suppression, en même temps que pour les autres puissances, de ses tribunaux consulaires. Je prends acte également que dans la pensée de Votre Excellence, l'expression „les changements du régime des protégés", portée à l'article 12 de la convention précitée implique l'abrogation si elle est jugée nécessaire, de la partie de la convention de Madrid qui concerne les protégés et associés agricoles.

Enfin désireux de donner à la convention du 4 November 1911 relative au Maroc le caractère d'un acte destiné non seulement à écarter toute cause de conflit entre nos deux pays, mais encore à aider à leurs bons rapports, nous sommes d'accord pour déclarer que les différends qui viendraient à s'élever entre les parties contractantes au sujet de l'interprétation et de l'application des dispositions de la dite convention, et qui n'auraient pu être réglés par la voie diplomatique, seront soumis à un tribunal arbitral, constitué dans les termes de la convention de la Haye du 18 Octobre 1907. Un compromis devra être dressé et il sera procédé suivant les règles de la même convention en tant qu'il n'y serait pas dérogé par un accord exprès au moment du litige.

Jules Cambon

Nr. 10776

*Der französische Botschafter in Berlin Jules Cambon an den Staatssekretär des Auswärtigen Amtes von Kiderlen**

Ausfertigung

Berlin, le 4 Novembre 1911

Pour bien préciser l'esprit dans lequel sera appliquée la convention que nous venons de signer relativement aux échanges territoriaux dans l'Afrique Equatoriale, il est entendu entre les deux gouvernements que les différends qui viendraient à s'élever entre les parties contractantes, au sujet de l'interprétation et de l'application des dispositions de cette convention, seront soumis à un tribunal arbitral constitué dans les termes de la convention de la Haye du 18 octobre 1907. Un compromis devra être dressé et il sera procédé suivant les règles de la même convention, en tant qu'il n'y serait pas dérogé par un accord exprès au moment du litige.

Cependant, si des malentendus s'élevaient entre les membres de la commission technique chargés de fixer la délimitation de la frontière, ces agents seraient départagés par un arbitre désigné d'un commun accord entre les deux gouvernements et appartenant à une tierce puissance.

Le Gouvernement Français sera toujours heureux de voir des associations d'intérêt se produire entre les ressortissants des deux pays pour les affaires qu'ils entreprendraient dans les possessions françaises et allemandes qui font l'objet de la convention de ce jour.

Il est entendu que l'application de la dite convention sera faite suivant les règles prévues pour celle de la convention franco-allemande du 18 avril 1908 sur la frontière Congo-Cameroun par les protocoles qui y sont annexés.

Jules Cambon

Nr. 10777

*Der Staatssekretär des Auswärtigen Amtes von Kiderlen an den Botschafter in London Grafen von Metternich***

Telegramm. Konzept von der Hand des Vortragenden Rats Freiherrn Langwerth von Simmern

Nr. 150 Berlin, den 4. November 1911

Bitte nach Einvernehmen mit französischem Kollegen dortiger Regierung Markkoabkommen mitteilen und Zustimmung derselben erbitten. Abkommen heute gezeichnet.

Drahtbericht. Kiderlen

* Ein gleichlautendes Schreiben wurde von Kiderlen an Cambon gerichtet; vgl. das französische Gelbbuch: Affaires du Maroc VI, p. 633.

** Entsprechende Telegramme ergingen an die Botschaften in Wien, Rom, Madrid und Petersburg. Die erbetene Zustimmung erfolgte von seiten Italiens am 7. November, von seiten Rußlands am 15. November, von seiten Englands am 27. November, von seiten Österreich-Ungarns am 28. Dezember. Bezüglich Spaniens vgl. Nr. 10783.

Nr. 10778

Der Botschafter in Paris Freiherr von Schoen an das Auswärtige Amt

Telegramm. Entzifferung

Nr. 341 Paris, den 4. November 1911

Deutsch-französisches Abkommen wird von hiesiger Presse, obwohl Regierung schon seit Wochen durch ihr nahestehende Blätter Öffentlichkeit tendenziös zu beeinflussen suchte und auch gestrige Publikation offenkundig in diesem Sinne zurechtgestutzt hat, mit recht gemischten Empfindungen aufgenommen. Fast alle Blätter betonen peinlich und schmerzlich Eindruck, welchen Abtretung so großen Gebiets hervorrufen müsse. Vielfach wird auch beklagt, daß für Frankreich marokkanisches Protektorat infolge der Beschränkungen nur problematischen Wert habe, während Deutschland nunmehr in aller Ruhe das Land wirtschaftlich ausbeuten werde. Regierungsblätter allerdings beglückwünschen das Ministerium zu seinem Erfolg, befleißigen sich aber dabei sichtlich aus Rücksicht auf Deutschland gewisser Zurückhaltung. Freilich dürften die vielfachen schadenfrohen Auslassungen über Rücktritt Kolonialstaatssekretärs* die Anschauungen des hiesigen Publikums über den Wert des Abkommens in einem für Caillaux recht günstigen Sinne beeinflussen.

Schoen

Nr. 10779

Der Botschafter in Paris Freiherr von Schoen an das Auswärtige Amt

Telegramm. Entzifferung

Nr. 342 Paris, den 5. November 1911

Die schon gestern in beträchtlichem Teile der Presse gegen Abkommen erhobenen Einwendungen verstärken sich heute gerade in ernsten und angesehenen Blättern[1]. Nur Regierungsorgane benutzen in Ermangelung von sachlichen Beweisen die Zornausbrüche deutscher Blätter** als ausreichendes Argument dafür, daß Abkommen denn doch für Frankreich recht vorteilhaft sein müsse.

Schoen

Randbemerkung von Kiderlens:

[1] Scheint mir nicht weiter bedenklich; annehmen werden sie es doch. K.

---

* Vgl. Nr. 10770, S. 412, Fußnote.

** Siehe die Übersicht in Schultheß' Europäischer Geschichtskalender Jg. 1911, S. 185.

Nr. 10780

Der Botschafter in London Graf von Metternich an den Reichskanzler von Bethmann Hollweg

Ausfertigung

Nr. 827 London, den 4. November 1911

Die gesamte englische Presse beschäftigt sich heute ausführlich mit dem deutsch-französischen Abkommen. Mit seltener Einmütigkeit begrüßen die Blätter aller Richtungen den Abschluß, der für beide Teile ehrenvoll und gewinnbringend sei, und sprechen den beiden Unterhändlern, die unter sehr schwierigen Umständen das dornenvolle Werk in den Hafen gebracht hätten, Anerkennung aus.

Bei der Einmütigkeit der Kommentare darf ich mich darauf beschränken, auf die Leitartikel der „Westminster Gazette" und der „Times" einzugehen.

Die „Westminster Gazette" weist auf die großen Schwierigkeiten hin, welche chauvinistische Minoritäten in beiden Ländern dem Abschlusse gemacht hätten, und exemplifiziert hierbei auf den Rücktritt leitender deutscher Kolonialbeamter, die post festum erkennen ließen, mit welchen Friktionen die deutsche Diplomatie zu kämpfen hatte. Mr. Spender wiederholt den schon öfters ausgesprochenen Gedanken, man dürfe es in England nicht so tragisch nehmen, wenn Großbritannien als Blitzableiter für den deutschen Groll benützt worden sei; es stehe aber doch zu hoffen, daß dieser an sich so glückliche Abschluß nicht eine dauernde deutsch-englische Entfremdung zur Folge haben würde. Die von deutscher offiziöser Seite erfolgte Feststellung, daß England nicht störend in den Gang der Verhandlungen eingegriffen habe, wird besonders hervorgehoben. — (Auch sonst höre ich, daß diese offiziöse Mitteilung hier einen ausgezeichneten Eindruck gemacht hat.) — Man wisse aber hier in England wohl, daß die deutsche Mißstimmung nicht nur auf der angeblichen Rolle Englands in dieser rein kolonialen Frage beruhe. In Deutschland bestehe der Eindruck, England habe in Europa stets antideutsche Politik getrieben und das englische Schwergewicht für die Gegner Deutschlands in die Wagschale geworfen. Dies sei eine gänzliche Verkennung der englischen Politik; leider könne eine schnelle Aufklärung kaum erwartet werden. England sei gegen seinen Willen und unter dem Druck der Umstände in den Strudel europäischer Kontinentalpolitik hineingezogen worden. Niemals habe England beabsichtigt, das Abkommen mit Frankreich zu einem Instrument europäischer Politik zu machen, und England wünsche nicht, von den großen Aufgaben seiner Reichspolitik durch Fragen der höheren kontinentalen Politik abgezogen zu werden. Es stehe zu hoffen, daß alle Mächte die Unstimmigkeiten vergessen und jetzt nach der Beilegung der Marokkofrage ein neues Blatt beginnen würden.

Auch die „Times" begrüßt den Abschluß des Vertrages trotz ent-

gegenstehender Schwierigkeiten und unterstreicht ebenfalls, daß in Berlin von amtlicher Seite der Legendenbildung über die Haltung Englands entgegengetreten werde. Auf englischer Seite bestände weder ein Interesse noch der Wunsch, die zwei mächtigen kontinentalen Nachbarn in einen Streit verwickelt zu sehen, in den andere hereingezogen worden wären. Solange englische Interessen und englische Vertragsrechte nicht geschädigt würden, wolle niemand Deutschland die Vergrößerung seines Kolonialreichs verkümmern. Sowohl der Reichskanzler als der Staatssekretär des Auswärtigen hätten den Beweis großen Mutes gegeben, indem sie ein nützliches Abkommen schlossen, von dem vorauszusehen war, daß es in chauvinistischen Kreisen schlecht aufgenommen werden würde. Auf französischer Seite könne man die staatsmännische und diplomatische Gewandtheit des französischen Vertreters in Berlin nicht hoch genug preisen.

Es stehe nun noch die Genehmigung des Vertrages durch die anderen Mächte aus. Die Interessen der übrigen Mächte würden zum großen Teil durch die Stipulationen des Vertrages gedeckt sein; über die anderen müsse man noch Spezialvereinbarungen treffen, so insbesondere über den Hafen von Tanger, der offenbar unter ein besonderes Regime gestellt werden müsse. Auch die noch bestehenden französisch-spanischen Schwierigkeiten sollten bei versöhnlicher Behandlung von beiden Seiten sich als durchaus nicht unüberwindlich erweisen.

P. Metternich

Schlußbemerkung Kaiser Wilhelms II.:
Wenn doch der Herr Botschafter sich endlich einmal dazu aufraffen könnte, statt nur ewig uns Zeitungsausschnitte zu schicken — was Attachéarbeit ist — mal Berichte über die Situation, und ihre event[uellen] Veränderungen zu machen, z. B. wie politisch der Abschluß auf die Weitre Beziehung von England u[nd] Frankreich hat.* Auf das Verhältniß zu uns pro futuro haben wird pp.!

W.

Nr. 10781

Der Botschafter in London Graf von Metternich an das Auswärtige Amt

Telegramm. Entzifferung

Nr. 151 London, den 6. November 1911

Telegramm Nr. 150 vom 4. d. Mts.** nachts hier eingegangen. Auftrag heute ausgeführt, da gestern Sonntag Foreign Office geschlossen und Sir E. Grey von London abwesend war. Französischer Geschäftsträger*** hat gleichen Auftrag schon am 3. d. Mts. ausgeführt.

Der Minister erwiderte mir, er wünsche zunächst Inhalt des Abkom-

---

* sic!
** Siehe Nr. 10777.
*** E. Daeschner.

mens zu prüfen, ehe er mir endgültige Antwort erteilen könne; dasselbe habe er dem französischen Geschäftsträger mitgeteilt. Aber schon jetzt wünsche er hohe Befriedigung über Abkommen auszusprechen, da dadurch marokkanische Streitfrage, in die auch England verwickelt gewesen, wie zu hoffen, dauernd beseitigt sei.

Metternich

Nr. 10782

Der Geschäftsträger in Petersburg Freiherr von Lucius an das Auswärtige Amt

Telegramm. Entzifferung

Nr. 244 St. Petersburg, den 6. November 1911

Herr Neratow sprach sich sehr erfreut über Abschluß unserer Verhandlungen mit Frankreich aus, zu dem man Euerer Exzellenz nur gratulieren könne, denn er sähe das Abkommen als sehr günstig für Deutschland an, und wir könnten, glaube er, wohl zufrieden mit dem Erreichten sein. Es sei gut, daß die Einigung zustande gekommen und so ein Moment der allgemeinen Beunruhigung beseitigt sei.

Die Zustimmung der russischen Regierung könne offiziell erst nach Genehmigung des Zaren erfolgen, woran er aber nicht zweifele.

Marokko selbst, fügte Herr Neratow hinzu, interessiert die russische Regierung wenig*.

Lucius

Nr. 10783

Der Staatssekretär des Auswärtigen Amtes von Kiderlen an den Botschafter in Madrid Prinzen von Ratibor

Telegramm. Eigenhändiges Konzept

Nr. 61 Berlin, den 8. November 1911

Der spanische Botschafter hat hier mitgeteilt, daß seine Regierung von Inhalt unseres Abkommens mit Frankreich unangenehm berührt

* Nichtsdestoweniger hat die russische Regierung ihre Zustimmung zu dem Marokkoabkommen zum Anlaß genommen, um von der französischen ein entsprechendes Entgegenkommen in anderen politischen Fragen zu erlangen. Der stellvertretende russische Außenminister Neratow schrieb schon am 5. Oktober an Iswolsky: „Da wir durch genau festgelegte Beziehungen mit Frankreich verbunden sind und nur wenig Interesse am Nordwesten Afrikas haben, ist es klar, daß wir im voraus allem zustimmen werden, was Frankreich in diesen Verhandlungen mit Deutschland beschließen wird. Aber das gibt uns, wie mir scheint, berechtigten Anlaß, zu hoffen, daß Frankreich sich moralisch verpflichtet fühlen wird, uns bei gegebener Gelegenheit mit

sei. Bitte dort demgegenüber hervorzuheben, daß das Abkommen nichts enthält, das nach unserer Ansicht spanischen Rechten oder auch nur Ansprüchen abträglich sein könnte. Das Abkommen regelt ausschließlich unsere Beziehungen zu Frankreich in Marokko. Wir sichern Frankreich zu, ihm in Marokko in politischer Beziehung keine Schwierigkeiten zu machen, während uns Frankreich zusichert, uns in wirtschaftlicher Beziehung nicht schlechter zu stellen als die eigenen Untertanen. Direkte Vorbehalte für Spanien konnten wir nicht machen, da wir seine (geheim gehaltenen) Abkommen mit Frankreich nicht kennten. Wir haben aber in einer Note, wie Sie streng vertraulich bemerken wollen, ausdrücklich auf eine direkte Auseinandersetzung zwischen Spanien und Frankreich hingewiesen, der wir natürlich fernbleiben müssen*. Falsche französische Preßandeutungen in dieser Beziehung scheinen Spanien verstimmt zu haben. Heben Sie hervor, daß wir den unermüdlichen Anfragen des Herrn Polo de Bernabe gegenüber während des ganzen Sommers diesem die Versicherung wiederholt haben, daß wir spanischen Rechten nicht präjudizieren werden. Wir haben dies gehalten, indem wir Frankreich lediglich unsere politische Enthaltung wie schon 1909, was Spanien bekannt war, zusicherten, ihm aber keinerlei Rechte auf bestimmte Territorien übertrugen, wozu wir auch gar nicht imstande waren. Der beste Beweis dafür ist, daß wir die Zustimmung zu unserem Vertrag den andern Signatarmächten vorbehalten haben. Spanien ist dadurch in die günstige Lage gekommen, seine Zustimmung zu unserm Abkommen von der vorherigen Verständigung mit Frankreich abhängig zu machen.

Der spanische Botschafter hat geltend gemacht, wir hätten „ganz Marokko“ Frankreich „zugesprochen“. Das konnten wir nicht, schon weil uns Marokko nicht gehört. Wir haben nur negativ unsere Enthaltung zugesichert. Hat sich Spanien von Frankreich eine bestimmte Interessensphäre ausbedungen, so bleibt diese durch unser Abkommen ebenso unberührt wie etwa die Präsidios.

Ich muß es Ihrem Ermessen überlassen, wie weit Euere Durchlaucht in vorsichtiger Weise auf die Interessengemeinschaft Spaniens mit England in diesem Punkte hinweisen wollen.

Kiderlen

---

gleicher Münze zu zahlen und von vornherein auf eine Opposition oder Einmischung in solche Fragen zu verzichten, an denen Frankreich weniger interessiert ist, während wir an ihnen ein wesentliches Interesse haben. Zu diesen Fragen gehören zwei von besonders ausgeprägtem Charakter, nämlich die der ‚Meerengen‘ und die der ‚Mandschurei‘“. Der diplomatische Schriftwechsel Iswolskis, ed. Fr. Stieve I, 155. Vgl. auch den Brief Iswolskys an Neratow vom 11. Oktober 1911 (das. S. 160f.) und das Geheimtelegramm Iswolskys vom 6. November (das. S. 171f.).

* Vgl. Nr. 10774.

Nr. 10784

Der französische Botschafter in Berlin Jules Cambon, z. Z. in Paris, an den Staatssekretär des Auswärtigen Amtes von Kiderlen

Eigenhändiger Privatbrief

Paris, le 14 Novembre 1911

Vous avez eu beaucoup de difficultés à Berlin au sujet de nos accords. Nous en avons davantage à Paris. —

Je vous avais entretenu à plusieurs reprises de la présence du „Berlin" à Agadir et vous aviez bien voulu me dire que vers le 15 novembre probablement, ce bateau pourrait quitter sa station. Permettez moi d'appeler votre attention sur l'utilité qu'il y aurait à ce que vous prissiez cette décision dans quelques jours et avant que la discussion de nos conventions vienne devant nos Chambres. — Je craindrais, en cas contraire, une intervention orataire de la part d'un député quelconque, qui pourrait donner au débat une allure fâcheuse. — Il serait donc prudent, à mes yeux, maintenant que les discussions sont finies au Reichstag* et qu'elles ne sont pas commencées chez nous, de supprimer cette pomme de discorde. — Je suis persuadé que ce serait faciliter la pacification des esprits et rendre service à l'œuvre que nous poursuivons tous deux que de rappeler le Berlin.

Une erreur de copie a été faite dans le „ne varietur" et par suite dans le traité sur le Maroc.

Elle est relevée très aigrement dans certains milieux hostiles à nos conventions. Ce n'est qu'une question de mots, mais il y a des puristes parmi les adversaires du traité. Je vous propose de signer avec moi un petit erratum dont je vous envoie le texte**.

L'affaire Mannesmann est enfin arrangée***. — Ouf! — ce n'a pas été très facile, mais cela nous facilitera bien des choses.

Je pars demain matin pour la Provence et vous souhaite de pouvoir vous absenter.

Jules Cambon

---

* Über die dreitägigen Marokkoverhandlungen im deutschen Reichstage (9. bis 11. November), die ihren Höhepunkt in der Auseinandersetzung des Reichskanzlers mit dem Führer der Konservativen, Abgeordneten von Heydebrand und der Lasa, über Englands Haltung in der Marokkofrage fanden, vgl. Kap. CCXXIX, Nr. 10654, Fußnote. Einer Genehmigung der Abkommen vom 4. November durch den Reichstag bedurfte es nur insoweit, als in dem Marokkovertrage eine Abänderung der Gerichtsbarkeit deutscher Konsularbehörden vorgesehen war. Anders in Frankreich, wo beide Abkommen in toto der Genehmigung beider parlamentarischer Körperschaften unterlagen.

** Vgl. Nr. 10772, S. 416, Fußnote.

*** Am 13. November war nach langen und schwierigen Verhandlungen ein Fusionsabkommen zwischen den Gebrüdern Mannesmann und der Union des Mines Marocaines abgeschlossen worden.

Nr. 10785

Der Vertreter des Chefs des Admiralstabs der Marine Korvettenkapitän von Hornhardt an den Staatssekretär des Auswärtigen Amtes von Kiderlen

Ausfertigung

Geheim Berlin, den 18. November 1911

Seine Majestät der Kaiser haben zu genehmigen geruht, daß S. M. S. S. „Berlin" und „Eber" am Tage der Auswechselung der Ratifikationsurkunden des deutsch-französischen Vertrags von Agadir zurückgezogen werden, und sind ferner einverstanden, daß beide Schiffe darnach Casablanca und Tanger einen Besuch abstatten.

Euere Exzellenz werden um eine gefällige Mitteilung ergebenst ersucht, an welchem Tage der Austausch der Ratifikationsurkunden stattfinden wird, bezw. innerhalb welcher Zeit dies zu erwarten steht, damit der Kommandant S. M. S. „Berlin" mit entsprechender Weisung versehen werden kann.

Ferner würde der Admiralstab für eine Übermittelung etwaiger Wünsche für den Aufenthalt und das Verhalten S. M. S. S. „Berlin" und „Eber" in Casablanca und Tanger dankbar sein*.

Im Auftrage

v. Hornhardt

Nr. 10786

Der Botschafter in Paris Freiherr von Schoen an den Reichskanzler von Bethmann Hollweg

Ausfertigung

Nr. 466 Paris, den 22. November 1911

Je mehr die Erörterung des deutsch-französischen Marokkoabkommens in der Kammerkommission für auswärtige Angelegenheiten vorschreitet, um so deutlicher tritt es zutage, daß die ursprüngliche, namentlich

* Da der Zeitpunkt der Ratifikation der Abkommen vom 4. November noch gar nicht abzusehen war — sie erfolgte erst im März 1912 —, trat Staatssekretär von Kiderlen gegenüber dem Chef des Admiralstabes für eine frühere Zurückziehung der Schiffe von Agadir ein. Darauf richtete am 25. November Admiral von Heeringen an den in Donaueschingen weilenden Kaiser folgendes Telegramm: „Der Staatssekretär des Auswärtigen Amtes hält, da der Zeitpunkt der Ratifikation des Marokkovertrages noch nicht zu übersehen ist, die frühere Zurückziehung Euer Majestät Schiffe ‚Berlin' und ‚Eber' von Agadir für zweckmäßig. Ich trete dieser Auffassung bei und bitte um die Ermächtigung, den Schiffen den Befehl zu übermitteln, am 28. November Agadir zu verlassen und Casablanca und Tanger zu einem zwei- bis dreitägigen Besuch anzulaufen. ‚Berlin' soll dann die Heimreise antreten. ‚Eber' auf die westafrikanische Station zurückkehren." Die Genehmigung des Kaisers erfolgte umgehend.

durch den Lärm in Deutschland genährte Genugtuung einer recht unbehaglichen, ja man kann sagen nahezu katzenjämmerlichen Stimmung Platz gemacht hat. Die zwischen beiden Regierungen gewechselten erläuternden Briefe*, die Interpretationen einzelner Vertragsbestimmungen vor der Reichstagskommission, der französisch-spanische Geheimvertrag** und die voraussichtliche Haltung Englands in den bevorstehenden Verhandlungen mit Spanien haben sichtlich zusammengewirkt, um in den hiesigen politischen Kreisen das Gefühl entstehen zu lassen, daß Frankreich durchaus nicht gar so glänzend abgeschnitten habe. Einen nicht unwesentlichen Teil an dem Unbehagen hat auch das Unglück des Herrn de Selves und seines politischen Direktors Bapst, die sich bei den Kommissionsverhandlungen als sehr mangelhaft unterrichtet erwiesen und dadurch den Eindruck hervorriefen, daß die Leitung der französischen Diplomatie auch während der Berliner Verhandlungen keine ganz einwandfreie war. Der Ärger und die Geringschätzung, die die Kammer über Herrn de Selves empfindet, kam auch vorgestern anläßlich der Interpellation des Sozialisten Bouge drastisch zum Ausdruck, und ohne das Eingreifen des Ministerpräsidenten wäre der Minister des Auswärtigen wohl zum Rücktritt gezwungen worden. Jetzt gibt man ihm wenigstens noch eine Gnadenfrist bis nach der parlamentarischen Erledigung des Abkommens.

Die allgemein so peinlich empfundene Unzulänglichkeit des Herrn de Selves schwächt natürlich die Stellung des Kabinetts Caillaux überhaupt, wozu noch tritt, daß auch das Ansehen des Herrn Delcassé trotz seines jüngsten rednerischen Erfolges in der Pulverdebatte*** durch die Folgen seiner geheimen Abmachungen mit Spanien, deren Nachteile in der Kammerkommission mit großem Nachdruck hervorgehoben wurden, stark gelitten hat.

Trotzdem herrscht nach wie vor allgemein die Überzeugung, daß das Abkommen mit Deutschland vom Parlament mit großer Mehrheit genehmigt werden wird, nicht aus Begeisterung über die für Frankreich errungenen Vorteile, sondern aus Besorgnis über die unabsehbaren Folgen, die mit einer Ablehnung verbunden wären.

v. Schoen

---

* Siehe Nr. 10774—10776.

** Am 8. November hatte der „Matin" den bis dahin geheim gebliebenen Text des spanisch-französischen Marokkovertrages vom 3. Oktober 1904 veröffentlicht. Der Text entsprach, wie Freiherr von Schoen am 9. November (Nr. 447) auf Grund von Mitteilungen seines spanischen Kollegen Perez Caballero berichten konnte, mit Ausnahme einiger Geringfügigkeiten dem Original. Wie Freiherr von Schoen in seinem Berichte weiter anführte, fand der Geheimvertrag in der Presse und auch in Parlamentskreisen vielfach recht abfällige Beurteilung. „Man ist der Ansicht, daß er die Stellung Frankreichs in den bevorstehenden Verhandlungen mit Spanien schwäche, und macht hierfür Herrn Delcassé verantwortlich, dessen durch die Katastrophe der ‚Liberté' beträchtlich erschütterte Stellung nun eine weitere Einbuße erleiden dürfte."

*** Die Katastrophe des Panzerschiffes „Liberté", das am 25. September infolge einer Pulverexplosion im Hafen von Toulon gesunken war, hatte zur Einsetzung einer besonderen Untersuchungskommission und zu einer Debatte in der Kammer geführt.

Nr. 10787

Der Staatssekretär des Auswärtigen Amtes von Kiderlen an den Botschafter in Paris Freiherrn von Schoen

Telegramm. Eigenhändiges Konzept

Nr. 256 Berlin, den 25. November 1911
Geheim

Bitte Herrn Caillaux persönlich mit der Bitte um absolute Diskretion zu sagen, daß „Berlin" Agadir voraussichtlich am 28. d. Mts. verlassen wird. Ew. wollen Herrn Caillaux dabei sagen, daß noch die formelle Order Seiner Majestät fehle, allerhöchstwelcher aber im Prinzip einverstanden. Sobald die Order eingegangen, würden Sie Nachricht erhalten, und Herr Caillaux könne dann davon Gebrauch machen.

Kiderlen

Nr. 10788

Der Botschafter in Paris Freiherr von Schoen an das Auswärtige Amt

Telegramm. Entzifferung

Nr. 390 Paris, den 26. November 1911
Geheim

Antwort auf Telegramm Nr. 256*.

Auftrag ausgeführt. M. Caillaux, der bis Eingang weiterer Nachricht ehrenwörtlich absolute Diskretion zusagte, dankte sehr lebhaft, hinzufügend, daß er bei sich bietender Gelegenheit Erkenntlichkeit zu zeigen wissen werde. Mit Genugtuung erfülle es ihn, daß wir durch dieses Entgegenkommen die durch Abkommen geschaffene versöhnliche und vielversprechende Stimmung verstärkten. Das Vorhandensein einer solchen hätte sich ja bereits an Mannesmannaffäre gezeigt. Denn bisher würde keine Regierung ohne Gefahr sofortigen Sturzes ähnliche Transaktion haben fördern dürfen, wie sie jetzt nahezu unwidersprochen hingenommen werde.

Caillaux äußerte sodann über hiesige parlamentarische Aussichten Abkommens folgendes: Regierung würde natürlich verschiedene Angriffe zu erdulden haben, namentlich Herr Clemenceau beabsichtige im Senat heftigen Vorstoß. Er, Ministerpräsident, denke jedoch, daß Verhandlungen im ganzen leidlich glatt verlaufen würden. An seinem Auftreten würden wir jedenfalls erkennen, wie sehr ihm daran liege, daß Debatten im versöhnlichen Sinne stattfänden. (Einschaltend bemerke hier, daß, wie ich erst heute früh von Mitglied Kammerkommission hörte, Regierung im

* Siehe Nr. 10787.

Falle Verbleibens Kreuzers Agadir sehr stürmische Sitzungen befürchtet und schließlich nur geringe Majorität von höchstens 50 Stimmen.)

Bei erfreulichem Ausblick auf Weiterentwickelung deutsch-französischen Verhältnisses aussprach M. Caillaux schließlich in ziemlich ernsthafter Weise Besorgnis vor fernerer Gestaltung unserer Beziehungen zu England. Er meinte, er begriffe doch nicht ganz, warum man bei uns englische Bluffs so ernst nehme. Beispielsweise, das wisse er genau, sei Lloyd Georges Rede eigentlich ausschließlich auf Gründe innerer Politik zurückzuführen gewesen. Zu bewaffnetem Konflikte mit uns verspüre England nach seiner Überzeugung viel weniger Lust wie wir. Übrigens wünsche Frankreich sehr dringend, daß deutsch-englische Spannung bald nachlassen möge.

Schoen

Nr. 10789

Der Botschafter in Paris Freiherr von Schoen an den Reichskanzler von Bethmann Hollweg

Ausfertigung

Nr. 474 Paris, den 28. November 1911

Mit der Zurückziehung unseres Kreuzers aus dem Hafen von Agadir ist Herrn Caillaux ein großer persönlicher Dienst erwiesen worden. Seine parlamentarischen Gegner hatten die Gemüter mit dem Hinweis darauf in Erregung zu setzen gewußt, wie sehr es der Würde Frankreichs widerspreche, daß seine Volksvertreter über das Abkommen „sous la menace allemande" abstimmen sollten. So ist es auch zu erklären, daß sich keiner der namhafteren Mitglieder der Kammerkommission für die auswärtigen Angelegenheiten bereit finden ließ, das Amt des Berichtsertatters zu übernehmen. Nunmehr ist den Feinden des Herrn Caillaux das Konzept verdorben, und man begreift, daß er uns dankbar ist. Seinen Vertrauten gegenüber hat er das in noch viel rückhaltloserer Weise zum Ausdruck gebracht wie mir, als ich ihm die Nachricht von der Abberufung des Kreuzers überbrachte.

Ich glaube, daß seine Äußerung zu mir, er werde mit Genugtuung die sich ihm bietenden Gelegenheiten ergreifen, um sich uns erkenntlich zu zeigen, für den Augenblick jedenfalls sehr ehrlich gemeint war. Es steht nur zu hoffen, daß er noch einige Zeit am Ruder bleibt, eine Frage, über die sich gegenwärtig nur schwer mit einiger Sicherheit ein Urteil fällen läßt. Vielleicht geben die bevorstehenden Marokkoverhandlungen einen Anhalt dafür, inwieweit die Minierarbeit gegen das Ministerium, an der bisher hauptsächlich die Herren Clemenceau, Briand und Pichon beteiligt waren, Erfolg gehabt hat.

v. Schoen

Nr. 10790

Der Botschafter in Paris Freiherr von Schoen an den Reichskanzler von Bethmann Hollweg

Ausfertigung

Nr. 511 Paris, den 17. Dezember 1911

Die Kammerverhandlungen über das Abkommen vom 4. v. Mts. haben bisher einen ruhigeren Verlauf genommen, als erwartet wurde. Die Gemüter stehen sichtlich unter dem Bewußtsein, daß ein höheres politisches Gebot die Ablehnung des Vertrages ausschließt, und daß seine Bestimmungen, so hart einzelne auch empfunden werden mögen, nicht geändert werden können. Aus diesem Gefühl der Resignation erklärt es sich auch, daß der Versuch des Grafen de Mun, der Regierung durch einen Vertagungsantrag Schwierigkeiten zu bereiten, trotz der dem Ministerium gewiß nicht gerade günstigen Stimmung der Kammer mit erdrückender Mehrheit abgewiesen wurde. Gegenüber der neubewährten, glänzenden Beredsamkeit de Muns hatte Minister de Selves einen besonders schweren Stand. Seine oratorischen Leistungen waren überaus schwach, und auch sachlich und taktisch hat er sich als wenig geschickter Politiker und Diplomat erwiesen. Er war hauptsächlich darauf bedacht, bei seiner — übrigens aktenmäßig zum Teil den Tatsachen nicht ganz entsprechenden — Darlegung über den Verlauf der Verhandlungen den gegen die Regierung erhobenen Vorwurf schwächlicher Nachgiebigkeit gegenüber zu weitgehenden deutschen Forderungen zu entkräften. Er hat dabei manches gesagt, was bei unserer öffentlichen Meinung Befremden und Widerspruch hervorzurufen geeignet ist, ja er hat sich sogar Äußerungen entschlüpfen lassen, die auf französischer Seite peinliche Überraschung und scharfe Mißbilligung verursachten: so die von der Kammer mit Entrüstung aufgenommene Bemerkung, daß Frankreich Spanien gegenüber seine Macht nicht mißbrauchen solle.

Der allgemeine Eindruck der politischen Welt, sowohl der französischen wie der diplomatischen, ist der, daß Herrn de Selves' kurze Ministerlaufbahn als abgeschlossen angesehen werden kann. Dieser Eindruck wurde noch dadurch verstärkt, daß es Herrn Millerand vorbehalten gewesen ist, durch eine wirkungsvolle, programmatische Rede über die Marokkopolitik die Unzulänglichkeit de Selves' besonders erkennbar zu machen. Er wurde dann auch sogleich von der öffentlichen Meinung als der nächste Minister des Äußern angesehen.

Bezeichnend für die ruhige Stimmung der Kammer war es auch, daß die Versuche des nationalistisch-klerikalen Draufgängers Delahaye, durch persönliche Ausfälle gegen Herrn Caillaux Verwirrung und Skandal zu schaffen, ihre Wirkung verfehlten und der Regierung zweifellos mehr genützt als geschadet haben.

Bemerkenswert ist, daß im bisherigen Verlaufe der Verhandlungen

keine schärfere Animosität gegen Deutschland zutage getreten ist — abgesehen von einzelnen Ausführungen des Konservativen Denys Cochin, die eine antideutsche Spitze hatten. Die Kammer hat sogar die mit großem Nachdruck vorgetragene Forderung des Sozialisten Sembat nach einer durchaus loyalen Durchführung der Verträge im Sinne einer Entente mit Deutschland wenn auch nicht mit Wärme, so doch ohne Widerspruch aufgenommen.

Herr Deschanel, der sonst leicht geneigt ist, durch das Anschlagen der patriotisch-nationalistischen Saite oratorische Effekte zu erzielen, blieb in seiner Rolle als Obmann des Kammerausschusses dem ruhigen und sachlichen Tone treu und begnügte sich diesmal damit, durch die Glorifizierung Brazzas und dessen Nachfolgers Beifall zu erwecken.

Soweit sich aus der wohl noch einige Tage in Anspruch nehmenden Debatte ein Urteil schöpfen läßt, erscheint die Annahme berechtigt, daß — abgesehen von dem persönlichen und vielleicht Herrn Caillaux nicht unwillkommenen Mißerfolg des Ministers de Selves — die Stellung des Kabinetts eher eine kleine Stärkung erfahren hat.

Ich darf mir vorbehalten, auf die Verhandlungen nach Abschluß derselben berichtlich zurückzukommen.

v. Schoen

Nr. 10791

Der Botschafter in Paris Freiherr von Schoen an den Reichskanzler von Bethmann Hollweg

Ausfertigung

Nr. 519 Paris, den 21. Dezember 1911

Nach sechstägiger Debatte hat die Kammer gestern das deutsch-französische Abkommen vom 4. November d. Js. mit 393 gegen 36 Stimmen angenommen. Die letzteren gehören fast ausschließlich der Rechten an. Die Stimmenthaltungen werden auf 141 berechnet.

Die Debatte ist länger, eingehender und bewegter gewesen, als mit Rücksicht auf den Umstand anzunehmen war, daß sie nach einer vorhergegangenen Verständigung der Parteien rein sachlich bleiben und nicht zum Anlaß einer Ministerkrise gemacht werden sollte, ein Beschluß, in dem schon eine prinzipielle Zustimmung zu dem Abkommen erblickt werden konnte.

Die Opposition, soweit sie ernst zu nehmen und sich nicht wie diejenige der nationalistischen Heißsporne auf die sentimentale Ablehnung jeder Gebietsabtretung und jeder Verständigung mit Deutschland versteifte, vertrat vornehmlich den Standpunkt, daß das Protektorat über Marokko mit dem schmerzlichen Opfer in Äquatorialafrika zu teuer erkauft und überdies nicht genügend von Einschränkungen und Fesseln befreit sei. Ein erheblicher Teil werde Spanien eingeräumt werden müssen,

die von Deutschland ausbedungenen wirtschaftlichen Sicherheiten böten Gelegenheit zu unbequemen Einmischungen, Belästigungen und Reibungen. Auch die Bestimmungen über Gebietsveränderungen entbehrten erschöpfender Klarheit und könnten zu neuen Schwierigkeiten führen. Die Zulassung Deutschlands an die Grenzen des belgischen Kongo gebe ihm einen Einfluß, für dessen Einräumung Belgien sicherlich Frankreich nicht Dank wissen werde.

Keiner der Oppositionsredner hat einen anderen Weg als den im Abkommen beschrittenen anzugeben vermocht, auf welchem Frankreich ohne ernsten Konflikt zu dem Ziele gelangt wäre, das es ziemlich einmütig seit langen Jahren angestrebt, die Ausdehnung seiner Macht im afrikanischen Norden bis an den Ozean. Selbst die Sozialisten haben dieses Ziel nicht ganz verleugnet, wohl aber die Methoden des bisherigen Vorgehens verurteilt, die auf eine Politik der Vergewaltigung, verschleierter Eroberung und der frivolen Nichtbeachtung der Interessen Dritter und vertraglicher Verpflichtungen hinausliefen. Frankreich, sagte Jaurès, sei mit schuld, daß Treu und Glauben immer mehr aus der Politik verschwinden, daß Vertragsbrüche üblich und Gewaltakte wie das Vorgehen Italiens in Tripolis möglich werden.

Die Sozialisten mißbilligen manches der neuen Abmachungen, weil sie noch immer Unklarheiten enthalten und damit neuen Schwierigkeiten die Tür öffnen. Aber sie begrüßen die Verträge als einen bedeutsamen Schritt auf dem Wege zur Verständigung zwischen Deutschland und Frankreich und damit zum Völkerfrieden. Dieses Ziel, meinte Jaurès, hätte schon längst erreicht werden können, wenn die französische Diplomatie nicht so kurzsichtig und engherzig gewesen wäre, die deutschen Empfindlichkeiten nicht genügend zu schonen und den wirtschaftlichen Betätigungsdrang des an Volkskraft überquellenden Deutschland nicht hinreichend in Rechnung zu stellen. Deutschland sei bei den Abmachungen über Marokko wiederholt übergangen worden, es habe nun einen Anspruch auf Kompensationen. Nicht dem Zwang weiche heute Frankreich, sondern dem Gefühl des Rechts. Die deutsche Diplomatie sei nicht ohne Fehler, sie sei zuweilen brüsk, aber sie habe doch im ganzen stets Mäßigung bewiesen. Keiner der großen Staatslenker Deutschlands, weder die drei Kaiser noch Bismarck, hätten geflissentlich auf Krieg hingewirkt.

Mit diesen Äußerungen der Anerkennung der deutschen Kompensationspolitik und der Verurteilung der französischen Vertragsfelonie, ist Jaurès taktisch zu weit gegangen. Er hat das Nationalgefühl der Kammer auf eine zu starke Belastungsprobe gestellt. Der Erfolg seiner Worte war denn auch Tumult, Ordnungsrufe und der Abfall einer Anzahl von Stimmen, vielleicht deren 50, die sicher für das Abkommen gerechnet werden konnten und nun sich enthielten. Der betrübende Erfolg war ferner das Auftreten einiger Nationalisten und ehemaliger Boulangisten mit patriotischen Phrasen, denen die durch das Gerede des sozialistischen Weltverbesserers verstimmte Kammer lebhaften Beifall zollte. In dieser

Stimmung soll es sogar zu der theatralischen Rührszene gekommen sein, daß der Kolonialminister Lebrun, Deputierter für einen lothringischen Wahlkreis, als andere Vertreter der Grenzgebiete als Zeichen unverlöschlichen Schmerzes um verlorenes Land ihre Stimmenthaltung erklärten, in heftiges Weinen ausgebrochen sei.

Seiner Aufgabe, das Abkommen vom Standpunkt der französischen Kolonialverwaltung aus zu verteidigen, war Herr Lebrun am ersten Sitzungstage in einer Rede gerecht geworden, die allgemein als ruhig und sachlich anerkannt worden war. Er hatte dargelegt, daß Frankreichs vitale Interessen in Äquatorialafrika durchaus nicht zerstört seien.

Daß die rednerische Leistung des Ministers des Äußern über das Abkommen und die Verhandlungen eine Enttäuschung gebracht hat, ist Euerer Exzellenz aus meiner Berichterstattung bereits bekannt. Die Rede liest sich besser, wie sie sich angehört hat. Gleichwohl zeigt sie viele Schwächen, sowohl in dem, was sie sagt, wie dem, was sie verschweigt oder in gefärbtem Lichte erscheinen läßt. Der Minister ist etwas gewagt an der Wahrheit vorbeigegangen, als er in dem Bestreben, sich einen persönlichen Erfolg zu sichern, die Dinge so schilderte, als ob er fast unausgesetzt zu weitgehende deutsche Forderungen abgelehnt habe. Hätte er erschöpfend und wahrheitsgetreu sein wollen, so hätte er auch erwähnen müssen, daß auch von französischer Seite wiederholt Wünsche und Vorschläge vorgebracht wurden, die unerfüllt geblieben sind, und Angebote gemacht, die später wieder aus der Erörterung ausschieden. Das Selbstlob des Ministers ist übrigens auch, abgesehen von der oratorischen Schwäche, mit der es vorgetragen, wirkungslos geblieben. Die Kammer scheint herausgefühlt zu haben, daß etwas nicht stimmt. Herr de Selves hatte, wie ich zuverlässig höre, die Absicht, am Schluß seiner Rede ein Wort über die große Bedeutung des Abkommens für die deutsch-französischen Beziehungen zu sagen. Er hat dazu aber schließlich angesichts der unfreundlichen Haltung der Kammer für ihn nicht den Mut gefunden und es dem Ministerpräsidenten überlassen, diese Lücke auszufüllen.

Den Höhepunkt der Verhandlungen bildete die Rede, in der der Ministerpräsident das Abkommen erläuterte und verteidigte. Es wird allgemein anerkannt, daß Herr Caillaux sich seiner Aufgabe durchaus gewachsen gezeigt hat. Er hat sehr ruhig, klar und sachlich gesprochen, nach allen Seiten, nach innen und außen, sehr vorsichtig und ohne jegliche Spitze. Selbst seine Gegner müssen einräumen, daß gegen das, was er vorgebracht, nicht viel zu sagen sei. Auch hat er diejenigen, die ihn als einen körperlich und geistig gebrochenen Mann hinstellen, Lügen gestraft. Er führte in überzeugender Weise aus, daß die historische und tatsächliche Entwickelung des Marokkoproblems Frankreich zur Notwendigkeit führte, das Land in seine Obhut und Gewalt zu bringen. Das dafür gebrachte Opfer sei schmerzlich, aber nicht zu groß. Friedliche Gebietsaustausche und Landabtretungen seien wiederholt in der neueren Geschichte vorgekommen, in Afrika, ja sogar in Europa (Helgoland). Die Einwände,

daß das Abkommen nicht erschöpfend und eine Quelle erneuter Reibungen werden könnte, wies Herr Caillaux sehr eingehend als unberechtigt nach. Die Offene Tür in Marokko werde Frankreich keineswegs zum Nachteil gereichen, wie sein Handelsanteil in seinen Kolonien und auch in denjenigen anderer Länder, wo der Grundsatz der Offenen Tür gehandhabt wird, beweise. Die Aufnahme der Schiedsklausel in die deutsch-französischen Abmachungen sei von großem Wert und guter Vorbedeutung. Der Ausblick in die Zukunft sei erfreulich, eine langjährige Streitfrage zwischen zwei großen Nationen sei aus der Welt geschafft, die sich gegenseitig achten und nähertreten könnten.

Diese deutschfreundliche Äußerung des Ministerpräsidenten fand nicht ausschließlich auf den Bänken der Sozialisten Beifall. Wenn Herr Caillaux mit der Versicherung schloß, wie dies übrigens die meisten Redner, selbst einige Sozialisten getan, daß Frankreich seiner Allianz und seinen Freundschaften unentwegt treu bleiben werde, bei aller Friedensliebe auf die Stärke seiner Wehrmacht und seines Kredits bedacht bleiben müsse, so ist dies ein Zugeständnis an das französische Nationalgefühl, das er aus taktischen Gründen nicht vermeiden konnte. Er erzielte mit seiner Rede starken Erfolg und den Eindruck einer wesentlichen Stärkung seiner Stellung.

Als erfolgreichster Redner für die Vorlage kann ferner Herr Millerand bezeichnet werden, der sich in einer großzügigen Rede als Ministerkandidat für das durch Selves so schwächlich vertretene Äußere empfahl. Seine Ausführungen gipfeln in dem Leitsatz, Frankreich müsse eine rein realistische Politik verfolgen. Das Abkommen sei gut, aber nur unter der Bedingung, daß es durchaus loyal zur Ausführung gelange.

In ähnlicher Weise rechtfertigte Herr Deschanel, der Obmann der Kommission für auswärtige Angelegenheiten, das Abkommen. Auch Herr Long, der Berichterstatter dieser Kommission, sprach überzeugend und wirkungsvoll über die Einzelheiten.

Im ganzen hielten sich Gegner und Freunde des Abkommens etwa die Wage, beide mit wenigen Ausnahmen darauf bedacht, dem Ernste der Frage durch leidenschaftslose Prüfung des Für und Wider gerecht zu werden und eine würdige Sprache zu führen. Gereiztheit gegen Deutschland wurde vermieden, der „coup d'Agadir" wenig berührt, wenn auch mehrere Redner den Unmut über den Zwang nicht ganz zu unterdrücken vermochten. Erst das allzu starke Spannen des pazifistischen Bogens durch Jaurès hat die Reaktion der Nationalisten hervorgerufen und damit einen Mißton geweckt.

In einem Punkte waren die Vertreter aller Parteien einig, in der scharfen Verurteilung geheimer Abmachungen*. Da die meisten der auf

* Der Veröffentlichung des französisch-spanischen Geheimvertrags vom 3. Oktober 1904 durch den „Matin" (8. November) war am 24. November die offizielle Bekanntgabe der Geheimklauseln des englisch-französischen Ägypten-Marokko-Vertrages vom 8. April 1904 gefolgt, und zwar gleichzeitig in London und Paris. Wie Freiherr von

Marokko bezüglichen Geheimverträge das Werk Delcassés sind, so erleidet damit dieser Minister eine erneute moralische Niederlage. Die Einführung des Prinzips des Schiedsgerichts wurde von allen republikanischen Parteien freudig begrüßt.

Die Schlußabstimmung, die das eingangs erwähnte Ergebnis hatte, vollzog sich mit einem gewissen feierlichen Ernst, der davon Zeugnis ablegte, daß die Abgeordneten sich der Schwere der historischen Stunde und der Pflicht bewußt waren, nicht der Stimme des Gefühls, sondern des nüchternen Verstandes zu folgen. Bezeichnend für den Mangel an moralischem Mut französischer Politiker ist, daß fast ein Viertel der Abgeordneten sich weder zu einem „Ja" noch zu einem „Nein" entschließen konnte und sich in die neutrale Zone der Stimmenthaltung zurückzog.

Der Senat, an den die Vorlage nunmehr gelangt, wird sie bei der vorgerückten Zeit nicht mehr vor Jahresschluß zu erledigen vermögen. Die hohe Körperschaft hat sich in den ersten Januartagen teilweise zu erneuern. Sie wird daher schwerlich vor Mitte Januar zur Beratung des Abkommens gelangen. Der Senat gedenkt eine sehr eingehende Prüfung des Abkommens zunächst in einer größeren Kommission, der mehrere ehemalige Ministerpräsidenten und Minister des Äußern angehören sollen, vorzunehmen. Man erwartet das rednerische Auftreten des kampflustigen Clemenceau, von Ribot, Pichon und anderen Größen. Die Regierung sieht den Verhandlungen mit einigem Unbehagen entgegen, zweifelt aber nicht an der schließlichen Annahme des Abkommens mit ansehnlicher Mehrheit.

Schoen am 25. November (Nr. 469) berichtete, rief diese Veröffentlichung in Paris eine noch unangenehmere Überraschung hervor als die des französisch-spanischen Geheimvertrages. Nach einem weiteren Berichte Freiherrn von Schoens vom 25. November (Nr. 471) hinterließen die Geheimartikel des Vertrages vom 8. April 1904 in den Pariser politischen Kreisen den Eindruck, daß England sich in seiner Ententepolitik ausschließlich von selbstsüchtigen Motiven habe leiten lassen. „Selbst entschiedene Anhänger der entente cordiale machen aus ihrem Mißvergnügen kein Hehl und müssen zugeben, daß England unter der Maske der Rücksichtnahme auf den spanischen Freund nur das eine Ziel verfolgt hat, Frankreich von der Nordküste Marokkos fernzuhalten." Das Mißvergnügen mit England war so groß, daß hier und da der Gedanke einer näheren Verständigung mit Deutschland zu keimen begann: „Unter Hinweis auf diese Mißstimmung gegen England", so schloß Freiherr von Schoen seinen Bericht, „wurde mir in diesen Tagen wiederholt angedeutet, es sei vielleicht schon jetzt der moment psychologique gekommen, wo die einer Annäherung an Deutschland geneigten Politiker, wenn sie nur etwas Entgegenkommen bei uns fänden und namentlich nicht durch unsere Presse gestört würden, einige Aussichten hätten, mit ihren Ideen durchzudringen. Diese Politiker denken sogar schon an die mir allerdings aus Gründen der inneren Politik kaum realisierbar erscheinende Möglichkeit der Rückkehr des Herrn Hanotaux an den Quai d'Orsay. — Ich habe es für gut gehalten, gegenüber al. solchen Eröffnungen mich doch noch einigermaßen zurückhaltend zu zeigen, und habe gesagt, wenn man bei uns den Glauben an die Aufrichtigkeit derartiger Gesinnungen erwecken wolle, so möge man diese hier zunächst einmal dadurch praktisch betätigen, daß man die mancherlei Klagen berücksichtige, die wir auf wirtschaftlichem Gebiete zu führen hätten."

Da die angekündigten und für das Ministerium gefährlichen Interpellationen bis nach den Senatsverhandlungen verschoben sind, so erscheint der Fortbestand des Ministeriums Caillaux bis zu diesem Zeitpunkt als gesichert.

v. Schoen

Nr. 10792

Der Botschafter in Paris Freiherr von Schoen an den Reichskanzler von Bethmann Hollweg

Ausfertigung

Nr. 533 Paris, den 30. Dezember 1911

Je weiter die Verhandlungen der Senatskommission über das deutsch-französische Abkommen fortschreiten, desto deutlicher tritt das Bestreben der Mehrheit dieser Körperschaft zutage, der Regierung Verlegenheiten zu bereiten und ihre Stellung zu erschüttern. Dabei wird übrigens auch das vorhergegangene Kabinett Monis nicht geschont, allem Anschein nach vornehmlich deshalb, um den Justizminister Cruppi, welcher in diesem Kabinett die auswärtigen Angelegenheiten leitete, sowie die Herren Caillaux und Messimy bloßzustellen, die damals angeblich hinter dem Rücken des Herrn Monis an den Verhandlungen mit Deutschland beteiligt gewesen seien.

Über die Beratungen der Kommission selbst liegen authentische Berichte nicht vor. Das nach jeder Sitzung ausgegebene „Communiqué" ist offensichtlich in sehr unzulänglicher und unbestimmter Weise abgefaßt, und die Darstellungen der Presse sind durchweg sehr subjektiv gefärbt.

Soweit sich aus dem Wust von Indiskretionen ein einigermaßen zuverlässiges Bild gewinnen läßt, wären aus den bisherigen Erörterungen der Kommission folgende Punkte als besonders bemerkenswert hervorzuheben:

Gleich in der ersten Sitzung hat sich Herr Pichon mit seiner Behauptung, daß der Vertrag von 1909 für Frankreich sehr nützlich und durchaus zureichend gewesen sei, in scharfen Gegensatz zum Ministerpräsidenten Caillaux gestellt, der diesen Vertrag als „inopérant" und schon mit Rücksicht auf die englische Beschwerde wegen zu geringer Beteiligung an der „Société des Travaux Publics" als eine Quelle von Schwierigkeiten bezeichnet hatte.

Sehr charakteristisch war die Beharrlichkeit, womit die Senatskommission — gleich verschiedenen Rednern der Deputiertenkammer in der Debatte über das Abkommen — festzustellen suchte, ob die Idee der Kongokompensation bereits in Kissingen erörtert worden und von welcher Seite der Gedanke an eine Gebietsentschädigung ausgegangen sei*. Die bei dieser Gelegenheit von Herrn de Selves gemachte Enthüllung,

* Vgl. dazu Kap. CCXXVIII, Nr. 10572, Fußnote *.

daß Herr Cambon auf die Bemerkung des Herrn Staatssekretärs, man müsse es mit etwas anderem als mit Marokko versuchen, und er solle einen Vorschlag aus Paris mitbringen, geantwortet habe: „Vous avez raison, cherchons ailleurs", wird auch bereits von einem beträchtlichen Teil der Presse in heftiger Weise gegen das Ministerium ausgebeutet. Ebenso wird auch Herr Cambon überaus scharf angegriffen und manche Blätter sind geneigt, ihn in erster Reihe dafür verantwortlich zu machen, daß Deutschland den Plan einer Gebietskompensation verwirklichen konnte. Besondere Erwähnung verdient, daß einigen Zeitungen anscheinend sogar der Wortlaut von Cambons Bericht über die Kissinger Entrevue zugänglich gemacht wurde. Nach dem „Figaro" lautet der Schluß dieses Telegramms: „Quoi qu'il en soit, j'ai cherché à traduire auprès de M. de Kiderlen les intentions que m'avait esquissées Votre Excellence et sur lesquelles elle m'avait invité à tâter le Gouvernement Impérial. Il ne nous est plus permis de nous retirer, et il importe de déterminer, dès aujourd'hui, les éléments qui serviront de base aux conversations ultérieures*".

Man erzählt, daß die Eröffnungen des Herrn de Selves über die Kissinger Unterhaltung in der Senatskommission das lebhafteste Befremden hervorgerufen haben. Auch in der Kammer fanden diese Mitteilungen einen sehr starken Widerhall und boten den Gegnern des Kabinetts zum Schluß der gestrigen Sitzung einen willkommenen Anlaß zu einem neuen Ansturm gegen Herrn Caillaux. Der radikale Deputierte de Monzie wies auf den Widerspruch zwischen den Erklärungen de Selves' und der von Caillaux in seiner Rede über das Abkommen abgegebenen Versicherung hin, wonach in Kissingen nur von wirtschaftlichen Fragen die Rede gewesen sei. Der Ministerpräsident lehnte eine Erörterung darüber ab, indem er daran erinnerte, daß die Kammer die Interpellationsdebatte über die auswärtige Politik bis nach der Ratifizierung des deutsch-französischen Abkommens vertagt habe. Die Kammer pflichtete auch diesem von Caillaux unter Stellung der Vertrauensfrage eingenommenen Standpunkt mit einer Mehrheit von 93 Stimmen bei.

In der Senatskommission erregte auch das Geständnis des Herrn Monis, daß weder er noch der Präsident der Republik von der Kissinger Unterredung in Kenntnis gesetzt worden seien, und daß auch der Ministerrat sich damit niemals befaßt habe, überaus peinliches Aufsehen.

Herr Cruppi sucht heute den gegen ihn gerichteten Vorwurf, daß er den Bericht des Herrn Cambon dem Ministerrat vorenthalten habe, mit der Erklärung zu entkräften, daß ihm der Bericht Cambons erst am 24. Juni, also am Tage nach der Demission des Kabinetts Monis, zugekommen sei.

Geradezu Verblüffung soll bei den Mitgliedern der Senatskommission die Erklärung de Selves' verursacht haben, daß sein Vorgänger Cruppi

* Nach dem französischen Gelbbuch Affaires du Maroc VI, p. 374, wäre der Wortlaut etwas anders gewesen.

niemals formell gegen die spanische Besetzung von Larasch und El Ksar protestiert habe*, ja daß er sogar durch den Geschäftsträger de Billy den Sultan ersucht habe, seinen Protest nicht zu wiederholen — was allgemein als glänzende Genugtuung für den kürzlich gemaßregelten Direktor der politischen Angelegenheiten Bapst angesehen wird, der in der Kammerkommission die Existenz eines formellen französischen Protestes verneint hatte und deshalb krasser Ignoranz geziehen wurde. Das Verhalten der Herren Cruppi und de Selves, die angesichts der Entrüstung der Kammerkommission Herrn Bapst als Sündenbock opferten, erscheint nunmehr in einem ungünstigen Licht. Daran ändert wohl auch die heute auf Veranlassung des Herrn Cruppi veröffentlichte Richtigstellung nichts, wonach Herr de Billy niemals beauftragt gewesen sei, einen Protest des Sultans gegen die spanische Besetzung zu verhindern, die ihm erteilte Weisung vielmehr lediglich dahin gelautet habe, El Gabbas von einem Protest beim diplomatischen Korps in Tanger abzuhalten, damit aus der spanischen Besetzung keine europäische Angelegenheit gemacht werde.

Es mag dahingestellt bleiben, ob die verschiedenen Berichtigungen die beabsichtigte Wirkung erzielen werden. Nach dem Eindruck, den die bisherigen Erörterungen des Senats verursacht haben, läßt sich nicht leugnen, daß der Versuch der hauptsächlich unter der Führung Clemenceaus und Pichons stehenden Opposition, die Lage der Regierung zu erschweren, bereits von sichtlichem Erfolg begleitet ist.

v. Schoen

Nr. 10793

Der Botschafter in Paris Freiherr von Schoen an den Reichskanzler von Bethmann Hollweg

Ausfertigung

Nr. 11 Paris, den 10. Januar 1912

Es war längst ein offenes Geheimnis, daß zwischen Herrn de Selves und Herrn Caillaux Unstimmigkeiten bestanden, die ihren Ursprung in dem ungemein lebhaften Temperament des Konseilpräsidenten hatten, das ihn häufig drängte, mit geschäftiger Hand in die Tätigkeitskreise einzelner Minister einzugreifen. Man wußte, daß solche Eingriffe sich vornehmlich auf dem Gebiete der auswärtigen Politik geltend machten, und man munkelte von geheimen Verhandlungen über Marokko und den Kongo, die Herr Caillaux durch nichtamtliche Mittelspersonen ohne Wissen und Willen des Quai d'Orsay in Berlin und hier mit der Kaiserlichen Botschaft geführt habe. Manche gingen so weit anzudeuten, daß diese Kulissentätigkeit weniger politischen wie materiellen Gewinn im Auge hatte. Den Gegnern des Konseilpräsidenten war es nach und nach

* Vgl. dazu Kap. CCXXVIII, Nr. 10570, 10571.

gelungen, einiges Material zu sammeln, das, tendenziös ausgebeutet, zum Sturz des Regierungschefs dienen konnte. Wie sich jetzt herausstellt, hat Herr de Selves selbst durch unvorsichtige vertrauliche Mitteilungen an Herrn Clemenceau dazu beigetragen, diesem Widersacher von Caillaux Waffen zu liefern. Seine Umgebung mag geflissentlich noch mehr getan haben.

Die lange zurückgehaltenen Gegensätze sind nun in der gestrigen Sitzung der Senatskommission, der ersten nach der kurzen Neujahrspause, zu ungewöhnlich scharfem Ausbruch gekommen. Unter dem Vorwande, die tieferen Ursachen des coup d'Agadir aufzudecken, hat unter anderem Herr Pichon auf die Sünden seiner Widersacher und seiner Nachfolger hingewiesen, durch die wiederholte Versuche deutsch-französischen wirtschaftlichen Zusammenarbeitens in Afrika — die Ngoko-Sanga-Sache und das Projekt der Kamerun-Kongo-Eisenbahn — zum Scheitern gebracht wurden, und hat dabei auch jene angeblichen geheimen Verhandlungen durch Mittelspersonen gestreift. Zur Abwehr dieser Angriffe wählte Herr Caillaux das ungewöhnliche Mittel einer feierlichen ehrenwörtlichen Erklärung, die alle jene Gerüchte als falsch bezeichnete. Es sei sein Recht und seine Pflicht gewesen, die Tätigkeit der französischen Diplomatie bei den Verhandlungen mit Deutschland in geeigneter Weise zu unterstützen, niemals aber habe er hinter dem Rücken der zuständigen Stellen Verhandlungen, „des négociations" geführt.

Diese etwas gewagte Erklärung rief den streitbaren Herrn Clemenceau mit der bestimmten Frage an den Minister des Äußern auf den Plan, was er dazu zu sagen habe. Herr de Selves gab die ausweichende Antwort, bei dem Zwiespalt zwischen der Wahrheit und seiner Amtspflicht müsse er sich einer Äußerung enthalten.

Diese vielsagende Erklärung machte starken Eindruck; die Kommissionssitzung wurde aufgehoben, und es kam außerhalb derselben zu einer kurzen aber scharfen Aussprache zwischen dem Konseilpräsidenten und Herrn de Selves, deren Ende die Ankündigung des letzteren war, daß er aus dem Kabinett austrete. Er hat dann sogleich seine Demission in ungewöhnlicher Form, in einem nicht an den Konseilpräsidenten, sondern an den Präsidenten der Republik gerichteten Brief gegeben, worin er von einer auswärtigen Politik spricht, die die Übereinstimmung der Ansichten und der Handlungen vermissen lasse.

So hat denn der See sein Opfer gehabt, aber nicht das, das er verlangte, nicht Herrn Caillaux, sondern Herrn de Selves. Allerdings erscheint auch Herr Caillaux tödlich getroffen, und es dürfte nicht lange währen, daß er noch einmal in anderer und folgenschwerer Form über seine an der Wahrheit etwas gewagt vorbeigehende Erklärung zur Rede gestellt wird.

Die Notwendigkeit, das deutsch-französische Abkommen unter allen Umständen und sobald wie möglich zur Verabschiedung im Senat zu bringen, sowie die radikale Theorie, welche die Existenz des Ministe-

riums nicht vom Senat, sondern von der Kammer abhängig machen will, schloß vorläufig den Gedanken eines Rücktrittes des Gesamtkabinetts aus. Herr Caillaux entschloß sich daher, nach Beratung mit seinen Kollegen, das freigewordene Portefeuille des Äußern sofort einer geeigneten anderen Kraft zu übertragen. Die Wahl fiel zunächst auf den parteipolitisch ziemlich neutralen Senator Poincaré, den Berichterstatter der Kommission, und, als dieser ablehnte, auf Herrn Delcassé. An letzteren soll Herr Caillaux bereits bei Bildung seines Kabinetts und seitdem wiederholt, wenn Herr de Selves sich nicht auf der Höhe seines Amtes zeigte, gedacht haben. Doch habe er, wie mir von vertrauenswerter Seite gesagt wird, mit Rücksicht auf den Eindruck Abstand genommen, den diese Berufung vor Abschluß der Verhandlungen mit uns in Deutschland machen könnte. Dieser Sorge glaubt sich Herr Caillaux nun ledig, nachdem ein Werk vorliegt, das im wesentlichen eine Erreichung des von Herrn Delcassé verfolgten Zieles der Marokkopolitik bedeutet, und auch Herr Delcassé selbst sich im engeren Kreise wiederholt zu einer Politik friedfertiger Verständigung mit Deutschland bekannt und den Wunsch zu erkennen gegeben hat, Gelegenheit zur öffentlichen Betätigung solcher Politik zu haben. Auch wird hier in Regierungskreisen geflüstert, man wisse bestimmt, daß eine Wiederkehr Delcassés an den Quai d'Orsay an hoher Stelle in Berlin nichts weniger als übel bemerkt werden würde[1]. Ausschlaggebend für seine Wahl dürfte gleichwohl die Erwägung gewesen sein, daß niemand mehr wie der Schöpfer der entente cordiale die geeignete Persönlichkeit sein möge, um die Gegner Caillaux', die von ihm eine allzu weitgehende Annäherung an Deutschland und damit eine Erschütterung der Grundlagen der französischen Ententen- und Allianzpolitik fürchten, zu beruhigen. Caillaux hat also in Herrn Delcassé eine Stütze seiner wankenden persönlichen Stellung gesucht. Sachlich wird der Umstand mitgesprochen haben, daß Herrn Delcassés Bereitwilligkeit, im gegenwärtigen Augenblick das Portefeuille des Äußern und damit die Pflicht zu übernehmen, das deutsch-französische Abkommen vor dem Senat zu verteidigen, die Vorteile dieses Abkommens für Frankreich ersichtlich machen werde.

Ferner dürfte daran gedacht worden sein, daß die am Quai d'Orsay herrschende Direktionslosigkeit und namentlich die schwebenden Verhandlungen mit Spanien die Hand eines gründlichen Sachkenners — Delcassé ist ja der Schöpfer der Verträge mit Spanien — sowie eines gewiegten Unterhändlers und schließlich, was die parlamentarische Vertretung betrifft, eines gewandten und schlagfertigen Debatters erheischen. Endlich mag es auch für den temperamentvollen Herrn Caillaux einen gewissen Reiz gehabt haben, dem Vorstoß des Herrn Clemenceau durch Stellung eines scharfen politischen Gegners desselben in die Kampflinie zu begegnen.

Herr Delcassé hat die Wahl angenommen, wenn er auch ungern die Verwaltung der Marine, in die er sich erfolgreich eingearbeitet, verläßt.

Über seine Nachfolge an der Spitze der Marine sind noch keine Beschlüsse gefaßt.

Der folgenschwere Vorfall in der Senatskommission hat wegen des Einblicks, den er in die Zerfahrenheit der Regierungsgewalt bietet, allgemein peinlichen Eindruck gemacht. Gleichwohl löst die kritische Wendung auch ein Gefühl der Erleichterung aus, das sich an die Hoffnung hält, daß nunmehr die Periode der persönlichen Befehdung in der Senatskommission abgeschlossen sei und die weiteren Verhandlungen in ruhiger Sachlichkeit glatt und rasch verlaufen werden. In der Tat verlautet auch bereits aus Kreisen der Kommission, daß diese ihre Arbeit so zu fördern gesonnen sei, daß der Senat bald, vielleicht schon zu Ende der nächsten Woche, das Abkommen votieren kann.

Dann ist der Zeitpunkt gekommen, auf den die Verhandlung verschiedener Interpellationen über auswärtige Politik in der Kammer verschoben worden ist. Ob die Regierung auch nach ihrer heute versuchten Umgestaltung, und ob namentlich Herr Caillaux persönlich genügend festen Boden unter sich haben wird, um dem Ansturm standzuhalten[2], erscheint immerhin fraglich. Ich halte es für durchaus nicht ausgeschlossen, daß der Ministerpräsident einen schicklichen Vorwand benutzt, um schon vor jenem Zeitpunkt mit seinen Kollegen von der Bühne abzutreten[3].

v. Schoen

Randbemerkungen Kaiser Wilhelms II.:
[1] Richtig!
[2] er liegt bereits im Graben
[3] ist erfolgt
Schlußbemerkung des Kaisers:
Gut

Nr. 10794

Der Geschäftsträger in London von Kühlmann an den Reichskanzler von Bethmann Hollweg

Ausfertigung

Nr. 41 London, den 11. Januar 1912

Die Enthüllungen über die Uneinigkeit im französischen Kabinett und die mangelnde Einheitlichkeit der französischen äußeren Politik haben hier in politischen Kreisen einen sehr schlechten Eindruck gemacht.[1] Häufig kann man die Bemerkung hören, daß es unverzeihlich gewesen sei, die englische Politik im Sommer so rückhaltlos für die Franzosen einzusetzen und sich mit einer französischen Politik zu identifizieren, über welche sich nicht einmal die französischen Minister einig waren.[2]

R. v. Kühlmann

Randbemerkungen Kaiser Wilhelms II.:
[1] Gut.
[2] they betted on the wrong horse!

Nr. 10795

Der Botschafter in Paris Freiherr von Schoen an den Reichskanzler von Bethmann Hollweg

Ausfertigung

Nr. 13 Paris, den 11. Januar 1912

Mein gestriger Bericht über den Vorfall in der Senatskommission und den Rücktritt des Herrn de Selves* war bereits fertiggestellt, als eine neue Wendung, der Entschluß des Gesamtkabinetts zum Rücktritt, eintrat.

Offiziös wird als Grund die Schwierigkeit angegeben, einen Nachfolger für Herrn Delcassé als Marineminister zu finden. In der Tat ist das Portefeuille der Marine verschiedenen Persönlichkeiten angeboten worden, zunächst dem Admiral Germinet, dann dem Senator Poincaré, endlich dem Senator Pierre Baudin. Sie alle haben abgelehnt, mehr oder weniger deutlich durchblicken lassend, daß ihnen das Vertrauen in die Lebensfähigkeit des Kabinetts unter Herrn Caillaux' Führung fehle.

So verständlich es auch ist, daß klarsehende Politiker zum Einsteigen in das sinkende Schiff des Kabinetts sich nicht entschließen wollten, so erklärt dies allein nicht den Entschluß des Gesamtministeriums zum Rücktritt. Man hätte allenfalls die Lücke des Marineportefeuilles durch ein Interim ausfüllen können, auch hätte sich vielleicht doch schließlich noch ein ehrgeiziger Politiker oder ein opferwilliger Fachmann gefunden. Die Wahrheit ist, daß das Kabinett aus dem Senat und aus der Kammer Nachrichten erhielt, welche nur zu deutlich erkennen ließen, daß die Stimmung seinem weiteren Verbleiben durchaus ungünstig war und sich immer mehr zu einer offenkundig feindlichen verdichtete. Auch die Hereinnahme Delcassés änderte daran nichts, sie fand in den Couloirs des Senats entschiedene Mißbilligung und stieß auch in der Kammer auf Bedenken. Schon tauchten Pläne zu Interpellationen auf, deren Spitze sich nicht nur gegen Herrn Caillaux, sondern auch gegen Herrn Delcassé richtete.

Angesichts dieser Lage entsank auch dem kühnen Herrn Caillaux der Mut, und er entschloß sich unter Zustimmung aller Kollegen — Herr Delcassé selbst war schon im Begriff, seine Zusage des Eintritts am Quai d'Orsay zu widerrufen — zur Gesamtdemission des Kabinetts. Diese soll heute dem Präsidenten der Republik überreicht werden.

Die Neubildung eines Ministeriums wird keine leichte Aufgabe sein, denn die Lage ist so verworren, wie noch selten. Es liegen keine richtunggebenden Beschlüsse, weder der Kammer noch des Senats vor, sondern nur Stimmungen, mit denen aber zu rechnen ist. Nach parlamentarischen Regeln müßte Herr Clemenceau, der den Sturz des Kabinetts verursacht hat, zur Nachfolge berufen werden. Das scheint aber wegen seiner nicht

* Siehe Nr. 10793.

verhehlten Gegnerschaft gegen das deutsch-französische Abkommen ausgeschlossen*. Und dieses zu retten, muß die erste und wichtigste Aufgabe des neuen Kabinetts sein, sollen nicht schwere Verwickelungen heraufbeschworen werden. Diesen aber will Frankreich nicht entgegengehen[1].

v. Schoen

Randbemerkung Kaiser Wilhelms II.:
[1] I[d] e[st] es will keinen Krieg

Nr. 10796

Der Botschafter in Paris Freiherr von Schoen an den Reichskanzler von Bethmann Hollweg

Ausfertigung

Nr. 16 Paris, den 12. Januar 1912

Herr Caillaux hat seine Gegner auch durch seine Demission nicht entwaffnet. Die Angriffe werden heftiger denn je gegen ihn fortgesetzt, und die dem Quai d'Orsay nahestehenden Urheber der gegen ihn gerichteten Enthüllungskampagne legen sich nunmehr nicht den geringsten Zwang auf. Das hier so beliebte Spiel mit den „petits papiers" wird jetzt ungewöhnlich eifrig betrieben; selbst das sonst so zurückhaltende „Journal des Débats" nimmt daran teil; es veröffentlicht zwei offensichtlich aus amtlicher Quelle stammende Noten über das Kongo-Kamerun-Bahnprojekt, in welchem als die unvermeidliche Konsequenz der Verwirklichung dieses Planes die Preisgebung von Französisch-Kongo an Deutschland bezeichnet wird**. Und in einem Leitartikel über diese Noten kritisiert das Blatt in der heftigsten Weise die Politik und die geheimen Verhandlungen des Herrn Caillaux „qui avaient, sinon pour but direct, du moins comme résultat certain, le démembrement de l'empire africain français sans compensation visible, la ruine de notre influence dans le Levant, la rupture avec l'Espagne, la brouille avec l'Angleterre et la subordination de la politique française en Europe aux intérêts austro-allemands."

Der „Siècle" bringt eine, wie er erklärt, vom Quai d'Orsay stammende Mitteilung, wonach Herr Caillaux die von Herrn de Selves und Paul Cam-

---

* Die Kabinettsbildung wurde Raymond Poincaré anvertraut, der neben dem Vorsitz auch das Äußere übernahm.

** Vgl. dazu Kap. CCXXVIII, Nr. 10573—10575. Die Auffassung, als ob die Preisgabe von Französisch-Kongo an Deutschland die unvermeidliche Konsequenz des Kongo-Kamerun-Bahnprojekts gewesen wäre, ist aktenmäßig unrichtig. Einmal ist diesem Projekt die Sanktion der französischen Regierung überhaupt nicht zuteil geworden, vielmehr blieb die Sache liegen, da deutscherseits die Agadiraktion als ein kräftigerer Hebel inszeniert wurde; sodann rühren die ersten französischen Kompensationsandeutungen schon aus einer Zeit her, wo von dem Kongo-Kamerun-Bahnprojekt noch kaum die Rede war. Vgl. Kap. CCXXVII, Nr. 10554—10555.

bon unterstützte Anregung des Foreign Office wegen Entsendung eines französischen und englischen Schiffes nach Agadir vereitelt habe*.

Die „Liberte", deren Auslandredakteur Gandolphe seit Monaten von Herrn Maurice Herbette in ausgiebigster Weise mit Indiskretionen versehen wird, legt heute jede Scheu beiseite und veröffentlicht den Wortlaut des viel besprochenen Postskriptums zu den Aufzeichnungen, die ein Beamter des Auswärtigen Ministeriums, Herr Conty, über seine Unterredung mit einem Mitglied der Kaiserlichen Botschaft über die Frage der Kongokompensationen gemacht haben will**.

Die klerikal-nationalistische „Libre Parole" erblickt in dieser Enthüllung einen Beweis für den Verrat Caillaux', und die sozialistisch-republikanische „Bataille" versteigt sich sogar zu der Forderung, daß Caillaux und mit ihm Cruppi vor den Staatsgerichtshof gestellt werden.

Auch der „Figaro" hat sich entgegen seiner früheren Haltung vollständig auf die Seite der Feinde Caillaux' gestellt; offenbar hat es Herr Calmette*** dem scheidenden Ministerpräsidenten sehr verübelt, daß er Herrn Tardieu zu seinem Vertrauensmann und Verteidiger erkoren und sogar gewagt hat, Herrn Delcassé das Portefeuille des Äußern anzubieten.

„Temps" und „Matin" sowie einige radikale Organe treten auch heute noch entschieden für Herrn Caillaux ein. Herr Tardieu erklärt in dem erstgenannten Blatt, daß der scheidende Ministerpräsident nicht bloß das Recht, sondern sogar die Pflicht gehabt habe, sich über die geheimen Verhandlungen, aus denen ihm ein so schwerer Vorwurf gemacht werde, auf dem laufenden zu halten. Zur Kennzeichnung der schwierigen Lage, die Caillaux bei seinem Amtsantritt vorfand, veröffentlicht der „Temps" eine Art Gelbbuch über die verschiedenen, von 1909 bis Juli 1911 zwischen Deutschland und Frankreich geführten Verhandlungen.

Auf direkte Veranlassung Caillaux' ist wohl die vom „Matin" gebrachte Enthüllung zurückzuführen, daß das obenerwähnte Postskriptum offenkundig zu dem Zweck hinzugefügt worden sei, Herrn Caillaux bloßzustellen.

Schließlich seien noch zwei im heutigen „Matin" erschienene Zuschriften erwähnt: In der einen erklärt Herr Pichon, daß er niemals einen offiziösen Emissär beauftragt habe, mit der deutschen Regierung in Sachen des Ngoko-Sanga-Konsortiums zu verhandeln†. In der andern Zuschrift teilt der Kolonialpolitiker Vaffier-Pollet mit, daß im Jahre 1905 ein deutscher Diplomat, mit dem er im Auftrage Rouviers offiziös verhandelt habe, von Kompensationen gesprochen hätte, die in einer Berichtigung der Kamerun-Kongo-Grenze zu suchen wären††.

v. Schoen

---

* Vgl. dazu Kap. CCXXX, Nr. 10686ff.
** Vgl. dazu Kap. CCXXX, Nr. 10717.
*** Direktor des „Figaro".
† Vgl. dazu Kap. CCXXVIII, Nr. 10573, Fußnote **.
†† Vgl. dazu Bd. XXI, Kap. CLI, Nr. 6906 nebst Fußnote.

Nr. 10797

Der Geschäftsträger in Paris Freiherr von der Lancken an den Reichskanzler von Bethmann Hollweg

Ausfertigung

Nr. 63 Paris, den 14. Februar 1912

Die chauvinistisch-patriotische Bewegung, die von der Marokkokrisis des vergangenen Sommers ihren Ausgang nahm, greift hier immer mehr um sich. Hervorragende Parlamentarier und, wie aus verschiedenen Anzeichen zu schließen ist, die Regierung* selbst sind offenbar bemüht, dieser Stimmung Nahrung zu geben. Bemerkenswert waren in dieser Hinsicht die jüngsten Senatsreden Pichons und Clemenceaus, die Senatsdebatte über das Militärflugwesen und die Kammerverhandlungen über das Flottenprogramm. Auch an sich scheinbar unwichtige Maßnahmen, wie die Wiedereinführung des Zapfenstreichs durch den Kriegsminister Millerand und das auf den Tag der Frühjahrsparade in Vincennes anberaumte militärische Volksfest unter Vorsitz des Präsidenten Fallières nehmen von diesem Gesichtspunkt aus betrachtet eine nicht zu unterschätzende Bedeutung an. Die ganze Strömung erinnert etwas an die Boulangerzeit, allerdings mit dem sehr beachtenswerten Unterschied, daß es sich diesmal nicht um eine bloße Parteibewegung handelt, die einem persönlichen, auf diktatorische Ziele gerichteten Ehrgeiz dienen will, sondern daß — mit Ausnahme der Sozialisten — alle Parteien sich in dem Gedanken zusammengefunden haben, das Ansehen und die militärische Kraft der durch den Konflikt mit Deutschland angeblich gedemütigten Republik wieder in vollem Glanze erstehen zu lassen. Natürlich spielen, wie in allem, so auch hier innerpolitische Motive mit, und zwar insofern, als die Herren Clemenceau, Pichon und Konsorten sich gegenüber der „schwächlichen, an Verrat grenzenden" Haltung Caillaux' im Sommer durch die Forschheit ihres Auftretens ein Relief geben wollen und daher kräftig ins Feuer blasen.

Dieses Wiedererwachen des Nationalismus, der sich, wenn zwar in erster Linie gegen Deutschland, so doch auch gegen Italien und Spanien richtet, macht hier selbst auf sonst sehr skeptische Beobachter der französischen Verhältnisse einen starken Eindruck. Ein älterer hiesiger fremder Vertreter, der als sehr guter Kenner Frankreichs gelten kann, meinte zu mir, die gegenwärtige Geistesverfassung der hiesigen politischen Welt könne unter Umständen eine gefährliche Entwickelung nehmen. Er erzählte mir, ein Herrn Asquith nahestehender englischer Politiker, welcher der Kammerdebatte über die italienischen Schiffszwischenfälle**

* Das heißt: das neue Kabinett Poincaré.

** Im Januar 1912 hatten die Italiener zwei der Konterbande verdächtige französische Schiffe, „Carthage" und „Manube", angehalten und zur Durchsuchung nach Cagliari geführt, was eine höchst gereizte Stimmung zwischen beiden Ländern zur Folge hatte.

beigewohnt, sei von der dabei zutage getretenen Erregung derart betroffen gewesen, daß er Herrn Poincaré aufgesucht und ihm gesagt habe: wenn Frankreich daran denke, der entente cordiale einen offensiven Charakter zu geben, so glaube er erklären zu können, daß England sich nicht scheuen werde, seinen französischen Freund deutlich erkennen zu lassen, welch gänzlich entgegengesetzte Auffassungen es von der entente cordiale habe*.

Aggressive Pläne liegen allerdings den Franzosen, wie ich glauben möchte, derzeit fern. Ihre gegenwärtige Gemütsverfassung dürfte vielmehr dahin zu verstehen sein, daß bei ihnen infolge der durch die Krise des letzten Sommers so hochgesteigerten Nervosität die Überzeugung erweckt ist, Deutschland werde über kurz oder lang doch über seinen schwächeren westlichen Nachbarn herfallen. Mehr und mehr redet man sich so in eine gewisse fatalistische Entschlossenheit hinein, glaubt auf neue „Demütigungen" seitens Deutschlands gefaßt sein zu müssen und will darum hier bei aller Welt die Überzeugung von einer bis zum Äußersten gehenden Bereitschaft erwecken.

Interessant war mir zu hören, daß von dieser Stimmung gerade hohe Militärs gar nicht übermäßig erbaut seien, und zwar zum Teil aus dem Grunde, weil man in Armeekreisen keine allzu hohe Meinung von dem Generalissimus Joffre habe, möge auch sein Adlatus Castelnau als ausgezeichnete Kraft gelten.

Meines gehorsamsten Erachtens wird die gegenwärtige chauvinistische Bewegung, wenn nicht außerordentliche Anlässe einen unberechenbaren und unwiderstehlichen Ausbruch der nationalen Leidenschaften hervorrufen, allmählich wieder abflauen. Sie wird aber noch einige Zeit, und

---

* Von ähnlichen Stimmungen in England berichtet auch ein Brief des russischen Botschafters Graf Benckendorff an Neratow vom 21. November 1911: „Wenn es im Augenblicke der marokkanischen Krise unmöglich gewesen ist, in England auch nur den geringsten Widerstand gegen den von der Regierung vertretenen Standpunkt zu entdecken, daß England gegebenenfalls Frankreich mit der Gewalt seiner Waffen unterstützen müsse, so kann man nicht leugnen, daß seit der Wiederherstellung der Ruhe sich in verschiedenen Kreisen eine gewisse Reaktion geltend macht — in pazifistischen Kreisen, die über alle Parteien verteilt sind, sich aber vor allem im linken radikalen Flügel befinden. Ich will dieser Bewegung keinerlei besondere Bedeutung beimessen. Ich glaube vielmehr, es handelt sich um eine Reaktion nach einer außergewöhnlich großen Spannung, und ich glaube nicht, daß diese Bewegung von Dauer sein wird" (v. Siebert, Diplomatische Aktenstücke, a. a. O., S. 446). Iswolsky freilich sah die Dinge ganz im Lichte einer Befestigung der Tripelentente. Vgl. seine triumphierende Feststellung in dem Bericht an Neratow vom 20. Dezember 1911: Jetzt hat der Dreiverband nicht nur seine „ganze Festigkeit bewiesen, sondern auch gezeigt, daß er zugunsten der Erhaltung des allgemeinen Friedens zu handeln imstande ist. In dieser Hinsicht ist es äußerst bemerkenswert, daß in den verhängnisvollen Sommertagen England, ohne mit Frankreich durch einen formellen Akt gebunden zu sein, bereit war, nicht nur seine ganze Flotte, sondern auch seine ganze Expeditionsarmee gegen Deutschland in Bewegung zu setzen. Sollte man es nicht dieser Entschlossenheit der drei Ententemächte zuschreiben, daß Deutschland die Nachgiebigkeit gezeigt hat, die endlich zu der Unterzeichnung des Abkommens vom 4. November geführt hat?" Der diplomatische Schriftwechsel Iswolskys, ed. Fr. Stieve I, S. 194.

ganz besonders solange das Ministerium Poincaré am Ruder ist, ihre Rückwirkung auch auf die amtlichen Beziehungen zu Deutschland ausüben. Zweifellos werden wir bei den hiesigen Regierungsmännern, namentlich in allen Dingen, die direkt oder indirekt mit der Marokkokrise zusammenhängen, bis auf weiteres einer recht kühlen und reservierten Haltung begegnen. Übermäßig lange wird allerdings dieser Zustand kaum dauern, denn die Franzosen haben gar nicht die Nerven, um in einer etwas unbehaglichen Situation auszuharren. Sie werden, wenn dieser Entwickelung nicht neue Störungen entstehen, schließlich wieder ganz von selbst dazu gelangen, wie im vergangenen Frühsommer eine Anknüpfung mit uns zu suchen.

Lancken